PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

18

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W.I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT

DIETZ VERLAG BERLIN

1974

W. I. LENIN

BAND 18

APRIL 1912 – MÄRZ 1913

DIETZ VERLAG BERLIN

1974

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

Mit 4 Faksimiles

5. Auflage 1974
Dietz Verlag Berlin
Lizenznummer 1
LSV 0056
Printed in the German Democratic Republic
Fotomechanischer Nachdruck
Satz: Karl-Marx-Werk, Pößneck, V 15/30
Druck und Einband: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker", Leipzig, III 18 138
Best.-Nr.: 735 088 4
EVP 7,50

VORWORT

Die in Band 18 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von April 1912 bis März 1913, in der Periode des weiteren Aufschwungs der revolutionären Bewegung in Rußland.

Den größten Teil des Bandes bilden Arbeiten, in denen Lenin eine Analyse der sozialökonomischen und politischen Ursachen für das Heranreifen einer neuen Revolution in Rußland gibt. Er arbeitet die Taktik der bolschewistischen Partei unter den Bedingungen des revolutionären Aufschwungs aus und enthüllt den konterrevolutionären Charakter der liberalen Bourgeoisie und die verräterische Rolle der menschewistischen Liquidatoren, der Trotzkisten und „Wperjod"-Leute in der Arbeiterbewegung. Dazu gehören folgende Arbeiten: „Der revolutionäre Aufschwung", „Die politischen Parteien in Rußland", die Broschüre „Zur gegenwärtigen Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands", „Die Liquidatoren gegen die Partei", „Wie P. B. Axelrod die Liquidatoren entlarvt" und andere.

Eine große Gruppe von Arbeiten – „Die Wahlkampagne zur IV. Duma und die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie", „Die Plattform der Reformisten und die Plattform der revolutionären Sozialdemokraten", „Die Ergebnisse der Wahlen", „Über einige Reden der Arbeiterdeputierten" u. a. – ist der Wahlkampagne zur IV. Reichsduma, der Einschätzung der Ergebnisse der Wahlen und der Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion gewidmet.

In den Artikeln „Das Wesen der ‚Agrarfrage in Rußland'", „Ein Vergleich des Stolypinschen Agrarprogramms mit dem der Volkstümler", „Das letzte Ventil" u. a. enthüllt Lenin das Wesen der Stolypinschen Agrarpolitik und zeigt, daß ein Fiasko dieser Politik unvermeidlich ist.

In den im Band enthaltenen Resolutionen der „Februar"beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären wird die Richtschnur zu allen wichtigen Fragen der sozialdemokratischen Arbeit in Rußland gegeben.

Der Band enthält fünfzehn Dokumente, die zum erstenmal in den Werken W. I. Lenins veröffentlicht werden. Diese Arbeiten sind dem Kampf gegen das Liquidatorentum und der Ausarbeitung von Fragen der Taktik der bolschewistischen Partei gewidmet.

In dem „Brief über die sozialdemokratische Dumafraktion" gibt W. I. Lenin den bolschewistischen Abgeordneten in der IV. Duma Direktiven.

Das Dokument „Zur Frage der Arbeiterdeputierten in der Duma und ihrer Deklaration" ist der Entwurf einer Deklaration für die sozialdemokratische Fraktion in der IV. Duma.

In den Arbeiten „Illegale Partei und legale Arbeit", „Antwort an die Liquidatoren", „Ursprüngliches Postskriptum zu der Schrift ‚Zur gegenwärtigen Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands'", „Kann heute die Losung der ‚Koalitionsfreiheit' die Grundlage der Arbeiterbewegung bilden?", „Brief an die Schweizer Arbeiter", „Über die Stellung zum Liquidatorentum und über die Einheit. Thesen", „Ursprüngliches Postskriptum zu dem Artikel ‚Die Entwicklung des revolutionären Streiks und der Straßendemonstrationen'" kritisiert Lenin die Ansichten der Liquidatoren und Trotzkis, der die Liquidatoren uneingeschränkt unterstützte.

Die Artikel „Die Kadetten und die Großbourgeoisie" und „Der Zusammenbruch der konstitutionellen Illusionen" entlarven die Dumataktik der Partei der konterrevolutionären liberalen Bourgeoisie, der Kadetten.

In den Arbeiten „Aufstände in Armee und Flotte", „Die Arbeiter und die ‚Prawda'", „Einst und jetzt" analysiert Lenin den Aufschwung der revolutionären Bewegung und die Entwicklung der legalen bolschewistischen Presse.

In der „Mitteilung" der „Februar"beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären werden die Ergebnisse der Beratung zusammengefaßt.

DIE WAHLKAMPAGNE ZUR IV. DUMA UND DIE AUFGABEN DER REVOLUTIONÄREN SOZIALDEMOKRATIE

Die politischen Streiks und die Demonstrationen anläßlich des Gemetzels an der Lena zeigen das Anwachsen der revolutionären Bewegung der Arbeitermassen in Rußland. Und diese Verdichtung der revolutionären Atmosphäre läßt klar die Aufgaben der Partei und ihre Rolle in der Wahlkampagne hervortreten.

Die Krise reift in einer neuen Situation heran. Die Schwarzhunderterduma, die den Gutsbesitzern die Macht, der Bourgeoisie eine Arena für Geschäfte, dem Proletariat eine kleine Tribüne gibt, bildet ein notwendiges Attribut dieser Situation. Wir brauchen diese Tribüne, brauchen die Wahlkampagne *für* die revolutionäre Arbeit unter den Massen. Wir brauchen die illegale Partei für die *Leitung* dieser ganzen Arbeit in ihrer Gesamtheit: im Taurischen Palast wie auf dem Kasaner Platz, in der Arbeiterversammlung wie im Streik, in der Bezirksversammlung der sozialdemokratischen Arbeiter wie in der öffentlichen Versammlung der Gewerkschaften. Nur hoffnungslos Blinde vermögen selbst jetzt nicht zu sehen, wie unsinnig, wie verderblich für die Arbeiterklasse der Otsowismus und das Liquidatorentum sind, diese Früchte des Verfalls und der Zerrüttung in der Epoche, da die Konterrevolution triumphierte. Das Beispiel der Volkstümler hat uns anschaulich gezeigt, welch skandalöse *Null* herauskommt bei der Addition des *Liquidatorentums* der „Trudowiki" wie auch der legalen Literaten vom „Russkoje Bogatstwo"[1] und „Sowremennik"[2] und des *Otsowismus* der „Partei" der Sozialrevolutionäre.

Ziehen wir das allgemeine Fazit aus dem, was die Mobilisierung der politischen Kräfte für die Wahl ergeben hat. *Drei* Lager haben sich deut-

lich abgezeichnet: 1. Die *Rechten*, die für die Regierung sind – von Purischkewitsch bis Gutschkow. Der erzreaktionäre Gutsbesitzer und der altgläubige Kaufmann setzen sich mit Leib und Seele für die Regierung ein. 2. Die *liberalen* Bourgeois – die „Progressisten" und die Kadetten zusammen mit den Gruppen der verschiedenen „Nationalen", die gegen die Regierung *und gegen* die Revolution sind. Der konterrevolutionäre Charakter des Liberalismus ist eine der hauptsächlichsten Besonderheiten des gegebenen historischen Moments. Wer diesen konterrevolutionären Charakter der „kultivierten" Bourgeoisie nicht sieht, der hat alles vergessen und nichts gelernt, der legt sich zu Unrecht den Namen eines Demokraten bei, vom Sozialisten schon ganz zu schweigen. Und die Trudowiki und „unsere" Liquidatoren sehen schlecht und verstehen schlecht! 3. Das Lager der Demokratie, in dem *nur* die revolutionären Sozialdemokraten, die Antiliquidatoren, geschlossen, organisiert, entschieden und eindeutig *ihr* Banner der Revolution entfaltet haben. Die Trudowiki und unsere Liquidatoren schwanken *zwischen* dem Liberalismus und der Demokratie, zwischen der legalen Opposition und der Revolution.

Die Klassenwurzeln, die das erste Lager vom zweiten scheiden, sind klar erkenntlich. Dagegen ist es den Liberalen gelungen, viele – von Wodowosow bis Dan – hinsichtlich der Klassenwurzeln irrezuführen, die das zweite Lager vom dritten scheiden. Die „Strategie" des Liberalen, die von Blank in den „Saprossy Shisni"[3] naiv ausgeplaudert wurde, ist simpel: die Kadetten sind das oppositionelle Zentrum, das Deichselpferd; die Beipferde (die „Flanken") sind rechts die Progressisten, links die Trudowiki und die Liquidatoren. Mit dieser „Troika" hoffen die Herren Miljukow in der Rolle der „verantwortungsbewußten Opposition" zum Triumph zu „fahren".

Die Hegemonie der Liberalen in der russischen Befreiungsbewegung hat *immer* deren Niederlage nach sich gezogen und wird sie immer nach sich ziehen. Der Liberale laviert zwischen der Monarchie der Purischkewitsch und der Revolution der Arbeiter und Bauern, wobei er diese letztere in *jedem* ernsten Moment verrät. Die Aufgabe der Revolution ist es, den Kampf der Liberalen gegen die Regierung *auszunutzen* und die Schwankungen und den Verrat des Liberalismus zu *neutralisieren*.

Mit der Revolution schrecken, um auf diese Weise die Macht mit

Purischkewitsch und Romanow zu teilen, dabei gemeinsam die Revolution unterdrücken – das ist die Politik der Liberalen. Und diese Politik wird durch die Klassenlage der Bourgeoisie bestimmt. Das ist der Grund, warum die Kadetten in billigem „Demokratismus" machen, *real* aber mit dem sehr gemäßigten „Progressismus" der Jefremow, Lwow, Rjabuschinski und Co. verschmelzen.

Den Kampf der Liberalen mit den Purischkewitsch um die Teilung der Macht ausnutzen, dabei *keinesfalls* im Volk den „Glauben" an den Liberalen aufkommen lassen, um so den revolutionären Ansturm der Massen, der die Monarchie stürzen, die Purischkewitsch und die Romanow mit Stumpf und Stiel ausrotten wird, voranzutreiben, zu verstärken, zu intensivieren – das ist die Taktik der proletarischen Partei. Bei den Wahlen: die Demokratie zusammenschließen *gegen* die Rechten *und gegen* die Kadetten; beim zweiten Wahlgang, in der Presse, in den Versammlungen den Kampf der Liberalen gegen die Rechten „ausnutzen". Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer revolutionären Plattform, die jetzt schon über den Rahmen der „Legalität" hinausgeht. Daraus ergibt sich die Losung der Republik als Gegengewicht zu dem liberalen Spiel mit „konstitutionellen" Losungen, mit Losungen einer „Rasputin-Treschtschenkowschen Konstitution". Unsere Aufgabe ist es, überall, stets und ständig, in allen Formen der Arbeit, auf allen Tätigkeitsgebieten eine Armee revolutionärer Kämpfer heranzubilden, zu welchen Wendungen uns auch ein Sieg der Reaktion oder der Verrat des Liberalismus oder die Verschleppung der Krise usw. zwingen sollte.

Man betrachte die Trudowiki. Das sind volkstümlerische Liquidatoren sans phrases*. Wir sind Revolutionäre, wird von Herrn Wodowosow „angedeutet", *aber* ... gegen den Artikel 129[4] ist eben nichts zu machen, fügt er hinzu. Hundert Jahre nach der Geburt Herzens vermag die „Partei" der Millionenmasse der Bauern nicht einmal ein Flugblatt – und sei es ein hektographiertes! – dem Artikel 129 zum Trotz herauszugeben!! Die Trudowiki, die „in erster Linie" zu einem Block mit den Sozialdemokraten neigen, vermögen nicht, sich klar über den konterrevolutionären Charakter der Kadetten zu äußern, verstehen nicht, den Grund für eine *republikanische* Bauernpartei zu legen. Dabei haben die Lehren der Jahre 1905–1907 und 1908–1911 die Frage eben so gestellt: für die Republik

* ohne Umschweife. *Die Red.*

kämpfen oder die Stiefel Purischkewitschs lecken, unter der Knute Markows und Romanows leben. Eine andere Wahl haben die Bauern nicht.

Man betrachte die Liquidatoren. Wie die Martynow, Martow und Co. sich auch drehen und wenden, so wird doch jeder ehrliche und vernünftige Leser zugeben, daß R-kow[5] das Fazit *eben aus ihren* Anschauungen gezogen hat, als er erklärte: „Man soll sich keine Illusionen machen: der Triumph eines sehr gemäßigten bürgerlichen Progressismus bereitet sich vor." Der *objektive* Sinn dieses geflügelten Wortes: die Revolution ist eine Illusion, die Unterstützung der „Progressisten" eine Realität. Nun, sieht jetzt nicht jeder, der nicht absichtlich die Augen schließt, daß die Dan und Martow *eben dies* mit ein wenig anderen Worten sagen, wenn sie die Losung ausgeben: „Die Duma (die vierte Duma, die Gutsbesitzerduma) den Händen der Reaktion entreißen"? wenn sie sich zum hundertsten Mal in die Idee von den zwei Lagern verrennen? wenn sie schreien: „vereitelt nicht" die progressive Arbeit der liberalen Bourgeois? wenn sie den „Linksblock" bekämpfen? wenn sie im „Shiwoje Delo"[6] voller Selbstzufriedenheit auf die „Auslandsliteratur, die niemand liest", herabblicken? wenn sie sich *in der Praxis* mit einer legalen Plattform, mit legalen Anschlägen auf die Organisation zufriedengeben? wenn sie liquidatorische „Initiativgruppen"[7] schaffen und dergestalt mit der revolutionären SDAPR brechen? Ist es etwa nicht klar, daß dasselbe Liedchen auch die Lewizki singen, die die liberalen Ideen vom Kampf um das Recht philosophisch vertiefen, die Newedomski, die als Neuestes die Ideen Dobroljubows nach rückwärts „revidieren", *vom* Demokratismus *zum* Liberalismus, die Smirnow, die mit dem „Progressismus" liebäugeln, und all die übrigen Ritter der „Nascha Sarja"[8] und des „Shiwoje Delo"?

In Wirklichkeit könnten die Demokraten wie die Sozialdemokraten niemals, selbst wenn sie es wollten, den Sieg der „Progressisten" unter den Gutsbesitzern und den Bourgeois „vereiteln"! Das sind ganz und gar hohle Phrasen. Die ernsthaften Meinungsverschiedenheiten liegen nicht hier. Der Unterschied der *liberalen* und der *sozialdemokratischen* Arbeiterpolitik besteht nicht darin. Die Progressisten „unterstützen", weil man in ihren „Siegen" ein „Heranrücken des kultivierten Bourgeois an die Macht" erblickt, das ist eben liberale Arbeiterpolitik.

Wir Sozialdemokraten erblicken in dem „Sieg" der Progressisten einen *mittelbaren* Ausdruck des demokratischen Aufschwungs. Die Zusammen-

stöße der Progressisten, mit den Rechten gilt es auszunutzen; mit der bloßen Losung, die Progressisten zu unterstützen, ist nichts getan. Unsere Aufgabe ist es, den demokratischen Aufschwung zu fördern, die neue revolutionäre Demokratie, die in einem neuen Rußland auf neue Weise heranwächst, zu hegen und zu pflegen. Wenn sie nicht entgegen den Liberalen stark zu werden und zu siegen versteht, dann wird in Wirklichkeit *kein* „Triumph" der Progressisten und Kadetten bei den Wahlen ernstlich irgend etwas an der Lage in Rußland ändern.

Daß ein demokratischer Aufschwung zu verzeichnen ist, das ist heute unbestreitbar. Dieser Prozeß vollzieht sich schwerer, langsamer, komplizierter, als wir es wünschen mögen, aber er vollzieht sich. *Ihn* muß man „unterstützen" und fördern durch die Wahlarbeit wie durch jede andere Arbeit. Die revolutionäre Demokratie organisieren – durch schonungslose Kritik am volkstümlerischen Liquidatorentum und am volkstümlerischen Otsowismus eine republikanische Bauernpartei schmieden – und vor allem und in erster Linie das „eigene Haus" von Liquidatorentum und Otsowismus säubern, die revolutionäre sozialdemokratische Arbeit im Proletariat verstärken und die illegale sozialdemokratische Arbeiterpartei festigen, das ist unsere Aufgabe. Wie sich die Lösung der heranreifenden revolutionären Krise gestalten wird, das hängt nicht von uns ab, sondern von unzähligen Faktoren, von der Revolution in Asien und vom Sozialismus in Europa; von uns aber hängt es ab, ob wir unter den Massen eine konsequente und unentwegte Arbeit im Geiste des Marxismus betreiben werden, und nur diese Arbeit allein geht *niemals* spurlos vorüber.

„Sozial-Demokrat" Nr. 26,
8. Mai (25. April) 1912.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

DIE LIQUIDATOREN GEGEN DIE PARTEI

Gegen die Parteikonferenz wird von den Liquidatoren aller Schattierungen in der legalen russischen Presse eine Hetze betrieben, deren hinterhältige Schamlosigkeit die Bulgarin und Burenin[9] vor Neid erblassen lassen muß. Die Artikel im „Shiwoje Delo", die die Delegierten offen danach fragen, *von wem* sie delegiert worden sind, und die unter dem Schutz der Zensur über das herfallen, was in der legalen Presse nicht verteidigt werden kann, sind ein solches Musterbeispiel an Ignorierung der elementaren Regeln publizistischer Ehrlichkeit, daß sie nicht nur den Protest der Konferenzanhänger, sondern den Abscheu aller ehrlichen Politiker überhaupt hervorrufen müßten. Die Artikel des anonymen Berichterstatters des „Vorwärts"[10] aber liefern eine solche Blütenlese an unverfrorener Wichtigtuerei und phrasenhafter Lüge, daß kein Zweifel daran möglich ist: der liquidatorische Auftrag, diese Artikel zu schreiben, ist in erfahrene Hände gelangt.*

Die an die Wand gedrückten Gruppen und Zirkel der Liquidatoren beschränken sich jedoch nicht auf eine Verleumdungskampagne gegen die Partei. Sie versuchen, eine eigene Konferenz einzuberufen. Es werden natürlich alle Mittel angewandt, um dem OK[11], das diese Konferenz einberuft, den Anschein der „Parteitreue", der „Fraktionslosigkeit", der „Vereinigung" zu geben. Sind diese Worte doch so bequem, ... wenn es

* Um die deutschen Genossen mit der wirklichen Sachlage in der SDAPR bekannt zu machen, hat die Redaktion des Zentralorgans eine spezielle Broschüre in deutscher Sprache herausgegeben, die unter anderem die Methoden des Anonymus aus dem „Vorwärts" entlarvt. (Siehe Werke, Bd. 17, S. 525 bis 538. *Die Red.*)

gilt, mit dem liquidatorischen Köder alle die zu fangen, die aus irgendeinem Grund mit der Parteikonferenz unzufrieden sind. Trotzki hat den Auftrag erhalten, alle Tugenden des OK und der künftigen Liquidatorenkonferenz zu besingen: wem anders als dem „professionellen Vereiniger" hätte man diesen Auftrag wohl auch geben sollen. Und er hat ein Loblied angestimmt ... in allen Lettern, die die Wiener Druckerei zur Verfügung hat: „Die ‚Wperjod'-Leute, die ‚Golos'-Leute, die parteitreuen Bolschewiki, die parteitreuen Menschewiki, die sogenannten Liquidatoren und die Fraktionslosen – in Rußland und im Ausland – unterstützen entschieden die Arbeit ..." des OK („Prawda"[12] Nr. 24).

Der Ärmste hat wieder einmal ... gelogen und sich wieder einmal verrechnet. Der gegen die Konferenz des Jahres 1912 mit soviel Lärm und Geschrei vorbereitete Block unter der Hegemonie der Liquidatoren kracht in allen Fugen, er kracht, weil die Liquidatoren allzu deutlich ihre Eselsohren gezeigt haben. Die Polen haben eine Mitarbeit im OK abgelehnt. Plechanow hat nach Korrespondenz mit einem Vertreter des letzteren einige interessante Einzelheiten klargestellt: 1. daß die Konferenz als „konstituierende" Konferenz, d. h. als Konferenz nicht der SDAPR, sondern irgendeiner neuen Partei geplant ist, 2. daß ihrer Einberufung ein „anarchisches" Prinzip zugrunde liegt, 3. daß „die Konferenz von Liquidatoren einberufen wird". Nachdem diese Umstände durch Genossen Plechanow klargestellt worden waren, konnte es uns schon nicht mehr wundernehmen, daß die sogenannten bolschewistischen (?!) Versöhnler Mut faßten und Trotzki überführen wollten, er habe ... die Unwahrheit gesagt, als er sie zu den Anhängern des OK zählte. „Dieses OK in seiner jetzigen Zusammensetzung, mit seiner deutlichen Tendenz, der ganzen Partei sein eigenes Verhältnis zu den Liquidatoren aufzudrängen, mit den Prinzipien der organisatorischen Anarchie, die es der Auffüllung seines Mitgliederbestands zugrunde gelegt hat – dieses OK garantiert nicht im geringsten die Einberufung einer wirklich allgemeinen Parteikonferenz", so äußern sich heute unsere so mutig gewordenen „Parteitreuen" über das OK. Wo heute unsere Linkesten der Linken, die „Wperjod"-Leute, stehen, nachdem sie sich seinerzeit beeilt haben, ihre Sympathie für das OK zu bescheinigen, ist uns unbekannt, aber das ist auch nicht wichtig: wichtig ist, daß der liquidatorische Charakter der vom OK einberufenen Konferenz von Plechanow unwiderlegbar und in aller Eindeutigkeit fest-

gestellt worden ist und daß die staatsmännischen Köpfe der „Versöhnler" sich diesen Tatsachen beugen mußten. Wer ist übriggeblieben? Die ausgesprochenen Liquidatoren und Trotzki ...

Die Grundlage dieses Blocks ist klar: Die Liquidatoren genießen die volle Freiheit, auf „alte Weise" ihre Linie im „Shiwoje Delo" und in der „Nascha Sarja" zu verfolgen, Trotzki aber deckt sie – vom Ausland her – durch die rrrevolutionäre Phrase, die ihn nichts kostet und sie in keiner Weise bindet.

Aus dieser Geschichte folgt eine kleine Lehre für diejenigen, die im Ausland nach der Einheit seufzen und unlängst das Pariser Blatt „Sa Partiju"[13] geschaffen haben. Um die Partei aufzubauen, reicht es nicht aus, wenn man versteht, „Einheit" zu schreien, man muß noch irgendein *politisches* Programm, ein Programm des politischen Handelns haben Der Block der Liquidatoren, Trotzkis, der „Wperjod"-Leute, der Polen, der parteitreuen Bolschewiki (?), der Pariser Menschewiki usw. usw. usw. war im voraus zu einem skandalösen Reinfall verurteilt, denn er war auf Prinzipienlosigkeit, auf Heuchelei und auf die hohle Phrase gegründet. Den Seufzenden aber dürfte es schließlich nichts schaden, für sich selbst die so komplizierte und schwierige Frage zu lösen, mit wem sie die Einheit wollen. Wenn mit den Liquidatoren, warum sagen sie das dann nicht ohne Umschweife? Wenn sie aber gegen die Vereinigung mit den Liquidatoren sind, nach welcher Einheit seufzen sie dann?

Die Januarkonferenz und die von ihr gewählten Organe sind das einzige, was gegenwärtig alle Parteiarbeiter der SDAPR in Rußland faktisch vereint. Außer ihr gibt es lediglich das Versprechen der Bundisten und Trotzkis, eine liquidatorische Konferenz durch das OK einzuberufen, und die „Versöhnler" mit ihrem liquidatorischen Katzenjammer.

„Sozial-Demokrat" Nr. 26,
8. Mai (25. April) 1912.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

DEM GEDÄCHTNIS HERZENS

Hundert Jahre sind seit dem Tage der Geburt Herzens vergangen. Ihn feiert das ganze liberale Rußland, wobei es sorgfältig den ernsten Fragen des Sozialismus aus dem Weg geht und vorsorglich verheimlicht, wodurch sich der *Revolutionär* Herzen von einem Liberalen unterschied. Herzens gedenkt auch die Rechtspresse, die verlogen beteuert, Herzen habe sich am Ende seiner Tage von der Revolution losgesagt. Und in den Reden der im Ausland weilenden Liberalen und Volkstümler über Herzen herrscht die Phrase, nichts als die Phrase.

Die Arbeiterpartei muß Herzens gedenken, nicht um spießbürgerliche Lobgesänge anzustimmen, sondern um ihre eigenen Aufgaben klarzustellen, um Klarheit zu schaffen über den wirklichen historischen Platz des Schriftstellers, der bei der Vorbereitung der russischen Revolution eine große Rolle gespielt hat.

Herzen gehörte zu der Generation der aus den Kreisen des Adels und der Gutsbesitzer stammenden Revolutionäre der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Der Adel hat Rußland die Biron und Araktschejew gegeben, eine zahllose Menge von „besoffenen Offizieren, Raufbolden, Spielern, Helden des Jahrmarkts, Pikören, Schlägern, Bauernpeinigern und Wüstlingen" – und schöngeistigen Manilows*. „Und zwischen ihnen", schrieb Herzen, „entwickelten sich die Männer des 14. Dezember, eine Phalanx von Helden, wie Romulus und Remus mit der Milch einer Wölfin genährt ... Es sind das wahre Recken, von Kopf bis Fuß aus reinem Stahl geschmiedet, kriegerische Paladine, die bewußt in den offensichtlichen Untergang gegangen sind, um die junge Generation zu neuem Leben auf-

* Manilow – Gestalt aus Gogols Roman „Die toten Seelen". *Der Übers.*

zurütteln und die Kinder zu läutern, die inmitten von Henkertum und Knechtseligkeit geboren worden waren."[14]

Zu diesen Kindern gehörte Herzen. Der Aufstand der Dekabristen rüttelte ihn auf und „läuterte" ihn. In dem leibeigenen Rußland der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts vermochte er es, sich auf das Niveau der größten Denker seiner Zeit zu erheben. Er machte sich die Dialektik Hegels zu eigen. Er verstand, daß sie die „Algebra der Revolution" ist. Er ging weiter als Hegel, zum Materialismus, im Gefolge Feuerbachs. Der im Jahre 1844 geschriebene erste der „Briefe über das Studium der Natur" – „Empirie und Idealismus" – zeigt uns einen Denker, der die unzähligen modernen Empiriker, die modernen Naturwissenschaftler, wie auch die Unmasse der heutigen Philosophen, Idealisten und Halbidealisten, jetzt noch um Haupteslänge überragt. Herzen kam ganz dicht an den dialektischen Materialismus heran und machte halt vor dem – historischen Materialismus.

Dieses „Haltmachen" führte auch zu dem geistigen Zusammenbruch Herzens nach der Niederlage der Revolution von 1848. Herzen hatte Rußland bereits verlassen und beobachtete diese Revolution unmittelbar. Er war damals Demokrat, Revolutionär, Sozialist. Aber sein „Sozialismus" gehörte zu den in der Epoche von 1848 so zahllosen Formen und Abarten des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Sozialismus, die durch die Junitage endgültig den Todesstoß erhielten. Im Grunde genommen war das überhaupt kein Sozialismus, sondern schöngeistige Phrase, gutgemeinte Phantasterei, in die die bürgerliche Demokratie und ebenso das Proletariat, das sich noch nicht von deren Einfluß frei gemacht hatte, ihr *damaliges* revolutionäres Streben kleideten.

Der geistige Zusammenbruch Herzens, sein tiefer Skeptizismus und Pessimismus nach dem Jahre 1848, war der Zusammenbruch der *bürgerlichen Illusionen* im Sozialismus. Das geistige Drama Herzens war ein Erzeugnis und eine Widerspiegelung jener weltgeschichtlichen Epoche, da das revolutionäre Streben der bürgerlichen Demokratie *schon* in den letzten Zügen lag (in Westeuropa), die revolutionäre Gesinnung des sozialistischen Proletariats jedoch *noch nicht* herangereift war. Das haben die Ritter der liberalen russischen Sprachschwelgerei nicht verstanden und konnten es nicht verstehen, die heute ihre konterrevolutionäre Gesinnung mit blumenreichen Phrasen über den Skeptizismus Herzens bemänteln.

Bei diesen Rittern, die die russische Revolution von 1905 verraten, die selbst jeden Gedanken an den Ehrentitel *Revolutionär* vergessen haben, ist der Skeptizismus eine Form des Übergangs von der Demokratie zum Liberalismus – zu jenem knechtseligen, gemeinen, schmutzigen, bestialischen Liberalismus, der im Jahre 1848 die Arbeiter zusammenschoß, der die umgestürzten Throne wieder aufrichtete, der Napoleon III. Beifall klatschte und den Herzen *verfluchte*, ohne seine Klassennatur zu verstehen.

Bei Herzen war der Skeptizismus eine Form des Übergangs von den Illusionen des „über den Klassen stehenden" bürgerlichen Demokratismus zum harten, unerbittlichen, unbesiegbaren Klassenkampf des Proletariats. Der Beweis: die „Briefe an einen alten Freund", an Bakunin, die Herzen ein Jahr vor seinem Tod, im Jahre 1869, schrieb. Herzen bricht mit dem Anarchisten Bakunin. Gewiß, noch sieht Herzen in diesem Bruch nur taktische Meinungsverschiedenheiten und nicht den Abgrund zwischen den Weltanschauungen des vom Siege seiner Klasse überzeugten Proletariats und des an seiner Rettung verzweifelnden Kleinbürgers. Gewiß, Herzen wiederholt auch hier wieder die alten bürgerlich-demokratischen Phrasen, der Sozialismus müsse auftreten mit „einer Predigt, die sich in gleicher Weise an den Arbeiter wie an den Unternehmer, an den Bauern wie an den Bürger wendet". Und dennoch, als Herzen mit Bakunin brach, wandte er seine Blicke nicht dem Liberalismus zu, sondern der *Internationale*, der Internationale, die von Marx geführt wurde – der Internationale, die begann, *„die Heere zu sammeln"*, die Heere des Proletariats, *„die Arbeiterwelt"* zu vereinigen, „die die Welt verläßt, die genießt, ohne zu arbeiten"![15]

Da Herzen das bürgerlich-demokratische Wesen der ganzen Bewegung von 1848 und all der Formen des vormarxschen Sozialismus nicht verstanden hatte, konnte er um so weniger die bürgerliche Natur der russischen Revolution verstehen. Herzen ist der Begründer des „russischen" Sozialismus, der „Volkstümlerrichtung". Herzen erblickte den „Sozialismus" in der Befreiung des Bauern *mit Landzuteilung*, im Grundbesitz der Dorfgemeinden und in der bäuerlichen Idee vom „Recht auf Grund und Boden". Seine Lieblingsgedanken zu diesem Thema hat er unzählige Male entwickelt.

In Wirklichkeit gibt es in dieser Lehre Herzens wie in der ganzen russischen Volkstümlerrichtung – bis zu der matten Volkstümlerei der heutigen „Sozialrevolutionäre" – *auch nicht ein Gran* Sozialismus. Es ist das eine ebensolche schöngeistige Phrase, eine ebensolche gutgemeinte, das *revolutionäre Streben* der bürgerlichen Bauerndemokratie in Rußland einkleidende Phantasterei wie die verschiedenen Formen des „Sozialismus von 1848" im Westen. Je mehr Land die Bauern im Jahre 1861 bekommen hätten und je billiger sie es bekommen hätten, desto stärker wäre die Macht der feudalen Gutsbesitzer untergraben worden, desto schneller, freier und umfassender hätte sich der Kapitalismus in Rußland entwickelt. Die Idee vom „Recht auf Grund und Boden" und von der „ausgleichenden Bodenverteilung" ist nichts anderes als die Formulierung des revolutionären Strebens der Bauern nach Gleichheit, der Bauern, die für den völligen Sturz der Gutsbesitzermacht, für die völlige Beseitigung des gutsherrlichen Grundbesitzes kämpfen.

Die Revolution von 1905 hat das vollauf bewiesen: Einerseits wirkte das Proletariat völlig selbständig an der Spitze des revolutionären Kampfes, nachdem es die sozialdemokratische Arbeiterpartei geschaffen hatte; anderseits kämpften die revolutionären Bauern (die „Trudowiki" und der „Bauernbund"), die für die Beseitigung des gutsherrlichen Grundbesitzes in jeder Form, bis „zur Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden", eintraten, eben als Besitzer, als Kleinunternehmer.

Gegenwärtig dienen die Wortstreitereien über den „sozialistischen Charakter" des Rechts auf Grund und Boden usw. nur zur *Verdunkelung* und Verdeckung einer wirklich wichtigen und ernsten historischen Frage: der Frage nach dem Unterschied der *Interessen* der liberalen Bourgeoisie und der revolutionären Bauernschaft in der russischen *bürgerlichen* Revolution; anders gesagt, nach der liberalen und der demokratischen, nach der „paktiererischen" (monarchistischen) und der republikanischen Tendenz in dieser Revolution. Gerade diese Frage ist von Herzens „Kolokol"[16] aufgeworfen worden, wenn man das Wesen der Sache nimmt und nicht die Phrasen – wenn man den Klassenkampf als die Grundlage der „Theorien" und Lehren untersucht und nicht umgekehrt.

Herzen hat die freie russische Presse im Ausland geschaffen – darin besteht sein großes Verdienst. Die „Poljarnaja Swesda"[17] nahm die Tradition der Dekabristen auf. Der „Kolokol" (1857–1867) trat leidenschaft-

lich für die Befreiung der Bauern ein. Das sklavische Schweigen war gebrochen.

Aber Herzen gehörte dem Milieu der Gutsbesitzer, der Herren an. Er hatte Rußland im Jahre 1847 verlassen, hatte das revolutionäre Volk nicht gesehen und konnte keinen Glauben an das Volk haben. Daher sein liberaler Appell an die „Spitzen". Daher seine zahllosen süßlichen Briefe im „Kolokol" an Alexander II., den Henker, die man heute nicht ohne Abscheu lesen kann. Tschernyschewski, Dobroljubow, Serno-Solowjewitsch, diese Vertreter der neuen Generation der Rasnotschinzen*-Revolutionäre, hatten tausendmal recht, wenn sie Herzen Vorwürfe machten wegen dieser Abweichungen vom Demokratismus *zum* Liberalismus. Allein die Gerechtigkeit fordert zu sagen, daß bei allen Schwankungen Herzens zwischen Demokratismus und Liberalismus dennoch der Demokrat in ihm die Oberhand behielt.

Als einer der widerwärtigsten Typen des liberalen Gesindels, Kawelin, der sich früher für den „Kolokol" gerade wegen seiner *liberalen* Tendenzen begeistert hatte, gegen die Konstitution auftrat, über die revolutionäre Agitation herfiel, sich gegen die „Gewalttätigkeit" und die Aufrufe zur Gewalt wandte und Geduld zu predigen begann, da *brach* Herzen mit diesem liberalen Weisen. Herzen zog über sein „kümmerliches, abgeschmacktes und schädliches Pamphlet" her, das geschrieben sei „nicht für den Druck, sondern damit die liberalisierende Regierung es sich zur Richtschnur nehme", über Kawelins „politisch-sentimentale Sentenzen", die „das russische Volk als Vieh, die Regierung aber als Ausbund der Weisheit" darstellten. Der „Kolokol" veröffentlichte einen Artikel „Grabrede", in dem die Professoren gegeißelt wurden, „die das verfaulte Spinngewebe ihrer hochmütig kümmerlichen Ideen weben, die Exprofessoren, die einst treu und bieder waren, dann aber erbosten, als sie sahen, daß die gesunde Jugend mit ihrer skrofulösen Denkweise nicht sympathisieren kann". Und Kawelin erkannte sich in diesem Porträt sofort wieder.

Als Tschernyschewski verhaftet wurde, schrieb der niederträchtige Liberale Kawelin: „Die Verhaftungen scheinen mir nicht empörend ... die revolutionäre Partei hält alle Mittel für gut, um die Regierung zu

* Rasnotschinzen – Angehörige der Intelligenz, hervorgegangen aus der Geistlichkeit, der Beamtenschaft, dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft. *Der Übers.*

stürzen, und diese verteidigt sich mit ihren Mitteln." Herzen gab diesem Kadetten eine treffende Antwort, als er anläßlich des Verfahrens gegen Tschernyschewski sagte: „Und da kommen diese kläglichen, farblosen Menschen, diese qualligen Schleimer, und sagen, man dürfe diese Bande von Räubern und Schuften, die uns regiert, nicht schmähen!"

Als der Liberale Turgenjew einen Privatbrief mit der Versicherung seiner allerergebensten Gefühle an Alexander II. richtete und zwei Goldstücke für die bei der Niederschlagung des polnischen Aufstands verwundeten Soldaten spendete, schrieb der „Kolokol" von der „grauhaarigen Magdalena (männlichen Geschlechts), die Seiner Majestät geschrieben hat, sie könne keinen Schlaf finden und quäle sich ab, weil Seine Majestät nichts von der Reue wisse, die sie empfinde". Und Turgenjew erkannte sich sofort.

Als das ganze Gelichter der russischen Liberalen von Herzen abrückte, weil er Polen verteidigte, als die ganze „gebildete Gesellschaft" dem „Kolokol" den Rücken kehrte, ließ sich Herzen nicht beirren. Er fuhr fort, für die Freiheit Polens einzutreten, und geißelte auch weiterhin die Büttel, die Scharfrichter und Henker Alexanders II. Herzen rettete die Ehre der russischen Demokratie. „Wir haben die Ehre des russischen Namens gerettet", schrieb er an Turgenjew, „und dafür hat uns die sklavische Mehrheit leiden lassen."

Als die Nachricht eintraf, ein leibeigener Bauer habe einen Gutsbesitzer wegen eines Anschlags auf die Ehre seiner Braut erschlagen, kommentierte Herzen diese Nachricht im „Kolokol": „Das hat er ausgezeichnet gemacht!" Als mitgeteilt wurde, daß zur Durchführung einer „ruhigen" „Befreiung" Militärbefehlshaber eingesetzt würden, schrieb Herzen: „Der erste gescheite Oberst, der sich mit seiner Abteilung den Bauern anschließt, anstatt sie niederzumachen, wird auf den Thron der Romanows kommen." Als der Oberst Reitern sich in Warschau erschoß (1860), um nicht zum Helfershelfer der Henker zu werden, schrieb Herzen: „Wenn erschossen werden muß, so müssen die Generale erschossen werden, die den Befehl geben, auf Waffenlose zu schießen." Als man in Besdna fünfzig Bauern niedermachte und ihren Anführer, Anton Petrow, hinrichtete (12. April 1861), schrieb Herzen im „Kolokol":

„Oh, wenn meine Worte doch zu dir dringen könnten, Arbeitsmann und Märtyrer der russischen Erde! ... Wie würde ich dich lehren, deine geistlichen

Hirten zu verachten, die der Petersburger Synod und der deutsche Zar über dich gesetzt haben ... Du hassest den Gutsbesitzer, du hassest den Gerichtsschreiber, du fürchtest sie – und mit vollem Recht; aber du glaubst noch an den Zaren und den Hohenpriester ... glaub ihnen nicht! Der Zar ist mit ihnen und sie mit ihm. Ihn siehst du jetzt, du, Vater des ermordeten Jünglings in Besdna, du, Sohn des ermordeten Vaters in Pensa ... Deine Hirten – sie sind unwissend wie du, arm wie du ... Das war auch jener Antonius, der in Kasan für dich gelitten hat" (nicht der Bischof Antonius, sondern Anton von Besdna). „... Die Leichen deiner Heiligen werden keine achtundvierzig Wunder tun, ein Gebet zu ihnen hilft nicht gegen Zahnweh; aber das lebendige Andenken an sie kann *ein* Wunder verrichten – deine Befreiung."

Das zeigt, wie gemein und niedrig unsere Liberalen, die sich in der „legalen" Sklavenpresse verschanzt haben, Herzen verleumden, wie sie seine schwachen Seiten übertrieben darstellen und seine starken mit Schweigen übergehen. Es ist nicht die Schuld Herzens, es ist sein Unglück, daß er das revolutionäre Volk eben in Rußland in den vierziger Jahren nicht sehen konnte. Als er es *in den sechziger Jahren* gesehen hatte, trat er furchtlos auf die Seite der revolutionären Demokratie gegen den Liberalismus. Er kämpfte für den Sieg des Volkes über den Zarismus und nicht für einen Pakt der liberalen Bourgeoisie mit dem Gutsbesitzerzaren. Er erhob das Banner der Revolution.

Wenn wir Herzen feiern, sehen wir deutlich drei Generationen, drei Klassen, die in der russischen Revolution wirksam waren. Zunächst – die Adligen und Gutsbesitzer, die Dekabristen und Herzen. Eng ist der Kreis dieser Revolutionäre. Furchtbar fern stehen sie dem Volk. Aber ihre Sache ist nicht verlorengegangen. Die Dekabristen weckten Herzen. Herzen entfaltete die revolutionäre Agitation.

Diese Agitation wurde aufgegriffen von den Rasnotschinzen-Revolutionären, von Tschernyschewski bis zu den Helden der „Narodnaja Wolja", die sie erweiterten, festigten und stählten. Weiter wurde der Kreis der Kämpfer, enger ihre Verbindung mit dem Volk. „Die jungen Steuerleute im künftigen Sturm" hat Herzen sie genannt. Aber das war noch nicht der eigentliche Sturm.

Der Sturm, das ist die Bewegung der Massen selbst. Das Proletariat, die einzige wirklich revolutionäre Klasse, hat sich erhoben, ist an ihre Spitze

getreten und hat zum erstenmal die Millionen Bauern zum offenen, revolutionären Kampf mitgerissen. Der erste Stoß des Sturmes erfolgte im Jahre 1905. Der nächste beginnt vor unsern Augen an Kraft zu gewinnen.

Indem es Herzen feiert, lernt das Proletariat an seinem Beispiel die gewaltige Bedeutung der revolutionären Theorie verstehen; lernt es verstehen, daß die unverbrüchliche Treue zur Revolution und der revolutionäre Appell an das Volk auch dann nicht vergebens sind, wenn ganze Jahrzehnte die Ernte von der Saat trennen; lernt es die Rolle der verschiedenen Klassen in der russischen und internationalen Revolution zu bestimmen. Um diese Lehren bereichert, wird sich das Proletariat den Weg zum freien Bündnis mit den sozialistischen Arbeitern aller Länder bahnen und jenes Reptil, die zaristische Monarchie, zertreten, gegen das Herzen als erster das hehre Banner des Kampfes erhoben hat, indem er an die Massen appellierte mit dem *freien russischen Wort.*

„Sozial-Demokrat" Nr. 26,
8. Mai (25. April) 1912.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

DER GRUNDBESITZ IM EUROPÄISCHEN RUSSLAND

Die Hungersnot, in die 30 Millionen Bauern geraten sind, hat von neuem die Frage nach der Lage der Bauernschaft in Rußland auf die Tagesordnung gesetzt. Gewöhnlich läßt man bei Erörterungen über diese Frage die Hauptsache außer acht: die Wechselbeziehung zwischen dem Großgrundbesitz der – vornehmlich adligen – Gutsherren und der Lage der Bauernschaft. Auf diese Hauptsache eben wollen wir das Augenmerk der Leser lenken.

Im Jahre 1907 wurde vom Innenministerium die „Grundbesitzstatistik für 1905" herausgegeben. Auf Grund dieser offiziellen Angaben, die sicherlich keinesfalls der Parteinahme für die Bauern verdächtigt werden können, kann man eine ziemlich genaue Vorstellung über eine der hauptsächlichen Ursachen der Hungersnot gewinnen.

Die Regierungsstatistik hat die Bodenfläche in den 50 Gouvernements des Europäischen Rußlands mit 395 Millionen Desjatinen angegeben. Aber diese Ziffer gibt kein Bild der wirklichen Sachlage, weil in ihr über 100 Millionen Desjatinen an fiskalischen Ländereien im Hohen Norden, in den Gouvernements Archangelsk, Olonez und Wologda einbegriffen sind. Für die Landwirtschaft sind diese Ländereien größtenteils ungeeignet; es sind das die Tundren und Wälder des Hohen Nordens. Gewöhnlich wird auf diese Ländereien nur verwiesen, um die wirkliche Verteilung des für landwirtschaftliche Zwecke tauglichen Bodens *im dunkeln zu lassen.*

Scheidet man diese Ländereien aus, so erhält man als Gesamtfläche geeigneten Bodens (abgerundet) 280 Millionen Desjatinen. Von diesem Boden befinden sich 101 Millionen Desjatinen in Privatbesitz, und

139 Millionen sind Anteilland. Es gilt, den gutsherrlichen Großgrundbesitz und den kleinbäuerlichen Grundbesitz auseinanderzuhalten.

Über die großen Güter macht die Regierungsstatistik folgende Angaben:

Persönliches Privateigentum an Grund und Boden im Europäischen Rußland

Größe des Besitzes	Anzahl der Besitzungen	Land in Desjatinen	Durchschnittsgröße einer Besitzung in Desjatinen
von 500– 2 000 Desjatinen	21 748	20 590 708	947
„ 2000–10 000 „	5 386	20 602 109	3 825
über 10 000 „	699	20 798 504	29 754
Insgesamt	27 833	61 991 321	2 227

Diese Angaben sind unvollständig, da weder die Apanageländereien noch die Ländereien der großen Handelsgesellschaften und dergleichen einbezogen sind. Aber immerhin können wir aus diesen Angaben die *Hauptsache* über den gutsherrlichen Grundbesitz in Rußland erfahren. *Siebenhundert* Gutsbesitzer besitzen 21 Millionen Desjatinen, das heißt, *jeder einzelne* besitzt fast *dreißigtausend Desjatinen.*

Weniger als achtundzwanzigtausend Gutsbesitzer besitzen **62** Millionen Desjatinen Land, das heißt, im Durchschnitt entfallen *auf jeden einzelnen 2200 Desjatinen.* Hinzufügen muß man hier die Apanageländereien; man zählt über *fünf* Millionen Desjatinen. Dann gehören mehr als *dreieinhalb* Millionen Desjatinen Land 272 „Handels- und Industriegesellschaften, Betriebsgesellschaften u. a.". Es sind das zweifellos große Güter – ihre Hauptmasse ist im Gouvernement Perm konzentriert –; hier gehören *neun* solchen Gesellschaften *fast anderthalb Millionen* Desjatinen Land (die genaue Ziffer: 1 448 902).

Wir erhalten also insgesamt keinesfalls weniger, sondern sicherlich mehr als *70 Millionen* Desjatinen Land, die den größten Gutsbesitzern gehören. Die Zahl dieser großen Gutsbesitzer erreicht nicht 30 000.

Nehmen wir jetzt den Grundbesitz der Bauern. Nach den Angaben der Regierungsstatistik besaßen die Bauern mit den kleinsten Parzellen an Anteilland:

Anteilland

Größe des Anteillandes	Anzahl der Höfe	Land in Desjatinen	Im Durchschnitt auf einen Hof Desjatinen
Bis 5 Desjatinen	2 857 650	9 030 333	3,1
5– 8 „	3 317 601	21 706 550	6,5
8–15 „	3 932 485	42 182 923	10,7
Insgesamt	10 107 736	72 919 806	7,0

Also besitzen *zehn Millionen* Bauernfamilien – von insgesamt etwa 13 Millionen – *73 Millionen Desjatinen Land.* Im Durchschnitt entfallen auf einen Hof *sieben* Desjatinen. Hinzufügen muß man hier noch die im Privatbesitz befindlichen kleinen Wirtschaften: Besitzer mit bis zu 10 Desjatinen zählt man 409 864, an Land besitzen sie 1 625 226 Desjatinen, d. h. weniger als vier Desjatinen je Hof. Folglich erhalten wir *ungefähr zehneinhalb Millionen* Bauernfamilien mit *75 Millionen* Desjatinen Land.

Nunmehr können wir diese grundlegenden Daten, die bei den Betrachtungen über die Bauernfrage sehr häufig vergessen oder unrichtig dargestellt werden, zusammenfassen:

Der gutsherrliche Großgrundbesitz: 30 000 Besitzer – 70 Millionen Desjatinen Land.

Der kleinbäuerliche Grundbesitz: *zehneinhalb Millionen* Besitzer – 75 Millionen Desjatinen Land.

Selbstverständlich sind das allgemeine Angaben. Um die Lage der Bauern und die Bedeutung der großen Güter eingehender zu studieren, muß man auf die Angaben für die verschiedenen Gebiete oder Bezirke, zuweilen sogar für die einzelnen Gouvernements, zurückgreifen. Aber die Ökonomen der Regierung wie die Ökonomen aus dem liberalen Lager und teilweise sogar aus dem Lager der Volkstümler *verdunkeln* sehr häufig den *Kern* der Bodenfrage eben durch Hinweise auf einzelne Gebiete oder auf einzelne spezielle Seiten der Frage. Um sich über die *fundamentale* Bedeutung der Bodenfrage und über die Lage der Bauern klarzuwerden, darf man die angeführten grundlegenden Angaben nicht außer acht lassen, darf man nicht gestatten, daß das Grundlegende durch Einzelheiten verdunkelt werde.

Beispiele für solche Verdunkelungsversuche werden wir im nächsten Artikel anführen.* Heute jedoch wollen wir das erste grundlegende Fazit ziehen. Der Grund und Boden im Europäischen Rußland ist so verteilt, daß die größten Gutsbesitzer, von denen jeder über mehr als 500 Desjatinen verfügt, 70 Millionen Desjatinen besitzen, wobei die Zahl dieser Gutsbesitzer nicht einmal 30 000 erreicht.

Die übergroße Mehrheit der Bauern hingegen, nämlich zehneinhalb Millionen Familien von insgesamt 13 Millionen Bauernfamilien, besitzen 75 Millionen Desjatinen Land.

Die Durchschnittsgröße der Güter der Großgrundbesitzer beträgt *2200 Desjatinen.* Die Durchschnittsgröße der Parzelle des Kleinbauern – *sieben* Desjatinen.

Ginge der Grund und Boden der dreißigtausend Großbesitzer an die zehn Millionen Bauernhöfe über, so würde sich der Bodenbesitz dieser Höfe *fast verdoppeln.*

Welche wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Gutsbesitzern und den Bauern sich aus einer solchen Bodenverteilung ergeben, darüber das nächste Mal.

„Newskaja Swesda" Nr. 3,
6. Mai 1912.
Unterschrift: R. Silin.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

* Siehe den vorliegenden Band, S. 60–64. *Die Red.*

DIE TRUDOWIKI UND DIE ARBEITERDEMOKRATIE

Die Wahlkampagne für die Wahlen zur IV. Duma hat zu einer gewissen Belebung geführt und das Interesse für politische Fragen erhöht. Die durch die Ereignisse an der Lena ausgelöste breite Bewegung hat diese Belebung vertieft und dieses Interesse besonders groß werden lassen. Mehr denn je ist es heute am Platze, die Frage des Verhältnisses der Trudowiki, d. h. der Bauerndemokratie, zur Arbeiterdemokratie zu erörtern.

Herr W. Wodowosow legt in dem Artikel „Die Trudowikigruppe und die Arbeiterpartei" („Saprossy Shisni" Nr. 17) den Standpunkt der Trudowiki in dieser Frage dar, wobei er auf meine Artikel in der „Swesda"[18] „Liberalismus und Demokratie"* antwortet. Der Streit berührt das eigentliche Wesen der beiden politischen Richtungen, in denen die Interessen von *neun Zehnteln* der Bevölkerung Rußlands ihren Ausdruck finden. Es ist darum die Pflicht eines jeden Demokraten, dem Gegenstand des Streites die größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen.

I

Die Arbeiterdemokratie steht auf dem Standpunkt des Klassenkampfes. Die Lohnarbeiter bilden eine bestimmte Klasse in der modernen Gesellschaft. Die Lage dieser Klasse unterscheidet sich radikal von der Lage der Klasse der Kleinbesitzer, der Bauern. Darum kann von ihrer Vereinigung in *einer* Partei keine Rede sein.

Das Ziel der Arbeiter ist die Vernichtung der Lohnsklaverei durch die Beseitigung der Herrschaft der Bourgeoisie. Die Bauern erheben demokratische Forderungen, die geeignet sind, die Leibeigenschaft in allen

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 561–570. *Die Red.*

ihren sozialen Grundlagen und Erscheinungsformen zu vernichten, die aber ungeeignet sind, die Herrschaft der Bourgeoisie auch nur anzutasten.

Die diesen wie jenen gemeinsamen Aufgaben bringen in Rußland in der gegenwärtigen Etappe die Bauern- und die Arbeiterdemokratie einander näher, die nicht anders als getrennt marschieren können, die aber vereint handeln können – und es im Interesse des Erfolges müssen – gegen alles, was dem Demokratismus widerspricht. Wenn diese Vereinigung oder diese Gemeinsamkeit des Handelns nicht verwirklicht werden wird, wenn sich die Bauerndemokratie nicht von der Vormundschaft der Liberalen (der Kadetten) frei machen wird, kann von ernsthaften demokratischen Umgestaltungen in Rußland keine Rede sein.

Das sind die Anschauungen der Arbeiterdemokraten, der Marxisten, die ich in den beiden Artikeln „Liberalismus und Demokratie" entwickelt habe.

Die Trudowiki, deren Anschauungen Herr Wodowosow darlegt, wollen eine „über den Klassen stehende" Partei sein. Ihrer Überzeugung nach könnte *eine* Partei „durchaus den Interessen von drei Gesellschaftsklassen Genüge leisten": der Bauernschaft, der Arbeiterklasse und der „werktätigen Intelligenz".

Ich hatte gesagt, diese „Überzeugung" widerspreche 1. allen Wahrheiten der ökonomischen Wissenschaft, 2. allen Erfahrungen der Länder, die der gegenwärtigen Epoche in Rußland ähnliche Epochen durchgemacht haben, 3. den Erfahrungen Rußlands in einer besonders wichtigen, besonders kritischen Periode der russischen Geschichte – im Jahre 1905. Ich hatte mich lustig gemacht über die echt kadettischen Ansprüche, verschiedene Klassen zu „umfassen", und hatte daran erinnert, daß die Kadetten die Herren Maklakow als „werktätige Intelligenz" bezeichnen.

Herr Wodowosow versucht, ohne diese meine Argumente vollständig und im Zusammenhang anzuführen, fragmentarische Einwendungen zu machen. Gegen das erste Argument z. B. erklärt er: „Die Bauernschaft ist eine Masse, die von ihrer Arbeit lebt, ihre Interessen sind die Interessen der Arbeit, und darum bildet sie die eine Abteilung in der großen Armee der Arbeit, so wie die Arbeiter die andere Abteilung bilden."

Das ist keine marxistische ökonomische Wissenschaft, sondern eine bürgerliche: durch die Phrase von den Interessen der Arbeit wird hier der grundlegende Unterschied zwischen der Lage des Kleinbesitzers und der

des Lohnarbeiters vertuscht. Der Arbeiter besitzt keinerlei Produktionsmittel und verkauft sich selbst, seine Hände, seine *Arbeitskraft*. Der Bauer besitzt Produktionsmittel – Geräte, Vieh, Land, eigenes oder gepachtetes – und verkauft die *Produkte* seiner Wirtschaft, er ist Kleinbesitzer, Kleinunternehmer, Kleinbürger.

Die Bauern dingen auch heute in Rußland nicht weniger als *zwei Millionen* landwirtschaftlicher Lohnarbeiter für ihre Wirtschaften. Gingen aber alle Gutsbesitzerländereien ohne Ablösung an die Bauern über, dann würden sie noch weitaus mehr Arbeiter dingen.

Ein solcher Übergang des Bodens an die Bauern liegt im gemeinsamen Interesse der gesamten Bauernschaft, aller Lohnarbeiter, der ganzen Demokratie, weil der gutsherrliche Grundbesitz die Basis ist für die politische Macht der Gutsbesitzer, für eine Macht von solchem Typus, wie ihn Purischkewitsch, dann Markow 2 und die übrigen „Größen der III. Duma", die Nationalisten, Oktobristen usw. Rußland besonders anschaulich vor Augen geführt haben.

Hieraus erhellt, daß das gemeinsame Ziel, das heute den Bauern und Arbeitern gesetzt ist, absolut nichts Sozialistisches in sich birgt, entgegen der Meinung der Schwarzhunderterignoranten und zuweilen auch der Liberalen. Dieses Ziel ist ein ausschließlich demokratisches Ziel. Ist dieses Ziel erreicht, so wäre die Freiheit für Rußland errungen, aber noch keineswegs die Lohnsklaverei vernichtet.

Um das vereinte Handeln verschiedener Klassen ernsthaft zu organisieren, für einen wirklichen und dauerhaften Erfolg solchen Handelns bedarf es der klaren Erkenntnis, worin die Interessen dieser Klassen übereinstimmen und worin sie auseinandergehen. Jegliche Irrtümer, jegliche „Mißverständnisse" in dieser Hinsicht, jede Verdunkelung der Sache durch Phrasen muß sich auf das verhängnisvollste auswirken, muß den Erfolg vereiteln.

II

„Die landwirtschaftliche Arbeit unterscheidet sich von der Fabrikarbeit; aber die Fabrikarbeit unterscheidet sich doch auch von der Arbeit der Handlungsgehilfen im Laden – allein die ‚Swesda' beweist den Handlungsgehilfen eindringlich, daß sie mit den Arbeitern *eine* Klasse bilden, daß sie darum die Sozialdemokratie als ihre Vertreterin betrachten müssen ..."

Das ist die Erwiderung des Herrn Wodowosow auf die Argumente von dem tiefen Klassenunterschied zwischen den Kleinbesitzern und den Lohnarbeitern! Die Betrachtungen des Herrn Wodowosow sind auch hier von dem gewöhnlichen Geist der bürgerlichen politischen Ökonomie durchdrungen. Der landwirtschaftliche Kleinbesitzer gehört zusammen mit dem Fabrikanten, mit dem Kleinbesitzer in Handel und Gewerbe zu einer *Klasse*; hier gibt es keinen Unterschied zwischen Klassen, sondern zwischen *Berufen*. Der landwirtschaftliche Lohnarbeiter gehört mit dem *Lohn*arbeiter aus Fabrik und Handel zu *einer* Klasse.

Diese Wahrheiten sind vom Standpunkt des Marxismus die allerelementarsten Wahrheiten. Und wenn Herr Wodowosow „meinen" Marxismus „äußerst vereinfacht" nennt, so hofft er vergeblich, dadurch *das Wesen der Sache* verdecken zu können: daß nämlich die Trudowiki ständig von der marxistischen politischen Ökonomie zur bürgerlichen abirren.

Dieselbe Tendenz zum Abirren, und zwar in eben derselben Richtung, offenbart Herr Wodowosow, wenn er meine Berufung auf die Erfahrungen aller Länder und auf die Erfahrungen Rußlands – hinsichtlich des tiefgreifenden Klassenunterschiedes zwischen den Kleinbesitzern und den Lohnarbeitern – mit dem Hinweis darauf zu widerlegen versucht, daß zuweilen verschiedene Parteien *eine* Klasse repräsentieren und umgekehrt. Die Arbeiter in Europa folgen manchmal den Liberalen, den Anarchisten, den Klerikalen usw. Die Gutsbesitzer verteilen sich zuweilen auf verschiedene Parteien.

Was ist denn damit bewiesen? Lediglich, daß außer den *Klassen*unterschieden auch andere Unterschiede, z. B. religiöse, nationale usw., Einfluß auf die Bildung von Parteien haben.

Diese Tatsache stimmt, aber in welcher Beziehung steht sie zu *unserem* Streit? Zeigt Herr Wodowosow für Rußland die besonderen historischen – religiösen, nationalen oder anderen – Bedingungen auf, die sich in dem *gegebenen Fall* den Klassenunterschieden *hinzugesellen* würden?

Herr Wodowosow hat absolut keine derartigen Bedingungen aufgezeigt und konnte sie auch nicht aufzeigen. Der Streit ging ausschließlich darum, ob bei uns eine „über den Klassen stehende" Partei möglich sei, die „den Interessen von drei Klassen Genüge leisten" würde (wobei es lächerlich ist, die „werktätige Intelligenz" als Klasse zu bezeichnen).

Auf diese Frage gibt die Theorie die klare Antwort: das ist unmöglich! Eine ebenso klare Antwort geben die Erfahrungen des Jahres 1905, wo sich in den unmittelbarsten und größten Massenaktionen in einem außerordentlich wichtigen kritischen Augenblick der russischen Geschichte *alle* Klassen- und Gruppenunterschiede, *alle* nationalen usw. Unterschiede besonders deutlich offenbart haben. Die Theorie des Marxismus erhielt ihre *Bestätigung* durch die Erfahrungen des Jahres 1905, die gezeigt haben, daß eine einheitliche Bauern- und Arbeiterpartei in Rußland *unmöglich* ist.

Alle drei Dumas haben dasselbe gezeigt.

Was soll da der Hinweis darauf, daß in verschiedenen Ländern Europas manchmal *eine* Klasse auf mehrere Parteien aufgeteilt war oder verschiedene Klassen unter der Führung *einer* Partei vereinigt waren? Dieser Hinweis besagt absolut nichts. Mit diesem Hinweis geht Herr Wodowosow nur der zu erörternden Frage aus dem Wege, versucht er nur, den Leser abzulenken.

Für den Erfolg der russischen Demokratie ist es überaus wichtig, daß sie ihre Kräfte kenne, die Lage der Dinge nüchtern betrachte, klar begreife, auf welche *Klassen* sie zu rechnen vermag. Sich durch Illusionen verführen lassen, die Klassenunterschiede durch Phrasen verdecken, sich mit frommen Wünschen über sie hinwegsetzen – all das ist im höchsten Grade schädlich.

Man muß den tiefen, im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft, im Rahmen der Herrschaft des Marktes nicht zu beseitigenden Klassenzwiespalt zwischen den Bauern und den Arbeitern Rußlands offen anerkennen. Man muß offen anerkennen, worin *heute* ihre Interessen übereinstimmen. Man muß jede dieser Klassen einigen, ihre Kräfte zusammenschließen, ihr politisches Bewußtsein entwickeln und die gemeinsame Aufgabe bestimmen.

Eine „radikale" (ich gebrauche den Ausdruck des Herrn Wodowosow, obgleich er mir nicht sehr glücklich scheint) Bauernpartei ist nützlich und notwendig.

Alle Versuche, eine „über den Klassen stehende" Partei zu schaffen, die Versuche, Bauern und Arbeiter in *einer* Partei zu vereinigen, die Versuche, irgendeine nichtexistierende „werktätige Intelligenz" als besondere Klasse hinzustellen, sind äußerst schädlich, sind verderblich für die russische Freiheit, weil solche Versuche *nichts* anderes zur Folge haben

können als Enttäuschungen, Kräfteverlust und Trübung des politischen Bewußtseins.

Wir stehen der Bildung einer *konsequent* demokratischen Bauernpartei voller Sympathie gegenüber und sind eben deshalb verpflichtet, die erwähnten Versuche zu bekämpfen. Die Arbeiter sind zugleich verpflichtet, gegen den Einfluß der *Liberalen* auf die demokratische Bauernschaft zu kämpfen.

III

Über das Verhältnis der Liberalen zur bürgerlichen Demokratie, der Kadetten zu den Trudowiki, hat die Konferenz der letzteren nichts Klares und Bestimmtes gesagt.[19] Bei den Trudowiki ist kein Verständnis dafür zu entdecken, daß gerade die Abhängigkeit der demokratischen Bauernschaft von den Liberalen einer der Hauptgründe war für den Mißerfolg der Freiheitsbewegung in den Jahren 1905/1906, daß ein Erfolg dieser Bewegung *unmöglich* ist, wenn nicht die breiten Schichten und die führenden Schichten der Bauernschaft den Unterschied zwischen Demokratismus und Liberalismus erkennen, wenn sie sich nicht frei machen von der Vormundschaft und der Herrschaft der Liberalen.

Herr Wodowosow hat diese Frage von grundlegender Wichtigkeit nur höchst flüchtig und unzureichend berührt. Er erklärt, daß „die Kadettenpartei vornehmlich die Interessen der städtischen Bevölkerung vertritt". Das stimmt nicht. Eine solche Bestimmung der Klassenwurzeln und der politischen Rolle der Partei der Kadetten ist ganz und gar untauglich.

Die Partei der Kadetten ist die Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie. Die soziale Basis dieser Partei (wie auch der „Progressisten") sind die (im Vergleich zu den Oktobristen) ökonomisch fortschrittlicheren Schichten der Bourgeoisie, insbesondere aber die bürgerliche Intelligenz. Zwar folgt noch ein Teil des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums dieser Partei, doch lediglich kraft der Tradition (d. h. der einfachen Gewohnheit, der blinden Wiederholung des Gestrigen) und weil er von den Liberalen direkt betrogen wird.

Wenn die Kadetten sich als Demokraten bezeichnen, betrügen sie sich selbst und betrügen sie das Volk. In Wirklichkeit sind die Kadetten konterrevolutionäre Liberale.

Die ganze Geschichte Rußlands, besonders des 20. Jahrhunderts, be-

sonders der Jahre 1905/1906, hat das vollauf *bewiesen*, der Sammelband „Wechi"[20] aber hat das besonders anschaulich, klar und vollständig *demonstriert* und enthüllt. Und keinerlei „Vorbehalte" der kadettischen Diplomaten gegenüber den „Wechi" werden an dieser Tatsache etwas ändern.

Der erste Abschnitt der Freiheitsbewegung in Rußland, das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat offenbart, daß noch breite Massen der Bevölkerung, die zur Demokratie neigen, nicht in genügendem Maße politisch bewußt sind, den Liberalismus vom Demokratismus *nicht unterscheiden* und sich der Führung der Liberalen unterwerfen. Solange sich das nicht ändert und soweit sich das nicht ändert, ist es zwecklos, von irgendeiner demokratischen Umgestaltung Rußlands auch nur zu reden. Das würde nur leeres Gerede sein.

Welche Einwendungen macht Herr Wodowosow gegen diese Prämissen, auf denen mein Artikel aufgebaut war? „Die Trudowiki", schreibt er, „halten es unter den gegenwärtigen Bedingungen für äußerst untaktisch (!!), zuviel von dem konterrevolutionären Charakter der Kadetten zu sprechen . . ."

Da hat man's! Was soll hier die „Taktik"? was soll hier das „zuviel"? Wenn es wahr ist, daß die Kadetten konterrevolutionäre Liberale sind, dann ist es Pflicht, die Wahrheit zu sagen. Ob man viel, ob man wenig von den konterrevolutionären Rechten und von den konterrevolutionären Liberalen sprechen soll – das ist eine ganz und gar zweitrangige Frage: *Jedesmal*, wenn der Publizist von den Rechten spricht, jedesmal, wenn er von den Liberalen spricht, muß er die Wahrheit sagen. Die Trudowiki haben über die Rechten die Wahrheit gesagt. Dafür sprechen wir ihnen unser Lob aus. Von den Liberalen haben die Trudowiki *selbst* zu sprechen begonnen – und sie haben *die Wahrheit nicht ausgesprochen!*

Nur deswegen machen wir den Trudowiki Vorwürfe.

„Zuviel" oder zuwenig – das ist durchaus belanglos. Mögen die Trudowiki tausend Zeilen den Rechten widmen und fünf den Liberalen, wir werden dagegen nichts einwenden. Nicht deswegen haben wir Einwendungen gegen die Trudowiki erhoben. Wir haben Einspruch dagegen erhoben, daß in diesen „fünf Zeilen" (machen Sie sich selbst den Vorwurf, Herr Wodowosow, daß Sie Ihr unglückliches „zuviel" in die Debatte geworfen haben!) *nicht* die Wahrheit über die Liberalen gesagt wurde.

Herr Wodowosow ist einer Antwort auf das Wesentliche ausgewichen: Sind die Kadetten konterrevolutionär oder nicht?

Das Ausweichen der Trudowiki vor dieser Frage ist ein großer Fehler, ein Zeichen dafür, daß *in der Praxis* ein Teil der Demokraten und ein Teil der ehemaligen Marxisten *vom* Liberalismus abhängig ist.

Diese Frage ist durch die ganze Geschichte des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts unabwendbar aufgeworfen.

Heute wachsen in Rußland überall, in den verschiedensten Schichten der Bevölkerung, *neue* demokratische Elemente heran. Das ist eine Tatsache. Diese demokratischen Elemente müssen, während sie heranwachsen, in *konsequentem* Demokratismus erzogen werden. Eine solche Erziehung ist unmöglich, ohne das wahre Wesen der Liberalen klarzustellen, die über Hunderte von Organen verfügen, hundert Sitze in der Duma innehaben und dergestalt ständig in *pseudo*demokratischer Richtung unvergleichlich mehr Menschen beeinflussen, als unsere Propaganda erfassen kann.

Die Demokratie muß ihre Kräfte zusammenschließen. Die Trudowiki werden wir stets für ihre demokratischen Reden über die Rechten loben. Aber ihr Demokratismus wird inkonsequent sein, wenn sie *dann*, wenn sie von den Liberalen sprechen, auf *liberale* Art sprechen, anstatt eine Sprache zu sprechen, die eines Demokraten würdig ist.

Nicht zwei Lager kämpfen bei den Wahlen, sondern drei. Verwechseln Sie nicht, meine Herren Trudowiki, das zweite (liberale) Lager mit dem dritten (demokratischen). Vertuschen Sie nicht den Unterschied zwischen ihnen – für diese schlechte Sache tragen schon die Liberalen *„zuviel"* Sorge.

„Prawda" Nr. 13 und 14, 8. und 9. Mai 1912. Unterschrift: P. P.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE POLITISCHEN PARTEIEN IN RUSSLAND

Die Wahlen zur Reichsduma veranlassen alle Parteien, ihre Agitation zu verstärken, ihre Kräfte zusammenzufassen, um möglichst viel Abgeordnete „ihrer" Partei durchzubringen.

Dabei wird auch bei uns, wie in allen anderen Ländern, die hemmungsloseste Wahlreklame entfaltet. Alle bürgerlichen Parteien, das heißt alle diejenigen, die die ökonomischen Privilegien der Kapitalisten verteidigen, machen für ihre Parteien ebenso Reklame, wie die einzelnen Kapitalisten für ihre Waren Reklame machen. Man betrachte die Geschäftsinserate in einer beliebigen Zeitung, und man wird sehen, wie die Kapitalisten die „effektvollsten", schreiendsten, modischsten Bezeichnungen für ihre Waren ersinnen und sie über den grünen Klee loben, ohne sich auch nur den geringsten Zwang anzutun, ohne vor irgendeiner Lüge oder Erfindung haltzumachen.

Das Publikum – zumindest in den großen Städten und in den Handelszentren – hat sich längst an die Geschäftsreklame gewöhnt und weiß, was sie wert ist. Leider verwirrt die politische Reklame unvergleichlich mehr Menschen, ihre Entlarvung ist weitaus schwieriger, der Betrug hält hier viel länger vor. Die Namen der Parteien werden – in Europa wie auch bei uns – zuweilen direkt zum Zweck der Reklame ausgewählt, die „Programme" der Parteien werden sehr, sehr oft nur geschrieben, um das Publikum zu betrügen. Je größer die politische Freiheit in einem kapitalistischen Land ist, je mehr Demokratismus es gibt, d. h., je größer die Macht des Volkes und der Volksvertreter ist, desto unverfrorener wird häufig die Reklame der Parteien.

Wie soll man sich da, bei einer solchen Lage der Dinge, in dem Kampf

der Parteien zurechtfinden? Bedeutet nicht dieser Kampf mit all seinem Betrug und seiner Reklame, daß Vertretungskörperschaften, Parlamente, Versammlungen von Volksvertretern überhaupt unnütz, ja sogar schädlich sind, wie das die Erzreaktionäre, die Feinde des Parlamentarismus, nicht müde werden zu versichern? Nein. Gibt es keine Vertretungskörperschaften, so gibt es *noch weitaus mehr* Täuschung, politische Lüge und betrügerische Machinationen jeder Art, und das Volk hat weitaus weniger Mittel in der Hand, um den Betrug aufzudecken und die Wahrheit ausfindig zu machen.

Um sich in dem Kampf der Parteien zurechtzufinden, darf man den Parteien nicht aufs Wort glauben, sondern muß ihre wirkliche Geschichte studieren, muß man nicht so sehr studieren, was die Parteien über sich selbst sagen, als vielmehr, was sie *tun*, wie sie bei der Entscheidung der verschiedenen politischen Fragen handeln, wie sie sich in den Fragen *verhalten*, die die Lebensinteressen der verschiedenen Klassen der Gesellschaft berühren, der Gutsbesitzer, der Kapitalisten, der Bauern, der Arbeiter und so weiter.

Je größer die politische Freiheit in einem Lande ist, je fester begründet und demokratischer seine Vertretungskörperschaften sind, desto leichter ist es für die Volksmassen, sich im Kampf der Parteien zurechtzufinden und die *Politik zu erlernen*, d. h. den Betrug aufzudecken und die Wahrheit ausfindig zu machen.

Am klarsten tritt die Teilung jeder Gesellschaft in politische Parteien in der Zeit tiefer, das ganze Land erschütternder Krisen hervor. Die Regierungen pflegen dann notgedrungen Stützen in den verschiedenen Klassen der Gesellschaft zu suchen; der ernste Kampf fegt alle Phrasen, alles Kleinliche, Angeschwemmte hinweg; die Parteien spannen alle ihre Kräfte an, wenden sich an die *Massen* des Volkes, und die Massen, geleitet vom richtigen Instinkt, aufgeklärt durch die im offenen Kampf erworbenen Erfahrungen, folgen den Parteien, die die Interessen dieser oder jener Klasse zum Ausdruck bringen.

Die Zeiten solcher Krisen bestimmen stets für viele Jahre, ja selbst Jahrzehnte, die Parteiengruppierung der gesellschaftlichen Kräfte des betreffenden Landes. In Deutschland z. B. waren die Kriege von 1866 und 1870 eine solche Krise; in Rußland die Ereignisse von 1905. Es ist unmöglich, das Wesen unserer politischen Parteien zu begreifen, es ist

unmöglich, sich klar darüber zu werden, welche *Klassen* diese oder jene Partei in Rußland vertritt, ohne auf die Ereignisse dieses Jahres zurückzugehen.

Beginnen wir unsere kurze Skizze der politischen Parteien in Rußland mit den extremen Rechtsparteien.

Auf dem äußersten rechten Flügel treffen wir den Bund des russischen Volkes.

Das Programm dieser Partei wird im Blatt des Bundes des russischen Volkes, im „Russkoje Snamja" [Reußenfahne], herausgegeben von A. I. Dubrowin, folgendermaßen dargelegt:

„Der Bund des russischen Volkes, den der Zar am 3. Juni 1907 von der Höhe seines Thrones herab des Appells gewürdigt hat, ihm eine zuverlässige Stütze zu sein, indem er für alle und in allem als Beispiel der Gesetzlichkeit und der Ordnung diene, bekennt, daß der Wille des Zaren nur verwirklicht werden kann, wenn 1. die mit der russischen rechtgläubigen, kanonisch geordneten Kirche unlösbar und lebendig verbundene Selbstherrschaft ihre Macht voll einsetzt; wenn 2. russisches Volkstum nicht nur in den inneren Gouvernements, sondern auch in den Randgebieten herrschend wird; wenn 3. eine ausschließlich aus russischen Männern zusammengesetzte Reichsduma bestehen wird als Hauptgehilfin des Selbstherrschers in seinen Bemühungen um den staatlichen Aufbau; wenn 4. die grundlegenden Thesen des Bundes des russischen Volkes bezüglich der Juden voll und ganz beachtet werden und wenn 5. Beamte, die zu den Gegnern der zaristischen absoluten Macht gehören, aus dem Staatsdienst entlassen werden."

Wir haben diese feierliche Deklaration der *Rechten* genau wiedergegeben, einerseits, um den Leser unmittelbar mit dem Original bekannt zu machen, und anderseits im Hinblick darauf, daß die hier dargelegten Grundmotive ihre Geltung bewahren für alle Parteien der Mehrheit der III. Duma, d. h. sowohl für die „Nationalisten" als auch für die Oktobristen. Das wird aus der weiteren Darlegung zu ersehen sein.

Das Programm des Bundes des russischen Volkes wiederholt im Grunde genommen die alte Losung aus den Zeiten der Leibeigenschaft: Rechtgläubigkeit, Selbstherrschaft, Volkstum. Was die Frage betrifft, vermittels derer man den Bund des russischen Volkes gewöhnlich von den auf ihn folgenden Parteien zu unterscheiden pflegt, nämlich die Anerkennung oder Ablehnung „konstitutioneller" Prinzipien in der russischen Staats-

ordnung, so ist es besonders wichtig, hervorzuheben, daß der Bund des russischen Volkes *durchaus* nicht gegen eine Vertretungskörperschaft schlechthin ist. Aus dem zitierten Programm ist ersichtlich, daß der Bund des russischen Volkes für die Existenz einer Reichsduma in der Rolle einer „Gehilfin" eintritt.

Die Eigenart der russischen, wenn man sich so ausdrücken darf, Konstitution hat der Dubrowinmann eben richtig, d. h. entsprechend der tatsächlichen Lage der Dinge, zum Ausdruck gebracht. Sowohl die Nationalisten als auch die Oktobristen stehen in ihrer wirklichen Politik eben auf diesem Standpunkt. Der Streit zwischen diesen Parteien über die „Konstitution" läuft in bedeutendem Maße auf einen Streit um Worte hinaus: die „Rechten" sind nicht gegen eine Duma, sie betonen lediglich mit besonderem Eifer, daß sie „Gehilfin" sein soll ohne irgendwelche Festlegung ihrer Rechte, die Nationalisten und Oktobristen bestehen ihrerseits nicht auf irgendwelche genau bestimmte Rechte und denken auch keineswegs an reale Garantien dieses Rechts. Und die „Konstitutionalisten" des Oktobrismus vertragen sich durchaus mit den „Gegnern der Konstitution" auf dem Boden der Konstitution des 3. Juni.

Die Hetze gegen die Fremdstämmigen im allgemeinen und gegen die Juden im besonderen ist im Programm der Schwarzhunderter offen, klar und bestimmt formuliert. Wie stets sprechen sie hier gröber, rücksichtsloser, aufreizender das aus, was die übrigen Regierungsparteien mehr oder weniger „schamhaft" oder diplomatisch zu verstecken suchen.

In Wirklichkeit beteiligen sich – wie das jedermann weiß, der einigermaßen mit der Tätigkeit der III. Duma, mit der Presse vom Schlage des „Nowoje Wremja", des „Swet", des „Golos Moskwy"[21] usw. vertraut ist – an der Hetze gegen die Fremdstämmigen sowohl die Nationalisten wie die Oktobristen.

Es fragt sich, welches denn nun die soziale Basis der Partei der Rechten ist, welche Klasse sie vertritt, welcher Klasse sie dient.

Die Rückkehr zu den Losungen der Leibeigenschaft, das Einstehen für alles Alte, alles Mittelalterliche im russischen Leben, die volle Zufriedenheit mit der Konstitution des 3. Juni, dieser *Gutsbesitzer*konstitution, die Verteidigung der Privilegien des Adels und des Beamtentums – all das gibt eine klare Antwort auf unsere Frage. Die Rechten, das ist die Partei der feudalen Gutsbesitzer, des Rates des vereinigten Adels. Nicht umsonst

hat doch gerade dieser Rat eine so hervorragende, mehr noch, führende Rolle gespielt bei der Auseinanderjagung der II. Duma, bei der Änderung des Wahlgesetzes und beim Staatsstreich vom 3. Juni.

Um die ökonomische Macht dieser Klasse in Rußland deutlich zu machen, genügt es, auf die folgende grundlegende Tatsache hinzuweisen, die durch Zahlen der von der *Regierung*, vom Innenministerium, herausgegebenen Bodenstatistik vom Jahre 1905 bewiesen wird.

Im Europäischen Rußland besitzen weniger als 30000 Gutsbesitzer 70 Millionen Desjatinen Land; *ebensoviel* besitzen die 10 Millionen Bauernfamilien mit dem kleinsten Bodenanteil. Auf einen Großgrundbesitzer ergibt das im Durchschnitt ungefähr 2300 Desjatinen Land; auf einen armen Bauern 7 Desjatinen Land – je Familie, je Hof.

Es ist ganz natürlich und unvermeidlich, daß der Bauer auf einem solchen „Anteil" nicht leben, sondern nur langsam sterben kann. Ständige Hungersnöte, von denen Millionen betroffen sind – wie die Hungersnot in diesem Jahr –, zerstören in Rußland fortlaufend, nach jeder Mißernte, die Bauernwirtschaft. Die Bauern müssen Land bei den Gutsbesitzern pachten – gegen *Abarbeit* jeder Art. Für das Land arbeitet der Bauer mit seinem Pferd und seinen Geräten bei dem Gutsbesitzer. Das ist der alte Frondienst, nur daß er offiziell nicht Leibeigenschaft genannt wird. Und auf Grundstücken von 2300 Desjatinen können die Gutsbesitzer im allgemeinen auch keine andere Wirtschaft führen als eine auf Schuldknechtschaft und Abarbeit, d. h. auf Frondienst beruhende Wirtschaft. Mit Hilfe von Lohnarbeitern bearbeiten sie lediglich einen Teil dieser gewaltigen Besitzungen.

Weiter, diese selbe Klasse der adligen Gutsbesitzer stellt dem Staat den weitaus größten Teil aller höheren und mittleren Beamten. Die Privilegien des Beamtentums in Rußland, das ist die andere Seite der Privilegien und der auf dem Grundbesitz beruhenden Macht der adligen Gutsbesitzer. Hieraus wird begreiflich, daß der Rat des vereinigten Adels und die „rechten" Parteien nicht zufällig, sondern unvermeidlich, nicht auf Grund des „bösen Willens" einzelner Personen, sondern unter dem Druck der *Interessen* einer unerhört mächtigen *Klasse* eine Politik der alten Leibeigenschaftstraditionen vertreten. Die alte herrschende Klasse, die Nachkömmlinge der Fronherren, die nach wie vor die herrschende geblieben ist, hat sich die entsprechende Partei geschaffen. Diese Partei,

das sind eben der „Bund des russischen Volkes" oder die „Rechten" in der Reichsduma und im Reichsrat.

Aber wenn einmal Vertretungskörperschaften existieren, wenn einmal die *Massen* in der politischen Arena schon offen in Aktion getreten sind, wie sie es bei uns im Jahre 1905 getan haben, dann wird es für jede Partei notwendig, in diesen oder jenen Grenzen an das Volk zu appellieren. Womit aber können die rechten Parteien an das Volk appellieren, sich an das Volk wenden?

Natürlich ist es unmöglich, geradeheraus über den Schutz der Interessen der Gutsbesitzer zu sprechen. Es wird von der Erhaltung der guten alten Zeit im allgemeinen gesprochen, man strengt sich nach Kräften an, Mißtrauen gegen die Fremdstämmigen, insbesondere gegen die Juden, zu säen, völlig unentwickelte, völlig unwissende Menschen zu Pogromen, zur Hetze gegen „den Jud" hinzureißen. Man bemüht sich, die Privilegien der Adligen, der Beamten und der Gutsbesitzer hinter Reden über die „Unterdrückung" der Russen durch die Fremdstämmigen zu verbergen.

Solcherart ist die Partei der „Rechten". Ihr Mitglied Purischkewitsch, einer der angesehensten Redner der Rechten in der III. Duma, hat sehr viel und erfolgreich daran gearbeitet, dem Volk *zu zeigen, was* die Rechten wollen, *wie* sie handeln, *wem* sie dienen. Purischkewitsch, das ist ein talentvoller Agitator.

Neben den „Rechten", die in der III. Duma 46 Abgeordnete zählen, stehen die *„Nationalisten"* mit 91 Abgeordneten. Die Schattierung, die sie von den Rechten unterscheidet, ist völlig unbedeutend: im Grunde genommen sind das nicht zwei Parteien, es ist *eine* Partei, die unter sich die „Arbeit" geteilt hat, gegen den Fremdstämmigen, den „Kadetten" (den Liberalen), den Demokraten usw. zu hetzen. Die einen *verrichten* plumper, die anderen raffinierter genau das gleiche Werk. Und für die Regierung ist es ja *von Vorteil*, daß die „extremen" Rechten, die zu jedem Skandal, Pogrom, zum Mord an den Herzenstein, Jollos und Karawajew fähig sind, ein wenig im Hintergrund bleiben, gleichsam als ob *sie* die Regierung von rechts „kritisierten" ... Eine ernste Bedeutung kann der Unterschied zwischen Rechten und Nationalisten nicht haben.

Die *Oktobristen* haben in der III. Duma 131 Abgeordnete, wobei natürlich auch die „rechten Oktobristen" in diese Zahl einbegriffen sind. Sie unterscheiden sich in der heutigen Politik in nichts Wesentlichem von

den Rechten, es sei denn dadurch, daß ihre Partei außer dem Gutsbesitzer auch noch dem Großkapitalisten dient, dem altgläubigen Kaufmann, der Bourgeoisie, die das Erwachen der Arbeiter und dann auch der Bauern zu selbständigem Leben in solchen Schrecken versetzt hat, daß sie ganz und gar zur Verteidigung der alten Zustände zurückgekehrt ist. Es gibt Kapitalisten in Rußland – und ihrer sind nicht gerade wenig –, die mit ihren Arbeitern keineswegs besser umgehen als die Gutsbesitzer mit den ehemaligen Leibeigenen; die Arbeiter, der Handelsangestellte sind für sie ebenfalls Gesinde, Dienstleute. Niemand versteht diese alten Zustände besser zu verteidigen als die rechten Parteien, die Nationalisten und die Oktobristen. Zwar gibt es auch Kapitalisten, die in den Semstwo- und Städtetagungen von 1904 und 1905 eine „Konstitution" forderten, aber *gegen* die Arbeiter sind sie bereit, sich mit der Konstitution des 3. Juni völlig zufriedenzugeben.

Die Partei der Oktobristen ist die wichtigste konterrevolutionäre Partei der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Sie ist die führende Partei der III. Duma: 131 Oktobristen und 137 Rechte und Nationalisten bilden die solide Mehrheit der III. Duma.

Das Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 hat den Gutsbesitzern und Großkapitalisten die Mehrheit *gesichert*: In *allen* Wahlmännerversammlungen der Gouvernements, die die Abgeordneten in die Duma entsenden, gehört die Mehrheit den Gutsbesitzern und den Wahlmännern der ersten städtischen (d. h. großkapitalistischen) Kurie. In den Versammlungen von 28 Gouvernements gehört die Mehrheit sogar den Wahlmännern der Grundbesitzer allein. Die ganze Politik der Regierung des 3. Juni ist mit Hilfe der oktobristischen Partei durchgeführt worden, für alle Sünden und Verbrechen der III. Duma fällt ihr die Verantwortung zu.

In Worten, in ihrem Programm setzen sich die Oktobristen für die „Konstitution" ein und sogar ... für die Freiheit! In der Tat aber hat diese Partei alle Maßnahmen gegen die Arbeiter (wie z. B. den Entwurf eines Versicherungsgesetzes – man denke nur an den *Vorsitzenden* der Dumakommission für Arbeiterfragen, Baron Tiesenhausen!), gegen die Bauern, gegen eine Beschränkung von Willkür und Rechtlosigkeit unterstützt. Die Oktobristen sind genauso eine Regierungspartei wie die Nationalisten. Dieser Umstand wird nicht im geringsten dadurch geändert, daß die Oktobristen von Zeit zu Zeit – und besonders vor den Wahlen! –

„oppositionelle" Reden halten. Überall, wo Parlamente existieren, ist schon seit jeher zu beobachten, beobachtet man ständig, wie die bürgerlichen Parteien *Opposition spielen*, ein Spiel, das ihnen nichts schadet, denn keine Regierung nimmt es ernst, ein Spiel, das im Hinblick auf den Wähler, den es mit der oppositionellen Gesinnung „einzuseifen" gilt, manchmal nicht ohne Nutzen ist.

Spezialisten und Virtuosen der Oppositionsspielerei sind hingegen die Kadetten, die *konstitutionellen „Demokraten"*, die Partei der „Volksfreiheit" – die wichtigste oppositionelle Partei der III. Duma.

Ein Spiel ist schon die Bezeichnung dieser Partei, die in Wirklichkeit *absolut keine* demokratische Partei ist, *keineswegs* eine Partei des Volkes, keine Partei der Freiheit, sondern eine Partei der halben, wenn nicht der viertel Freiheit ist.

In Wirklichkeit ist das die Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, die die Volksbewegung weitaus mehr fürchtet als die Reaktion.

Der Demokrat glaubt an das Volk, glaubt an die Bewegung der Massen, unterstützt sie in jeder Weise – obgleich er nicht selten (wie die bürgerlichen Demokraten, die Trudowiki) eine unrichtige Vorstellung hat von der Bedeutung dieser Bewegung im Rahmen der kapitalistischen Ordnung. Der Demokrat strebt aufrichtig danach, mit *allem* Mittelalterlichen aufzuräumen.

Der Liberale fürchtet die Bewegung der Massen, hemmt sie und verteidigt *bewußt* bestimmte, und zwar die wichtigsten mittelalterlichen Einrichtungen, um eine Stütze gegen die Massen, insbesondere gegen die Arbeiter, zu haben. Die Teilung der Macht mit den Purischkewitsch – keinesfalls die Vernichtung aller Grundlagen für die Macht der Purischkewitsch –, das ist es, was die Liberalen erstreben: Alles für das Volk, alles durch das Volk – sagt der demokratische Kleinbürger (darunter der Bauer und der Trudowik), der aufrichtig die Vernichtung aller Grundlagen der Purischkewitschordnung erstrebt, ohne jedoch die Bedeutung des Kampfes der Lohnarbeiter gegen das Kapital zu begreifen. Umgekehrt, mit den Purischkewitsch die Macht *über* die Arbeiter und *über* die Kleinbesitzer zu teilen, das ist das wirkliche Ziel der liberal-monarchistischen Bourgeoisie.

Die Kadetten besaßen in der I. und II. Duma die Mehrheit bzw. die beherrschende Position. Sie benutzten sie für ein sinnloses und schmachvolles

Spiel: nach rechts machten sie in Loyalität und Ministerwürdigkeit (wir sind imstande, friedlich alle Widersprüche zu lösen, ohne den Mushik zu verderben und ohne Purischkewitsch zu kränken), nach links in Demokratismus. Rechts haben die Kadetten als Ergebnis dieses Spiels zu guter Letzt einen Fußtritt erhalten. Links erwarben sie sich die gerechte Bezeichnung: Verräter der Volksfreiheit. In den ersten beiden Dumas haben sie allezeit nicht nur die Arbeiterdemokratie, sondern auch die Trudowiki bekämpft. Es genügt, daran zu erinnern, daß der von den Trudowiki (in der I. Duma) aufgestellte Plan örtlicher Bodenkomitees, dieser elementar demokratische Plan, ein Plan des demokratischen Abc, von den Kadetten *zu Fall gebracht* wurde, weil sie die *Vorherrschaft* des Gutsbesitzers und des Beamten *über* den Bauern in den Flurbereinigungskommissionen verteidigten!

In der III. Duma spielten die Kadetten die „verantwortungsbewußte Opposition", die Opposition mit dem Genitiv. Als solche haben sie wiederholt für das Regierungsbudget gestimmt („Demokraten"!); sie machten den Oktobristen die Ungefährlichkeit und Harmlosigkeit ihres „Zwangs"-loskaufs (Zwang für die Bauern) klar – man denke an Beresowski 1; sie schickten Karaulow auf die Tribüne, damit er „gottesfürchtige" Reden halte; sie sagten sich von der Bewegung der Massen los; sie appellierten an die „Spitzen" und *unterdrückten* die Vertreter der Massen (der Kampf der Kadetten *gegen* die Arbeiterdeputierten in der Frage der Arbeiterversicherung) usw. usf.

Die Kadetten sind die Partei des konterrevolutionären Liberalismus. Durch ihren Anspruch auf die Rolle der „verantwortungsbewußten Opposition", d. h. einer anerkannten, gesetzlichen, zur Konkurrenz mit den Oktobristen *zugelassenen* Opposition nicht gegen das Regime des 3. Juni, sondern innerhalb des Regimes des 3. Juni – durch diesen Anspruch haben sich die Kadetten als „Demokraten" endgültig selbst das Grab gegraben. Die schamlose wechistische Propaganda der kadettischen Ideologen, der Herren Struve, Isgojew und Co., die von Rosanow und Antonius von Wolhynien mit Lob überhäuft worden sind, und die Rolle der „verantwortungsbewußten Opposition" in der III. Duma, das sind zwei Seiten *einer* Medaille. Die von den Purischkewitsch geduldete liberal-monarchistische Bourgeoisie möchte neben Purischkewitsch Platz nehmen.

Der Block der Kadetten mit den „Progressisten" in der gegenwärtigen

Zeit, bei den Wahlen zur IV. Duma, bestätigt noch einmal von neuem den zutiefst konterrevolutionären Charakter der Kadetten. Die Progressisten erheben nicht den geringsten Anspruch darauf, Demokraten zu sein, sagen kein Sterbenswort von Kampf gegen das ganze Regime des 3. Juni und träumen nicht einmal von einem „allgemeinen Wahlrecht". Es sind das gemäßigte Liberale, die ihre Verwandtschaft mit den Oktobristen nicht verbergen. Das Bündnis der Kadetten mit den Progressisten sollte selbst den Blindesten unter den „kadettischen Chorsängern" die Augen öffnen über das wahre Wesen der kadettischen Partei.

Die *demokratische Bourgeoisie* in Rußland repräsentieren die Volkstümler aller Schattierungen, von den linkesten Sozialrevolutionären bis zu den Volkssozialisten und den Trudowiki. Sie alle gebrauchen gern „sozialistische" Phrasen, doch darf sich der klassenbewußte Arbeiter über die Bedeutung dieser Phrasen keiner Täuschung hingeben. In Wirklichkeit gibt es weder in irgendwelchem „Recht auf Grund und Boden" noch in der „ausgleichenden Bodenverteilung" noch in der „Sozialisierung des Grund und Bodens" auch *nur ein Gran* Sozialismus. Das muß jeder begreifen, der weiß, daß bei Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden und bei einer neuen, und sei es der „gerechtesten", Verteilung des Bodens die Warenproduktion, die Macht des Marktes, des Geldes, des Kapitals, nicht nur unangetastet bleibt, sondern sich im Gegenteil noch weiter entfaltet.

Aber die Phrasen über das „Arbeitsprinzip" und den „Volkstümler-Sozialismus" bringen den tiefen Glauben (und das aufrichtige Bestreben) des Demokraten zum Ausdruck, daß die Ausrottung *alles* Mittelalterlichen in den Bodenbesitzverhältnissen und zugleich damit auch in der politischen Ordnung möglich und notwendig ist. Wenn die Liberalen (die Kadetten) danach streben, mit den Purischkewitsch die politische Macht und die politischen Privilegien zu teilen, so sind die Volkstümler darum eben Demokraten, weil sie danach streben, und in der gegenwärtigen Zeit danach streben müssen, *alle* Privilegien in den Bodenbesitzverhältnissen und *alle* Privilegien in der Politik zu beseitigen.

Die Lage der russischen Bauernschaft in ihrer großen Masse ist derart, daß sie von irgendeinem Kompromiß mit den Purischkewitsch (das für den Liberalen vollkommen möglich, erreichbar und *naheliegend* ist) nicht einmal träumen kann. Darum besitzt der Demokratismus der Klein-

bourgeoisie noch für eine ziemlich lange Zeit in Rußland Wurzeln in der Masse, während die Stolypinsche Agrarreform, diese bürgerliche Politik der Purischkewitsch gegen den Mushik, bislang nichts Dauerhaftes geschaffen hat außer . . . der Hungersnot für 30 Millionen!

Die Millionen hungernder Kleinbesitzer müssen unbedingt eine *andere*, eine demokratische Agrarreform erstreben, die zwar über den Rahmen des Kapitalismus nicht hinausgehen kann, die Lohnsklaverei nicht beseitigen wird, aber das *Mittelalter* von der russischen Erde hinwegzufegen *vermag*.

Die Trudowiki sind in der III. Duma furchtbar schwach, aber sie vertreten die *Massen*. Das Schwanken der Trudowiki zwischen den Kadetten und der Arbeiterdemokratie ergibt sich unvermeidlich aus der Klassenlage der Kleinbesitzer, wobei die besondere Schwierigkeit, diese zusammenzuschließen, zu organisieren und aufzuklären, die äußerste Unbestimmtheit und Gestaltlosigkeit der Trudowiki als Partei zur Folge hat. Darum eben bieten die Trudowiki – gefördert durch den einfältigen „Otsowismus" der linken Volkstümler – das traurige Bild einer liquidierten Partei.

Die Trudowiki unterscheiden sich von unseren beinah-marxistischen Liquidatoren dadurch, daß sie Liquidatoren aus Schwäche, jene aber aus Böswilligkeit sind. Den schwachen kleinbürgerlichen Demokraten helfen, sie dem Einfluß der Liberalen entreißen, das Lager der Demokratie gegen die konterrevolutionären Kadetten, und nicht nur gegen die Rechten, zusammenschließen – das ist die Aufgabe der Arbeiterdemokratie.

In bezug auf diese, die ihre eigene Fraktion in der III. Duma gehabt hat, können wir hier nur wenig sagen.

Die Parteien der Arbeiterklasse haben sich überall in Europa dadurch herausgebildet, daß sie sich vom Einfluß der allgemeinen demokratischen Ideologie frei machten und lernten, den Kampf der Lohnarbeiter gegen das Kapital zu sondern vom Kampf gegen den Feudalismus, unter anderem eben, um diesen letzteren Kampf zu intensivieren, ihn frei zu machen von allen Schwankungen und aller Zaghaftigkeit. In Rußland hat sich die Arbeiterdemokratie sowohl vom Liberalismus als auch von der bürgerlichen Demokratie (den Trudowiki) klar abgegrenzt, zum großen Vorteil für die Sache der Demokratie überhaupt.

Die liquidatorische Strömung in der Arbeiterdemokratie („Nascha Sarja" und „Shiwoje Delo") teilt die Schwäche der Trudowikirichtung,

preist die Gestaltlosigkeit, möchte die Lage der „geduldeten" Opposition einnehmen, sagt sich los von der Hegemonie der Arbeiter, beschränkt sich auf *Worte* über eine „legale" Organisation (wobei sie die nicht legale schmäht), propagiert eine liberale Arbeiterpolitik. Der Zusammenhang dieser Strömung mit dem Zerfall und der Depression in den Zeiten der Konterrevolution ist offensichtlich, ihr Abfall von der Arbeiterdemokratie wird offenkundig.

Die klassenbewußten Arbeiter, die nichts liquidieren, die sich als Gegengewicht zu den liberalen Einflüssen zusammenschließen, sich als Klasse organisieren, alle möglichen Formen des Zusammenschlusses, des gewerkschaftlichen usw., entwickeln, treten als Vertreter der *Lohn*arbeit dem Kapital und zugleich als Vertreter der konsequenten Demokratie dem ganzen alten Regime in Rußland entgegen und verurteilen alle Zugeständnisse an dieses Regime.

Als Illustration veröffentlichen wir die Angaben über die parteimäßige Zusammensetzung der III. Reichsduma, die wir dem offiziellen Duma-„Handbuch" für das Jahr 1912 entnehmen.

Zusammensetzung der III. Reichsduma nach Parteien

Gutsbesitzer:	
Rechte	46
Nationalisten	74
Unabhängige Nationalisten	17
Rechte Oktobristen	11
Oktobristen	120
Insgesamt Regierungsparteien	*268*
Bourgeoisie:	
Progressisten	36
Kadetten	52
Polnisches Kolo	11
Polnisch-Litauisch-Belorussische Gruppe	7
Mohammedanische Gruppe	9
Insgesamt Liberale	*115*

Bürgerliche Demokratie:	
Trudowikigruppe	14
Arbeiterdemokratie:	
Sozialdemokraten	13
Insgesamt Demokraten	27
Parteilose	27
Insgesamt	437

In der III. Reichsduma gab es zwei Mehrheiten: 1. Rechte und Oktobristen = 268 von 437; 2. Oktobristen und Liberale = 120 + 115 = 235 von 437. Beide Mehrheiten sind konterrevolutionär.

„Newskaja Swesda" Nr. 5,
10. Mai 1912.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

EINE ENQUETE ÜBER DIE ORGANISATIONEN DES GROSSKAPITALS[22]

Die Abteilung für Industrie und Wirtschaft der Kaiserlich Russischen Technischen Gesellschaft hat eine Enquete durchgeführt über die „Öffentlichen Organisationen der Handels- und Industrieklasse in Rußland" – richtiger: über die Organisationen des Großkapitals. Die Ergebnisse dieser Enquete sind jetzt in dem Buch des Herrn Guschka[23] „Die Vertretungsorganisationen der Handels- und Industrieklasse in Rußland" (St. Petersburg 1912) dargelegt worden. Sowohl das hier vorhandene Material als auch die Schlußfolgerungen, die der Autor in recht bestimmter Form niederschreibt, verdienen große Aufmerksamkeit.

I

Die Enquete der Technischen Gesellschaft war eigentlich den „Vertretungs"organisationen der Kapitalisten gewidmet, die etwa 80% aller Organisationen bilden. Etwa 15% entfallen auf die Kartelle, Trusts und Syndikate; etwa 5% auf die Arbeitgeberverbände; die übrigen auf die Börsenkomitees, die Kongreßräte usw. Diese letzteren Organisationen bezeichnen sich selber am liebsten als „Vertretungs"organe. Ihre Aufgabe ist es, auf die Organe der Staatsmacht Einfluß zu nehmen.

Die Arbeitgeberverbände führen nach Meinung des Herrn Guschka den „unmittelbaren" Klassenkampf mit den Lohnarbeitern, während die Vertretungsorganisationen einen „mittelbaren" Klassenkampf führen, den „Kampf mit den anderen Klassen vermittels des Drucks auf die Staatsmacht und die öffentliche Meinung".

Diese Terminologie ist natürlich falsch. Sie zeigt uns sofort einen der

grundlegenden Mängel, die Herr Guschka mit den meisten Repräsentanten der „professoralen", bürgerlichen politischen Ökonomie teilt. Angeblich erkennt man den Begriff des Klassenkampfes an, angeblich legt man ihn der Untersuchung zugrunde. In Wirklichkeit aber wird dieser Begriff eingeengt und verzerrt. In der Tat ergibt sich bei Herrn Guschka, daß der Kampf der Kapitalisten gegen die Lohnarbeiter im Rahmen der gegebenen politischen Ordnung ein „unmittelbarer" Klassenkampf ist, während der Kampf *um die politische Ordnung selbst* ein *„mittelbarer"* Klassenkampf ist! Wohin gehört dann der Kampf um die „Staatsmacht" selbst?

Aber auf diesen Grundfehler in der „Weltanschauung" des Herrn Guschka werden wir an entsprechender Stelle einzugehen haben. Die Bedeutung seiner Arbeit liegt nicht in der Theorie, sondern in der Zusammenstellung der Tatsachen. Die Angaben, die die Organisationen des vorherrschenden Typs umfassen, sind auf jeden Fall von beträchtlichem Interesse.

Die Gesamtzahl der „Vertretungs"organisationen des Großkapitals betrug im Jahre 1910 in Rußland 143. Davon sind 71 Börsengesellschaften mit ihren Komitees. Dann 14 Komitees für Handel und Manufakturen, 3 Kaufmannschaften, 51 Organisationen der „Verbands"gruppe (Kongresse, ihre Räte, Beratungskontore usw.) und 4 Organisationen unbestimmter Gruppe. Auf die Enquete haben insgesamt 62 Organisationen, d. h. weniger als die Hälfte, geantwortet. Von den 51 Organisationen der „Verbands"gruppe, die am meisten Interesse verdient, haben 22 auf die Enquete geantwortet.

Charakteristisch sind die Angaben über den Zeitpunkt der Gründung der Organisationen. Von den 32 Börsenkomitees, die auf die Enquete geantwortet haben, sind 9 in den hundert Jahren von 1800 bis 1900 gegründet worden; 5 in den vier Jahren von 1901 bis 1904; 9 *in den zwei Jahren der Revolution*, 1905 und 1906; und 9 von 1907 bis 1910.

„Hier zeigt sich in voller Deutlichkeit", schreibt Herr Guschka, „der Stoß, den der Prozeß der Selbstorganisierung der Vertreter des Kapitals durch die gesellschaftliche Bewegung des stürmischen Jahres 1905 erhalten hat."

Von den 22 Organisationen der Verbandsgruppe sind nur 7 in der Zeit von 1870 bis 1900 entstanden; 2 von 1901 bis 1904; 8 *in den zwei Jahren der Revolution*, 1905/1906; und 5 von 1907 bis 1910. Alle diese „Kongreßräte" der Vertreter der Industrie im allgemeinen, der Bergbau-

industriellen, der Erdölindustriellen usw. usf. sind hauptsächlich ein Produkt der revolutionären und der konterrevolutionären Epoche.

Nach Industriezweigen unterscheiden sich die Organisationen folgendermaßen. In den Gruppen der Börsenkomitees sind die Branchen größtenteils gemischt; diese Komitees vereinigen gewöhnlich alle Industrie- und Handelszweige der betreffenden Gegend. In der Gruppe der Komitees für Handel und Manufakturen steht im Vordergrund das Textilwesen. In der Hauptgruppe, der Verbandsgruppe, entfällt fast die Hälfte der Organisationen auf die Industrie und nicht auf den Handel, nämlich auf Bergbau und Hüttenindustrie.

„Diese Gruppe von Industriezweigen (Bergbau und Hüttenindustrie) bildet eben die ökonomische Basis für die Organisationen der modernen industriellen ‚Garde' Rußlands", schreibt Herr Guschka, der eine kleine Passion dafür hat, über den Gegenstand seiner Untersuchung in „gehobenem Stil" zu reden.

Nur für einen Teil der Organisationen gelang es, die Gesamtsumme des Umsatzes oder der Produktion des ganzen Handels- und Industriezweiges der betreffenden Organisation zu bestimmen. Es ergab sich eine Gesamtsumme von 1570 Millionen Rubel, wovon 1319 Mill. Rbl. auf die Mitglieder der Organisationen entfallen. Also sind 84% organisiert. Der Umsatz von 3134 Mitgliedern der Organisationen betrug 1121 Mill. Rbl., was im Durchschnitt 358 000 Rbl. je Mitglied ergibt. Die Zahl der Arbeiter bei 685 Mitgliedern der Organisationen beträgt ungefähr 219 000 (der Autor rechnet auf S. 111 irrtümlicherweise 319 000), d. h., im Durchschnitt entfallen mehr als 300 Arbeiter auf ein Mitglied der Organisation.

Es ist klar, daß es sich eben um die Organisationen des *Großkapitals* und sogar, richtiger, des *größten* Kapitals handelt. Herr Guschka ist sich dessen durchaus bewußt, er verweist z. B. darauf, daß Mitglieder der Börsenkomitees und der Komitees für Handel und Manufakturen nur die großen und größten Kaufleute und Industriellen werden und daß die Organisation der Kongresse der Vertreter von Industrie und Handel die „größten" kapitalistischen Unternehmen umfaßt.

Zu Unrecht spricht darum der Autor im Titel seines Buches von Organisationen „der Handels- und Industrie*klasse* in Rußland". Das ist falsch. Das ist wiederum eine Einengung des Begriffs der Klasse. In Wirklichkeit ist bei Herrn Guschka die Rede von einer *Schicht* und nicht von einer

Klasse. Gewiß, die Schicht der größten Kapitalisten beherrscht natürlich ökonomisch alle anderen, erdrückt sie unweigerlich durch die Ausmaße ihres Umsatzes; all das steht außer Zweifel. Aber trotzdem ist es eine Schicht und keine Klasse. Ein gewaltiger Unterschied besteht zum Beispiel zwischen der politischen Rolle der Vertretungsorganisationen dieser Schicht und der politischen Herrschaft dieser Schicht, zwischen ihrer politischen Herrschaft – und der politischen Herrschaft der Handels- und Industrieklasse.

Im Zusammenhang damit muß folgende Betrachtung des Herrn Guschka vermerkt werden: „Wir in Rußland", schreibt er, „sind gewohnt, einen sehr großen Maßstab anzulegen, um zu bestimmen, was als großes oder nicht großes Unternehmen zu bezeichnen ist, weil bekanntlich die Konzentration des Kapitals bei uns außergewöhnlich stark ist und selbst die Konzentration des Kapitals in Deutschland übertrifft . . ."

Der Vergleich mit Deutschland ist falsch. Wenn es bei uns z. B. im Ural in der Bergbau- und Hüttenindustrie sehr wenige oder gar keine Kleinbetriebe gibt, so aus Gründen ganz besonderer Art: infolge des Fehlens voller Gewerbefreiheit, infolge der Überreste des Mittelalters. Und unsere amtliche (oder, was dasselbe ist, unsere volkstümlerische) Unterscheidung zwischen Fabrikindustrie und „Kustar"industrie* – führt sie etwa nicht dazu, daß unsere Industriestatistik mit der deutschen nicht vergleichbar ist? täuscht sie etwa nicht auf Schritt und Tritt den Beobachter hinsichtlich der „ungewöhnlichen Konzentration" in Rußland, indem sie die „ungewöhnliche" *Zersplitterung* der Unmenge von bäuerlichen Kleinbetrieben verdeckt?

II

Es ist von Interesse, einige Angaben der Enquete über die Tätigkeit der Vertretungsorganisationen des Großkapitals festzuhalten. Der Autor gibt z. B. eine Zusammenstellung der Auskünfte über ihre Budgets. Das Budget der 22 Organisationen der Verbandsgruppe weist 3 950 000 Rubel Einnahmen auf, während die Gesamtsumme der Einnahmen aller Organisationen 7¼ Millionen Rubel beträgt. „Dieses sich auf 7¼ Millionen be-

* Kustarindustrie – die vorwiegend ländliche russische Hausindustrie. *Der Übers.*

laufende Jahresbudget unserer 56 Organisationen", schreibt Herr Guschka, „würde sich wahrscheinlich auf das Anderthalb- bis Zweifache erhöhen, wenn man die Finanzberichte der anderen Organisationen mit heranziehen könnte, die in unserer Enquete nicht erfaßt sind."

Aber mehr als die Hälfte dieses Budgets, nämlich $4^1/_2$ Millionen Rubel, wird für wirtschaftliche und wohltätige Zwecke ausgegeben. Für die reinen Vertretungsfunktionen verwenden die 56 Organisationen 2,7 Mill. Rubel. „Die überwiegende Zahl der Antworten bzw. der Finanzberichte stellen unter den Ausgaben für die Vertretungsfunktionen die Gehälter der Angestellten und sodann die Mieten in den Vordergrund. Bei 64,4% der Organisationen entfällt dabei der größere Teil der Ausgaben auf die Gehälter der Angestellten, bei 26,7% auf die Mieten."

Diese Zahlen sind, bei einem Umsatz der untersuchten Kapitalistenverbände von 1319 Mill. Rubel, ein Zeugnis für sehr bescheidene Ausgaben, so daß die rhetorische Schlußfolgerung des Herrn Guschka – das Budget der Ausgaben sei eine *„Kennziffer für die Finanzmacht"* (hervorgehoben vom Autor) „der Vertretungsorganisationen der Handels- und Industriebourgeoisie in Rußland"! – uns wiederum die übermäßige Vorliebe dieses Autors für „große Worte" zeigt.

Dem „dritten Element", d. h. der im Dienste der Kapitalistenverbände stehenden Intelligenz, widmet der Autor das 9. Kapitel seines Buches. 29 Börsenkomitees haben, wie sich ergibt, 77 Vertreter des dritten Elements aufgeführt, die in den Diensten dieser Komitees stehen; ferner haben die 22 Organisationen der Verbandsgruppe 180 solcher Angestellten aufgeführt. Überwiegend werden je Organisation 2 bis 4 Vertreter des dritten Elements genannt. In Anbetracht dessen, daß die Kapitalistenverbände derartige Zahlen nicht selten zu niedrig angeben, hält der Autor den Schluß für wahrscheinlich, „daß sich in den Diensten der Vertretungsorganisationen des Kapitals in verantwortlichen Funktionen eine Armee (!!) von Intellektuellen von *nicht weniger als tausend Mann* befindet", Sekretäre, Buchhalter, Statistiker, Rechtsberater usw.

Wenigen nur bedarf es, damit Herr Guschka von einer „Armee" zu sprechen beginnt.

Die Verlagstätigkeit der Kapitalistenverbände wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet. Als Antwort auf die Enquete hat man außer den ausgefüllten Fragebogen eine kleine Bibliothek von 288 Bänden erhalten –

Arbeiten der Kongresse, Rechenschaftsberichte, Statuten, Memoranden, die niemals zum Verkauf gelangten.

Neun Organisationen geben periodische Zeitschriften heraus: „Gorno-Sawodskoje Delo" [Bergbau], „Neftjanoje Delo" [Erdölindustrie], „Promyschlennost i Torgowlja" [Industrie und Handel], „Iswestija Rossiskowo Obschtschestwa Winokurennych Sawodtschikow" [Nachrichten der Russischen Gesellschaft der Branntweinbrenner] usw. Die Gesamtzahl der herausgegebenen Nummern dieser Publikationen gibt der Autor mit 2624 „Bänden" an; indem er ihnen 452 Bände „Arbeiten", Jahresberichte usw. sowie 333 Bände nichtperiodischer Publikationen hinzufügt, kommt Herr Guschka auf eine Endsumme von 3409 „Bänden", die er als „solide" bezeichnet. Die Gesamtzahl aller Publikationen beträgt wahrscheinlich 4000–5000 Bände.

„In dieser Bibliothek ist – ohne Übertreibung – ein ganzer Schatz verborgen", ruft Herr Guschka aus, „reichhaltigstes Material, um, wenn man sich so ausdrücken darf, die Anatomie und Physiologie der Großbourgeoisie in Rußland zu studieren ... Ohne dieses wertvolle Material studiert zu haben, kann man sich keine richtige Vorstellung machen vom Gleichgewichtsverhältnis der herrschenden gesellschaftlichen Kräfte Rußlands, insbesondere von der sozialen Natur und der Rolle der russischen Staatsmacht sowohl vor als auch nach 1905."

Derartige Exkursionen in den Bereich der Frage nach der sozialen Natur und der Rolle der russischen Staatsmacht unternimmt Herr Guschka sehr häufig. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Frage und ihrer Verzerrung durch den Autor, der maßlos übertreibt und eben darum unaufhörlich schwört, daß er „ohne Übertreibung" spreche, verlohnt es sich, diese Exkursionen besonders zu betrachten.

III

„Der Schwerpunkt der Tätigkeit der zu untersuchenden Organisationen", schreibt Herr Guschka, „als Vertretungsorganisationen, d. h. als Organisationen, die sich der Vertretung der Interessen der Industrie- und Handelsklasse widmen, liegt natürlich darin, daß sie den *Standpunkt* der Angehörigen dieser Klasse in den verschiedenen ihre Interessen berührenden Fragen *formulieren* und *diesen Standpunkt* auf die verschiedenste Art und Weise *verteidigen*."

Es ist nicht zu bezweifeln, daß gerade hier der „Schwerpunkt" liegt. In den Ermittlungsbogen ist viel Aufmerksamkeit darauf verwandt worden, welche Fragen die Organisationen der Kapitalisten erörtert und welche Anträge sie gestellt haben. Der Autor faßt die erhaltenen Angaben zusammen und stellt eine lange Liste von Fragen auf, die seiner Meinung nach „Fragen *allgemeiner* Natur" sind. Als wichtigste Fragenkomplexe ergeben sich: a) Arbeiterversicherung, Feiertagsruhe usw.; b) Einkommensteuer, Gewerbesteuer usw.; c) Zollpolitik; d) Verkehrswesen; e) Aktiengesellschaften, Kredit usw.; f) Konsulate im Ausland, Statistik, Organisation des Bergdepartements; g) Teilnahme der Kaufmannschaft an den Semstwoinstitutionen, am Reichsrat, an der vorbereitenden Prüfung von Gesetzentwürfen der Regierung usw.

In diesem Zusammenhang kommt Herr Guschka zu dem Schluß: „Auf jeden Fall ist, wie aus den aufgezählten Fragenkomplexen und Anträgen ersichtlich, die Tätigkeitssphäre unserer Organisationen sehr breit..." Liest man eine solche Schlußfolgerung, so stutzt man unwillkürlich und überlegt, ob nicht zufällig das Wörtchen *nicht* ausgelassen ist. Denn es ist offensichtlich, daß die von dem Autor angeführte Tätigkeitssphäre sehr *wenig* breit ist. Aber es handelt sich hier durchaus nicht um einen falschen Zungenschlag, sondern um die grundlegende „Konzeption" des Autors. „Es ist schwer", meint er, „ein mehr oder weniger wesentliches Gebiet des sozialen und politischen Lebens des Landes zu nennen, das nicht in die Tätigkeitssphäre der Vertretungsorganisationen des Kapitals einbezogen wäre."

Unglaublich, aber wahr: Herr Guschka tischt allen Ernstes eine solch himmelschreiende Unwahrheit auf und wiederholt sie in Dutzenden von Tonarten!

„Es ist schwer... zu nennen..." Nun, und das Wahlgesetz? und die Agrarfrage? Oder sind das keine „wesentlichen Gebiete des sozialen und politischen Lebens des Landes"?

Herr Guschka betrachtet das „soziale und politische Leben" unter dem engen Gesichtswinkel des *Kaufmanns*. Er vermag durchaus nicht zu begreifen, daß seine keinen Widerspruch duldende Erklärung gerade für Enge und absolut nicht für Weite zeugt. Die von den Kaufleuten aufgeworfenen Fragen zeichnen sich eben durch ihre Enge aus, denn sie berühren *nur* die Kaufleute. Bis zu *allgemein politischen* Fragen vermögen

sich die Kapitalisten *nicht* aufzuschwingen. „Die Zulassung der Vertreter von Industrie und Handel" in diese oder jene lokalen oder zentralen Institutionen – das sind die Grenzen für die „Kühnheit" ihrer Anträge. Wie diese Institutionen *überhaupt* organisiert sein sollen, darüber *vermögen* sie sich *keine* Gedanken zu machen. Sie nehmen die auf Weisung anderer gebildeten Institutionen hin und erbetteln sich darin ein Plätzchen. Sie stellen sich sklavisch auf den nicht von ihrer Klasse bereiteten Boden des Staates, und auf diesem Boden stellen sie ihre „Anträge" zur Wahrung der Interessen *ihres* Standes, *ihrer* Gruppe, *ihrer* Schicht, wobei sie selbst hier kein wirkliches Verständnis für die Interessen der ganzen *Klasse* an den Tag legen.

Herr Guschka, der die Angelegenheit so verzerrt, daß es zum Himmel schreit, verfällt geradezu in Lobeshymnen. Er schreibt von dem „energischen und beharrlichen Druck auf die Organe der Staatsmacht". „Unsere Organisationen" „verstehen das selber ausgezeichnet (!!) . . ." „Die Organisationen des Großkapitals wurden zu einer wahren *Vorduma* ausgestaltet, die faktisch wohl größeren Einfluß auf die Gesetzgebung ausübt als die Reichsduma, und das um so mehr", versucht der Autor zu witzeln, „als auf das kapitalistische Parlament der Artikel 87[24] nicht angewandt wird und die Organisationen des Kapitals noch niemals vorsätzlich für drei Tage nach Hause geschickt wurden . . ."

Dieser Witz zeugt anschaulich von der maßlosen engstirnigen Borniertheit der Herren Industriemagnaten und ihres Barden Guschka. Eine Kleinigkeit, eine ganze Kleinigkeit hat man vergessen: die Duma als gesamtstaatliche Institution wirft Fragen auf, die sich auf die gesamte Staatsverwaltung und auf alle Klassen beziehen, während die Organisationen der Magnaten der Kaufmannschaft es für Mut halten, wenn sie Fragen aufwerfen, die *nur* die Kaufmannschaft, *nur* die Rechte der Kaufleute betreffen.

Herr Guschka geht so weit, die Worte des Börsenkomitees von Ufa aus dem Rechenschaftsbericht für 1905/1906 anzuführen: „Die Regierung selbst sucht sich . . . vermittels einer Reihe gründlicher Umgestaltungen der Börseninstitutionen . . . *würdige Helfer*"; und er bezeichnet diese Worte als „richtig", schreibt sie gesperrt, spricht von der „lebendigen und aktiven Zusammenarbeit mit der Regierung".

Wenn man solche Dinge liest, erinnert man sich unwillkürlich des deut-

schen Wortes Lobhudelei* – kriecherische Lobpreisung oder lobpreisende Kriecherei. Im Jahre 1905/1906 spricht man mit selbstzufriedener Miene von der „gründlichen Umgestaltung" – „der Börseninstitutionen"! Das ist der Standpunkt eines Lakaien, dem der Herr gestattet, sich mit dem Koch über die Zusammenstellung des Mittagsmahls usw. zu „beraten", wofür er sie „meine würdigen Helfer" nennt.

Wie sehr sich Herr Guschka diesem Standpunkt nähert, ist aus dem Unterabschnitt des Kapitels XV über die Ergebnisse der Anträge der Organisationen zu ersehen, den er betitelt: „Verlustpositionen". „Es ist nicht zu bestreiten", lesen wir hier, „daß es *gewisse Gebiete* gibt, wo die Anträge und Forderungen der Vertreter des Kapitals tatsächlich auf den Widerstand der Regierung stoßen." Es folgen Beispiele in folgender Reihenfolge: 1. Das Gebiet der Staatsforsten; der Fiskus ist selber Holzindustrieller; 2. das Gebiet der Eisenbahntarife; der Fiskus ist selber Unternehmer; 3. die Frage der Vertretung in den Semstwos und 4. die Frage der Vertretung in der Reichsduma und im Reichsrat. „In beiden Fällen", sagt der Autor zu den beiden letzten Punkten, „machen sich natürlich die intimen engen Beziehungen der Bürokratie zu der anderen herrschenden Klasse geltend – zur Klasse der Guts- und Großgrundbesitzer."

„Sieht man aber von den wenigen aufgezeigten Fragen ab", fährt Herr Guschka zufrieden fort, „dann ist zu sagen, daß auf allen übrigen Gebieten ... die Daten unserer Enquete die Position der Handels- und Industrieklasse als Position des Gewinns ausweisen ..."

Nicht wahr, das ist wirklich eine Perle! Die Verlustposition, das sind Wald, Eisenbahn, Semstwo und Parlament. „Sieht man aber von den wenigen aufgezeigten Fragen ab" – dann ist die Position eine Position des Gewinns!

Und in den „Schlußfolgerungen" seines Buches gelangt Herr Guschka in dem Bestreben, das „traditionelle Vorurteil" von der Unterwerfung und Rechtlosigkeit der Handels- und Industrieklasse zu bekämpfen, zu einer, man kann sagen, pathetischen Lobhudelei:

„Nicht als rechtlose, erniedrigte Klasse nimmt die Handels- und Industriebourgeoisie ihren Platz am Tisch des russischen Staatslebens ein, sie tritt auf als begehrter Gast und Mitarbeiter, als ‚würdiger Helfer' der Staatsmacht, der

*„Lobhudelei" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

einen hervorragenden Platz einnimmt sowohl nach der herkömmlichen Sitte als nach dem Gesetz, nach dem geschriebenen Recht, und das nicht erst seit gestern."

Das paßt ganz und gar in eine offizielle Rede irgendeines Krestownikow, Awdakow, Tiesenhausen und anderer Kumpane bei einem Gastmahl eines Ministers. Eben solche Reden, gehalten in eben solchem Ton, sind jedem Russen bekannt. Es fragt sich nur, wie man einen „Gelehrten" nennen soll, der Anspruch darauf erhebt, eine ernste Enquete „wissenschaftlich" zu bearbeiten, und dabei Tischreden knechtseliger Kaufleute als „Schlußfolgerungen aus der Enquete" in die Literatur überträgt?

„Aus der guten alten Zeit", fährt Herr Guschka fort, „ist uns die zur Stärke eines Vorurteils entwickelte Ansicht verblieben, wonach im kapitalistischen Rußland der Widerspruch zu beobachten sei, daß die *ökonomisch* herrschende Großbourgeoisie nach wie vor *politisch* unterjocht bleibt. Das ganze Material unserer Enquete schlägt eine fühlbare Bresche in diese traditionelle Konzeption."

Es bedarf der maßlosesten Vulgarisierung des Marxismus, mit dessen Termini Herr Guschka kokettiert, um eine Enquete über die Organisationen der Kapitalisten für geeignet zu halten, „Material" zu liefern zur Frage der politischen Unterjochung der Bourgeoisie durch den Absolutismus und die Gutsbesitzer. Material, das wirklich eine Antwort auf diese Frage gäbe, hat der Autor kaum berührt, und das konnte, insofern er in den Grenzen der vorliegenden Enquete blieb, nicht anders sein.

Die Enquete, die bloß *eine* Seite des Lebens unserer Bourgeoisie berührt, *bestätigt* im Gegenteil deren politische Unterjochung. Die Enquete zeigt, daß die Bourgeoisie ökonomisch vorrückt, daß einzelne, spezielle Rechte der Bourgeoisie erweitert werden, daß ihre Organisierung zur Klasse wächst, daß ihre Rolle im politischen Leben größer wird. Aber gerade weil sich diese Änderungen vollziehen, wird der Gegensatz zwischen Absolutismus und Gutsbesitzern, die neunundneunzig Hundertstel der politischen Macht in ihren Händen behalten, einerseits und dem ökonomischen Erstarken der Bourgeoisie anderseits *noch tiefer*.

Herr Guschka, der mit marxistischen Termini kokettiert, teilt in Wirklichkeit den Standpunkt eines billigen Sozialliberalismus. Das Verbrämen dieses Liberalismus mit einer marxistischen Phraseologie ist eine der spezifischen Besonderheiten oder – wenn man will – Krankheiten Ruß-

lands. Auf dem Standpunkt des Liberalismus stehend, ist Herr Guschka an die Frage nach der sozialen Natur der russischen Staatsmacht geraten, ohne auch nur annähernd den ganzen Umfang und die ganze Bedeutung dieser Frage begriffen zu haben.

Die Klassennatur der russischen Staatsmacht hat nach 1905 eine ernsthafte Veränderung erfahren. Es ist das eine Veränderung nach der Seite der Bourgeoisie. Die III. Duma, der „Wechi"-Liberalismus und eine Reihe anderer Zeichen legen Zeugnis ab von einem neuen „Schritt auf dem Wege der Umwandlung" unserer alten Staatsmacht „in eine bürgerliche Monarchie". Aber obwohl sie einen weiteren Schritt auf diesem neuen Weg macht, *bleibt* sie die *alte* Macht, und die Summe der politischen Widersprüche wird dadurch größer. Herr Guschka, der an diese ernste Frage geraten ist, hat seine Unfähigkeit offenbart, sich in ihr zurechtzufinden.

IV

Bei der Bearbeitung des Materials der ziemlich speziellen Enquete hat Herr Guschka noch eine prinzipielle Frage von größter Wichtigkeit berührt, auf die besonders eingegangen werden muß. Es ist das die Frage nach der „Rolle des Jahres 1905", wie der Titel eines der Unterabschnitte des Kapitels XIII in dem Buch des Herrn Guschka lautet.

Mit der 41. Frage des Fragebogens, wieviel Sitzungen das Vollzugsorgan der betreffenden Organisation in jedem der letzten 5 Jahre abgehalten hat, war beabsichtigt klarzustellen, in welchem Maße die Organisationen im Jahre 1905 eine verstärkte Tätigkeit entfalteten. Das durch die Enquete erhaltene Material hat, nach den Worten des Herrn Guschka, „im Leben unserer Organisationen eine solche Erscheinung", d. h. eine merkliche Verstärkung ihrer Tätigkeit, „nicht aufgezeigt".

„Und das ist auch begreiflich", bemerkt Herr Guschka.

Womit nun will er das erklären?

Die Verbände der „Arbeitgeber", urteilt er, mußten im Jahre 1905 angesichts des verstärkten Streikkampfes ihre Tätigkeit intensivieren.

„Die Organisationen von reinem Vertretungstyp jedoch", fährt Herr Guschka fort, „befanden sich in einer bis zu einem gewissen Grad entgegengesetzten Lage: ihr Hauptkontrahent, die Regierungsmacht, befand sich gerade im Laufe des Jahres 1905 in der Lage einer Macht, die sich verteidigt, die an sich

selbst am wenigsten glaubt und anderen am wenigsten Vertrauen einflößt. In jenem ‚verrückten' Jahr, ‚als die Obrigkeit davongelaufen war', schien es allen, darunter auch den Industriellen (besonders am Ende des Jahres), daß die alte ‚Obrigkeit' schon nicht mehr zurückkehren werde.

Darum eben hatten die Vertretungsorganisationen des Kapitals in jener Zeit keinen Grund, die Aktivität ihrer Vertretung gegenüber den Organen der Regierungsmacht zu verstärken."

Diese Erklärung taugt nicht das geringste. Wenn wirklich „die Obrigkeit davongelaufen war", so hätte die Flucht der alten politischen Obrigkeit unbedingt die Aktivität der neuen ökonomischen Macht verstärken müssen, hätte sie diese zur neuen politischen Obrigkeit machen müssen. Wenn die Macht sich vornehmlich verteidigte, wie konnte dann der „Mitarbeiter und würdige Helfer" dieser Macht (was zu sein Herr Guschka der Handels- und Industriebourgeoisie bescheinigt) *seine* Tätigkeit nicht verstärken, um diese Macht und sich selbst zu verteidigen? Unser Autor hat absolut nicht überlegt, was er sagt, er beschränkte sich einfach auf das gangbarste, herkömmlichste Gerede. Er spürte vielleicht, daß es sich um eine höchst wichtige Frage handelt, von deren Lösung es abhängt oder mit deren Lösung eng verbunden ist, welche Antwort auf die allgemeinere Frage nach der politischen Rolle der Bourgeoisie zu geben ist – und er fürchtete gleichsam, ernsthaft an diese wichtige Frage heranzugehen, ergriff gleichsam vor ihr die Flucht.

Man denke sich hinein in die folgende Betrachtung des Autors zu demselben Punkt, zur Rolle des Jahres 1905:

„Sich häufig zu versammeln, um ihre Haltung gegenüber den sozialpolitischen Fragen, die damals das ganze Land bewegten, zu formulieren, fühlten die Organisationen des Kapitals ebenfalls keine Neigung: Durch die breite Welle der Volksbewegung in den Hintergrund gedrängt, zogen sie es vor, einstweilen die Ergebnisse des um sie herum tobenden Kampfes abzuwarten; aber zuletzt, als die ‚Obrigkeit' unzweideutig ihre Absicht erkennen ließ, wieder ihren Platz ‚einzunehmen', begannen auch die Organisationen der Handels- und Industrieklasse allmählich zu der gewohnten Form und dem üblichen Intensitätsgrad ihrer Vertretungstätigkeit zurückzukehren."

Die Organisationen des Kapitals waren „durch die breite Welle der Volksbewegung in den Hintergrund gedrängt..." Sehr gut! Nur überlegt jedoch Herr Guschka wiederum nicht, was er sagt. Gegen wen war

die breite Welle der Volksbewegung gerichtet? – Gegen die alte Macht. Wie konnte dann der „Mitarbeiter und würdige Helfer" dieser Macht in den *Hinter*grund gedrängt sein? Er hätte – wäre er wirklich Mitarbeiter und würdiger Helfer gewesen – um so energischer in den *Vorder*grund treten müssen, je größer seine von der alten Organisation der politischen Macht unabhängige ökonomische Kraft war.

Wie konnte der „Mitarbeiter und würdige Helfer" der alten Macht in eine solche Lage geraten, daß er es „vorzog, abzuwarten"?

Herr Guschka hatte sich vorgenommen, gegen die Theorie von der politischen Unterjochung der ökonomisch herrschenden Bourgeoisie ins Feld zu ziehen, aber schon beim ersten Herangehen an die Sache verhedderte er sich! Im Gegenteil, die „Theorie", die zu zerschlagen er versprach, wird durch den Verlauf der Ereignisse im Jahre 1905 bekräftigt.

Das große Handels- und Industriekapital wie der russische bürgerliche Liberalismus beschränkten sich im Jahre 1905 nicht darauf „abzuwarten", sie nahmen auch eine sehr bestimmte konterrevolutionäre Stellung ein. Die Tatsachen, die das bezeugen, sind allzu gut bekannt. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß im Vergleich zu den Kräften des Absolutismus und der Klasse der Gutsbesitzer das Großkapital bis zu einem gewissen Grad *„in den Hintergrund gedrängt"* war.

Wie aber konnte es geschehen, daß in der bürgerlichen Revolution die Bourgeoisie durch den größten Aufschwung der „Welle der Volksbewegung" am meisten in den Hintergrund gedrängt wurde?

Das konnte geschehen, weil nur die völlige Verzerrung des Begriffs „bürgerliche Revolution" zu der Ansicht führt, diese würde an Kraft verlieren, wenn die Bourgeoisie von ihr abschwenkt. Das mußte geschehen, weil die Haupttriebkraft der bürgerlichen Revolution in Rußland das Proletariat und die Bauernschaft sind, während die Haltung der Bourgeoisie schwankend bleibt. Durch die Gutsbesitzer und den Absolutismus politisch unterjocht, nimmt die Bourgeoisie anderseits eine konterrevolutionäre Haltung ein, wenn die Arbeiterbewegung stärker wird. Daraus ergibt sich ihr Schwanken, ihr Zurückweichen in den „Hintergrund". Sie ist sowohl gegen die alte Ordnung als für sie. Sie ist bereit, ihr gegen die Arbeiter zu helfen, aber sie ist durchaus imstande, sich zu „konstituieren", ja, ihre eigene Herrschaft zu stärken und auszudehnen ohne irgendwelche Gutsbesitzer und ohne irgendwelche Überreste des alten

politischen Regimes: davon sprechen klar die Erfahrungen solcher Länder wie Amerika u. a.

Hieraus wird klar, warum der größte Aufschwung der „breiten Welle der Volksbewegung" und die größte Schwächung der alten Macht ein verstärktes Zurückweichen der Handels- und Industriebourgeoisie in den „Hintergrund" nach sich ziehen kann. Es ist das eben die Klasse, die im Kampf des Neuen gegen das Alte, der Demokratie gegen das Mittelalter, neutralisiert werden kann, denn obzwar sie sich neben dem Alten heimischer, ruhiger und bequemer fühlt, vermag diese Klasse auch bei einem noch so vollständigen Sieg des Neuen zu herrschen.

V

Spricht man über die Enquete der Kaiserlich Russischen Technischen Gesellschaft, so kann man den Artikel des Herrn A. Jermanski in Nr. 1/2 und 3 der liquidatorischen „Nascha Sarja" nicht mit Stillschweigen übergehen. Herr Jermanski gibt die Arbeit des Herrn Guschka sehr ausführlich wieder, macht jedoch nicht ein einziges Mal den Vorbehalt, daß er mit ihm nicht einverstanden sei! Als ob ein Mann, der sich zu den Marxisten rechnet, sich mit dem faden Liberalismus des Barden der Handels- und Industriemagnaten solidarisieren könnte!

Herr Jermanski geht sogar noch weiter als Herr Guschka in der gleichen Richtung, der Richtung eines leicht marxistisch getönten Sozialliberalismus à la Brentano und Sombart.

„Die Organisationen des Vertretungstyps", schreibt Herr Jermanski, „sind Organisationen des Klassenkampfes in seinem vollen Umfang und in gesamtnationalem (teilweise sogar in internationalem) Maßstab. Die Angaben der Enquete geben ein Bild davon, daß das Gebiet der Fragen, die von den Organisationen behandelt werden, fast unbegrenzt ist. Die Tätigkeit unserer Organisationen erstreckt sich auf fast alle Aufgaben von gesamtstaatlicher Bedeutung, wie dies das Börsenkomitee von Jekaterinoslaw ganz richtig formuliert." So urteilt Herr Jermanski in einer Zeitschrift, die Anspruch darauf erhebt, marxistisch zu sein! Dieses Urteil ist so ganz und gar falsch, daß es zum Himmel schreit. Die Auffassung vom Klassenkampf im Sinne von Marx wird hier durch die *liberale* Auffassung vom Klassenkampf ersetzt. Als gesamtnational und gesamtstaatlich wird

gerade das proklamiert, worin das Hauptmerkmal des *Gesamt*nationalen und des *Gesamt*staatlichen fehlt – die Frage der Staatsmacht und das ganze Gebiet der „gesamtstaatlichen" Verwaltung, der gesamtstaatlichen Politik usw.

Man sehe sich an, bis zu welchen Ungeheuerlichkeiten sich Herr Jermanski versteigt in einem Eifer, mit dem sein Verstand nicht Schritt hält. Indem er dagegen ankämpft, daß man die „kapitalistische Bourgeoisie in Rußland" (er will sagen die große Handels- und Industriebourgeoisie) für kraftlos, mangelhaft entwickelt usw. hält, sucht er eine „moderne Formel", die die „faktische Lage der Großbourgeoisie in Rußland" zum Ausdruck brächte.

Und was stellt sich heraus? Als eine solche Formel akzeptiert Herr Jermanski die Worte von Awdakow, die dieser im Rat für Bergbau und Hüttenwesen während der Debatten (hört, hört!) über den Übergang *zu einer neuen Organisation der Bergbaukongresse mit einem gewählten Präsidenten* gebraucht hat. Die (russische) Praxis ist so, erklärte Awdakow, „daß uns bislang niemand irgendwann in irgendeiner Hinsicht Beschränkungen auferlegt hat".

„Das eben ist die Formel", schreibt Herr Jermanski, „die denkbar gut auf die Gegenwart paßt."

Nun, das fehlte gerade noch! Man hat den stumpfsinnigen Kaufleuten, die ergeben das Joch der staatlichen Privilegien des Gutsbesitzers tragen, bei der Organisation der Bergbaukongresse keine Beschränkungen auferlegt! Anstatt den redseligen Kit Kitytsch* Awdakow der Lächerlichkeit preiszugeben, ist Herr Jermanski aufs eifrigste bemüht zu versichern, daß Awdakow kein Kit Kitytsch sei, daß er die „moderne Formel" für die „faktische Lage der Großbourgeoisie in Rußland" gegeben habe! Kit Kitytsch Awdakow jedoch gleicht ganz und gar einem fett gewordenen Kammerdiener, der nicht einmal daran zu denken wagt, *an Stelle* des gnädigen Herrn selber zum unbeschränkten Herrn zu werden, der gerührt ist, daß der gnädige Herr ihm gestattet, sich in der Bedientenstube mit der Kammerzofe, mit dem Koch usw. zu beraten.

Die folgende Tirade aus dem Artikel des Herrn Jermanski zeigt, daß

* Gestalt aus der Komödie A. Ostrowskis „Der bittre Rest beim fremden Fest". *Der Übers.*

er eben diesen Unterschied zwischen der Lage eines Kammerdieners und der des Herrn nicht begreifen will:

„Hier wird es auch nicht überflüssig sein", schreibt er, „eine Gegenüberstellung zu machen: alle erinnern sich, wie entschieden, wie sozusagen vor dem ganzen Volk die Bestrebungen der Semstwoleute, ‚an den Angelegenheiten der inneren Verwaltung teilzunehmen', als ‚sinnlose Träumereien' bezeichnet wurden; anderseits hatte das Petersburger Börsenkomitee schon in der vorkonstitutionellen Zeit, als es von der Notwendigkeit sprach, ‚das Recht der Börsengesellschaften (man beachte das!), an den Angelegenheiten der Verwaltung teilzunehmen, möglichst weit auszudehnen', allen Grund hinzuzufügen: ‚Dieses Recht der Börsengesellschaften stellt nicht irgendeine Neuerung dar, da die Börsengesellschaften es teilweise schon genießen.' Das, was für andere eine ‚sinnlose Träumerei' war, das war für die Vertreter des Großkapitals keine Träumerei, sondern Wirklichkeit, ein Element der realen Konstitution."

„Das" ist ja nicht das, Herr Jermanski! Ihre „Gegenüberstellung" bringt an den Tag, daß Sie nicht die Fähigkeit besitzen oder nicht den Wunsch haben, zu unterscheiden zwischen dem Bestreben (der Gutsbesitzerklasse), selber *unbeschränkter* Herr zu werden, und dem Bestreben (des reich gewordenen Gutsvogts Hinz oder Kunz), sich mit den *anderen Dienern* des Herrn zu beraten. Das sind „zwei ganz verschiedene Dinge".

Es ist nur natürlich, daß die Schlußfolgerungen Herrn Jermanskis ganz im Geiste Larins gehalten sind. Die Vertreter des Großkapitals, schreibt Herr Jermanski, „haben in Rußland schon längst die Stellung der herrschenden Klasse im vollen Sinne dieses Wortes eingenommen".

Das ist absolut unwahr. Hier ist *sowohl* die Selbstherrschaft vergessen worden *als auch* die Tatsache, daß die Macht und die Einkünfte nach wie vor in den Händen der feudalen Grundbesitzer verbleiben. Zu Unrecht glaubt Herr Jermanski, daß „*erst* am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts" unsere Selbstherrschaft „aufgehört hat, eine *ausschließlich* feudale zu sein". Schon in der Epoche Alexanders II. gab es im Vergleich zu der Epoche Nikolaus' I. diese „Ausschließlichkeit" nicht mehr. Aber ein feudales Regime, das die Eigenschaft verliert, *ausschließlich* feudal zu sein, das Schritte zur bürgerlichen Monarchie hin macht, mit der „vollkommenen Herrschaft der Vertreter des Großkapitals" zu verwechseln, ist absolut unstatthaft.

VI

Die Redaktion der „Nascha Sarja" hat, wie üblich, den Artikel des Herrn Jermanski mit einem „kleinen Vorbehalt" versehen: der Autor „unterschätzt die Bedeutung, die für sie (die Großbourgeoisie) die unmittelbare Beteiligung an der politischen Macht" habe.

Das System der Vorbehalte hat sich bei den Liquidatoren fest eingenistet. In einer Reihe von Artikeln entwickelt Jermanski auf das ausführlichste Ansichten über den Klassenkampf in liberalem Geiste. Die Propaganda der Zeitschrift ist eine liberale Propaganda ... Und die „Erinnerung an die schönen Tage" des Marxismus wird in zwei Zeilen einer Anmerkung versteckt! Die Leser der „Nascha Sarja" werden im Geist des Liberalismus erzogen, der den Marxismus ersetzt, die Redaktion aber „distanziert sich" – durch einen Vorbehalt, ganz wie in der kadettischen „Retsch"[25].

Es handelt sich durchaus nicht nur darum, daß Herr Jermanski eine bestimmte Seite der Frage „unterschätzt". Es handelt sich um seine völlig falschen Anschauungen über den Klassenkampf. Es handelt sich um seinen grundsätzlichen Fehler bei der Einschätzung der sozialen Struktur der Selbstherrschaft. Wir haben seit langem darauf verwiesen und werden nicht müde werden, darauf zu verweisen, daß man *dieser* Frage *nicht* mit Spötteleien über die „Antworten von 1908" (oder 1912) usw. *aus dem Wege gehen kann.* In *keiner* einigermaßen ernsten Publizistik *darf* diese Frage übergangen werden.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen Jermanski und Larin einerseits und der Redaktion der „Nascha Sarja" anderseits ist eine Meinungsverschiedenheit zwischen offenen und in ihrer Art ehrlichen Liquidatoren und den Diplomaten des Liquidatorentums. Darüber darf man sich keine Illusionen machen.

Larin schrieb: Unsere Staatsmacht ist schon eine bürgerliche Macht geworden. Darum sollen sich die Arbeiter nicht in Erwartung der Revolution (und nicht „für die Revolution", fügte er hinzu) organisieren, sondern für die Teilnahme an der konstitutionellen Erneuerung des Landes. Jermanski, der von einer *anderen* Seite her an die Frage herantritt, wiederholt dem Wesen der Sache nach die *erste* Prämisse Larins, wobei er auf die Schlußfolgerungen nur anspielt, ohne sie geradeheraus auszusprechen.

Martow „berichtigte" Larin ebenso, wie die Redaktion der „Nascha Sarja" Jermanski berichtigt: Die Staatsmacht sei noch nicht bürgerlich, und für die Arbeiter „genüge" es, sich an den Widerspruch zwischen Konstitutionalismus und Absolutismus zu halten.

Auf diese Weise ergibt sich in den Schlußfolgerungen zwischen Martow (mitsamt der Redaktion der „Nascha Sarja") und Larin-Jermanski eine Übereinstimmung, die völlig natürlich ist bei ihrer Übereinstimmung in den grundlegenden Prämissen der liberalen Einstellung zur Arbeiterpolitik.

Wir jedoch glauben nach wie vor, daß diese Einstellung von Grund aus falsch ist. Es handelt sich nicht darum, ob Jermanski die „Linksschwenkung" der Gutschkow, Rjabuschinski und Co. „unterschätzt", oder ob Martow sie „überschätzt". Es handelt sich nicht darum, ob Jermanski „die Bedeutung unterschätzt, die für die *Bourgeoisie* die unmittelbare Beteiligung an der politischen Macht hat", oder ob Martow sie „überschätzt". Es handelt sich darum, daß sie *beide* die Bedeutung nicht nur „unterschätzen", sondern einfach nicht *verstehen*, die die „unmittelbare Beteiligung an der politischen Macht" für die *Arbeiterklasse* hat und für die ihr folgende, von den gegenwärtigen Schwankungen des Liberalismus freie bürgerliche Demokratie! Beide denken sie lediglich an die *eine* „politische Macht", wobei sie die *andere* vergessen.

Beide richten sie ihre Blicke nach oben und sehen nicht die unteren Schichten. Aber wenn zehn Rjabuschinski und hundert Miljukow knurren und liberal entrüstet sind, so *bedeutet* das, daß Dutzende Millionen Kleinbürger und allerlei „kleine Leute" ihre Lage als unerträglich empfinden. Und diese Millionen sind auch eine mögliche Quelle der „politischen Macht". Allein der Zusammenschluß derartiger demokratischer Elemente, sowohl gegen die Rechten als auch unabhängig von den Schwankungen der Liberalen, vermag die Fragen zu „lösen", vor die die Geschichte Rußland zu Anfang des 20. Jahrhunderts gestellt hat.

„Prosweschtschenije" Nr. 5–7, April–Juni 1912.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der Zeitschrift „Prosweschtschenije".

DAS WESEN DER „AGRARFRAGE IN RUSSLAND"

Eine „Agrarfrage" – um diesen herkömmlichen und landläufigen Ausdruck zu gebrauchen – gibt es in allen kapitalistischen Ländern. Aber in Rußland gibt es *neben* der allgemeinen kapitalistischen Agrarfrage eine *andere*, eine „echt russische" Agrarfrage. Um in aller Kürze den Unterschied der beiden Agrarfragen hervorzuheben, wollen wir darauf verweisen, daß es in keinem einzigen zivilisierten kapitalistischen Land eine einigermaßen breite demokratische Bewegung der kleinen Landwirte für den Übergang des Grund und Bodens der Großgrundbesitzer in ihre Hände gibt.

In Rußland gibt es eine solche Bewegung. Und dementsprechend erheben und unterstützen die Marxisten in keinem anderen europäischen Land als in Rußland die Forderung nach Übergang des Grund und Bodens an die kleinen Landwirte. Die russische Agrarfrage hat unvermeidlich dazu geführt, daß *alle* Marxisten diese Forderung anerkennen, unabhängig von den Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang damit, *wie* die Besitzverhältnisse und die Verfügung über den anfallenden Grund und Boden organisiert werden sollen (Aufteilung, Munizipalisierung, Nationalisierung).

Woraus ergibt sich nun dieser Unterschied zwischen „Europa" und Rußland? Etwa aus der Eigenständigkeit der Entwicklung Rußlands, etwa aus dem Nichtvorhandensein des Kapitalismus in Rußland oder aus der besonderen Hoffnungslosigkeit, Ausweglosigkeit unseres Kapitalismus? Das glauben die Volkstümler der verschiedenen Schattierungen. Diese Ansicht jedoch ist grundfalsch, und das Leben hat sie längst widerlegt.

Der Unterschied zwischen „Europa" und Rußland ergibt sich aus der

außerordentlichen Rückständigkeit Rußlands. Im Westen hat sich die bürgerliche Agrarordnung schon völlig herausgebildet, die Leibeigenschaft ist längst hinweggefegt worden, ihre Überreste sind unbedeutend und spielen keine ernste Rolle mehr. Das wichtigste gesellschaftliche Verhältnis auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist im Westen das Verhältnis des *Lohnarbeiters* zum Unternehmer, zum Farmer, zum Bodeneigentümer. Der kleine Landwirt nimmt dort eine Zwischenstellung ein, er geht einerseits über in die Klasse der Lohnarbeiter, der Verkäufer ihrer Arbeitskraft (die zahlreichen Formen der sogenannten Nebenarbeit oder des Nebenerwerbs des Bauern), und anderseits in die Klasse der Arbeitgeber (die Zahl der bei den kleinen Landwirten arbeitenden Lohnarbeiter ist weitaus höher, als man gewöhnlich glaubt).

In Rußland hat zweifellos eine ebenso kapitalistische Organisation der Landwirtschaft schon Fuß gefaßt, und sie entwickelt sich unentwegt. Sowohl die gutsherrliche als auch die bäuerliche Wirtschaft entwickeln sich in eben dieser Richtung. Aber die rein kapitalistischen Verhältnisse sind bei uns noch in *gewaltigem* Ausmaß durch *feudale* Verhältnisse niedergehalten. Der Kampf der Masse der Bevölkerung, in erster Linie der Masse der Bauernschaft schlechthin, gerade gegen diese Verhältnisse – darin eben besteht die Eigenart der russischen Agrarfrage. Im Westen gab es seinerzeit eine *solche* „Frage" allenthalben, aber sie ist dort schon längst gelöst worden. In Rußland hat man sich mit ihrer Lösung verspätet, die Agrar„reform" von 1861 hat sie nicht gelöst, und die Stolypinsche Agrarpolitik *kann* sie unter den gegebenen Umständen *nicht* lösen.

In dem Artikel „Der Grundbesitz im Europäischen Rußland" („Newskaja Swesda"[26] Nr.3)* haben wir die hauptsächlichsten Daten angeführt, die das Wesen der russischen Agrarfrage in der Gegenwart klarstellen.

Ungefähr 70 Millionen Desjatinen Land für 30 000 der größten Gutsbesitzer und annähernd ebensoviel für 10 Millionen Bauernhöfe, das ist der Grundton des Bildes. Von welchen wirtschaftlichen Beziehungen zeugt dieses Bild?

Dreißigtausend der größten Gutsbesitzer, das sind hauptsächlich die Repräsentanten des alten Herrenstandes und der alten Leibeigenenwirtschaft. Von den 27 833 Besitzern von Gütern mit über 500 Desjatinen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 17–20. *Die Red.*

sind 18 102 Adlige, d. h. *fast zwei Drittel*. Die ungeheuren Latifundien, die sich in ihren Händen befinden – im Durchschnitt entfallen auf jeden einzelnen dieser Großgrundbesitzer mehr als 2000 Desjatinen! – können nicht mit dem Inventar des Besitzers und durch Lohnarbeiter bestellt werden. Bei einer solchen Sachlage ist das alte Fronsystem weitgehend unvermeidlich, d. h. das Bestehen der Kleinkultur, der Kleinwirtschaft auf großen Latifundien, die Bearbeitung der Gutsbesitzerländereien mit dem Inventar des Kleinbauern.

Eben dieses Fronsystem ist auch bekanntlich in den zentralen, altrussischen Gouvernements des Europäischen Rußlands, im *Herzen* unseres Ackerbaus, besonders weit verbreitet. Die sogenannte Abarbeit stellt nichts anderes dar als die direkte Fortsetzung und ein Überbleibsel des Systems der Fronwirtschaft. Unmögliche, auf Schuldknechtschaft basierende Wirtschaftsmethoden nach Art der Verdingung im Winter, der Arbeit für die abgeschnittenen Bodenstücke, der Bearbeitung in „krugi"* usw. usf. – all das ist ebenfalls Frondienst. Der bäuerliche „Bodenanteil" ist bei einem solchen Wirtschaftssystem ein Mittel, um dem *Gutsbesitzer* Arbeitskräfte zu verschaffen, und nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Inventar, das, und sei es noch so erbärmlich, zur Bearbeitung der Gutsbesitzerländereien dient.

Äußerstes Elend der Masse der Bauern, die an ihren Bodenanteil gebunden sind und von ihm nicht leben können, äußerste Primitivität der landwirtschaftlichen Technik, äußerst geringe Entwicklung des inneren Marktes für die Industrie – das sind die Folgen aus dieser Lage der Dinge. Und den eindringlichsten Beweis dafür, daß in ihrem Wesen, im Kern, die Sache bis auf unsere Tage unverändert geblieben ist, bildet die jetzige Hungersnot, von der 30 Millionen Bauern betroffen sind. Nur die durch die Leibeigenschaft hervorgebrachte Niedergedrücktheit, Verlassenheit, Hilflosigkeit der Masse der geknechteten Kleinbesitzer *kann* in der Zeit einer sich schnell entwickelnden und (in den besten kapitalistischen Wirtschaften) schon relativ hochstehenden landwirtschaftlichen Technik zu einer solch schrecklichen Massenhungersnot führen.

Der grundlegende Widerspruch, der zu diesen schrecklichen Heimsuchungen führt, die der Bauernschaft Westeuropas seit den Zeiten des Mittelalters unbekannt sind, ist der Widerspruch zwischen dem in unserer

* d. h. je einer Desjatine Sommergetreide und Wintergetreide. *Der Übers.*

Industrie hoch entwickelten, in unserer Landwirtschaft beträchtlich entwickelten Kapitalismus und den *Grundbesitzverhältnissen*, die nach wie vor mittelalterlich, feudalistisch bleiben. Aus dieser Lage herauszukommen ist unmöglich, ohne den alten Grundbesitz radikal zu beseitigen.

Feudalistisch ist nicht nur der gutsherrliche, sondern auch der bäuerliche Grundbesitz. Was den ersteren anbelangt, ist die Sache so augenscheinlich, daß keinerlei Zweifel aufkommen können. Wir wollen lediglich bemerken, daß die Beseitigung der feudalen Latifundien, sagen wir, der Wirtschaften mit mehr als 500 Desjatinen, die Großproduktion in der Landwirtschaft nicht untergraben, sondern im Gegenteil stärken, entfalten wird. Denn die feudalen Latifundien sind ein Stützpunkt des *kleinen*, auf Schuldknechtschaft gegründeten Ackerbaus und durchaus nicht der Großproduktion. Auf den gewaltigen, mehr als 500 Desjatinen großen Grundstücken ist es in den meisten Gegenden Rußlands fast unmöglich, zumindest aber äußerst schwierig, *Großwirtschaft* zu betreiben, den ganzen Boden mit dem Inventar des Besitzers und mit freien Lohnarbeitern zu bestellen. Die *Verringerung* des Umfangs solcher Besitzungen ist eine der Voraussetzungen für den Untergang des kleinen, auf Schuldknechtschaft beruhenden Ackerbaus und für den Übergang zur kapitalistischen Großproduktion in der Landwirtschaft.

Anderseits bleibt auch der bäuerliche Anteilbodenbesitz in Rußland mittelalterlich und feudalistisch. Und dabei handelt es sich nicht nur um die juristische Form des Besitzes, die jetzt durch die feldwebelmäßige Zerstörung der Dorfgemeinde und die Konstituierung des privaten Grundeigentums verändert wird – es handelt sich ebensosehr um seine *tatsächliche* Gestalt, die keinerlei Zerschlagung der Dorfgemeinde berührt.

Die tatsächliche Lage der gewaltigen Masse kleiner und kleinster bäuerlicher „Parzellen" (= winziger Bodenstücke), zum größten Teil Streuländereien, Boden allerschlechtester Qualität (dank der Vermessung des bäuerlichen Bodens im Jahre 1861 unter der Leitung der feudalen Gutsbesitzer und infolge der Erschöpfung des Bodens), läßt die Bauern unvermeidlich in ein Verhältnis der Schuldknechtschaft gegenüber dem erblichen Besitzer des Latifundiums, dem ehemaligen „Herrn" geraten.

Man stelle sich nur recht anschaulich dieses Bild vor: auf 30 000 Besitzer von Latifundien mit je 2000 Desjatinen Land kommen 10 000 000 Bauernhöfe mit einem Bodenstück von 7 Desjatinen je „Durchschnitts"-

hof. Es ist klar, daß die Zerschlagung der Dorfgemeinde, die Schaffung des privaten Grundeigentums *noch keineswegs* imstande sein wird, Schuldknechtschaft, Abarbeit, Frondienst, Not und Elend der Leibeigenschaft und die sich daraus ergebenden feudalen Abhängigkeitsformen zu ändern.

Die auf Grund einer solchen Lage der Dinge auf die Tagesordnung gesetzte „Agrarfrage" ist die Frage nach der Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaft, die zu einem untragbaren Hindernis für die kapitalistische Entwicklung Rußlands geworden sind. Die Agrarfrage in Rußland, das ist die Frage der radikalen Beseitigung des alten, mittelalterlichen Grundbesitzes, des gutsherrlichen Grundbesitzes wie auch des bäuerlichen Anteilbodenbesitzes, die absolut notwendig geworden ist, weil dieser Grundbesitz in seiner extremen Rückständigkeit in keiner Weise dem ganzen kapitalistisch gewordenen System der Volkswirtschaft entspricht.

Eine radikale Beseitigung ist notwendig, weil die Diskrepanz über alle Maßen groß ist, weil das Alte zu alt, „die Krankheit zu weit gediehen" ist. Dieser Prozeß muß seinem Inhalt nach auf jeden Fall und in allen seinen Formen bürgerlich sein, da das ganze Wirtschaftsleben Rußlands schon bürgerlich ist und der Grundbesitz sich ihm unbedingt unterordnen wird, sich unbedingt den Anforderungen des Marktes, dem Druck des in unserer heutigen Gesellschaft allmächtigen Kapitals anpassen wird.

Aber wenn eine radikale Beseitigung notwendig ist, wenn dieser Prozeß bürgerlich sein muß, so bleibt noch unentschieden, *welche* der beiden unmittelbar interessierten Klassen, die der Gutsbesitzer oder die der Bauern, diese Umwälzung durchführen oder ihre Richtung festlegen, ihre Formen bestimmen wird. Diese „unentschiedene Frage" werden wir im nächsten Artikel behandeln: „Ein Vergleich des Stolypinschen Agrarprogramms mit dem der Volkstümler."*

„Newskaja Swesda" Nr. 6,
22. Mai 1912.
Unterschrift: R. S.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

* Siehe den vorliegenden Band, S. 133–139. *Die Red.*

EINIGE ERGEBNISSE DER MOBILISIERUNG FÜR DIE WAHLEN

Die politischen Kräfte, die an den Wahlen zur Reichsduma beteiligt sind, haben sich schon fast alle endgültig organisiert. Auf jeden Fall sind die grundlegenden Parteigruppierungen in so bestimmten Umrissen hervorgetreten, daß von irgendwelchen ernsthaften und wesentlichen Veränderungen keine Rede mehr sein kann.

Die Regierung hat schon längst die Wahlkampagne begonnen. Die Rechten, die Nationalisten und die Oktobristen „arbeiten" mit offenkundiger Unterstützung der Behörden. Ein unlängst von der „Retsch" veröffentlichtes und von vielen Zeitungen abgedrucktes Rundschreiben der Gouverneure an die Kreispolizeichefs über die Ergreifung von „Maßnahmen", um die Nominierung „linker" Kandidaten als Bevollmächtigte (besonders der Bauern) oder als Wahlmänner zu verhindern, lüftet ein wenig den Schleier über der „Wahl"maschinerie des Innenministeriums. Ohne Zweifel wird von dieser Seite alles mögliche – und unmögliche – gegen die Opposition unternommen werden. Nicht umsonst betonte der Premier Kokowzow in seiner Rede vor den Moskauer Kaufleuten so stark die Verderblichkeit der „Opposition der Opposition wegen".

Aber wenn man auch an dem Eifer der Regierung und der Polizei bei den Wahlen nicht zu zweifeln braucht, so unterliegt es doch ebenfalls keinem Zweifel, daß in der Stimmung der Wähler eine weitgehende Wandlung „nach links" vor sich gegangen ist und vor sich geht. Keinerlei Kniffe der Regierung sind imstande, an dieser Tatsache etwas zu ändern. Im Gegenteil, Kniffe und „Maßnahmen" vermögen lediglich die Unzufriedenheit zu steigern. Und wenn diese Unzufriedenheit bei der Großbourgeoisie in einer „oppositionellen" Rede Schubinskis oder in einer

„vorsichtigen" Anspielung Rjabuschinskis ihren Ausdruck findet, daß „kultivierte Regierungsmethoden" wünschenswert seien, oder in giftigen Sticheleien der kadettischen „Retsch" gegen das Kabinett – dann ist leicht zu verstehen, daß die Unzufriedenheit in dem weiten Kreis der von den Rjabuschinski, Golowin usw. abhängigen „kleinen Leute" weitaus größer und ernsthafter ist.

Welches sind nun die politischen Gruppierungen im Lager der diese Unzufriedenheit politisch zum Ausdruck bringenden Opposition, die hervorgetreten sind? Hervorgetreten ist die „verantwortungsbewußte", liberal-monarchistische Opposition der Kadetten und Progressisten. Der Block zwischen ihnen ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Kadetten weitaus „rechter" stehen, als es den Anschein hat.

Hervorgetreten ist die Arbeiterdemokratie, die sich nicht die „Unterstützung" der kadettisch-progressistischen Opposition, sondern die *Ausnutzung* ihrer Konflikte mit den Rechten (einschließlich der Nationalisten und Oktobristen) zur Aufgabe gemacht hat, um aufklärend zu wirken und die Demokratie zu organisieren. Hervorgetreten ist schließlich auch die bürgerliche Demokratie: Auf der Konferenz der Trudowiki hat sie sich für ein Abkommen „in erster Linie mit den Sozialdemokraten" ausgesprochen, ohne jedoch zugleich irgendeine bestimmte Losung des Kampfes gegen den konterrevolutionären Liberalismus der Kadetten zu geben, d. h., in der Praxis schwankt sie nach wie vor zwischen diesen und jenen.

Welches sind nun die Schlußfolgerungen aus dieser „politischen Mobilisierung" der Parteien für die Wahlen? Die erste und grundlegende Schlußfolgerung, die die Arbeiterdemokratie schon längst gezogen hat, ist die, daß es nicht zwei, sondern *drei* kämpfende Lager gibt. Die Liberalen möchten gar zu gern die Sache so darstellen, als ob im Grunde genommen zwei Lager im Kampf ständen, und die Liquidatoren gleiten, wie wiederholt gezeigt worden ist, ständig zu dieser selben Ansicht hinab. Für die Konstitution oder gegen die Konstitution? – so formulieren die Kadetten die Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Lagern. In Wirklichkeit jedoch besagt diese Formulierung rein gar nichts, denn auch die Oktobristen versichern, sie seien Anhänger einer Konstitution, ja, und überhaupt solle nicht darüber gesprochen werden, was man eine Konstitution nennen könne und was nicht, sondern von dem genauen Inhalt bestimmter liberaler oder demokratischer Forderungen.

Drei Lager werden eben durch den Inhalt der Forderungen bestimmt, durch den realen Unterschied der Klassentendenzen: das Lager der Rechten oder das Regierungslager; das liberale Lager oder das der liberalmonarchistischen Bourgeoisie, die auf konterrevolutionärem Boden steht, und das demokratische Lager. Es geht dabei nicht so sehr um die „Chancen" unter dem gegebenen Wahlsystem – nein, die Sache reicht viel tiefer, es geht um den ganzen Charakter der politischen Propaganda in der Zeit der Wahlen, um den ganzen politisch-ideologischen Gehalt der Wahlkampagne.

Die tagtägliche „Strategie" der Liberalen ist bei einer solchen Sachlage darauf gerichtet, selber die Hegemonie über die „ganze" Oppositionsbewegung zu erringen. Und die liberalen „Saprossy Shisni" haben das von der „Retsch" so sorgsam gehütete „Geheimnis" dieser Strategie ausgeplaudert. „Die Progressisten", schreibt Herr R. B.[27] in Nr. 13 der „Saprossy", „haben ihre Kampagne mit einem vielversprechenden Zug (!) eröffnet, indem sie den sogenannten ‚parteilosen progressiven Block' bildeten, der von den ersten Tagen an eine große Anziehungskraft auf die oppositionellen politischen Kreise ausübte, die rechts von den Kadetten stehen." Anderseits „entspricht die Wahlplattform der Trudowikigruppe ungeachtet ihrer Verschwommenheit – zum Teil vielleicht gerade dank dieser Verschwommenheit – den Wünschen weiter Kreise der demokratischen Intelligenz". „Unter bestimmten Bedingungen könnte die Trudowikigruppe links von den Kadetten dieselbe Rolle spielen, die rechts von den Kadetten die Gruppe der Progressisten übernommen hat. Die oppositionelle Front bestände dann aus beweglichen und schwankenden, aber elastischen äußeren Flanken und einem unbeweglichen, aber stabilen Zentrum, was in strategischer Beziehung auch im politischen Kampf seine vorteilhaften Seiten hat."

Was die Herren Miljukow und Schingarjow im Sinn haben, hat R. B. auf der Zunge! Die Kadetten brauchen gerade zwei „elastische" Flanken: die Progressisten für das Einfangen des bürgerlichen Wählers, der auf dem Boden des 3. Juni steht, und die „verschwommenen" Demokraten für das Einfangen der demokratisch gesinnten breiten Masse. Diese „Strategie" entspringt in der Tat der Natur der Partei der Kadetten selbst. Es ist das die Partei der konterrevolutionären Liberalen, die durch Lug und Trug gewisse demokratische Schichten, wie einen Teil der Handlungs-

gehilfen, der kleinen Angestellten usw., an sich zieht. Eine solche Partei braucht gerade den „parteilosen Progressisten" als die eigentliche Klassenstütze und den verschwommenen Demokraten als ansprechendes Aushängeschild.

Den Typ des Progressisten können der Gutsbesitzer Jefremow und der Millionär Rjabuschinski abgeben. Typ des verschwommenen Demokraten sind der Trudowik aus dem Lager der Volkstümler und der Liquidator aus dem der Marxisten. Man nehme die ganze Geschichte der Kadettenpartei, und man wird sehen, daß ihr Handeln *stets* gerade darin bestand, den Demokratismus im Munde zu führen, einen „Jefremowschen und Rjabuschinski entsprechenden" Liberalismus jedoch in die Tat umzusetzen. Angefangen zumindest mit der Vereitelung des Plans für die örtlichen Bodenkomitees von 1906 und endend mit der Abstimmung für das Budget in der III. Duma oder mit den „Londoner" Losungen Miljukows[28] usw., sehen wir eben diese *Natur* der Kadettenpartei und die pseudodemokratische *Aufmachung*.

Die Ungeschicklichkeit des Herrn R. B. von den „Saprossy" ist so groß, daß er ungewollt die Wahrheit ausgesprochen hat, die vor den Demokraten so sorgsam verborgen wird und von den Liberalen so verwirrt worden ist. Das Programm der Progressisten, gesteht er, „stellt die Frage auf eine feste, reale Basis"! In diesem Programm jedoch gibt es außer allgemeinen Phrasen rein oktobristischer Fasson (z. B. „völlige Verwirklichung des Manifests vom 17. Oktober") rein gar nichts. Als feste und reale Basis wird die Basis eines bürgerlichen Liberalismus bezeichnet, der so gemäßigt, so kraftlos, so ohnmächtig ist, daß es geradezu lächerlich wäre, auf ihn Hoffnungen irgendwelcher Art zu setzen. Diejenigen, die 1907 „friedliche Erneuerer" waren, diejenigen, die in der III. Duma die Mitte zwischen Kadetten und Oktobristen hielten, sie sind es, die eine feste und reale Basis genannt werden!

Der Millionär Rjabuschinski ist Progressist. Das Organ dieser oder ähnlicher Progressisten ist das „Utro Rossii" [Der Morgen Rußlands]. Und niemand anders als die *„Retsch"*, das Organ der Kadetten, die einen Block mit den Progressisten eingegangen sind, schrieb: „Am zufriedensten von allen" (mit der Rede Kokowzows) „ist das Organ der Moskauer Industriellen ‚Utro Rossii' ... Es bläst in dasselbe Horn wie Krestownikow: ‚Das kommerzielle und industrielle Moskau kann sich mit Recht

als zufriedengestellt betrachten'." Und die „*Retsch*" fügt von sich aus hinzu: „Insoweit es vom ‚Golos Moskwy' und ‚Utro Rossii' abhängt, sind sie bereit, keinerlei Linie zu verfolgen, und fühlen sich zufriedengestellt."

Es fragt sich, wo sind die Anzeichen dafür, daß Jefremow oder andere Progressisten eine „Linie" *haben*? Solche Anzeichen gibt es nicht. Einen derartigen Progressismus unterstützen, gleichgültig ob er sich Progressismus oder Kadettismus nennt, heißt nichts anderes, als die Position der Demokratie aufgeben. Eine andere Sache ist es, die Konflikte zwischen der Bourgeoisie und den Gutsbesitzern, zwischen den Liberalen und den Rechten auszunutzen. Nur das kann sich der Demokrat zur Aufgabe machen.

Die klare Erkenntnis des konterrevolutionären Charakters des Liberalismus der Kadetten und der Progressisten ist notwendig, um diese Aufgabe zu erfüllen, um jene außerordentlich breiten Massen, die ökonomisch von den Jefremow und Rjabuschinski abhängen, politisch aufzuklären und zu organisieren. Der Hauptmangel, der den Trudowiki und den Liquidatoren gemeinsam ist, besteht in dem Fehlen dieser klaren Erkenntnis. Bei den Trudowiki gibt es überhaupt keine Klassencharakteristik des Liberalismus, bei den Liquidatoren ergeben die Phrasen, daß man „die *Duma* den Händen der Reaktion entreißen" wird, daß die Kadetten und Progressisten der Macht näherkommen, daß sie eine historisch-fortschrittliche Arbeit vollbringen (siehe Martow und Dan), in ihrer Gesamtheit doch eben jene Rolle der kadettischen „Flanke", mit der auch R. B. so zufrieden ist.

Die subjektiven Wünsche der Trudowiki und der Liquidatoren sind natürlich nicht von dieser Art, aber es handelt sich nicht um ihre subjektiven Pläne, sondern um die objektive Gruppierung der gesellschaftlichen Kräfte. Diese Gruppierung jedoch zeigt uns klar, trotz aller Anhänger der Idee von den zwei Lagern, trotz des schadenfrohen Geschreis über die Desorganisation der Arbeiterdemokratie (siehe Herr R. B. in demselben Artikel), daß das dritte Lager sich gebildet hat. Seine Linie ist deutlich angegeben und allen bekannt. Die antiliquidatorischen Arbeiter verfolgen diese Linie, indem sie alle Demokraten im Kampf **sowohl** gegen die Rechten **als auch** gegen den Liberalismus zusammenschmieden. Ohne sich irgendwelche Illusionen zu machen über den ohnmächtigen, in allen grundsätzlichen Fragen vor der Reaktion kriechenden Liberalismus der Kadet-

ten, nutzen die Arbeiter seine Zusammenstöße mit der Reaktion für sich aus, für ihre Klassenorganisation, für ihre Demokratie, die heute in der Tiefe der von den Jefremow und Rjabuschinski unterjochten Volksmassen in aller Stille heranreift.

Der Kampf der Rechten gegen die „verantwortungsbewußte" Opposition muß dazu dienen, und wird – dank der antiliquidatorischen Taktik der Arbeiter – dazu dienen, das Bewußtsein und die selbständige Organisation einer solchen „Opposition" zu entwickeln, die auf den wenig ehrenvollen Titel „verantwortungsbewußt" keinen Anspruch erhebt.

„Newskaja Swesda" Nr. 6,
22. Mai 1912.
Unterschrift: B. G.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

WIRTSCHAFTLICHER UND POLITISCHER STREIK

Seit 1905 ist in der offiziellen Streikstatistik, die vom Ministerium für Handel und Industrie geführt wird, eine ständige Unterteilung der Streiks in wirtschaftliche und politische eingeführt worden. Die Einführung dieser Unterteilung ist vom Leben erzwungen worden, das *eigentümliche* Formen der Streikbewegung hervorgebracht hat. Die Kombination des wirtschaftlichen und des politischen Streiks – das ist einer der Hauptzüge dieser Eigentümlichkeit. Und in der gegenwärtigen Zeit, da die Streikbewegung anschwillt, ist es im wissenschaftlichen Interesse, im Interesse eines bewußten Herangehens an die Ereignisse erforderlich, daß die Arbeiter diesen eigentümlichen Zug der russischen Streikbewegung aufmerksam betrachten.

Vor allen Dingen wollen wir einige grundlegende Zahlen anführen, die wir der Streikstatistik der Regierung entnehmen. Im Verlauf der drei Jahre von 1905 bis 1907 stand die russische Streikbewegung auf einer solchen Höhe, wie sie bislang *die Welt noch nicht gesehen hat.* Die Regierungsstatistik erstreckt sich lediglich auf Fabriken und Werke, so daß sowohl die Unternehmen des Bergbaus und Hüttenwesens wie die Eisenbahnen, sowohl die Bauarbeiten wie viele andere Zweige der Lohnarbeit unberücksichtigt bleiben. Aber allein schon in den Fabriken und Werken streikten 1905 2863000 Menschen, d. h. etwas weniger als 3 Millionen, 1906 1108000 und 1907 740000. In den ganzen 15 Jahren von 1894 bis 1908, da man in Europa damit begann, systematisch eine Streikstatistik zu führen, war die Höchstzahl der Streikenden im Jahr in Amerika 660000.

Die russischen Arbeiter haben folglich *als die ersten in der Welt* einen

solchen Massenstreikkampf entfaltet, wie wir ihn in den Jahren von 1905 bis 1907 gesehen haben. Nunmehr haben die englischen Arbeiter auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Streiks der Bewegung einen neuen starken Anstoß gegeben. Die führende Rolle der russischen Arbeiter erklärt sich nicht daraus, daß sie stärker, organisierter, entwickelter wären als die westeuropäischen Arbeiter, sondern daraus, daß es in Europa noch keine großen nationalen Krisen mit selbständiger Beteiligung der proletarischen Massen gegeben hat. Wenn diese Krisen hereinbrechen, dann werden die Massenstreiks in Europa noch stärker sein, als sie es 1905 in Rußland waren.

Wie war das Verhältnis zwischen wirtschaftlichem und politischem Streik in diesem Zeitabschnitt? Darauf gibt die Regierungsstatistik folgende Antwort:

Zahl der Streikenden in Tausend:

	1905	1906	1907
In wirtschaftlichen Streiks	1439	458	200
In politischen Streiks	1424	650	540
Insgesamt	2863	1108	740

Hieraus ist der enge und unlösbare Zusammenhang beider Arten von Streiks zu ersehen. Der größte Aufschwung der Bewegung (1905) zeichnet sich aus durch die breiteste *wirtschaftliche* Kampfbasis: Die politischen Streiks ruhen in diesem Jahr auf einer festen und soliden Basis von wirtschaftlichen Streiks. Die Zahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden ist *höher* als die Zahl der aus politischen Gründen Streikenden.

In dem Maße, wie die Bewegung in den Jahren 1906 und 1907 abflaut, sehen wir die wirtschaftliche Basis *schwächer werden*: die Zahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden fällt 1906 auf vier Zehntel der Gesamtzahl der Streikenden und 1907 auf drei Zehntel. Politischer und wirtschaftlicher Streik unterstützen sich also gegenseitig und sind jeder ein Kraftquell für den anderen. Ohne die enge Verbindung dieser Streikformen ist eine wirklich breite Massenbewegung, die Bedeutung für das *ganze Volk* erhielte, unmöglich. Am Anfang der Bewegung besitzt der wirtschaftliche Streik nicht selten die Eigenschaft, die Zurückgebliebenen aufzurütteln und in Bewegung zu bringen, die Bewegung zu verallgemeinern, sie auf eine höhere Stufe zu heben.

Im ersten Quartal des Jahres 1905 überwog zum Beispiel der wirtschaftliche Streik beträchtlich gegenüber dem politischen: auf den ersteren entfielen 604 000 Streikende, auf den letzteren nur 206 000. Im letzten Quartal des Jahres 1905 jedoch ist das Verhältnis umgekehrt: auf wirtschaftliche Streiks entfallen 430 000 und auf politische Streiks 847 000 Streikende. Das heißt, daß zu Beginn der Bewegung viele Arbeiter den wirtschaftlichen Kampf in den Vordergrund stellten, zur Zeit des größten Aufschwungs aber war es umgekehrt. Doch die *Verbindung* des wirtschaftlichen mit dem politischen Streik existierte die *ganze Zeit* hindurch. Ohne diese Verbindung, wir wiederholen es, ist eine wirklich große Bewegung, die große Ziele verwirklicht, unmöglich.

Die Arbeiterklasse tritt beim politischen Streik als die führende Klasse des ganzen Volkes auf. Das Proletariat spielt in solchen Fällen die Rolle nicht einfach einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, sondern die Rolle des Hegemons, d. h. des Leiters, des Vorkämpfers, des Führers. Die politischen Ideen, die in der Bewegung zutage treten, tragen gesamtnationalen Charakter, das heißt, sie berühren die grundlegenden, fundamentalen Verhältnisse des politischen Lebens des ganzen Landes. Dieser Charakter des politischen Streiks weckte – wie alle wissenschaftlichen Untersuchungen des Zeitabschnitts von 1905 bis 1907 hervorheben – das Interesse an der Bewegung bei allen Klassen und insbesondere natürlich bei den breitesten, zahlenmäßig stärksten und demokratischsten Schichten der Bevölkerung, bei der Bauernschaft und so weiter.

Anderseits wird die Masse der Werktätigen niemals bereit sein, sich einen allgemeinen „Fortschritt" des Landes vorzustellen ohne ökonomische Forderungen, ohne eine unmittelbare und unverzügliche Verbesserung ihrer Lage. Nur wenn die wirtschaftliche Lage des Arbeitenden verbessert wird, wird die Masse in die Bewegung einbezogen, nimmt sie energisch an ihr teil, weiß sie diese zu schätzen, offenbart sie Heldenmut, Selbstaufopferung, Standhaftigkeit und Ergebenheit für die große Sache. Anders kann es nicht sein, denn die Lebensbedingungen der Arbeiter sind in „gewöhnlichen" Zeiten unglaublich schwer. Indem die Arbeiterklasse für eine Verbesserung der Lebensbedingungen kämpft, wächst sie zugleich sowohl moralisch als auch geistig und politisch, wird sie fähiger, ihre großen Freiheitsziele zu verwirklichen.

Die vom Ministerium für Handel und Industrie herausgegebene Streik-

statistik bestätigt voll und ganz diese gigantische Bedeutung des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter in einer Zeit der allgemeinen Belebung. Je stärker der Druck der Arbeiter, eine desto größere Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erreichen sie. Sowohl die „Sympathie der Gesellschaft" als auch die Verbesserung der Lebensbedingungen sind das Resultat einer hohen Entwicklungsstufe des Kampfes. Wenn die Liberalen (und die Liquidatoren) den Arbeitern sagen: Ihr seid stark, wenn ihr die Sympathien der „Gesellschaft" besitzt, so sagen die Marxisten den Arbeitern etwas anderes: Ihr besitzt die Sympathien der „Gesellschaft", wenn ihr stark seid. Unter Gesellschaft sind in diesem Fall alle möglichen demokratischen Schichten der Bevölkerung zu verstehen, das Kleinbürgertum, die Bauern, die Intelligenz, die in enger Berührung mit dem Arbeiterleben steht, die Angestellten usw.

Am stärksten war die Streikbewegung im Jahre 1905. Und was war die Folge? Wir sehen, daß die Arbeiter gerade während dieses Jahres die größte Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erzielten. Die Regierungsstatistik zeigt, daß im Jahre 1905 von 100 Streikenden *nur* 29 den Kampf einstellten, *ohne* etwas erreicht zu haben, das heißt, eine völlige Niederlage erlitten. In den vorangegangenen zehn Jahren (1895 bis 1904) hatten von 100 Streikenden 52 den Kampf eingestellt, ohne etwas erreicht zu haben! Der Massencharakter der Bewegung hat also den *Erfolg* des Kampfes in gewaltigem Ausmaß, fast auf das Doppelte, erhöht.

Als aber die Bewegung anfing abzuflauen, da begannen auch die Erfolge des Kampfes sich zu verringern: 1906 beendeten von 100 Streikenden 33 den Kampf, ohne etwas erreicht zu haben, oder, richtiger, sie erlitten eine Niederlage; 1907 waren es 58; 1908 sogar 69 von 100!!

Die wissenschaftlichen Daten der Statistik für eine ganze Reihe von Jahren bestätigen also durchaus die eigene Erfahrung und Beobachtung eines jeden klassenbewußten Arbeiters, daß es notwendig ist, den wirtschaftlichen Streik mit dem politischen zu vereinigen, und daß eine solche Vereinigung in einer wirklich breiten und das ganze Volk umfassenden Bewegung unerläßlich ist.

Die heutige Welle der Streikbewegung bestätigt gleichermaßen voll und ganz diese Schlußfolgerung. Im Jahre 1911 ist die Zahl der Streikenden gegenüber dem Jahre 1910 auf das Doppelte angewachsen (100 000 gegen 50 000), aber trotzdem war diese Zahl noch sehr gering; die rein wirt-

schaftlichen Streiks blieben eine verhältnismäßig „enge" Angelegenheit, hatten noch keine Bedeutung für das ganze Volk gewonnen. Dagegen sieht heute jedermann, daß die Streikbewegung des laufenden Jahres nach den bekannten Aprilereignissen *gerade* eine *solche* Bedeutung erlangt hat.

Darum ist es von äußerster Wichtigkeit, gleich von Anfang an den Anstrengungen der Liberalen und der liberalen Arbeiterpolitiker (der Liquidatoren), die bemüht sind, den Charakter der Bewegung zu *entstellen*, entschieden entgegenzutreten. Ein Liberaler, Herr Sewerjanin, hat in den *„Russkije Wedomosti"*[29] einen Artikel veröffentlicht *gegen* das „Hineintragen" wirtschaftlicher oder „irgendwelcher" (sieh mal einer an!) „Forderungen" in den Streik zum 1. Mai, und die kadettische *„Retsch"* hat voller Sympathie die Hauptstellen dieses Artikels abgedruckt.

„Solche Streiks", schreibt der Herr Liberale, „mit dem Zeitpunkt gerade des 1. Mai zu verbinden ist ... meistens unbegründet ... Auch ist es irgendwie seltsam: Wir feiern den Tag des internationalen Arbeiterfestes, und bei diesem Anlaß fordern wir einen Zuschlag von 10 Prozent auf Kattun der und der Sorten." („Retsch" Nr. 132.)

Dem Liberalen scheint „seltsam", was dem Arbeiter völlig verständlich ist. Nur Verteidiger der Bourgeoisie und ihrer maßlosen Profite können über die Forderung eines „Zuschlags" spotten. Die Arbeiter jedoch wissen, daß gerade der *breite* Charakter der Forderung nach einem Zuschlag, gerade der *allseitige* Charakter der Streiks vor allem anderen eine Masse neuer Teilnehmer heranzieht, vor allem anderen die Stärke des Drucks und die Sympathie der Gesellschaft gewährleistet, vor allem anderen sowohl den Erfolg der Arbeiter selbst als auch die gesamtnationale Bedeutung ihrer Bewegung garantiert. Darum muß man gegen die liberale Entstellung, die Herr Sewerjanin, die *„Russkije Wedomosti"* und die *„Retsch"* propagieren, entschieden ankämpfen und die Arbeiter mit allem Nachdruck vor derartigen üblen Ratgebern warnen.

Der Liquidator Herr W. Jeshow tritt gleich in der ersten Nummer der liquidatorischen Zeitung „Newski Golos"[30] mit einer ebensolchen, rein liberalen Entstellung hervor, obzwar er an die Frage von einer etwas anderen Seite her herangeht. Herr W. Jeshow geht besonders auf die Streiks ein, zu denen es auf Grund der wegen des 1. Mai verhängten Strafen kam. Der Autor, der mit Recht auf die ungenügende Organisiertheit der Arbeiter verweist, zieht aus diesem berechtigten Hinweis die allerverkehrtesten

und für die Arbeiter schädlichsten Schlußfolgerungen. Die Unorganisiertheit sieht Herr Jeshow darin, daß man in der einen Fabrik einfach aus Protest streikte, in der anderen zugleich wirtschaftliche Forderungen aufstellte usw. In der Tat liegt jedoch in dieser *Mannigfaltigkeit* der Streikformen noch nicht die geringste Unorganisiertheit: es ist Dummheit, sich die Organisiertheit unbedingt als Einförmigkeit vorzustellen! Die Unorganisiertheit ist ganz und gar nicht dort zu suchen, wo Herr Jeshow sie sucht.

Aber noch weitaus schlimmer ist seine *Schlußfolgerung*:

„Dadurch" (d. h. durch die Mannigfaltigkeit der Streiks und die verschiedenen Formen der Kombination von Wirtschaft und Politik) „wurde in einer beträchtlichen Zahl von Fällen der prinzipielle Charakter des Protestes (man streikte ja wohl nicht um 25 Kopeken) verwischt, er wurde kompliziert durch wirtschaftliche Forderungen ..."

Das ist eine wahrhaft empörende, durch und durch verlogene, durch und durch liberale Betrachtungsweise! Zu glauben, daß die Forderung von „25 Kopeken" den prinzipiellen Charakter des Protestes „vertuschen" *könnte*, heißt auf das Niveau eines Kadetten hinabsinken. Im Gegenteil, Herr Jeshow, über die Forderung von „25 Kopeken" soll man nicht spötteln, sie verdient volle Anerkennung! Im Gegenteil, Herr Jeshow, diese Forderung „vertuscht" den „prinzipiellen Charakter des Protestes" *nicht*, sondern *verstärkt* ihn! Erstens ist die Frage der Verbesserung der Lebensbedingungen *auch* eine prinzipielle Frage, und zwar eine überaus wichtige prinzipielle Frage, und zweitens schwäche ich meinen Protest nicht ab, sondern verstärke ihn, wenn ich nicht gegen *eine* Erscheinungsform der Unterdrückung, sondern gegen zwei, drei usw. dieser Erscheinungsformen protestiere.

Jeder Arbeiter wird mit Entrüstung die empörende liberale Entstellung der Sache durch Herrn Jeshow zurückweisen.

Aber bei Herrn Jeshow ist das keineswegs ein falscher Zungenschlag. Er schreibt weiterhin noch empörendere Dinge:

„Die eigene Erfahrung hätte den Arbeitern sagen müssen, daß die Komplizierung ihres Protestes durch wirtschaftliche Forderungen genauso unzweckmäßig ist wie auch die Komplizierung eines gewöhnlichen Streiks durch prinzipielle Forderungen."

Das ist falsch, tausendmal falsch! Schande über den „Newski Golos", daß er solche Ergüsse druckt. Durchaus zweckmäßig ist, was Herrn Jeshow

unzweckmäßig scheint. *Sowohl die eigenen Erfahrungen* eines jeden Arbeiters als auch die Erfahrungen einer sehr großen Zahl russischer Arbeiter in der jüngsten Vergangenheit besagen das *Gegenteil von dem*, was Herr Jeshow lehrt.

Nur die Liberalen können gegen eine „Komplizierung" selbst des „gewöhnlichsten" Streiks durch „prinzipielle Forderungen" protestieren; das zum ersten. Und zweitens begeht unser Liquidator einen groben Fehler, wenn er die heutige Bewegung mit dem Maß „gewöhnlicher" Streiks mißt.

Und vergebens versucht Herr Jeshow, seine liberale Konterbande unter fremder Flagge zu verbergen, vergebens vermengt er die Frage der *Kombinierung* des wirtschaftlichen und des politischen Streiks mit der Frage der *Vorbereitung* des einen wie des anderen! Natürlich, vorbereiten und sich vorbereiten, dabei so gründlich, einmütig, geschlossen, überlegt, entschieden wie möglich, all das ist höchst wünschenswert. Darüber kann es keinen Streit geben. Aber vorbereiten muß man, entgegen Herrn Jeshow, gerade die *Kombination* beider Streikarten.

„Wir stehen vor einem Zeitabschnitt wirtschaftlicher Streiks", schreibt Herr Jeshow. „Es wäre ein nicht wiedergutzumachender Fehler, wenn sie verflochten würden mit politischen Aktionen der Arbeiter. Eine solche Vermischung würde sich sowohl auf den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter wie auch auf den politischen Kampf schädlich auswirken."

Weiter, scheint es, geht's nimmer! Das Hinabsinken des Liquidators auf das Niveau des Dutzendliberalen ist aus diesen Worten ganz klar zu ersehen. Jeder Satz enthält einen Fehler! Jeden Satz muß man in sein *direktes* Gegenteil verwandeln, um die Wahrheit zu erhalten!

Es stimmt nicht, daß wir vor einem Zeitabschnitt wirtschaftlicher Streiks stehen. Ganz im Gegenteil. Wir stehen vor einem Zeitabschnitt nicht nur wirtschaftlicher Streiks. Wir stehen vor einem Zeitabschnitt politischer Streiks. Die Tatsachen, Herr Jeshow, sind stärker als Ihre liberalen Entstellungen, und wenn Sie die statistischen Karten über die Streiks, die im Ministerium für Handel und Industrie gesammelt werden, erhalten könnten, dann würde *sogar* diese Regierungsstatistik Sie völlig widerlegen.

Es stimmt nicht, daß die „Verflechtung" ein Fehler wäre. Ganz im Gegenteil. Es wäre ein nicht wiedergutzumachender Fehler, wenn die Arbeiter nicht die ganze Eigentümlichkeit, die ganze Bedeutung, die ganze Notwendigkeit, die ganze prinzipielle Wichtigkeit gerade einer solchen

„Verflechtung" begriffen. Zum Glück aber verstehen die Arbeiter das ausgezeichnet und weisen voller Verachtung die Predigt der liberalen Arbeiterpolitiker zurück.

Es stimmt schließlich nicht, daß eine solche Vermischung sich auf beide Formen „schädlich auswirken" würde. Ganz im Gegenteil. Sie wirkt sich auf beide *günstig* aus. Sie stärkt beide.

Herr Jeshow belehrt irgendwelche von ihm entdeckte „Hitzköpfe". Man höre:

„Es gilt, die Stimmung der Arbeitermassen organisatorisch zu fixieren ..." – Heilige Wahrheit! – „Es gilt, die Agitation für die Gewerkschaften zu verstärken, neue Mitglieder für sie zu werben ..."

Das ist durchaus richtig, *aber* ... aber Herr Jeshow, es ist unzulässig, die „organisatorische Fixierung" auf die Gewerkschaften allein zu *beschränken!* Denken Sie daran, Herr Liquidator!

„Das ist um so notwendiger, als sich heute unter den Arbeitern nicht wenig Hitzköpfe finden, die sich durch die Massenbewegung hinreißen lassen und in den Versammlungen *gegen die Gewerkschaften* auftreten, da diese nutzlos und unnötig seien."

Das ist eine liberale Verleumdung der Arbeiter. Nicht „gegen die Gewerkschaften" sind die Arbeiter aufgetreten, die den Liquidatoren das Leben sauer gemacht haben und immer sauer machen werden. Nein, die Arbeiter sind gegen die *Beschränkung* der organisatorischen Fixierung nur auf die „Gewerkschaften" allein aufgetreten, wie sie so klar aus dem vorhergehenden Satz des Herrn Jeshow hervorgeht.

Die Arbeiter sind nicht „gegen die Gewerkschaften" aufgetreten, sondern gegen die liberale Entstellung des Charakters ihres Kampfes, die den ganzen Artikel des Herrn Jeshow kennzeichnet.

Der russische Arbeiter ist politisch reif genug, um die große Bedeutung seiner Bewegung für das ganze Volk zu verstehen. Er ist reif genug, um die ganze Falschheit, die ganze Armseligkeit der liberalen Arbeiterpolitik zu begreifen, und stets wird er sie voller Verachtung zurückweisen.

Veröffentlicht am 31. Mai 1912 in der „Newskaja Swesda" Nr. 10. Unterschrift: Iw. Petrow.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda", verglichen mit dem Text des Sammelbandes „Marxismus und Liquidatorentum", Teil II, St. Petersburg 1914.

DIE FRAGE DER UMSIEDLUNG

Bekanntlich haben die Regierung und die konterrevolutionären Parteien auf die Umsiedlung der Bauern besonders große Hoffnungen gesetzt. Sie sollte nach der Meinung aller Konterrevolutionäre die Agrarfrage wenn nicht radikal lösen, so doch zumindest in bedeutendem Maße entschärfen und ungefährlich machen. Darum eben begann man gerade dann für die Umsiedlung besonders Reklame zu machen, sie auf jede Weise zu fördern, als im Europäischen Rußland die Bauernbewegung einsetzte und sich entwickelte.

Was die Vertreter der Regierung und weiterblickende Politiker, zum Beispiel unter den Oktobristen, im Sinn haben, das kommt so unverhüllten Reaktionären wie dem Erzreaktionär Markow 2 aus Kursk auf die Zunge. Und dieser Abgeordnete erklärte bei der Erörterung der Frage der Umsiedlung in der Duma geradeheraus, mit lobenswerter Offenheit: „Jawohl, eben durch Umsiedlung muß die Regierung die Agrarfrage lösen." (1. Sitzungsperiode.)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Umsiedlung, falls sie richtig organisiert wird, eine gewisse Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands spielen könnte. Selbstverständlich darf diese Rolle nicht überschätzt werden, nicht einmal heute, wo die Lage der Bauern so ganz und gar unerträglich ist, daß der russische Mushik bereit ist, nicht nur nach Sibirien, sondern bis ans Ende der Welt zu wandern; nicht einmal heute, wo man die landarmen und landlosen Bauern auf jede Weise zur Umsiedlung und Abwanderung ermuntert, um sie vor der Verführung zu bewahren, die in dem Anblick der gutsherrlichen Latifundien liegt; wo der Erlaß vom 9. November[31] für die Umsiedler die Liquidation der Überreste

ihrer heimatlichen Wirtschaft außerordentlich erleichtert hat; nicht einmal heute, wie die Apologeten des natürlichen Zuwachses selber zugeben müssen. Lediglich in den Gouvernements, die den höchsten Prozentsatz an Abwanderern stellen (der Süden, der Westen und das Zentrale Schwarzerdegebiet Rußlands), kommt die Abwanderung dem natürlichen Zuwachs gleich, resp. sie übersteigt ihn nur um ein weniges.

Nichtsdestoweniger gibt es in Sibirien noch eine beträchtliche Reserve an freien Ländereien, die für die Umsiedlung geeignet sind. Allerdings ist noch sehr wenig getan worden, um diese auch nur annähernd genau zu bestimmen. Kulomsin setzte schon 1896 die Reserve an Kolonisationsländereien mit 130 000 Siedlerstellen an. Seit dieser Zeit ist das Zehnfache an Siedlerstellen zugewiesen worden, und die Reserve ist noch nicht erschöpft. Im Gegenteil, nach Berechnungen der Siedlungsverwaltung beläuft sich 1900 die vorhandene Reserve für die Umsiedlung geeigneter Ländereien auf 3 Millionen Siedlerstellen für 6 Millionen Umsiedler. Wie man sieht, sind die Ziffern außerordentlich verschieden; sie schwanken innerhalb eines sehr breiten Bereichs.

Wie dem aber auch sei, selbst wenn man einen bestimmten Prozentsatz der letzten Zahlen im Hinblick auf die übliche bürokratische Schönfärberei zu streichen hätte, so unterliegt es dennoch keinem Zweifel, daß es in Sibirien noch eine Reserve an Ländereien gibt und also eine Umsiedlung nach dort sowohl für Sibirien als auch für Rußland von einer gewissen Bedeutung sein könnte, wenn sie nur zweckmäßig organisiert würde.

Eben diese conditio sine qua non* aber wird von der gegenwärtigen Regierung nicht erfüllt. Die heutige Organisation des Umsiedlungswesens zeigt und beweist ein übriges Mal, daß unsere „alte Ordnung" absolut unfähig ist, die elementarsten wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen; die schlechte Organisierung der Umsiedlung legt noch einmal Zeugnis davon ab, daß die heutigen Herren der Lage unvermögend sind, auch nur irgend etwas für den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes zu tun.

Die Richtung, den Charakter und die Art der Durchführung der Siedlungspolitik klarzustellen, das eben war auch der Zweck der Reden, die die sozialdemokratischen Abgeordneten bei der alljährlichen Erörterung des Budgetvoranschlags der Siedlungsverwaltung hielten.

* unerläßliche Bedingung. *Die Red.*

Welches Ziel verfolgt die Regierung bei der Umsiedlung der Bauern? Das ist die grundlegende Frage, die alle anderen bestimmt, denn das von der Regierung bei der Durchführung der Siedlungspolitik verfolgte Ziel bestimmt den gesamten Charakter dieser Politik.

Der Abgeordnete Woiloschnikow, der in der 2. Sitzungsperiode der Duma im Namen der sozialdemokratischen Fraktion sprach, charakterisierte die Aufgaben, die sich die Regierung bei der Umsiedlung der Bauern stellt, folgendermaßen: „Die Siedlungspolitik", sagte Woiloschnikow, „ist eins der Glieder der gesamten Agrarpolitik der Regierung. Die Gutsbesitzer brauchten schwache und nicht widerstandsfähige Bauern als billige Arbeitskräfte, und die Regierung war auf jede Weise bemüht, die Umsiedlung zu bremsen und den Bevölkerungsüberschuß an Ort und Stelle zu belassen. Aber nicht genug damit: sie führte einen intensiven Kampf gegen die eigenmächtige Umsiedlung, d. h., sie war bestrebt, dieses Sicherheitsventil zu schließen; aber der natürliche Bevölkerungszuwachs jener Zeit wurde immer größer, die Zeiten änderten sich; als drohende Gefahr zeichneten sich die Erhebung des Proletariats und der hungernden Bauernschaft ab und all die sich daraus ergebenden Folgen. Regierung und Gutsbesitzer begannen, sich auf die Umsiedlung zu orientieren, legten sie neben dem Erlaß vom 9. November ihrer Agrarpolitik zugrunde, aber wenn dort, bei der Durchführung des Erlasses vom 9. November, die Aufmerksamkeit auf die Starken und Kräftigen konzentriert war, darauf, den Schwachen das Land wegzunehmen und es den starken Bauern zu geben, so geht es hier darum, möglichst viele schwache Bauern nach Sibirien abzuschieben; und obwohl sich in letzter Zeit eine Tendenz zur Erhöhung des Durchschnittsniveaus des wohlhabenden Umsiedlers bemerkbar macht, so wird dennoch die Hauptmasse, nach der Terminologie Stolypins, weiterhin von den Schwachen gebildet. An dieser intensiven Abschiebung nehmen ebenso auch die Flurbereinigungskommissionen teil, oder, ich möchte sagen, sie wurden dazu herangezogen.

Den Flurbereinigungskommissionen ist die Verpflichtung auferlegt worden, den Siedlern die Grundstücke zu übergeben, zuzuweisen, und damit eben einen Schlußstrich zu ziehen unter die alten Mißstände auf dem Agrargebiet. Also, meine Herren, der Erlaß vom 9. November, die verstärkte Propagierung der Umsiedlung, die verstärkte Abschiebung der Schwachen nach Sibirien und die Flurbereinigungskommissionen – das

sind zwei eng miteinander verbundene Seiten ein und derselben Frage, ein und derselben Politik. Es ist unschwer zu sehen, daß die Durchführung des Erlasses vom 9. November dazu beiträgt, daß sich die Starken und Kräftigen auf Kosten der armen Bauern auf den Bodenanteilen festsetzen, daß sie dadurch eben dazu beitragen wird, diese schwachen, in kolonisatorischer Hinsicht wenig geeigneten Elemente in die ihnen fremden Randgebiete zu verstoßen. Sowohl in bezug auf die Dorfgemeinde als auch in bezug auf die Umsiedlung hat sich die Regierung in ihrer Siedlungspolitik einzig und allein von den Interessen des Häufleins feudaler Gutsbesitzer leiten lassen und überhaupt der herrschenden Klassen, die die Arbeitermassen und die werktätige Bauernschaft unterdrücken. Sie ist jedes Verständnisses bar für die elementaren Bedürfnisse des Landes und die Erfordernisse der Volkswirtschaft." (77. Sitzung, 2. Sitzungsperiode.)

Am vollständigsten legte diese Seite der Sache der Abgeordnete Tschcheidse dar (in seiner Rede in der 2. Sitzungsperiode der Reichsduma), der ein detailliertes Bild der Siedlungspolitik im Kaukasus zeichnete.

Der sozialdemokratische Redner bewies vor allem, gestützt auf Tatsachen und Zahlen, daß alle offiziellen Mitteilungen über die freien Ländereien im Kaukasus in himmelschreiender Weise der Wahrheit widersprechen. Wir möchten besonders unterstreichen, daß der Abgeordnete Tschcheïdse, um allen Vorwürfen der Voreingenommenheit und der Entstellung aus dem Wege zu gehen, ausschließlich offizielle Angaben und Berichte von Regierungsbeamten benutzte. Nach Angaben, die schon in den achtziger Jahren durch den ehemaligen Minister für Staatsdomänen gesammelt worden sind, „wurden allein nur unter den Staatsbauern, die auf fiskalischen Ländereien im Kaukasus angesiedelt waren, in vier transkaukasischen Gouvernements gezählt: 22 000, die völlig ohne Land waren, 66 000 mit einem Bodenanteil bis zu einer Desjatine pro Kopf, 254 000 mit Anteilen von ein bis zwei Desjatinen, 5013 mit Anteilen von zwei bis vier Desjatinen – insgesamt ungefähr 1 000 000 mit kleineren Anteilen, als die Minimalnorm für die Landzuteilung an die im Kaukasus angesiedelten Umsiedler vorsieht. Im Gouvernement Kutaïs zählte man unter 29 977 Bauernstellen 2541 ohne Land oder mit einem Anteil bis zu einer Desjatine pro Hof, 4227 mit ein bis zwei Desjatinen, 4016 mit zwei bis drei Desjatinen und 5321 mit drei bis fünf Desjatinen. Nach neuesten Angaben beträgt in vier transkaukasischen Gouvernements die Zahl der Siedlun-

gen, die fiskalisches Land überhaupt nicht oder in unzureichendem Maße besitzen, ungefähr 46 Prozent, während im Gouvernement Kutaïs ungefähr 33 Prozent Höfe gezählt wurden, die nicht über fiskalisches Land verfügen. Aus dem Bericht des Bakuer Komitees über die Notlage der landwirtschaftlichen Industrie erfahren wir, daß derartige mit zuwenig Land versorgte Siedlungen aus ihrer Mitte diejenigen ausscheiden, die kein Land haben, daß diese sich bei Besitzern beträchtlicher Bodenanteile ansiedeln und sich dann viele Jahre lang in einer solchen abhängigen Lage befinden. Und der Senator Kusminski sagt in seinem alleruntertänigsten Bericht folgendes: ‚Es ist zu vermerken, daß zuweilen der eigentliche Stamm der Siedler von Personen gebildet wird, die den Ackerbau aufgegeben haben und das zu Zwecken der Kolonisation erhaltene Land an Dorfgenossen oder an einheimische Bauern aus der benachbarten Siedlung verpachten.' Also werden schon vor 25 Jahren in Transkaukasien unter den Staatsbauern, die, man könnte meinen, besser mit Land versorgt sein sollten als die anderen Kategorien der Bauern, Hunderttausende gezählt, die ohne Übertreibung als Tagelöhner bezeichnet werden können. Schon vor 25 Jahren waren die ortsansässigen Bauern genötigt, das Land zu pachten, das den Umsiedlern gegeben worden war."

So sehen die Angaben aus, auf deren Grundlage man sich ein Bild davon machen kann, wie die Staatsbauern im Kaukasus mit Land versorgt sind.

„Was die sogenannten zeitweilig verpflichteten Bauern betrifft", fuhr der Redner fort, „so ist auf Grund von aufgestellten Dokumenten zu ersehen, daß im Gouv. Tiflis 1444 Bauernstellen völlig ohne Ackerland geblieben waren und 386 nicht einmal Hofland erhalten hatten. Das sind 13 Prozent der Gesamtzahl der Gutsbauern im Gouv. Tiflis. Im Gouv. Kutaïs war die Zahl der landlosen Bauern bei der Reform noch höher. Geht man selbst vom Verhältnis zur Gesamtzahl der Leibeigenen im Gouv. Tiflis aus, so erhält man auch dann im Gouv. Kutaïs insgesamt 5590 Bauernstellen oder 25 000 Personen, die bei der Bauernbefreiung im Kaukasus kein Stückchen Land erhalten haben. 20 Jahre nach der Reform, im Jahre 1895 – fährt der Verfasser des Memorandums über die Liquidierung der Pflichtverhältnisse fort – wurde im Gouv. Jelisawetpol die Zahl der landlosen Bauern mit 5308 Bauernstellen oder 25 000 Personen beiderlei Geschlechts angegeben. Im Gouv. Baku waren es 3906 Bauernstellen oder 11 709 Landlose beiderlei Geschlechts. Und nun die Daten über die Landversorgung der Bauern aus der Zahl der zeitweilig Verpflichteten, die ihre

Bodenanteile nicht losgekauft haben, aber irgendeine Wirtschaft besitzen. Im Gouv. Tiflis entfallen auf die Person 0,9 Desj., im Gouv. Kutaïs 0,6 Desj. Bei denjenigen, die ihre Anteile losgekauft haben, entfallen im Gouv. Tiflis 1,7 Desj. auf die Person und im Gouv. Kutaïs 0,7 Desj. Derart sind die Bauern, die irgendeine Wirtschaft haben, mit Land versorgt. Eine allgemeine Charakteristik der wirtschaftlichen Lage der Bauern im Kaukasus gibt der Bericht des Gouvernementskomitees von Kutaïs über die Notlage der landwirtschaftlichen Industrie. Nach Angaben, die aus verschiedenen offiziellen Untersuchungen geschöpft sind, erreicht die Zahl der Bauern, die ärgste Not leiden, im Gouvernement Kutaïs 70 Prozent. Mehr noch, hier wird zugleich auch erwähnt, daß im Gouv. Kutaïs 25% des Adels akute Not leiden.

Solche Besitzer von Grundstücken – fährt der Bericht fort – können ihre wirtschaftliche Selbständigkeit nur aufrechterhalten, wenn sie einem Nebenerwerb nachgehen, und sind völlig der Möglichkeit beraubt, Mittel für Verbesserungen, für Gerätschaften und für die Bodendüngung aufzuwenden. Die große Nachfrage konnte nicht ohne Einfluß bleiben auf die Höhe der Bodenpacht, die bei dem System der Halbpacht 60 Prozent der Bruttoeinnahme erreicht und zuweilen, bei Zahlung einer festgelegten Menge von Bodenerzeugnissen, in Jahren der Mißernte die Bruttoeinnahme übersteigt. Die Verpachtung von Land gegen Geld trifft man selten an, und die Pachtsumme erreicht 30 Rubel für eine Desjatine im Jahr. So ist es im Gouvernement Kutaïs. Nun einige Angaben über die Bodenversorgung der Bauern in vier Kreisen des Gouv. Jelisawetpol. Auf Grund der Angaben über alle Bauern, die auf Gutsländereien leben, ergibt sich hier, daß in vier Kreisen des Gouv. Jelisawetpol, nämlich in den Kreisen Dshebrail, Sangesur, Schuscha und Dshewanschir, die Bodenzuteilung nur 0,6 Desj. pro Person erreicht. Nach Berechnung des Senators Kusminski erreicht im Kreis Lenkoran, Gouv. Baku, bei den Siedlern, die auf Gutsländereien angesiedelt worden sind, der durchschnittliche Bodenanteil pro Person männlichen Geschlechts nicht mehr als 0,5 Desj. Im Kreis Kuba nicht mehr als 0,9 Desj. Derart, meine Herren", schloß der Redner, „steht es in Transkaukasien um die Versorgung der Bauern mit Land."

Wenn, was den Bodenmangel angeht, die Lage der kaukasischen Bauern sich kaum von der Lage der Bauern in Rußland unterscheidet, so erhebt sich die Frage: Woraus wird denn im Kaukasus der Bodenfonds für Kolonisationszwecke gebildet, und warum wird die Umsiedlung nach dort betrieben, anstatt einheimische Bauern anzusiedeln?

Der Siedlungsfonds wird gebildet, indem die Rechte der Einheimischen auf den Grund und Boden in himmelschreiender Weise verletzt werden,

und die Umsiedlung aus Rußland wird betrieben zu Nutz und Frommen des berüchtigten nationalistischen Prinzips der „Russifizierung der Randgebiete".

Der Abgeordnete Tschcheïdse hat eine Reihe von Beispielen angeführt, wiederum offiziellen Quellen entnommen, wie die Einheimischen ganzer Ortschaften im Interesse der Bildung eines Bodenfonds für Kolonisationszwecke von ihren angestammten Plätzen verjagt wurden, wie ganze Gerichtsprozesse aufgezogen wurden, um die Enteignung des Grund und Bodens der Gebirgsbevölkerung zu rechtfertigen (Bericht des Adelsmarschalls, Fürst Zereteli, an den Innenminister über die Gebirgssiedlung Kiknaweleti, Kreis Kutaïs) usw. Und all das sind nicht vereinzelte Tatsachen, nicht Ausnahmefälle, sondern, wie auch der Senator Kusminski konstatiert, „typische Fälle".

Das Resultat ist ein ausgesprochen feindseliges Verhältnis zwischen Siedlern und Einheimischen. Als z. B. die Gemeinde Alar von ihrem Grund und Boden vertrieben worden war, „ausgesiedelt", wie Senator Kusminski sich ausdrückt, „ohne Land zugeteilt zu bekommen und der Willkür des Schicksals überlassen", da wurden die Okkupanten ihres Bodens, die Siedler, auf Staatskosten bewaffnet: den örtlichen Kreishauptleuten wurde vorgeschrieben, „dafür Sorge zu tragen, daß die Bauern der neu entstandenen Siedlungen in der Muganssteppe, einschließlich der Bauern aus Pokrowka, mit Waffen, 10 Berdan-Gewehre auf 100 Höfe, versorgt werden". Eine interessante Illustration, um den „nationalistischen Kurs" der gegenwärtigen Politik zu charakterisieren.

Nichtsdestoweniger verwiesen die rechten Abgeordneten der Reichsduma triumphierend auf das Vorhandensein eines Siedlungsfonds von 1 700 000 Desj., von dem der Statthalter im Kaukasus berichtet. Allein, wie derselbe Statthalter bezeugt, ist fast die Hälfte dieses Fonds schon von Siedlern besetzt, ein beträchtlicher Teil befindet sich in Gegenden, wo, wie wiederum der Statthalter bestätigt, es dem an die Verhältnisse nicht gewöhnten Landwirt physisch unmöglich ist, eine Wirtschaft zu betreiben.

Der Abgeordnete Tschcheïdse charakterisierte ebenfalls, wie die Regierung die Neusiedlungen an Ort und Stelle gestaltet. „Die ungenügende Wasserversorgung und Bewässerung der Siedlergrundstücke, heißt es in einem Schreiben des Statthalters, vor allem in den östlichen Gebieten

Transkaukasiens, ist einer der Hauptgründe für die Rückwanderung der Siedler, die dort schon ansässig geworden waren. Aus dem Schwarzmeergebiet fliehen die neu Angesiedelten, weil es an Wegen fehlt, die für den Wagenverkehr – nicht nur zwischen den einzelnen Ortschaften, sondern auch innerhalb der Siedlungen selbst – geeignet wären. Dem muß man hinzufügen, daß die ungünstigen, für die Siedler ungewohnten klimatischen Verhältnisse, die in vielen Gegenden des Kaukasus Malariaerkrankungen hervorrufen, welche nicht nur die Menschen, sondern auch das Vieh zugrunde richten, ihrerseits nicht weniger als die Wegelosigkeit zur Flucht der minder standhaften Neusiedler aus dieser Region beitragen. Unter dem Einfluß der dargelegten Ursachen ist eine ständige Abwanderung aus den Gouvernements Jelisawetpol, Baku, dem Gebiet Dagestan wie auch aus dem Gouvernement Tiflis und dem Schwarzmeergouvernement zu beobachten."

Und so beurteilt der Statthalter selber die Ergebnisse der Umsiedlung nach dem Kaukasus wie folgt: „Das bis in die letzte Zeit hinein praktizierte Verhalten gegenüber der kaukasischen Bevölkerung in ihren Bodenangelegenheiten", sagt der Statthalter, „kann schon darum nicht länger geduldet werden, als es zweifellos in der revolutionären Stimmung der Landbevölkerung eine recht bedeutende Rolle spielt."

Ganz und gar analoge Ziele verfolgen die Regierung und die herrschenden Klassen bei der Umsiedlung von Bauern nach Sibirien; auch in diesem Fall verfolgt man politische Ziele, setzt man sich völlig über die Interessen der Siedler wie über die Rechte der Alteingesessenen hinweg.

In den Abwanderungsgebieten in Rußland sind jetzt die Flurbereinigungskommissionen, die Landeshauptleute und die Gouverneure mit den Angelegenheiten der Umsiedlung betraut. Zutiefst daran interessiert, die örtliche landarme und landlose Bauernschaft so weit zu lichten, daß an Ort und Stelle nur soviel zurückbleiben, wie für die Bedürfnisse des Großgrundbesitzes (als Lieferanten von Lohnarbeit) erforderlich sind, haben die Flurbereinigungskommissionen die armen Bauern derart energisch „ausgesiedelt", daß sogar die Siedlungsverwaltung murrte. „Die Flurbereinigungskommissionen", protestierte ein Siedlungsbeamter, „stellen Gruppen von bettelarmen Menschen zusammen, die von ihrem Heimatort an der Reiseunterstützung bedürfen, des Darlehens nicht für die Einrichtung der neuen Wirtschaft, sondern für den bloßen Unterhalt; trifft man

aber einmal ausnahmsweise einen Siedler mit geringen Geldreserven, so gibt er alles für Reise und Verpflegung aus."

Und diese „schwachen" Stiefsöhne einer Agrarpolitik, die als ihre Devise das „Setzen auf die Starken" proklamiert hat, werden haufenweise nach Sibirien abgeschoben, in Viehwagen ohne jede Einrichtung, vollgepfercht mit Greisen, Kindern und schwangeren Frauen. In diesen selben Viehwagen (mit der berühmten Aufschrift: 40 Mann, 8 Pferde) bereiten die Siedler ihr Essen zu, waschen sie ihre Wäsche, hier liegen oft auch ansteckend Kranke, die gewöhnlich von den Siedlern verborgen werden aus Angst, daß man sie heraussetzen und auf diese Weise von der Gruppe trennen würde. An den Endpunkten und auf den Stationen bringt man die Siedler im besten Fall in speziell errichteten Zelten unter, im schlimmsten Fall läßt man sie einfach unter freiem Himmel, in Sonne und Regen liegen. Der Abgeordnete Woiloschnikow berichtete in der Duma, wie er selber auf der Sretensker Sammelstelle beobachtet habe, daß Typhuskranke ungeschützt im Regen lagen. Und derartige Reisebedingungen für die Siedler, wie sie oben geschildert worden sind, haben zwei Minister (Stolypin und Kriwoschein) „erträglich" gefunden: „Die sanitären Verhältnisse bei der Beförderung der Siedler sind erträglich", berichten sie alleruntertänigst, „unterwegs finden viele sogar ihnen ungewohnte Bequemlichkeiten." Wahrhaftig, der bürokratische Gleichmut kennt keine Grenzen!

Nachdem sie auf der Reise in das „gelobte Land" derartige Strapazen erduldet haben, finden diese armen Siedler auch in Sibirien kein Glück. Führen wir zum Beispiel an, wie der Abgeordnete Woiloschnikow an Hand von Zitaten aus offiziellen Berichten ihre Etablierung an den neuen Orten charakterisierte.

Ein Beamter (für besondere Aufträge der Siedlungsverwaltung) schreibt: „Die meisten Ländereien liegen verstreut in Waldgegenden, ohne Wasser, ohne Saatflächen, ohne Weideland." Ein anderer fügt hinzu: „Die Darlehnsgewährung hat völlig ihren Charakter, ihre Bedeutung für die Einrichtung einer Wirtschaft verloren; der Umfang des Darlehens ist an und für sich zu klein, um eine wirkliche Hilfe für die Einrichtung der Wirtschaft zu sein. Die festgelegte Ordnung für die Gewährung von Darlehen hat diese ganze Sache in reinste Philanthropie verwandelt; sich mit einem Darlehen von 150 Rubel einrichten und zwei Jahre lang ernähren ist ein Ding der Unmöglichkeit."

Und nun, als Beispiel, eine Schilderung der sanitären Verhältnisse in den neuen Siedlungen in denselben offiziellen Berichten.

„Nach dem Typhus", schreibt ein Beamter*, „hat hier der Skorbut nicht geringere Ausmaße angenommen; fast in allen Siedlungen, in allen Hütten gibt es an dieser Krankheit Leidende oder Kandidaten dafür. Häufig liegen in einer Hütte sowohl Typhus- als Skorbutkranke. In der Siedlung Okur-Schaskoje konnte ich solch ein Bild sehen: der Hausherr liegt am Typhus danieder im Stadium der Hautabschuppung, seine schwangere Frau ist wegen Nahrungsmangels äußerst schwach; der Sohn, ein Junge von zwölf Jahren, hat geschwollene Drüsen und Skorbut; die Schwester der Frau hat Skorbut, kann nicht gehen, sie hat ein Brustkind; ihr zehnjähriger Junge hat Skorbut, Nasenbluten und ist schwach auf den Beinen, und von der ganzen Familie ist lediglich ihr Mann gesund.

Auf Skorbut und Typhus folgt Nachtblindheit. Man kann Siedlungen treffen, wo buchstäblich alle Siedler, ohne Ausnahme, nachtblind sind. Die Siedlungsgruppe am Fluß Jemna ist inmitten eines dichten Waldes entstanden, wo es kein Ackerland, keine Heuschläge gibt, und im Verlauf von zwei, drei Jahren konnten die Neusiedler kaum ihre Höfe ausbauen und elende Hütten errichten. Von eigenem Getreide konnte keine Rede sein; man hat ausschließlich von dem Darlehen gelebt, und als dieses aufgebraucht war, machte sich ein schrecklicher Brotmangel fühlbar; viele hungerten buchstäblich. Zu dem Brotmangel kommt der Mangel an Trinkwasser hinzu."

Solchen Mitteilungen begegnet man auf Schritt und Tritt. Wie schrecklich diese offiziellen Berichte aber auch sind, klar ist, daß sie doch nicht das bis zu Ende aussprechen, was ist, das heißt, daß sie die Wirklichkeit beschönigen. Fürst Lwow zum Beispiel, Bevollmächtigter der Gesamtrussischen Semstwoorganisation, bekanntlich ein Mann von gemäßigten Anschauungen, charakterisierte nach einer Reise in den Fernen Osten die Kolonisation im Amurgebiet folgendermaßen:

„Abgeschnitten von der Welt, wie auf einer unbewohnten Insel, inmitten sumpfiger Fetzen öder Taiga, morastiger Täler und morastiger Berge, wird der leicht verzagende und bettelarme Siedler natürlich von den unerhört primitiven Bedingungen des Lebens, der Arbeit und des Unterhalts überwältigt. Er verfällt in Apathie, nachdem er seinen geringen Energievorrat gleich zu Anfang im Kampf mit der rauhen Natur erschöpft hat, um sich eine dürftige Behausung zu bauen. Skorbut und Typhus ergreifen den erschöpften Organismus und

* „Memorandum", S. 8.

bringen ihn auf den Friedhof. In vielen Dörfern gab es 1907 eine geradezu unglaublich hohe Sterblichkeit, 25 und 30 Prozent. Soviel Höfe es hier gibt, soviel Kreuze gibt es auch, und nicht wenige Dörfer sind dazu verurteilt, geschlossen entweder auf neue Grundstücke oder auf den Friedhof umzusiedeln. Wieviel bittere Tränen unglücklicher Familien, welch kostspielige Begräbnisse auf Staatskosten in dem fernen Randgebiet an Stelle der Kolonisation! Nicht so bald werden die von der Taiga zerschlagenen Überreste der vorjährigen verstärkten Siedlerwelle wieder auf die Beine kommen. Noch viele werden dahinsterben, viele werden davonlaufen, werden nach Rußland zurückkehren, werden die Region durch Erzählungen über ihr Elend in Verruf bringen, werden Schrecken verbreiten und die weitere Umsiedlung aufhalten. Nicht umsonst ist in diesem Jahr eine Abwanderung aus dem Küstengebiet in nie dagewesenem Ausmaß zu verzeichnen, während ein auf ein Fünftel verringerter Siedlerstrom in das Gebiet fließt."

Fürst Lwow ist mit Recht entsetzt über die Weltabgeschiedenheit und Verlassenheit des Siedlers in der unermeßlichen sibirischen Taiga, insbesondere bei der sibirischen Wegelosigkeit. Man kann sich vorstellen, wie glänzend dort jetzt die Einrichtung von Einzelhöfen und die Abtrennung von Sonderland verläuft, denn eben dieselben Leiter der Agrarpolitik proklamierten „die Notwendigkeit einer entschiedenen Wendung (!) in der Agrarpolitik in Sibirien", „die Schaffung und Festigung des Privateigentums", „die endgültige Zuteilung der Grundstücke an die einzelnen Bauern auf der Grundlage des Erlasses vom 9. November 1906", „die Zuweisung von Siedlerstellen, nach Möglichkeit bei Aufteilung des Grund und Bodens in Sonderland"* usw.

Es ist ganz natürlich, daß unter solchen Kolonisationsbedingungen von den in den Jahren 1903 bis 1905 angesiedelten Siedlern nach Angaben der Siedlungsverwaltung 10 Prozent überhaupt kein Zugvieh, 12 Prozent nur ein einziges Stück Zugvieh, 15 Prozent keine Kuh und 25 Prozent keinen Pflug besaßen (aus der Rede des Abgeordneten Gaidarow in der 1. Sitzungsperiode, der damals im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gesprochen hatte). Mit vollem Recht hat darum der Abgeordnete Woiloschnikow, gestützt auf dieselben offiziellen Berichte, folgendes Fazit der Siedlungspolitik der Jahre 1906 bis 1908 gezogen:

„Im Verlauf der drei Jahre 1906, 1907 und 1908 sind 1 552 439 Personen beiderlei Geschlechts über den Ural geschickt worden, bettelarm, durch die

* „Memorandum", S. 60, 61, 62.

Regierungsreklame in unbekannte Gegenden gelockt, der Willkür des Schicksals überlassen. Von ihnen haben sich, wie die Siedlungsverwaltung schreibt, 564 041 angesiedelt, 284 984 Personen beiderlei Geschlechts kehrten zurück. Also weiß man nach den Mitteilungen der Siedlungsverwaltung von 849 025 Menschen, wohin aber sind die übrigen geraten? Wo sind diese 703 414 Menschen? Meine Herren, die Regierung weiß ausgezeichnet um ihr bitteres Los, aber sie will von ihnen nicht sprechen; ein Teil von ihnen wurde den Dörfern der Alteingesessenen zugeschrieben, ein Teil füllte die Reihen des sibirischen Proletariats auf und geht betteln.

Aber für einen gewaltigen Teil hat die Regierung kostspielige Begräbnisse gerichtet, und darum eben schweigt sich die Regierung über sie aus."

So bewahrheiten sich die Hoffnungen von Markow 2, durch die Umsiedlung „die Agrarfrage zu lösen". Angesichts derartiger Tatsachen waren sogar die oktobristischen Repräsentanten des Großkapitals genötigt, die „Defekte des Siedlungswesens" anzuerkennen. Schon in der 1. Sitzungsperiode hatten die Oktobristen den Wunsch zum Ausdruck gebracht (und die Duma unterstützte diesen Wunsch), „die Bedingungen für die Beförderung der Siedler zu verändern und zu verbessern", „in den Siedlungsgebieten die für ihre kulturelle und ökonomische Entwicklung notwendigen Bedingungen zu schaffen", „bei der Zuweisung von Land und bei der Ansiedlung der Siedler die Interessen und Rechte der örtlichen Bauernschaft und der fremdstämmigen Bevölkerung zu beachten". Es versteht sich, daß diese vorsichtigen und vorsätzlich zweideutigen Wünsche ohnehin eine „Stimme des Predigers in der Wüste" geblieben sind. Und die so hartnäckigen Oktobristen wiederholen sie geduldig von Jahr zu Jahr ...

„Newskaja Swesda" Nr. 11,
3. Juni 1912.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

DER REVOLUTIONÄRE AUFSCHWUNG[32]

Der grandiose Maistreik des Proletariats von ganz Rußland und die mit ihm verbundenen Straßendemonstrationen, die revolutionären Proklamationen und revolutionären Reden vor den Arbeitermassen haben deutlich gezeigt, daß Rußland in eine Phase des revolutionären Aufschwungs eingetreten ist.

Dieser Aufschwung ist keineswegs wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen. Nein, er wurde durch die ganzen Verhältnisse des russischen Lebens schon seit langem vorbereitet, und die Massenstreiks im Zusammenhang mit den Erschießungen an der Lena und dem 1. Mai haben lediglich endgültig seinen Eintritt manifestiert. Der zeitweilige Triumph der Konterrevolution war unlösbar verbunden gewesen mit dem Abflauen des Massenkampfes der Arbeiter. Die Zahl der Streikenden liefert eine wenn auch nur annähernde, dafür aber unbedingt objektive und präzise Vorstellung von den Ausmaßen dieses Kampfes.

In den zehn Jahren vor der Revolution, in den Jahren 1895 bis 1904, betrug die Durchschnittszahl der Streikenden (rund gerechnet) 43 000 jährlich. Im Jahre 1905 – $2^3/_4$ Millionen, 1906 – 1 Million, 1907 – $^3/_4$ Millionen. Die drei Jahre der Revolution zeichnen sich durch einen *in der Welt noch nirgends dagewesenen* Aufschwung des Streikkampfes des Proletariats aus. Sein Abflauen, das in den Jahren 1906 und 1907 begann, stand 1908 endgültig fest: 175 000 Streikende. Der Staatsstreich vom 3. Juni 1907, der die Selbstherrschaft des Zaren im Bunde mit der Duma der erzreaktionären Gutsbesitzer und der Handels- und Industriemagnaten wiederherstellte, war das unvermeidliche Ergebnis des Abflauens der revolutionären Energie der Massen.

Die drei Jahre von 1908 bis 1910 waren eine Periode des zügellosen Wütens der Konterrevolution der Schwarzhunderter, des bürgerlich-liberalen Renegatentums und der Depression und des Zerfalls in den Reihen des Proletariats. Die Zahl der Streikenden geht immer mehr zurück, sie fällt auf 60 000 im Jahre 1909 und auf 50 000 im Jahre 1910.

Aber vom Ende des Jahres 1910 an beginnt eine merkliche Wendung. Die Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Tode des Liberalen Muromzew und Leo Tolstois wie auch die Studentenbewegung weisen deutlich darauf hin, daß ein anderer Wind zu wehen begonnen hat, daß eine gewisse Wendung in der Stimmung der demokratischen Massen eingetreten ist. Das Jahr 1911 zeigt uns einen allmählichen Übergang der Arbeitermassen zur *Offensive:* die Zahl der Streikenden erreicht 100 000. Von verschiedenen Seiten her gibt es Anzeichen dafür, daß die durch den Triumph der Konterrevolution hervorgerufene Müdigkeit und Erstarrung vorübergeht, daß von neuem *Richtung* auf die Revolution genommen ist. Die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR im Januar 1912 konstatierte als Endergebnis ihrer Einschätzung der Lage, daß „in breiten Kreisen der Demokratie und in erster Linie in den Reihen des Proletariats sich der Beginn einer politischen Belebung bemerkbar macht. Die Arbeiterstreiks der Jahre 1910/1911, die einsetzenden Demonstrationen und proletarischen Kundgebungen, der Beginn einer Bewegung unter der städtischen bürgerlichen Demokratie (Studentenstreiks) usw. – all das sind Erscheinungsformen der anwachsenden revolutionären Stimmung der Massen gegen das Regime des 3. Juni". (Siehe die „Mitteilung" über die Konferenz, S. 18*.)

Schon zu Beginn des zweiten Quartals des laufenden Jahres war diese Stimmung so weit herangereift, daß sie in der Aktion der Massen ihren Ausdruck fand und einen *revolutionären Aufschwung* schuf. Der Gang der Ereignisse in den letzten anderthalb Jahren zeigt handgreiflich, daß dieser Aufschwung nichts Zufälliges an sich hat, daß sein Einsetzen durchaus gesetzmäßig und durch die gesamte vorherige Entwicklung Rußlands zwangsläufig bedingt ist.

Die Erschießungen an der Lena waren der Anlaß für das Umschlagen der revolutionären Stimmung der Massen in einen revolutionären Aufschwung der Massen. Es gibt nichts Verlogeneres als die liberale Erfindung,

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 458. *Die Red.*

die von Trotzki, der darin den Liquidatoren folgt, in der Wiener „Prawda" nachgeplappert wird, wonach „der Kampf für die Koalitionsfreiheit die *Grundlage* ist sowohl für die Tragödie an der Lena als auch für ihren mächtigen Widerhall im Lande". Beim Streik an der Lena war die Koalitionsfreiheit weder eine spezifische Forderung noch die Hauptforderung. Bei den Erschießungen an der Lena ist keineswegs zutage getreten, daß es keine Freiheit ausgerechnet der Koalition gibt, sondern daß es keine Freiheit gibt gegenüber ... der Provokation, der allgemeinen Rechtlosigkeit und der grenzenlosen Willkür.

Wie wir schon in Nr. 26 des „Sozial-Demokrat"[33] klargestellt haben, spiegelt sich in den Erschießungen an der Lena aufs genaueste das *ganze* Regime der Monarchie des 3. Juni wider. Charakteristisch für die Ereignisse an der Lena ist keineswegs der Kampf für eines der *Rechte*, und sei es das kardinalste, das für das Proletariat wichtigste Recht. Charakteristisch für sie ist das völlige Fehlen der elementarsten Gesetzlichkeit in *jeder* Beziehung. Das Charakteristische besteht darin, daß der Provokateur, der Spitzel, der Ochranamann, der Zarenscherge den Weg der Massenerschießungen ohne irgendwelche politischen Vorwände betreten hat. Gerade diese allgemeine Rechtlosigkeit im russischen Leben, gerade die Hoffnungslosigkeit und Unmöglichkeit des Kampfes für einzelne *Rechte*, gerade diese Unverbesserlichkeit der Zarenmonarchie und ihres ganzen Regimes sind bei den Ereignissen an der Lena so grell in Erscheinung getreten, daß sie in den Massen das *revolutionäre* Feuer *entzündet* haben.

Wenn sich die Liberalen schier überschlugen und überschlagen in ihrem Bemühen, den Ereignissen an der Lena und den Maistreiks den Charakter einer gewerkschaftlichen Bewegung und eines Kampfes für „Rechte" zu verleihen, so ist doch für jedermann, der durch die Diskussionen der Liberalen (und der Liquidatoren) nicht geblendet ist, etwas anderes klar. Klar ist der *revolutionäre* Charakter des Massenstreiks, der in der Petersburger Proklamation verschiedener sozialdemokratischer Gruppen (und sogar einer sozialrevolutionären Arbeitergruppe!) zum 1. Mai besonders unterstrichen worden ist, die die von der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR im Januar 1912 ausgegebenen Losungen wiederholt und die wir in der Rubrik „Chronik" im vollen Wortlaut abdrucken.

Die wichtigste Bestätigung des revolutionären Charakters der Lena-

und Maistreiks liegt zudem nicht einmal in den Losungen. Die Losungen haben das *formuliert*, was die Tatsachen besagen. Die Tatsache der von einem Bezirk auf den andern überspringenden Massenstreiks, ihr gewaltiges Anwachsen, die Schnelligkeit ihrer Verbreitung, die Kühnheit der Arbeiter, die immer häufiger werdenden Kundgebungen und revolutionären Reden, die Forderung nach Abschaffung der Geldstrafen wegen Teilnahme an der Maifeier, die uns aus der ersten russischen Revolution bekannte Kombinierung des politischen und des wirtschaftlichen Streiks – all das weist augenfällig auf den wahren Charakter der Bewegung hin, auf den *revolutionären Aufschwung der Massen.*

Erinnern wir uns der Erfahrungen des Jahres 1905. Die Ereignisse zeigen uns, daß die *Tradition* des revolutionären Massenstreiks unter den Arbeitern *lebendig* ist und daß die Arbeiter diese Tradition sofort aufgegriffen, neu belebt haben. Der in der Welt bislang unvergleichliche Aufschwung der Streikbewegung im Jahre 1905 ergab 810 000 Streikende im ersten und 1 277 000 im letzten Vierteljahr, wobei der wirtschaftliche Streik mit dem politischen verbunden war. Die Lenastreiks haben nach annähernden Berechnungen bis zu 300 000 Arbeiter, die Maistreiks bis zu 400 000 Arbeiter erfaßt, und die Streiks wachsen und wachsen immer noch an. Jede Zeitungsnummer – sogar der liberalen Zeitungen – berichtet darüber, wie die Streikflamme um sich greift. Das zweite Quartal des Jahres 1912 ist noch nicht ganz abgelaufen, und schon jetzt zeichnet sich ganz klar die Tatsache ab, daß der Beginn des revolutionären Aufschwungs im Jahre 1912 dem Umfang der Streikbewegung nach hinter dem Beginn des Aufschwungs im Jahre 1905 *nicht zurückbleibt, sondern ihn eher übertrifft!*

Die russische Revolution hat als erste diese proletarische Methode der Agitation, der Aufrüttelung, des Zusammenschlusses und der Hineinziehung der Massen in den Kampf in großem Maßstab entwickelt. Und jetzt wendet das Proletariat diese Methode von neuem und mit noch festerer Hand an. Keine Kraft der Welt könnte das zustande bringen, was mit dieser Methode die revolutionäre Avantgarde des Proletariats zustande bringt. Das ungeheure Land mit einer Bevölkerung von 150 Millionen, die über einen gigantischen Raum verstreut, zersplittert, bedrückt, rechtlos, unwissend ist und von einem Schwarm von Behörden, Polizisten, Spitzeln vor „schlechten Einflüssen" behütet wird – dieses *ganze* Land

gerät in Gärung. Die rückständigsten Schichten sowohl der Arbeiter als auch der Bauern kommen direkt und indirekt mit den Streikenden in Berührung. Hunderttausende von revolutionären Agitatoren treten plötzlich auf den Plan, deren Einfluß sich dadurch unendlich steigert, daß sie mit den unteren Schichten, mit der Masse unlösbar verbunden sind und in ihren Reihen bleiben, daß sie für die dringendsten Bedürfnisse *jeder* Arbeiterfamilie kämpfen und mit diesem unmittelbaren Kampf für die dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisse den politischen Protest und den Kampf gegen die Monarchie verbinden. Denn dank der Konterrevolution sind Millionen und aber Millionen von brennendem Haß gegen die Monarchie erfüllt, beginnen sie deren Rolle zu verstehen, und nun dringt die Losung der fortgeschrittenen Arbeiter der Hauptstädte: Es lebe die demokratische Republik! unausgesetzt durch Tausende von Kanälen, im Gefolge jedes Streiks, in die zurückgebliebenen Schichten, in die abgelegene Provinz, ins „Volk", „in die Tiefe Rußlands".

Außerordentlich charakteristisch ist die Betrachtung des Liberalen Sewerjanin über den Streik, die von den „Russkije Wedomosti" freundlich aufgenommen und von der „Retsch" voller Sympathie abgedruckt wurde:

„Haben die Arbeiter irgendeinen Grund, in den Streik zum 1. Mai wirtschaftliche oder irgendwelche (!) Forderungen hineinzutragen?" fragt Herr Sewerjanin, und er antwortet: „Ich wage zu glauben, daß es solche nicht gibt. Jeder wirtschaftliche Streik kann und soll nur nach ernstem Abwägen der Aussichten begonnen werden... Solche Streiks mit dem Zeitpunkt gerade des 1. Mai zu verbinden, ist darum auch meistens unbegründet... Auch ist es irgendwie seltsam: Wir feiern den Tag des internationalen Arbeiterfestes, und bei diesem Anlaß fordern wir einen Zuschlag von 10 Prozent auf Kattun der und der Sorten."

So argumentiert ein Liberaler! Und diese grenzenlose Banalität, Niedertracht und Gemeinheit wird von den „besten" liberalen Zeitungen, die auf die Bezeichnung demokratisch Anspruch erheben, voller Sympathie aufgenommen!

Der gröbste Eigennutz eines Bourgeois, die niederträchtigste Feigheit eines Konterrevolutionärs – das steckt hinter den effektvollen Phrasen des Liberalen. Er möchte die Taschen der Unternehmer nicht antasten. Er möchte eine „manierliche" und „unschädliche" Demonstration für die „Koalitionsfreiheit"! Das Proletariat aber zieht statt dessen die Massen in den *revolutionären* Streik, der Politik und Wirtschaft unlösbar verbindet,

in den Streik, der die zurückgebliebensten Schichten durch den Erfolg im Kampf für die sofortige Verbesserung des Arbeiterlebens anzieht und gleichzeitig das Volk *gegen die Zarenmonarchie* aufrüttelt.

Ja, die Erfahrungen des Jahres 1905 haben die tiefverwurzelte und große Tradition der Massenstreiks geschaffen. Und es darf nicht vergessen werden, wohin diese Streiks in Rußland führen. Hartnäckige Massenstreiks sind bei uns untrennbar mit dem *bewaffneten Aufstand* verbunden.

Man möge diese Worte nicht mißdeuten. Es handelt sich keineswegs um einen *Aufruf* zum Aufstand. Ein solcher Aufruf wäre im gegenwärtigen Moment höchst unvernünftig. Es handelt sich um die Feststellung des *Zusammenhangs* zwischen Streik und Aufstand in Rußland.

Wie *reifte* der Aufstand von 1905 heran? Erstens häuften sich durch Massenstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen die Zusammenstöße der Menge mit Polizei und Militär. Zweitens ermunterten die Massenstreiks die Bauernschaft zu einer Reihe einzelner, zersplitterter, halb spontaner Aufstände. Drittens griffen die Massenstreiks sehr schnell auf Heer und Flotte über, lösten Zusammenstöße auf wirtschaftlicher Basis („Erbsenmeutereien" usw.) und dann Aufstände aus. Viertens begann die Konterrevolution *selbst* den Bürgerkrieg mit Pogromen, Mißhandlungen von Demokraten usw.

Die Revolution von 1905 endete keineswegs deshalb mit einer Niederlage, weil sie „zu weit" gegangen, weil der Dezemberaufstand „künstlich" gewesen wäre, wie die liberalen Renegaten usw. glauben. Im Gegenteil, die Ursache der Niederlage liegt darin, daß der Aufstand *nicht weit genug* gegangen ist, daß die Erkenntnis seiner Notwendigkeit in den revolutionären Klassen nicht weit genug verbreitet war und nicht genügend festen Fuß gefaßt hatte, daß der Aufstand nicht einmütig, entschlossen, organisiert, gleichzeitig, offensiv durchgeführt wurde.

Untersuchen wir nunmehr, ob sich gegenwärtig Anzeichen für ein *Heranreifen des Aufstands* beobachten lassen. Um nicht der revolutionären Leidenschaftlichkeit zu erliegen, nehmen wir die *Oktobristen* als Zeugen. Dem deutschen Oktobristenbund in Petersburg gehören größtenteils sogenannte „linke" und „konstitutionelle" Oktobristen an, für die die Kadetten eine besondere Vorliebe haben und die (im Vergleich zu den anderen Oktobristen und Kadetten) am ehesten fähig sind, die Ereignisse

„objektiv" zu beobachten, ohne sich das Ziel zu setzen, die Obrigkeit mit der Revolution zu schrecken.

Das Organ dieser Oktobristen, die „St.-Petersburger Zeitung", schrieb in der politischen Wochenschau vom 6. (19.) Mai:

„Der Mai ist gekommen. Das pflegt, ganz abgesehen von der Witterung, für den Residenzler kein angenehmes Ereignis zu sein, da der Mai mit dem *Proletariats-‚Fest'* beginnt. In diesem Jahr, wo noch die Lena-Demonstrationen den Arbeitern im Blut steckten, war der 1. Mai besonders gefährlich. Es roch brenzlig in der von allerhand Streik- und Demonstrationsgerüchten durchschwirrten Großstadtluft. Auch die treue Polizei geriet in merkliche Bewegung, veranstaltete Haussuchungen, verhaftete einige Personen und bereitete sich in Massenaufgeboten zur Verhinderung von Straßenkundgebungen vor. Daß die Polizei nichts Scharfsinnigeres fand, als die Redaktionen der Arbeiterblätter zu durchwühlen und ihre Redakteure zu drangsalieren, spricht nicht für tiefe Kenntnis der Fäden, an denen die Gliederpuppen-Regimenter der Arbeiterschaft gezerrt werden. Diese Fäden sind aber vorhanden. Die Disziplin, die Allgemeinheit des Streiks und vieles andere spricht dafür. Deshalb ist dieser größte bisher dagewesene Maistreik – es traten 100 000 oder gar 150 000 Arbeiter großer und kleiner Betriebe in den Ausstand – so unheimlich. Es war nur eine friedliche Parade – doch die Geschlossenheit dieses Heeres ist beachtenswert. Das um so mehr, als andere beunruhigende Erscheinungen mit der neuerlichen Erregung der Arbeiterschaft Hand in Hand gingen. Auf verschiedenen Schiffen unserer Marine sind *Matrosen* wegen revolutionärer Umtriebe verhaftet worden. Nach allem, was an die Öffentlichkeit durchsickert, sieht es nicht gut aus auf unseren zusammengeschmolzenen Kriegsschiffen ... Auch die *Eisenbahner* haben wiederum Sorgen erregt. Freilich ist es nirgends auch nur zu Streikversuchen gekommen, aber Verhaftungen, darunter eine so aufsehenerregende wie die des Gehilfen des Chefs der Güterstation an unserer Nikolai-Bahn, A. A. Uschakow, beweisen, daß es auch hier Gefahren gibt.

Die revolutionären Umtriebe unreifer Arbeitermassen können auf den Ausfall der nächsten Reichsdumawahl natürlich nur schädlich wirken. Sie sind um so unmotivierter, als ... der Zar Manuchin ernannt und der Reichsrat die Arbeiterversicherung angenommen hat."!!

So urteilt ein deutscher Oktobrist. Wir unserseits wollen dazu bemerken, daß wir, was die Matrosen betrifft, genaue Berichte von Ort und Stelle erhalten haben, die beweisen, daß das „Nowoje Wremja" die Angelegenheit übertreibt und aufbauscht. Es ist offensichtlich, daß die Ochrana provokatorisch „arbeitet". Vorzeitige Aufstandsversuche wären

der Gipfel der Unvernunft. Die proletarische Avantgarde muß begreifen, daß die grundlegenden Voraussetzungen für einen rechtzeitigen – d. h. siegreichen – bewaffneten Aufstand in Rußland die Unterstützung der Arbeiterklasse durch die demokratische Bauernschaft und die aktive Beteiligung der Armee sind.

Massenstreiks haben in revolutionären Epochen ihre eigene objektive Logik. Sie sprühen nach allen Seiten Hunderttausende und Millionen Funken – und ringsherum liegt der leicht entzündliche Stoff der aufs äußerste getriebenen Erbitterung, der unerhörten Hungerqualen, der schrankenlosen Willkür, der schamlosen und zynischen Verhöhnung des „Bettlers", des „Mushik", des gemeinen Soldaten. Dazu füge man die bis aufs äußerste entfesselte antisemitische Pogromhetze der Schwarzhunderter, die von der Hofkamarilla des stumpfsinnigen und blutgierigen Nikolaus Romanow insgeheim genährt und dirigiert wird ... „So war es und so wird es bleiben"[34], sagte Minister Makarow, und diese prophetischen Worte kommen über sein Haupt, über das seiner Klasse und seines gutsherrlichen Zaren!

Der revolutionäre Aufschwung der Massen legt jedem sozialdemokratischen Arbeiter, jedem ehrlichen Demokraten große und verantwortungsvolle Pflichten auf. „Allseitige Unterstützung der beginnenden Bewegung der Massen" (jetzt muß schon gesagt werden: der *begonnenen revolutionären* Bewegung der Massen) „und ihre Entwicklung in die Breite auf dem Boden der voll zu verwirklichenden Losungen der Partei" – so hat die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR diese Pflichten definiert. Die Losungen der Partei – demokratische Republik, Achtstundentag, Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes – müssen die Losungen der *gesamten* Demokratie, die Losungen der *Volks*revolution werden.

Um die Bewegung der Massen zu unterstützen und zu erweitern, bedarf es der *Organisation und nochmals der Organisation.* Ohne eine illegale Partei läßt sich diese Arbeit nicht durchführen und hat es gar keinen Zweck, darüber zu sprechen. Bemüht, den Ansturm der Massen zu unterstützen und zu verbreitern, muß man zugleich die Erfahrungen des Jahres 1905 sorgfältig berücksichtigen und, bei Klarstellung der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des Aufstands, vor *vorzeitigen* Versuchen dieser Art warnen und von ihnen zurückhalten. Das Anwachsen der Massenstreiks, die Einbeziehung anderer Klassen in den Kampf, der Zustand der

Organisationen, die Stimmung der Massen – all das wird von selbst den Moment zeigen, da sich alle Kräfte im einmütigen, entschlossenen, offensiven, rückhaltlos kühnen Vorstoß der Revolution gegen die Zarenmonarchie werden vereinigen müssen.

Ohne siegreiche Revolution wird es in Rußland keine Freiheit geben.

Ohne Sturz der Zarenmonarchie durch den Aufstand des Proletariats und der Bauernschaft wird es in Rußland keine siegreiche Revolution geben.

„Sozial-Demokrat" Nr. 27,
17. (4.) Juni 1912.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

DIE LOSUNGEN DER GESAMTRUSSISCHEN KONFERENZ DER SDAPR IM JANUAR 1912 UND DIE MAIBEWEGUNG

An anderer Stelle der vorliegenden Nummer findet der Leser den vollen Text einer Proklamation, die von Petersburger Arbeitern kurz vor der nun berühmt gewordenen Maikundgebung gedruckt und verbreitet worden ist. Diese Proklamation verdient, daß man sehr ausführlich auf sie eingeht, denn sie ist ein sehr wichtiges Dokument in der Geschichte der Arbeiterbewegung Rußlands und in der Geschichte unserer Partei.

Die Proklamation ist die Widerspiegelung eines *gewissen* Zustands der Desorganisation in der sozialdemokratischen Partei in der Hauptstadt, denn unterschrieben ist der Aufruf nicht vom Petersburger Komitee, sondern von einzelnen sozialdemokratischen Gruppen und sogar von einer sozialrevolutionären Arbeitergruppe. In den meisten Gegenden Rußlands steht es um unsere Partei eben so, daß die führenden Komitees und Zentren einerseits ständig verhaftet werden und anderseits sich ständig von neuem bilden dank dem Bestehen aller möglichen sozialdemokratischen Betriebs-, Gewerkschafts-, Unterbezirks- und Bezirksgruppen, eben jener „Zellen", die stets den Haß der Liberalen und der Liquidatoren auf sich gezogen haben. Im letzten Heft der Zeitschrift dieser Herren („Nascha Sarja" Nr. 4, 1912) kann der Leser noch einmal wieder feststellen, wie Herr. W. Lewizki, sich in ohnmächtiger Wut krümmend und von Schimpfereien *überfließend*, gegen die „Wiedergeburt der Partei durch eine künstliche Belebung politisch toter Zellen" geifert.

Besonders typisch, besonders bedeutsam wird die hier betrachtete Proklamation eben dadurch, daß infolge der Verhaftung des Petersburger Komitees gerade *Zellen* auf den Plan treten mußten, die mit Hilfe der Polizei ihres den Liquidatoren so verhaßten „führenden Zentrums"

beraubt waren. Infolge dieses in den Augen eines jeden Revolutionärs bedauerlichen Umstands ist das *selbständige* Leben der Zellen zum Vorschein gekommen. Die Zellen mußten in aller Eile, den wütenden Verfolgungen durch die Polizei ausgesetzt, die vor dem 1. Mai geradezu aus dem Häuschen geriet, ihre Kräfte sammeln, die Verbindungen organisieren, die *„Illegalität"* wiederherstellen. Die Gruppen, Vertreter usw., die die Proklamation unterschrieben haben – das alles ist eben die den Liberalen und Liquidatoren verhaßte *Illegalität*. Zur selben Zeit, da dieser selbe liquidatorische Führer, Herr Lewizki, im Namen der „Nascha Sarja" und des „Shiwoje Delo", natürlich mit Schaum vor dem Mund, über den *„Illegalitätskult"* herfällt (siehe S. 33 des genannten Heftes), erhalten wir mit der Petersburger Proklamation ein genaues und vollständiges Dokument, das uns die Existenz dieser Illegalität, ihre Lebenskraft, den *Inhalt* ihrer Arbeit und deren Bedeutung vor Augen führt.

Das Petersburger Komitee ist durch die Verhaftungen ausgeschaltet worden – es wird sich nun zeigen, was denn die illegalen Zellen an sich darstellen, was sie tun und was sie tun können, welche Ideen sie wirklich in sich aufgenommen und entwickelt und nicht bloß von der obersten Parteiinstanz übernommen haben, welche Ideen wirklich die Sympathien der Arbeiter genießen.

Aus der Proklamation ist zu ersehen, was die Zellen tun: Sie setzen die Arbeit des zeitweilig (zur Befriedigung all der verschiedenartigen Feinde der Illegalität) zerstörten Petersburger Komitees fort. Sie fahren fort, den 1. Mai vorzubereiten. Sie stellen in aller Eile die Verbindungen zwischen den *verschiedenen* illegalen sozialdemokratischen Gruppen wieder her. Sie ziehen auch sozialrevolutionäre Arbeiter heran, da sie gut die Bedeutung verstehen, die der proletarischen Vereinigung in der lebendigen revolutionären Arbeit zukommt. Sie vereinen diese verschiedenen sozialdemokratischen Gruppen und sogar eine „Gruppe sozialrevolutionärer Arbeiter" um *bestimmte* Kampflosungen. Und siehe, hervortritt gerade der wahre *Charakter* der Bewegung, die wahre *Stimmung* des Proletariats, die wahre *Kraft* der SDAPR und *ihrer* Gesamtrussischen Konferenz vom *Januar*.

Eine hierarchische Instanz, die das Aufstellen eben dieser und nicht anderer Losungen hätte dekretieren können, ist infolge der Verhaftungen nicht vorhanden. Die proletarische Masse zu vereinigen, die sozialdemo-

kratischen und sogar einen Teil der sozialrevolutionären Arbeiter zu vereinigen ist also *nur* durch Losungen möglich, die in den Massen wirklich unbestritten sind – nur durch Losungen, die ihre Kraft nicht aus „Dekreten von oben" (wie sich Demagogen und Liquidatoren ausdrücken) schöpfen, sondern aus der *Überzeugung* der revolutionären Arbeiter selbst.

Und was hat sich gezeigt?

Es hat sich gezeigt, daß *nach* der Zerstörung des Petersburger Komitees, als keine Möglichkeit bestand, es unverzüglich wiederherzustellen, als die eine Gruppe von Arbeitern auf die andere ausschließlich ideologisch und nicht organisatorisch einwirken konnte, *die Losungen der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR vom Januar 1912 angenommen wurden*, der Konferenz, die den geradezu wütenden, wilden Haß der Liberalen, der Liquidatoren, der Liber, Trotzki und Co. auf sich gezogen hat!

„Unsere Losungen", schrieben die Petersburger Arbeiter in ihrer Proklamation, „sollen sein: Konstituierende Versammlung, Achtstundentag, Konfiskation der Gutsbesitzerländereien." Und weiterhin ertönt in der Proklamation der Ruf: „Nieder mit der Zarenregierung! Nieder mit der autokratischen Verfassung des 3. Juni! Es lebe die demokratische Republik! Es lebe der Sozialismus!"

Wir ersehen aus diesem lehrreichen Dokument, daß *alle* Losungen, die die Konferenz der SDAPR aufgestellt hat, vom Petersburger Proletariat aufgenommen worden sind und den ersten Schritten der neuen russischen Revolution ihren Stempel aufgedrückt haben. Alle diejenigen, die die Januarkonferenz verleumden und schmähen, mögen, soweit es ihnen beliebt, ihr schmutziges Werk fortsetzen. Die Antwort hat ihnen das revolutionäre Proletariat von Petersburg gegeben. Jene Arbeit, die von der revolutionären Sozialdemokratie schon lange vor der letzten Konferenz geleistet worden ist, die das Proletariat aufrief, die Rolle des Führers der *Volks*revolution zu übernehmen – sie hat ihre Früchte gezeitigt trotz aller Verfolgungen durch die Polizei, trotz der Verhaftungswelle vor dem 1. Mai und der Hetzjagd auf Revolutionäre, trotz der Flut von Lügen und Schmähungen in der liberalen und liquidatorischen Presse.

Hunderttausende Angehörige des Petersburger Proletariats – und nach ihnen die Arbeiter in allen Teilen Rußlands – sind in den Streik getreten und haben Straßendemonstrationen veranstaltet nicht als eine der ver-

schiedenen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, nicht mit „ihren" nur gewerkschaftlichen Losungen, sondern als Hegemon, der das Banner der Revolution erhebt *für* das ganze Volk, *im Namen* des ganzen Volkes, um all die Klassen aufzurütteln und in den Kampf einzubeziehen, die die Freiheit brauchen, die sie zu erkämpfen vermögen.

Die revolutionäre Bewegung des Proletariats in Rußland hat eine höhere Stufe erreicht. Begann sie im Jahre 1905 mit Massenstreiks und der Gaponiade, so beginnt die Bewegung im Jahre 1912, ungeachtet der Zertrümmerung unserer Parteiorganisationen durch die Polizei, mit Massenstreiks und der *Aufpflanzung des republikanischen Banners!* Einzelne „Zellen", voneinander isolierte „Gruppen" von Arbeitern haben trotz der schwersten und schwierigsten Bedingungen das Ihre getan. Das Proletariat hat seine „Maikomitees" geschaffen und hat den Kampf aufgenommen mit einer *revolutionären* Plattform, würdig der Klasse, der es bestimmt ist, die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien.

Die Maibewegung zeigt uns ebenfalls, welche Bedeutung so manche *Worte* über die „Vereinigung" haben und wie sich *in der Tat* die Vereinigung der Arbeiter vollzieht. Der Vertreter der Partei der Sozialrevolutionäre, Rubanowitsch, schreibt in der Pariser Zeitung Burzews „Buduschtscheje"[35]: „Hervorgehoben werden muß der folgende bemerkenswerte Zug der diesjährigen Maibewegung: In den vorbereitenden Versammlungen lehnten es die Petersburger Arbeiter ab, die zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppen bestehenden Trennungswände anzuerkennen ... die Tendenz zu einem Übereinkommen herrschte vor." Die von uns abgedruckte Proklamation zeigt klar und deutlich, welche *Tatsachen* Anlaß zu einer solchen Schlußfolgerung geben. Es ist das die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Zellen, die ihr leitendes Zentrum verloren hatten, die Verbindung mit den Gruppen jeder Art wiederherstellten, daß sie zu diesem Zweck Arbeiter gleich welcher Gesinnungsrichtung heranzogen und unter *ihnen allen* ihre Parteilosungen *propagierten.* Und diese Parteilosungen wurden, eben weil sie richtig sind, weil sie den revolutionären Aufgaben des Proletariats entsprechen, weil sie die Aufgaben der Revolution des ganzen Volkes umfassen, von *allen* Arbeitern angenommen.

Die *Vereinigung* ist zustande gekommen, weil die Januarkonferenz der SDAPR Schluß gemacht hat mit dem leeren Spiel der Abmachungen der

Auslandsgrüppchen, Schluß mit dem unnützen Umwerben der Liquidatoren der revolutionären Partei, und *zur rechten Zeit* mit klaren und präzisen Kampflosungen hervorgetreten ist. Die Vereinigung des Proletariats in der revolutionären Aktion wurde erreicht nicht durch Übereinkommen der proletarischen (sozialdemokratischen) Partei mit der nichtproletarischen (sozialrevolutionären) Partei, nicht durch Vereinbarungen mit den von der sozialdemokratischen Partei abgefallenen Liquidatoren, sondern durch den Zusammenschluß der in den russischen sozialdemokratischen Organisationen tätigen Arbeiter und ihre richtige Einschätzung der Aufgaben des Augenblicks.

Das ist eine gute Lehre für diejenigen, die dem Geschwätz der Liberalen aus dem „Bund" und der Trotzki aus Wien erliegen und es noch fertigbringen, an eine „Vereinigung" ... mit den Liquidatoren zu glauben. Die berüchtigte „Organisationskommission" Libers, Trotzkis und der Liquidatoren schrie auf allen Gassen nach der „Vereinigung", konnte aber in Wirklichkeit *keine einzige*, den revolutionären Kampf der Arbeiter tatsächlich vereinigende Losung hervorbringen und hat das auch nicht getan. Die Liquidatoren stellten *ihre* Losungen, nichtrevolutionäre Losungen auf, Losungen der liberalen Arbeiterpolitik – die Bewegung aber ging an ihnen vorbei. Das ist es, was den trotzkistischen Fabeln von der „Vereinigung" zugrunde liegt!

Am 23. April (6. Mai) versicherte in Wien Trotzki, der Stein und Bein schwor, daß er „die Vereinigung anstrebt", und die Konferenz in allen Tonarten verwünschte, den Gutgläubigen, daß „der Kampf für die Koalitionsfreiheit die *Grundlage*" (!!) der Ereignisse an der Lena und ihres Widerhalls sei, daß „diese Forderung im *Mittelpunkt* (!!) der revolutionären Mobilisierung des Proletariats steht und stehen wird". Es verging etwa eine Woche, und diese erbärmlichen Phrasen des Nachbeters der Liquidatoren waren wie Spreu hinweggefegt von den – „Vertretern aller organisierten Arbeiter St. Petersburgs", von der „Sozialdemokratischen Gruppe ‚Objedinenije' [Einigkeit]", der „Zentralen städtischen sozialdemokratischen Gruppe", der „Gruppe sozialrevolutionärer Arbeiter", der „Gruppe sozialdemokratischer Arbeiter" und den „Vertretern der Maikomitees".

Das sozialdemokratische Proletariat von Petersburg hat verstanden, daß nicht im Namen eines einzelnen Rechts, und sei es das wesentlichste,

das wichtigste für die Arbeiterklasse, sondern im Namen der *Freiheit des ganzen Volkes* der neue revolutionäre Kampf begonnen werden muß.

Das sozialdemokratische Proletariat von Petersburg hat verstanden, daß es die Forderungen verallgemeinern muß und sie nicht in einzelne Teile zerlegen darf – daß die Republik die Koalitionsfreiheit einschließt und nicht umgekehrt –, daß man ins Zentrum treffen, das Übel an der Wurzel fassen muß, das ganze System, die ganze Ordnung des zaristischen Schwarzhunderterrußlands zerstören muß.

Das sozialdemokratische Proletariat von Petersburg hat verstanden, daß es lächerlich und dumm ist, die Forderung nach Koalitionsfreiheit *an* Nikolaus Romanow, *an* die Schwarzhunderterduma zu richten; daß es lächerlich und dumm ist, anzunehmen, die gegenwärtige Staatsordnung Rußlands, unsere „autokratische Verfassung des 3. Juni" sei *mit* der Koalitionsfreiheit zu *vereinbaren*; daß in einem Land der allgemeinen und völligen Rechtlosigkeit, in einem Land, wo schrankenlose Willkür und die Provokation der Behörden herrschen, in einem Land, wo man nicht einmal die „Freiheit" hat, den Millionen Hungernden die elementarste Hilfe zu leisten, daß in einem solchen Land nur liberale Schwätzer und Vertreter der liberalen Arbeiterpolitik in den „Mittelpunkt der revolutionären Mobilisierung" die Koalitionsfreiheit stellen können.

Das sozialdemokratische Proletariat von Petersburg hat das verstanden und hat das *republikanische* Banner entrollt, es hat die Forderung erhoben nach dem Achtstundentag und der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien als den einzigen Garantien für einen wirklich demokratischen Charakter der Revolution.

„Sozial-Demokrat" Nr. 27,
17. (4.) Juni 1912.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

DIE LIQUIDATOREN GEGEN DEN REVOLUTIONÄREN MASSENSTREIK

Der Leitartikel der vorliegenden Nummer war schon in die Druckerei gegeben worden, als wir die Nr. 1 des liquidatorischen „Newski Golos" erhielten. Der bekannte Liquidator W. Jeshow von der „Nascha Sarja" hat das neue Organ gleich mit einer solchen Perle geschmückt, daß man nur staunen kann! Ist das etwa nicht gelungen:

„Dadurch" (d. h. durch die Mannigfaltigkeit der Streiks, die sich bald allein auf den Protest gegen die Geldstrafen beschränkten, die wegen der Teilnahme an den Maikundgebungen verhängt worden waren, bald zu diesem Protest wirtschaftliche Forderungen hinzufügten usw.) „wurde in einer beträchtlichen Zahl von Fällen der prinzipielle Charakter des Protestes (man streikte ja wohl nicht um 25 Kopeken) verwischt (!??!), er wurde kompliziert durch wirtschaftliche Forderungen ...

Die eigene Erfahrung hätte den Arbeitern sagen müssen, daß die Komplizierung ihres Protestes durch wirtschaftliche Forderungen genauso unzweckmäßig (!!) ist wie auch die Komplizierung (!?) eines gewöhnlichen Streiks durch prinzipielle Forderungen.

Es gilt, die Stimmung der Arbeitermassen organisatorisch zu fixieren. Es gilt, die Agitation für die Gewerkschaften zu verstärken, neue Mitglieder für sie zu werben. Das ist um so notwendiger, als sich heute unter den Arbeitern nicht wenig Hitzköpfe finden, die sich durch die Massenbewegung hinreißen lassen und in Versammlungen *gegen die Gewerkschaften* auftreten, da diese nutzlos und unnötig seien.

Wir stehen vor einem Zeitabschnitt wirtschaftlicher Streiks" (nur wirtschaftlicher?). „Es wäre ein nicht wiedergutzumachender Fehler, wenn sie verflochten würden mit politischen Aktionen der Arbeiter (!!!). Eine solche Vermischung würde sich sowohl auf den wirtschaftlichen Kampf wie auch auf den politischen Kampf schädlich (!!??) auswirken."

Da hat man den ganzen liberalen Herrn Sewerjanin, kopiert von einem Liquidator! Völliges Unverständnis dafür, daß der *revolutionäre* Massenstreik *zwangsläufig* sowohl den wirtschaftlichen als auch den politischen Streik in sich vereinigt, Engstirnigkeit, eine ungeheuerliche Verzerrung des revolutionären Charakters des Aufschwungs und Versuche, ihn mit der Elle „gewöhnlicher Streiks" zu messen, ein höchst reaktionärer Rat, die Politik nicht durch die Wirtschaft zu „komplizieren" und sie nicht miteinander zu „verflechten", ein Struve und Maklakow würdiger Ausfall in der legalen Presse gegen die revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter: sie sind „Hitzköpfe", sind „gegen die Gewerkschaften"!

Der Liberale *kann* in dem revolutionären Sozialdemokraten nur einen Menschen sehen, der „gegen die Gewerkschaften" ist. Aber die Arbeiter in den Versammlungen waren natürlich nicht „gegen die Gewerkschaften", sondern gegen die *Ersetzung* der revolutionären Losungen durch liberale, womit Herr Jeshow und Co. sich befassen. Nicht die Koalitionsfreiheit ist unsere Losung, sagten die Arbeiter, nicht allein durch „Gewerkschaften" und nicht hauptsächlich durch sie kann man unsere Bewegung „organisatorisch fixieren". Unsere Losung ist die Republik (siehe den Petersburger Aufruf der Arbeiter), wir bauen die *illegale* Partei auf, die den revolutionären Ansturm der Massen gegen die Zarenmonarchie zu führen vermag. Das war es, was die Arbeiter in den Versammlungen erklärten.

Die Herren Liber und Trotzki aber wollen den Arbeitern einreden, es wäre möglich, das sozialdemokratische Proletariat und seine Partei mit den Liberalen à la Jeshow, Potressow und Co. zu „vereinigen"!

„Sozial-Demokrat" Nr. 27,
17. (4.) Juni 1912.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

„VEREINIGER"

Die Liquidatoren „vereinigen sich" aus Leibeskräften. Dieser Tage fehlte nicht viel, und sie hätten sich mit den Leuten von der PPS[36] „vereinigt", mit der sogenannten „Lewica", einer der Fraktionen des polnischen Sozialnationalismus.

Seit mehr als zehn Jahren kämpft die Sozialdemokratie in Polen gegen den Sozialnationalismus der PPS. So ist es gelungen, eine Reihe nationalistischer Vorurteile aus den Köpfen eines Teils der PPS (der „Lewica") auszutreiben. Aber der Kampf dauert an. Die polnischen sozialdemokratischen Arbeiter sprechen sich *gegen* die Vereinigung mit der genannten Fraktion der PPS als Organisation aus, da sie der Meinung sind, daß das der Sache schaden würde. Einzelne Arbeiter und einzelne Gruppen der „Lewica" gehen in die Reihen der Sozialdemokratie über, da sie nicht stehenbleiben wollen bei einer nur halbschlächtigen Revision der Prinzipien des PPS-Nationalismus. Und ausgerechnet in dieser Zeit sind unsere Liquidatoren darauf aus, sich mit der PPS-Lewica zu „vereinigen"!

Das ist ganz das gleiche, als wollten die russischen Sozialdemokraten sich unter Umgehung des „Bund" mit, sagen wir, den sogenannten „Zionistischen Sozialisten" „vereinigen" oder ohne die Sozialdemokratie Lettlands mit dem sogenannten „Lettischen Sozialdemokratischen Verband" (der in Wirklichkeit sozialrevolutionär ist) . . .

Wir sprechen schon gar nicht von der formalen Seite der Sache. Die Sozialdemokratie Polens hat auf dem Stockholmer Parteitag mit der SDAPR ein Übereinkommen geschlossen, wonach in Polen Gruppen gleich welcher Art nur durch Eintritt in die Organisation der Sozialdemokratie Polens in die SDAPR gelangen können. Und die Gesamtrussische Kon-

ferenz der SDAPR vom Dezember 1908 hat es mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt, die Frage der Vereinigung mit der „Lewica" auch nur zu diskutieren.[37]

Es ist völlig klar, daß Trotzki und seine Freunde, die Liquidatoren, die ständig nach der „Vereinigung" schreien, in Wirklichkeit die *Spaltung* eben in Polen *vertiefen*. Zum Glück für die SDAPR ist diese ganze Liquidatorenkumpanei mitsamt den ihnen nachtrottenden „Versöhnlern" absolut außerstande, *in der Praxis* irgend etwas zu tun – und das auch in Polen nicht. Andernfalls würde natürlich die Vereinigung der Liquidatoren mit der PPS zur entschiedensten Spaltung in Polen führen.

Warum haben sich denn die Liquidatoren auf ein offenkundiges Abenteuer eingelassen? Nun, natürlich nicht, weil es ihnen „gut geht". Mit irgend jemand müssen sie sich doch vereinigen, irgendeine „Partei" müssen sie doch schaffen. Da die Sozialdemokraten, die Sozialdemokratie Polens, nicht mit ihnen gehen, sind sie genötigt, statt der Sozialdemokraten PPS-Leute zu nehmen, die mit unserer Partei nichts gemein haben. Da in den russischen Städten unsere alten Parteiorganisationen nicht mit ihnen gehen, sind sie genötigt, statt der sozialdemokratischen Zellen sogenannte „Initiativgruppen" der Liquidatoren zu nehmen, die mit der SDAPR nichts gemein haben.

„Wem es gut geht, der liebt keine Veränderungen" ... Ist es nicht an der Zeit, meine Herren Liquidatoren, daß Sie beginnen, sich auch mit den Sozialrevolutionären (mit den sozialrevolutionären *Liquidatoren*?) zu vereinigen? Diese Herren brennen doch wohl auch vor Begierde, sich zu „vereinigen". Eine schöne „breite" Partei werden Sie dann haben. Selbst Larin wird zufrieden sein ...

*

Solange sich die Liquidatoren mit „fremden Mächten" „vereinigen", wird zwischen ihnen und den „Versöhnlern" der Schacher über die Bedingungen der „Vereinigung" dieses liquidatorisch-versöhnlerischen Lagers selbst fortgesetzt. Herr W. Lewizki veröffentlicht in der „Nascha Sarja" einen manifestartigen Artikel, der sich an „alle Strömungen" wendet, die bereit sind, gegen die jüngste Konferenz der SDAPR anzukämpfen.

Herr Lewizki hat diesen Artikel betitelt: „Für die Vereinigung – gegen die Spaltung". Nun, ist das nicht ganz wie bei Trotzki? Seitdem die Par-

teianhänger den Liquidatoren *in allen* Sphären der Arbeit eine glänzende Abfuhr erteilten, haben sich Lewizki und Co. eine sehr „versöhnlerische" Sprache zu eigen gemacht. Oh, sie sind ganz und gar für die „Einheit". Sie stellen lediglich folgende vier bescheidene Bedingungen für die „Vereinigung":

1. Kampf gegen die Konferenz der SDAPR, die alle Sozialdemokraten außer einer Handvoll Schwankender vereinigt hat.

2. Schaffung einer *„zentralen Initiativgruppe"* (hervorgehoben von Herrn Lewizki, „Nascha Sarja" Nr. 4, S. 31) an Stelle der Partei. (Was liquidatorische „Initiativ"gruppen sind, hat Plechanow unlängst in der Presse klargestellt: siehe seinen „Dnewnik Sozialdemokrata"[38] Nr. 16. Im Dienst der Liquidatoren verheimlichen sowohl der „Bund" wie auch Trotzki ihren Lesern die Klarstellung Plechanows. Das wird Ihnen nicht gelingen, meine Herren!)

3. Keine Belebung der *„politisch toten Zellen"* (ebenda, S. 33).

4. Anerkennung der Losung *„Gegen den Illegalitätskult"* (ebenda, S. 33).

Das Programm ist entworfen, wenn auch nicht so offen und bestimmt wie in vergangenen Zeiten, aber doch klar genug. Und Lewizki erklärt hier sofort allen Trotzkis in aller Ausführlichkeit: Sie haben ja keine Wahl, meine Herren. Nehmen Sie unsere Bedingungen an, dafür gehen wir (d. h. Lewizki und Co.) gern auf folgendes ein: Sie (d. h. Trotzki und seinesgleichen) können „sich zum Trost" sagen, daß nicht Sie den Liquidatoren entgegengekommen sind, sondern die Liquidatoren Ihnen.

In demselben Heft der „Nascha Sarja" droht Martow frühzeitig der zukünftigen sozialdemokratischen Fraktion der IV. Duma: Falls sie auch so antiliquidatorisch sein sollte wie ihre ränkesüchtige Vorgängerin, „würden Fälle wie der Fall Beloussow[39] schon keine Ausnahme mehr, sondern die Regel sein", d. h., einfacher gesprochen, die Liquidatoren würden die Dumafraktion *spalten*. Wie schrecklich ... meine Herren Liquidatoren. Wenn Sie stark genug wären, so hätten Sie schon längst Ihre eigene liquidatorische Dumafraktion geschaffen ...

Die Sache der „Vereinigung" liegt in sicheren Händen – da ist nichts zu sagen ...

Die erbärmliche Komödie der liquidatorisch-trotzkistischen „Vereinigerei" stößt die anspruchslosesten Menschen ab. Die Vereinigung voll-

zieht sich, nur ist das eine Vereinigung nicht mit den Liquidatoren, sondern *gegen* sie.

*

Was die unglaubliche Hochstapelei Trotzkis, Libers („Bund") und der Liquidatoren mit ihrer berüchtigten „Organisationskommission" angeht, so glauben wir, daß es genügt, die Leser, die die strittigen Fragen ernsthaft und durchdacht an Hand von Dokumenten nachprüfen möchten und nicht gewillt sind, Worten Glauben zu schenken, auf folgende *Tatsachen* zu verweisen:

Im Juni 1911 wurde in Paris die Auslandsorganisationskommission gebildet, nachdem Liber und Igorew die Versammlung der ZK-Mitglieder verlassen hatten. Die erste Organisation in Rußland, an die sich die Auslandsorganisationskommission wandte, war *Kiew*. Sogar Trotzki gibt zu, daß es über sie keinen Streit geben kann. Im Oktober 1911 wurde unter Beteiligung Kiews die Russische Organisationskommission geschaffen. Im Januar 1912 berief diese die Konferenz der SDAPR ein.

Im Januar 1912 tagte eine Beratung des „Bund", des lettischen Zentralkomitees und des Kaukasischen Gebietskomitees (alle drei Gruppen sind liquidatorische Gruppen). Die Polen treten *sofort* zurück, nachdem sie das ganze Vorhaben für liquidatorisch erklärt haben. Dann wird von den „Versöhnlern" und von Plechanow, der in Nr. 16 des „Dnewnik Sozialdemokrata" erklärte, *diese* Konferenz werde *von den Liquidatoren einberufen, der Beitritt abgelehnt*. Heute haben wir Juni 1912, und sowohl der „Bund" wie Trotzki haben außer den „Golos"-Leuten und den „Wperjod"-Leuten *niemanden* „vereinigt", haben *keine einzige* ernsthafte und *unbestrittene* Organisation in Rußland für sich gewonnen, haben Plechanow kein sachliches Wort erwidert, haben die Propaganda der Liquidatoren in der „Nascha Sarja" und ähnlichen Organen nicht um ein Jota geändert!

Der Phrasen aber und der Großspurigkeit betreffs der „Vereinigung" ist kein Ende.

„Sozial-Demokrat" Nr. 27,
17. (4.) Juni 1912.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

ÜBER DEN CHARAKTER UND DIE BEDEUTUNG UNSERER POLEMIK MIT DEN LIBERALEN

Der bekannte Vertreter des Revisionismus und der liberalen Arbeiterpolitik, Herr Prokopowitsch, hat in den „Russkije Wedomosti" einen Artikel „Eine drohende Gefahr" veröffentlicht. Die Gefahr besteht nach der Meinung dieses Politikers darin, daß die Wahlen zur IV. Reichsduma von den Kreispolizeichefs gemacht werden könnten. Das Mittel zur Bekämpfung der Gefahr sei „die Vereinigung aller konstitutionellen Elemente des Landes", d. h. sowohl der Sozialdemokraten und Trudowiki als auch der Kadetten und Progressisten.

Die rechtskadettischen „Russkije Wedomosti" erklären in einer besonderen redaktionellen Bemerkung ihre *„Befriedigung"* über den Artikel des Herrn Prokopowitsch. „In einer solchen Vereinigung der oppositionellen Kräfte", schreibt die Zeitung, „sehen wir augenblicklich das dringendste Erfordernis der Stunde."

Die offiziell-kadettische „Retsch", die den Inhalt des Artikels des Herrn Prokopowitsch und das Urteil der „Russkije Wedomosti" wiedergibt, bemerkt ihrerseits:

„Liest man jedoch die Organe sozialdemokratischer Richtung, die ihre ganzen Anstrengungen vor allem auf den Kampf gegen die Opposition richten, so kann man diesem Appell (d. h. dem ‚Vereinigungs'appell) schwerlich irgendeine reale Bedeutung beimessen."

Immer wieder erhebt sich somit die wichtige Frage nach der Wahltaktik und nach dem Verhältnis der Arbeiter zu den Liberalen. Immer wieder muß man sich davon überzeugen, daß die Liberalen an diese Frage nicht wie ernste Politiker herangehen, sondern wie Heiratsvermittlerinnen. Nicht Klärung der Wahrheit, sondern ihre Verdunkelung ist ihr Ziel.

In der Tat, man denke sich in folgende Situation hinein. Verstehen die Liberalen unter „Vereinigung" die Verschmelzung der Parteien? Keineswegs. Sowohl Herr Prokopowitsch wie die „Russkije Wedomosti" und die „Retsch" erklären wie aus einem Munde, daß das nicht der Fall sei.

Also versteht man unter Vereinigung das Zusammenwirken gegen die Rechten – von Purischkewitsch bis Gutschkow?? Anscheinend ja!

Es fragt sich, lehnt irgend jemand der „Linken" ein solches Zusammenwirken ab?

Niemand lehnt es ab, das ist allbekannt.

Ein Abkommen mit den Liberalen über eine Stimmabgabe gegen die Rechten, das eben ist eine „Vereinigung" der Demokraten und der Liberalen bei den Wahlen. Womit sind denn nun die Liberalen unzufrieden? Warum verschweigen sie, daß die „Linken" mit aller Bestimmtheit, in aller Eindeutigkeit Abkommen anerkannt haben? Warum schweigen sie sich schamhaft darüber aus, daß *gerade die Liberalen nichts* Klares, Bestimmtes, Eindeutiges, Formelles über Abkommen mit den Linken, mit den Demokraten, mit den Marxisten *gesagt haben*? Warum *sagen* sie, wenn sie über die Wahltaktik sprechen, *kein* Wort über den bekannten Beschluß der Konferenz der Kadetten, die Blocks mit den „linken Oktobristen" für zulässig erklärt hat?

Die Tatsachen liegen auf der Hand, meine Herren, und keinerlei Ausflüchte werden da helfen. Gerade die Linken, gerade die Marxisten haben sich klar, eindeutig und in aller Form *für* ein Abkommen mit den Liberalen (den Kadetten einschließlich der Progressisten) gegen die Rechten ausgesprochen. Einer wirklich eindeutigen und formellen Antwort im Hinblick auf die Linken ausgewichen sind *gerade* die *Kadetten!*

Herr Prokopowitsch kennt diese Tatsachen sehr gut, und darum ist es völlig unverzeihlich, daß er so die Wahrheit entstellt, d. h., den eindeutigen Beschluß der Marxisten und das Ausweichen der Kadetten verschweigt.

Was ist der Grund für dieses Verschweigen? Das zeigen klar die angeführten Worte der „Retsch", wonach wir angeblich unsere „ganzen Anstrengungen vor allem auf den Kampf gegen die Opposition richten".

Die Phrase der „Retsch" ist so formuliert, daß sich aus ihr unvermeidlich ergibt: Wollen sich die Demokraten mit den Liberalen vereinigen, dann *dürfen* sie *nicht* „alle Anstrengungen" auf den Kampf gegen die Opposition „richten". Sagt das doch klar heraus, ihr Herren! Stellt eure

Bedingungen eindeutig, in aller Form! Das ist ja gerade euer Pech, daß ihr das *nicht* tun *könnt*. Alle Welt würde lachen, wenn ihr den Versuch unternähmet, eine solche Bedingung zu formulieren. Ihr würdet, wenn ihr eine solche Bedingung aufstellt, euch selbst widerlegen, denn ihr alle habt einstimmig die *„bedeutenden Meinungsverschiedenheiten"* zwischen den Liberalen und den Demokraten (von den Marxisten schon ganz zu schweigen) zugegeben.

Gibt es aber einmal Meinungsverschiedenheiten, sind sie nun einmal bedeutend, wie kann man dann den Kampf vermeiden?

Die Heuchelei des Liberalismus besteht eben darin, daß er einerseits die Verschmelzung verwirft, die bedeutenden Meinungsverschiedenheiten zugibt, die Unmöglichkeit „eines Verzichts der Parteien auf die Grundsätze ihres Programms" („Russkije Wedomosti") betont, anderseits aber sich über den „Kampf gegen die Opposition" *beschwert!!*

Aber betrachten wir die Sache etwas näher. Erstens, stimmt es denn, daß die Zeitungen und Zeitschriften, von denen die „Retsch" spricht, ihre *ganzen* Anstrengungen *vor allem* auf den Kampf gegen die Opposition richten? Nein, das stimmt ganz und gar nicht. Keine, nicht eine einzige Frage können die Liberalen vorbringen, in der die Demokraten nicht ihre *ganzen* Anstrengungen *vor allem* auf den Kampf gegen die Rechten richteten!! Wer diese Worte nachprüfen will, der mag ein Experiment machen. Man nehme, sagen wir, drei beliebige aufeinanderfolgende Nummern einer beliebigen Zeitung der Marxisten. Man nehme als Stichprobe drei politische Fragen und vergleiche an Hand der *dokumentarischen* Angaben, gegen wen in den gewählten Fragen in den gewählten Zeitungsnummern der Kampf der Marxisten vor allem „gerichtet" ist!

Ihr werdet dieses einfache und jedem mögliche Experiment nicht machen, ihr Herren Liberalen, denn *jedes* derartige Experiment wird zeigen, daß ihr unrecht habt.

Mehr noch. Eine zweite und besonders wichtige Erwägung spricht noch überzeugender gegen euch. *Wie führen* die Demokraten im allgemeinen und die Marxisten im besonderen ihren Kampf gegen die Liberalen? Sie führen ihn so und nur so, daß jeder, entschieden und unbedingt jeder Vorwurf oder jede Anklage an die Adresse der Liberalen einen *noch entschiedeneren* Vorwurf, eine *noch schwerere* Anklage gegen die Rechten in sich schließt.

Darum eben geht es, das eben ist der Kern der Sache! Einige Beispiele werden unseren Gedanken anschaulich erläutern.

Wir bezichtigen die Liberalen, die Kadetten, der konterrevolutionären Gesinnung. Man zeige uns auch nur *eine* von uns ausgesprochene Beschuldigung dieser Art, die nicht noch stärker die Rechten träfe.

Wir bezichtigen die Liberalen des „Nationalismus", des „Imperialismus". Man zeige uns auch nur eine von uns ausgesprochene Beschuldigung dieser Art, die sich nicht noch stärker gegen die Rechten richtete.

Wir haben den Liberalen den Vorwurf gemacht, sie fürchteten die Bewegung der Massen. Nun, und? Vermag man in unseren Zeitungen eine Formulierung dieses Vorwurfs zu finden, die nicht auch gegen die Rechten gerichtet wäre?

Wir haben den Liberalen den Vorwurf gemacht, sie verteidigten „gewisse" mittelalterliche Einrichtungen, die geeignet seien, sich gegen die Arbeiter „auszuwirken". Die Liberalen *dessen* bezichtigen heißt, *eben damit* alle Rechten dessen und noch anderer Dinge mehr zu bezichtigen.

Die Zahl dieser Beispiele läßt sich beliebig vergrößern. Immer und überall, ohne jede Ausnahme, wird man finden, daß die Arbeiterdemokratie den Liberalen ausschließlich ihre Verwandtschaft mit den Rechten, die Unentschlossenheit und die *Fiktivität* ihres Kampfes gegen die Rechten, ihre Halbheit zum Vorwurf macht, *womit* sie eben die Rechten nicht nur der „halben Schuld", sondern der ganzen bezichtigt.

„Der Kampf gegen die Liberalen", den die Demokraten und Marxisten führen, geht mehr in die Tiefe, ist konsequenter, inhaltsreicher, klärt die Massen besser auf und schmiedet sie fester zusammen als der *Kampf gegen die Rechten*. So steht die Sache, ihr Herren!

Und um in dieser Hinsicht keinerlei Zweifel zu lassen, um einer absurden Entstellung des Sinns und der Bedeutung unseres Kampfes gegen die Liberalen vorzubeugen, um z. B. der absurden Theorie vorzubeugen von der *„einen* reaktionären Masse" (d. h. dem Vermengen von Liberalen und Rechten in dem einen politischen Begriff reaktionärer Block, reaktionäre Masse), sprechen wir in unseren offiziellen Erklärungen vom Kampf gegen die Rechten stets *in andrer Weise* als vom Kampf gegen die Liberalen.

Herr Prokopowitsch, wie auch jeder gebildete Liberale, weiß das sehr gut. Er weiß, daß z. B. in unserer Definition der sozialen Natur, der

Klassennatur der verschiedenen Parteien stets das Mittelalterliche bei den Rechten, das Bürgerliche bei den Liberalen betont wird. Das sind „zwei ganz verschiedene Dinge". Das Mittelalterliche kann (und muß) vernichtet werden, selbst wenn man in den Grenzen des Kapitalismus bleibt. Das Bürgerliche kann in diesen Grenzen nicht vernichtet werden, aber man kann (und muß) gegen den bürgerlichen Gutsbesitzer an den bürgerlichen Bauern, gegen den bürgerlichen Liberalen an den bürgerlichen Demokraten, gegen die bürgerliche Halbfreiheit an die bürgerliche ganze Freiheit „appellieren". Eben in solchen Appellationen, nur in solchen Appellationen besteht unsere Kritik am Liberalismus in dem Zeitpunkt, den Rußland durchlebt, d. h. jene Kritik, die wir vom Standpunkt der nächsten und aktuellen Aufgaben dieses Zeitpunkts üben.

Man nehme z. B. folgende Phrase des Herrn Prokopowitsch: „Die Schaffung von gesunden Voraussetzungen für das politische Leben der Volksmassen, das eben ist das nächste Ziel, das in der Gegenwart sowohl die Linken als auch die Opposition vereinigt."

Es gibt nichts Inhaltsloseres, Leereres, Trügerischeres als diese Phrase. Unter diese Phrase setzt auch der Oktobrist und der raffinierte „Nationalist" seine Unterschrift, denn irgend etwas Klares folgt aus ihr nicht. Das ist ein einfaches Versprechen, eine bloße Deklamation, ein diplomatisches Verbergen der wahren Gedanken. Aber wenn Herrn Prokopowitsch, wie auch vielen anderen Liberalen, die Sprache gegeben ist, um die wahren Gedanken zu verbergen, so werden wir versuchen, unsere Pflicht zu erfüllen: das aufzudecken, was hier verborgen wird. Nehmen wir vorsichtshalber ein etwas bescheideneres, kleineres Beispiel.

Ist das Zweikammersystem eine gesunde Voraussetzung für das politische Leben? Wir glauben – nein. Die Progressisten und Kadetten glauben – ja. Wegen solcher Anschauungen bezichtigen wir die Liberalen des Antidemokratismus, der konterrevolutionären Gesinnung. Und wenn wir solch eine Bezichtigung gegen die Liberalen aussprechen, dann bezichtigen wir eben damit in noch höherem Maße alle Rechten.

Es fragt sich weiterhin, wie verhält es sich hier mit der „Vereinigung der Linken und der Opposition"? Lehnen wir wegen dieser Meinungsverschiedenheit eine Vereinigung mit den Liberalen gegen die Rechten ab? Nein, wir lehnen sie keineswegs ab. Die konterrevolutionären Ansichten der Liberalen in dieser Frage wie in allen analogen, *weitaus wich-*

tigeren Fragen der politischen Freiheit sind uns seit langem, seit 1905, wenn nicht früher, bekannt, aber nichtsdestoweniger wiederholen wir auch im Jahre 1912: Sowohl beim zweiten Wahlgang wie im zweiten Stadium der Wahlen sind Abkommen mit den Liberalen gegen die Rechten zulässig. Denn der bürgerliche monarchistische Liberalismus ist bei all seiner Halbheit ganz und gar nicht dasselbe wie die feudale Reaktion. Diesen Unterschied nicht ausnutzen wäre eine ganz schlechte Arbeiterpolitik.

Aber gehen wir weiter. *Wie* soll er ausgenutzt werden? *Unter welchen* Bedingungen ist eine „Vereinigung der Linken und der Opposition" möglich? Der Liberale antwortet auf diese Frage: Von einer Vereinigung kann keine Rede sein, wenn die Linken unentwegt die Opposition bekämpfen. Und der Liberale erläutert seinen Gedanken so: Je bescheidener die Forderung, desto weiter der Kreis derer, die damit einverstanden sind, desto vollständiger die Vereinigung, desto größer die Kraft, die diese Forderung zu verwirklichen vermag; für eine „leidliche" Konstitution mit einem Zweikammersystem (und mit anderen ... wie drückt man das möglichst milde aus? ... kleinen Abweichungen vom Demokratismus) werden sowohl alle Demokraten als auch alle Liberalen sein; das ist sehr viel; wenn man sich aber auf den „reinen" Demokratismus versteift, dann werden die Progressisten abfallen, auch viele Kadetten werden „abgestoßen", und das Resultat ist eine Zersplitterung und Entmachtung der „konstitutionellen Elemente".

So urteilt der Liberale. Wir aber urteilen anders. Ohne Bewußtheit der Massen kann es keine Wendung zum Besseren geben. Das ist unsere grundlegende These. Der Liberale schaut nach oben, wir jedoch schauen nach „unten". Verzichten wir darauf, die Schädlichkeit des Zweikammersystems klarzustellen, oder schwächen wir den „Kampf" gegen alle und jede antidemokratischen Ansichten in dieser Frage auch nur um ein Jota ab, so „gewinnen" wir für uns den liberalen Gutsbesitzer, Kaufmann, Advokaten, Professor – sie alle sind leibliche Brüder Purischkewitschs, und irgend etwas Ernstes gegen die Purischkewitsch können sie nicht ausrichten. Indem wir sie „gewinnen", stoßen wir die Massen ab – sowohl in dem Sinne, daß die Massen, für die der Demokratismus kein diplomatisches Aushängeschild, keine Paradephrase, sondern eine dringliche, ureigene Angelegenheit, eine Frage von Tod und Leben ist, daß diese Massen das Vertrauen zu den Anhängern des Zweikammersystems verlieren, als auch

in dem Sinne, daß eine Abschwächung der Angriffe auf das Zweikammersystem ein Zeichen ist für eine unzureichende Bewußtheit der Massen; sind aber die Massen unaufgeklärt, energielos und unentschlossen, dann sind *überhaupt keine* Veränderungen zum Besseren möglich.

Durch eure Polemik gegen die Liberalen entzweit ihr die Linken und die Opposition, erklären uns die Kadetten und die Herren Prokopowitsch. Wir antworten, daß der konsequente Demokratismus die schwankendsten, unzuverlässigsten, den Purischkewitsch gegenüber duldsamsten Liberalen abstößt; ihrer ist eine Handvoll; aber er gewinnt die Millionen, die heute zu einem neuen Leben erwachen, zu einem „gesunden politischen Leben", wobei wir unter diesem Wort bei weitem nicht das, ganz und gar nicht das verstehen, was Herr Prokopowitsch darunter versteht.

Anstatt des Zweikammersystems hätte man als Beispiel auch die Zusammensetzung der Flurbereinigungskommissionen nehmen können: Soll man ein Drittel des Einflusses den Gutsbesitzern, das zweite den Bauern, das dritte den Beamten einräumen, wie es die Kadetten vorschlagen, oder sollen die Wahlen ganz und gar frei sein bei einem *völlig* demokratischen Wahlrecht? Was nun ist im Hinblick auf diesen Punkt unter den „gesunden Voraussetzungen für das politische Leben der Volksmassen" zu verstehen, Herr Prokopowitsch? Wen stoßen wir ab und wen gewinnen wir durch einen konsequenten Demokratismus in dieser Frage?

Und mögen uns die „Russkije Wedomosti" nicht erwidern, daß „gegenwärtig gegenüber allen anderen Punkten der Programme *ein* allen progressiven Parteien gemeinsamer Punkt dominiert, der Punkt, der die Verwirklichung der politischen Freiheit fordert". Gerade eben weil dieser Punkt *dominiert* – das ist absolut unbestreitbar, das ist die heilige Wahrheit –, ist es notwendig, daß die breitesten Massen, die Millionen und aber Millionen die halbe Freiheit von der ganzen Freiheit unterscheiden und den unlösbaren Zusammenhang des politischen Demokratismus mit dem Demokratismus der Agrarumgestaltungen begreifen.

Wenn die Massen nicht interessiert, bewußt, aktiv, tätig, entschlossen, selbständig sind, kann auf dem einen wie auf dem anderen Gebiet absolut nichts getan werden.

„Newskaja Swesda" Nr. 12,
10. Juni 1912.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

KAPITALISMUS UND „PARLAMENT"

Die Wahrheiten des Demokratismus dürfen uns nicht einen Umstand übersehen lassen, der von bürgerlichen Demokraten häufig aus dem Auge gelassen wird: daß die Vertretungskörperschaften in kapitalistischen Ländern unvermeidlich eigentümliche Formen der Beeinflussung der Staatsmacht durch das Kapital erzeugen. Ein Parlament gibt es bei uns nicht – aber parlamentarischen Kretinismus unter den Liberalen, *parlamentarische Korruption* unter allen bürgerlichen Abgeordneten gibt es bei uns soviel man will.

Diese Wahrheit müssen sich die Arbeiter gründlich zu eigen machen, wenn sie lernen wollen, die Vertretungskörperschaften *für* die Entwicklung des Bewußtseins, der Geschlossenheit, der Wirksamkeit und Aktivität der Arbeiterklasse auszunutzen. Alle dem Proletariat feindlichen sozialen Kräfte – die „Bürokratie", der Grundbesitz, das Kapital – nutzen diese Vertretungskörperschaften schon *gegen* die Arbeiter aus. Man muß wissen, wie sie das machen, um zu lernen, die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse und ihre selbständige Entwicklung zu verfechten.

Die III. Duma hat einen Beschluß gefaßt, den einheimischen Maschinenbauern Prämien auszuzahlen. Welchen einheimischen? – Den in Rußland „arbeitenden"!

Sieht man nun genauer zu – dann zeigt sich, daß gerade ausländische Kapitalisten ihre Betriebe nach Rußland verlegt haben. Die Zölle sind hoch, die Profite unermeßlich, da übersiedelt das ausländische Kapital eben *nach* Rußland *selbst*. Ein amerikanischer Trust – ein Kapitalistenverband von Millionären – hat z. B. in der Nähe von Moskau, in Ljuberzy, eine gewaltige Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen errichtet. Und in

Charkow baut der Kapitalist Mehlhose und in Berdjansk der Kapitalist John Greaves landwirtschaftliche Maschinen. Nicht wahr, wieviel „echt Russisches", „Einheimisches" steckt in diesen Unternehmern?

Aber selbstverständlich *könnten* sie ohne die allseitige Hilfe der russischen Kapitalisten überhaupt *nicht* in Rußland tätig sein. Eine Hand wäscht die andere. Die amerikanischen, englischen, deutschen Kapitalisten scheffeln Profit mit Hilfe der russischen Kapitalisten, für die ein sehr guter Teil abfällt. Man nehme z. B. die Goldfelder an der Lena oder die Bergbau- und Hüttenbetriebe im Ural. Wieviel Millionen haben hier die ausländischen und die russischen Kapitalisten miteinander geteilt!

Eine Duma ist da sehr nützlich für die Herren Industriellen. Die Kapitalisten haben in der Duma wie im Reichsrat eine gehörige Zahl ihrer Vertreter, und zudem ist ja auch der Gutsbesitzer in unseren Tagen ohne Kapital ein Nichts. Die Kapitalisten wie die Gutsbesitzer haben in Gestalt der Duma einen fertigen Apparat zur Durchbringung von Gesetzen über „Prämien" *(für sich selbst)*, über Schutzzölle (d. h. eine andere Form von Prämien für sich selbst), über Konzessionen (eine dritte Form von Prämien für sich selbst) und so weiter *ohne Ende.*

Ein liberaler „Skeptiker" schrieb darüber in der liberalen „Retsch" gar nicht übel. So voller Gefühl schrieb er gegen die „Nationalisten" (die sich selber „Prämien" gewährten als Ansporn für den „einheimischen" Maschinenbau der Herren Greaves, Mehlhose, Ellworthy und anderer Gesellschaften), daß auch ich etwas vom Skeptizismus angesteckt wurde.

Ja, die „Nationalisten" entlarvt der Herr liberale „Skeptiker" nicht übel. Aber warum schweigt er von den Kadetten? Als z. B. Golowin Konzessionen erwarb, hat ihm da etwa nicht seine Stellung als *Dumaabgeordneter* und ehemaliger Dumapräsident bei dieser nützlichen und einträglichen Beschäftigung geholfen?

Als Maklakow die „Tagijew"-Honorare einheimste, hat es ihm da etwa nicht seine Stellung als Dumaabgeordneter erleichtert, so „vorteilhafte" Geschäfte machen zu können?

Und wieviel kadettische Gutsbesitzer, Kaufleute, Kapitalisten, Finanziers, Advokaten, Geschäftemacher haben noch ihre Transaktionen ausgedehnt, ihre „Verbindungen" gefestigt, ihre „Geschäfte" abgeschlossen unter Ausnutzung ihres Abgeordnetenmandats und der Vorteile, der Annehmlichkeiten, die dieses Mandat gewährt?

Wie wäre es, wenn man eine Enquete durchführte über die Finanzoperationen von Dumaabgeordneten und unter Beteiligung von Dumaabgeordneten?

In allen kapitalistischen Ländern aber sind Maßnahmen getroffen, die gewährleisten, daß das „Geschäftsgeheimnis" gewahrt bleibt, daß *kein* „Parlament" eine solche Enquete zuläßt.

Den Arbeiterdeputierten ist jedoch zweifellos vieles, was diese Frage betrifft, bekannt, und wenn man sich bemüht, sich dafür einsetzt, Auskünfte sammelt, Material zusammenträgt, in den Zeitungen sucht, auf der Börse Erkundigungen einzieht usw., kann man auch selber eine sehr aufschlußreiche und sehr nützliche „Enquete" über die *geschäftlichen* Transaktionen von Dumaabgeordneten und unter Beteiligung von Dumaabgeordneten durchführen.

In den europäischen Parlamenten sind diese Transaktionen allgemein bekannt, und die Arbeiter enthüllen sie ständig unter Namhaftmachung der Geschäftemacher – zur Belehrung des Volkes.

„Newskaja Swesda" Nr. 13,
17. Juni 1912.
Unterschrift: Ein nicht-liberaler Skeptiker.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

DIE WAHLEN UND DIE OPPOSITION

Die Marxisten haben ihre prinzipielle Stellung zu den Wahlen schon längst festgelegt. Die rechten Parteien, von Purischkewitsch bis Gutschkow, die liberal-monarchistische Bourgeoisie (die Kadetten und die Progressisten) und die Demokratie (die Arbeiterdemokratie und die bürgerliche, d. h. die Trudowiki) – das sind die *drei* Hauptlager, die sich im Wahlkampf gegenüberstehen. Der Unterschied zwischen ihnen ist grundlegend: Sie vertreten verschiedene Klassen, sie unterscheiden sich durch ihr ganzes Programm und ihre ganze Taktik. Nur wenn man die prinzipielle Basis der Politik eines jeden dieser Lager klar erfaßt hat, kann man für die Wahlkampagne die richtigen praktischen Schlüsse ziehen.

Seit die Marxisten, vor einem halben Jahr etwa, diese Thesen definitiv aufgestellt haben*, wird ihre Richtigkeit besonders anschaulich durch das Auftreten der liberalen Opposition bestätigt. Unsere „Nachbarn und Feinde von rechts", die keineswegs unsere Auffassungen teilen, lieferten uns mit lobenswertem Eifer die beste Bestätigung ihrer Richtigkeit. Man kann es zum *Gesetz* erheben: die Entwicklung der politischen Aktivität und der politischen Auffassungen eines Kadetten bekräftigt vorzüglich die Auffassungen der Marxisten. Anders ausgedrückt: macht ein Kadett den Mund auf, seien Sie überzeugt, er wird nicht schlechter als mancher Marxist die Auffassung der liberalen Arbeiterpolitiker widerlegen.

Aus diesem Grunde übrigens ist es für die Arbeiter von doppeltem Nutzen, die Kadettenpolitik aufmerksam zu verfolgen: erstens erkennt man dadurch ausgezeichnet den liberalen Bourgeois, und zweitens lernt man, die Fehler mancher Anhänger der Arbeiterklasse deutlicher zu sehen.

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 357–361. *Die Red.*

Von diesem doppelten Nutzen dürfte sicherlich die kürzliche Stellungnahme der *„Retsch"* zu den in den *„Russkije Wedomosti"* abgegebenen wichtigen Wahlerklärungen sein. Es sind das die Erklärungen Herrn Akimows (Wl. Machnowez), eines alten „Ökonomisten", d. h. Opportunisten der Zeit von 1897 bis 1902. Sie beinhalten eine direkte Verteidigung des „progressiven Blocks", dessen (übrigens *nicht* veröffentlichte!) „Plattform" Herr Akimow, der sich Sozialdemokrat nennen möchte, für „durchaus annehmbar für die Sozialdemokratie" hält.

Zahlreiche politische Säuglinge (von Paris bis Krasnojarsk) und gewitzte Diplomaten (von Wien bis Wilna)[40] sagten uns und sagen uns noch heute, daß die liberale Arbeiterpolitik ein „Schreckgespenst" sei. Schaut doch auf Herrn Akimow, ihr liebwerten Opponenten! Ihr werdet hier gewiß nicht leugnen können, daß sich in ihm unverkennbar die liberale Arbeiterpolitik verkörpert. Und ihr werdet auch nicht sagen können, daß Akimow ein „Unikum" sei, d. h. ein Einzelgänger und eine einzigartige, unnachahmliche Seltenheit. Denn wie viele unnachahmliche Eigenschaften Herr Akimow auch haben mag, ein Einzelgänger ist er nicht; es wäre die direkte Unwahrheit, wollte man das behaupten. Er ist nach Herrn Prokopowitsch aufgetreten und im Einvernehmen mit ihm. Er hat ein verbreitetes liberales Organ gefunden – eine bequeme Tribüne, die seine Reden weithin hörbar macht. Er hat eine „gute Presse" unter den liberalen Journalisten gefunden. O nein, das ist kein Einzelgänger. Mag er schon lange keiner Gruppe mehr angehören. Mögen seine Rechte, sich Sozialdemokrat zu nennen, völlig fiktiv sein. Aber er vertritt eine politische *Linie*, die Wurzeln hat, die lebt und, wenn sie auch oft versteckt ist, bei der geringsten politischen Belebung *immer wieder* hervorbricht.

Die *„Retsch"* läßt „dem nüchternen Realismus" der Überlegungen des Herrn Akimow „völlige Gerechtigkeit widerfahren" und betont mit besonderem Vergnügen seine Meinung, daß „die Sozialdemokraten heute den Teil ihrer politischen Aufgaben hervorkehren müssen, der bei genügend breiten, politisch starken Kreisen des Volkes Unterstützung findet".

Nun ja, wie sollte sich die „Retsch" darüber nicht freuen! Was die „Nascha Sarja" mit tausend Ausreden und Ausflüchten, mit einem Vorbehalt nach dem anderen, die Spuren verwischend und mit einem Geprunk längst abgewetzter quasimarxistischer Wörtchen sagt, damit platzt Herr Akimow direkt heraus, grob, einfältig, naiv ... unglaublich naiv.

Formal haben die „Nascha Sarja" und der „Newski Golos" natürlich durchaus die Möglichkeit, jede Verantwortung für Herrn Akimow abzulehnen. Faktisch aber entnimmt die breite Leserschaft, die in bezug auf Feinheiten nicht gewitzigt ist und sich für Feinheiten nicht interessiert, diesen liquidatorischen Publikationen gerade den „Akimowismus" und ausschließlich ihn. Die Sache der Progressisten „nicht hintertreiben", schrieb Martow. „Den Teil der Aufgaben hervorkehren", der die Unterstützung der *Progressisten* findet, schreibt Akimow, natürlich mit dem Vorbehalt, daß die Parteilosigkeit der Progressisten es jeder Partei erleichtere, ihre Selbständigkeit (auf dem Papier) zu wahren. Einen *größeren* Teil der Aufgaben hervorkehren, als den Progressisten angenehm ist, das heißt eben ihre Sache „hintertreiben": das ist die Dechiffrierung der Losung Martows im lebendigen politischen Kampf, durch den *Haufen*, den Akimow gut vertritt.

Die Kadetten und die Progressisten sind nach Akimows Überzeugung „breite und politisch starke Kreise des Volkes". Gerade das ist die liberale Unwahrheit, von der kürzlich die „Newskaja Swesda" in einem Artikel über den Charakter und die Bedeutung der marxistischen Polemik mit den Liberalen schrieb.* In Wirklichkeit ist die liberal-monarchistische Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit, die Kadetten, die Progressisten und viele andere einbegriffen, ein sehr enger Kreis des Volkes, der auch politisch außerordentlich schwach ist.

Einen breiten Kreis im Volke kann die Bourgeoisie niemals darstellen. Politisch stark kann sie sein und ist sie in einer ganzen Reihe kapitalistischer Länder – nur nicht in Preußen, nur nicht in Rußland. Hier erklärt sich ihre erstaunliche, groteske, nahezu unglaubliche politische Schwäche vollauf dadurch, daß diese Bourgeoisie die Revolution weit mehr fürchtet als die Reaktion. Politische Schwäche ist die unvermeidliche Folge. Und alles Gerede von einer „politischen Stärke" der Bourgeoisie, das diese *grundlegende* Besonderheit der Lage der Dinge in Rußland ignoriert, ist völlig falsch und deshalb absolut zu nichts nütze.

Herr Akimow ist als ganz und gar offener und gemäßigter Liberaler aufgetreten: euch, ihr Herren Kadetten und Progressisten, halten wir für eine Kraft, eure Plattform nehmen wir durchaus an (obwohl es diese Plattform nicht gibt!), wir selbst kehren gegenwärtig *den Teil* der Aufgaben

* Siehe den vorliegenden Band, S. 112–118. *Die Red.*

hervor, der eure Unterstützung genießt, euch bitten wir nur um eins – „daß in die Listen des Blocks (der Progressisten) auch die Sozialdemokraten aufgenommen werden". Das, buchstäblich das schrieb Akimow! Zu allem, zu allem bin ich bereit – werd' ich nur in die Liste der Liberalen aufgenommen!

Von seiten der „Retsch" war es geradezu engherzig, daß sie sogar eine so gemäßigte Bitte *zurückwies*. Es gehe doch um die Wähler des 3. Juni, rufen die Kadetten Akimow in Erinnerung. Und was sind unter *ihnen* die Sozialdemokraten? Eine Null – „mit Ausnahme der großen Städte, von denen doch nicht die Rede ist". Und das offizielle Kadettenorgan belehrt herablassend den ergebenen und gehorsamen Akimow: „Mit Ausnahme der Randgebiete werden sie (die Sozialdemokraten) sich fast überall leiten lassen müssen nicht von der Absicht, eigene Kandidaten aufzustellen, sondern von Erwägungen, wie der Sieg des progressiven Blocks über den Schwarzhunderterblock der Unterdrücker des Volkes zu gewährleisten ist."

Der Liberale hat die demütig hingestreckte Hand des liberalen Arbeiterpolitikers grob ausgeschlagen! Das ist der verdiente Lohn für den Verzicht auf den Kampf in den großen Städten. Die großen Städte gehören uns, weil wir stark sind, sagen die Kadetten, und das übrige Rußland gehört uns, weil die Männer des 3. Juni und ihr Gesetz vom 3. Juni, das uns das Monopol der Opposition sichert, stark sind.

Keine schlechte Antwort. Die Lehre, die Akimow erhalten hat, ist eine harte, aber eine nützliche Lehre.

„Newskaja Swesda" Nr. 14,
24. Juni 1912.
Unterschrift: K. F.

Nach dem Text der
„Newskaja Swesda".

DIE BEDEUTUNG DER WAHLEN IN PETERSBURG

Die Zeitungen melden, daß die Frage des Zeitpunkts der Einberufung der IV. Reichsduma und des Zeitpunkts der Wahlen in den herrschenden Kreisen verschiedentlich Zweifel hervorgerufen hat. Die einen sprachen sich dafür aus, die Einberufung der Reichsduma bis zum Januar zu verschieben, die anderen waren für den Oktober. Jetzt soll die Frage zugunsten der zweiten Meinung entschieden worden sein.

Die Wahlen sind also schon ganz nahe herangerückt, nur noch etwa 7–9 Wochen trennen uns von ihnen. Es gilt daran zu denken, die Energie in der gesamten Wahlarbeit zu *verzehnfachen*.

Ich möchte im vorliegenden Artikel auf eine spezielle Frage eingehen, die jedoch für die Arbeiterdemokratie eine überaus große und allgemeine Bedeutung erlangt hat. Es ist das die Frage nach der Rolle der Petersburger Wahlen.

Die Wahlen zur 2. städtischen Kurie in Petersburg stehen im Brennpunkt der *ganzen* Wahlkampagne anläßlich der Wahlen zur IV. Reichsduma.

Nur in Petersburg gibt es eine leidlich organisierte Arbeiterpresse, die bei den schweren Verfolgungen, denen sie ausgesetzt ist, den Geldstrafen und den Verhaftungen der Redakteure, bei der ganzen Unsicherheit ihrer Lage und der Unterdrückung durch die Zensur die Anschauungen der Arbeiterdemokratie schwach widerzuspiegeln vermag.

Ohne Tagespresse bleiben Wahlen eine dunkle Angelegenheit, und ihre Bedeutung im Sinne der politischen Aufklärung der Massen sinkt um die Hälfte, wenn nicht noch mehr.

Die Petersburger Wahlen erlangen dadurch die Bedeutung eines

№ 15. НЕВСКАЯ № 15.

ЗВѢЗДА

Годъ изданія первый.

№ 13 Воскресенье 1-го іюля 1912 г. № 13

Поступилъ въ продажу
„Спутникъ Избирателя".
СОДЕРЖАНІЕ

Значеніе выборовъ въ Петербургѣ.

Сравненіе столыпинской и народнической аграрной программы.

Уроки классовой борьбы.

Erste Seite der „Newskaja Swesda" Nr. 15 vom 1. Juli 1912, in der W. I. Lenins Artikel „Die Bedeutung der Wahlen in Petersburg" und „Ein Vergleich des Stolypinschen Agrarprogramms mit dem der Volkstümler" erschienen

Verkleinert

Musterbeispiels der Wahlkampagne, die die Arbeiterdemokratie unter den unglaublich schweren russischen Bedingungen durchzuführen hat. Eine andere allen *sichtbare* Wahlkampagne können die Arbeiter nirgends durchführen. In der Arbeiterkurie haben die Wahlen natürlich sehr große Bedeutung, aber die Arbeiter können hier nicht mit den anderen Klassen der Bevölkerung in Berührung kommen, können deshalb nicht *genügend* breit die Forderungen des *ganzen Volkes*, die Auffassungen über die Aufgaben der *allgemeinen Politik* darlegen, die die fortgeschrittene, proletarische Demokratie entwickelt hat, *damit* sie der ganzen Demokratie überhaupt als Leitfaden dienen.

In Petersburg wird direkt gewählt. Deshalb kann sich der Wahlkampf hier viel bestimmter, klarer, parteilicher als anderswo entfalten. Die übrigen großen Städte könnten eine ebenso große Bedeutung wie Petersburg haben, aber der administrative Druck ist in der Provinz *noch* viel stärker als in der Hauptstadt, so daß es für die Arbeiterdemokratie schwer ist, sich einen Weg zu bahnen, sich Gehör zu verschaffen.

In Petersburg muß schließlich der Kampf in der 2. Kurie zwischen den Liberalen und der Demokratie entbrennen. Die Kadetten betrachten die 2. Kurie als *ihre* Domäne. Petersburg wird vertreten von Miljukow, Roditschew und Kutler.

Selbstverständlich kann man diese Vertretung einer ziemlich breiten Masse demokratischer Wähler durch Liberale keineswegs als normal bezeichnen. Die Wahlen zur II. Duma haben gezeigt, daß die „Herrschaft" der Kadetten unter den demokratischen Wählern der Städte alles andere als beständig ist. In Petersburg selbst hätte der „Linksblock" bei den Wahlen zur II. Duma, d. h. der Block der Arbeiterdemokratie und der bürgerlichen Demokratie (der Volkstümler), nicht nur siegen *können*, sondern *sogar gewiß* gesiegt, wenn damals die Menschewiki vom Schlage Dans und Co. nicht die Wahlkampagne der Arbeiter gespalten und so für den Erfolg der Sache überaus schädliche Schwankungen und Verwirrungen unter den Volkstümlern hervorgerufen hätten. Es genügt, daran zu erinnern, daß selbst die „Sozialrevolutionäre" bei den Wahlen zur II. Duma bis zum letzten Augenblick den Menschewiki gefolgt sind und den Block mit den Kadetten verteidigt haben!

Nach dem jetzigen Wahlgesetz ist ein zweiter Wahlgang möglich, so daß im ersten Stadium keinerlei Blocks möglich oder zulässig sind.

In Petersburg steht ein Kampf zwischen der Arbeiterdemokratie und den Liberalen bevor. Die Volkstümler werden wohl kaum so viel Kraft haben, um selbständig aufzutreten: Allzu eifrig haben sie sich schon selbst „liquidiert", indem sie der Linie unserer Liquidatoren folgen. Deshalb ist den Arbeiterdemokraten die Unterstützung der bürgerlichen Demokratie (der Trudowiki und der Volkstümler) fast gewiß, wenn nicht im ersten Stadium der Wahlen, so jedenfalls im zweiten Wahlgang.

Die Liberalen haben aus Petersburg ihren Führer, Herrn Miljukow. Sie hatten bisher eine große Mehrheit. Die finanziellen Mittel, die ihnen die liberal-monarchistische Bourgeoisie zukommen läßt, die Mittel der Agitation in Gestalt von zwei Tageszeitungen, eine faktisch geduldete, de facto nahezu legalisierte Organisation – all das verschafft den Kadetten riesige Vorteile.

Auf der Seite der Arbeiter sind die Arbeitermasse, der konsequente und ehrliche Demokratismus, die Energie und die Hingabe für die Sache des Sozialismus und der Arbeiterdemokratie. Die Arbeiter *können* siegen, wenn sie sich auf *diese* Kräfte stützen und über eine Arbeitertageszeitung verfügen. Der Kampf der Arbeiter um die Deputiertensitze von Petersburg erlangt zweifellos in der ganzen Wahlkampagne zur IV. Duma riesige und *gesamtrussische* Bedeutung.

Die Freunde von Gerüchten über eine „Vereinigung" der ganzen Opposition – von den Progressisten und Kadetten bis zu dem vorsichtig-schlauen Liquidator Martow und den plump-naiven Prokopowitsch und Akimow –, alle suchen die Frage der Wahlen in Petersburg zu umgehen oder im dunkeln zu lassen. Sie umgehen das politische Zentrum und verlieren sich gern in politische, sozusagen, Bärenwinkel. Sie reden viel, eifrig und gewandt davon, was angebracht sein wird im zweiten Stadium der Wahl, d. h. wenn der grundlegende, wichtigste, entscheidende Teil der Wahlkampagne schon vorbei ist – und sie „schweigen beredt" über Petersburg, das die Kadetten erobert haben und das man von ihnen *zurückerobern* und der Demokratie wiedergeben muß.

Deputierte der Demokratie von Petersburg gab es weder nach dem Gesetz vom 11. Dezember 1905[41] noch nach dem Gesetz vom 3. Juni 1907[42], so daß das Wort wiedergeben hier fehl am Platze scheint. Doch gehört Petersburg der Demokratie nach dem ganzen Verlauf der ganzen Befreiungsbewegung in Rußland, und auf einer bestimmten Stufe ihrer Ent-

wicklung wird *nicht einmal* der unerhört hohe Damm des Wahlgesetzes vom 3. Juni die „demokratische Flut" aufhalten können.

Die meisten Wähler der 2. Kurie entstammen zweifellos den demokratischen Schichten der Bevölkerung. Die Kadetten ziehen sie an sich, wobei sie sie *direkt betrügen*, indem sie sich, die liberal-monarchistische Partei der Bourgeoisie, für die Demokratie ausgeben. Einen solchen Betrug praktizierten und praktizieren *alle* Liberalen der Welt bei den Wahlen zu allen und jeglichen Parlamenten. Und die Arbeiterparteien aller Länder messen ihre Erfolge im übrigen daran, inwieweit es ihnen gelingt, die kleinbürgerliche Demokratie dem Einfluß der Liberalen zu entreißen.

Diese Aufgabe müssen sich auch die russischen Marxisten mit aller Klarheit und Bestimmtheit ein für allemal stellen. In bezug auf die großen Städte haben sie deshalb in ihren bekannten Januarbeschlüssen direkt gesagt, daß Blocks hier, da es offensichtlich keine Schwarzhundertergefahr gibt, *nur* mit den Demokraten gegen die Liberalen zulässig sind.* Dieser Beschluß „packt den Stier bei den Hörnern". Er gibt eine direkte Antwort auf eine der wichtigsten Fragen der Wahltaktik. Er bestimmt den *Geist*, die Richtung, den Charakter der *ganzen* Wahlkampagne.

Einen groben Fehler machen umgekehrt diejenigen Liquidatoren, die von den Kadetten gern als von „Vertretern" der „städtischen Demokratie" reden. Solches Gerede *verfälscht* die Sache: die Wahlsiege der *Liberalen über* die Demokraten, die Wahlbetrügereien der Liberalen an den demokratischen Wählern werden dergestalt als Beweise für den „Demokratismus" der Kadetten ausgegeben. Als ob Europa nicht Dutzende von Beispielen dafür kennte, wie *anti*demokratische Parteien jahrelang verschiedene demokratische Schichten am Gängelband führten, bis wirkliche bürgerliche Demokraten, meistens aber Sozialdemokraten, diese Schichten dem Einfluß der ihnen ihrer Geisteshaltung nach *fremden* politischen Parteien entrissen.

Der Wahlkampf in Petersburg ist ein Kampf zwischen den Liberalen und der Arbeiterdemokratie um die Hegemonie in der ganzen Befreiungsbewegung Rußlands.

Diese außerordentlich wichtige Rolle der Petersburger Wahlen führt uns übrigens zu zwei praktischen Schlußfolgerungen. Wem viel gegeben ist, von dem wird viel gefordert. Die Petersburger Arbeiter müssen die

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 461. *Die Red.*

Wahlkampagne in Petersburg in der 2. städtischen Kurie im Namen der *ganzen* Arbeiterdemokratie ganz Rußlands führen. Ihnen fällt eine große und schwere Aufgabe zu. Sie geben das Beispiel. Sie müssen ein Höchstmaß an Initiative, Energie und Beharrlichkeit an den Tag legen. Sie haben das mit der Arbeitertageszeitung getan. Sie müssen die großartig begonnene Sache auch bei den Wahlen fortsetzen.

Ganz Rußland richtet seine Aufmerksamkeit auf den Wahlkampf in Petersburg. Und ganz Rußland muß Petersburg *Hilfe* leisten. Ohne die möglichst vielseitige Hilfe von allen Ecken und Enden Rußlands werden die Petersburger Arbeiter den „Feind" allein nicht überwältigen können.

„Newskaja Swesda" Nr. 15,
1. Juli 1912.
Unterschrift: F. F.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

EIN VERGLEICH DES STOLYPINSCHEN AGRARPROGRAMMS MIT DEM DER VOLKSTÜMLER

In den vorhergehenden Artikeln (siehe „Newskaja Swesda" Nr. 3 und 6)* brachten wir die Hauptdaten, die den Grundbesitz im Europäischen Rußland charakterisieren, und umrissen das Wesen der Agrarfrage in Rußland. Die mittelalterlichen Verhältnisse im *Grundbesitz* beseitigen, darauf läuft dieses Wesen hinaus.

Der Widerspruch zwischen dem Kapitalismus, der in der ganzen Welt und auch bei uns in Rußland herrscht, und dem mittelalterlichen *Grundbesitz*, dem gutsherrlichen Besitz wie dem bäuerlichen Anteilbesitz, ist unversöhnlich. Der alte, mittelalterliche Grundbesitz muß unter allen Umständen beseitigt werden, und je entschiedener, erbarmungsloser, kühner das geschieht, um so besser für die ganze Entwicklung Rußlands, um so besser für die Arbeiter und für die Bauern, die jetzt *nicht nur* vom Kapitalismus unterdrückt und geknechtet werden, sondern auch durch die unzähligen Überreste des Mittelalters.

Es fragt sich nun, wie kann man bei einer solchen Lage der Dinge das Stolypinsche Agrarprogramm mit dem der Volkstümler vergleichen? Ist nicht das eine der völlige Gegensatz des anderen?

Jawohl, aber dieser Gegensatz schließt nicht aus, daß sich das Stolypinsche Agrarprogramm und das der Volkstümler in *einem* wesentlichen Punkt *gleichen*. *Beide* Programme geben nämlich zu, daß man den alten Grundbesitz *beseitigen* muß. Das Alte muß beseitigt werden, und das möglichst rasch und entschieden, sagen die Verfechter der Stolypinschen „Flurbereinigung", wobei man aber so vorgehen müsse, daß die ganze Last der Mehrheit der Bauern, den am meisten ruinierten, am meisten

* Siehe den vorliegenden Band, S. 17–20 und 60–64. *Die Red.*

verelendeten Bauern zufällt. Die Gutsbesitzer sollen dabei nichts verlieren. Ist es nicht zu vermeiden, daß sie einen Teil ihrer Ländereien verlieren, so dürfen diese nur dann enteignet werden, wenn die Gutsbesitzer freiwillig zustimmen und eine vom Standpunkt der Gutsbesitzer „gerechte" Einschätzung erfolgt. Die wohlhabenden Bauern sollen eine Unterstützung erhalten, die Ruinierung der Masse der „schwachen" aber braucht man nicht zu scheuen.

Das ist das Wesen des Stolypinschen Agrarprogramms. Der Rat des vereinigten Adels, der Stolypin das Programm vorgeschrieben hat, handelte als echter Vertreter von Reaktionären – nicht von Schwätzern, sondern von Männern der Tat. Der Rat des vereinigten Adels war seinen Klasseninteressen durchaus treu, als er beschloß, auf die Starken zu setzen. Und in der Tat, nach 1905 war klargeworden, daß Polizei und Bürokratie allein keinen genügenden Schutz vor den Bauern bieten.

Wo konnte der Rat des vereinigten Adels noch Verbündete suchen? Nur unter der kleinen Minderheit der wohlhabenden Bauern, der „Kulaken", der „Dorfwucherer". Andere Verbündete auf dem Lande konnte er nicht finden. Und um die „neuen Gutsbesitzer" für sich zu gewinnen, scheuten sich die Reaktionäre nicht, ihnen das *ganze Dorf* buchstäblich zum Plündern auszuliefern.

Muß schon etwas beseitigt werden, so laßt uns den *Anteil*besitz zu *unseren* Gunsten und zugunsten der *neuen Gutsbesitzer* beseitigen – das ist der Kern der Agrarpolitik, die der Rat des vereinigten Adels Stolypin diktiert hat.

Rein theoretisch gesprochen muß man jedoch zugeben, daß ein nicht minder entschiedenes, ja sogar ein noch viel entschiedeneres Vorgehen auch *von der anderen Seite her* möglich ist. Jedes Ding hat zwei Seiten. Wenn zum Beispiel die 70 Millionen Desjatinen Land, die 30 000 Gutsbesitzern gehören, den 10 000 000 Bauernhöfen zusätzlich zu ihren 75 Millionen Desjatinen zugeteilt würden, wenn die einen wie die anderen Ländereien *zusammengetan* und dann zwischen den wohlhabenden und mittleren Bauern aufgeteilt würden (die Dorfarmut hätte ohnehin nichts zum Pflügen, Säen, Düngen, zur Bodenbestellung), was wäre das Ergebnis einer solchen Umwandlung?

Man stelle diese Frage vom rein ökonomischen Standpunkt, man betrachte diese prinzipielle Möglichkeit unter dem Gesichtswinkel der all-

gemeinen Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft in der ganzen Welt. Man wird sehen, daß das Ergebnis der von uns vorgeschlagenen Umwandlung eine *konsequentere*, entschiedenere, erbarmungslosere Beseitigung des *mittelalterlichen* Grundbesitzes wäre, als es im Programm Stolypins vorgesehen ist.

Warum gerade des mittelalterlichen und nur des mittelalterlichen? Weil der *kapitalistische* Grundbesitz dem Wesen der Sache nach durch *keinen* Besitzwechsel, ja *nicht einmal* durch den Übergang sämtlicher Ländereien in die Hände des Staates (in der Wissenschaft der politischen Ökonomie „Nationalisierung" des Bodens genannt) aufgehoben werden *kann*. Kapitalistischer Grundbesitz ist Grundbesitz desjenigen, der über Kapital verfügt und sich am besten dem Markt anpaßt. Wem auch immer der Grund und Boden als Eigentum gehören möge, dem alten Gutsbesitzer, dem Staat oder dem Bauern mit Anteilland – der Grund und Boden wird immer in die Hände des *Landwirts* geraten, der ihn jederzeit pachten kann. Die Pacht gedeiht in *allen* kapitalistischen Ländern bei den mannigfachsten Formen des Grundbesitzes. Keinerlei Verbote können den Kapitalisten, den Landwirt, der über Kapital und Kenntnis des Marktes verfügt, daran hindern, sich Land anzueignen, solange der Markt die gesamte gesellschaftliche Produktion beherrscht, d. h. solange diese Produktion kapitalistisch bleibt.

Mehr noch. Die Bodenpacht ist für den reinen Kapitalismus, für die vollständigste, freieste, „idealste" Anpassung an den Markt *sogar bequemer* als das Grundeigentum. Warum? Weil das private Grundeigentum den Besitzwechsel des Grund und Bodens *erschwert*, die Anpassung der Bodennutzung an die Marktverhältnisse *hemmt*, den Boden an die betreffende Familie oder Person und ihre Erben *bindet*, selbst wenn sie schlechte Landwirte wären. Die Pacht ist eine elastischere Form, bei der sich die Bodennutzung am einfachsten, am leichtesten, am schnellsten dem Markt anpaßt.

Aus diesem Grunde bildet übrigens England keine Ausnahme von den anderen kapitalistischen Ländern, sondern hat die vom Standpunkt des Kapitalismus vollkommenste Agrarverfassung, wie Marx in seiner Rodbertus-Kritik zeigt.[43] Und worin besteht die Agrarverfassung Englands? Im alten Grundbesitz, im Landlordismus, bei neuer, freier, rein kapitalistischer Pacht.

Und wenn dieser Landlordismus ohne Landlords existierte, d. h. wenn der Grund und Boden nicht Eigentum der Landlords, sondern des Staates wäre? So wäre das eine vom Standpunkt des Kapitalismus *noch vollkommenere* Agrarverfassung, mit einer noch freieren Anpassung der Bodennutzung an den Markt, mit einer noch leichteren Mobilisierung des Bodens als Wirtschaftsobjekt, mit einer noch größeren Freiheit, Breite, Klarheit und Bestimmtheit des Klassenkampfes, der Bestandteil jedes kapitalistischen Grundbesitzes ist.

Und je mehr nun das betreffende Land hinter dem Weltkapitalismus zurückgeblieben ist, je größere Anstrengungen es machen muß, um die Nachbarn einzuholen, je mehr es seine „Krankheit", mittelalterlichen Grundbesitz und versklavende Kleinwirtschaft, „verschleppt" hat, je dringender es die *radikale* Beseitigung *all* seiner Grundbesitzverhältnisse, die Umwandlung seiner ganzen Agrarverhältnisse nötig hat – um so natürlicher ist es, daß in einem solchen Lande unter der Landbevölkerung alle möglichen Ideen und Pläne zur Nationalisierung des Grund und Bodens entstehen und weite Verbreitung finden.

Das Jahr 1905 wie die ersten beiden Dumas haben unzweideutig bewiesen, und die III. Duma hat indirekt durch ihre (von den Gutsbesitzern gesiebten) „Bauern"deputierten bestätigt, daß in der russischen Landbevölkerung alle möglichen Ideen und Pläne zur Nationalisierung des Grund und Bodens überaus weit verbreitet sind. Bevor man diese Ideen billigt oder mißbilligt, muß man sich fragen, *weshalb* sie eine so weite Verbreitung erfahren haben, *welche* wirtschaftliche Notwendigkeit sie hervorgebracht hat.

Es genügt nicht, diese Ideen vom Standpunkt ihrer inneren Geschlossenheit, Harmonie oder theoretischen Richtigkeit zu kritisieren. Man muß sie vom Standpunkt der wirtschaftlichen Notwendigkeit kritisieren, die in diesen Ideen ihre Widerspiegelung gefunden hat, mag diese Widerspiegelung manchmal noch so „wunderlich", falsch und „verzerrt" sein.

Die wirtschaftliche Notwendigkeit, die die Ideen der Nationalisierung des Grund und Bodens in der russischen Bauernschaft Anfang des 20. Jahrhunderts hervorgebracht hat, ist die Notwendigkeit der raschen Beseitigung des alten Grundbesitzes. Die Ideen der „ausgleichenden Verteilung" des ganzen Grund und Bodens sind die Ideen der *Gleichheit*, die im Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft notwendigerweise ent-

stehen und die *unvermeidlich* auf den Grund und Boden übertragen werden, wenn 30 000 Nachkömmlinge der Fronherren 70 Millionen Desjatinen und 10 000 000 versklavte Bauern 75 Millionen Desjatinen besitzen.

Die Überführung der ersten Ländereien in die Kategorie der zweiten oder vielmehr in die Hände der Besitzer der zweiten ist keineswegs utopisch. Utopisch ist lediglich der Wunschtraum von einer Gleichheit der Grundbesitzer, solange die Herrschaft des Marktes besteht, utopisch ist der Wunschtraum von einem allen „Bürgern und Bürgerinnen" (einschließlich der Nichtlandwirte) im Kapitalismus zustehenden *„Recht* auf Grund und Boden". Aber das Utopische *dieser* Ideen darf uns nicht die echte, lebendige Realität dessen vergessen lassen, was hinter ihnen *in der Praxis* verborgen ist.

Die Aufhebung *aller* mittelalterlichen Unterschiede des Grundbesitzes – des gutsherrlichen, des Anteilbesitzes usw. – enthält nichts Utopisches. Der Bruch mit den alten Agrarverhältnissen enthält nichts Utopisches. Im Gegenteil, gerade die Entwicklung des Kapitalismus erfordert aufs dringlichste einen *solchen* Bruch. Es *kann* im Kapitalismus *weder* eine „ausgleichende Verteilung" *noch* eine „Sozialisierung" des Bodens geben. Das ist eine Utopie.

Eine Nationalisierung des Grund und Bodens im Kapitalismus ist ökonomisch durchaus möglich, und ihre *reale* Bedeutung würde in jedem Falle, d. h. wie, durch wen, unter welchen Bedingungen sie auch durchgeführt würde, ob sie eine dauerhafte und für lange Zeit bestehende Maßnahme wäre oder vorübergehend und für kurze Zeit Wirksamkeit erlangte – ihre reale Bedeutung würde in jedem Falle in der maximalen Beseitigung alles Mittelalterlichen im russischen Grundbesitz und in den russischen Agrarverhältnissen, in der *freiesten* Anpassung der *neuen* Bodennutzung und des *neuen* Grundbesitzes an die neuen Bedingungen des Weltmarktes bestehen.

Stellen wir uns für einen Augenblick die Verwirklichung des Planes der linken Volkstümler wenigstens dergestalt vor, daß sämtliche Ländereien unter alle Bürger und Bürgerinnen zu gleichen Teilen aufgeteilt werden. Eine solche Aufteilung im Kapitalismus ist ganz und gar absurd. Sie wäre nicht von Bestand, könnte sich im Kapitalismus nicht einmal ein Jahr lang halten. Heißt das aber, daß ihre Ergebnisse gleich Null wären oder ein Minus bedeuten würden?

Keineswegs! Ihre Ergebnisse wären ein riesiges *Plus* – durchaus nicht ein Plus, wie es die linken Volkstümler erwarten, sondern ein überaus reales Plus. Dieses Plus würde darin bestehen, daß jegliche Unterschiede zwischen den jetzigen Standes- und Rangformen des Grundbesitzes aufgehoben würden. Das wäre ein Riesengewinn für die ganze Volkswirtschaft, für den Kapitalismus, für das Proletariat, denn es gibt nichts Schädlicheres für die Entwicklung Rußlands als unseren alten, gegenwärtigen Grundbesitz. Der gutsherrliche Grundbesitz wie der Anteilbesitz sind *durch und durch* fronherrschaftliche Formen des Grundbesitzes.

Ihre ausgleichende Neuverteilung wäre nicht von Bestand, aber die *Rückkehr zum alten* wäre unmöglich! Die einmal beseitigten Raine würde keine „Restauration" wiederherstellen. Keine politische Macht der Welt könnte die Errichtung *neuer* Raine, Grenzen, Formen der Bodennutzung verhindern, die den *neuen* Erfordernissen des Marktes entsprechen.

„Die alten Schranken niederreißen", sagte ein linker Volkstümler, wie ich mich entsinne, in der II. Duma. Er glaubte, daß es dadurch zu einer „ausgleichenden Bodennutzung" kommen würde. Er irrte. Aber aus *seinem Munde* – so ist die Ironie der Geschichte! – sprach der konsequenteste und unerschrockenste, der radikale *Bourgeois*, der die Absurdität der *alten*, mittelalterlichen „Trennwände" unseres „Anteil"besitzes, unseres „adligen", „kirchlichen" usw. usf. Besitzes fühlt, der die Notwendigkeit sieht, *alle* diese Trennwände *niederzureißen* für eine *neue* Aufteilung des Bodens. Nur wird das nicht „nach Köpfen" geschehen, wie es der Volkstümler erträumt, sondern *nach dem Kapital*, wie *es der Markt vorschreibt*.

Die konstruktiven Pläne der Volkstümler sind utopisch. Aber ihre konstruktiven Pläne enthalten ein Element der Zerstörung, was das Mittelalter betrifft. Und dieses Element ist keineswegs utopisch. Es ist lebendigste Realität. Es ist die konsequenteste und progressivste Realität vom Standpunkt des Kapitalismus und des Proletariats.

Fassen wir unsere Ansichten kurz zusammen. Die reale Übereinstimmung zwischen dem Stolypinschen Agrarprogramm und dem der Volkstümler besteht darin, daß *beide* den alten, mittelalterlichen Grundbesitz radikal *beseitigen*. Und das ist sehr gut. Nichts anderes ist er wert. Am reaktionärsten sind die Kadetten von der *„Retsch"* und den *„Russkije Wedomosti"*, die Stolypin deswegen Vorwürfe machen – anstatt die Notwendigkeit eines noch konsequenteren und entschiedeneren Vorgehens zu

beweisen. Wir werden in einem folgenden Artikel sehen, daß ein Vorgehen im Sinne Stolypins die Schuldknechtschaft und die Abarbeit *nicht* beseitigen *kann*, daß aber ein Vorgehen im Sinne der Volkstümler dazu *imstande ist*.*

Wir wollen einstweilen bemerken, daß das einzige durchaus reale Ergebnis der Stolypinschen Methode die Hungersnot ist, die 30 Millionen betroffen hat. Und wer weiß, ob die Stolypinsche Methode dem russischen Volk nicht beibringen wird, *wie* man entschiedener vorgehen *muß*. Zweifellos wird es daraus lernen. Ob es die Lehren ziehen wird – wir werden es sehen.

„Newskaja Swesda" Nr. 15,
1. Juli 1912.
Unterschrift: R. S.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

* Siehe den vorliegenden Band, S. 237–242. *Die Red.*

DIE LAGE IN DER SDAPR UND DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER PARTEI

Die SDAPR hat unerhört schwere Jahre wütender Konterrevolution hinter sich und ist jetzt auf dem richtigen Wege zur Wiederherstellung ihrer Organisation, zur Stärkung ihrer Kräfte und des führenden Einflusses auf das russische Proletariat, das 1905 der Selbstherrschaft wuchtige Schläge versetzt hat und sie in der kommenden Revolution vernichten wird.

Die schweren Jahre von 1908 bis 1911 waren Jahre der Spaltung; eben in dieser Zeit löste sich von der SDAPR der jetzige Hauptvorstand der Sozialdemokratie Polens und Litauens, die 1906 unserer Partei beigetreten war und gemeinsam mit uns Bolschewiki den menschewistischen Opportunisten entgegentrat.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Polens müssen dieses Abrücken des jetzigen Hauptvorstands von der SDAPR kritisch beurteilen. Daher greife ich sehr gern den Vorschlag des *Warschauer Komitees* der SDPuL auf, in der „Gazeta Robotnicza"[44] eine kurze Darstellung der Ursachen der Spaltung in der Partei und der traurigen Rolle zu geben, die dabei der jetzige Hauptvorstand gespielt hat, und in diesem Zusammenhang die nächsten Aufgaben des sozialdemokratischen Proletariats ganz Rußlands darzulegen.

I

Die Genossen polnischen Arbeiter kennen die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki zur Zeit der Revolution von 1905. Einige hervorragende Vertreter der SDPuL, wie zum Beispiel Rosa Luxemburg, standen zunächst, 1904, auf der Seite der

Menschewiki, aber die Revolution, die klar den Opportunismus der Menschewiki bewies, offenbarte bald ihren Fehler.

Mit der Konterrevolution der Jahre 1908–1911 begann eine neue Etappe in der Geschichte Rußlands. Die alte Selbstherrschaft machte einen weiteren Schritt in Richtung der bürgerlichen Monarchie. Es entstand eine Duma der Gutsbesitzer und der Großbourgeoisie. Der Zarismus verlor noch nicht seinen fronherrschaftlichen Charakter, betrieb aber eine bürgerliche Agrarpolitik, die möglichst rasch das private Grundeigentum einführen sollte – um den Preis einer unerhörten Ruinierung und der Vertreibung von Millionen von Bauern. Der bürgerliche Liberalismus vollzog eine jähe Wendung zur Konterrevolution und feierte wahre Orgien an Abtrünnigkeit.

Unter der Intelligenz herrschten allgemein und mehr denn je Spaltung und Zerfahrenheit. Das Proletariat wurde vom Zarismus, der für die Revolution Rache nahm, verfolgt und von den Renegaten mit Strömen von Verleumdungen überschüttet.

Die SDAPR hatte die Aufgabe, die *revolutionäre* sozialdemokratische Partei der Arbeiterklasse zu erhalten und sich zugleich den *neuen* Bedingungen der Arbeit *anzupassen*.

Gleich die ersten Schritte zur Lösung dieser Aufgabe enthüllten neue antiproletarische Strömungen in der SDAPR, die die *Existenz* der Partei selbst untergruben. Sie waren hervorgegangen aus der historischen Situation unserer Konterrevolution. Diese bürgerlichen Strömungen sind *das Liquidatorentum und der Otsowismus*.

Erfaßt von der Welle der bürgerlichen Desertion, schworen die Liquidatoren der Revolution ab. Sie machten ein Kreuz über die illegale Partei, suchten sich den einzig legalen Boden in dem sozusagen „konstitutionellen" Regierungsregime des 3. (16.) Juni und propagierten seine konstitutionelle Erneuerung. Eine „legale Arbeiterpartei" und Losungen *konstitutioneller Reformen* – das war das Wesen ihrer Politik. Das war keine sozialdemokratische, sondern eine liberale Arbeiterpolitik.

Natürlich ist es einfach lächerlich, die Liquidatoren mit den westeuropäischen Opportunisten innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterparteien zu vergleichen (wie es der jetzige Hauptvorstand unter dem Einfluß Tyszkas tut). Unsere Liquidatoren erkennen die Partei in ihrer illegalen, d. h. jetzigen, Form nicht an und organisieren eine *neue* legale

Partei. Das ist keine Strömung innerhalb der Partei, sondern ein Abrücken von der Partei. Die offene Absage an die Partei und ihre Zerstörung durch die Liquidatoren riefen bei den Menschewiki selber heftigen Protest hervor. Die menschewistischen Arbeiter in Rußland sind *nicht* den Liquidatoren gefolgt, und im Ausland stellte sich der Menschewik Plechanow an die Spitze der „parteitreuen" Menschewiki (der Antiliquidatoren). Plechanow hat jetzt in der Presse offen und unzweideutig erklärt, daß die Liquidatoren eine *neue* Partei *organisieren.*

Zur Information der polnischen Arbeiter ergänzen wir, daß die wichtigsten Organe der Liquidatoren im Ausland der „Golos Sozial-Demokrata"[45] (Martow, Dan, Axelrod und andere „Golos"-Leute) und in Rußland die „Nascha Sarja" (Potressow, Lewizki, Tscherewanin u. a.) sind. Die „Otsowisten" („Abberufler" – abgeleitet von: die sozialdemokratischen Abgeordneten aus der III. Duma abberufen) boykottierten die III. Duma, sie begriffen nicht die Notwendigkeit, die Dumatribüne und alle „legalen Möglichkeiten" für die revolutionäre sozialdemokratische Arbeit auszunutzen. Aus den Losungen der revolutionären Taktik von 1905 machten sie inhaltslose Phrasen. Die Erfahrungen zeigten bald, daß der Boykott der III. Duma ein Unsinn war, der die sozialdemokratischen russischen Boykottisten selbst gegen ihren Willen zum Anarchismus führte. War die Mehrheit der Bolschewiki im Sommer 1907 für den Boykott, so verstand sie es doch schon im Frühjahr 1908, die Lehren zu ziehen, und erteilte der Agitation der „Otsowisten" in Petersburg und Moskau eine schwere Abfuhr. Nach dieser völligen Niederlage in Rußland fristeten die Otsowisten und ihre Verteidiger, zusammengeschlossen in dem völlig ohnmächtigen „Wperjod"-Grüppchen (Lunatscharski, Alexinski u. a.), ein kümmerliches Leben im Ausland.

Es erübrigt sich hinzuzufügen, daß infolge der Schwäche der Mehrheit der Organisationen in Rußland, infolge der Loslösung der ausländischen Gruppen von der Arbeit in Rußland die meisten dieser Gruppen völlig „frei" die Partei zerstörten und zersetzten, daß sie keinerlei Disziplin anerkannten und von keiner Organisation in Rußland ein Mandat zur Leitung eines Organs, zur Herausgabe von Broschüren und Proklamationen hatten. Außer Grüppchen mit unterschiedlichen prinzipiellen Auffassungen entstanden – wie es natürlich ist – einzelne völlig prinzipienlose Grüppchen, die unter dem Schein der „Versöhnung" und der „Vereini-

gung" der Partei bestrebt waren, durch Maklertum, Winkeldiplomatie und Intrigen politisches Kapital zu erwerben. Große Meister auf diesem Gebiet waren Trotzki mit der Wiener „Prawda" und Tyszka mit dem Hauptvorstand.

II

Die SDAPR stand vor der Frage, wie die Partei wiederherzustellen sei.

Natürlich konnte man die Partei weder *zusammen* mit denen wiederherstellen, die die Partei *liquidieren* wollten, noch mit denen, die die Duma und die legalen Möglichkeiten boykottierten; entweder mußten die ausländischen Grüppchen, die diese bürgerliche Politik betrieben, diese aufgeben und sich der überwiegenden Mehrheit der Organisationen, Gruppen und Zirkel in Rußland fügen, oder aber Rußland mußte die Partei wiederherstellen *entgegen* diesen ausländischen Grüppchen.

Im Januar 1910 fand die letzte Plenartagung des ZK der SDAPR statt, die den Versuch machte, die sich von der Sozialdemokratie abspaltenden Liquidatoren und Otsowisten zu retten und auf den Weg der Parteiarbeit zu führen. Die Absurdität und der unsozialdemokratische Charakter beider Abweichungen waren so offensichtlich, daß es *niemanden* gab, der sie verteidigt hätte. *Einstimmig* wurde festgestellt, daß es sich um *bürgerliche* Strömungen handelt, daß nur die Abkehr von ihnen die Wiedergeburt der Partei ermöglicht.

Ein einstimmiger Beschluß reicht aber nicht aus, wenn ihm nicht eine einheitliche Aktion folgt. Die Liquidatoren und Otsowisten mißachteten die Beschlüsse des ZK-Plenums und ließen in ihrer Zersetzungstätigkeit nicht nach, sondern *verstärkten* sie noch. So kämpfte *für die Partei* anderthalb Jahre lang (von Januar 1910 bis Juni 1911) ihr Zentralorgan unter der Führung der Bolschewiki und der Polen, wobei der Menschewik Plechanow den Kampf gegen die Liquidatoren energisch unterstützte.

Gegen die Partei „arbeiteten" mit aller Kraft die Liquidatoren, die „Wperjod"-Leute, Trotzki und der „Bund". Die Letten schwankten, stellten sich aber häufiger auf die Seite der Liquidatoren.

Die Liquidatoren gingen in ihrer Zersetzungstätigkeit so weit, daß sie das ZK der Partei zerstörten! Das Plenum beschloß, das ZK in Rußland wiederherzustellen und neue Mitglieder zu kooptieren – aber die Liquidatoren willigten nicht einmal ein, auch nur zu einer einzigen Sitzung zu

erscheinen, und erklärten eine illegale Partei wie ein illegales ZK für „schädlich". Kann man nach all dem aus einem anderen Grunde als um zu intrigieren die Liquidatoren mit den westeuropäischen Opportunisten vergleichen?

Die Partei blieb ohne ZK. Der Zerfall der Partei war unausbleiblich. Sie wiederherzustellen waren nur die *russischen*, d. h. die in Rußland arbeitenden Organisationen imstande. Und hier gerade zeigte sich in ihrem ganzen Glanz die heuchlerische Intrigantenpolitik Tyszkas, der im Hauptvorstand die Anhänger einer prinzipielleren Politik majorisierte und den Hauptvorstand dazu brachte, mit der SDAPR zu brechen, so daß dieser schließlich eine Stellung *zwischen* der Partei und den Liquidatoren der Partei einnahm.

Um diese Politik, die der polnischen sozialdemokratischen Bewegung Schaden zufügt, begreiflich zu machen, wollen wir zunächst eine Tatsache aus der Sphäre des *ideologischen* Kampfes in unserer Partei anführen.

Das Plenum des ZK hat, wie wir oben zeigten, das Liquidatorentum einstimmig verurteilt. Aber ein Teil der wichtigsten Resolution (ihr sogenannter Paragraph 1) wurde in direkt entgegengesetztem Sinne abgefaßt; das kam den Liquidatoren zupaß. In diesem Paragraphen hieß es, daß die Sozialdemokratie gegenwärtig, d. h. zur Zeit der Konterrevolution, *zum erstenmal* voll und ganz die Methoden der internationalen Sozialdemokratie anwendet. Dieser Paragraph, der ein Schlupfloch für Renegatentheorien ließ, war von Tyszka vorgeschlagen worden, der zwischen den Liquidatoren und der Partei zu lavieren suchte. Natürlich unterstützten die Liquidatoren diesen Paragraphen wärmstens, halfen sie Tyszka zu „siegen"; ein Teil der Bolschewiki, die sogenannte Gruppe der „Versöhnler" (d. h. faktisch Trotzkisten), glitt ebenfalls zu den Liquidatoren ab.

Nach dem Plenum spottete Plechanow trefflich und scharf über die „Aufgedunsenheit", Verschwommenheit und Allgemeinheit dieses Punktes (ohne zu wissen, wer sein Urheber war). Ich nahm nach Plechanow Stellung und berichtete von meinem erfolglosen Kampf gegen den Bund Tyszkas mit den „Versöhnlern" und Liquidatoren.*

Kein einziger der zahlreichen Publizisten des Hauptvorstands hat in den letzten zwei Jahren *auch nur ein Wort* zur Verteidigung dieses Paragraphen gesagt.

* Siehe Werke, Bd. 16, S. 226–232. *Die Red.*

Tyszkas Lavieren führte einzig und allein zu einer liquidatorischen Entstellung der Auffassungen der Partei.

Noch trauriger waren die Folgen dieser Politik in der Organisationsfrage.

Ein ZK existiert nicht. Die Partei wiederherstellen kann nur eine Konferenz der Organisationen in Rußland. Wie aber soll man eine Konferenz einberufen? Offenkundig *nicht zusammen* mit denen, die die Partei liquidieren, sondern *ohne sie.*

Tyszka balanciert, laviert und macht in „Vereinigung" der Partei mit denen, die sie liquidieren. Zuerst schließen sich Tyszka plus das „Versöhnler"grüppchen (ein völlig ohnmächtiges Auslandsgrüppchen, das ein volles Jahr lang von keiner einzigen Organisation in Rußland auch nur eine einzige Bestellung auf seine Druckerzeugnisse erhalten hat) den Bolschewiki an, sie übernehmen die *Kontrolle* der Einberufung der Konferenz, geben den Agenten, die die Konferenz einberufen sollen, Geld und schicken sie überallhin, wobei sie behaupten, sie würden die Partei „vereinigen" (eine Behauptung, die bei den Liquidatoren wie bei uns homerisches Gelächter erregt).

Diese Agenten beginnen ihre Rundfahrt in *Kiew*, wo die Organisation so eindeutig menschewistisch war, daß dies sogar unsere notorischen Feinde, Trotzki und die Letten, in der Presse zugegeben haben. Angesichts der zügellosen Angriffe der Liquidatoren auf unsere Konferenz müssen die polnischen Arbeiter wissen, daß eben unter Beteiligung der genannten Organisation die Russische Organisationskommission für die Einberufung der Konferenz gebildet wurde (im Oktober 1911). Und eben ein Delegierter dieser Organisation (Kiews) war auf der Konferenz Vorsitzender der Mandatsprüfungskommission!

Es ist klar, daß in der Russischen Organisationskommission die Mehrheit von den Bolschewiki und einem Teil der „parteitreuen" (d. h. antiliquidatorischen) Menschewiki gebildet wird. Die anderen Grüppchen waren darin nicht vertreten, sind sie doch nur ausländische Fiktionen ohne Verbindungen in Rußland.

Und da verläßt Tyszka aus Verzweiflung, daß er nicht vermitteln und intrigieren, nicht in Vereinigung mit den Liquidatoren machen kann, die ROK und erscheint trotz *dreimaliger* Einladung nicht zur Konferenz.

Statt dessen nimmt er an einer Beratung der *Liquidatoren*[46] über die

Einberufung einer anderen (liquidatorischen) Konferenz teil und ... verläßt sie mit der Erklärung, daß dort Liquidatoren seien!! Ist solch ein „Versöhnler" etwa kein Komödiant?*

III

Die Januarkonferenz der SDAPR vereinigte die Mehrheit der Organisationen in Rußland: Petersburg, Moskau, das Wolgagebiet und den Kaukasus, den Süden, die Westgebiete. Die Konferenz stellte fest, daß sich die Liquidatoren („Nascha Sarja") außerhalb der Partei gestellt haben. Die Konferenz lehnte jegliche Verantwortung für die Auslandsgrüppchen ab, die durch ihre Aktionen die Partei zersetzen.

In ihren 23 Sitzungen erörterte die Konferenz eingehend alle Fragen der Taktik, sie nahm eine ganze Anzahl von Beschlüssen im Geiste der vorangegangenen vierjährigen Arbeit des Zentralorgans und aller führenden Parteiinstanzen an. Die Konferenz konstituierte sich als höchste Parteiinstanz und wählte ein Zentralkomitee.

Daß die Liquidatoren und mit ihnen alle ohnmächtigen Auslandsgrüppchen gegen die Parteikonferenz Gift und Galle speien, ist durchaus begreiflich. Die Konferenz hat sie verurteilt. Jeder Verurteilte hat das Recht, 24 Stunden lang auf seine Richter zu schimpfen.

Aber es gibt *weder* ein anderes ZK *noch* eine andere sozialdemokratische Partei in Rußland. Tyszka und der Hauptvorstand, die dieser Konferenz ausgewichen sind und den polnischen Arbeitern versichern, daß es (unter Mitwirkung von Maklern) möglich sei, die Partei mit den Liquidatoren zu „vereinigen", betrügen die Arbeiter. Dieser Betrug beraubte die polnischen Arbeiter der Möglichkeit, sich mit den russischen Genossen zu beraten, zusammen mit ihnen die Taktik und die Losungen in einem so wichtigen Augenblick zu erörtern, wie ihn der revolutionäre Aufschwung der April- und Maitage und die Wahlen zur IV. Duma kennzeichnen.

Die Verstärkung des revolutionären Aufschwungs unter dem russischen

* Der Hauptvorstand nennt im „Vorwärts" Trotzki einen Agenten der Liquidatoren und weist im „Czerwony Sztandar" [Rotes Banner] nach, daß eine Vereinigung nicht nur mit der liquidatorischen PPS-Lewica, sondern auch mit dem liquidatorischen „Bund" in Polen unmöglich sei!! Tyszka jedoch verspricht, die SDAPR mit den russischen Liquidatoren zu vereinigen.

Proletariat ist offensichtlich. Diesen Prozeß fördern, die illegale Organisation festigen, der Bewegung die richtigen revolutionären Lösungen geben, dem Opportunismus der legalistischen Liquidatoren eine Abfuhr erteilen, die legalen Organisationen mit antiliquidatorischem Geist erfüllen und in dieser Richtung die Wahlen zur IV. Duma durchführen – das sind die nächsten Aufgaben, die die SDAPR gegenwärtig in der Praxis zu lösen hat, wobei ihre theoretische Stellung zu diesen Aufgaben von der Gesamtrussischen Januarkonferenz festgelegt wurde.

Was die Richtung ihrer Arbeit betrifft, so marschieren die polnischen revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam mit uns. Ich erlaube mir daher zu schließen, indem ich der Überzeugung Ausdruck gebe, daß das Proletariat Polens es vermögen wird, sich trotz der prinzipiellen Schwankungen des gegenwärtigen Hauptvorstands auch organisatorisch mit uns, mit der SDAPR, zu vereinigen.

Veröffentlicht am 16. Juli 1912
in der „Gazeta Robotnicza" Nr. 15/16.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der Zeitung.
Aus dem Polnischen.

ANTWORT AN DIE LIQUIDATOREN[47]

Die Liquidatoren vom „Newski Golos" schreiben sich die Finger wund, um die Einheit der Arbeiterwahlen in Petersburg zu *zerstören*. Das wird ihnen nicht gelingen. Das heuchlerische Geschrei nach „Einheit"... (*von seiten der Liquidatoren!!*) wird niemanden betrügen.

Die Einheit der Arbeiterdemokratie ist gesichert.

Die Arbeiter folgen nicht denen, die die Arbeiterdemokratie liquidieren und nur versprechen, sie zu ersetzen ... durch eine legale „Partei", die eine liberale Arbeiterpolitik betreibt. Die Einheit der Arbeitermassen, und nicht eine „Vereinbarung" auf Kosten dieser Einheit mit den intellektuellen Spalterzirkeln der Liquidatoren, das ist es, was die klassenbewußten Arbeiter wollen. Und die *„Prawda"*[48] folgt dieser Losung.

Uns verwirren nicht die unwürdigen Ausfälle der Liquidatoren, die *offen* fragen, *wo* das zu „finden" ist, was sich der „Offenheit" nicht rühmt ... Zimmert nur, Herrschaften, eure „offene" Plattform, baut eure neue, „legale" Partei, viel Glück auf den Weg!

PS. Ich bitte dringend, mir umgehend oder möglichst bald auf die hier aufgeworfene Frage zu antworten. *Man darf nicht schweigen.* Man kann alles verderben und den Protest der Arbeiter *von links* hervorrufen, wenn man darüber schweigt. Man muß den Liquidatoren eine Abfuhr erteilen. Man *kann keine* Wahlen durchführen, wenn man verheimlicht, *für wen* diese Arbeit geleistet wird (doch nicht für die Liquidatoren?). Wollt Ihr „links" nicht *alles* verschärfen und verderben, so veröffentlicht diese „Antwort an die Liquidatoren". Solltet Ihr sie *nicht* bringen, so schickt mir dieses Blatt *unverzüglich* zurück. Das ist für mich *wichtig!*

Geschrieben im Juli 1912.
Zuerst veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

IN DER SCHWEIZ

Die Schweiz wird von den dortigen Sozialisten eine „Republik der Lakaien" genannt. Das kleinbürgerliche Land, in dem einer der wichtigsten Erwerbszweige seit eh und je das Gastwirtsgewerbe war, hing allzusehr von den reichen Tagedieben ab, die für Sommerreisen ins Gebirge Millionen hinauswerfen. Der vor dem reichen Touristen katzbuckelnde kleine Unternehmer war bis vor kurzem der häufigste Typ des schweizerischen Bourgeois.

Jetzt ändert sich die Lage. In der Schweiz entwickelt sich eine Großindustrie. Eine große Rolle spielt bei diesem industriellen Aufschwung die Ausnutzung der Wasserfälle und der Gebirgsflüsse für die direkte Gewinnung von elektrischer Energie. „Weiße Kohle" nennt man häufig diese Kraft des herabstürzenden Wassers, die der Industrie die Steinkohle ersetzt.

Die Industrialisierung der Schweiz, d. h. die Entwicklung einer einheimischen Industrie, einer Großindustrie, machte der früheren Stagnation der Arbeiterbewegung ein Ende. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit verschärft sich. Der müde, spießerische Geist, der früher oft in einigen Arbeiterbünden der Schweiz herrschte, schwindet, und an seine Stelle tritt die kämpferische Stimmung des klassenbewußten, organisierten Proletariats, das seine Kraft erkennt.

Die Arbeiter der Schweiz täuschen sich keineswegs darüber, daß ihre Republik eine bürgerliche Republik ist, die die gleiche Lohnsklaverei in Schutz nimmt, wie sie in ausnahmslos allen kapitalistischen Ländern besteht. Doch zugleich verstehen es die schweizerischen Arbeiter heute ausgezeichnet, die Freiheit ihrer republikanischen Einrichtungen für die Schulung und Organisierung der breiten Arbeitermassen auszunutzen.

Die Früchte dieser Arbeit traten bei dem Generalstreik in Zürich am 12. Juli (29. Juni a. St.) deutlich zutage.

Das war so. Die Maler und Schlosser von Zürich streikten schon mehrere Wochen, um eine Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Die Unternehmer gerieten in Wut und beschlossen, den Widerstand der Streikenden zu brechen. Die Regierung der bürgerlichen Republik eilte den Kapitalisten, denen sie ihren Eifer beweisen wollte, zu Hilfe und begann, die streikenden Ausländer *auszuweisen!* (In der Schweiz arbeiten viele zugewanderte ausländische Arbeiter, besonders Italiener.) Aber dieser grobe Gewaltakt half nicht. Die Arbeiter hielten stand.

Daraufhin griffen die Kapitalisten zu folgender Methode. In Hamburg (Deutschland) existiert eine Firma Ludwig Koch, die sich besonders mit der Beschaffung von Streikbrechern befaßt. Die Züricher Kapitalisten – Patrioten und Republikaner, Scherz beiseite! – ließen sich von dieser Firma Streikbrecher kommen, unter ihnen wissentlich allerlei kriminelle Typen, die in Deutschland wegen Kuppelei, Schlägerei usw. verurteilt worden waren. Diesen Vagabunden oder Lumpenproletariern gaben die Kapitalisten Revolver. Die frech gewordene Bande dieser Streikbrecher verteilte sich auf die Wirtshäuser im Arbeiterviertel und benahm sich unerhört rowdyhaft. Als sich die Arbeiter zusammenschlossen, um die Rowdys zu verjagen, *erschoß* einer von diesen einen streikenden Arbeiter.

Die Geduld der Arbeiter war erschöpft. Der Mörder wurde verprügelt. Es wurde beschlossen, im Stadtrat von Zürich eine Anfrage über die Ausschreitungen der Rowdys einzubringen. Und als der Stadtrat die Kapitalisten in Schutz nahm und die Streikposten verbot, beschlossen die Arbeiter, mit einem *vierundzwanzigstündigen Generalstreik* zu protestieren.

Für den Streik sprachen sich einmütig alle Gewerkschaftsverbände aus. Nur die Buchdrucker machten eine traurige Ausnahme. Sie stimmten gegen den Streik, und die Versammlung der 425 Vertreter aller Arbeiterorganisationen von Zürich quittierte diesen Beschluß der Buchdrucker mit lauten „Pfui!"-Rufen. Der Streik wurde beschlossen, obwohl die Führer der politischen Organisationen dagegen waren (der alte Geist der verspießerten, opportunistischen schweizerischen Führer!).

Die Arbeiter wußten, daß die Kapitalisten und die Verwaltung versuchen würden, den friedlichen Streik zum Scheitern zu bringen, und sie

handelten daher nach der weisen Regel: „Wenn schon Krieg, dann wie im Krieg". Im Krieg läßt man den Feind nicht wissen, *wann* der Angriff erfolgen wird. Die Arbeiter erklärten am Donnerstag, daß der Streik am Dienstag oder Mittwoch durchgeführt würde, setzten ihn aber in Wirklichkeit *für Freitag* fest. Die Kapitalisten und die Verwaltung wurden überrumpelt.

Der Streik gelang ausgezeichnet. Am frühen Morgen waren 30 000 Flugblätter in deutscher und italienischer Sprache verteilt worden. Etwa 2000 Streikende hielten die Straßenbahndepots besetzt. Alles stand still. Das Leben in der Stadt war erstorben. Der Freitag ist in Zürich Markttag, aber die Stadt lag wie tot. Der Genuß von Alkohol (aller alkoholischen Getränke) war vom Streikkomitee untersagt worden, und die Arbeiter hielten sich streng an diesen Beschluß.

Um 2 Uhr nachmittags fand eine imposante Massendemonstration statt. Nachdem die Reden gehalten waren, ging man friedlich und ohne Gesang auseinander.

Die Regierung und die Kapitalisten, die gehofft hatten, die Arbeiter zu Gewaltakten provozieren zu können, mußten ihren Mißerfolg erkennen, und jetzt rasen sie vor Wut. Ein besonderer Erlaß verbietet im ganzen Kanton Zürich nicht nur Streikposten, sondern auch Versammlungen im Freien und Demonstrationen. Die Polizei besetzte das Volkshaus in Zürich und verhaftete eine Reihe von Arbeiterführern. Die Kapitalisten verfügten, um sich für den Generalstreik zu rächen, eine dreitägige Aussperrung.

Die Arbeiter verhalten sich ruhig, sie halten den Boykott von Schnaps und Wein streng ein und sagen einander: „Warum sollten wir Arbeiter nicht drei Tage im Jahr feiern, wo doch die Reichen das ganze Jahr lang feiern."

„Prawda" Nr. 63,
12. Juli 1912.
Unterschrift: B. Sh.

Nach dem Text der „Prawda".

DEMOKRATIE UND VOLKSTÜMLERIDEOLOGIE IN CHINA

Der Artikel des provisorischen Präsidenten der chinesischen Republil Sun Yat-sen, den wir der Brüsseler sozialistischen Zeitung „Le Peuple" [Das Volk] entnehmen, ist für uns Russen von außerordentlichem Interesse.

Ein Sprichwort sagt: Der Außenstehende sieht besser. Sun Yat-sen ist ein außerordentlich interessanter „außenstehender" Zeuge, denn obwohl er ein europäisch gebildeter Mensch ist, ist er offenbar mit Rußland ganz und gar nicht vertraut. Und dieser europäisch gebildete Vertreter der kämpfenden und siegreichen chinesischen Demokratie, die sich die Republik erobert hat, wirft vor unseren Augen – ganz und gar unabhängig von Rußland, von den russischen Erfahrungen, von der russischen Literatur – rein russische Fragen auf. Der fortgeschrittene chinesische Demokrat urteilt buchstäblich wie ein Russe. Seine Ähnlichkeit mit einem russischen Volkstümler ist so groß, daß sie bis zur vollen Übereinstimmung der Hauptgedanken und einer ganzen Reihe einzelner Aussprüche geht.

Der Außenstehende sieht besser. Die Plattform der großen chinesischen Demokratie – denn eben eine solche Plattform stellt der Artikel Sun Yat-sens dar – veranlaßt uns und gibt uns die willkommene Gelegenheit, die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen Demokratismus und Volkstümlerideologie in den gegenwärtigen bürgerlichen Revolutionen Asiens noch einmal unter dem Gesichtswinkel der neuen Weltereignisse zu überprüfen. Es ist das eine der ernstesten Fragen, vor die Rußland in seiner revolutionären Epoche, die 1905 begann, gestellt worden ist. Und nicht nur Rußland, sondern ganz Asien, wie die Plattform des provisorischen Präsidenten der chinesischen Republik zeigt, besonders wenn man diese

Plattform der Entwicklung der revolutionären Ereignisse in Rußland, in der Türkei, in Persien und China gegenüberstellt. Rußland ist in sehr vielen und sehr wesentlichen Beziehungen zweifellos ein asiatischer Staat, und dabei ein ganz besonders barbarischer, mittelalterlicher, schändlich rückständiger asiatischer Staat.

Die russische bürgerliche Demokratie ist im Sinne der Volkstümlerideologie gefärbt – beginnend mit ihrem ältesten und einsamen Vorläufer, dem Adligen Herzen, und endend mit ihrer Massenvertretung, den Mitgliedern des Bauernbundes im Jahre 1905, den Trudowikiabgeordneten der ersten drei Dumas von 1906 bis 1912. Jetzt sehen wir, daß die bürgerliche Demokratie Chinas in ganz der gleichen volkstümlerischen Färbung auftritt. Betrachten wir nun am Beispiel Sun Yat-sens, worin die „soziale Bedeutung" der Ideen besteht, die aus der tiefen revolutionären Bewegung Hunderter und aber Hunderter Millionen Menschen hervorgegangen sind, die jetzt endgültig in den Strom der weltumfassenden kapitalistischen Zivilisation hineingezogen werden.

Streitbare, ehrliche demokratische Gesinnung erfüllt jede Zeile der Plattform Sun Yat-sens. Volles Verständnis für die Mangelhaftigkeit einer „Rassen"revolution. Keine Spur eines Apolitizismus oder auch nur einer Geringschätzung der politischen Freiheit, keinerlei Zulassung des Gedankens einer Vereinbarkeit der chinesischen Selbstherrschaft mit einer chinesischen „Sozialreform", mit einer chinesischen konstitutionellen Umgestaltung usw. Voller Demokratismus mit der Forderung der Republik. Direkte Stellung der Frage nach der Lage der Massen, der Frage des Massenkampfes, heißes Mitgefühl mit den Werktätigen und Ausgebeuteten, Glaube an ihr Recht und ihre Kraft.

Vor uns haben wir wirklich die große Ideologie eines wirklich großen Volkes, das sein jahrhundertealtes Sklaventum nicht nur beklagt, von Freiheit und Gleichheit nicht nur träumt, sondern es auch versteht, gegen die jahrhundertealten Unterdrücker Chinas zu *kämpfen*.

Es drängt sich von selbst der Vergleich zwischen dem provisorischen Präsidenten der Republik im wilden, öden, asiatischen China und den verschiedenen Präsidenten der Republiken in Europa, in Amerika, in den Ländern der fortgeschrittenen Kultur auf. *Dort* sind die Präsidenten der Republiken durchweg Manager, Agenten oder Puppen in den Händen der Bourgeoisie, die durch und durch verfault ist, von Kopf bis Fuß, mit

Schmutz und Blut bespritzt – nicht mit dem Blut der Padischahs und Großmoguln, sondern mit dem Blut der Arbeiter, die im Namen des Fortschritts und der Zivilisation erschossen werden, wenn sie streiken. Dort sind die Präsidenten Vertreter einer Bourgeoisie, die sich schon längst von allen Idealen ihrer Jugend losgesagt hat, die sich selbst bis zum äußersten prostituiert und sich den Millionären, Milliardären, den verbürgerlichten Feudalherren usw. mit Haut und Haaren verkauft hat.

Hier der asiatische provisorische Präsident einer Republik, ein revolutionärer Demokrat, voll Edelsinn und Heroismus, wie sie einer Klasse eigen sind, die aufsteigt und nicht abwärts gleitet, die die Zukunft nicht fürchtet, sondern an sie glaubt und mit Selbstverleugnung für sie kämpft – einer Klasse, die das Vergangene haßt und es versteht, sich des Abgestorbenen, der alles Leben erstickenden Fäulnis zu entledigen, einer Klasse, die sich nicht um ihrer Privilegien willen an die Erhaltung und Wiederaufrichtung des Vergangenen klammert.

Was denn? Heißt das vielleicht, daß der materialistische Westen verfault ist und das Licht nur aus dem mystischen, religiösen Osten leuchtet? Nein, gerade umgekehrt. Das heißt, daß der Osten endgültig den Weg des Westens betreten hat, daß neue *Hunderte und aber Hunderte Millionen* Menschen nunmehr am Kampf für die Ideale teilnehmen, zu denen sich der Westen durchgekämpft hat. Verfault ist die Bourgeoisie des Westens, vor der schon ihr Totengräber steht – das Proletariat. Aber in Asien existiert *noch* eine Bourgeoisie, die fähig ist, die ehrliche, streitbare und konsequente Demokratie zu vertreten, eine würdige Gefährtin der großen Verkünder und großen Tatmenschen am Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich.

Der Hauptvertreter oder die soziale Hauptstütze dieser, einer historisch fortschrittlichen Sache noch fähigen, asiatischen Bourgeoisie ist der Bauer. Neben ihm gibt es bereits eine liberale Bourgeoisie, deren Führer, wie Yüan Schi-kai, am ehesten des Verrats fähig sind: gestern fürchteten sie noch den „Sohn des Himmels" und krochen vor ihm; dann – als sie eine Kraft sahen, als sie den Sieg der revolutionären Demokratie fühlten – verrieten sie den Himmelssohn, und morgen werden sie die Demokraten verraten, um einer Abmachung mit irgendeinem alten oder neuen „konstitutionellen" Himmelssohn willen.

Ohne einen starken, wahrhaften demokratischen Aufschwung, der die

werktätigen Massen entflammt, sie fähig macht, Wunder zu vollbringen, und der in jedem Satz der Plattform Sun Yat-sens sichtbar wird, wäre eine wirkliche Befreiung des chinesischen Volkes von der jahrhundertealten Sklaverei unmöglich.

Aber diese Ideologie des streitbaren Demokratismus ist bei den chinesischen Volkstümlern verknüpft erstens mit sozialistischen Träumereien, mit der Hoffnung, den Weg des Kapitalismus in China zu vermeiden, dem Kapitalismus zuvorzukommen, und zweitens mit dem Plan und der Propagierung einer radikalen Agrarreform. Gerade diese beiden politisch-ideologischen Strömungen stellen das Element dar, welches das Wesen der *Volkstümlerrichtung* in der spezifischen Bedeutung dieses Begriffs, d. h. zum Unterschied vom Demokratismus, in Ergänzung zum Demokratismus, ausmacht.

Welchen Ursprung und welche Bedeutung haben diese Strömungen?

Die chinesische Demokratie konnte die alte Ordnung in China nicht stürzen und die Republik nicht erobern ohne einen gewaltigen geistigen und revolutionären Aufschwung der Massen. Ein solcher Aufschwung setzt voraus und erzeugt das aufrichtigste Mitgefühl mit der Lage der werktätigen Massen, den glühendsten Haß gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter. Doch in Europa und Amerika, von wo die fortschrittlichen Chinesen, *alle* Chinesen, soweit sie diesen Aufschwung verspürten, ihre Befreiungsideen entlehnt haben, steht schon die Befreiung *von* der Bourgeoisie, d. h. der Sozialismus, auf der Tagesordnung. Die Folge ist unvermeidlich die Sympathie der chinesischen Demokraten für den Sozialismus, ihr *subjektiver* Sozialismus.

Sie sind subjektiv Sozialisten, weil sie gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Massen sind. Aber die *objektiven* Verhältnisse Chinas, eines zurückgebliebenen, halbfeudalen Agrarlandes, stellen im Leben dieses fast eine halbe Milliarde zählenden Volkes allein eine bestimmte, historisch-eigentümliche Form dieser Unterdrückung und dieser Ausbeutung auf die Tagesordnung: den Feudalismus. Der Feudalismus fußte auf der Vorherrschaft des Ackerbaus und der Naturalwirtschaft; die Quelle der feudalen Ausbeutung des chinesischen Bauern war seine *Fesselung* an die Scholle in dieser oder jener Form; die politischen Träger dieser Ausbeutung waren die Feudalherren, alle zusammen und jeder einzelne, mit dem Kaiser als dem Haupt des Systems.

Und nun zeigt sich, daß sich aus den subjektiv-sozialistischen Gedanken und Programmen des chinesischen Demokraten in der Praxis ein Programm der „Änderung aller Rechtsgrundlagen" *einzig und allein* des „unbeweglichen Eigentums", ein Programm der Vernichtung *einzig und allein* der feudalen Ausbeutung ergibt.

Darin liegt der *Kern* der Volkstümlerideologie Sun Yat-sens, seines fortschrittlichen, kämpferischen, revolutionären Programms der bürgerlich-demokratischen Agrarumgestaltungen und seiner sogenannten sozialistischen Theorie.

Diese Theorie ist, vom Standpunkt der Doktrin betrachtet, die Theorie eines kleinbürgerlichen „sozialistischen" Reaktionärs. Denn es ist ganz und gar reaktionär, davon zu träumen, daß es in China möglich sei, dem Kapitalismus „zuvorzukommen", daß in China infolge seiner Rückständigkeit die „soziale Revolution" leichter sei usw. Und Sun Yat-sen läßt selbst mit unnachahmlicher, man könnte fast sagen kindlicher Naivität seine reaktionäre Volkstümlertheorie in Rauch aufgehen, wenn er anerkennt, was anzuerkennen das Leben erzwingt: daß nämlich „China am Vorabend einer gigantischen industriellen" (d. h. kapitalistischen) „Entwicklung steht", daß in China „der Handel" (d. h. der Kapitalismus) „sich in gewaltigem Ausmaß entfalten wird", daß es „bei uns in 50 Jahren viele Schanghais geben wird", d. h. Millionenzentren kapitalistischen Reichtums und proletarischer Not und Armut.

Aber es fragt sich – und das ist der ganze Kern der Frage, das ist der interessanteste Punkt, *vor* dem nicht selten der kastrierte liberale Quasimarxismus haltmacht –, es fragt sich, ob Sun Yat-sen auf Grund seiner reaktionären ökonomischen Theorie wirklich ein reaktionäres Agrarprogramm vertritt.

Darum eben geht es, daß dem nicht so ist. Darin eben besteht die Dialektik der gesellschaftlichen Verhältnisse Chinas, daß die chinesischen Demokraten, die mit dem Sozialismus in Europa aufrichtig sympathisierten, ihn in eine reaktionäre Theorie verwandelt haben und *auf Grund* dieser reaktionären Theorie, daß China dem Kapitalismus „zuvorkommen" könne, ein *rein kapitalistisches*, maximal kapitalistisches Agrarprogramm verfechten!

In der Tat, worauf läuft die „ökonomische Revolution" hinaus, von der Sun Yat-sen am Anfang seines Artikels so prunkvoll und dunkel spricht?

Auf die Übergabe der Rente an den Staat, das heißt auf die Nationalisierung des Bodens mittels einer Art Einheitssteuer im Sinne Henry Georges. Irgend etwas anderes *Reales* ist in der von Sun Yat-sen vorgeschlagenen und verkündeten „ökonomischen Revolution" nicht enthalten.

Der Unterschied zwischen dem Wert des Bodens in einem bäuerlichen Krähwinkel und in Schanghai besteht in dem Unterschied der Größe der Rente. Der Preis des Bodens ist kapitalisierte Rente. Dafür zu sorgen, daß der „Wertzuwachs" des Bodens „Eigentum des Volkes" werde, bedeutet, die Rente, d. h. das Eigentum an Grund und Boden, dem Staat zu übergeben, oder anders gesagt, den Boden zu nationalisieren.

Ist eine solche Reform im Rahmen des Kapitalismus möglich? Sie ist nicht nur möglich, sondern sie stellt sogar den reinsten, maximal konsequenten, ideal vollkommenen Kapitalismus dar. Das hat Marx im „Elend der Philosophie" gezeigt und eingehend im III. Band des „Kapitals" bewiesen; besonders anschaulich hat er das in der Polemik gegen Rodbertus in den „Theorien über den Mehrwert"[49] entwickelt.

Die Nationalisierung des Bodens gibt die Möglichkeit, die absolute Rente zu beseitigen und nur die Differentialrente übrigzulassen. Die größtmögliche Ausmerzung der mittelalterlichen Monopole und der mittelalterlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft, die größtmögliche Freiheit des Handels mit Grund und Boden, die leichteste Anpassung der Bodenbewirtschaftung an den Markt – das bedeutet die Nationalisierung des Bodens nach der Lehre von Marx. Die Ironie der Geschichte besteht darin, daß die Volkstümlerrichtung im Namen des „Kampfes gegen den Kapitalismus" in der Landwirtschaft ein Agrarprogramm vertritt, dessen volle Verwirklichung die *schnellste* Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft bedeuten würde.

Welche ökonomische Notwendigkeit hat in einem der am weitesten zurückgebliebenen Bauernländer Asiens zur Verbreitung der fortschrittlichsten bürgerlich-demokratischen Programme in der Bodenfrage geführt? Die Notwendigkeit der Vernichtung des Feudalismus in allen seinen Formen und Erscheinungen.

Je mehr China hinter Europa und hinter Japan zurückblieb, desto mehr drohte ihm Zerstückelung und nationaler Zerfall. „Erneuern" konnte es nur der Heroismus der revolutionären Volksmassen, der fähig ist, auf dem

Gebiet der Politik die chinesische Republik zu schaffen und auf dem Gebiet der Landwirtschaft mittels der Nationalisierung des Bodens den raschesten kapitalistischen Fortschritt zu sichern.

Ob und in welchem Maße das gelingt, das ist eine andere Frage. Verschiedene Länder haben in ihrer bürgerlichen Revolution verschiedene Stufen der politischen Demokratie und der Agrardemokratie verwirklicht, und dabei in den buntesten Kombinationen. Entscheiden werden die internationale Lage und das Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte in China. Der Kaiser wird sicherlich die Feudalherren, die Bürokratie und die chinesische Geistlichkeit vereinigen und die Restauration vorbereiten. Yüan Schi-kai, der Vertreter der Bourgeoisie, die eben erst aus einer liberal-monarchistischen zu einer liberal-republikanischen geworden ist (auf wie lange?), wird eine Politik des Lavierens zwischen der Monarchie und der Revolution betreiben. Die revolutionäre bürgerliche Demokratie, die von Sun Yat-sen vertreten wird, sucht ganz richtig den Weg zur „Erneuerung" Chinas in der Entwicklung der größtmöglichen Selbsttätigkeit, Entschlossenheit und Kühnheit der bäuerlichen Massen in der Sache der politischen und der Agrarreformen.

Und schließlich wird, in dem Maße, wie in China die Zahl der Schanghais wachsen wird, auch das chinesische Proletariat wachsen. Es wird wahrscheinlich diese oder jene chinesische sozialdemokratische Arbeiterpartei bilden, die bei gleichzeitiger Kritik an den kleinbürgerlichen Utopien und den reaktionären Anschauungen Sun Yat-sens den revolutionär-demokratischen Kern seines politischen und Agrarprogramms sicherlich sorgfältig herausheben, bewahren und weiterentwickeln wird.

„Newskaja Swesda" Nr. 17,
15. Juli 1912.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

DER PARTEITAG DER ITALIENISCHEN SOZIALISTEN

In diesen Tagen wurde in der Stadt Reggio (Provinz Emilia) der XIII. Parteitag der Italienischen Sozialistischen Partei beendet.

Der innere Kampf in der Italienischen Sozialistischen Partei hat in den letzten Jahren besonders scharfe Formen angenommen. Anfangs gab es zwei Grundrichtungen: die Revolutionäre und die Reformisten. Die ersten verteidigten den proletarischen Charakter der Bewegung und kämpften gegen jegliche Erscheinungsformen des Opportunismus, d. h. gegen den Geist der Mäßigung, des Paktierens mit der Bourgeoisie, des Verzichts auf die (sozialistischen) Endziele der Arbeiterbewegung. Der Klassenkampf, das ist das Grundprinzip, die Grundlage der Anschauungen dieser Richtung.

Die Reformisten vergaßen im Kampf um Reformen, d. h. um einzelne Verbesserungen der politischen und wirtschaftlichen Lage, ständig den sozialistischen Charakter der Bewegung, sie setzten sich für Blocks und Bündnisse mit der Bourgeoisie ein bis zum Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Kabinett, bis zum Verzicht auf konsequent republikanische Überzeugungen (im monarchistischen Italien gilt die republikanische Propaganda an sich nicht als ungesetzlich), bis zur Verteidigung der „Kolonialpolitik", der Politik der Eroberung von Kolonien, der Unterdrückung, Ausplünderung und Ausrottung der Eingeborenen usw.

Diese beiden Grundrichtungen, die es in dieser oder jener Form in *allen* sozialistischen Parteien gibt, brachten in Italien noch zwei extreme Richtungen hervor, die sich völlig vom Sozialismus abwandten und die deshalb zur Lostrennung von der sozialistischen Arbeiterpartei führten. Eines dieser nichtsozialistischen Extreme ist der *Syndikalismus*, der eine Zeitlang

in Italien „Mode" wurde. Die Syndikalisten neigten zum Anarchismus, verfielen in revolutionäre Phrasen, untergruben die Disziplin des Arbeiterkampfes, verzichteten auf die Ausnutzung der Parlamentstribüne durch die Sozialisten oder verteidigten diesen Verzicht.

Der Einfluß der Anarchisten ist überall schwach, und die Arbeiterbewegung überwindet diese Krankheit schnell.

Die italienischen Syndikalisten (mit ihrem Führer Arturo Labriola an der Spitze) stehen gegenwärtig schon *außerhalb* der Sozialistischen Partei. Ihre Rolle in der Arbeiterbewegung ist ganz unbedeutend. Die revolutionären Marxisten in Italien wie auch in den anderen Ländern zeigen nicht die geringste Nachsicht gegenüber den anarchistischen Stimmungen und Richtungen, die die proletarische Bewegung zersetzen.

Die Reformisten sind weniger beharrlich gegenüber jenen extremen rechten Reformisten, die zur liberalen Arbeiterpolitik hinabgleiten und endgültig in das Lager der Liberalen und auf die Seite der Bourgeoisie übergehen. Die Absonderung dieser Verräter an der Sache der Arbeiter von der Sozialistischen Partei geht deshalb selten ohne einen unerhört harten Kampf der revolutionären Marxisten gegen *alle* Reformisten vonstatten. So war es zum Beispiel in Frankreich, als der Opportunist und Reformist Millerand sich endgültig der Bourgeoisie verkaufte und in das bürgerliche Kabinett eintrat.

So steht die Sache auch in Italien. Die Reformisten spalteten sich in die linken Reformisten (mit Turati an der Spitze) und in die rechten Reformisten (mit Bissolati an der Spitze). Der Parteitag in Reggio Emilia manifestiert den letzten Akt dieser Spaltung.

Auf dem Parteitag waren drei Richtungen vertreten: 1. die Revolutionäre (sie hatten entsprechend der Zahl ihrer Anhänger in der Partei auf dem Parteitag etwa 12500 Stimmen), 2. die linken Reformisten (etwa 9000) und 3. die rechten Reformisten (etwa 2000). Die Revolutionäre stellten den Antrag, Bissolati und noch drei extreme rechte Reformisten aus der Partei auszuschließen. Von den linken Reformisten war ein Drittel ebenfalls für ihren Ausschluß, aber mit einer „milderen" Begründung, und zwei Drittel waren gegen den Ausschluß und für eine einfache Rüge.

Da die Revolutionäre, wie aus den angeführten Zahlen ersichtlich, die Mehrheit hatten, siegten sie, und Bissolati und Co. wurden ausgeschlossen.

Worin bestanden die Anschauungen und Handlungen Bissolatis, die es

notwendig machten, ihn aus der Partei auszuschließen? Entgegen den wiederholten Beschlüssen der Partei ging Bissolati in der Unterstützung des bürgerlichen Kabinetts so weit, daß er selbst fast zu einem „Minister ohne Portefeuille" geworden war (d. h., ohne Minister zu sein, verhielt er sich wie ein Gesinnungsgenosse und Mitglied des bürgerlichen Kabinetts).

Entgegen den republikanischen Überzeugungen, denen die italienischen Sozialisten streng folgen, fuhr Bissolati zum Quirinal, besuchte den König und führte mit ihm Verhandlungen! Bissolati verstieg sich bis zur Verteidigung des Krieges, den Italien gegenwärtig gegen die Türkei führt, obgleich die *ganze* Partei diesen Krieg entschieden als schamlosen bürgerlichen Raub und als schmutziges Gemetzel an den afrikanischen Eingeborenen in Tripolis verurteilt hat, gegen die moderne, todbringende Waffen eingesetzt werden.

Nach dem Ausschluß von Bissolati und Co. aus der Partei traten *alle* rechten Reformisten aus der Partei aus und gründeten eine *eigene* Partei, die sie „Reformsozialistische Partei" nannten. Hinter diesem Aushängeschild verbirgt sich *in Wirklichkeit* die „Partei" der liberal-monarchistischen „Arbeiter"politiker.

Eine Spaltung ist eine schwere, schmerzhafte Angelegenheit. Aber zuweilen wird sie notwendig, und in solchen Fällen ist jegliche Schwäche, jegliche „Sentimentalität" (ein Wort, das in Reggio unsere Landsmännin Balabanowa gebrauchte) ein Verbrechen. Die Führer der Arbeiter sind keine Engel, keine Heiligen, keine Heroen, sondern Menschen wie alle. Sie machen Fehler. Die Partei korrigiert sie. Es hat Fälle gegeben, wo die deutsche Arbeiterpartei opportunistische Fehler selbst solcher großen Führer wie Bebel korrigieren mußte.

Aber wenn man auf dem Fehler beharrt, wenn zur Verteidigung des Fehlers eine Gruppe gebildet wird, die alle Beschlüsse der Partei, die ganze Disziplin der proletarischen Armee mit Füßen tritt, dann ist eine Spaltung notwendig. Und indem die Partei des sozialistischen Proletariats Italiens die Syndikalisten und rechten Reformisten aus ihrer Mitte entfernte, beschritt sie den richtigen Weg.

„Prawda", Nr. 66,
15. Juli 1912.
Unterschrift: J.

Nach dem Text der „Prawda".

RUSSISCHE „REDEFREIHEIT"

Die Zeitung „Wetterfahne", auch noch „Nowoje Wremja" genannt, gibt eine Korrespondenz ihres werten Kollegen, der „Peterburgskije Wedomosti" [Petersburger Nachrichten], aus Iwanowo-Wosnessensk wieder.

„In unserer Fabrikstadt", schreibt man der Zeitung, „haben Unflätigkeiten auf der Straße die menschliche Redeweise verdrängt. Es fluchen die Fabrikarbeiter, unflätig schimpfen die Kutscher, anständig gekleidete Leute, die Polizisten bei der Ausübung ihrer Dienstobliegenheiten."

Und das „Nowoje Wremja" bemerkt zu diesem Sittenbild:

„Die glückliche Arbeiterstadt, wo die kühnsten sozialdemokratischen Wünsche in bezug auf eine durch nichts geregelte Redefreiheit verwirklicht sind."

Nicht wahr, wie lehrreich dieser grobe Ausfall ist?

Wer wüßte nicht, ihr Herren Redakteure eines regierungstreuen Blattes, daß gerade die der Regierung am nächsten stehenden rechten Parteien in der III. Duma die Redefreiheit in puncto Unflätigkeiten „verwirklicht" haben? Wer wüßte nicht, daß sich die Herren Purischkewitsch, Markow und *ihre* Kollegen in ganz Rußland dadurch einen Namen gemacht haben?

Unvorsichtig, wirklich unvorsichtig handelt das „Nowoje Wremja"! Es könnte seine Lakaienrolle geschickter spielen ... So aber erinnert einen plötzlich eine der Regierung ohne Schmeichelei ergebene Zeitung daran, welche „Redefreiheit" von den Purischkewitsch und Co. praktiziert wird und welche von den sozialdemokratischen Dumaabgeordneten.

Die Redefreiheit der Purischkewitsch in der Gutsbesitzerduma und die Redefreiheit in den Arbeiterversammlungen ... Ein gutes Wahlthema berührt das in seinem groben Eifer ungeschickte „Nowoje Wremja"!

„Prawda" Nr. 66, 15. Juli 1912.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

WIE P. B. AXELROD DIE LIQUIDATOREN ENTLARVT

I

P. B. Axelrod ist es bestimmt, in der Entwicklung der opportunistischen Strömung unter den Marxisten eine originelle Rolle zu spielen. Viel Staub wirbelte er seinerzeit zum Beispiel mit der Idee des „Arbeiterkongresses" auf. Seine Propaganda gewann und begeisterte manche Arbeiter. Aber je umfassender diese Propaganda betrieben wurde, je näher die praktische Ausführung heranrückte, desto deutlicher wurde der *phantastische* Charakter der ganzen Idee. Sie platzte von selbst. Die Erfahrung hat bestätigt, was die Bolschewiki oft genug gesagt hatten: Axelrods „Ideen" sind Hirngespinste der opportunistischen Intelligenz, Wunschträume, wie man den harten Klassenkampf und politischen Kampf „umgehen" kann.

Genau die gleiche Geschichte wiederholte sich jetzt mit der Idee eines Arbeiterverlages und einer „fraktionslosen" Arbeiterzeitung. Welcher Petersburger Arbeiter erinnert sich nicht, wie die Liquidatoren vor noch gar nicht langer Zeit eben diese Idee im Sinne hatten? wie sie die Arbeiter mit dem Wunschtraum verlocken wollten, man könne den Kampf innerhalb der Arbeiterdemokratie „umgehen"? wie komisch ungehalten sie über die „Swesda" waren, weil diese erklärt hatte, daß man die Frage der liberalen Arbeiterpolitik (man denke an den Beschluß der Bäcker[50]) nicht umgehen könne, daß das Gerede von einer Arbeiterkontrolle über eine fraktionslose Zeitung bloße Demagogie sei?

Und nun hat Axelrod in Nr. 6 des Liquidatorenblattes „Newski Golos" die Demagogie seiner eigenen Freunde vortrefflich entlarvt – mußte er sie entlarven. Demagogie heißt unerfüllbare Versprechungen machen. Der

Gedanke eines breiten Arbeiterkongresses, eines legalen Arbeiterverlages, einer fraktionslosen Arbeiterzeitung ist verlockend. Die ganze Sache ist aber die, daß diese verlockenden Dinge *unerfüllbar* sind *ohne* vorherigen harten und schweren Kampf für die politische Freiheit überhaupt, für den Sieg des Marxismus innerhalb der Arbeiterdemokratie usw. Demagogische Versprechungen machen ist leicht. Doch zeigt das Leben bald ihre Unerfüllbarkeit und enthüllt den Opportunismus der „rosigen Illusionen".

Im „Newski Golos" Nr. 6 bietet Axelrod erstaunlich viel an leerer Deklamation. So die Beteuerung, daß er und seine Freunde „progressive Vertreter der Partei", die Gegner aber „reaktionäre" Vertreter seien. Selbstverständlich ist es Axelrod sehr angenehm, das zu denken, den Liquidatoren, das zu drucken. Aber nur allzu billig ist diese Deklamation! Sich selbst dafür loben, daß man „progressiv" sei ... wäre es da nicht besser, Wesen und Bedeutung der Differenzen zu *erklären*?

„Der Gedanke an die Möglichkeit eines zu keiner Fraktion gehörenden sozialdemokratischen (eines wirklich sozialdemokratischen, ohne Anführungszeichen) Organs erscheint noch jetzt als eine Utopie, und zwar eine Utopie, die den Interessen der parteipolitischen Entwicklung und der organisatorischen Vereinigung des Proletariats unter dem Banner der Sozialdemokratie objektiv zuwiderläuft. Du magst die Natur zur Tür hinausjagen, sie kommt durchs Fenster und durch die Spalten wieder herein."

So schreibt Axelrod. Das sind sehr vernünftige Gedanken. Das ist in seinem Kern völlig richtig. Es zeigt, daß Axelrods Freunde, die Liquidatoren, die gestern noch gerade den von Axelrod jetzt verurteilten Gedanken in die Arbeitermasse schleuderten, keineswegs recht hatten. Nur können wir nichts „Progressives" darin sehen, unerfüllbare Versprechungen zu machen ...

„Man kann sagen, daß wir keine in feste Organisationsform gebrachten Fraktionen besitzen", schreibt Axelrod. „Es gibt an ihrer Stelle verschiedene kleine Gruppen und Grüpplein, von denen nur wenige an ihren bestimmten politischen, taktischen und organisationsmäßigen Anschauungen festhalten, während die anderen ziellos umherirren oder zwischen den Füßen der ersteren trotteln."

Der erste Teil des Satzes stimmt nicht ganz. Axelrod weiß sehr wohl, daß etwas *durchaus* in feste Organisationsform Gebrachtes existiert, soweit das heute nur möglich ist. Aber der zweite Teil stimmt – es gibt in der

Tat viele Grüpplein, die umherirren und zwischen den Füßen der anderen trotteln. Wenn Axelrod diese vom Verlauf der Ereignisse diktierte Wahrheit ausspricht, entlarvt er wiederum seine Freunde. Wer wüßte nicht, daß die Freunde Axelrods gerade jetzt eben mit einer zur Schau getragenen, papierenen „Vereinigung" der umherirrenden Grüpplein prahlen? Ist es nicht dieselbe Nr. 6 des „Newski Golos", in der sie diese fiktive „Vereinigung" aller Liquidatoren mit allen Umherirrenden versprechen?

„Der Zentralpunkt und die Hauptquelle der Streitigkeiten", fährt Axelrod fort, „ergeben sich aus dem verschiedenen Verhalten verschiedener Parteikreise zur neuen, offenen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung" (nicht zur legalen *Partei*, verehrter P. B. Axelrod? Es ist nicht schön, wenn man das Wesen einer Differenz verfälscht!) „und aus den wesentlich verschiedenen Auffassungen der nächsten politischen Aufgaben und der politischen Taktik der russischen Sozialdemokratie. Die Fragen dieser Art gewinnen gerade jetzt, wo eine neue gesellschaftliche und politische Bewegung beginnt, eine besonders unmittelbare brennende Bedeutung. Und gerade hier ist die russische Sozialdemokratie in zwei große Lager gespalten. Es fragt sich: Wie kann das projektierte Arbeiterblatt eine neutrale Stellung zwischen den beiden entgegengesetzten Lagern einnehmen? Ist auch nur im Prinzip eine solche Stellung zulässig? Offenbar nein ..."

Eine völlig richtige Schlußfolgerung. Axelrod schlägt ausgezeichnet nicht nur diejenigen seiner Freunde, die gestern mit einem neutralen und fraktionslosen Blatt Lärm machten, sondern auch diejenigen, die heute naiven Leuten versichern, sie wollten sich mit den *neutralen* Grüpplein „verständigen", „vereinigen", zusammenschließen u. dgl. m.

Große Lager gibt es in der Tat zwei. Das eine ist durchaus in feste Organisationsformen gebracht. Seine Antworten auf alle von Axelrod aufgezählten Fragen sind durchaus in aller Form gegeben, exakt, bestimmt, und gleichen nicht den verstreuten und einander widersprechenden Artikeln einzelner Publizisten. Das andere Lager jedoch, das der Liquidatoren, dem Axelrod angehört, ist wissentlich weder in feste Organisationsformen gebracht (statt dessen gibt es nur Versprechungen, eine legale Arbeiter*partei* zu schaffen, nur Redereien von offenen politischen Arbeitergesellschaften, die noch unmöglicher sind als der Arbeiterkongreß 1906/1907), noch hat es bestimmte, exakte Antworten auf die von Axelrod selbst aufgezählten Fragen gegeben (statt bestimmter Antworten gibt es nur die publizistischen Übungen eines Jeshow, Lewizki, Kljonow, Tschazki u. a.).

„Sobald sich die verlegerische und literarische Arbeitergruppe entschließt, mit einem bestimmten Aktionsprogramm hervorzutreten, eine bestimmte Stellung, und sei es zum Beispiel in Fragen, die mit der Wahlkampagne zusammenhängen, zu beziehen, den Arbeitern diese oder jene Aufgaben und Parolen in dieser Kampagne zu geben und sich für diese oder jene Taktik gegenüber den verschiedenen politischen Parteien auszusprechen, sobald die Verlagsgenossenschaft, sage ich, ihrer Publikation den Charakter eines prinzipiell proletarischen politischen Organs verleihen will, wird sie von Angesicht zu Angesicht denselben brennenden Fragen und Meinungsverschiedenheiten gegenüberstehen, die die russische Sozialdemokratie bewegen und spalten. Und dann kann es passieren, daß diese Genossenschaft selbst zu einem neuen Herd ebensolcher Streitigkeiten wird – wenn sich ihre Mitglieder nicht rechtzeitig einigen und über diese Fragen verständigen."

Sehr richtig und sehr gut widerlegt Axelrod die Liquidatoren. Was für die „Genossenschaft" gilt, gilt für die „Nascha Sarja" und den „Newski Golos" erst recht. Weshalb *einigen* sie sich denn nicht über die *brennenden Fragen und Meinungsverschiedenheiten*? Weshalb geben sie keine *exakten Antworten* wenigstens auf die von Axelrod aufgezählten wichtigsten Fragen (Stellung zu den verschiedenen Parteien, die Aufgaben und Parolen, die Taktik)?

„Arzt, hilf dir selber." Axelrod hat den *Arbeitern* die Notwendigkeit klarer und exakter Antworten auf die „brennenden Fragen" so gut erklärt, daß die *Literaten* von der „Nascha Sarja" und vom „Newski Golos" (vielleicht aber auch nicht nur vom „Newski Golos" . . .) auf die Worte Axelrods hören sollten. Es geht *nicht* ohne exakte und klare Antworten auf die „brennenden Fragen", man darf sich nicht auf Artikel beschränken – wäre das doch Zirkelunwesen! –, notwendig sind *Beschlüsse*, exakte, in aller Form gefaßte, durchdachte, bestimmte. Nicht umsonst spricht doch Axelrod – und er tut es ausgezeichnet! – von einem *bestimmten Aktionsprogramm, von Aufgaben und Parolen* usw.

Die Liquidatoren heißen übrigens eben deshalb Liquidatoren, weil sie das Alte verwerfen, aber Neues nicht bieten. Daß eine legale Partei nützlich ist und offene politische Gesellschaften notwendig sind – davon haben uns alle Liquidatoren die Ohren vollgeredet. Aber dieses Reden reicht doch noch nicht aus, und von einer *Tat* ist bei den Liquidatoren rein gar nichts zu sehen. Es fehlt gerade das, was Axelrod von den Arbeitern verlangt!

Im Feuilleton des „Newski Golos", unter dem Strich, bietet Axelrod

prächtiges entlarvendes Material gegen die Liquidatoren *über dem Strich*, im redaktionellen Teil der Zeitung. Man lese aufmerksam Axelrods Feuilleton, und man wird erkennen, daß es Betrug und Selbstbetrug ist, wenn die Liquidatoren von einer „Verständigung" über die Wahlplattform, von einer „einheitlichen" Plattform usw. schreien.

Ein „Anhänger der Swesda" hat in der „Newskaja Swesda" Nr. 16 diesen Betrug bereits entlarvt. Aber die Entlarvung durch Axelrod ist noch gründlicher und noch wertvoller, eben weil sie von Axelrod ausgeht.

Wir sind durchaus für eine *einheitliche* Plattform, und zwar für die, die von den Bolschewiki und parteitreuen Menschewiki schon lange angenommen worden ist und verwirklicht wird, wie der „Anhänger der Swesda" richtig bemerkt. Wir sind durchaus für eine *einheitliche* Wahlkampagne, und zwar auf dieser Plattform, auf der Basis eben dieser Beschlüsse, der bestimmten und exakten Antworten auf *alle* „brennenden Fragen".

Wenn die Liquidatoren nach „Einheit" schreien, versuchen sie, die politisch unentwickelten Arbeiter mit dem bloßen Klang des Wortes mitzureißen. „Einheit" ist angenehm, „fraktionslose Organe" sind sympathischer! Aber man lese *sogar* Axelrod, auch er wird einem erklären, daß Fraktionslosigkeit *unmöglich*, utopisch ist, daß es *zwei Lager* in der Arbeiterdemokratie gibt, daß diese Lager *Gegensätze* bilden.

Wie denn? Die Liquidatoren werden doch nicht etwa eine „Plattform" *zur Verschleierung* ihrer Ansichten verteidigen? – eine *diplomatische* Plattform, die die Bourgeoisie so liebt? – eine Plattform, die keinerlei Antworten auf die „brennenden Fragen" vorsieht, sondern sich „einfach" und „nur" damit beschäftigt, die Kandidaten „in die Duma zu bringen"?

Das wäre der Gipfel der Prinzipienlosigkeit. Darauf werden sich die Arbeiter niemals einlassen. Solche Plattformen, wie „offen" sie auch sein mögen, werden keinen einzigen Tag Bestand haben.

Nein. Wir haben genug vom Selbstbetrug. Es ist an der Zeit, der Wahrheit, die diesmal auch der Führer der Liquidatoren, Axelrod, offen zugegeben hat, ins Auge zu schauen. Wollt ihr Herren Liquidatoren auf „eurer" Plattform beharren (obwohl ihr sie bisher noch nicht dargeboten habt, und an Plattformen, die sechs Wochen vor den Wahlen aufgestellt werden, glauben wir nicht!) – wollt ihr auf „eurer" Taktik beharren (obwohl ihr sie bisher nirgends exakt, in aller Form, parteimäßig dargelegt

habt!) –, so beklagt euch bei euch selbst! Dann habt *ihr* die Einheit verletzt, die *schon* vorhanden ist. Dann fällt *euch* die *ganze* Verantwortung für diese Verletzung zu.

Nein. Wir haben genug vom Selbstbetrug. Das liquidatorische Geschrei nach „Einheit" dient nur der Irreführung. Die Liquidatoren wissen sehr gut, daß sie die Arbeiter gegen sich haben, sie wissen auch ebensogut, welch völlige, vernichtende Niederlage ihnen ihr isoliertes Auftreten einbringen würde. Deshalb sind sie auch bereit, alles mögliche zu versprechen – werden sie nur in die Duma gewählt.

So geht es nicht. So handeln nur Bourgeois. Die Arbeiterdemokratie glaubt nur an Programme, Beschlüsse, Taktiken, Losungen, die *jahrelang* vor den Wahlen in die Tat umgesetzt wurden und bei den Wahlen nur zum hundertsten Male *wiederholt* werden. Wer aber *ohne diese Beschlüsse*, nur für die Wahlen, nichtssagende „Plattformen" aufstellt, der verdient keinerlei Vertrauen.

Axelrods Feuilleton ist eine nützliche Sache für die Überwindung des Selbstbetrugs, für die Belehrung der verschiedenen Verfasser „neuer", „offener", „gemeinsamer" Plattformen.

II

Der Schluß des Artikels von Axelrod, von dem wir in der „Newskaja Swesda" Nr. 18 sprachen, ist jetzt in der „Nascha Sarja" erschienen. Im allgemeinen hat dieser Schluß unser Urteil vollauf bestätigt, und wir können nur wiederholen: Axelrods Artikel ist eine nützliche Sache für die Überwindung des Selbstbetrugs, für die Klärung der wirklichen Natur des Liquidatorentums, für die Einschätzung der ganzen Hohlheit der berüchtigten „Fraktionslosigkeit", für die man sich heutzutage in manchen Zirkeln so sehr und so unnütz begeistert.

Besonders ausdrucksvoll und überzeugend widerlegt Axelrod Trotzki, der heute im Bund (in festem?) mit den Liquidatoren steht. „Die ideologische und organisatorische Vereinigung der progressiven Elemente ...", schreibt Axelrod, dem es Spaß macht, die Liquidatoren parteitreue Progressisten und uns Reaktionäre des Parteiprinzips zu nennen, „zu einer selbständigen Fraktion ist, bei der gegebenen Lage der Dinge, ihre direkte Pflicht, ihre unaufschiebbare Aufgabe." „Will man bei dieser Sachlage in

der Partei von einem Aufheben jeder Fraktionsspaltung als dem alleinrettenden Mittel sprechen, so tut man es dem Vogel Strauß gleich, der bei nahender Gefahr den Kopf in den Sand steckt, so betrügt man sich selbst und andere in bezug auf die wirkliche Lage der Dinge in der Sozialdemokratie ..." („Nascha Sarja" Nr. 6, S. 15.)

Armer Trotzki! Es ist geradezu grausam und engherzig, wenn P. B. Axelrod gegen einen treuen Freund der Liquidatoren und Mitarbeiter der „Nascha Sarja" so losdonnert. Was können wir jetzt erwarten? Wird Trotzki mit einem vernichtenden Artikel gegen den Fraktionär Axelrod auftreten, oder wird Martow den Versöhnler Trotzki mit dem Fraktionär Axelrod aussöhnen, indem er, wie gewöhnlich, aus dem Leim Gehendes mit Hilfe eines Dutzends Vorbehaltspflaster zusammenflickt?

Kann man denn jetzt noch im Ernst davon sprechen, daß es den berüchtigten Block* Trotzkis, der lettischen und jüdischen Beinahe-Marxisten usw. mit Axelrod gibt?

Axelrods Artikel enthält einen Punkt, der ernsthaft analysiert zu werden verdient, nämlich über die „Europäisierung" unserer sozialdemokratischen Bewegung. Bevor wir aber zu diesem Punkt übergehen, müssen einige Worte über eine gewisse Methode der Liquidatoren gesagt werden.

Eine Seite des Artikels von Axelrod (die 16.) bildet eine Kollektion von stärksten, boshaftesten, sorgsam ausgesuchten Schmähungen gegen die Antiliquidatoren überhaupt und den Schreiber dieser Zeilen im besondern. Auf Beschimpfungen brauchte man überhaupt nicht zu antworten (in Axelrods Lage bleibt nichts anderes übrig, als zu schimpfen und zu fluchen), gäbe es nicht dokumentarische Beweise dafür, daß die einen solches Gekeif besonders ausnutzen, die anderen sich dadurch verwirren lassen.

Herr Tschernow stellt zum Beispiel in den „Sawety"[51] *als Antwort* auf die Beweise Kamenews, daß er, der Führer der „linken" Volkstümler, von der Demokratie zum Liberalismus absinke, einen Strauß der stärksten Ausdrücke der Liquidatoren und Antiliquidatoren zusammen und macht

---

* Axelrods Artikel trägt das Datum des 17. Mai 1912 – ist also *fünf Monate* nach der feierlichen Bildung des Blocks der Trotzkisten und Liquidatoren zur Bekämpfung der Antiliquidatoren unter dem Banner der „Fraktionslosigkeit" geschrieben!

sich darüber lustig. Herrn Tschernows Manier ist so verwerflich, daß es genügt, auf sie aufmerksam zu machen und weiterzugehen.

Nirgendwo in der Welt ist es auch nur bei einem einzigen prinzipiellen Kampf zwischen den Gruppen innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung ohne vielerlei persönliche und organisatorische Konflikte abgegangen. Speziell die „konfliktbedingten" Ausdrücke herauszufischen ist Sache von Schmutzfinken. Sich durch diese Konflikte verwirren lassen, sich von ihnen entmutigt oder verachtungsvoll abwenden – dort ist doch alles Krakeel! – können nur nervenschwache Dilettanten aus dem Kreis der „Sympathisierenden". Leute, die sich ernsthaft für die Arbeiterbewegung interessieren, werden es immer lernen – das ist möglich und notwendig –, wenn sie auch nur die historische Rolle der großen Männer der Arbeiterbewegung studieren, die „konfliktbedingte" Seite des Kampfes der *Ideen*, des Kampfes der Strömungen von der prinzipiellen Seite zu unterscheiden. Menschen sind Menschen, und ohne „konfliktbedingtes" Material, ohne „Krakeel" ist es bei den historischen Konflikten zwischen den Marxisten und den Anarchisten (Marx und Bakunin), den Guesdisten und den Jaurèsisten, den Lassalleanern und den Eisenachern usw. nicht abgegangen.

Es gibt auch heute noch literarische Schmutzfinken, die sich speziell damit befassen, „aus jenen Zeiten" Sträuße von tausendundein Beschuldigungen unehrlichen Verhaltens u. dgl. m. zu sammeln. Es gibt aber auch ernste Sozialdemokraten, und diese decken die *ideologischen* Wurzeln der Meinungsverschiedenheiten auf, die bei der Spaltung der einzelnen Gruppen, unter den Bedingungen des Emigrantendaseins usw. unausbleiblich die Form heftiger und erbitterter Konflikte annehmen.

Mögen die Leser nicht denken, daß wir irgend jemanden „abschrecken" wollen, das Material zu studieren, worauf Axelrod an den besonders zänkischen Stellen seines Artikels anspielt – nur anspielt. Ganz im Gegenteil. Wer über die sozialdemokratische Bewegung alles wissen will, den *fordern wir auf*, dieses Material zu studieren. Im Ausland ist es *vollständig* vorhanden, es gibt da nicht nur leidenschaftliche Beschuldigungen, sondern auch Dokumente und Zeugenaussagen neutraler Personen. Ein Studium dieser Dokumente und dieser Aussagen wird die Frage beantworten, *weshalb* der im Januar 1910 gemachte Versuch, zwischen den Liquidatoren und den Antiliquidatoren völligen Frieden zu schließen, gescheitert ist.

Eine der interessantesten und prinzipiellsten Stellen in Axelrods Artikel ist die folgende:

„Die Bildung einer festen Fraktion erscheint als direkte Pflicht und dringende Aufgabe der Freunde einer Parteireform oder, genauer..." (hört!) „... einer Parteirevolution, denn nur so werden sie die Aufgabe lösen können, den Charakter der russischen Sozialdemokratie, wie er in der Zeit vor der Revolution geprägt wurde und sich in der Revolution weiterentwickelt hat, zu europäisieren, d. h. radikal zu verändern und sie auf den Fundamenten aufzubauen, auf denen der Parteibau der europäischen Sozialdemokratie ruht."

Die Liquidatoren sind also Anhänger einer Parteirevolution. Diese überaus wahre Erklärung Axelrods ist wert, hervorgehoben zu werden: eine bittere Wahrheit ist nützlicher als ein „erhebend schöner Wahn"*, ist wertvoller als diplomatische Ausflüchte und Vorbehalte. Machen Sie doch eine Parteirevolution, verehrter P. B. Axelrod! Wir werden sehen, ob Sie und Ihre Freunde mehr Erfolg haben als die „Revolutionäre", die ganz vor kurzem erst eine „Revolution" (gegen die Republik) in Portugal machen wollten.[52]

Das Wichtigste in der angeführten Äußerung aber ist die berüchtigte „Europäisierung", von der Dan wie Martow, Trotzki wie Lewizki und alle Liquidatoren in allen Tonarten reden. Hier liegt einer der Kernpunkte ihres Opportunismus.

„Den Charakter der russischen Sozialdemokratie europäisieren, d. h. radikal verändern..." Man denke über diese Worte nach. Was bestimmt den „Charakter" *jeglicher* Sozialdemokratie und dessen *radikale* Veränderung? – Zweifellos die allgemeinen ökonomischen und politischen Verhältnisse des betreffenden Landes. Zweifellos läßt sich der Charakter der Sozialdemokratie des einen oder anderen Volkes *nur* bei *radikaler* Wandlung dieser Verhältnisse radikal verändern.

All das sind ganz und gar unbestrittene Binsenwahrheiten. Aber gerade diese Binsenwahrheiten enthüllen Axelrods opportunistischen Fehler! Darin eben besteht ja sein Pech, daß er den harten und schweren Kampf für eine noch nicht vollzogene *radikale* Änderung der russischen politischen Verhältnisse *umgehen* will, indem er von einer *radikalen* Wandlung des „Charakters der russischen Sozialdemokratie" träumt.

Wie die Kadetten, die gern von Europäisierung faseln (die Liquida-

* Zitat aus dem Gedicht „Der Held" von A. S. Puschkin. *Der Übers.*

toren haben sowohl das kadettische Wort als auch die kadettischen Ideen übernommen), mit diesem verschwommenen Wort den exakten Begriff der unverrückbaren Grundpfeiler der politischen Freiheit verschleiern und „konstitutionelle Opposition" *„spielen"*, so *spielen* auch die Liquidatoren „europäische Sozialdemokratie", obwohl es in dem Lande, in dem sie sich mit ihrem Spiel die Zeit vertreiben, *noch keine* Verfassung gibt, die Grundlagen des „Europäismus" *noch fehlen*, der schwere Kampf um sie *noch bevorsteht*.

Ein nackter Wilder, der sich einen Zylinderhut aufsetzen und sich deshalb für einen Europäer halten würde, sähe ziemlich lächerlich aus. An eben einen solchen Wilden erinnert der Freund der Bourgeoisie Miljukow, wenn er in der III. Duma versichert: „Wir haben, Gott sei Dank, eine Verfassung" – und der Arbeiterfreund Axelrod, wenn er sich einen Zylinderhut aufsetzt mit der Aufschrift: „Ich bin ein europäischer Sozialdemokrat". Beide, Miljukow wie Axelrod, sind lächerlich in ihrer Naivität. Beide sind Opportunisten, denn mit illusionistischen Phrasen von „Europäismus" umgehen sie die schwierige und aktuelle Frage, wie sich diese oder jene Klasse unter nichteuropäischen Umständen verhalten muß, *um* hartnäckig *für die Sicherung der Grundlagen des Europäismus zu kämpfen*.

Daß gerade die Umgehung einer lebendigen und aktuellen Sache vermittels illusionistischer Phrasen das Ergebnis ist, das hat gerade Axelrod mit seinem Artikel *bewiesen*. Trotzki hat einen ganz europäischen – aber auch ganz und gar europäischen – Vorschlag ausgearbeitet, eine *„Pressekommission"* als „gewähltes kollektives Kontrollorgan" zur Kontrolle der Arbeiter über die Arbeiterzeitungen zu bilden (S. 18 in Axelrods Artikel). Trotzki hat sich dabei wahrscheinlich sogar mit den „europäischen Sozialdemokraten" beraten, und sie haben ihm, worauf er besonders stolz ist, ihren Segen zuteil werden lassen.

Und da erbarmt sich der „europäische Sozialdemokrat" Axelrod, nachdem er an die zwei Monate verstreichen ließ, in denen Trotzki allen Petersburger Sozialdemokraten mit seinen allgemeines Gelächter auslösenden Briefen über „gewählte kollektive Kontrollorgane" lästig wurde, schließlich Trotzkis und erklärt ihm, daß die „Pressekommission" nichts tauge, daß sie unmöglich sei, daß statt ihrer die *„Verständigung"* der Arbeiter mit dem liquidatorischen „Shiwoje Delo" erreicht werden müsse (S. 18 und 19 in Axelrods Artikel)!!

Das ist ein kleines Beispiel, mit dem wir uns leider begnügen müssen. Es ist aber sehr kennzeichnend. Das lächerliche Ergebnis, das bei dem „europäischen" Plan Trotzkis für eine „Pressekommission" herausgekommen ist, kommt auch heraus bei den „europäischen" Plänen aller Liquidatoren für eine „legale Arbeiterpartei" oder „legale politische Arbeitergesellschaften", für eine „Kampagne" des „Kampfes für die Koalitionsfreiheit" usw.

Die „europäischen" Pläne Trotzkis für eine „Pressekommission", ein „gewähltes kollektives Kontrollorgan" zur Kontrolle über die Arbeiterzeitung „aller Arbeiterorganisationen, die feste Gestalt angenommen haben", haben *lediglich* dazu geführt, daß das legalistische „Arbeiterverlag"-Spiel den Arbeitern eine besondere Lehre erteilt hat, die Liquidatoren aber in der Tat *weder* eine „Pressekommission" *noch* eine Arbeiterpresse *zustande brachten!* So sehen die Tatsachen aus.

Die „Pressekommission" war der Wunschtraum eines opportunistischen Intellektuellen, der unter Außerachtlassung der schwierigen nichteuropäischen Verhältnisse der Arbeiterbewegung in Rußland einen ausnehmend guten europäischen Plan aufstellte und das zum Anlaß nahm, vor der ganzen Welt mit seinem „Europäismus" zu prahlen.

Dieses bittere Los der Liquidatoren ist nicht zufällig, sondern unausbleiblich. Sobald sich ihre „europäischen" Pläne der Ausführung nähern, wird sofort offenbar, daß es Seifenblasen, Hirngespinste opportunistischer Intellektueller sind. So war es mit dem Arbeiterkongreß und mit der „Pressekommission", mit der legalen politischen Arbeitergesellschaft (die wirren Vorbehalte, mit denen Martow in der „Nascha Sarja" Nr. 5 diesen „Plan" zu „retten" sucht, machen diese Sache keineswegs besser) und mit der Kampagne des Kampfes für die Koalitionsfreiheit.

Mit „Europäismus" bezeichnen die Liquidatoren die Arbeitsbedingungen der Sozialdemokraten in den wichtigsten Staaten Europas *nach 1871*, d. h. gerade in einer Periode, da die ganze historische Epoche der bürgerlichen Revolutionen abgeschlossen war und sich die *Grundlagen* der politischen Freiheit für eine lange Zeit fest herausgebildet hatten. Die „Wandlung des Charakters" der Sozialdemokratie in diesen Staaten erfolgte erstens *nach* einer radikalen Änderung der politischen Verhältnisse, nachdem sich eine bestimmte Verfassungsordnung verhältnismäßig sehr fest eingebürgert hatte, und zweitens war diese Wandlung nur eine zeit-

weilige Wandlung für eine bestimmte Periode (die, wie auch die vorsichtigsten Sozialdemokraten Europas allgemein zugeben, gerade in der letzten Zeit ihrem Ende entgegengeht).

Unter solchen Bedingungen eines völlig gefestigten bürgerlichen Konstitutionalismus konnte eine Kampagne zum Beispiel für die Koalitionsfreiheit oder für das allgemeine Wahlrecht, überhaupt für *konstitutionelle Reformen*, unter bestimmten Umständen zu einer Kampagne der Arbeiterklasse, zu einer wirklich politischen Kampagne, zu einem wirklichen Kampf für konstitutionelle Reformen werden.

Unsere opportunistischen Intellektuellen jedoch übertragen die Losungen solcher „europäischer" Kampagnen *auf einen Boden*, der der *elementarsten* Grundlagen des europäischen Konstitutionalismus ermangelt, sie suchen die eigentümliche historische Evolution, die der Schaffung dieser Grundlagen gewöhnlich *vorausgeht*, zu *umgehen*.

Der Reformismus unseres Axelrod und seiner Freunde, die sich als „europäische Sozialdemokraten" aufspielen, unterscheidet sich vom Reformismus Bissolatis, dieses echten Europäers, *dadurch*, daß Bissolati die Prinzipien des Klassenkampfes und einer konsequenten marxistischen Theorie und Praxis *für Reformen* opfert, die von der wirklich herrschenden liberalen Bourgeoisie tatsächlich (mit diesen oder jenen Schmälerungen) durchgeführt werden. Axelrod jedoch bringt dasselbe Opfer wie Bissolati *für Reformen*, von denen ohnmächtige, nicht ernst zu nehmende, verträumte Liberale nur unnütz schwatzen.

Zu einer wirklichen Kraft wird die liberale Bourgeoisie bei uns in Rußland nur dann werden, wenn die Entwicklung des Landes über die Schüchternheit der Liberalen, über ihre versöhnlerischen, halbschlächtigen Losungen hinwegschreitet. So war es überall. Die Liberalen wurden zu einer Macht nur dann, wenn die Demokratie entgegen den Liberalen siegte.

Veröffentlicht am 22. und 29. Juli 1912 in der „Newskaja Swesda" Nr. 18 und 19. Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der Zeitung, verglichen mit dem Text des Sammelbandes „Marxismus und Liquidatorentum", Teil II, St. Petersburg 1914.

ПРАВДА

ЕЖЕДНЕВНАЯ РАБОЧАЯ ГАЗЕТА.

№ 80. Среда, 1 Августа 1912 г. ЦѢНА 2 коп.

Предполагается подписка на журналы марксистского направления

= ПРОСВѢЩЕНІЕ. =

„Бюллетень Конторщика"

20 — 5 лет. Добрый Молодецъ ТАБАКЪ ФАБРИКИ

„Больное мѣсто".

Средства большинствующихъ.

Итоги полугодовой работы.

ОБЗОРЪ ПЕЧАТИ.

Биржа труда.

Erste Seite der „Prawda" Nr. 80 vom 1. August 1912
mit einer Fortsetzung von W. I. Lenins Artikel
„Ergebnisse der Arbeit eines halben Jahres"

Verkleinert

ERGEBNISSE DER ARBEIT EINES HALBEN JAHRES[53]

Mit der Herausgabe einer Arbeitertageszeitung haben die Petersburger Arbeiter eine große, ja, man kann ohne Übertreibung sagen, eine historische Tat vollbracht. Die Arbeiterdemokratie hat sich unter ungemein schwierigen Bedingungen zusammengeschlossen und gefestigt. Selbstverständlich kann man bei uns nicht von einer *festen Fundierung* der demokratischen Arbeiterpresse sprechen. Jeder weiß sehr gut, welchen Verfolgungen die Arbeiterzeitungen ausgesetzt sind.

Aber bei alledem bleibt die Gründung der „Prawda" ein hervorragendes Zeugnis des Bewußtseins, der Energie und der Geschlossenheit der russischen Arbeiter.

Es ist von Nutzen, Rückschau zu halten und einige Ergebnisse der halbjährigen Arbeit zu betrachten, die von den russischen Arbeitern zur Herausgabe einer *eigenen* Presse geleistet worden ist. Eben seit Januar dieses Jahres hat sich in den Arbeiterkreisen Petersburgs endgültig das Interesse für eine eigene Presse herausgebildet, sind in Organen aller Schattierungen, die der Arbeiterwelt nahestehen, eine Reihe von Artikeln über eine Arbeitertageszeitung erschienen.

I

Angaben darüber, *von wem* und *wie* die Arbeitertagespresse in Rußland geschaffen worden ist, liegen glücklicherweise relativ vollständig vor. Es sind das die Angaben über die *Sammlungen* für eine Arbeitertageszeitung.

Beginnen wir bei den Sammlungen, mit deren Hilfe die „Prawda"

geschaffen wurde. Für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni, genau für ein halbes Jahr, liegen uns die Berichte der „Swesda", der „Newskaja Swesda" und der „Prawda" vor. Die öffentliche Abgabe dieser Berichte gewährleistete ihre absolute Richtigkeit; zufällige Fehler wurden auf Grund von Hinweisen der interessierten Personen unverzüglich korrigiert.

Das Wichtigste und Interessanteste für uns ist nicht die Gesamtsumme der Sammlungen, sondern die *Zusammensetzung der Spender*. Wenn zum Beispiel die „Newskaja Swesda" in Nr. 3 die Gesamtsumme der Sammlungen für die Arbeitertageszeitung mit 4288 Rubel 84 Kopeken angab (vom Januar bis zum 5. Mai; die Summen nicht eingerechnet, die seit dem 22. April, dem Tag des Erscheinens der „Prawda", bei dieser Zeitung direkt eingingen), dann erhebt sich vor uns sofort die Frage: Welche Rolle haben bei der Aufbringung dieser Summe die Arbeiter und Arbeitergruppen selbst gespielt? Setzt sie sich aus großen Beiträgen von Sympathisierenden zusammen? Oder haben hier die Arbeiter selber persönliches, lebhaftes Interesse für die Arbeiterpresse gezeigt und die hohe Summe durch Beiträge einer *großen* Anzahl von Arbeitergruppen aufgebracht?

Vom Standpunkt der Initiative, der Energie der Arbeiter *selbst* sind 100 Rubel, die, sagen wir, 30 Arbeitergruppen gesammelt haben, viel wichtiger als 1000 Rubel, die von einigen Dutzend „Sympathisierenden" aufgebracht wurden. Eine Zeitung, begründet auf *Fünfkopekenstücken*, die von kleinen Arbeiterzirkeln in den Werken und Fabriken gesammelt worden sind, ist um ein vielfaches solider, fester und *sicherer* fundiert (sowohl vom finanziellen Standpunkt aus als auch – *was am wichtigsten ist* – im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeiterdemokratie) als eine Zeitung, die sich auf Dutzende und Hunderte Rubel gründet, die die sympathisierende Intelligenz gespendet hat.

Um genaue Angaben zu dieser grundlegenden und wesentlichsten Frage zu erhalten, haben wir mit den in den drei erwähnten Zeitungen veröffentlichten Angaben über die Sammlungen die folgende Berechnung angestellt. Wir haben dabei *nur* Sammlungen ausgewählt, bei denen vermerkt ist, daß sie von *Gruppen* von Arbeitern oder Angestellten durchgeführt wurden.

Uns interessieren hier nur Sammlungen, die die Arbeiter *selbst* vorgenommen haben, und dabei nicht einzelne Arbeiter, die vielleicht zufällig diesem oder jenem Sammler begegneten, ohne mit ihm ideologisch,

d. h. ihren Anschauungen, ihren Überzeugungen nach verbunden zu sein, sondern gerade *Gruppen* von Arbeitern, die zweifellos vorher *beratschlagt* haben, ob man Geld geben soll, *wem* man es geben soll und für welchen Zweck.

Jede Mitteilung der „Swesda", der „Newskaja Swesda" und der „Prawda", in der vermerkt ist, daß es gerade eine *Gruppe* von Arbeitern oder Angestellten war, die Geld für eine Arbeitertageszeitung beisteuerte, werten wir als *eine Gruppensammlung* der Arbeiter selbst.

Wieviel solcher Sammlungen von Arbeitergruppen hat es nun in der ersten Hälfte des Jahres 1912 gegeben?

Fünfhundertvier Gruppensammlungen!

Mehr als ein halbes tausendmal haben Arbeitergruppen für die Gründung und Unterstützung *ihrer* Zeitung gespendet, indem sie hier einen Tagesverdienst abführten, dort einen einmaligen Beitrag leisteten und dort wiederum diese Beiträge von Zeit zu Zeit wiederholten. *504 Arbeitergruppen* haben neben einzelnen Arbeitern und Sympathisierenden aktivsten Anteil an der Gründung ihrer Zeitung genommen; diese Zahl deutet zweifellos darauf hin, daß unter den Arbeiter*massen* ein tiefes und bewußtes Interesse für die Arbeiterzeitung erwacht ist, und dabei nicht für eine beliebige Arbeiterzeitung schlechthin, sondern gerade für eine demokratische Arbeiterzeitung. Wenn ein solches Bewußtsein und eine solche Aktivität unter den Massen zu verzeichnen sind, so brauchen wir keine Schwierigkeiten und keine Hindernisse zu fürchten. Es gibt keine Schwierigkeiten und keine Hindernisse, die das Bewußtsein, die Aktivität und die Interessiertheit der Arbeitermassen nicht so oder anders überwinden würden, und es kann sie nicht geben.

Auf die einzelnen Monate verteilen sich diese 504 Gruppensammlungen wie folgt:

Januar	1912	14
Februar	1912	18
März	1912	76
April	1912	227
Mai	1912	135
Juni	1912	34
Im Halbjahr insgesamt		504

Aus dieser kleinen Tabelle geht übrigens klar die ganze Bedeutung der April-Mai-Tage als der *Tage des Umschwungs* hervor. Aus Finsternis zum

Licht, von Passivität zu Aktivität, von Aktionen einzelner zu Massenaktionen.

Im Januar und Februar sind die Sammlungen von Arbeitergruppen noch ganz und gar unbedeutend. Man sieht, daß die Sache eben erst im Keimen ist. Im März schon ein merklicher, bedeutender Anstieg. 76 Sammlungen von Arbeitergruppen in einem Monat – das zeugt auf jeden Fall von einer ernst zu nehmenden Bewegung unter den Arbeitern, von dem beharrlichen Bestreben der Massen, ihr Ziel um jeden Preis zu erreichen, ohne Opfer zu scheuen. Das zeugt von dem tiefen Vertrauen der Arbeitermassen in die eigenen Kräfte und in die Organisation der ganzen Sache, in die Richtung der geplanten Zeitung usw. Im März gab es noch keine Arbeitertageszeitung. Die Arbeitergruppen sammelten also Geld und zahlten es bei der „Swesda" ein, sozusagen als Kredit.

Der April bringt mit einem Schlage einen *gigantischen* Aufschwung, der die Sache entscheidet. 227 Sammlungen von Arbeitergruppen in einem Monat, mehr als sieben Sammlungen im Durchschnitt pro Tag! Der Damm ist gebrochen, die Arbeitertageszeitung gesichert. Jede Gruppensammlung bedeutet nicht nur eine Summe von Fünf- und Zehnkopekenstücken, sondern noch etwas weit Wichtigeres: eine Summe gemeinsamer, von den Massen aufgebrachter Energie, die Entschlossenheit von *Gruppen*, die Arbeiterzeitung zu unterstützen, zu verbreiten, zu lenken, sie durch die eigene Mitwirkung zu schaffen.

Es kann die Frage auftauchen: Überwogen nicht im April die Sammlungen *nach* dem 22. April, d. h. nach dem Erscheinen der „Prawda"? Nein. In der „Swesda" wurden *vor* dem 22. April Berichte über *188 Gruppensammlungen* veröffentlicht. Die „Prawda" brachte vom 22. April bis zum Monatsende Berichte über 39 Gruppensammlungen. Also kommen in den 21 Apriltagen vor dem Erscheinen der „Prawda" durchschnittlich *neun Gruppensammlungen* auf den Tag, in den letzten neun Apriltagen dagegen nur vier.

Hieraus ergeben sich zwei wichtige Schlußfolgerungen:

Erstens entfalteten die Arbeiter gerade *vor* dem Erscheinen der „Prawda" die größte Energie. Indem sie „Kredit" gaben, indem sie der „Swesda" Vertrauen schenkten, drückten sie ihre Entschlossenheit aus, ihren Willen durchzusetzen.

Zweitens ist hieraus ersichtlich, daß es *gerade* der proletarische *April-*

aufschwung war, der die Arbeiterzeitung „Prawda" geschaffen hat. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß zwischen dem allgemeinen Aufschwung der Arbeiterbewegung (der sich nicht auf einen Betrieb, einen Berufszweig beschränkt, sondern *das ganze Volk* erfaßt) und der Schaffung eines täglich erscheinenden Organs der Petersburger Arbeiterdemokratie der engste Zusammenhang besteht. Berufs- und Fachorgane genügen uns nicht, wir brauchen eine eigene politische Zeitung – das ist die Erkenntnis, die sich in den Apriltagen bei den Massen durchgesetzt hat; wir brauchen nicht irgendeine politische Arbeiterzeitung, sondern gerade die Zeitung der fortschrittlichen Arbeiterdemokratie; wir brauchen die Zeitung nicht nur, damit sie unseren Arbeiterkampf unterstützt, sondern auch, damit sie dem ganzen Volk das Beispiel gibt und ihm den Weg erhellt.

Im Mai ist der Aufschwung noch sehr deutlich zu verspüren. Die Zahl der Gruppensammlungen liegt im Durchschnitt täglich über vier. Einerseits wird hier der allgemeine Aufschwung vom April und Mai sichtbar. Anderseits wissen die Arbeitermassen, daß die Lage der Tageszeitung, obwohl sie bereits zu erscheinen begonnen hat, zunächst besonders schwierig ist und sie der Unterstützung durch die Gruppen besonders bedarf.

Im Juni sinkt die Zahl der Gruppensammlungen unter den Stand vom März. Natürlich muß man in Betracht ziehen, daß *nach* dem Erscheinen der Arbeitertageszeitung eine *andere* Form der Hilfe für die Zeitung entstanden ist und entscheidende Bedeutung erlangt hat, und zwar das Abonnement und die Verbreitung der Zeitung unter Genossen, Bekannten, Landsleuten usw. Alle bewußten Freunde der „Prawda" beschränken sich nicht darauf, sie selbst zu abonnieren, sondern verteilen die Zeitung zur Probe, zur Einsicht in anderen Fabriken, in den Nachbarwohnungen und -häusern, verschicken sie auf das Land usw. Leider kann es über *diese Art* der Gruppenhilfe keine vollständige Statistik geben.

II

Äußerst lehrreich ist es, zu analysieren, wie sich diese 504 Sammlungen von Arbeitergruppen *auf die Städte* und Fabrikorte verteilen. In welchen Gegenden Rußlands und mit welcher Energie sind die Arbeiter dem Aufruf gefolgt, eine Arbeitertageszeitung zu schaffen?

Angaben darüber liegen glücklicherweise für alle Sammlungen von Arbeitergruppen vor, über die Berichte in der „Swesda", der „Newskaja Swesda" und der „Prawda" veröffentlicht wurden.

Wenn wir diese Angaben zusammenfassen, müssen wir vor allem Petersburg hervorheben, das bei der Schaffung einer Petersburger Arbeiterzeitung naturgemäß an der Spitze steht; sodann folgen vierzehn Städte und Fabrikorte, aus denen Sammlungen von *mehr als einer* Arbeitergruppe eingingen, und schließlich alle übrigen Städte, 35 an der Zahl, aus denen während des Halbjahres nur von je einer Arbeitergruppe gesammelte Gelder eingingen. Wir erhalten folgendes Bild:

	Gruppensammlungen insgesamt
Petersburg	412
14 Städte mit 2–12 Gruppensammlungen	57
35 Städte mit je 1 Gruppensammlung	35
Insgesamt in 50 Städten	504

Hieraus ist ersichtlich, daß sich *fast ganz* Rußland in diesem oder jenem Maße aktiv an der Schaffung einer Arbeitertageszeitung beteiligt hat. Zieht man in Betracht, auf welche Schwierigkeiten die Verbreitung der demokratischen Arbeiterpresse in der Provinz stößt, dann muß man sich über die *große Anzahl* von Städten wundern, die in diesem Halbjahr dem Appell der Petersburger Arbeiter gefolgt sind.

Zweiundneunzig Sammlungen von Arbeitergruppen in 49 Städten Rußlands*, außer der Hauptstadt – das ist eine sehr eindrucksvolle Zahl, zumindest für den Anfang. Hier kann von zufälligen, gleichgültigen, passiven Spendern keine Rede mehr sein; wir haben zweifellos Vertreter der

* Hier die vollständige Liste der Städte und Ortschaften. **Umgebung von St. Petersburg:** Kronstadt, Kolpino, Sestrorezk. **Süden:** Charkow – 4 Gruppensammlungen, Jekaterinoslaw – 8, Ananjew – 2, Lugansk – 3, Cherson, Rostow am Don, Pawlograd, Poltawa, Kiew – 12, Astrachan – 4, Tschernigow, Jusowka – 3, Minakowo, Schtscherbin. Rudnik, Rykowski Rudnik, Belgorod, Jelisawetgrad, Jekaterinodar, Mariupol – 2, Nishne-Dneprowsk, Nachitschewan. **Moskauer Bezirk:** Rodniki – 2, Rjasan, Tula – 2, Beshezk – 2. **Norden:** Archangelsk – 5, Wologda. **Westen:** Dwinsk, Wilna, Gomel, Riga, Libau, Mühlgraben. **Ural:** Perm, Kyschtym, Minjar, Orenburg. **Wolgagebiet:** Sormowo, Dorf Balakowo. **Kaukasus:** Baku – 2, Grosny, Tiflis. **Sibirien:** Tjumen und Blagoweschtschensk. **Finnland:** Helsingfors.

proletarischen Massen vor uns, die zwar über ganz Rußland verteilt, aber durch ihre bewußte Sympathie für die Arbeiterdemokratie vereinigt sind.

Wir wollen bemerken, daß an der Spitze der Provinzstädte Kiew mit zwölf Gruppensammlungen steht, dann folgt Jekaterinoslaw mit acht, und erst an vierter Stelle kommt Moskau mit sechs. Dieses Zurückbleiben Moskaus und des ganzen Bezirks wird aus folgenden Gesamtangaben für alle Gebiete Rußlands noch klarer ersichtlich:

Zahl der Sammlungen von Arbeitergruppen für eine Arbeitertageszeitung im Halbjahr Januar bis Juni 1912

Petersburg und Umgebung	415
Süden	51
Moskau und Moskauer Bezirk	13
Norden und Westen	12
Ural und Wolgagebiet	6
Kaukasus, Sibirien, Finnland	7
Insgesamt in Rußland	504

Diese Angaben lassen sich folgendermaßen auslegen:

Vom Standpunkt der Belebung der Arbeiterdemokratie in Rußland ist das proletarische Petersburg bereits erwacht und steht auf seinem ruhmvollen Posten. Der Süden erwacht gerade. Mütterchen Moskau mit dem übrigen Rußland aber schläft noch. Es wäre auch für sie Zeit zu erwachen.

Das Zurückbleiben des gesamten Moskauer Bezirks zeigt sich bei einem Vergleich mit den übrigen *Provinz*bezirken. Der Süden ist weiter, und zwar viel weiter von Petersburg entfernt als Moskau. Und trotzdem kommt der Süden, der eine *geringere Anzahl* von Industriearbeitern hat als der Moskauer Bezirk, im Vergleich zu diesem auf *fast viermal soviel* Sammlungen von Arbeitergruppen.

Moskau ist offensichtlich sogar hinter dem Ural und dem Wolgagebiet zurückgeblieben, denn die Zahl der Arbeiter in Moskau und im Moskauer Bezirk beträgt nicht nur das Doppelte, sondern ein Mehrfaches der Zahl der Arbeiter im Ural und im Wolgagebiet. Indessen entfallen auf Moskau und den Moskauer Bezirk insgesamt 13 Gruppensammlungen gegenüber 6 im Ural und im Wolgagebiet.

Freilich ist das Zurückbleiben Moskaus und des Moskauer Bezirks wahrscheinlich durch zwei besondere Umstände beeinflußt. Erstens über-

wiegt hier die Textilindustrie. Hier war die Konjunktur, d. h. die Marktverhältnisse und die Bedingungen für eine stärkere oder schwächere Belebung der Produktion, schlechter als zum Beispiel in der metallurgischen Industrie. Deshalb beteiligten sich die Textilarbeiter weniger an Streiks, zeigten sie weniger Interesse für die Politik und die Arbeiterdemokratie. Zweitens gibt es im Moskauer Bezirk mehr Fabriken, die auf entlegene Ortschaften verstreut sind, und die Zeitung kann schwerer dorthin gelangen als in die Großstadt.

Aber auf jeden Fall ergibt sich für uns alle aus den angeführten Zahlen eine nicht zu bezweifelnde Lehre. Der Verbreitung der Arbeiterzeitung in Moskau muß nun die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Man kann sich unmöglich mit dem Zurückbleiben Moskaus abfinden. Jeder bewußte Arbeiter begreift, daß Petersburg ohne Moskau wie eine Hand ohne die andere ist.

In Moskau und im Moskauer Bezirk ist die *überwiegende* Masse der Fabrikarbeiter Rußlands konzentriert. Im Jahre 1905 zum Beispiel gab es hier laut Regierungsstatistik 567 000 Fabrikarbeiter, d. h. *über ein Drittel* aller Fabrikarbeiter Rußlands (1 660 000) und weit mehr als im Kreis Petersburg (298 000). Der Moskauer Bezirk müßte deshalb *an erster* Stelle stehen, was die Zahl der Leser und Freunde der Arbeiterzeitung, die Zahl der bewußten Vertreter der Arbeiterdemokratie betrifft. Moskau wird sich natürlich eine *eigene* Arbeitertageszeitung schaffen müssen.

Vorläufig aber muß ihm Petersburg helfen. Die Leser der „Prawda" müssen sich und ihren Freunden jeden Morgen sagen: „Arbeiter, denkt an die Moskauer!"

III

Die angeführten Zahlen müssen unsere Aufmerksamkeit aber noch unter einem anderen, äußerst wichtigen und praktisch aktuellen Gesichtspunkt auf sich lenken. Jeder versteht, daß eine politische Zeitung für jedwede Klasse der heutigen Gesellschaft eine der Grundvoraussetzungen für ihre Beteiligung am politischen Leben des Landes überhaupt und insbesondere auch für ihre Beteiligung an einer Wahlkampagne ist.

So brauchen auch die Arbeiter überhaupt und insbesondere für die Wahlen zur IV. Duma eine Zeitung. Die Arbeiter wissen sehr wohl, daß sie weder von der III. noch von der IV. Duma etwas Gutes erwarten

können; aber an den Wahlen müssen wir uns beteiligen, erstens, um die Arbeitermassen während der Wahlen, wo der Parteienkampf und das ganze politische Leben einen Aufschwung nehmen, wo die *Massen* so oder so *Politik lernen*, zusammenzuschließen und politisch zu schulen, und zweitens, um unsere Arbeiterdeputierten in die Duma zu bringen. Selbst in der schwärzesten Duma, in einer reinen Gutsbesitzerduma können Arbeiterdeputierte der Arbeitersache nicht wenig Nutzen bringen – *und sie haben ihn gebracht* –, wenn diese Deputierten echte Arbeiterdemokraten, wenn sie mit den Massen verbunden sind und die Massen es lernen, sie zu lenken und zu kontrollieren.

Im ersten Halbjahr 1912 haben *alle* politischen Parteien in Rußland das begonnen, und im wesentlichen *bereits beendet*, was man *Mobilisierung* der Parteikräfte vor den Wahlen nennt. Mobilisierung ist ein militärisches Wort. Es bedeutet: die Truppen in Kampfbereitschaft versetzen. Ähnlich wie vor einem Krieg die Truppen in Kampfbereitschaft versetzt, die Reservisten einberufen, Waffen und Munition verteilt werden, so ziehen vor Wahlen auch alle Parteien eine Bilanz ihrer Arbeit, bestätigen ihre Beschlüsse über die Auffassungen und Losungen der Partei, sammeln ihre Kräfte und rüsten sich zum Kampf gegen alle übrigen Parteien.

Diese Arbeit ist, wir wiederholen es, im wesentlichen bereits abgeschlossen. Bis zu den Wahlen verbleiben noch *wenige Wochen*; in dieser Zeit kann und muß man alle Kräfte anspannen, um den Einfluß auf die Wähler, auf die Massen zu verstärken, aber wenn sich die Partei (die Partei einer jeden Klasse) während des halben Jahres selbst nicht vorbereitet hat, so wird ihr nichts mehr helfen, so hat sie sich, was die Wahlen betrifft, bereits *als eine Null* erwiesen.

Deshalb ist das Halbjahr, das unsere Statistik umfaßt, ein Halbjahr der *entscheidenden* Mobilisierung der Arbeiterkräfte vor den Wahlen zur IV. Duma. Dieses Halbjahr ist ein Halbjahr der Mobilisierung aller Kräfte der Arbeiterdemokratie – natürlich nicht nur im Hinblick auf den Dumakampf, aber wir richten unsere Aufmerksamkeit einstweilen gerade auf diesen.

Hier taucht eine Frage auf, die kürzlich in der „Newskaja Swesda" Nr. 16 und in der „Prawda" Nr. 61 berührt wurde. Es ist das die Frage der sogenannten Liquidatoren, die in Petersburg seit Januar 1912 die Zeitungen „Shiwoje Delo" und „Newski Golos" herausgeben. Die Liquida-

toren, die ihre besonderen Zeitungen besitzen, sagen, um die „Einheit" der Arbeiterdemokratie bei den Wahlen zu sichern, sei eine „Vereinbarung" mit ihnen, den Liquidatoren, notwendig, und schrecken für den anderen Fall mit dem Gespenst der „Doppelkandidaturen"[54].

Diese Einschüchterungsversuche haben offensichtlich bisher sehr wenig Erfolg gehabt.

Und das ist durchaus verständlich. Wie kann man Leute ernst nehmen, die zu Recht die Bezeichnung Liquidatoren und Verfechter einer liberalen Arbeiterpolitik verdienen?

Aber vielleicht stehen trotzdem viele Arbeiter hinter den irrigen, unsozialdemokratischen Auffassungen dieser Gruppe von Intellektuellen? *Muß man da nicht besonderes Augenmerk auf diese Arbeiter richten?* Zur Beantwortung dieser Frage liegen uns nunmehr objektive, allgemein zugängliche und ganz exakte Angaben vor. Während des gesamten Halbjahres 1912 haben die Liquidatoren bekanntlich besonders viel Energie in ihre Angriffe auf die „Prawda", die „Newskaja Swesda", die „Swesda" und überhaupt auf alle Gegner des Liquidatorentums gelegt.

Welchen Erfolg hatten die Liquidatoren nun unter den Arbeitern? Davon zeugen die Sammlungen für eine Arbeitertageszeitung, von denen die Liquidatorenzeitungen „Shiwoje Delo" und „Newski Golos" berichteten. Daß eine Tageszeitung notwendig ist, haben die Liquidatoren schon lange, schon 1911, wenn nicht gar 1910 erkannt, und sie haben diese Idee mit allen Kräften unter ihren Anhängern propagiert. Seit Februar 1912 veröffentlicht das „Shiwoje Delo", das zum erstenmal am 20. Januar erschien, Berichte über die bei ihm für diesen Zweck eingegangenen gesammelten Mittel.

Heben wir aus diesen Sammlungen (die im ersten Halbjahr 1912 139 Rbl. 27 Kop. erbrachten) die *Sammlungen von Arbeitergruppen* heraus – genauso, wie wir das bei den nichtliquidatorischen Zeitungen gemacht haben. Ziehen wir die Bilanz aus sämtlichen 16 Nummern des „Shiwoje Delo" und den 5 Nummern des „Newski Golos" (Nr. 6 des „Newski Golos" ist erst im Juli erschienen) und nehmen wir sogar die Sammlungen zur Unterstützung des „Shiwoje Delo" selbst hinzu (obwohl wir bei den nichtliquidatorischen Zeitungen Angaben über derartige Sammlungen unberücksichtigt ließen). Wir erhalten folgende Angaben über die Gesamtzahl der Sammlungen von Arbeitergruppen in diesem Halbjahr:

Zahl der Sammlungen von Arbeitergruppen für eine Arbeitertageszeitung im ersten Halbjahr 1912

	Eingegangen bei nichtliquidatorischen Zeitungen	Liquidatoren-zeitungen
Januar	14	0
Februar	18	0
März	76	7
April	227	8
Mai	135	0
Juni	34	0
Insgesamt	504	15

Im Laufe eines *halben Jahres* ist es also dem Grüppchen intellektueller Liquidatoren unter verzweifelten Anstrengungen gelungen, die Unterstützung von *insgesamt 15 Arbeitergruppen* zu erhalten!

Kann man sich eine vollständigere Niederlage der Liquidatoren seit dem Januar 1912 vorstellen? Kann man sich einen treffenderen Beweis dafür vorstellen, daß wir eben ein Grüppchen intellektueller Liquidatoren vor uns haben, das zwar imstande ist, eine halbliberale Zeitschrift und eine Zeitung herauszugeben, das aber jeder einigermaßen ernst zu nehmenden proletarischen Massenbasis entbehrt?

Hier noch die Angaben über die Verteilung der bei den Liquidatoren eingegangenen Sammlungen von Arbeitergruppen auf die einzelnen Gebiete.

Zahl der Sammlungen von Arbeitergruppen für eine Arbeitertageszeitung im ersten Halbjahr 1912

	Eingegangen bei nichtliquidatorischen Zeitungen	Liquidatoren-zeitungen
Petersburg und Umgebung	415	10
Süden	51	1
Moskau und Moskauer Bezirk	13	2
Norden und Westen	12	1
Ural und Wolgagebiet	6	0
Kaukasus, Sibirien und Finnland	7	1
Insgesamt	504	15*

* Moskau – 2, Nachitschewan, Nowonikolajewsk und Archangelsk je 1.

Im Süden ist also die Niederlage der Liquidatoren in diesem Halbjahr sogar noch größer als in Petersburg.

Diese exakten Angaben der Arbeiterstatistik, die während des ganzen Halbjahres in den Zeitungen der entgegengesetzten Richtungen offen abgedruckt wurden, entscheiden die Frage des „Liquidatorentums" endgültig. Man kann die Gegner des Liquidatorentums beschimpfen und verleumden, soviel man will, aber die exakten Angaben über die Sammlungen von Arbeitergruppen sind unwiderlegbar.

Jetzt ist durchaus verständlich, warum weder die „Newskaja Swesda" noch die „Prawda" die Drohungen der Liquidatoren mit den „Doppelkandidaturen" ernst genommen haben. Es wäre lächerlich, Drohungen von Leuten ernst zu nehmen, von denen sich in einem halben Jahr offenen Kampfes herausgestellt hat, daß sie kaum mehr als eine Null sind. Alle Verteidiger des Liquidatorentums haben sich im „Shiwoje Delo" und „Newski Golos" vereinigt. Und sie alle zusammengenommen haben im Laufe eines halben Jahres fünfzehn Arbeitergruppen für sich gewonnen!

Das Liquidatorentum ist in der Arbeiterbewegung ein Nichts, stark ist es nur unter der liberalen Intelligenz.

IV

Die in der „Prawda" veröffentlichten Angaben über Arbeitersammlungen jeder Art stellen, allgemein gesagt, ein äußerst interessantes Material dar. Hier erhalten wir zum erstenmal im höchsten Grade exakte Angaben über die verschiedensten Seiten der Arbeiterbewegung und des Lebens der russischen Arbeiterdemokraten. Auf die Auswertung dieser Angaben hoffen wir noch öfter zurückzukommen.

Jetzt aber müssen wir, die Übersicht über die Zahlen der Arbeitergruppensammlungen für eine Tageszeitung abschließend, eine praktische Schlußfolgerung festhalten.

Die Arbeiter haben gruppenweise 504 Beiträge für *ihre* Presse bei der „Swesda" und der „Prawda" eingezahlt. Sie haben dabei keinerlei anderes Ziel verfolgt, als eine eigene Arbeiterpresse zu schaffen und zu unterstützen. Gerade deshalb hat die einfache wahrheitsgetreue Zusammenstellung dieser Angaben eines halben Jahres ein ungemein wertvolles Bild aus dem Leben der Arbeiterdemokratie in Rußland ergeben. Die Fünf-

und Zehnkopekenstücke, gemeinsam zusammengetragen und mit dem Vermerk versehen: „von einer Arbeitergruppe aus der und der Fabrik", haben die Möglichkeit geboten, über die Stimmung der Arbeiter wie über ihr Bewußtsein, ihre Einigkeit und ihre Aufgeschlossenheit für die Arbeitersache zu urteilen.

Darum muß man diesen Brauch der Arbeitergruppensammlungen, den der Aufschwung von April und Mai hervorgebracht hat, unbedingt fortführen, entfalten und erweitern, und selbstverständlich sind weiterhin solche Berichte über die Sammlungen notwendig, wie sie die „Prawda" immer gebracht hat.

Sowohl im Hinblick auf die feste Fundierung der Arbeiterpresse als auch im Hinblick auf die gemeinsamen Interessen der Arbeiterdemokratie ist dieser Brauch von größter Bedeutung.

Die Arbeiterpresse muß entwickelt und gefestigt werden. Dazu braucht man Geld. Nur unter der Voraussetzung, daß unter den Arbeitermassen ständig Sammlungen durchgeführt werden, wird es in beharrlicher Arbeit möglich sein, eine befriedigende Organisation der Arbeiterzeitungen in Rußland zu erreichen. In Amerika gibt es eine Arbeiterzeitung („Appeal to Reason"[55]), die *über eine halbe Million* Abonnenten hat. Es muß ein schlechter russischer Arbeiter sein – würden wir in Abwandlung einer bekannten Redewendung sagen –, der nicht die Hoffnung hätte, seinen amerikanischen Kollegen einzuholen und zu überholen.

Viel wichtiger, unvergleichlich wichtiger ist jedoch nicht die finanzielle Seite der Sache, sondern eine andere. Nehmen wir an, hundert Arbeiter der verschiedenen Abteilungen einer Fabrik zahlten am Lohntag je *eine Kopeke* für die Arbeiterzeitung. Das wären insgesamt zwei Rubel im Monat. Nehmen wir anderseits an, zehn gut verdienende Arbeiter, die zufällig zusammengekommen sind, hätten auf einen Schlag zehn Rubel gesammelt.

Die ersten zwei Rubel sind wertvoller als der zweite Zehnrubelschein. Das ist jedem Arbeiter so klar, daß hier lange Erklärungen überflüssig sind.

Es muß Brauch werden, daß *jeder Arbeiter* an *jedem* Lohntag je *eine Kopeke* für die Arbeiterzeitung zahlt. Mag das Zeitungsabonnement seinen Gang gehen, mag, wer es kann, mehr zahlen, wie er es bisher getan hat. Das Wichtigste aber ist, außerdem den Brauch der *„Kopeke für die Arbeiterzeitung"* einzuführen und zu verbreiten.

Die ganze Bedeutung dieser Sammlungen wird darin liegen, daß sie regelmäßig an jedem Lohntag, ohne Unterbrechung, durchgeführt werden, und darin, daß sich eine immer größere Anzahl von Arbeitern an diesen ständigen Sammlungen beteiligt. Die veröffentlichten Berichte könnten einfach lauten: „Soundso viel Kopeken" – das hieße: Soundso viel Arbeiter der betreffenden Fabrik haben Beiträge für die Arbeiterzeitung geleistet. Und danach, wenn es größere Beiträge gibt, kann man schreiben: „Außerdem haben soundso viel Arbeiter soundso viel gespendet."

Wenn sich dieser Brauch der *Kopeke für die Arbeiterzeitung* einbürgert, dann werden die russischen Arbeiter ihre Zeitungen bald auf die gebührende Höhe bringen. Die Arbeiterzeitung muß mehr und vielfältigeres Material bringen, Sonntagsbeilagen und anderes, sie muß in der Duma ebenso wie in allen Städten Rußlands und in den größten Städten des Auslands ihre Korrespondenten haben. Die Arbeiterzeitung muß sich *ständig* entwickeln und verbessern – und das ist unmöglich, wenn nicht eine möglichst große Anzahl von Arbeitern ständig für ihre Presseorgane sammelt.

Eine monatliche Zusammenstellung der Angaben über die *Arbeiterkopeke* wird allen und jedem zeigen, wie die Arbeiter in allen Gegenden Rußlands ihre Gleichgültigkeit abstreifen und aus ihrer Verschlafenheit zu einem vernünftigen, kulturvollen Leben – nicht im konventionellen und nicht im liberalen Sinne dieses Wortes – erwachen. Man wird deutlich sehen können, wie das Interesse für die Arbeiterdemokratie wächst, wie die Zeit heranrückt, da sich sowohl Moskau als auch alle anderen Großstädte eigene Arbeiterzeitungen schaffen.

Wir haben genug von der Herrschaft der bürgerlichen „Kopejka"[56]! Lange genug hat das prinzipienlose Krämerblättchen geherrscht. Die Arbeiter von Petersburg haben in einem halben Jahr gezeigt, welch gewaltigen Erfolg gemeinsame Arbeitersammlungen zeitigen können. Möge ihr Beispiel, ihre Initiative nicht umsonst gewesen sein. Möge sich der Brauch der *Arbeiterkopeke für die Arbeiterzeitung* entwickeln und festigen!

Geschrieben 12.–14. (25.–27.) Juli 1912.
Veröffentlicht am 29. und 31. Juli und am 1. und 2. August 1912 in der „Prawda" Nr. 78, 79, 80 und 81.
Unterschrift: Ein Statistiker.

Nach dem Text der „Prawda".

ZUR GEGENWÄRTIGEN SACHLAGE IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS[57]

Die deutschen Genossen bekommen oft Mitteilungen von einem scharfen Kampfe und von tiefgreifenden Spaltungen innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu lesen. Leider gehen derartige Mitteilungen aus der Mitte einzelner Emigrantengruppen hervor; sie werden in den allermeisten Fällen von Leuten gegeben, die entweder mit den wirklichen russischen Verhältnissen im gegenwärtigen Zeitpunkt keineswegs vertraut sind oder aber auch die deutschen Genossen durch einseitige parteipolitische Schilderung bewußt täuschen wollen. Hat doch jede solche Emigrantengruppe ihre eigene „Richtung" zu vertreten, wobei sie aber in Wirklichkeit aus Leuten zusammengesetzt wird, die jeden lebendigen Zusammenhang mit der kämpfenden russischen Arbeiterpartei verloren oder nie gehabt haben. Einer dieser „Informatoren" hatte es verstanden, leider auch das Vertrauen des „Vorwärts" zu gewinnen. In einer Reihe von Artikeln gab das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei einer Unmenge von unerhörten Verleumdungen der russischen Partei Ausdruck, die aus der Feder jenes Informators flossen und aus angeblich „objektiven" Quellen stammen sollten.

In Wirklichkeit waren jene Quellen durch und durch „subjektiv", durch und durch falsch. Als nun der „Vorwärts" unsere *faktische Berichtigung* nicht aufgenommen hatte, sahen wir uns genötigt, eine besondere Schrift unter dem Titel: „Der Anonymus aus dem ‚Vorwärts' und die Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands"* herauszugeben, die in einer Auflage von mehreren hundert Exemplaren erschien und an alle Vorstände der in Betracht kommenden deutschen Parteiorganisationen

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 525–538. *Die Red.*

sowie Redaktionen der wichtigeren Organe der Parteipresse gesandt wurde.

Gegen das Tatsachenmaterial, das diese Schrift enthielt, hat der „Vorwärts" *keinen Einwand* zu bringen vermocht, somit hat er es stillschweigend anerkannt.

Um unsere deutschen Parteigenossen in den Stand zu setzen, die Glaubwürdigkeit mancher Informationen, die ihnen zugehen, zu beurteilen, bringen wir hier den Brief, den das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an den Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei gerichtet hat. Die Letten machten dem Vorstande den Vorschlag, eine Gesamtberatung der elf „Zentren" wegen der Wahlunterstützungsfrage zu veranstalten, worauf der Vorstand die letzteren um ihre Stellungnahme befragt hat. Dieser Brief ist die Antwort des Zentralkomitees und hat folgenden Wortlaut:

30. Juli 1912*

AN DEN
PARTEIVORSTAND DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Werte Genossen!

Wir haben vor einiger Zeit die Kopie des an Sie gerichteten Schreibens des Ausländischen Komitees der Sozialdemokratie Lettlands vom 24. Juni erhalten. Wir betrachteten es als überflüssig, Sie über den sonderbaren Plan dieser Letten aufzuklären, da wir der Meinung waren, daß kein einziger unterrichteter Mensch diesen Plan ernst nehmen wird. Aus Ihrem an uns gerichteten Schreiben vom 22. Juli ersahen wir aber mit Erstaunen, daß Sie diesen Plan zu akzeptieren beabsichtigen. Dies zwingt uns, einen entschiedenen Protest dagegen zu erheben, welchen wir an Sie richten. Das Vorhaben des Vorstandes ist objektiv nichts anderes als ein Versuch, die Spaltung in unserer Partei (der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) und die Bildung einer neuen, gegnerischen Partei zu fördern. Dies ist in der ganzen Internationale eine bisher unerhörte Sache. Wir werden den deutschen Genossen unsere Behauptung genau beweisen.

* Der Brief erscheint hier mit unwesentlichen Änderungen stilistischer Art.

Die Lage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands seit Januar 1912

Im Januar 1912 fand die Allrussische Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands statt, bestehend aus den Delegierten der Organisationen von Petersburg, Moskau, Moskau-Bezirk, Kasan, Saratow, Tiflis, Baku, Nikolajew, Kiew, Jekaterinoslaw, Wilna und Dwinsk. – Diese Konferenz hat die Partei wiederhergestellt und ein Zentralkomitee, das von den Liquidatoren vernichtet wurde, gewählt, wobei die Konferenz diese Liquidatoren als außerhalb der Partei stehend erklären mußte. (Siehe Broschüre „Der Anonymus aus dem ‚Vorwärts' und die Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands", welche dem Vorstande gesandt wurde; in derselben wurden die Proteste der Liquidatoren, der Nationalorganisationen, der Polen, der Letten, des Bundes und der ausländischen Gruppen erwähnt.)

Im Januar fand auch die Beratung zwecks Schaffung des Organisationskomitees für die Berufung einer neuen Konferenz, der „allgemeinen Parteikonferenz", wie sie die Liquidatoren und ihre Freunde nannten, statt.

Im Schreiben an den Vorstand vom 24. Juni behaupten die Letten, daß dieses „Organisationskomitee" folgende Organisationen und Richtungen bilden: der Bund, die Sozialdemokraten Lettlands, das Distriktskomitee des Kaukasus, die Richtung der Menschewiki „Golos Sozial-Demokrata", die Richtung der Wiener „Prawda" und die Gruppe „Wperjod".

Also auf der einen Seite das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, welches von den russischen, d. h. den in Rußland wirkenden Organisationen auf der Konferenz gewählt wurde (die Gegner nennen es Leninsche Richtung), auf der anderen Seite das sogenannte Organisationskomitee, welches die Berufung der „allgemeinen" Parteikonferenz verspricht.

In welchen Beziehungen stehen zu dem sogenannten Organisationskomitee die bisher neutralen russischen Sozialdemokraten?

Plechanow, der bekannteste Menschewik, welcher entschieden gegen die Vernichtung der Partei durch die Liquidatoren kämpfte, erschien nicht zur Parteikonferenz im Januar, trotzdem er eingeladen wurde. Im April

1912 veröffentlichte er seine Korrespondenz mit dem Repräsentanten des Organisationskomitees (siehe sein „Tagebuch eines Sozialdemokraten", Nr. 16).

Plechanow sagte seine Teilnahme an dem sogenannten Organisationskomitee ab, indem er erklärte, daß der Bund keine Konferenz der bestehenden Parteiorganisationen einberuft, sondern eine *„konstituierende", d. h. eine solche, die eine neue Partei gründen soll.* – Die sogenannten Initiativgruppen, welche in Wahrheit allein das Organisationskomitee unterstützen, sind laut Behauptung Plechanows Gruppen der Liquidatoren, welche der Partei nicht angehören und eine neue Partei bilden wollen. „Die neue Konferenz wird von den Liquidatoren einberufen", schreibt Plechanow im April 1912.

Es erschien nun im Juli die Nr. 3 des Flugblattes („Listok") dieses Organisationskomitees. In derselben ist kein Wort, kein Laut zur Antwort an Plechanow angeführt. Man kann danach urteilen, wie die Letten den Vorstand informieren, dieselben Letten, welche darüber Klage führen, daß das „Leninsche" Zentralkomitee die Briefe des Organisationskomitees nicht beantwortet.

Ist es denn so sonderbar, daß das Zentralkomitee der Partei, der alten Partei, denjenigen, die laut Ausspruch des bisher neutralen Plechanow eine neue Partei bilden, nicht antwortet?

Das Organisationskomitee muß vor allem dem neutralen Plechanow beweisen, daß es keine neue Partei bildet und die alte Partei nicht liquidiert.

Die Letten, die am Organisationskomitee teilnehmen, sollten, als sie sich am 24. Juni an den Vorstand wandten, und zwar nach einem halben Jahre des Kampfes dieses Organisationskomitees der Liquidatoren gegen die Partei, mittels Tatsachen und Dokumenten die Resultate dieses Kampfes beweisen. – Statt dessen zeigen die Letten dem Vorstande **die Potjomkinschen Dörfer der Liquidatoren.**

Die Letten forderten den Vorstand auf, elf „Organisationszentren, Organisationen und Fraktionen" der russischen Sozialdemokratie zu berufen. Wörtlich war es so. (Siehe Seite 4 des Briefes der Letten an den Vorstand vom 24. Juni.)

In der ganzen Welt wurden bis jetzt sämtliche Parteien aus lokalen Organisationen, die durch eine Zentralinstitution vereinigt werden, gebildet. Aber die russischen und lettischen Liquidatoren haben im Jahre 1912

eine große Entdeckung gemacht. – Von nun an kann eine Partei aus „Zentren, Organisationen und Fraktionen" gebildet werden.

In die Zahl der elf Organisationszentren, Organisationen und Fraktionen gehören laut der neuesten lettisch-liquidatorischen Wahlgeometrie erstens das Organisationskomitee und zweitens sechs Fraktionen oder Organisationen oder Zentren, *welche dieses Organisationskomitee bilden.* So steht im Schreiben der Letten: „Punkte 2 bis 7 inklusive bilden das Organisationskomitee".

Auf diese Weise bekommen die Gruppen der die Partei liquidierenden Intelligenzler ein *dreifaches* Wahlrecht, gleich dem Adel in den faulen Ortschaften*:

1. das Distriktskomitee vom Kaukasus, eine fiktive Organisation,
2. dasselbe in der Person des Pariser „Golos", obwohl Golos kein ständiges Mandat vom Kaukasus hat,
3. dasselbe in der Person des „Organisationskomitees".

Wir konstatieren, daß die russischen Arbeiter mit Empörung und Verachtung den Gedanken einer Beratung der Frage der doppelten Kandidaturen, d. h. der Versuche der Liquidatoren, im Verein mit den ohnmächtigen ausländischen Gruppen die Spaltung hervorzurufen, ablehnen werden, zumal diese Gruppen nur Desorganisatoren aus den Reihen der Intelligenzler darstellen.

Wir stellen die Tatsache fest, daß absolut keine einzige ausländische Gruppe von denjenigen, die den Kampf gegen die Partei führen, im Laufe des letzten halben Jahres ein Mandat zur Führung ihres Organes oder zur Veröffentlichung ihrer Flugblätter von irgendeiner Organisation in Rußland hatte. Die Letten wollen dem Vorstande das Gegenteil beweisen; so mögen sie in der russischen Presse wenigstens *ein* solches Mandat bis zum 22. Juli ausfindig machen.

„Golos Sozial-Demokrata" ist kein Organ irgendeiner Organisation in Rußland.

Die Wiener „Prawda" von Trotzki ist ebenfalls kein Organ irgendeiner Organisation Rußlands. Die „Prawda" war vor drei Jahren das Organ der ukrainischen Spilka[58] (Südrußland), aber die Spilka hat schon längst ihr Mandat zurückgezogen.

* Die „rotten boroughs" in England vor der Wahlreform von 1832. *Der Übers.*

Weder der „Wperjod" noch Plechanow, noch die „Bolschewiki-Partizy" geben Organe heraus, welche Parteiorgane irgendeiner Organisation in Rußland wären.

Es ist sehr leicht, sich auf tatsächlich nicht existierende Gruppen zu berufen. Es ist auch nicht schwer, „sympathisierende" Korrespondenzen zu drucken. – Aber um auch ein halbes Jahr ein Organ einer in Rußland wirkenden Organisation zu leiten, sind ständige Verbindungen, volles Vertrauen der lokalen Arbeiterschaft, die Übereinstimmung der taktischen Ansichten, die als Folge langer Mitarbeiterschaft erscheint, nötig. Dies alles fehlt den ausländischen Grüppchen, welche von den lettischen und bundistischen Desorganisatoren gegen die Partei mobilisiert werden.

Über die PPS* werden wir uns kurz fassen. Sie ist *keine sozialdemokratische* Organisation. Sie gehörte *nie* zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Es ist nur ein Grund zur Heranziehung derselben vorhanden, nämlich: sie „verspricht", sozialdemokratisch zu werden und sich den Liquidatoren anzuschließen! – Den Desorganisatoren und Spaltungslustigen genügt es selbstverständlich! Wenn man zu Beratungen die PPS heranziehen soll, so ist kein Grund vorhanden, weshalb man die Sozialisten-Revolutionäre, diejenigen, welche an den Dumawahlen teilnehmen, die Zionisten-Sozialisten, die Lettische sozialistisch-revolutionäre Vereinigung und ähnliche „Strömungen" nicht auch mit heranzieht.

Die sozialdemokratische Fraktion der dritten Duma

In die Zahl der Organisationszentren hat der Vorstand die ausländischen Grüppchen eingereiht, dagegen *hat er aber die sozialdemokratische Dumafraktion nicht eingeladen.* Es ist unglaublich, aber Tatsache. Es wird den russischen Arbeitern nützlich sein, zu erfahren, auf welche Weise Trotzki & Co. unsere ausländischen Genossen irreführen. Die Letten schreiben in dem Briefe vom 24. Juni an den Vorstand:

„Was die sozialdemokratische Dumafraktion betrifft, kann von ihr als einer Vermittlerin in der Wahlunterstützungsfrage nicht mehr die Rede sein, da die Dumasession bereits zu Ende geht und damit sich zugleich die sozialdemokratische Fraktion auflöst." (Seite 2 des mehrfach genannten Schreibens.)

* PPS – Polnische Sozialistische Partei. *Die Red.*

Dies ist entweder eine bewußte Täuschung oder eine grenzenlose politische Ignoranz, welche klar genug die Kenntnisse der Brüsseler Letten über die Wahlen in Rußland charakterisiert.

Der Brief ist vom 24. Juni datiert. Am 9. Juni, das ist am 22. Juni neuen Stils, wurde die dritte Duma offiziell für unbestimmte Zeit aufgelöst, indem sämtliche Deputierten ihre Vollmachten behielten, folglich in dieser Zahl auch die sozialdemokratischen Deputierten. Die letzteren sind daher *bis jetzt Dumadeputierte*, was jedem lesekundigen Arbeiter in Rußland bekannt ist. Dies aber ist den ausländischen Parteiverleumdern unbekannt.

Die einzigen legalen Sozialdemokraten in Rußland, welche bis jetzt, wo sie sich auch im Lande befinden mögen, die einzige offizielle Organisation bilden, sind eben die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der dritten Duma.

Alle Liquidatoren hassen diese Fraktion. Die Blätter der Liquidatoren („Nascha Sarja") überschütten sie mit Beschimpfungen und Insinuationen, alle ausländischen Desorganisatoren klatschen über sie. Warum? Weil die Mehrheit der Fraktion, in der immer die parteitreuen Menschewiki die Oberhand hatten, immer entschieden gegen die Liquidatoren kämpfte und half, dieselben in Petersburg ganz unschädlich zu machen.

In der Broschüre „Der Anonymus usw." haben wir eine wesentliche Tatsache veröffentlicht. Niemand konnte ein Wort dagegen einwenden. Nur *zwei* Mitglieder der Fraktion sind ständige Mitarbeiter der liquidatorischen Zeitungen. *Acht* Mitglieder der Fraktion sind ständige Mitarbeiter der antiliquidatorischen Zeitungen.*

Und die Letten wie auch Trotzki schlagen dem Vorstand vor, dieses einzige allrussische Kollegium, das die Einheit bewahrte, von den Beratungen auszuschließen! – Wenn auch die Letten nur geirrt hätten, indem sie am 24. Juni dies nicht wußten, was allen Arbeitern in Rußland bekannt war, waren sie dann nicht in der Lage, bis zum 22. Juli, d. h. nach Ablauf eines ganzen Monats, ihren Irrtum zu korrigieren? Es gibt eben Irrtümer, die für die Irrenden sehr nützlich sind.

Das Vorhaben der Letten und der Liquidatoren, die den Vorstand irregeführt haben, geht dahin, daß gegen die Mehrheit der Partei in Rußland, gegen die Mehrheit der sozialdemokratischen Dumafraktion die liquida-

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 537. *Die Red.*

torischen Kandidaten durch die Vereinigung der ausländischen fiktiven Grüppchen aufgedrängt werden und daß man durch Betrug Geld von den deutschen Arbeitern erhält. – Dies ist der langen Rede (der Letten, der Bundisten, des Trotzki & Co.) kurzer Sinn.

Aber dieser Betrug wird nicht unbestraft bleiben.

Öffentlich kontrollierbare Tatsachen über den Einfluß der Liquidatoren im Vergleich mit demjenigen der Partei

Jeder vernünftige Mensch versteht, daß leere Phrasen vom Bestehen der angeblich mit den Liquidatoren sympathisierenden geheimen „Organisationen" keinen Glauben verdienen.

Wir behaupten, daß sämtliche Organisationen der Liquidatoren in Rußland fiktiv sind.

Wer keine persönlichen genauen Kenntnisse der Sachlage in den sozialdemokratischen Kreisen Rußlands besitzt, dem ist es schwer, die Wahrheit festzustellen. Aber auch dieser kann die Wahrheit finden, wenn er nach Dokumenten suchen wird und den Sinn derselben prüfen wird, ohne aufs Wort zu glauben. Die erste der öffentlichen Prüfung zugängliche Tatsache haben wir angeführt, und zwar die Verteilung der Kräfte der sozialdemokratischen Dumafraktion zwischen den Liquidatoren und Antiliquidatoren.

Jetzt aber, nach einem halbjährigen Kampfe der Liquidatoren mit der Partei, existieren weitere, ganz objektive und noch mehr überzeugende Tatsachen.

Die Letten führen im Schreiben vom 24. Juni (Seite 5 und 6) legale marxistische Zeitungen in Petersburg an. Sie nennen das „Shiwoje Delo" und „Newski Golos", welche von der menschewistischen Richtung („Golos Sozial-Demokrata") geleitet werden, und stellen ihnen gegenüber die Zeitungen „Swesda" und Petersburger „Prawda" (nicht zu verwechseln mit der liquidatorischen Wiener „Prawda" des Trotzki), die nach Behauptung der Letten *„nur im Besitz und unter Leitung der Leninschen Gruppe stehen"*.

Mag diese Behauptung auch nicht zutreffen, so haben doch die Letten hier unwillkürlich eine stichhaltige Tatsache gegen die Liquidatoren angeführt.

Wenn die „offene Partei" nur eine leere liberale Parole der Liquidatoren ist, so ist die offene *Tätigkeit* in der Duma und in der Presse die Haupttätigkeit der marxistischen Propaganda. Hier, und nur hier, kann man Tatsachen finden, die objektiv die Macht der Liquidatoren und der Antiliquidatoren beweisen.

Es gibt keine anderen politischen allrussischen Organe außer den von den Letten genannten. Die Liquidatoren haben das „Shiwoje Delo" und den „Newski Golos", die Antiliquidatoren die „Swesda", später „Newskaja Swesda" und die (Petersburger) „Prawda". Es gibt keine anderen Richtungen und Fraktionen in Rußland, weder in der Presse noch auf der öffentlichen Massenarena; alle von den Letten angeführten ausländischen Gruppen sind lauter Nullen.

Jetzt haben wir vor uns Resultate der halbjährigen Tätigkeit beider Richtungen.

In diesem Halbjahr (Januar bis Juni 1912) haben sämtliche Parteien Rußlands die Vorbereitungen zu den Wahlen begonnen und beendet. Es bleiben jetzt nur sechs bis acht Wochen bis zur Wahl. Die Wahllisten sind schon meistenteils fertiggestellt. Tatsächlich ist schon der Wahlausgang bestimmt, und zwar auf Grund dieser halbjährigen Vorbereitung.

Für die Richtung der Liquidatoren erklärten sich die „Punkte 1 bis 7" in der Aufzählung der Letten (das Organisationskomitee, der Bund, die Sozialdemokratie Lettlands, „Golos", Wiener „Prawda", das Distriktskomitee vom Kaukasus, „Wperjod"), für die Richtung der Antiliquidatoren das Zentralkomitee, das die russischen Organisationen, d. h. die in Rußland wirkenden (nur die einzige „Leninsche Richtung" behaupten die Liquidatoren), vereinigt hat.

Wir wollen also betrachten, was die einen und die anderen vollbracht haben.

Die Liquidatoren haben in Petersburg vom 1. Januar 1912 bis zum 30. Juni 1912 alten Stils 16 Nummern der Zeitung „Shiwoje Delo" und 5 Nummern der Zeitung „Newski Golos" publiziert. Zusammen 21 Nummern.

Die Antiliquidatoren in demselben Halbjahr 33 Nummern der Zeitung „Swesda", 14 Nummern der Zeitung „Newskaja Swesda" und 53 Nummern der Zeitung „Prawda". Zusammen 100 Nummern.

21 gegen 100.

Dies ist der Kraftvergleich zwischen den Liquidatoren und der Partei in Rußland. Die Tatsachen über die Zeitungen sind öffentlich zugängliche Tatsachen; man kann sie beweisen und prüfen vor allen.

Wie steht es mit dem Zeitungsverschleiß? Die Letten behaupten, daß die Liquidatoren 30 000 Exemplare verschleißen. Nehmen wir an, daß es nicht übertrieben ist. Über die Zeitungen der Antiliquidatoren wurde dem Vorstande von einer Person, die vom Genossen Haase und von anderen Mitgliedern gesehen wurde, die Zahl 60 000 Exemplare genannt. Dieses Verhältnis reduziert den Einfluß der Liquidatoren im Verhältnis 1 zu 10 des Einflusses der Partei.

Wenn auch die Berichte über den Verschleiß nicht veröffentlicht wurden und als übertrieben erscheinen können, so sind andere, wichtigere, überzeugendere veröffentlicht worden.

Das sind die Berichte über die Verbindung der Liquidatoren und der Partei mit den Arbeitermassen in Rußland.

Offene, der Prüfung zugängliche Daten über die Beziehungen der Liquidatoren und der Partei in Rußland mit den Arbeitermassen

Die Daten über die Zahl der Zeitungsnummern und die Auflagezahl beweisen noch nicht vollständig die Überlegenheit der Partei über die Liquidatoren. Zeitungen können auch kleine Gruppen der liberalen Intelligenzler herausgeben. Eine jede „arbeiterfreundliche" oder sogar liberale Zeitung mit einer radikalen Färbung wird immer in Rußland viele Leser finden. Außer den Arbeitern werden sie sowohl die Liberalen wie auch die kleinen Bourgeoisdemokraten lesen.

Es existieren aber Tatsachen, die viel einfacher und deutlicher die Beziehungen der Liquidatoren und der Partei in Rußland mit den Arbeitermassen beweisen.

Dies sind die Daten über die Geldmittel, welche zur Herausgabe der Arbeiterpresse dienen.

Es wird schon seit jeher in Rußland wegen Sammlung der Mittel zur Herausgabe eines Arbeitertageblattes unter den Arbeitern agitiert. Es war allen verständlich, daß ohne solch eine Zeitung die Teilnahme an den

Wahlen fast fiktiv ist. Ein Tageblatt ist das Hauptwerkzeug der Wahlkampagne, es ist das Hauptmittel zu einer marxistischen Massenagitation.

Woher soll man nun das Geld für die Zeitung beschaffen?

Man muß Sammlungen unter den Arbeitern veranstalten. Diese Sammlungen werden einen Fonds bilden und die Stärke der Verbindungen bei der einen oder der anderen Gruppe beweisen. Sie werden ihr Prestige, das Zutrauen der Arbeiter, ihren realen Einfluß auf die Proletariermassen zeigen.

Und nun wurden diese Sammlungen für ein Arbeitertageblatt in Petersburg Anfang des Jahres 1912 eröffnet. Ein halbes Jahr, vom 1. Januar bis 30. Juni, ist eine genügende Frist. Die Daten über die Sammlungen werden genau in sämtlichen obenangeführten, sowohl liquidatorischen wie auch antiliquidatorischen Zeitungen veröffentlicht.

Das Resultat dieser Daten für das Halbjahr ist das beste Material, die öffentliche, volle, objektive, endliche Antwort auf die Frage nach den Machtverhältnissen der Liquidatoren und der Partei in Rußland. Wir haben daher in der Beilage die vollständige Übersetzung sämtlicher Geldberichte über die Sammlungen für das Arbeitertageblatt in sämtlichen fünf obengenannten Zeitungen für das Halbjahr angeführt.

Hier führen wir nun das Resultat dieser Daten an.

Für das halbe Jahr wurden in den antiliquidatorischen Zeitungen Berichte über 504 Geldsammlungen von Arbeitergruppen veröffentlicht, d. h. über solche Sammlungen, bei welchen der Name der Arbeitergruppe, die die Sammlungen zusammengebracht hat, direkt angeführt ist. Diese Sammlungen wurden in 50 russischen Städten und Fabrikstädtchen veranstaltet.

Für dasselbe Halbjahr, 1. Januar bis 30. Juni 1912, wurden in den liquidatorischen Zeitungen die Berichte über fünfzehn Geldsammlungen von Arbeitergruppen veröffentlicht. Diese Sammlungen wurden in fünf russischen Städten veranstaltet.*

* Trotz des Klatsches der Liquidatoren haben eben diese Sammlungen, die über 12 000 Mark ausmachten, sowie die frühere Hilfe der deutschen Genossen den Grundfonds unserer sozialdemokratischen Presse in Rußland gebildet. Die im Texte erwähnte vollständige Übersetzung aller Rechenschaftsberichte über die Geldsammlungen in den verschiedenen sozialdemokratischen Zeitungen im Laufe des Halbjahres wurde an den Vorstand, an die Kontrollkommission und an Bebel gesandt.

Dies sind die genauen Berichte.

Die Geldsammlungen der Arbeitergruppen für das Arbeitertageblatt vom 1. Januar bis 30. Juni 1912:

	In den liquidatorischen Zeitungen	In den antiliquidatorischen Zeitungen
Januar	0	14
Februar	0	18
März	7	76
April	8	227
Mai	0	135
Juni	0	34
	15	504
Dasselbe: Hauptrayons Rußlands		
Petersburg	10	415
Südrußland	1	51
Moskau	2	13
Nord- und Westrußland	1	12
Ural und Wolga	0	6
Kaukasus, Sibirien, Finnland	1	7
	15	504

Nach einem halben Jahr des Kampfes gegen die Partei wurden die Liquidatoren total geschlagen.

Die Liquidatoren bilden eine vollständige Null in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Rußlands. Dies beweisen obige Daten, welche ein jeder prüfen kann. Das sind Tatsachen, welche in Rußland veröffentlicht wurden, ein ganzes Halbjahr umfassen, trotz der Prahlerei von Trotzki und der Liquidatoren.

Man muß bemerken, daß Trotzki Mitarbeiter des „Shiwoje Delo" ist. Ferner gaben die Letten selbst im Schreiben vom 24. Juni zu, daß ganze sechs Gruppen – in dieser Zahl Trotzki, Menschewiki-Golos, die Leiter der Zeitung „Shiwoje Delo" und „Newski Golos" – das sogenannte Organisationskomitee bilden. Daher beweisen unsere Daten, daß nicht nur die Liquidatoren, sondern auch alle ihre wichtigtuenden ausländischen Freunde eine volle Null in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Rußland bilden.

Auf ihrer Seite steht durchschnittlich nur eine einzige Arbeitergruppe von dreißig Arbeitergruppen Rußlands.

Wir führen die Adressen und Erscheinungstage sämtlicher sozialdemokratischen Zeitungen in Petersburg an.

Liquidatoren:

1. „Shiwoje Delo". Petersburg, Gr. Moskowskaja 16. Erste Nummer: 20. Januar 1912; sechzehnte und letzte Nummer: 28. April 1912. (Unterdrückt.)

2. „Newski Golos". Petersburg, Kolokolnaja 3. Nr. 1: 20. Mai 1912; Nr. 5: 28 Juni 1912. (Existiert bis jetzt, den 29. Juli 1912.)

Antiliquidatoren:

3. „Swesda". Petersburg, Rasjesshaja 10, W. 14. Nr. 1 (37): 6. Januar 1912; Nr. 33 (69): 22. April 1912. (Unterdrückt.)

4. „Newskaja Swesda". Petersburg, Nikolajewskaja 33, W. 57. (Nr 1: 26. Februar 1912); Nr. 2: 3. Mai 1912; Nr. 14: 24. Juni 1912. (Existiert bis jetzt.)

5. „Prawda". Petersburg, Nikolajewskaja 37, W. 18. Nr. 1: 22. April 1912; Nr. 53: 30. Juni 1912. (Existiert bis jetzt.)

Schlußfolgerungen

Die Kandidaten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu den bevorstehenden Dumawahlen werden von den lokalen Organisationen der Partei ohne Unterschied der Ansichten und der Richtungen benannt sein. Die Minderheit der sozialdemokratischen Arbeiter wird sich überall der Mehrheit fügen.

Die berüchtigten Doppelkandidaturen sind einfach Unsinn, welcher nur zum Schrecken der ausländischen Genossen und zum Geldpumpen dient.

Es fehlte nur, daß die berüchtigten zehn „Richtungen" mit *zehnfachen* Kandidaturen einschüchtern und für jeden Kandidaten bei den Ausländern um Geldmittel ersuchen.

Es werden keine Doppelkandidaturen stattfinden. Die Liquidatoren sind so schwach, daß sie keine Doppelkandidaturen aufstellen können. Wir bahnen keine Verhandlungen mit einer Handvoll von der Partei abtrünnigen Liquidatoren an. Weder das Zentralkomitee in Rußland noch

die lokalen Organisationen nehmen es mit den Liquidatoren ernst. Man beachte z. B. die letzten Vorgänge in Petersburg. Die Liquidatoren haben in der Zeitung „Newski Golos" (Nr. 6) veröffentlicht, daß in Petersburg Beratungen mit ihnen (den Liquidatoren) wegen der Leitung der Wahlkampagne stattfanden. Sowohl die „Newskaja Swesda" (Nr. 16) wie auch die „Prawda" (Nr. 61) vom 21. und 23. Juli veröffentlichten, daß sie ihre Vertreter zu den Beratungen *nicht* geschickt haben; außerdem hat ein Teilnehmer an den Beratungen in der „Newskaja Swesda" erklärt, daß die Arbeiter in ganz Rußland die Beschlüsse der Januarkonferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands durchführen werden.

„Die Vereinigung verschiedener Richtungen", erklärte er, indem er die Liquidatoren im Sinne hatte, „ist ganz unmöglich in der sozialdemokratischen Wahlkampagne" („Newskaja Swesda" Nr. 16 vom 8. (21.) Juli 1912).

Keine Geldhilfe in der Welt wird den Liquidatoren die Sympathie der russischen Arbeiter gewinnen. Aber selbstverständlich ist es möglich, für die Gelder des Vorstandes in verschiedenen Orten fiktive Doppelkandidaturen aufzustellen. In diesem Falle wird die Verantwortung für solche Kandidaturen, die faktisch die Kandidaturen des deutschen Vorstandes sein werden, dem Vorstande auch zur Last fallen. *Die Gelder, welche den Liquidatoren ausgefolgt werden, werden zur Gründung des Konkurrenzorgans der Liquidatoren, die keine tägliche Zeitung besitzen, dienen. Diese Gelder werden zur Veranstaltung des Bruches von denjenigen verwendet werden, welche in einem mehrjährigen Kampf ihre Nullität bewiesen haben. Die Gelder werden für Reisen usw., zur Gründung einer neuen Partei verwendet werden.* – Wenn der Vorstand jetzt auf die eine oder andere Weise den Liquidatoren helfen will, so wird er uns zwingen, bei aller unserer Achtung vor der deutschen Bruderpartei, an die Internationale zu appellieren. Wir werden dann dem Wiener internationalen Kongreß[59] *auf Grund der Dokumente beweisen*, daß der Vorstand sich bereit erklärte, durch Geldunterstützung die Spaltung bei uns zu fördern, die Doppelkandidaturen ins Leben zu rufen und die geschlagenen Liquidatoren, diese Kadaver, zu galvanisieren. Wenn die deutschen Genossen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands helfen wollen,

so müssen sie die Gelder dem Zentralkomitee der alten Partei und nicht denjenigen, die eine neue Partei bilden, ausfolgen.

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands

Nachdem der Vorstand die beabsichtigte Beratung fallenließ, teilte er uns mit, daß er „nicht imstande" ist, „einer der Parteigruppen in Rußland Gelder für den Wahlkampf zuzuführen, solange nicht von allen zusammen uns (dem Vorstand) eine Stelle bezeichnet wird, die von dem Vertrauen aller getragen, das Geld in Empfang zu nehmen und zu verteilen beauftragt wird".

Diese vermeintliche Neutralität des Vorstandes läuft in Wirklichkeit darauf hinaus, daß er auf die Unterstützung der Arbeiterpartei in Rußland verzichtet wegen der Verleumdungen, denen diese letzte seitens der im Auslande befindlichen Grüppchen und der „Konferenz" der Liquidatoren ausgesetzt wird.

In Ergänzung der obigen Bemerkungen halten wir für pflichtgemäß, folgendes hinzuzufügen.

Die legal erscheinenden, im marxistischen Geiste geführten russischen Blätter sind im gegenwärtigen Zeitpunkt das wichtigste offene Sprachrohr der russischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft in ihrem Zusammenhange mit der Agitationsbewegung der Partei.

Die im Auslande erscheinenden, für Rußland nicht legalen Blätter können *sachgemäß* keinen Anspruch auf dieselbe Bedeutung wie die obengenannten erheben, wenn auch ihre *prinzipielle* Wichtigkeit für die theoretische Klärung der Bewegung zweifellos außerordentlich groß ist. Man weiß ja, wie leicht und zuweilen leichtfertig solche Blätter von kleinen, im Auslande zerstreuten Gruppen der russischen Emigranten gegründet werden; diese Blätter führen ihr kümmerliches Dasein innerhalb solcher Gruppen und gelangen fast nie in die Hände der russischen Parteimitglieder. Es kann ihnen daher sachgemäß keine irgendwie nennenswerte Bedeutung für das Parteileben in Rußland zuerkannt werden.

Nach dem ein halbes Jahr andauernden Kampfe der antiliquidatorischen Zeitungen (Januar bis Juni 1912) ist das *einzige* Organ der Liquidatoren der „Newski Golos" (Stimme der Newa). Diese Zeitung ist als politisches Organ fast eingegangen; im Laufe von $1^1/_2$ Monaten (Juni

bis Mitte August) sind nur *zwei* Nummern (6 und 7) erschienen. Es ist eben klar, daß kein solches Blatt den polizeilichen Verfolgungen, die in Rußland gegen *alle* Arbeiterzeitungen und auch viele recht gemäßigte liberale wüten, gewachsen sein kann, wenn es nicht seine Lebenskraft aus dem engen Zusammenhange mit der Arbeiterschaft erhält.

Als solche Arbeiterzeitungen von großer politischer Tragweite und unmittelbar aktueller Bedeutung erscheinen gegenwärtig: die Wochenschrift „Newskaja Swesda" (Der Newa-Stern) und die Tageszeitung „Prawda" (Die Wahrheit). Beide Blätter erscheinen in Petersburg; sie werden von unseren *politischen Gegnern* aus der Mitte der lettischen Sozialdemokratie mit der geringschätzigen Bezeichnung als Organe der „Leninschen Gruppe" abgetan. Aus den oben gebrachten *objektiven* Tatsachen, die man stets offen kontrollieren kann, dürfte für unsere deutschen Genossen erhellen, daß diese „Leninsche Gruppe" in Wahrheit die erdrückende Mehrheit der russischen sozialdemokratischen Arbeiter umfaßt.

Es wird daher wohl verständlich, warum alle Mitteilungen, die aus der Mitte der Liquidatoren und der ihnen befreundeten Gruppen und Grüpplein fließen, *nicht den geringsten Anspruch auf Vertrauenswürdigkeit* erheben dürfen. Was alle solchen Kreise und mit ihnen die jüdischen (Bund) und lettischen Sozialdemokraten, die in keinem direkten Kontakt mit der *russischen* Bewegung stehen, an Gerüchten verbreitet haben über eine berufene oder angeblich zu berufende Gesamtkonferenz aller „Richtungen"[60], erweist sich als reinste Erfindung. Keine derartiger Konferenzen, selbst wenn sie auch stattfinden sollte, hat *irgendwelche reelle Bedeutung* im Kampfe des russischen Proletariats. Es handelt sich also, um einmal das harte Wort ungern zu gebrauchen, im Grunde um einen Schwindel.

Um für unsere deutschen Parteigenossen die in Frage stehenden Tatsachen von zweifellos ernster politischer Tragweite noch besser zu beleuchten, bringen wir zum Schluß einige Ausführungen aus dem Aufsatz von Axelrod, einem der Führer der Liquidatoren, der im letzten Heft der Monatsschrift „Nascha Sarja" (Unser Morgenrot) erschien.

Axelrod schreibt:

„Der Gedanke an die Möglichkeit eines zu keiner Fraktion gehörenden Organs erscheint noch jetzt als eine Utopie, und zwar eine Utopie, die den Interessen der parteipolitischen Entwicklung zuwiderläuft ... Man kann sagen, daß wir keine in feste Organisationsform gebrachten Fraktionen besitzen. Es

gibt an ihrer Stelle verschiedene kleine Gruppen und Grüpplein, von denen nur wenige an ihren bestimmten politischen, taktischen und organisationsmäßigen Anschauungen festhalten, während die anderen ziellos umherirren oder zwischen den Füßen der ersteren trotteln ... Der Zentralpunkt und die Hauptquelle der Streitigkeiten ergeben sich aus dem verschiedenen Verhalten verschiedener Parteikreise zur neuen, offenen sozialdemokratischen russischen Arbeiterbewegung und aus den verschiedenen Auffassungen der nächsten politischen Aufgaben und der politischen Taktik der russischen Sozialdemokratie. Die Fragen dieser Art gewinnen gerade jetzt ... eine besonders unmittelbare brennende Bedeutung. Und gerade hier ist die russische Sozialdemokratie in zwei große Lager gespalten. Es fragt sich: Wie kann das (von einigen Arbeitern in Petersburg und vielen Intelligenzlern im Auslande) projektierte Arbeiterblatt eine wirklich neutrale Stellung zwischen den beiden entgegengesetzten Lagern einnehmen? Ist auch nur im Prinzip eine solche Stellung zulässig? Offenbar nein! ... Will man bei dieser Sachlage in der Partei von einem Aufheben jeder Fraktionsspaltung als dem alleinrettenden Mittel sprechen, so betrügt man sich selbst und andere in bezug auf die wirkliche Lage der Dinge in der russischen Sozialdemokratie ... Die Bildung einer festen Fraktion erscheint als direkte Pflicht und dringende Aufgabe der Freunde einer Parteireform, oder genauer, einer Parteirevolution."

Mit den letzten Worten meint Axelrod also die Liquidatoren ... Wir möchten unseren deutschen Parteigenossen nur empfehlen, wenn man ihnen von mancher Seite über die „Fraktionslosigkeit" und die fraktionslose Konferenz – mit Beteiligung der Liquidatoren – erzählen wird, zur besseren Orientierung die Übersetzung des ganzen erwähnten Artikels von Axelrod für die deutsche sozialdemokratische Presse zu verlangen. So werden manche Fabeln als solche erkannt und beurteilt werden.

Die Redaktion des Zentralorgans der
Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands
„Sozial-Demokrat"

Vertraulich! Nur an organisierte Mitglieder der sozialdemokr. Parteien!

POSTSKRIPTUM

zu der Schrift *„Zur gegenwärtigen Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands"*

Heute, am 15. September 1912, haben wir den folgenden Brief des Vorstandes durch Paris erhalten, der den deutschen Genossen besonders

veranschaulichen muß, wie sehr wir im Recht waren, als wir gegen die privaten, unverantwortlichen „Informatoren" des Vorstandes, die vor die Öffentlichkeit zu treten Angst haben, protestierten.

Der Parteivorstand schreibt am 10. d. M. folgendes:

Berlin, 10. September 1912

Werter Genosse Kusnezow!

Wir ersuchen Sie um gefl. Mitteilung darüber, ob es richtig ist, daß zu den Wahlkreisen, in denen für die Dumawahlen eine Verständigung sämtlicher sozialdemokratischer Gruppen erzielt ist, u. a. gehören:

Jekaterinoslaw, Charkow, Moskau-Stadt und -Land, das Don-Gebiet und Odessa-Stadt. Ich bitte Sie, mir diese Mitteilungen baldmöglichst zukommen zu lassen, und zwar unter der Adresse: H. Müller, zur Zeit *Chemnitz*.

Wenn wir bis 17. September keine Nachricht erhalten, nehmen wir an, daß das oben Mitgeteilte richtig ist.

Mit Parteigruß *H. Müller*

Auf den vorstehenden Brief hin haben wir die folgende Antwort gegeben:

An den Parteivorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Werte Genossen! Es versteht sich von selbst, daß alles, was dem Vorstande mitgeteilt worden war, auf Unwahrheit beruhte, daß es eine freie Erfindung der Liquidatoren ist. Wir dürfen mit Sicherheit behaupten, daß diese Fabel dem Vorstande nur seitens der Letten, der Bundisten oder auch seitens Trotzkis Anhang mitgeteilt werden konnte, die doch erst neuerdings „ihre" Konferenz geschlossen haben, die sie als „Parteikonferenz" bezeichnen möchten, die aber in Wirklichkeit die der Liquidatoren gewesen ist. Um nichts Unbestätigtes zu bringen und um unseren Organisationsbriefwechsel nicht zu zitieren, beschränken wir uns hier nur darauf, auf ein in Petersburg offen erschienenes Dokument hinzuweisen.

In der Petersburger marxistischen Tageszeitung „Prawda" Nr. 102, vom 28. August 1912 (10. September neuen Stils), ist ein Brief erschienen, der aus einer der größten Fabriken in Charkow herrührt und der sich speziell mit der Dumawahl befaßt. In diesem Briefe wird direkt und offen gesagt, daß die „Kandidaten der Liquidatoren *nicht veröffentlicht* worden sind" und daß diese letzten *„die Notwendigkeit der Arbeiterpartei leugnen"* („Prawda" Nr. 102, Seite 4, Spalte 1).

Die deutschen Genossen können schon daraus allein ersehen, wie gewissenlos sie von den Letten, Bundisten, dem Trotzki-Anhang und allen ähnlichen Privat-Informatoren betrogen werden. Die Sache läuft klar darauf hinaus, daß dieselben und wohl auch die Kaukasier Geld erlangen wollten im Namen der angeblichen „Organisationen", deren Existenz weder der Parteivorstand noch jemand anders beglaubigen und prüfen kann.

Kann denn nicht die deutsche Partei mit ihren 90 sozialdemokratischen Tageszeitungen – wenn sie sich nicht in Verlegenheit versetzen will durch ihre Irrtümer in russischen Parteiangelegenheiten – die Diskussion über die Sozialdemokratische Partei in Rußland eröffnen und alle die vor dem Tageslicht sich verbergenden Informatoren öffentlich veranlassen, mit ihrer Unterschrift und mit Belegen in der Hand aufzutreten?

Rußland ist immerhin noch nicht so entfernt wie Zentralafrika, und die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft würde ohne große Mühe die Wahrheit entdecken und somit auch die deutschen Vorstandsmitglieder vom Anhören der privaten und der *Prüfung unzugänglichen* Erzählungen befreien.

Im Auftrage des Zentralkomitees
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands
N. Lenin

Geschrieben zwischen dem 17. (30.) Juli und 20. August (2. September) 1912, das Postskriptum am 2. (15.) September 1912.

Veröffentlicht 1912 in Leipzig als Broschüre in deutscher Sprache.

Nach dem Text der Broschüre.

URSPRÜNGLICHES POSTSKRIPTUM ZU DER SCHRIFT „ZUR GEGENWÄRTIGEN SACHLAGE IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS“ [61]

Nachdem die oben geschriebenen Zeilen bereits in Satz gegeben waren, erhielten wir die in Petersburg am 17. August alten Stils erschienene Nr. 7 des „Newski Golos“. Die Liquidatorenzeitung erscheint also wieder nach *1½monatiger Unterbrechung*. (Die vorige Nummer dieses Wochenblatts, Nr. 6, war am 5. Juli alten Stils herausgekommen.)

Die im „Newski Golos“ Nr. 7 selbst veröffentlichten Meldungen bestätigen am besten die Einschätzung der *tatsächlichen* Bedeutung der Liquidatoren in Rußland, wie sie (die Einschätzung) in dem Schreiben unseres Zentralkomitees an den Vorstand* gegeben wurde.

In der Tat, Anfang Juli wurde die Herausgabe der Zeitung eingestellt. Die Liquidatoren und ihre Freunde machten natürlich alle Anstrengungen, sie wieder erscheinen zu lassen. Über das Ergebnis dieser Anstrengungen *in diesen* anderthalb Monaten (Juli bis Mitte August) berichtet der „Newski Golos“ *selbst* in seiner Nummer 7 folgendes:

„Im Kontor der Zeitung sind *zur materiellen Unterstützung der Zeitung* eingegangen:

Juli. Von 14 Personen je 25 Rbl. (I. F., P., G., M. I., K., L., K. F., L., B., Wsch., Lw., Wl., W. P., aus Mosk. von B.); über R. – 50 Rbl.; von M. – 11 Rbl.; Schch. – 11 Rbl.; von 8 Personen je 10 Rbl. (E., I., Is., Sch., Rf., Awg., Ob., P. O.); von Ch. I. – 8 Rbl.; von S. – 7 Rbl.; von Ch. – 5 Rbl., B. B. – 5 Rbl.; von F. – 6 Rbl.; M. B. – 5 Rbl.; aus Libau – 5 Rbl.; Gmp. – 3 Rbl. Insgesamt 546 Rubel.

August. Von Wulfson (Zürich) – 10 Rbl.; von demselben – 3 Rbl. 57 Kop.; Bensi (Zürich) – 15 Rbl.; G-a (Kischinjow) – 20 Rbl.;

* Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. *Die Red.*

As-w (Astrachan) – 3 Rbl.; Sp-ago (Bogorodsk) – 15 Rbl.; W. W. – 6 Rbl.; J. J. F. – 59 Rbl.; aus Dubbeln über S. – 20 Rbl.; aus Mosk. von B. – 25 Rbl.; von J. L. – 10 Rbl.; L. L. – 12 Rbl.; M. Gr. – 3 Rbl.; von der Moskauer Initiativgr. – 35 Rbl.; B. B. – 5 Rbl.; B. – 5 Rbl.; über L. L. von An. Konst. aus St. Petersb. – 6 Rbl.; von einer Gruppe von Freunden aus Paris – 8 Rbl. 54 Kop.; aus Pawlograd von B. – 20 Rbl. Insgesamt 281 Rbl. 11 Kop."

So lautet der von den Liquidatoren selbst veröffentlichte Bericht. In den anderthalb Monaten ergibt sich folgendes Bild ihrer Arbeit und ihrer *Verbindungen mit den Massen:*

Insgesamt wurden gesammelt *827 Rbl. 11 Kop.*

Davon	
Moskauer Initiativgruppe	35 Rbl. –
Gruppe von Freunden aus Paris	8 Rbl. 54 Kop.
Privatspenden von Einzelpersonen:	
35 Spenden mit insgesamt	708 Rbl.
15 Spenden mit insgesamt	75 Rbl. 57 Kop.
Insgesamt	827 Rbl. 11 Kop.

Allen ist bekannt, und Plechanow hat schon im April 1912 öffentlich erklärt („Dnewnik Sozialdemokrata" Nr. 16), daß die *„Initiativgruppen" Liquidatoren*gruppen sind.

Den Liquidatoren haben also in der schwersten Zeit, als ihr Organ nicht erscheinen konnte, geholfen

eine Liquidatorengruppe in Rußland

eine Gruppe von Freunden in Paris

35 zahlungskräftige Personen mit einer durchschnittlichen Spende von je 20 Rubeln (über 40 Mark pro Person)

15 Einzelpersonen mit einer durchschnittlichen Spende von je 5 Rbl. (über 10 Mark pro Person).

Hatte unser ZK nicht recht mit der Behauptung, daß die Liquidatoren in der russischen Arbeiterbewegung eine völlige Null sind?

Die Liquidatoren berufen sich auf das „Kaukasische Distriktskomitee". *Von keiner einzigen Arbeitergruppe* im Kaukasus haben sie in den anderthalb Monaten auch nur einen einzigen Beitrag erhalten.

Die Liquidatoren wollen die Hilfe des „Bund" und der sozialdemokratischen Organisation Lettlands in Anspruch nehmen. *Von keiner einzigen* Arbeitergruppe des „Bund" oder der Letten haben sie in den anderthalb Monaten auch nur einen einzigen Beitrag erhalten.

Die „Prawda", die Petersburger Tageszeitung der Antiliquidatoren, veröffentlichte in denselben anderthalb Monaten (Juli bis 14. August) Berichte über *41 Sammlungen von Arbeitergruppen* aus verschiedenen Orten Rußlands, darunter von Arbeitern der Erdölindustrie (Grosny, Terekgebiet) („Prawda" Nr. 60) und von jüdischen Arbeitern in Libau („Prawda" Nr. 67). Wir erlauben uns die Meinung, daß diese Hilfe der Arbeiter ernster zu nehmen ist als die Phrasen und Deklamationen des „Kaukasischen Distriktskomitees", der Letten und des „Bund".

Keine Hilfe der Welt und keine „Konferenzen" mit den Letten, dem „Bund" u. dgl. m. werden aus der liquidatorischen *Null* in der russischen Arbeiterbewegung eine Eins machen.

Mögen sich die deutschen Genossen die nicht allzu große Mühe machen und die *Dokumente* über die Lage der SDAPR zusammentragen und prüfen – Rußland ist immerhin nicht Zentralafrika, von dem man alle möglichen „Jagdgeschichten" erzählen kann. Die deutschen Genossen werden doch wohl Schluß machen wollen mit einem solchen gelinde gesagt* sonderbaren Zustand, wo sie über den italienischen, schwedischen und jeden beliebigen anderen Sozialismus durch offen publizierte Dokumente informiert werden, über den russischen Sozialismus aber durch privat übermittelte Märchen und Gerüchte.

Geschrieben im August 1912.
Zum erstenmal veröffentlicht. *Nach dem Manuskript.*

* „gelinde gesagt" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

KAPITALISMUS UND VOLKSKONSUM

Vor kurzem veröffentlichte die französische Zeitschrift „La Revue Scientifique"[62] Daten über die *Margarine*produktion in den verschiedenen Ländern. Diese Daten erinnern ein übriges Mal an die schon längst festgestellte Tatsache, daß sich die Volksernährung mit der Entwicklung des Kapitalismus verschlechtert.

Margarin nennt man bekanntlich besonders (durch Entzug des Stearins) bearbeiteten Talg. Aus diesem Margarin wird das Kunstspeisefett Margarine hergestellt.

Die Produktion von Margarine hat in den wichtigsten europäischen Ländern sehr große Ausmaße erreicht. Deutschland produziert 12½ Millionen Pud Margarine im Jahr, England 7½ Millionen usw.

Margarine ist billiger als echte Butter. Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in den kapitalistischen Ländern ist echte Butter zu teuer. Die Arbeiter verdienen so wenig, daß sie billige, künstlich hergestellte Lebensmittel von niedriger Qualität kaufen müssen. Und die Hauptverbraucher sind ja die Arbeiter. Arbeiter gibt es Millionen, Kapitalisten nur Hunderte. So wächst eben die Produktion eines billigen, künstlich hergestellten Nahrungsmittels zusehends – bei gleichzeitig zunehmendem unerhörtem Luxus einer Handvoll Millionäre.

Es wächst der Reichtum der Bourgeoisie. Es wächst das Elend und die Not des Proletariats und der Masse der ihrem Ruin entgegengehenden Kleinbesitzer, der Bauern, Handwerker, Kleinhändler.

Bemerkenswert ist, daß der Margarineverbrauch gerade in den Ländern am höchsten ist, die besonders dafür bekannt sind, daß sie echte Butter in großer Menge und von bester Qualität produzieren. Um festzustellen,

wie hoch der Margarineverbrauch ist, muß man die Gesamtmenge der im Lande produzierten Margarine (zuzüglich der Einfuhr und abzüglich der Ausfuhr) durch die Einwohnerzahl dividieren.

Dabei ergibt sich, daß in bezug auf die Höhe des Margarineverbrauchs an erster Stelle Dänemark mit 16,4 Kilogramm Margarine im Jahr (etwa ein Pud) pro Einwohner steht. Es folgen Norwegen mit 15 Pfund, Deutschland mit $7^1/_2$ Pfund usw.

Dänemark ist hinsichtlich der Butterproduktion das reichste Land. Die dänische echte Butter zählt zur besten. London, die größte und reichste Stadt der Welt (mit den Randgebieten etwa 6 Millionen Einwohner), nimmt am liebsten dänische Butter und zahlt dafür den höchsten Preis.

Die dänischen wohlhabenden Bauern und vor allem die dänischen Kapitalisten machen mit dem Butterhandel gute Geschäfte. Und zugleich steht Dänemark an erster Stelle in der Welt im Verbrauch an künstlicher Butter, an Margarine!

Wie ist das zu erklären?

Sehr einfach. Die übergroße Mehrheit der dänischen Bevölkerung, wie auch der Bevölkerung in jedem anderen kapitalistischen Land, sind Arbeiter und arme Bauern. Für sie ist die echte Butter zu teuer. Sogar die Mittelbauern in Dänemark verkaufen aus Geldmangel die in ihrer Wirtschaft produzierte Butter ins Ausland und kaufen für sich selbst die billige Margarine. Es wächst der Reichtum der dänischen Kapitalisten, und es wächst das Elend und die Not der dänischen Arbeiter und Bauern.

Bei uns in Rußland ist es dasselbe. Vor sehr langer Zeit, etwa vor vierzig Jahren, als die Errichtung von Käsereien und Käsereiartels in den Dörfern Mode wurde, vermerkte der demokratische Publizist Engelhardt, daß die Bauern aus Geldmangel Milch und Butter verkaufen, während die Kinder hungern und dahinsterben.

Seither wurde von dieser Erscheinung oft gesprochen. Die Käseproduktion nimmt zu, es steigt die Produktion von Milch für den Verkauf, wenige wohlhabende Bauern und Händler werden reich, während die Armen noch ärmer werden. Die Kinder der armen Bauern bleiben ohne Milch und sterben in großer Zahl. Die Kindersterblichkeit in Rußland ist unglaublich hoch.

Oft bringen die Bauern die Milch in die Käsereien und erhalten die *Magermilch* zurück, die sie für sich zum Essen verwenden.

Den Reichen bringt die Zunahme der Produktion und des Handels Profite, den Arbeitern und Bauern – Margarine und Magermilch. So sieht die kapitalistische Wirklichkeit aus, die die liberalen und staatstreuen Gelehrten mit so viel Eifer schminken.

„Prawda" Nr. 70,
20. Juli 1912.
Unterschrift: B. B.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE LIBERALEN UND DIE KLERIKALEN

Die Geistlichkeit schickt sich an, die IV. Duma zu überschwemmen.

Wie soll man sich zu diesem Erscheinen der Geistlichkeit in der politischen Arena verhalten?

Die Demokratie kann niemals den Standpunkt einnehmen, daß die Geistlichkeit am politischen Leben nicht teilnehmen solle. Das ist ein erzreaktionärer Standpunkt. Er führt nur zu konventioneller Heuchelei und zu weiter nichts. Im Leben sind Maßnahmen, die die eine oder andere Bevölkerungsgruppe oder -schicht von der Politik und vom Klassenkampf ausschließen, völlig unmöglich und undurchführbar.

Erinnern wir uns, daß Bebel und die anderen deutschen Sozialdemokraten für die Agitationsfreiheit der Jesuiten in Deutschland waren. Wir sind gegen die liberalen Phrasen, daß man die Agitation der Jesuiten „verbieten" müsse, sagten die Sozialdemokraten. Wir fürchten die Jesuiten nicht. Mögen die Jesuiten *volle Freiheit* der Agitation haben, mag man aber auch uns Sozialdemokraten die volle Agitationsfreiheit geben. So argumentierten Bebel und die anderen deutschen Sozialdemokraten.

Die Arbeiterdemokraten Rußlands kämpfen gegen die Verfälschung des Wahlrechts (und jedes anderen Rechts) zugunsten der Gutsbesitzer oder der Geistlichkeit usw., keineswegs aber gegen die Freiheit der Teilnahme der Geistlichkeit am politischen Leben. Wir stehen auf dem Standpunkt des Klassenkampfes und fordern die volle Freiheit der politischen Betätigung für jede Klasse, für jeden Stand, für beide Geschlechter, für jedes Volk, jede Bevölkerungsschicht oder -gruppe.

Die Liberalen urteilen in dieser Frage falsch, undemokratisch. Fürst Trubezkoi zum Beispiel schrieb unlängst unter dem Beifall der „Retsch":

„Die Verwandlung der Kirche in ein politisches Werkzeug wird erreicht um den Preis ihrer inneren Zersetzung." Den Plan, die Duma durch die Geistlichkeit zu überschwemmen, nannte er „antichristlich und antikirchlich".

Das ist nicht wahr. Das ist Heuchelei. Das ist ein zutiefst reaktionärer Standpunkt.

Trubezkoi und die anderen Liberalen stehen in ihrem Kampf gegen den Klerikalismus auf einem *un*demokratischen Standpunkt. Unter der Flagge der Nichtteilnahme der Geistlichkeit am politischen Kampf betreiben sie nur ihre mehr versteckte (und darum viel gefährlichere) Teilnahme.

Die Arbeiterdemokratie ist für die Freiheit des politischen Kampfes für alle, auch für die Geistlichkeit. Wir sind nicht gegen die Teilnahme der Geistlichkeit am Wahlkampf, an der Duma u. dgl. m., sondern *ausschließlich* gegen die mittelalterlichen Privilegien der Geistlichkeit. Wir fürchten den Klerikalismus nicht, wir werden – auf einer freien und für alle gleichen Tribüne – gern mit ihm streiten. Die Geistlichkeit beteiligte sich an der Politik stets *versteckt*; für das Volk wird es nur von Nutzen sein, und zwar von großem Nutzen, wenn die Geistlichkeit an der Politik *offen* teilnimmt.

„Prawda" Nr. 74,
25. Juli 1912.
Unterschrift: Ein Laie.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE KADETTEN UND DIE DEMOKRATIE

„Wir haben uns an den Gedanken gewöhnt", schreibt der Leitartikler der „Retsch", „daß die Marxisten den Kadetten die Bedeutung einer demokratischen Partei zubilligen, wenn auch mit dem beleidigenden Zusatz: ‚bürgerlich'" (das heißt: bürgerlich-demokratisch).

Man kann sich schwerlich vorstellen, daß „gebildete Menschen", die die marxistische Literatur lesen, eine noch größere politische Unwissenheit an den Tag legen könnten. Unwillkürlich erhebt sich die Frage: Ist es nicht manchmal Berechnung, die sie veranlaßt, sich unwissend zu stellen?

Seit 1906 haben wir Hunderte und Tausende Male erklärt, daß die Kadetten *nicht* Demokraten, sondern liberal-monarchistische Bourgeois sind. Im Frühjahr 1907 haben die jedem politisch gebildeten Menschen bekannten offiziellen Beschlüsse der Marxisten aus ganz Rußland das bekräftigt und vor aller Welt festgestellt, daß die Kadetten eine Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie sind, daß ihr Demokratismus „heuchlerisch" ist, daß den Kadetten ein Teil des Kleinbürgertums „nur aus Tradition" folgt (aus der blinden Gewohnheit an das Gewöhnliche, an das Alte) „und weil er *von den Liberalen direkt betrogen* wird"[63].

Hunderte und Tausende Male wurden diese Gedanken seither wiederholt und weiterentwickelt.

Und die Kadetten beteuern, als ob nichts gewesen sei, daß sie sich „an den Gedanken gewöhnt" hätten, daß die Marxisten sie für Demokraten halten! Wahrlich, schlimmer als jeder Taube ist, wer nicht hören will.

Die Liberalen unterscheiden sich von den Konservativen (den Schwarzhundertern) dadurch, daß sie die Interessen der Bourgeoisie vertreten, die den Fortschritt und eine einigermaßen geregelte Rechtsordnung, die Wah-

rung der Gesetzlichkeit, der Verfassung, die Gewährleistung einer gewissen politischen Freiheit *braucht*.

Diese fortschrittliche Bourgeoisie aber fürchtet die Demokratie und die Bewegung der Massen noch mehr als die Reaktion. Daher die ewigen Tendenzen der Liberalen zu Konzessionen an das Alte, zum Paktieren mit ihm, zur Verteidigung vieler Grundpfeiler des Alten. Und all das bewirkt die völlige Ohnmacht des Liberalismus, seine Unentschlossenheit und Halbheit, sein ewiges Schwanken.

Die Demokratie, das ist die breite Masse der Bevölkerung. Der Demokrat fürchtet nicht die Bewegung der Massen, sondern glaubt an sie. Die Demokratie in Rußland, das sind die Trudowiki und überhaupt die linken „Volkstümler". Die Marxisten bezeichnen sie als *bürgerliche* Demokratie, keineswegs um sie zu „beleidigen", sondern weil *keinerlei* Neuaufteilung des Bodens und *keinerlei* Demokratisierung des Staates bereits die Herrschaft des Kapitals, die Herrschaft der bürgerlichen Ordnung *beseitigt*.

Die Politik der Arbeiterdemokraten ist klar. Wir erkennen Vereinbarungen mit den Liberalen gegen die Rechten erst im zweiten Stadium der Wahlen und nur dort an, wo man mit den Demokraten die Liberalen nicht besiegen kann. Wir kämpfen zusammen mit allen bürgerlichen Demokraten, solange sie ihrem Demokratismus die Treue bewahren.

„Prawda" Nr. 75,
26. Juli 1912.

Nach dem Text der „Prawda".

DER FELDZUG DER LIBERALEN

Die Liberalen sind in Bewegung geraten und bedrängen geschlossen die „Prawda". Die Leitartikler der kadettischen „Retsch", die parteilos-progressiven Herren Prokopowitsch und R. Blank haben in den „Saprossy Shisni" gegen die Arbeiterzeitung das Feuer eröffnet, weil diese beschlossen hat, in Petersburg eine selbständige Wahlkampagne durchzuführen.

„Die Anstrengungen der ‚Newskaja Swesda' und der ‚Prawda' sind völlig vergeblich", versichern die „Saprossy Shisni". „Sie können doch nicht im Ernst damit rechnen, daß der Kandidat der Arbeiterpartei in der Petersburger städtischen Kurie, in der der Anteil der Arbeiter gering ist, siegen wird!"

Da haben wir ein Musterbeispiel liberaler Betrachtungsweise, da haben wir die Methoden zur Einschüchterung des Wählers, der den spießbürgerlichen Standpunkt noch nicht überwunden, sich noch nicht zu wirklich bewußtem politischem Denken durchgerungen hat.

Es gab eine Zeit, da die Liberalen direkt mit einem Wahlsieg der Schwarzhunderter zu schrecken suchten. Jetzt aber „zieht" die grobe Lüge nicht mehr. Jedermann weiß, daß bei den Wahlen in Petersburg keine, aber auch nicht die geringste Schwarzhundertergefahr besteht. Und da greift man eben zu einem Einschüchterungsversuch anderer Art: Man kann doch nicht damit rechnen, daß die Arbeiter siegen werden.

Nein, ihr Herren Liberale, der demokratische Wähler überhaupt – der Arbeiter im besonderen – hat in den verflossenen fünf schweren Jahren viel durchgemacht, über vieles nachgedacht und viel gelernt. Mit einem solchen Einschüchterungsversuch werdet ihr nichts erreichen.

Nirgendwo in der Welt begannen die Arbeiter in den großen Städten *ihre* Wahlkampagne, ohne starke liberale Parteien *gegen* sich zu haben.

Nirgendwo in der Welt gelang es der Arbeiterdemokratie ohne hartnäckigen Kampf, die Massen der kleinen Dienstleute, der Handlungsgehilfen, Handwerker, Kleinhändler usw. dem Einfluß der Liberalen zu entreißen.

Wer dagegen ist, daß die Petersburger Arbeiter gerade jetzt diesen Kampf aufnehmen (vielmehr: das fortsetzen, was in den Jahren 1906, 1907 und 1909 begonnen wurde), der nennt sich zu Unrecht Demokrat, der bleibt in Wirklichkeit ein Sklave der Liberalen.

Tausende und aber Tausende neuer demokratischer Wähler werden jetzt an den Wahlen in Petersburg teilnehmen.

Die große Tat, die die Petersburger Arbeiter mit der Schaffung ihrer Arbeitertageszeitung vollbracht haben, gibt uns allen Grund, im Wahlkampf keine geringeren Erfolge zu erwarten.

Von den alten Wählern erwachen Tausende zu neuem, bewußterem politischem Leben, mit Hilfe ihrer Arbeiterzeitung lernen sie es, für die Verbesserung ihres Lebens zu kämpfen, sie gewöhnen sich an gemeinsame politische Aktionen und werden sich der großen Aufgaben des ganzen Volkes bewußt, die die Arbeiterdemokratie zu lösen hat.

Ein Sieg über die Liberalen in Petersburg ist möglich. Und das demokratische Petersburg schöpft aus der Unruhe und den zänkischen Ausfällen der Liberalen, aus ihren Einschüchterungsversuchen und Ermahnungen nur aufs neue die Gewißheit, daß es auf sicherem Wege zum Siege schreitet.

„Prawda" Nr. 77,
28. Juli 1912.

Nach dem Text der „Prawda".

AUFSTÄNDE IN ARMEE UND FLOTTE[64]

In letzter Zeit drangen einige Nachrichten über eine revolutionäre Gärung in der Truppe sogar in unsere legale Presse. Halten wir die drei wichtigsten Meldungen fest.

In der Schwarzmeerflotte. Das Marinegericht in Sewastopol verhandelte am 27. Juni unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Elektriker Selenin vom Panzerkreuzer „Joann Slatoust". Gemeinsam mit Karpischin und Siljakow wurde er angeklagt, eine Proklamation mit einem Aufruf zum bewaffneten Aufstand verfaßt und verbreitet zu haben. Selenin, Karpischin und Siljakow wurden zum Tode verurteilt und am 10. Juli erschossen.

Am 2. Juli fand beim gleichen Gericht eine Verhandlung in Sachen der Besatzung desselben Panzerkreuzers statt. 16 Matrosen standen unter der Anklage, die Besatzung aufgewiegelt zu haben, sich des Schiffes zu bemächtigen. Zehn wurden zum Tode verurteilt, fünf zu 6 Jahren Zuchthaus. Wie aus amtlichen telegrafischen Meldungen vom 4. Juli hervorgeht, sollen die zehn zum Tode Verurteilten ein Gnadengesuch eingereicht haben.

In der Baltischen Flotte. Für den 16. Juli war beim Marinegericht des Kronstädter Hafens die Verhandlung *gegen 65 Matrosen* des Schulschiffes „Dwina", des Kreuzers „Aurora" und des Panzerkreuzers „Slawa" anberaumt. Die Oktobristenzeitung „Golos Moskwy" erhielt am 3. Juli aus St. Petersburg die telefonische Mitteilung, daß in der Stadt viel über diesen aufsehenerregenden Prozeß gesprochen werde. Wie man sagt, werden diese 65 Matrosen der Zugehörigkeit zur Partei der Sozialrevolutionäre sowie der „Zugehörigkeit zu einem Geheimbund" beschuldigt, „der auf den offenen Aufstand und die Ermordung hoher Offiziere hingearbeitet

hat". Der gleichen Meldung zufolge nahm die Sache ihren Anfang mit der Verhaftung eines Matrosen der „Dwina" am 22. Januar 1912.

Ferner ist bekannt, daß in den Maitagen Matrosen der Baltischen Flotte in Helsingfors verhaftet wurden.

Schließlich unternahmen am 1. Juli in dem Dorf Troizkoje bei Taschkent Pioniere einen Aufstandsversuch. Stabskapitän Pochwisnew wurde von den Aufständischen aufs Bajonett gespießt. *Eine telegrafische Mitteilung über diesen Vorfall wurde nicht durchgelassen.* Erst am 10. Juli erschien in Petersburg ein Abdruck aus den „Turkestanskije Wedomosti" [Turkestanische Nachrichten], einem amtlichen Blatt, das zugibt, daß es mit den Aufständischen *zu einem Gefecht gekommen ist.* Infanterie und Kosaken haben die aufständischen Pioniere, bei denen es sich um insgesamt 100 bis 130 Mann gehandelt haben soll, zusammengeschlagen. Der Aufstand begann abends und endete nach der amtlichen Mitteilung gegen Morgen. *Etwa 380 Pioniere* wurden verhaftet, von denen „mehr als die Hälfte" (so behauptet das Regierungsblatt) am Aufstand „zweifellos (??) unbeteiligt war". Außer Pochwisnew wurden die beiden Leutnante Krassowski und Koschtschenez sowie zwei untere Chargen von den Aufständischen getötet; fünf Offiziere und zwölf untere Chargen wurden verwundet. Wieviel Aufständische getötet wurden, verschweigt das amtliche Blatt.

Das sind die spärlichen und offensichtlich unvollständigen, offensichtlich von der Polizei verstümmelten und bagatellisierten Nachrichten, über die wir augenblicklich verfügen.

Was zeigen diese Ereignisse?

Sie bestätigen voll und ganz das, was in den Beschlüssen der Gesamtrussischen Januarkonferenz der SDAPR von 1912 erklärt und vor einem Monat in Nr. 27 des Zentralorgans „Sozial-Demokrat" ausführlicher dargelegt worden ist.*

In Rußland hat ein *revolutionärer* Aufschwung begonnen. Die Massenstreiks im April und Mai haben gezeigt, daß das Proletariat in Rußland zur Offensive übergeht: *sowohl* gegen das Kapital *als auch* gegen die Zarenmonarchie, *sowohl* für ein besseres Leben der durch die Verfolgungen und die Unterdrückungsmaßnahmen der Konterrevolution in den Jahren 1908–1911 gequälten und gepeinigten Arbeiter *als auch* für die Freiheit des ganzen Volkes, für die demokratische Republik.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 91–99. *Die Red.*

Die Liberalen (und nach ihnen die Liquidatoren vom „Newski Golos") verbreiten die Mär, Grundlage der Bewegung vom April und Mai sei der Kampf um die Koalitionsfreiheit gewesen. Dieses Märchen ist durch die Tatsachen widerlegt. Im Sklavenhalterstaat Rußland kann man nicht nur um *eines* der politischen Rechte kämpfen, unter der zaristischen Selbstherrschaft kann man nicht um konstitutionelle Reformen kämpfen. Der Kampf des Proletariats hat mit der Welle von Streiks ganz Rußland erfaßt, und das waren *sowohl* wirtschaftliche *als auch* politische Streiks. In der Vereinigung dieser beiden Formen lag und liegt die *Stärke* der Bewegung. Das sind keine einfachen Streiks mehr, das ist der *revolutionäre* Aufschwung der Massen, das ist der *Anfang der Offensive* der Arbeitermassen gegen die Zarenmonarchie.

Die Massenstreiks mußten *überall* die revolutionäre Flamme entfachen. Und das Aufflammen von Aufständen in der Truppe hat *gezeigt*, daß diese Flamme auflodert; *überall* ist Zündstoff vorhanden; *überall* wächst die revolutionäre Stimmung in den Massen, sogar bei jenen Arbeitern und Bauern, die der Kasernenhofdrill niederhält.

Die Massenstreiks in Rußland sind unlösbar mit dem bewaffneten Aufstand verbunden. Wachsen die Streiks, so wächst auch der Aufstand.

Das haben die Ereignisse bewiesen, von denen wir eingangs gesprochen haben.

Diese Ereignisse erteilen die Lehre, die in Nr. 27 des Zentralorgans „Sozial-Demokrat" dargelegt ist. Zum Aufstand aufzurufen ist jetzt höchst unvernünftig. Der Aufstand wäre noch *vorzeitig*. Nur der *vereinte* Ansturm der Arbeitermassen, der Bauernschaft und des besten Teils der Armee kann die Voraussetzungen für einen *siegreichen*, d. h. *rechtzeitigen* Aufstand schaffen.

Und die fortgeschrittenen Arbeiter müssen alle Kraft daransetzen, die *illegale* Partei der Arbeiterklasse, die SDAPR, zu festigen, sie wiederherzustellen und zu entwickeln. *Nur* eine solche Partei, die eine revolutionäre Agitation betreibt, die sich alle Mittel der legalen Propaganda vermittels der Arbeiterpresse und der Arbeiterdeputierten in der Duma zunutze macht, wird imstande sein, einen Verschleiß der Kräfte in aussichtslosen kleinen Aufständen zu vermeiden und die Armee des Proletariats auf den großen siegreichen Aufstand vorzubereiten.

Es leben die revolutionären Soldaten und Matrosen!

Es lebe die einträchtige, beharrliche, unermüdliche revolutionäre Arbeit zur Entfaltung einer breiten revolutionären Offensive der Millionenmassen, der Arbeiterstreiks und der Bauernbewegung! Nur an der Spitze des Ansturms von Millionen, nur in engstem, unlöslichem Bündnis mit ihnen kann und wird der revolutionäre Teil der russischen Truppen die Zarenmonarchie besiegen!

„Rabotschaja Gaseta" Nr. 9,
30. Juli (12. August)[65] *1912.*

Nach dem Text der
„Rabotschaja Gaseta".

AM VORABEND DER WAHLEN ZUR IV. DUMA

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands hat vor den Wahlen trotz aller Verfolgungen, trotz Massenverhaftungen ein Programm, eine Taktik und eine Plattform vorgelegt, die klarer, deutlicher, exakter sind als die jeder anderen Partei.

Die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR im Januar 1912 zog das Fazit der in den schweren Jahren der Konterrevolution geleisteten politisch-ideologischen Arbeit. Die Beschlüsse der Konferenz gaben umfassend Antwort auf alle aktuellen Fragen der Bewegung. Auf der Grundlage dieser Beschlüsse bildete die Wahlplattform nur das Schlußwort. Die Plattform wurde vom Zentralkomitee in Rußland herausgegeben und danach von einer ganzen Reihe Lokalorganisationen nachgedruckt.[66] Die ganze bürgerliche Presse berichtete über die Konferenz und zitierte einige ihrer Beschlüsse.

In dem halben Jahr, das seit der Konferenz verflossen ist, wurden die Beschlüsse der Konferenz in der Parteipresse und in Dutzenden von Referaten, in Hunderten von Reden in Fabrikzirkeln, auf Kundgebungen in den April- und Maitagen erläutert und verwirklicht. Die Losungen der Partei – Republik, Achtstundentag, Konfiskation der Gutsbesitzerländereien – fanden in ganz Rußland Verbreitung und wurden von den fortgeschrittenen Proletariern aufgegriffen. Der revolutionäre Aufschwung der Massen, von Streiks und Kundgebungen bis zu Aufständen unter den Truppen, hat die Richtigkeit und Aktualität dieser Losungen bewiesen.

Unsere Partei hat die Wahlen bereits ausgenutzt, und das in breitem Umfang. Keinerlei „Erläuterungen" der Polizei, keinerlei Verfälschung der IV. Duma (durch die Popen oder sonstwen) werden *dieses* Ergebnis

zunichte machen können. Die streng parteilich betriebene Agitation ist schon überallhin gedrungen, und sie *bestimmte den Ton* der ganzen sozialdemokratischen Wahlkampagne.

Die bürgerlichen Parteien schreiben hastig, in aller Eile „Plattformen *für* die Wahlen", um Versprechungen zu machen, um die Wähler zu täuschen. Die Liquidatoren, im Fahrwasser der Liberalen, verfassen jetzt ebenfalls eine *legale* „Plattform *für* die Wahlen". Die Liquidatoren erheben in der legalen, zensurierten Presse ein Geschrei über Plattformen, in der Absicht, ihre völlige Zerfahrenheit, Desorganisiertheit und ideologische Haltlosigkeit hinter einer passablen, zensurierten „Plattform für die Wahlen" zu verstecken.

Nicht eine Plattform „für die Wahlen", sondern Wahlen für die Propagierung einer *revolutionären sozialdemokratischen* Plattform! – das ist der Standpunkt der Partei der Arbeiterklasse. Wir haben die Wahlen zu diesem Zweck bereits ausgenutzt, und wir werden sie bis zu Ende ausnutzen, wir werden sogar die schwärzeste zaristische Duma ausnutzen, um die revolutionäre Plattform und Taktik, das revolutionäre Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu propagieren. Wertvoll sind nur Plattformen, die den Abschluß einer lange Zeit betriebenen *revolutionären* Agitation bilden, die bereits *alle* Fragen der Bewegung *umfassend* beantwortet hat, und nicht Plattformen (die legalen besonders!), die man in aller Eile fabriziert, um die Löcher zu stopfen, um ein auffälliges Aushängeschild zu haben, wie das bei den Liquidatoren der Fall ist.

Ein halbes Jahr ist vergangen, seitdem die Partei wiederhergestellt ist, und obgleich sie unglaubliche Schwierigkeiten zu überwinden hat, wütenden Verfolgungen ausgesetzt ist und bald hier, bald dort Unterbrechungen in der Arbeit der örtlichen Zentren und des gemeinsamen Zentrums, des Zentralkomitees, hinnehmen muß, schreitet sie unaufhaltsam vorwärts und entfaltet ihre Arbeit und ihren Einfluß unter den Massen. Die Arbeit entfaltet sich *auf neue Art*: zu den illegalen, geheimen, eng begrenzten Zellen, die versteckter als früher arbeiten, kommt eine breitere legale marxistische Propaganda hinzu. Gerade diese Eigenart der neuen Vorbereitung der Revolution unter den neuen Bedingungen ist von der Partei schon lange festgestellt und anerkannt worden.

Und wir können jetzt die vollständige Antwort auf die geräuschvollen Äußerungen der Liquidatoren geben, die mit „Doppelkandidaturen" dro-

hen. Leere Drohungen, die niemanden rühren! Die Liquidatoren sind so sehr zerschlagen und so ohnmächtig, daß *keinerlei Hilfe* sie wiederbeleben wird. Sie können nicht einmal daran denken, „Doppelkandidaturen" aufzustellen: täten sie es, würden sie eine klägliche, eine lächerlich geringe Stimmenzahl erhalten. Sie wissen das und werden es auf einen Versuch nicht ankommen lassen. Sie lärmen, gerade um abzulenken, um die Wahrheit zu verbergen.

„Keinerlei Hilfe", sagten wir. Die Liquidatoren rechnen auf ausländische Hilfe. Ihre Freunde – besonders die Letten, der „Bund" und Trotzki – haben die Einberufung von *zehn* „Zentren, Organisationen und Fraktionen" angekündigt! Allen Ernstes! Das Ausland ist reich, groß und mächtig. Ganze „10 Zentren"!! Die Kniffe sind hier dieselben wie die der Regierung im Hinblick auf die IV. Duma: die Vorbereitung einer Vertretung, die Verwandlung einer Summe von Nullen in das Trugbild „großer Zahlen". Erstens Trotzki (in Rußland ist er eine Null, er ist nur Mitarbeiter des *„Shiwoje Delo"*, seine Agenten sind nur Beschützer der „Initiativgruppen" der Liquidatoren). Zweitens der *„Golos Sozial-Demokrata"*, d. h. dieselben ohnmächtigen Liquidatoren. Drittens das „Kaukasische Distriktskomitee" – dieselbe Null, in dritter Aufmachung. Viertens das „Organisationskomitee" – die vierte Aufmachung *derselben* Liquidatoren. Fünftens und sechstens die Letten und der „Bund", der jetzt völlig liquidatorisch ist... Aber genug!

Es steht außer Frage, daß unsere Partei dieses Spiel ausländischer Nullen mit Gelächter quittiert. Sie werden einen Leichnam nicht wiederbeleben, die Liquidatoren in Rußland aber sind ein Leichnam.

Hier die Tatsachen.

Ein halbes Jahr lang führen die Liquidatoren und *alle* ihre Freunde einen erbitterten Kampf gegen die Partei. Es gibt eine legale *marxistische* Presse. Sie wird teuflisch unterdrückt, sie wagt keinen Laut zu sagen über die Republik, über unsere Partei, über einen Aufstand, über die Zarenbande. Es ist lächerlich, zu glauben, man könne die Losungen der SDAPR durch diese Presse verbreiten.

Aber der Arbeiter in Rußland ist nicht mehr der, der er früher war. Er ist zu einer Macht geworden. Er hat sich seinen Weg gebahnt. Er besitzt eine *eigene* Presse, eine unterdrückte zwar, aber eine eigene, die den Marxismus *theoretisch* verteidigt.

In dieser öffentlichen Arena kann jedermann die „Erfolge" des Kampfes der Liquidatoren gegen die Antiliquidatoren sehen. Der „Wperjod"-Mann S. W.[67] hat in der liquidatorischen Wiener „Prawda" Trotzkis diese Erfolge schon festgestellt: Die *Sammlungen* der Arbeiter – schrieb er – fließen fast alle den Antiliquidatoren zu. Und er tröstet sich: das geschehe nicht deshalb, weil die Arbeiter mit den „Leninisten" sympathisierten.

O nein, natürlich „nicht deshalb", liebwerter Freund der Liquidatoren! Aber man sehe sich dennoch die Tatsachen an.

Ein halbes Jahr offenen Kampfes für die *Arbeitertageszeitung*.

Seit 1910 schreien die Liquidatoren nach ihr. Und der Erfolg? In einem halben Jahr, vom 1. Januar bis zum 1. Juli 1912, haben ihre Zeitungen *„Shiwoje Delo"* und *„Newski Golos"* Berichte über **15** *(fünfzehn)* Sammlungen von Arbeitergruppen für eine Arbeitertageszeitung gebracht!! Fünfzehn Arbeitergruppen in einem halben Jahr!

Man nehme die Zeitungen der Antiliquidatoren. Man sehe sich dort die Berichte über die Sammlungen für eine Arbeitertageszeitung in demselben Halbjahr an. Man rechne die Sammlungen von Arbeitergruppen zusammen. Man kommt auf **504** *Beiträge von Arbeitergruppen.*

Hier die genauen Angaben nach Monaten und nach den Gebieten Rußlands.

	Zahl der Sammlungen von Arbeitergruppen für eine Arbeitertageszeitung im ersten Halbjahr 1912 Eingegangen bei	
	*anti*liquidatorischen Zeitungen	Liquidatoren-zeitungen
Januar	14	0
Februar	18	0
März	76	7
April	227	8
Mai	135	0
Juni	34	0
Insgesamt	504	15
Petersburg und Umgebung	415	10
Süden	51	1
Übriges Rußland	38	4
Insgesamt	504	15

Die Liquidatoren sind angesichts der Arbeitergruppen Rußlands völlig geschlagen. Die Liquidatoren sind ein Leichnam, und keine noch so drohenden (oh, wie drohenden!) ausländischen „Bündnisse von Gruppen, Zentren, Fraktionen, Strömungen, Richtungen" werden diesen Leichnam wiederbeleben.

Keine marktschreierischen Manifeste im Ausland, keine vorgetäuschten Konferenzen der „Initiativgruppen" mit den Liquidatoren werden diese völlige Niederlage der Liquidatoren angesichts der *Hunderte von Arbeitergruppen in Rußland* aus der Welt schaffen oder abschwächen.

Die Einheit der Wahlkampagne der sozialdemokratischen Arbeiter in Rußland ist *gesichert*. Sie ist gesichert nicht durch „Vereinbarungen" mit den Liquidatoren, sondern durch den völligen Sieg über die Liquidatoren, die bereits ihre wirkliche Rolle, die Rolle liberaler Intelligenzler, zugewiesen bekommen haben. Man sehe, wie sehr der sozialrevolutionäre Liquidator Sawin der „Nascha Sarja" zupasse kommt. Man sehe, wie sehr L. M.[68] im „Listok Golossa Sozial-Demokrata" die „Initiative" der Sozialrevolutionäre lobt, die (aus otsowistischem Katzenjammer!) immer wieder in Liquidatorentum verfallen. Man denke über die Bedeutung der Tatsache nach, daß in demselben Blatt der bekannte sozialrevolutionäre „Funktionär" Awksentjew Plechanow als Vorbild hingestellt wird. Man erinnere sich, wie die *nicht*sozialdemokratische PPS-„Lewica" von *allen* Liquidatoren abgeküßt wird. Liquidatoren aller Parteien, vereinigt euch!

Alle finden schließlich ihren Platz. Die Gruppen der intellektuellen Liquidatoren, ehemalige Marxisten und ehemalige Liberale mit der Bombe, werden vom Verlauf der Ereignisse zusammengeführt.

Die Partei der Arbeiterklasse aber, die SDAPR, hat, wie aus den angeführten Tatsachen ersichtlich, in dem halben Jahr nach ihrer Befreiung von den Fesseln derer, die sie liquidieren wollten, einen gewaltigen Schritt vorwärts getan.

„Rabotschaja Gaseta" Nr. 9,
30. Juli (12. August) 1912.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Gaseta".

KANN HEUTE DIE LOSUNG DER „KOALITIONSFREIHEIT" DIE GRUNDLAGE DER ARBEITERBEWEGUNG BILDEN?

Die Liquidatoren mit Trotzki an der Spitze suchen in der legalen Presse zu beweisen, daß dies möglich sei. Sie sind mit aller Kraft bemüht, den wirklichen Charakter der Arbeiterbewegung zu *verfälschen*. Aber diese Versuche sind zwecklos. Die ertrinkenden Liquidatoren greifen nach dem Strohhalm, um ihre unrechte Sache zu retten.

Im Jahre 1910 begannen Grüppchen von Intellektuellen eine *Petitions*kampagne für die Koalitionsfreiheit. Das war eine *ausgetüftelte* Kampagne. Die Arbeitermassen blieben gleichgültig. Mit dieser leeren Idee kann man das Proletariat nicht entflammen. Den Liberalen stand es an, an politische Reformen *unter* der Selbstherrschaft des Zaren zu glauben. Die Arbeiter sahen sofort die Unaufrichtigkeit der Idee und blieben taub.

Die Arbeiter sind nicht gegen den Kampf für Reformen, sie kämpften für das Versicherungsgesetz. Sie nutzten durch ihre Abgeordneten jede Gelegenheit in der III. Duma aus, um noch so kleine Verbesserungen durchzusetzen. Aber es geht eben darum, daß die III. Duma und das Versicherungsgesetz keine Hirngespinste sind, sondern politische Tatsachen. Die „Koalitionsfreiheit" *unter* der Romanow-Monarchie des 3. Juni aber ist eine leere Versprechung fauler Liberaler.

Die Liberalen sind Feinde der Revolution. Sogar jetzt treten sie direkt gegen sie auf – die III. Duma der Schwarzhunderter hat es ihnen nicht abgewöhnt, die Revolution zu fürchten. Aus Angst vor der Revolution trösten sich die Liberalen mit der Hoffnung auf *konstitutionelle Reformen*, und für die Arbeiter predigen sie eine dieser Reformen: die Koalitionsfreiheit.

Aber die Arbeiter glauben nicht an das Märchen von einer „Konstitution" angesichts der III. Duma, bei der allgemeinen Rechtlosigkeit, bei

dem Wüten der Willkür. Die Arbeiter fordern die Koalitionsfreiheit *im Ernst* und kämpfen *deshalb* für die Freiheit des ganzen Volkes, für den *Sturz der Monarchie*, für die Republik.

Die Streiks vom April und Mai haben in der Praxis bewiesen, daß sich das Proletariat zum *revolutionären Streik* erhoben hat. Die Verschmelzung des wirtschaftlichen und des politischen Streiks, die revolutionären Kundgebungen, die Losung der Republik, die von den Petersburger Arbeitern am 1. Mai aufgestellt wurde – alle diese Tatsachen beweisen endgültig den Beginn des *revolutionären Aufschwungs*.

Die tatsächliche, objektive Lage in Rußland ist die: Das Proletariat hat den revolutionären Massenkampf für den Sturz der Zarenmonarchie aufgenommen, im Heer gärt es immer mehr, das heißt, es schließt sich diesem Kampf an. Der beste Teil der Bauerndemokratie wendet sich von den Liberalen ab und hört auf die Arbeitervorhut.

Die Liberalen aber, die Feinde der Revolution, verteidigen *nur* den „konstitutionellen" Weg, sie setzen der Revolution die Verheißung (die leere und verlogene Verheißung) der „Koalitionsfreiheit" *unter* der russischen Zarenmonarchie *entgegen!*

So sieht die politische Lage in Wirklichkeit aus. Das sind die realen gesellschaftlichen Kräfte: 1. die Zarenmonarchie, die jegliche „Konstitution" mit Füßen tritt; 2. die liberal-monarchistischen Bourgeois, die aus Angst vor der Revolution vorgeben, an die Vereinigung der „Freiheit" mit der Zarenmacht zu glauben, und 3. die revolutionäre Demokratie; ihr Führer hat sich bereits erhoben – die Arbeitermassen, und ihrem Ruf folgen die Matrosen und Soldaten von Helsingfors bis Taschkent.

Man sehe, wie hoffnungslos dumm bei dieser Lage das Gerede der Liquidatoren von der „Koalitionsfreiheit" ist! Von allen „Reformen" haben diese Weisen der liberalen Arbeiterpolitik eine *unmögliche* konstitutionelle Reform ausgewählt, die nichts anderes ist als ein Versprechen, und sie spielen zur Belustigung „europäischen" Konstitutionalismus.

Nein! Die Arbeiter weisen die Liberalen und die liberale Arbeiterpolitik zurück. *Jede* Reform, die wirklich auf der Tagesordnung steht, in der III. wie in der IV. Duma, von der Versicherung bis zur Gehaltserhöhung für die Kanzleisklaven, werden die Arbeiter unterstützen, fördern, zum Gegenstand *ihrer* Kampagnen machen.

Die leere und törichte Verheißung einer *konstitutionellen* politischen

Reform *unter* der Selbstherrschaft quittierten die Arbeiter jedoch mit verächtlichem Lachen. Es lebe die Ausweitung und Verstärkung des begonnenen revolutionären Massenkampfes für den Sturz der Monarchie, für die Republik! Der Kampf wird zeigen, welche halbschlächtigen konstitutionellen Reformen eine *Niederlage* der neuen Revolution zur Folge haben wird, aber jetzt – zu Beginn des revolutionären Ansturms – den Massen vom *nicht*revolutionären Weg, von einer friedlichen konstitutionellen Reform reden, das können nur „Menschen im Futteral"*.

Der begonnene revolutionäre Ansturm erfordert revolutionäre Losungen. Nieder mit der Monarchie! Es lebe die demokratische Republik, der Achtstundentag, die Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien!

„Rabotschaja Gaseta" Nr. 9,
30. Juli (12. August) 1912.

Nach dem Text der „Rabotschaja Gaseta".

* „Der Mann im Futteral" – Titel einer Erzählung von A. P. Tschechow. *Der Übers.*

BRIEF AN DIE SCHWEIZER ARBEITER[69]

Werte Genossen!

Hiermit bestätige ich, vor allen Schweizer Genossen, im Namen der Soz. Dem. Arbeiterpartei Rußlands, daß die allgemeine Parteikonferenz dieser Partei im Januar 1912 in einer speziellen Resolution *jede Verantwortlichkeit für einzelne ausländische russische Gruppen abgelehnt hat.*

Ich bestätige weiter, daß das Zentralkomitee unserer Partei *bis jetzt nur eine einzelne* russische soz. dem. Organisation im Auslande bestätigt hat – nämlich *das Komitee* der *Ausländischen Organisationen* und *deren Zürcher Sektion.* Beiliegend die deutsche Broschüre des Zentralorgans unserer Partei, wo das Benehmen der desorganisatorischen Grüppchen von Russen im Auslande ausführlich beschrieben ist.*

Mit Parteigruß *Lenin (W. Uljanow)*

Vertreter der Soz. Dem. Arb. Partei Rußlands im Internationalen Sozialistischen Büro.

Geschrieben im Juli 1912.
Veröffentlicht im August 1912 als hektographierte Flugschrift in deutscher Sprache.

Nach der Flugschrift.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 191–209. *Die Red.*

GRUNDSATZFRAGEN

Eine kleine Belebung der Wahlkampagne – und die offiziell-kadettische „Retsch" beginnt (endlich hat sie sich dazu aufgerafft!), von ihren grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten mit den Linken zu reden.

„An eine Aussöhnung mit dem Regime des 3. Juni dachten und denken wir nicht", schreibt die „Retsch".

Das stimmt nicht. Daran habt ihr gedacht und daran denkt ihr noch, ihr Herren Kadetten. Der Beweis: Eure Reden von der „verantwortungsbewußten" Opposition und der Opposition mit dem Genetiv. Das sind nicht nur „Gedanken" an einen Frieden, das ist eine Politik des „Friedens" mit dem Regime des 3. Juni.

Und die frommen Reden Karaulows in der frommen III. Duma? Und die Stimmabgabe der Kadetten für das Budget und seine größten Posten? Und die Reden von Beresowski 2* zur Agrarfrage? Und die unlängst abgegebenen Erklärungen Gredeskuls, die in der „Retsch" wiederholt wurden? Stellt alles das etwa nicht gerade eine Politik des *Friedens* mit den *Grundlagen* des Regimes des 3. Juni dar? Zweifellos ja.

„Fünf Jahre lang haben wir nicht gesehen", schreibt die „Retsch", *„daß im Rahmen der Duma* die Taktik der Sozialdemokratie eine andere gewesen wäre als die Taktik der anderen Oppositionsparteien. Und in diesem Falle handelt es sich doch um die Wahlen zur Duma."

Da haben wir ein Muster an Sophismus und Entstellung der Wahrheit! In keiner einzigen Frage war die Taktik der Sozialdemokratie in der III. Duma der Taktik der Kadetten verwandt. In allen Fragen war sie grundsätzlich anders: *keine* Taktik des „Friedens", *keine* Taktik des Libe-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 270. *Der Übers.*

ralismus; *stets* war sie eine Taktik der *Demokratie* und eine Taktik des *Klassenkampfes*.

Will die „Retsch" etwa behaupten, daß man als *Übereinstimmung* der Taktik allein schon das bloße „Dagegenstimmen" bezeichnen könne – und nicht die Übereinstimmung der *grundsätzlichen* Fragestellung in den Reden der Dumasprecher, in den Anträgen auf Übergang zur Tagesordnung?

Will die „Retsch" etwa sagen, daß es zulässig sei, in der Duma das eine und außerhalb der Duma etwas anderes zu sagen? Will sie das nicht, um die Frage des *un*demokratischen Inhalts der kadettischen Propaganda *außerhalb der Duma* zu verkleistern?

„Wir können nicht leugnen", schreibt die „Retsch", „daß die ‚Demokratie', der wir selbst dienen, das Recht auf selbständige Aufgaben und Aktionen hat."

Das stimmt nicht, ihr Herren gebildete Liberale! Versucht eure grundsätzlichen Ansichten über den Unterschied zwischen Liberalismus und Demokratie darzulegen. Versucht diese Auffassungen durch Beispiele aus der englischen, französischen oder deutschen Geschichte zu erläutern, selbst wenn ihr dabei die speziell proletarische, die Arbeiterdemokratie, die marxistische Demokratie beiseite laßt. Ihr werdet nicht leugnen können, daß sich bürgerlicher Liberalismus und bürgerliche Demokratie in ihrem Verhältnis zur alten Ordnung unterscheiden. Wir werden euch stets beweisen, daß ihr eine Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie seid, und keineswegs eine demokratische Partei.

Die bürgerliche Demokratie in Rußland, das sind die Trudowiki und die Volkstümler aller Schattierungen.

„Wer A sagt, muß auch B sagen." Habt ihr angefangen, von den Grundsätzen der Kadetten und der Linken zu reden, so laßt uns wirklich die Grundsätze erläutern. Nur so kann man es dahin bringen, daß die Wahlagitation ein wenig über die Fragen hinausgeht, wieviel Gesetzwidrigkeiten der und der Polizeioffizier, der und der Gouverneur oder die und die Verwaltungsinstanz begeht.

„Prawda" Nr. 79,
31. Juli 1912.

Nach dem Text der „Prawda".

DAS LETZTE VENTIL

Wir schlossen unseren vorigen Artikel über den gegenwärtigen Stand der Agrarfrage in Rußland (siehe „Newskaja Swesda" Nr. 15) mit den Worten:

„Die reale Übereinstimmung zwischen dem Stolypinschen Agrarprogramm und dem der Volkstümler besteht darin, daß beide den alten, mittelalterlichen Grundbesitz radikal beseitigen. Und das ist sehr gut. Nichts anderes ist er wert. Am reaktionärsten sind die Kadetten von der ‚Retsch' und den ‚Russkije Wedomosti', die Stolypin deswegen Vorwürfe machen – anstatt die Notwendigkeit eines noch konsequenteren und entschiedeneren Vorgehens zu beweisen. Wir werden in einem folgenden Artikel sehen, daß ein Vorgehen im Sinne Stolypins die Schuldknechtschaft und die Abarbeit *nicht* beseitigen *kann*, daß aber ein Vorgehen im Sinne der Volkstümler dazu *imstande ist*.

Wir wollen einstweilen bemerken, daß das einzige durchaus reale Ergebnis der Stolypinschen Methode die Hungersnot ist, die 30 Millionen betroffen hat. Und wer weiß, ob die Stolypinsche Methode dem russischen Volk nicht beibringen wird, *wie* man entschiedener vorgehen *muß*. Zweifellos wird es daraus lernen. Ob es die Lehren ziehen wird – wir werden es sehen."*

Somit stehen wir jetzt vor der Frage: Warum *kann* die Beseitigung des mittelalterlichen Grundbesitzes nach Stolypinscher Manier die Schuldknechtschaft und die Abarbeit *nicht* beseitigen, während sie nach der Manier der bäuerlichen Trudowiki oder der Volkstümler *dazu imstande ist*?

* Siehe den vorliegenden Band, S. 138/139. *Die Red.*

Wenn wir an die Untersuchung dieser Frage gehen, so wollen wir vor allem bemerken, daß eine der Hauptsünden der am weitesten verbreiteten Betrachtungen über dieses Thema – der liberalen und volkstümlerischen und teilweise der revisionistischen Betrachtungen (P. Maslow) – die abstrakte Frage*stellung* ist, das Vergessen der wirklich vor sich gehenden, konkreten historischen „Ablösung". In Rußland vollzieht sich jene Ablösung, die in den fortgeschrittenen Ländern des Westens schon längst vor sich gegangen ist: die Ablösung der Leibeigenenwirtschaft durch die kapitalistische.

Es handelt sich und es kann sich nur handeln um die Formen und Bedingungen, um die Schnelligkeit, die Umstände *dieser* Ablösung: alle *anderen* Erwägungen, die nicht selten in den Vordergrund geschoben werden, sind nur ein *unbewußtes* Umgehen des Wesens der Sache, eben dieser Ablösung.

Die vorherrschende Form der Leibeigenschaftsverhältnisse in der heutigen russischen Landwirtschaft ist die Schuldknechtschaft und die Abarbeit. Die verhältnismäßig stark erhaltene Naturalwirtschaft – die Existenz des kleinen Landwirts, der auf keinen grünen Zweig kommt, der ein winziges Stückchen schlechten Bodens mit alten, kümmerlich ärmlichen Geräten und Produktionsmethoden bewirtschaftet, die ökonomische Abhängigkeit dieses kleinen Landwirts von dem benachbarten Latifundienbesitzer, der ihn nicht nur als Lohnarbeiter ausbeutet (das ist schon beginnender Kapitalismus), sondern gerade als kleinen Landwirt (das ist Fortsetzung der Fronarbeit) – das sind die Bedingungen, die die Schuldknechtschaft und die Abarbeit hervorrufen, oder vielmehr: das eine wie das andere kennzeichnen.

Auf die 30 000 größten Gutsbesitzer im Europäischen Rußland kommen 10 000 000 arme Bauernhöfe. Im Durchschnitt ergibt das annähernd folgendes Bild: Neben einem Gutsbesitzer mit über 2000 Desjatinen existieren etwa 300 Bauernhöfe mit etwa 7 Desjatinen schlechten und ausgemergelten Bodens je Hof und unglaublich rückständigem, primitivem (vom europäischen Standpunkt, vom amerikanischen ganz zu schweigen) Inventar.

Ein Teil der wohlhabenden Bauern „steigt auf", d. h. wird zum Kleinbürgertum, und bearbeitet den Boden unter Verwendung von Lohnarbeit. Zur Lohnarbeit greift auf einem bestimmten Teil seiner Ländereien und

für bestimmte landwirtschaftliche Arbeiten auch der Gutsbesitzer, der nicht selten der gestrige Fronherr oder dessen Söhnchen ist.

Aber außer diesen kapitalistischen Verhältnissen, diese in allen russischen Stammgouvernements des Europäischen Rußlands in den Hintergrund drängend, gibt es die Bearbeitung des gutsherrlichen Bodens mit bäuerlichem Inventar, d. h. die Abarbeit, die Fortsetzung der gestrigen Fronarbeit, gibt es die „Ausnutzung" des ausweglosen Elends des kleinen Landwirts (gerade weil er *Landwirt*, Kleinbesitzer ist) zur „Dienstleistung" in der benachbarten gutsherrlichen „Ökonomie", d. h. die *Schuldknechtschaft*, Gelddarlehen gegen Arbeit, Getreidedarlehen, Verdingung im Winter, Verpachtung von Land, Gewährung der Nutzung von Wegen, Tränken, Wiesen, Weideplätzen, Wald, Verleihung von Gerätschaften usw. usf. – all das sind die unendlich vielfältigen Formen der modernen Schuldknechtschaft.

Das geht mitunter so weit, daß sich der Bauer verpflichten muß, mit seinem Dung die herrschaftlichen Felder zu düngen, und die „Hausfrau", Eier zu bringen – und das nicht im achtzehnten, sondern im zwanzigsten Jahrhundert nach Christi Geburt!

Es genügt, die Frage dieser Überreste des Mittelalters und der Leibeigenschaft in der heutigen russischen Landwirtschaft klar und exakt zu stellen, um die Bedeutung der Stolypinschen „Reform" einschätzen zu können. Diese „Reform" gab natürlich der untergehenden Leibeigenschaft einen Aufschub – ebenso wie die vielgerühmte, von den Liberalen und den Volkstümlern laut gepriesene, sogenannte „Bauern"- (in Wahrheit aber *Gutsbesitzer*-) Reform von 1861 dem Frondienst *einen Aufschub gab*, indem sie ihn unter einer anderen Hülle bis hin zum Jahre 1905 verewigte.

Der „Aufschub", den Stolypin der alten Ordnung und der alten, feudalen Landwirtschaft verschafft hat, besteht darin, daß ein weiteres und dabei das *letzte* Ventil geöffnet wurde, das man öffnen konnte, ohne den ganzen gutsherrlichen Grundbesitz zu enteignen. Ein Ventil wurde geöffnet und etwas Dampf abgelassen, indem einige völlig verelendete Bauern sich ihre Anteile als persönliches Eigentum „überschreiben" ließen und verkauften, womit aus Proletariern mit Anteilland reine Proletarier wurden, indem ferner einige wohlhabende Bauern, die ihre Anteile überschrieben bekamen und sich manchmal auf Sonderland einrichteten, eine noch stabilere kapitalistische Wirtschaft aufbauten als vorher.

Schließlich wurde ein Ventil geöffnet und Dampf abgelassen, indem mancherorts die besonders unerträgliche Gemengelage beseitigt und die im Kapitalismus unumgängliche Mobilisierung des Bauernlandes erleichtert wurde.

Wurde aber durch diesen Aufschub die Summe der Widersprüche im Dorfe verringert oder vergrößert? Wurde das Joch der feudalen Latifundien verringert oder vergrößert? Wurde die Gesamtmenge des „Dampfes" verringert oder vergrößert? Diese Fragen kann man nicht anders als im letzteren Sinne beantworten.

Die Hungersnot von 30 Millionen hat in der Praxis bewiesen, daß heute nur diese letzte Antwort möglich ist. Es ist eine Hungersnot der Kleinbesitzer. Es ist das Bild der Krise *eben* dieser alten, geknechteten, elenden und von den feudalen Latifundien unterdrückten Bauernwirtschaft. Solche Hungersnöte gibt es bei den großen *nicht*feudalen Gütern, den kapitalistischen Latifundien Westeuropas nicht und kann es dort nicht geben.

Die Masse der Bauern, ausgenommen die vom Boden völlig befreiten Proletarier (die sich den Boden „überschreiben" ließen, um ihn zu verkaufen) und die geringe Minderheit der wohlhabenderen Bauern, verbleibt in der alten und in einer noch schlechteren Lage. Keinerlei Überschreibung des Bodens als persönliches Eigentum, keinerlei Maßnahmen gegen die Gemengelage können aus den Massen der armen Bauern, die auf schlechtem, ausgemergeltem Boden sitzen, die nur über urväterliches, gänzlich abgenutztes Inventar verfügen und deren Zug- und Hornvieh hungert, einigermaßen kultivierte, einigermaßen selbständige Landwirte machen.

Neben dem Gutsbesitzer (vom Typ eines Markow oder Purischkewitsch) mit 2000 Desjatinen Land werden die Besitzer von sieben Desjatinen, von kümmerlichen Landfetzen, unausbleiblich geknechtete Habenichtse bleiben, mag man sie noch so sehr auseinandersiedeln, mag man sie noch so sehr von den Bindungen an die Dorfgemeinde befreien, mag man ihnen noch so sehr ihre ärmlichen Bodenfetzen als persönliches Eigentum „überschreiben".

Die Stolypinsche Reform *kann weder* die Schuldknechtschaft *und* die Abarbeit der Masse der Bauern *noch* auch ihre Hungersnot beseitigen. Jahrzehnte und aber Jahrzehnte solcher periodisch wiederkehrenden Hungersnöte sind erforderlich, damit die Masse der jetzigen Wirtschaften

qualvoll ausstirbt, damit die Stolypinsche Reform „Erfolg" hat, d. h., damit in unserem Dorf der Typus der bürgerlichen Ordnung, wie er sich in ganz Europa herausgebildet hat, entsteht. Heute aber, nach sechsjähriger Erprobung der Stolypinschen „Reform" und den in sechs Jahren erzielten „glänzenden" Fortschritten hinsichtlich der Zahl derer, die sich „den Boden überschreiben ließen" usw., kann nicht der geringste Zweifel bestehen, daß diese Reform die Krise nicht beseitigt hat und nicht beseitigen kann.

Im gegenwärtigen Augenblick wie für die nächste Zukunft Rußlands bleibt es völlig unbestreitbar, daß wir die alte Krise einer auf eine ganze Reihe von Überresten der Leibeigenschaft gestützten Wirtschaft vor uns haben, die alte Krise des verelendeten landwirtschaftlichen Kleinbetriebs, der von den Latifundien Markowscher und Purischkewitscher Prägung geknechtet wird.

Und diese Krise, die durch die Hungersnot der 30 Millionen so anschaulich dokumentiert wird, sehen wir vor uns, obwohl Stolypin das *letzte* Ventil geöffnet hat, über das die Markow und Purischkewitsch überhaupt noch verfügen. Nichts anderes konnten sie (und mit ihnen der Rat des vereinigten Adels) sich ausdenken, nichts anderes mehr kann man sich ausdenken*, um den Purischkewitsch den Boden und die Macht zu erhalten, als daß eben diese Purischkewitsch eine bürgerliche Politik betreiben.

Darauf läuft denn auch die Gesamtheit der Widersprüche im heutigen russischen Dorf hinaus: Die alten Fronherren betreiben eine bürgerliche Agrarpolitik bei vollständiger Erhaltung ihres Grundbesitzes und ihrer Macht. Auf agrarischem Gebiet ist auch das ein „Schritt voran auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie"**.

Dieser Schritt zum Neuen ist getan worden von dem Alten, das seine Allmacht, seinen Grund und Boden, seine äußere Gestalt und sein

* Selbstverständlich muß man das Wort „sich ausdenken" „mit einem Körnchen Salz" verstehen: die „Erfindung" der tonangebenden Klasse war durch den ganzen Verlauf der kapitalistischen Entwicklung Rußlands und der ganzen Welt eingeschränkt und bestimmt. Bei dem bestehenden Klassenverhältnis in dem sich kapitalistisch entwickelnden Rußland konnte der Rat des vereinigten Adels nicht anders handeln, wenn er seine Macht erhalten wollte.

** Siehe Werke, Bd. 15, S. 348/349. *Die Red.*

Milieu erhalten hat. Es ist der letzte Schritt, den das Alte überhaupt noch tun kann. Es ist das letzte Ventil. Andere Ventile stehen den Purischkewitsch, die ein bürgerliches Land kommandieren, nicht mehr zur Verfügung und können es auch gar nicht.

Und gerade weil dieser Schritt zum Neuen von dem seine Allmacht erhaltenden Alten getan wurde, konnte und wird dieser Schritt zu nichts Beständigem führen. Im Gegenteil, er führt, das zeigen uns deutlich alle Symptome der gegenwärtigen Situation, zu einem Anwachsen der alten Krise auf einer anderen, höheren Stufe der kapitalistischen Entwicklung Rußlands.

Die alte Krise wächst auf neue Art heran, unter neuen Bedingungen, bei viel bestimmteren Beziehungen zwischen den Klassen, aber sie wächst heran, und ihr sozialökonomischer (und nicht nur ökonomischer) Charakter bleibt im Grunde genommen der alte.

Eine winzige Anzahl guter Sonderland-Wirtschaften der Dorfbourgeoisie bei sinkender Zahl der an Anteilland gebundenen Proletarier, bei Erhaltung der Allmacht der Purischkewitsch, bei einer Riesenmasse verelendeter und verhungernder geknechteter Mittelbauern, bei zunehmender Zahl der an kein Anteilland gebundenen Proletarier – das ist das Bild des heutigen russischen Dorfes.

Muß man da noch beweisen, daß das Stolypinsche Agrarprogramm die Schuldknechtschaft und die Abarbeit nicht beseitigen kann, während das der Volkstümler (in der historisch-klassenmäßigen Bedeutung dieses Wortes) dazu imstande ist? Ist die gegenwärtige Lage des Dorfes nicht dazu angetan, Gedanken der Art zu nähren, daß die guten Sonderland-Wirtschaften bei völlig freier Mobilisierung des Grund und Bodens unbedingt und sofort allen mittelalterlichen Hungersnöten, aller Schuldknechtschaft und jeglicher Abarbeit ein Ende machen würden, wenn diese Wirtschaften nach freier Wahl der Bauern alle die siebzig Millionen Desjatinen Gutsbesitzerlandes einbeziehen würden, die einstweilen von der „Flurbereinigung" nicht berührt sind? Und wird uns die Ironie der Geschichte nicht das Eingeständnis abringen, daß die Stolypinschen Landvermesser für ein „trudowikisches" Rußland die passenden Leute waren?

„Newskaja Swesda" Nr. 20, 5. August 1912.
Unterschrift: R. S.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

KLEINE INFORMATION

Die Frage, ob unsere Kadetten Demokraten sind oder eine Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, ist von großem wissenschaftlichem Interesse.

Erinnern wir uns daran, daß sogar der Trudowik (bürgerliche Demokrat) Wodowosow in dieser Frage Schwankungen gezeigt hat.

Die „Prawda" berief sich im Zusammenhang mit dieser Frage auf *die unlängst abgegebenen Erklärungen des Herrn Gredeskul, die in der „Retsch" wiederholt wurden.**

Die „Retsch" antwortet: „Von welchen Erklärungen des Herrn Gredeskul die ‚Prawda' spricht, wissen wir nicht."

Nicht wahr, wie nett das ist? Die „Prawda" sagte klipp und klar, daß sie von Erklärungen spricht, die in der „Retsch" *wiederholt* wurden. Wie denn nun? *Weiß* die „Retsch" etwa *nicht*, was in der „Retsch" gedruckt steht?? Oder ist es nicht natürlicher, anzunehmen, daß die Liberalen manches aus ihrer jüngsten Vergangenheit vergessen *möchten*, um vor den Wahlen die Demokraten zu spielen?

Auf jeden Fall will ich, zur Klärung dieser wichtigen wissenschaftlichen Frage, die Worte anführen, die Herr Gredeskul in einer Reihe öffentlicher Vorlesungen gesagt und, ohne einen einzigen Vorbehalt der Redaktion, in Nr. 117 (2071) der „Retsch" *wiederholt* hat:

„Ganz zum Schluß meiner Vorlesung", schrieb Herr Gredeskul, „als ich gegen die Behauptung der ‚Wechi' polemisierte, daß die russische Befreiungsbewegung (angeblich durch die Schuld der Intelligenz) gescheitert sei, und diese Behauptung mit der Meinung derer verglich, die viel weiter links stehen als

* Siehe den vorliegenden Band, S. 235. *Die Red.*

P. B. Struve, aber ebenfalls glauben, daß die Bewegung uns überhaupt nichts gebracht habe, verteidigte ich, im Gegensatz dazu, die These, daß umgekehrt sehr viel getan worden ist, daß das Fundament des künftigen Verfassungsgebäudes gelegt wurde, und zwar sehr tief verankert und fest, mitten in der Masse des Volkes. Um für die kritische Betrachtung dieser beiden Behauptungen ein Kriterium zu geben und zugleich einen Gedanken zu äußern, den ich für unsere Zeit gleichfalls für politisch außerordentlich wichtig halte, betrachtete ich beide Behauptungen unter dem Gesichtspunkt der Zukunft und sagte, daß man vom Standpunkt der ersten Behauptung (wenn 1905/1906 nichts getan worden ist) alles von vorn anfangen, d. h., mit anderen Worten, eine zweite Bewegung in Gang setzen müsse, während umgekehrt vom Standpunkt der zweiten Behauptung (daß 1905/1906 das Fundament der russischen Verfassung gelegt wurde) keine zweite Volksbewegung vonnöten ist, sondern lediglich eine ruhige, beharrliche und zielbewußte konstitutionelle Arbeit.

An dieser Stelle war es, wo mich der Libauer Polizeichef (die Sache geschah in Libau) unterbrach. Somit gab es in Libau eine Demonstration der Polizei gegen die öffentliche Leugnung der Notwendigkeit einer neuen Revolution in Rußland." („Retsch" Nr. 117 [2071] von 1912.)

Herr Gredeskul hat vollauf bewiesen, daß sich der Herr Libauer Polizeichef geirrt hatte. Außerdem aber hat Herr Gredeskul zwei weitere wichtige Dinge bewiesen: 1. daß die Polemik von Herrn Gredeskul und Co. gegen die „Wechi" geheuchelt, gegenstandslos ist; in Wirklichkeit ist die *ganze* Kadettenpartei in allem Wesentlichen „wechistisch", und 2. daß die marxistische Charakterisierung der Kadettenpartei wissenschaftlich, ökonomisch und politisch unbedingt richtig ist.

„Prawda" Nr. 85,
8. August 1912.
Unterschrift: N. B.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE LÖHNE DER ARBEITER UND DIE PROFITE DER KAPITALISTEN IN RUSSLAND

Im Jahre 1908 wurde eine Erhebung über die Fabriken und Werke Rußlands angestellt.[70] Diese Erhebung ergab zweifellos zu hohe Zahlen über die Höhe der Löhne der Arbeiter und zu niedrige Zahlen über den Umfang der Produktion und die Höhe der Profite der Kapitalisten, denn bei uns werden alle derartigen Erhebungen auf rein bürokratischem Wege durchgeführt, wobei man lediglich die Kapitalisten befragt, die Arbeiter zu fragen aber nicht für notwendig erachtet.

Sehen wir uns an, was diese für die Kapitalisten so günstige Statistik gezeigt hat.

Nach vorläufigen Angaben, die bisher allein veröffentlicht sind, gab es in Rußland insgesamt fast 20 000 Fabriken und Werke (die genaue Zahl: 19 983; wir bringen in Klammern die genauen Zahlen, runden sie aber im Text etwas ab, damit sich der Leser die Hauptdaten leichter vorstellen und merken kann).

Die Gesamtzahl der Arbeiter beiderlei Geschlechts betrug 2¼ Millionen (2 253 787). Darin einbegriffen sind auch die Bergarbeiter und die Arbeiter in den mit einer Akzise belegten Produktionszweigen.

Der Arbeitslohn all dieser Arbeiter betrug zusammen *über eine halbe Milliarde* Rubel (555,7 Mill.).

Um den Durchschnittslohn eines Arbeiters zu ermitteln, muß man die Gesamtsumme des Arbeitslohnes durch die Zahl der Arbeiter dividieren. Nach dieser Division erhalten wir die Zahl von 246 Rubel.

Somit verdienten 1908 in Rußland *zweieinviertel Millionen* Fabrikarbeiter im allgemeinen Durchschnitt, d. h. rund gerechnet, insgesamt je *zwanzig* Rubel 50 Kopeken im Monat!

Zieht man in Betracht, daß mit dieser Summe eine Familie unterhalten werden muß – und das bei den jetzigen hohen Mieten und Lebensmittelpreisen –, so kann man nicht umhin, einen solchen Lohn als armselig zu bezeichnen.

Sehen wir uns nun an, wie hoch die Profite der Kapitalisten waren. Zur Bestimmung der Profite muß man von der Gesamtsumme der Produktion, d. h. dem Bruttogewinn aller Fabriken und Werke, alle Ausgaben der Kapitalisten abziehen.

Die Gesamtsumme der Produktion beträgt über 4½ Milliarden Rubel (4651 Mill. Rbl.). Sämtliche Ausgaben der Kapitalisten betragen 4 Milliarden (4082 Mill. Rbl.).

Die Profite der Kapitalisten machen also *über eine halbe Milliarde Rubel* aus (568,7 Mill. Rbl.).

Der durchschnittliche Profit eines Unternehmens beträgt 28 500 *Rubel*. Jeder Arbeiter bringt dem Kapitalisten einen Profit von 252 *Rubel jährlich*.

Vergleichen wir jetzt den Lohn der Arbeiter mit dem Profit der Kapitalisten. Jeder Arbeiter erhält im Jahr durchschnittlich (d. h. ungefähr gerechnet) einen Arbeitslohn von 246 Rubel und bringt dem Kapitalisten einen Profit von 252 Rubel.*

Hieraus folgt, daß der Arbeiter *die kleinere Hälfte* des Tages für sich arbeitet, *die größere Hälfte des Tages* aber für den Kapitalisten. Nehmen wir zum Beispiel einen durchschnittlichen Arbeitstag von 11 Stunden an, so erhält der Arbeiter einen Lohn für insgesamt nur 5½ Stunden, ja sogar etwas weniger als für 5½ Stunden. Die übrigen 5½ Stunden hingegen arbeitet er umsonst, ohne dafür irgendwie entlohnt zu werden, und der gesamte vom Arbeiter an diesem halben Tag geschaffene Wert macht den Profit der Kapitalisten aus.

„Prawda" Nr. 85,
8. August 1912.
Unterschrift: T.

Nach dem Text der „Prawda".

* Insgesamt schafft der Arbeiter für 498 Rubel Neuwerte im Jahr.

STREIKKAMPF UND ARBEITSLOHN

Wie allgemein bekannt, zeitigte der berühmte Streikkampf der russischen Arbeiter im Jahre 1905 nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet außerordentlich große Erfolge. Die Angaben aus den Berichten der Fabrikinspektoren[71] gestatten es heute, sich von der Größe dieser Erfolge eine ziemlich genaue Vorstellung zu machen.

Der durchschnittliche Arbeitslohn eines russischen Fabrikarbeiters betrug nach diesen Angaben:

1901	201 Rubel	1906	231 Rubel
1902	202 „	1907	241 „
1903	208 „	1908	242 „
1904	213 „	1909	236 „
1905	205 „	1910	242 „
im Durchschnitt von 5 Jahren	206 Rubel	im Durchschnitt von 5 Jahren	238 Rubel

Wir sehen hieraus, daß das Jahr 1905 eine Wendung brachte. Eben nach 1905 steigt der Lohn *mit einem Schlage* von 205 auf 231 Rubel im Jahr, d. h. *um 26 Rubel*, um mehr als 10%.

Was das Jahr 1905 anbelangt, das im Vergleich zu 1904 ein Sinken des Arbeitslohnes um 8 Rubel zeigt, muß man folgendes beachten: Erstens war das Jahr 1905 ein Jahr der wirtschaftlichen Depression, d. h. des Niedergangs der Industrie; zweitens verloren die Arbeiter nach den Angaben des Handelsministeriums in diesem Jahr durch Lohnausfall während der Streiktage *17,5 Millionen Rubel*, d. h. durchschnittlich pro Arbeiter über 10 Rubel im Jahr.

Folglich kann man rechnen, daß der tatsächliche Lohn im Jahre 1905 215 Rbl. betrug, wobei jedoch die Arbeiter von diesen 215 Rbl. je 10 Rbl. für den Streikkampf opferten, der sich 1905 durch eine außerordentliche, bislang in der Welt unbekannte Beharrlichkeit und Breite auszeichnete.

Aus alldem ergibt sich, daß wir jetzt, wenn wir die Angaben für das ganze Jahrzehnt von 1901 bis 1910 betrachten, deutlich einen *erstaunlichen* Unterschied zwischen der *vorrevolutionären* und der *nachrevolutionären* Epoche feststellen können.

Bis zum Jahre 1905 betrug der Durchschnittslohn eines russischen Fabrikarbeiters 206 Rbl., nach 1905 238 Rbl., d. h. *jährlich 32 Rbl. mehr.* Das ist eine Erhöhung um 15,5%.

Innerhalb eines Jahres stieg der Lohn so ruckartig an, daß in der Folge keinerlei Bemühungen der Kapitalisten (die bekanntlich alle Errungenschaften des Jahres 1905, eine nach der anderen, zunichte machten) den Arbeiter auf das frühere niedrige Lebensniveau zurückführen konnten. Das Jahr 1905 hat das Lebensniveau des russischen Arbeiters so gehoben, wie es in normalen Zeiten nicht in einigen Jahrzehnten geschieht.

Die Arbeiter verloren bei den Streiks von 1905 nach der offiziellen Statistik 17,5 Mill. Rbl. durch Lohnausfall während der Streiktage. Nach der gleichen Statistik betrug der Produktionsausfall der Kapitalisten 1905 127,3 Mill. Rbl.

Durch die Lohnerhöhung nach 1905 aber gewannen die Arbeiter in fünf Jahren (1906–1910) durchschnittlich 32 Rubel je Arbeiter, d. h. insgesamt, bei 1,8 Millionen Arbeitern, 57,6 Millionen Rubel im Jahr oder *286 Millionen Rubel im ganzen Jahrfünft.*

„Prawda" Nr. 86,
9. August 1912.

Nach dem Text der „Prawda".

DER ARBEITSTAG IN DEN FABRIKEN DES GOUVERNEMENTS MOSKAU

Der Ingenieur I. M. Kosminych-Lanin hat ein Buch über die Länge des Arbeitstages und des Arbeitsjahres in den Fabriken und Werken des Gouvernements Moskau herausgegeben.

Das vom Verfasser gesammelte Material bezieht sich auf das Ende des Jahres 1908 und erfaßt 219 669 Arbeiter, d. h. etwas mehr als $^7/_{10}$ aller Fabrikarbeiter des Gouvernements Moskau (307 773).

Der Verfasser errechnet auf Grund dieser Unterlagen einen durchschnittlichen Arbeitstag von $9^1/_2$ *Stunden* für Erwachsene und Jugendliche und von $7^1/_2$ Stunden für Minderjährige.

Es muß bemerkt werden, daß diese Angaben die Überstundenarbeit völlig unberücksichtigt lassen (über diese hat der Verfasser eine besondere Schrift zum Druck vorbereitet), und zweitens, daß die Angaben des Verfassers ausschließlich auf den „für Unternehmer und Arbeiter verbindlichen Bestimmungen der Betriebsordnung" beruhen.

Ob diese Bestimmungen in der Praxis eingehalten werden, ist eine Frage, die unser Ingenieur nicht einmal stellt. Nur die Arbeiterverbände könnten, wenn sie eine eigene Statistik führten, Unterlagen auch zu dieser Frage zusammentragen.

In den einzelnen Unternehmen unterliegt dieser Arbeitstag von $9^1/_2$ Stunden großen Schwankungen.

Aus den Tabellen des Verfassers geht hervor, daß *33 466 Arbeiter mehr als 10 Stunden täglich* arbeiten! Das sind über 15% aller hier erfaßten Arbeiter.

13 189 Arbeiter arbeiten *mehr als 11 Stunden täglich* und 75 Arbeiter mehr als 12 Stunden täglich. Die Hauptmasse der Arbeiter, die die Last

eines so unmäßig langen Arbeitstages zu tragen haben, entfällt auf die Textilindustrie.

Zieht man in Betracht, daß etwa ein Drittel der Arbeiter nicht in die Untersuchungen des Verfassers einbezogen wurde, so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß *über zwanzigtausend* Fabrikarbeiter des Gouvernements Moskau einen unerhört langen Arbeitstag haben.

Schließlich zeigen die Angaben des Ingenieurs Kosminych-Lanin, daß selbst das gänzlich veraltete russische Gesetz von 1897, das einen Arbeitstag von $11\frac{1}{2}$ Stunden (!!!) zuläßt, *von den Fabrikanten nicht eingehalten wird*. Nach diesem Gesetz darf bei Arbeit in zwei Schichten die Arbeitszeit eines Arbeiters, berechnet für einen Zeitraum von 2 Wochen, nicht 9 Stunden täglich überschreiten.

In Wirklichkeit aber haben von den vom Verfasser erfaßten 83 990 in zwei Schichten tätigen Arbeitern 14 376 *mehr als 9 Stunden* gearbeitet. Das sind 17% aller zweischichtig tätigen Arbeiter. Und von den 3733 mit Reparatur- und Hilfsarbeiten beschäftigten zweischichtig tätigen Arbeitern haben 2173, d. h. *fast* $^3/_5$, mehr als 9 Stunden täglich gearbeitet! Insgesamt also sind es 16 500 Arbeiter, die – sogar nach offiziellen Angaben – gezwungen werden, länger zu arbeiten, als gesetzlich zulässig ist!

Der Achtstundentag existierte 1908 im Gouvernement Moskau nur für 4398 Arbeiter – von insgesamt 219 669 erfaßten Arbeitern. Der Achtstundentag ist also auch jetzt durchaus möglich, die 215 000 Arbeiter brauchen nur diese viertausend einzuholen.

„Prawda" Nr. 88,
11. August 1912.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

ARBEITSTAG UND ARBEITSJAHR IM GOUVERNEMENT MOSKAU

Die unter diesem Titel erschienene Arbeit des Ingenieurs Kosminych-Lanin (Moskau 1912, Verlag der Ständigen Kommission des Museums zur Förderung der Arbeit bei der Mosk. Abt. der Kaiserl. Russ. Techn. Ges., Preis 1 Rubel 75 Kop.) stellt eine Sammlung von Materialien dar, die sich auf das Ende des Jahres 1908 beziehen.

Die Angaben erfassen 219 669 Arbeiter, d. h. 71,37% aller Fabrikarbeiter des Gouvernements (307 773). Der Verfasser sagt, daß er das Material „sorgfältig, gesondert für jedes Industrieunternehmen" untersucht hat und daß „in die Zusammenfassung nur der Teil des Materials aufgenommen wurde, der keinerlei Zweifel erweckte".

Eine derartige Statistik könnte – trotz der großen Verspätung – von außerordentlichem Interesse sein, wenn nur die Zusammenstellung der Unterlagen sinnvoller vorgenommen worden wäre. Leider muß man gerade dieses Wort gebrauchen, denn die Tabellen des Herrn Kosminych-Lanin sind zwar äußerst sorgfältig zusammengestellt, und er hat sehr viel Mühe auf die Errechnung aller möglichen Summen und Prozentverhältnisse verwandt, ist aber dabei sehr unrationell verfahren.

Das reichhaltige Material hat den Verfasser gleichsam erdrückt. Er hat Hunderte und Tausende Rechenoperationen durchgeführt, die völlig überflüssig sind und die Arbeit nur überladen, und gleichzeitig einige Dutzend Berechnungen unterlassen, die ganz unerläßlich sind, da man ohne sie kein Gesamtbild der Erscheinungen erhält.

In der Tat bringen die Haupttabellen des Verfassers, die fast das ganze Buch ausmachen, derartig detaillierte Angaben, daß zum Beispiel die Arbeiter, die 9 bis 10 Stunden täglich arbeiten, in 16 *Untergruppen* unterteilt

sind – je nach der Zahl der Arbeitsstunden in zwei aufeinanderfolgenden Wochen (109 bis 120 Stunden) – und für jede Untergruppe ist der Durchschnitt der täglichen Arbeitsstunden errechnet! Und das alles ist zweimal gemacht: einmal für die Produktionsarbeiter und einmal für die Hilfsarbeiter.

Man wird zugeben müssen, daß eine solche Detaillisierung erstens völlig überflüssig ist, daß hier mit Begeisterung Statistik um der Statistik willen, eine Art Zahlenspielerei getrieben wird, und das *auf Kosten* der Klarheit des Bildes und der Brauchbarkeit des Materials für Studienzwecke. Und zweitens sind neun Zehntel dieser vom Verfasser mit einer Genauigkeit von einem Hundertstel errechneten „Durchschnittswerte" geradezu vergeudete Arbeit, denn man kann wetten, daß von tausend Lesern des Buches (das wohl kaum tausend Leser finden wird) höchstens einer einen solchen „Durchschnittswert" benötigen wird (zudem könnte dieser eine *ihn selbst* ausrechnen, wenn schon ein solch außerordentliches Unglück über ihn hereinbrechen sollte!).

Indessen *fehlen* in dem Buch *völlig* absolut notwendige Zusammenstellungen, die der Verfasser mit weit geringerem Arbeitsaufwand hätte vornehmen *können* und ohne die nicht auszukommen ist, wenn man in den Zahlen der Untersuchung den Sinn erkennen will. Es fehlen Aufstellungen, die 1. die einschichtig, zweischichtig und dreischichtig tätigen Arbeiter nach Produktionsgruppen zusammenfassen; 2. dabei die Produktionsarbeiter und die Hilfsarbeiter voneinander abheben; 3. die durchschnittlichen Arbeitsstunden unterteilt nach Produktionsgruppen angeben; 4. eine Gesamtbilanz der Arbeitszeit der Erwachsenen und der Minderjährigen vermitteln; 5. die Fabriken nach der unterschiedlichen Beschäftigtenzahl unterteilen.

Verweilen wir bei diesem letzten Punkt. Der Verfasser der Arbeit ist offensichtlich so arbeitsam – nach der Liste der Arbeiten zu urteilen, die er veröffentlicht und zum Druck vorbereitet hat –, er verfügt über so reichhaltiges und interessantes Material, daß eine kritische Analyse seiner Methoden vielleicht nicht nur theoretischen, sondern auch unmittelbar praktischen Nutzen bringen kann. Wir haben bereits die Worte des Verfassers zitiert, wonach er das zusammengetragene Material „sorgfältig, *gesondert* für jedes Industrieunternehmen" untersucht hat.

Die Zusammenfassung dieses Materials wenigstens nach denjenigen

Fabrikgruppen, die sogar unsere offizielle Statistik eingeführt hat (bis zu 20 Arbeitern, 21–50, 51–100, 101–500, 501–1000 und über 1000), war also durchaus möglich. War sie notwendig?

Unbedingt. Eine Statistik soll nicht willkürlich zusammengestellte Zahlenkolonnen liefern, sondern mit Hilfe von Zahlen die verschiedenen sozialen Typen der zu untersuchenden Erscheinung beleuchten, die das Leben hervorgebracht hat oder hervorbringt. Kann man daran zweifeln, daß Betriebe mit 50 Arbeitern und Betriebe mit 500 Arbeitern zu wesentlich anderen *sozialen Typen* der uns interessierenden Erscheinung gehören? daß die gesamte gesellschaftliche Entwicklung aller zivilisierten Länder den *Unterschied* zwischen diesen Typen verstärkt und zur *Verdrängung* des einen durch den anderen führt?

Nehmen wir eben die Angaben über den Arbeitstag. Aus der zusammenfassenden Ergebnistabelle des Verfassers können wir – wenn wir *selber* eine gewisse notwendige statistische Arbeit durchführen, die wir in dem Buch nicht finden – die Schlußfolgerung ziehen, daß 33 000 Arbeiter (von 220 000 erfaßten) *länger als 10 Stunden täglich* arbeiten. Die durchschnittliche Länge des Arbeitstages für alle 220 000 Arbeiter aber beträgt $9^1/_2$ Stunden. Es fragt sich nun: Sind diese Arbeiter, die die Last des übermäßig langen Arbeitstages zu tragen haben, nicht in *Kleinbetrieben* beschäftigt?

Diese Frage ergibt sich ganz natürlich und unausbleiblich. Sie ist keineswegs willkürlich herausgegriffen. Die politische Ökonomie und die Statistik aller Länder der Welt *verpflichten* uns, eben diese Frage zu stellen, denn die Verlängerung des Arbeitstages durch die Kleinbetriebe ist nur allzuoft zu beobachten gewesen. Die Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft bringen notwendigerweise eine solche Verlängerung bei den kleinen Unternehmern mit sich.

Und da stellt sich heraus, daß der Verfasser die Unterlagen für die Beantwortung dieser überaus wichtigen Frage in seinen Materialien *gehabt* hat, daß sie aber in seiner Zusammenstellung verlorengegangen sind! In der Zusammenstellung gibt uns der Verfasser unnütze überaus lange Kolonnen detaillierter „Durchschnittswerte", aber er *gibt nicht* die notwendige Unterteilung der Fabriken nach der Anzahl der beschäftigten Arbeiter.

Im Gouvernement Moskau ist eine solche Unterteilung noch notwen-

diger (wenn es erlaubt ist, hier den Komparativ zu gebrauchen) als sonst, denn im Gouvernement Moskau finden wir neben einer riesigen Konzentration der Produktion eine verhältnismäßig sehr große Zahl von Kleinbetrieben. Nach der Statistik von 1910 gab es hier insgesamt 1440 Betriebe mit 335 190 Arbeitern. Die Hälfte dieser Arbeiter (167 199) ist in *66 Fabriken* konzentriert – und auf der anderen Seite haben wir 669 Betriebe mit insgesamt 18 277 Arbeitern. Es ist klar, daß wir es mit völlig verschiedenen sozialen Typen zu tun haben und daß eine Statistik, die zwischen ihnen keinen Unterschied macht, rein gar nichts taugt.

Der Verfasser hat sich so sehr in seine Zahlenreihen über die Zahl der Arbeiter verrannt, die 94, 95 usw. bis zu 144 Stunden in zwei aufeinanderfolgenden Wochen beschäftigt sind, daß er die Angaben über die Zahl der Betriebe *völlig weggelassen hat*. Diese Zahl wird für den zweiten Teil seiner Arbeit angekündigt, in dem es um die Länge des Arbeitsjahres geht, aber im ersten Teil, der den Arbeitstag behandelt, werden keinerlei Angaben über die Zahl der Betriebe gemacht – obwohl dem Verfasser diese Angaben zweifellos zur Verfügung standen.

Die größten Fabriken des Gouvernements Moskau sind nicht nur eigenartige Typen von Industriebetrieben, sondern auch eigenartige Typen von Menschenzusammenballungen mit besonderen Lebensverhältnissen und besonderen kulturellen (oder richtiger unkulturellen) Bedingungen. Die Heraushebung dieser Fabriken, die eingehende Bearbeitung der Angaben, getrennt für jede Kategorie von Betrieben je nach der Anzahl der Arbeiter, ist eine notwendige Voraussetzung für eine rationelle Wirtschaftsstatistik.

Führen wir die Hauptergebnisse aus der Arbeit des Herrn Kosminych-Lanin auf.

Seine Untersuchung über die Länge des Arbeitstages umfaßt, wie wir bereits sagten, 219 669 Moskauer Fabrikarbeiter, d. h. 71,37% der Gesamtzahl, wobei seine Statistik die Textilarbeiter zu einem etwas höheren Prozentsatz erfaßt als die Arbeiter der anderen Produktionszweige. Statistisch erfaßt wurden 74,6% aller Textilarbeiter und nur 49–71% der Arbeiter der übrigen Produktionszweige. *Offensichtlich* in geringerem Maße erstreckt sich die Untersuchung auf die *Klein*betriebe: zumindest erfaßt die Statistik über die Zahl der jährlichen Arbeitstage 58% der Betriebe (811 von den 1394 im Jahre 1908 vorhandenen) und 75% der

Arbeiter (231 130 von 307 773). Es ist klar, daß hier gerade die kleineren Betriebe ausgelassen worden sind.

Zusammenfassende Zahlen über die Länge des Arbeitstages gibt der Verfasser nur für alle Arbeiter insgesamt. Es ergibt sich ein Durchschnitt von $9^1/_2$ Stunden täglich für Erwachsene und von $7^1/_2$ Stunden für Minderjährige. Die Anzahl der Minderjährigen, das muß bemerkt werden, ist niedrig: 1363 gegenüber 218 306 Erwachsenen. Das legt den Gedanken nahe, ob nicht insbesondere minderjährige Arbeiter den Augen der Inspektoren „entzogen" wurden.

Von den insgesamt 219 669 Arbeitern arbeiteten 128 628 (58,56%) in einer Schicht, 88 552 (40,31%) in zwei Schichten und 2489 (1,13%) in drei Schichten. In der Textilindustrie überwiegt die zweischichtige Arbeit gegenüber der einschichtigen: 75 391 Zweischichtarbeiter („Produktionsarbeiter", d. h. ohne Hilfsarbeiter) und 68 604 Einschichtarbeiter. Zählt man die Reparatur- und Hilfsarbeiter hinzu, so erhält man die Summe von 78 107 Zweischicht- und 78 321 Einschichtarbeitern. Bei den Metallarbeitern dagegen überwiegt die einschichtige Arbeit (17 821 erwachsene Arbeiter) bedeutend gegenüber der zweischichtigen (7673).

Fassen wir die Gesamtzahl der Arbeiter nach der verschiedenen Länge ihrer täglichen Arbeitszeit zusammen, so erhalten wir die folgende Aufstellung:

Anzahl der täglichen Arbeitsstunden	Anzahl der Arbeiter	
Bis zu 8 Stunden	4 398	
8 bis 9 „	87 402	
9 „ 10 „	94 403	
10 „ 11 „	20 202	33 466
11 „ 12 „	13 189	
12 und mehr „	75	
Insgesamt	219 669	

Hieraus ist ersichtlich, wie niedrig in Rußland noch die Anzahl der Arbeiter ist, die nicht mehr als 8 Stunden täglich arbeiten: insgesamt 4398 von 219 669. Demgegenüber ist die Anzahl der Arbeiter mit einem übermäßig, unerhört langen Arbeitstag sehr hoch: 33 466 von 220 000, d. h. über 15% der Arbeiter arbeiten *mehr als 10 Stunden täglich!* Und dabei sind noch nicht die Überstunden berücksichtigt.

Weiter. Die unterschiedliche Länge des Arbeitstages der Einschicht- und der Zweischichtarbeiter geht aus den folgenden Angaben hervor, die nur die erwachsenen „Produktionsarbeiter" umfassen, d. h. die Reparatur- und Hilfsarbeiter, die 8% aller Arbeiter ausmachen, unberücksichtigt lassen.

Länge des Arbeitstages	Prozentsatz der (täglich die angegebene Stundenzahl beschäftigten)	
	Einschicht-arbeiter	Zweischicht-arbeiter
Bis zu 8 Stunden	1,3	1,0
8 bis 9 „	13,3	81,9
9 „ 10 „	60,7	14,7
10 „ 11 „	15,2	1,4
11 „ 12 „	9,5	1,0
12 und mehr „	—	—
Insgesamt	100,0	100,0

Hieraus ist unter anderem ersichtlich, daß 17% der zweischichtig tätigen Arbeiter *mehr als 9 Stunden* täglich arbeiten, d. h. mehr als selbst unser Gesetz von 1897 erlaubt, das Herr Lanin mit Recht als längst überholt bezeichnet. Nach diesem Gesetz darf bei zweischichtiger Arbeit die Anzahl der täglichen Arbeitsstunden, berechnet für einen Zeitraum von zwei Wochen, neun Stunden nicht überschreiten. Und Herr Lanin legt allen seinen Berechnungen und Tabellen gerade den Zeitabschnitt von „2 aufeinanderfolgenden Wochen" zugrunde.

Wenn ein so bestimmtes und exaktes Gesetz so offensichtlich übertreten wird, dann kann man sich vorstellen, was mit den meisten übrigen Bestimmungen unserer Fabrikgesetzgebung geschieht.

Der Durchschnitt der täglichen Arbeitsstunden für einen einschichtig tätigen Arbeiter (nur für Erwachsene und nur für „Produktionsarbeiter") beträgt 9,89 Stunden. Es herrscht also ein *Zehnstundentag* ohne irgendwelche Einschränkung, sogar an Sonnabenden und ungerechnet der Überstunden. Es erübrigt sich zu sagen, daß eine solche Arbeitszeit unbedingt zu lang ist und daß man sich damit nicht abfinden kann.

Der Durchschnitt der täglichen Arbeitsstunden für einen zweischichtig tätigen Arbeiter beträgt 8,97 Stunden, d. h. in der Praxis überwiegt der vom Gesetz in diesen Fällen geforderte Neunstundentag. Ihn auf acht

Stunden zu senken ist besonders dringend erforderlich, da bei zwei Schichten als „Nacht" die Zeit von 10 Uhr abends bis 4 (!!) Uhr morgens gilt, d. h. in Wirklichkeit ein sehr, sehr großer Teil der *Nacht* für den Arbeiter als „*Tag*" gelten soll. Ein neunstündiger Arbeitstag, wobei die Nacht zum Tag gemacht, wobei ständig Nachtarbeit geleistet wird – so sieht es im Gouvernement Moskau aus!

Zum Abschluß unseres Überblicks über die Angaben des Herrn Kosminych-Lanin verweisen wir darauf, daß er die durchschnittliche Länge des Arbeitsjahres mit 270 Tagen angibt. Bei den Textilarbeitern liegt die Zahl etwas niedriger – 268,8 Tage – und bei den Metallarbeitern etwas höher – 272,3 Tage.

Wie Kosminych-Lanin die Angaben über die Länge des Arbeitsjahres verarbeitet, ist ebenfalls ganz unbefriedigend. Auf der einen Seite eine übermäßige, ganz widersinnige Detaillisierung: in der zusammenfassenden Tabelle über die Länge des Arbeitsjahres zählen wir volle 130 horizontale Spalten! Die Angaben über die Anzahl der Betriebe, der Arbeiter usw. werden hier *getrennt* für jede vorkommende Zahl von Arbeitstagen (im Jahr), von 22 bis 366, gegeben. Eine solche „Detaillisierung" macht eher den Eindruck, daß der Verfasser das Rohmaterial überhaupt „nicht verdaut" hat.

Auf der anderen Seite fehlen auch hier die unbedingt notwendigen Zusammenstellungen sowohl über die Anzahl der Arbeiter in den Fabriken als auch über die verschiedenen Antriebssysteme (Handbetrieb und mechanische Fabriken). Ein Bild, das einem gestatten würde, die Abhängigkeit der Länge des Arbeitsjahres von den verschiedenen Bedingungen zu *begreifen*, kann man sich daher nicht machen. Das vom Verfasser zusammengetragene überaus reichhaltige Material geht wegen der ganz miserabel angelegten Gruppierung *verloren*.

Die Bedeutung des Unterschieds zwischen dem Großbetrieb und dem Kleinbetrieb können wir – annähernd und bei weitem nicht exakt! – sogar an Hand der Angaben des Verfassers verfolgen, wenn wir sie etwas überarbeiten. Nehmen wir die *vier* Hauptgruppen der Betriebe nach der Länge des Arbeitsjahres: 1. Betriebe, die bis zu 200 Tagen im Jahr arbeiten, 2. – von 200 bis 250, 3. – von 250 bis 270 und 4. – 270 Tage und länger.

Stellen wir für jede dieser Kategorien die Anzahl der Fabriken und die

Anzahl der Arbeiter beiderlei Geschlechts zusammen, so erhalten wir das folgende Bild:

Länge des Arbeitsjahres	Durchschnittliche Zahl der Arbeitstage im Jahr	Anzahl der Fabriken	Anzahl der Arbeiter	Durchschnittliche Anzahl der Arbeiter pro Fabrik
Bis zu 200 Tagen	96	74	5 676	76
200–250 Tage	236	91	14 400	158
250–270 Tage	262	196	58 313	297
270 und mehr Tage	282	450	152 741	339
Insgesamt	270	811	231 130	285

Hieraus ist klar ersichtlich: je größer die Fabriken, desto länger (im allgemeinen) das Arbeitsjahr. Folglich ist die sozialökonomische Bedeutung der kleinen Unternehmen in Wirklichkeit noch weitaus *geringer*, als man nach dem Anteil dieser Unternehmen zum Beispiel an der Gesamtzahl der Arbeiter schließen könnte. Das Arbeitsjahr in diesen Unternehmen ist gegenüber den großen um so viel kürzer, daß der auf sie entfallende Produktionsanteil ganz gering sein muß. Und außerdem können diese (kleinen) Fabriken bei dem kurzen Arbeitsjahr nicht beständige Kader des Proletariats schaffen, d. h., die Arbeiter sind hier mehr „bodenverbunden", wahrscheinlich schlechter bezahlt, weniger kultiviert usw.

Die große Fabrik verstärkt die Ausbeutung, indem sie das Arbeitsjahr bis zum äußersten verlängert und so ein Proletariat erzeugt, das völlig mit dem Dorfe bricht.

Ginge man den Unterschieden in der Länge des Arbeitsjahres in Abhängigkeit von der technischen Ausrüstung der Fabriken (Handbetrieb, mechanische Antriebe usw.) nach, so könnte man ohne Zweifel eine ganze Anzahl sehr interessanter Hinweise auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung, die Lage der Arbeiter, die Entwicklung unseres Kapitalismus usw. finden. Aber der Verfasser, das kann man sagen, hat alle diese Fragen nicht einmal berührt.

Er brachte nur die Zahlen für die durchschnittliche Länge des Arbeitsjahres in den Fabriken der verschiedenen Produktionsgruppen. Hinsichtlich des Gesamtdurchschnitts ergaben sich nur sehr geringe Schwankungen: von 246 Arbeitstagen im Jahr in Gruppe IX (Bearbeitung von Mineralien) bis zu 291 Arbeitstagen im Jahr in Gruppe XII (chemische Produktionszweige).

Diese Differenzen sind, wie der Leser sieht, viel geringer als die Unterschiede, die in der Länge des Arbeitsjahres zwischen den kleinen und den großen Fabriken überhaupt bestehen, unabhängig davon, zu welchem Produktionszweig sie gehören.

Die Unterschiede in der Art der Produktion sind für die sozialökonomische Statistik *weniger* charakteristisch und weniger wesentlich als die Unterschiede in bezug auf den *Umfang* der Produktion. Das bedeutet natürlich nicht, daß man die erstgenannten Unterschiede ignorieren könnte. Das bedeutet aber, daß eine sinnvolle Statistik ohne die Berücksichtigung der letztgenannten Unterschiede absolut unmöglich ist.

„Newskaja Swesda" Nr. 21, 12. August 1912. Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

IN ENGLAND

Der englische Liberalismus befindet sich sechseinhalb Jahre an der Macht. Die Arbeiterbewegung in England wird immer stärker. Die Streiks werden zu Massenstreiks und sind außerdem nicht mehr rein wirtschaftlicher Natur, sie verwandeln sich in politische Streiks.

Robert Smillie, der Führer der schottischen Grubenarbeiter, die vor kurzem im Massenkampf eine solche Kraft bewiesen haben, erklärt, daß die Grubenarbeiter in ihrer nächsten großen Schlacht die Verstaatlichung der Kohlengruben fordern werden. Und diese nächste große Schlacht rückt unausbleiblich näher, denn alle Grubenarbeiter in England wissen sehr gut, daß das berüchtigte Gesetz über den Minimalarbeitslohn ihre Lage nicht ernstlich verbessern kann.

Und nun ersinnt der englische Liberalismus, der den Boden unter den Füßen verliert, eine neue Kampfparole, um bei den Wählermassen erneut für eine gewisse Zeit Vertrauen zu den Liberalen zu erwecken. Ohne Betrug – kein Verkauf, das ist die Losung des Kapitalismus im Handel. Ohne Betrug – keine Sitze im Parlament, das ist die Losung der kapitalistischen Politik in den freien Ländern.

Die von den Liberalen zu diesem Zweck ersonnene „Mode"losung ist die Forderung nach einer „Bodenreform". Was die Liberalen und ihr Spezialist für Massenverdummung, Lloyd George, eigentlich darunter verstehen, bleibt unklar. Offenbar handelt es sich um die Erhöhung der Grundsteuer, um weiter nichts. Eintreibung neuer Millionen für Kriegsabenteuer, für die Flotte – das steckt in Wirklichkeit hinter den marktschreierischen Phrasen von der „Rückgabe des Bodens an das Volk" u. dgl. m.

In England wird der Ackerbau völlig kapitalistisch betrieben: die kapitalistischen Farmer pachten das Land in mittleren Parzellen von den Landlords (den Grundeigentümern) und bestellen es mit Hilfe von Lohnarbeitern.

Keinerlei „Bodenreform" kann unter diesen Umständen etwas an der Lage der Landarbeiter ändern. Ein Loskauf der gutsherrlichen Ländereien in England könnte sich sogar in eine neue Schröpfung des Proletariats verwandeln, denn die Gutsbesitzer und Kapitalisten, die die Macht im Staate behalten, würden ihre Ländereien zum dreifachen Preis verkaufen. Und zu zahlen hätte der Steuerzahler, d. h. wiederum der Arbeiter.

Der Lärm, den die Liberalen um die Agrarfrage erhoben haben, war in einer Hinsicht nützlich: er weckte das Interesse für die Landarbeiterorganisation.

Wenn nun die Landarbeiter in England erwachen und sich zu Verbänden zusammenschließen, dann werden die Liberalen nicht mit hochstaplerischen „Reformversprechungen" oder Versprechungen von Bodenanteilen für die Landarbeiter und Tagelöhner davonkommen.

Vor kurzem besuchte ein Mitarbeiter einer englischen Arbeiterzeitung Joseph Arch, den alten Führer der Landarbeiter, der viel getan hat, um sie zu bewußtem Leben zu erwecken. Das gelang nicht sofort – und die Losung von Arch war auch naiv: jedem Landarbeiter „drei Acres (ein Acre ist etwas mehr als ⅓ Desjatine) Land und eine Kuh" –, der von ihm gegründete Verband ist eingegangen, aber seine Sache ist nicht verloren, und die Organisierung der englischen Landarbeiter rückt wieder auf die Tagesordnung.

Arch ist jetzt 83 Jahre alt. Er lebt in demselben Dorf und in demselben Haus, in dem er geboren wurde. In der Unterredung mit seinem Gesprächspartner sagte er, daß es dem Landarbeiterverband gelungen ist, den Wochenlohn bis auf 15, 16 bzw. 17 Shilling zu erhöhen (ein Shilling sind etwa 48 Kop.). Jetzt ist aber der Wochenlohn der englischen Landarbeiter wiederum gesunken – in Norfolk, dort, wo Arch lebt, bis auf 12–13 Shilling.

„Prawda" Nr. 89,
12. August 1912.
Unterschrift: P.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE KONZENTRATION DER PRODUKTION IN RUSSLAND

In Rußland vollzieht sich ebenso wie in allen anderen kapitalistischen Ländern eine Konzentration der Produktion, d. h. ihre immer stärkere Zusammenballung in einer kleinen Anzahl von großen und größten Unternehmen.

Im kapitalistischen System ist jedes einzelne Unternehmen völlig vom Markt abhängig. Und bei dieser Abhängigkeit kann ein Unternehmen seine Produkte um so billiger verkaufen, je größer es ist. Der Großkapitalist kauft die Rohstoffe billiger ein, verwendet sie wirtschaftlicher, benutzt bessere Maschinen usw. Die kleinen Unternehmer werden ruiniert und gehen zugrunde. Die Produktion ballt sich immer mehr zusammen, konzentriert sich in den Händen weniger Millionäre. Die Millionäre verstärken ihre Macht gewöhnlich noch durch die Aktiengesellschaften, die ihnen die Kapitalien der mittleren Unternehmer und der „Kleinen" in die Hände spielen.

Hier zum Beispiel die Angaben über die Fabrik- und Werkindustrie in Rußland für das Jahr 1910 im Vergleich zu 1901.[72]

Größenklassen der Betriebe nach der Arbeiterzahl	Zahl der Betriebe		Zahl der Arbeiter in 1000	
	1901	1910	1901	1910
Bis zu 50	12 740	9 909	244	220
51– 100	2 428	2 201	171	159
101– 500	2 288	2 213	492	508
501–1000	403	433	269	303
über 1000	243	324	526	713
Insgesamt	18 102	15 080	1702	1903

Das ist das gewöhnliche Bild in allen kapitalistischen Ländern. Die Zahl der kleinen Betriebe *verringert sich*: das Kleinbürgertum, die kleinen Unternehmer werden ruiniert und gehen zugrunde, werden zu Angestellten, manchmal zu Proletariern.

Die Zahl der größten Betriebe nimmt rasch zu, und noch schneller wächst ihr Anteil an der gesamten Produktion.

Von 1901 bis 1910 ist die Zahl der größten Fabriken mit mehr als 1000 Arbeitern auf fast das Anderthalbfache angestiegen: von 243 auf 324.

In ihnen waren 1901 rund eine halbe Million (526 000) Arbeiter beschäftigt, d. h. weniger als ein Drittel der Gesamtzahl, 1910 aber *über 700 000*, also mehr als ein Drittel der Gesamtzahl.

Die größten Fabriken erdrücken die kleinen und konzentrieren die Produktion immer mehr. Immer größere Arbeitermassen werden in wenigen Unternehmungen zusammengeballt, während der ganze Profit aus der Arbeit der vereinigten Millionen Arbeiter einer Handvoll von Millionären zufließt.

„Prawda" Nr. 89,
12. August 1912.
Unterschrift: T.

Nach dem Text der „Prawda".

KARRIERE

Die Lebensgeschichte A. S. Suworins, des kürzlich verstorbenen Millionärs und Herausgebers des „Nowoje Wremja", spiegelt eine sehr interessante Periode in der Geschichte der ganzen russischen bürgerlichen Gesellschaft wider und verleiht ihr beredten Ausdruck.

Ein armer Schlucker, Liberaler und sogar Demokrat am Beginn seines Lebensweges – Millionär, selbstzufriedener und schamloser Apologet der Bourgeoisie, der jede Wende in der Politik der Machthabenden kriecherisch mitmacht, am Ende dieses Weges. Ist das etwa nicht typisch für die *Masse* der „gebildeten" und „intellektuellen" Vertreter der sogenannten Gesellschaft? Nicht jeder natürlich, der zum Renegaten wird, hat einen so tollen Erfolg, daß er es zum Millionär bringt, aber neun Zehntel, wenn nicht neunundneunzig vom Hundert, werden eben Renegaten, *beginnen* als radikale Studenten und *enden* auf „einträglichen Pöstchen" in dieser oder jener Stellung, bei diesem oder jenem dunklen Geschäft.

Ein armer Student, der aus Geldmangel nicht auf die Universität kommt; Lehrer an einer Kreislehranstalt, der außerdem als Sekretär des Adelsmarschalls fungiert oder bei reichen adligen Gutsbesitzern Privatstunden gibt; angehender liberaler und sogar demokratischer Journalist mit Sympathien für Belinski und Tschernyschewski und Gegner der Reaktion – so hat Suworin in den fünfziger, sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts *begonnen*.

Der liberale, mit der englischen Bourgeoisie und der englischen Verfassung sympathisierende Gutsbesitzer Katkow vollzog während des ersten demokratischen Aufschwungs in Rußland (zu Beginn der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts) eine Wendung zum Nationalismus, zum Chauvinismus und zu einem zügellosen Schwarzhundertertum.

Der liberale Journalist Suworin vollzog während des zweiten demokratischen Aufschwungs in Rußland (Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts) eine Wendung zum Nationalismus, zum Chauvinismus, zu einer skrupellosen Liebedienerei vor den Machthabenden. Der Russisch-Türkische Krieg half diesem Karrieristen, „sich zu finden", seinen Weg als Lakai zu finden, der mit riesigen Einkünften aus seiner Zeitung *„Wetterfahne"* belohnt wurde.

Suworins „Nowoje Wremja" hat viele Jahrzehnte lang diesen Spitznamen *„Wetterfahne"* behalten. Diese Zeitung wurde in Rußland zum Musterbeispiel für käufliche Zeitungen. „Nowowremenstwo" wurde zu einem Ausdruck, gleichbedeutend mit den Begriffen: Abtrünnigkeit, Renegatentum, Speichelleckerei. Suworins „Nowoje Wremja" wurde zum Muster flotten Handels „in und außer dem Hause". Hier wird alles gehandelt, von politischen Überzeugungen bis zu pornographischen Inseraten.

Und wie viele Liberale noch haben jetzt, nach dem dritten demokratischen Aufschwung in Rußland (zu Beginn des 20. Jahrhunderts), auf den Bahnen der „Wechi" eine Wendung zum Nationalismus, zum Chauvinismus vollzogen, spucken auf die Demokratie und kriechen vor der Reaktion!

Katkow – Suworin – die „Wechi"-Leute, das sind alles historische Etappen der Wendung der russischen liberalen Bourgeoisie *von der Demokratie zur* Verteidigung der Reaktion, zum Chauvinismus und Antisemitismus.

Die klassenbewußten Arbeiter festigen ihre Überzeugungen, denn sie begreifen die Unvermeidlichkeit einer solchen Wendung der Bourgeoisie – wie auch der Wendung der werktätigen Massen zu den Ideen der Arbeiterdemokratie.

„Prawda" Nr. 94,
18. August 1912.
Unterschrift: J. W.

Nach dem Text der „Prawda".

AN DAS SEKRETARIAT DES INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN BÜROS

31. August 1912

Werter Genosse!

Ich habe von Ihnen das Zirkular Nr. 15 (vom Juli 1912) erhalten, in dem der Hauptvorstand der SDPuL von der Spaltung in dieser Organisation Mitteilung macht.

Als Vertreter der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro bin ich gezwungen, gegen diese Mitteilung aus folgenden Gründen kategorisch zu protestieren. –

1. Der Hauptvorstand der SDPuL erklärt, daß das Warschauer Komitee „nicht zur SDAPR gehört, deren autonomer Bestandteil die SDPuL ist".

Der Hauptvorstand der SDPuL hat jedoch keinerlei Recht zu entscheiden oder zu erklären, wer zur SDAPR gehört, die ich vertrete.

Der Hauptvorstand der SDPuL gehört heute selbst nicht zu unserer Partei, denn er steht weder mit dem von mir vertretenen Zentralkomitee, das auf der Januarkonferenz 1912 gewählt worden ist, noch mit dem entgegengesetzten Zentrum der Liquidatoren (dem sogenannten „Organisationskomitee") in organisatorischer Verbindung.

2. Die Behauptung des Hauptvorstands der SDPuL, die Spaltung sei „plötzlich unmittelbar vor den Wahlen zur Reichsduma" erfolgt, entspricht nicht der Wahrheit.

Mir ist persönlich bekannt, daß dieser selbe Hauptvorstand der SDPuL schon vor zwei Jahren, als sein Vorgehen einen heftigen Konflikt mit seinen ehemaligen Mitgliedern Malecki und Hanecki heraufbeschwor und er Hanecki aus dem Vorstand ausschloß – daß der Hauptvorstand die Spaltung schon damals voraussehen mußte.

3. Heuchelei ist die Erklärung des Hauptvorstands, daß sich erstens in die Warschauer Organisation „ebenso wie in alle anderen revolutionären Organisationen im zaristischen Rußland" Spitzel eingeschlichen hätten,

daß zweitens die Spaltung unter „aktiver Mitwirkung der Ochrana" erfolgt sei, obwohl der Hauptvorstand außerstande ist, einen einzigen Namen zu nennen, es nicht wagt, irgendeinen bestimmten Verdacht zu äußern!

Wieviel Heuchelei gehört dazu, um zwecks moralischer Vernichtung politischer Gegner öffentlich die gewissenlose Beschuldigung der „Mitwirkung der Ochrana" zu erheben, obwohl es an Mut gebricht, auch nur einen einzigen Namen zu nennen, irgendeinen bestimmten Verdacht zu äußern!

Ich bin überzeugt, daß jedes Mitglied der Internationale diese unerhörten Kampfmethoden mit Empörung zurückweisen wird.

Ich kenne die beiden ehemaligen Mitglieder des Hauptvorstands der SDPuL, Malecki und Hanecki, seit einer Reihe von Jahren, und sie gehen offen mit dem Warschauer Komitee zusammen. Das Warschauer Komitee hat mir gerade eine offizielle Mitteilung geschickt, die diese Tatsache bestätigt.

Bei dieser Lage der Dinge halte ich es für meine Pflicht, dem Internationalen Sozialistischen Büro den beiliegenden Protest des Warschauer Komitees der SDPuL zur Kenntnis zu bringen.

Da die Erklärung des Hauptvorstands allen Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Büros zugeleitet worden ist, sehe ich mich genötigt, Sie, werter Genosse, zu bitten, den Vertretern aller zur Internationale gehörenden Parteien auch diese meine Erklärung, zusammen mit dem Protest des Warschauer Komitees, zuzuleiten.

Mit Parteigruß *N. Lenin*

„Gazeta Robotnicza" Nr. 19, 21. November 1912.

Nach dem Text der „Gazeta Robotnicza". Aus dem Polnischen.

DIE KADETTEN UND DIE AGRARFRAGE

In der Polemik gegen die „Prawda" konnten die Kadetten, wie sie sich auch bemühten, nicht um die Frage herumkommen, ob sie eine demokratische oder eine liberal-monarchistische Partei sind.

Die Frage ist äußerst wichtig. Sie ist nicht nur von allgemein-prinzipieller Bedeutung, weil sie hilft, die politischen Grundbegriffe zu klären. Die Frage nach dem Wesen der Kadettenpartei, die den Anspruch erhebt, Führerin der gesamten Opposition zu sein, ist darüber hinaus auf das engste mit *allen* Grundfragen der russischen Befreiungsbewegung überhaupt verknüpft. Deshalb muß jeder, der der Wahlkampagne nicht gleichgültig gegenübersteht, der sich ihrer Bedeutung für die politische Aufklärung der Massen bewußt ist, diesen Streit über das Wesen der Kadettenpartei mit größter Aufmerksamkeit verfolgen.

Die kadettische „Retsch" sucht jetzt diesen Streit zu vertuschen, die prinzipiellen Fragen durch Ausflüchte und zänkische Ausfälle („Lüge", „Entstellung" u. dgl. m.) in den Hintergrund zu drängen, diese oder jene Beschimpfungen hervorzukramen, die die Liquidatoren gegen uns in Augenblicken höchster persönlicher Erregung, bei heftigen Konflikten in Organisationsfragen, vom Stapel ließen. Alles das sind bekannte und abgedroschene Methoden von Leuten, die fühlen, wie schwach sie in einem prinzipiellen Streit sind. Und deshalb muß unsere Antwort an die Kadetten in einer abermaligen Erläuterung der prinzipiellen Fragen bestehen.

Welches sind die Unterschiede zwischen Demokratismus und Liberalismus schlechthin? Der bürgerliche Demokrat wie der Liberale (alle Liberalen sind bürgerliche Liberale, aber nicht alle Demokraten sind bürgerliche Demokraten) sind gegen die alte Ordnung, den Absolutismus,

die Leibeigenschaft, die Privilegien des höheren Standes usw., und für die politische Freiheit und eine konstitutionelle „Rechts"ordnung. Darin gleichen sie sich.

Der Unterschied zwischen ihnen: Der Demokrat vertritt die Masse der Bevölkerung. Er teilt ihre kleinbürgerlichen Vorurteile, indem er zum Beispiel von einer neuen, „ausgleichenden" Verteilung des gesamten Bodens nicht nur die Beseitigung aller Spuren der Leibeigenschaft erwartet (eine solche Erwartung wäre begründet), sondern auch die Untergrabung der Grundlagen des Kapitalismus (was völlig unbegründet ist, denn *keine* Neuverteilung des Bodens kann die Macht des Marktes und des Geldes, die Macht und Allmacht des Kapitals beseitigen). Aber der Demokrat glaubt an die Bewegung der Massen, an ihre Kraft, an ihre Gerechtigkeit und fürchtet diese Bewegung keineswegs. Der Demokrat tritt für die Aufhebung ausnahmslos *aller* mittelalterlichen Privilegien ein.

Der Liberale vertritt nicht die Masse der Bevölkerung, sondern ihre Minderheit, und zwar die große und die mittlere liberale Bourgeoisie. Der Liberale fürchtet die Bewegung der Massen und die konsequente Demokratie *mehr* als die Reaktion. Der Liberale erstrebt nicht nur nicht die völlige Aufhebung aller mittelalterlichen Privilegien, sondern *verteidigt* geradezu einige, und zwar ziemlich wesentliche Privilegien, in dem Bestreben, diese Privilegien zwischen den Purischkewitsch und den Miljukow aufzuteilen, nicht aber, sie überhaupt zu beseitigen.

Der Liberale verteidigt die politische Freiheit und die Verfassung stets mit Einschränkungen (wie Zweikammersystem und vieles andere mehr), wobei jede Einschränkung die Erhaltung eines Privilegs der Fronherren bedeutet. Somit schwankt der Liberale ständig zwischen den Fronherren und der Demokratie; daher die äußerste, nahezu unglaubliche *Ohnmacht* des Liberalismus in allen irgendwie ernst zu nehmenden Fragen.

Die russische Demokratie, das sind die Arbeiterklasse (die proletarische Demokratie) und die Volkstümler und Trudowiki aller Schattierungen (die bürgerliche Demokratie). Der russische Liberalismus, das sind die Partei der Kadetten sowie die „Progressisten" und die Mehrzahl der nationalen Gruppen in der III. Duma.

Die russische Demokratie hat ernst zu nehmende Siege errungen, der russische Liberalismus keinen einzigen. Die erste verstand zu kämpfen, und ihre Niederlagen waren stets bedeutungsvolle, historische Nieder-

lagen ganz Rußlands, wobei selbst nach einer Niederlage stets ein Teil der Forderungen der Demokratie erfüllt wurde. Der zweite, d. h. der Liberalismus, *verstand nicht* zu kämpfen, und er hat in der russischen Geschichte weiter nichts erreicht, als daß die Fronherren die Liberalen immer verächtlich behandelten – wie die Herren die Knechte.

Überprüfen wir diese allgemeinen Überlegungen und prinzipiellen Grundvoraussetzungen an Hand des kadettischen Agrarprogramms. Die „Prawda" erklärte den Kadetten, daß ihre undemokratische Einstellung durch die Reden des Kadetten Beresowski 2 zur Agrarfrage in der III. Duma bewiesen werde.*

Die kadettische „Retsch" antwortete in Nr. 208: „Die Rede von Beresowski 2 war bekanntlich eine Bestätigung des Programms der Kadetten zur Agrarfrage."

Seht, wie schlau diese Antwort ist! Wir erklärten, daß die Rede von Beresowski 1** ein Musterbeispiel *un*demokratischer Fragestellung ist. Die „Retsch" weiß sehr wohl, was nach unserer Auffassung das Merkmal des Liberalismus im Gegensatz zum Demokratismus ist. Aber sie denkt gar nicht daran, die Frage ernsthaft zu untersuchen, festzustellen, welche Unterscheidungsmerkmale zwischen Liberalismus und Demokratismus sie, die „Retsch", für richtig hält, und zu prüfen, ob diese Merkmale in der Rede von Beresowski 1 erkennbar sind. Nichts davon tut die „Retsch". Sie weicht der Frage aus und zeigt dadurch prinzipielle Schwäche und ein schlechtes Gewissen.

Die Verantwortlichkeit der *ganzen* Kadettenpartei für die Rede von Beresowski 1 aber wagte nicht einmal die „Retsch" zu leugnen. Sie gab diese Verantwortlichkeit zu, mußte sie zugeben, indem sie die Rede von Beresowski 1 als „Bestätigung des Programms der Kadetten zur Agrarfrage" bezeichnete.

Ausgezeichnet. So zitieren wir denn die wichtigsten Stellen aus dieser unstreitig und offiziell kadettischen Rede des Mitglieds der III. Duma A. J. Beresowski, eines Gutsbesitzers aus Simbirsk. Wir wollen, indem wir die Äußerungen des Redners analysieren, prüfen, ob er auf einem demo-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 235. *Die Red.*

** Sowohl die „Prawda" als auch die „Retsch" irrten, als sie von Beresowski 2 sprachen. Der Kadett ist Beresowski 1, Alexander Jeleasarowitsch, Gutsbesitzer aus Simbirsk.

kratischen oder einem liberalen Standpunkt steht. Und wir werden sehen, ob es den Herren Kadetten in ihrer umfangreichen Presse oder in Versammlungen gelingen wird, uns zu widerlegen.

„Meiner tiefen Überzeugung nach", sagte A. J. Beresowski im Oktober 1908 in der III. Duma (wir zitieren nach dem stenografischen Bericht der „Rossija"[73]), „ist dieser Entwurf" (der Agrarentwurf der Kadetten) „viel vorteilhafter auch für die Grundbesitzer" (und nicht nur für die Bauern), „und ich sage das, meine Herren, weil ich die Landwirtschaft kenne, weil ich mich mein Leben lang damit beschäftigt habe und selbst Land besitze. Für eine hochentwickelte Landwirtschaft wäre der Entwurf der Partei der Volksfreiheit zweifellos von größerem Nutzen als die jetzige Ordnung. Man darf nicht die nackte Tatsache der zwangsweisen Enteignung herausgreifen, sich darüber empören und sagen, das sei Gewalt, sondern man muß sehen und beurteilen, *worauf das hinausläuft, was in unserem Entwurf vorgeschlagen wird, und wie diese zwangsweise Enteignung durchgeführt wird* ..."

Wir haben diese dank ihrer seltenen Wahrhaftigkeit wirklich goldenen Worte des Herrn A. J. Beresowski hervorgehoben. Wer sich an die Reden und Artikel der bolschewistischen Marxisten gegen die Kadetten in der Zeit der I. Reichsduma erinnert oder sich die Mühe macht, diese Artikel jetzt zu lesen, der wird zugeben müssen, daß Herr A. J. Beresowski im Jahre 1908 glänzend die Bolschewiki von 1906 bestätigte. Und wir nehmen es auf uns, vorauszusagen, daß jede einigermaßen objektive Geschichtsschreibung *ihre* Politik dreifach bestätigen wird.

Wir sagten im Jahre 1906: Glaubt nicht dem *Klang* des Wortes „Zwangsenteignung". Die ganze Frage ist die, *wer wen* zwingen wird. Wenn die Gutsbesitzer die Bauern zwingen werden, für schlechten Boden den dreifachen Preis zu zahlen, nach dem Muster der berüchtigten Ablösung von 1861, dann wird eine solche „Zwangsenteignung" eine *gutsherrliche* Reform sein, vorteilhaft für die Gutsbesitzer und verheerend für die Bauern.*

Die Liberalen, die Kadetten, stellten die Frage der zwangsweisen Enteignung, indem sie zwischen den Gutsbesitzern und den Bauern, zwischen den Schwarzhundertern und der Demokratie *lavierten*. Im Jahre 1906 wandten sie sich an die Demokratie in dem Bestreben, ihre „Zwangsenteignung" für etwas Demokratisches auszugeben. Im Jahre 1908 wen-

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 418–421. *Die Red.*

den sie sich an die Erzreaktionäre der III. Reichsduma und erklären ihnen, daß man sehen müsse, „worauf das hinausläuft und wie diese zwangsweise Enteignung durchgeführt wird".

Hören wir uns den offiziellen Sprecher der Kadettenpartei an:

„Nehmen Sie den Entwurf der 42 Mitglieder der I. Reichsduma", sagte A. J. Beresowski, „er enthielt lediglich" (eben, Herr Beresowski!) „die Anerkennung der Notwendigkeit, in erster Linie jenen Boden zu enteignen, den seine Besitzer nicht selbst bestellen. Ferner unterstützte die Partei der Volksfreiheit die Bildung örtlicher Kommissionen, die binnen einer bestimmten Frist feststellen sollten, welche Ländereien zu enteignen sind und welche nicht und wieviel Boden die Bauern brauchen, um zufriedengestellt zu sein. Diese Kommissionen sollten zur Hälfte aus Bauern und zur anderen Hälfte aus Nicht-Bauern bestehen."

Herr A. J. Beresowski hat eine Kleinigkeit nicht gesagt. Jeder, der in dem Agrarentwurf Kutlers (des anerkannten Repräsentanten der Kadettenpartei in der Agrarfrage), veröffentlicht in Band II der von den Kadetten herausgegebenen „Agrarfrage", nachlesen will, wird feststellen, daß die Vorsitzenden der Kommissionen nach diesem Entwurf von der Regierung eingesetzt werden sollten, d. h. ebenfalls Vertreter der Gutsbesitzer gewesen wären.

Aber nehmen wir sogar an, A. J. Beresowski habe die Anschauungen der Kadetten präziser ausgedrückt als Kutler. Nehmen wir an, A. J. Beresowski habe *alles* ausgesprochen, und die Kadetten wären tatsächlich für Kommissionen, die *paritätisch* aus Bauern und „Nicht-Bauern" ohne Vertreter der Klassenregierung zusammengesetzt sind. Würde dann etwa irgend jemand behaupten wollen, daß ein solcher Entwurf demokratisch sei??

Demokratie ist Herrschaft der Mehrheit. Als demokratisch können nur allgemeine, direkte und gleiche Wahlen bezeichnet werden. Demokratisch sind nur solche Kommissionen, die von der *gesamten* Bevölkerung auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts gewählt worden sind. Das ergibt sich aus den allgemeinen, grundlegenden, elementaren Wahrheiten des Demokratismus so unbestreitbar, daß es sogar sonderbar anmutet, alles das den Herren Kadetten vorzukauen.

Auf dem Papier erkennen die Kadetten das allgemeine Wahlrecht an. *In der Praxis* erkennen sie in einer der wichtigsten Fragen der russischen

Befreiungsbewegung, der Agrarfrage, das allgemeine Wahlrecht *nicht* an! Keinerlei Ausflüchte und Vorbehalte schaffen diese Tatsache, die von erstrangiger Bedeutung ist, aus der Welt.

Aber man glaube nicht, daß das nur eine Abweichung der Kadetten vom Prinzip des allgemeinen Wahlrechts, vom Prinzip der Demokratie sei. Nein. Sie legen ein *anderes* Prinzip zugrunde, das Prinzip der *„Vereinbarung"* des Alten mit dem Neuen, des Gutsbesitzers mit dem Bauern, der Schwarzhunderter mit der Demokratie. Die eine Hälfte den einen und die andere Hälfte den anderen – das ist die Parole der Kadetten.

Und das eben ist ein typisches Prinzip der schwankenden liberal-monarchistischen Bourgeoisie. Sie will nicht die *Aufhebung* der Privilegien des Mittelalters, sondern ihre *Aufteilung* unter den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie. Kann man denn wirklich bestreiten, daß es *Erhaltung* und *Bestätigung* eines mittelalterlichen Privilegs bedeutet, wenn man den „Nicht-Bauern" (d. h. den Gutsbesitzern, um es geradeheraus zu sagen) die *Gleichheit* mit den Bauern, mit $^7/_{10}$ der Bevölkerung, einräumt? Worin denn sonst bestanden die mittelalterlichen Privilegien, wenn nicht darin, daß ein einziger Gutsbesitzer in der Politik ebensoviel zu sagen hatte wie Hunderte und Tausende Bauern?

Die *Gleichheit* der Gutsbesitzer und der Bauern ermöglicht objektiv keinen anderen Ausweg als die Aufteilung der Privilegien unter den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie. Gerade so war es im Jahre 1861: Die Gutsbesitzer gestanden $^1/_{1000}$ ihrer Privilegien der aufkommenden Bourgeoisie zu, während die Masse der Bauern für *ein halbes Jahrhundert* (1861 + 50 = 1911) zum Elend, zu Rechtlosigkeit, Erniedrigung, langsamem Hungertod, zur Leistung erpreßter Abgaben u. dgl. m. verurteilt wurde. Man darf außerdem nicht vergessen, daß die Gutsbesitzer, als sie 1861 der Bourgeoisie $^1/_{1000}$ ihrer politischen Privilegien zugestanden (die Semstwo-, die Städte-, die Gerichtsreform usw.), selbst begannen, sich ökonomisch in Bourgeois zu verwandeln, indem sie Branntweinbrennereien und Zuckerfabriken aufbauten, in die Vorstände von Aktiengesellschaften gingen usw.

Wir werden gleich sehen, welchen endgültigen Ausweg Herr A. J. Beresowski selber aus dieser „Gleichheit" zwischen der geringen Zahl von Gutsbesitzern und der riesigen Zahl von Bauern gewiesen hat. Zuvor aber müssen wir noch die ganze Bedeutung der Worte Beresowskis hervor-

heben, daß diese berüchtigten Kommissionen „feststellen" sollten, „welche Ländereien *zu enteignen sind* und *welche nicht* und wieviel Boden die Bauern *brauchen*, um zufriedengestellt zu sein".

Alles Gerede von verschiedenen „Normen" der Landzuteilung an die Bauern usw. – alles das sind dieselben leeren Worte, mit denen, nebenbei bemerkt, nicht selten unsere volkstümlerischen Intellektuellen, auch die am weitesten „links" stehenden nicht ausgenommen, sich und die Bauern betäuben. Von ernster Bedeutung ist nur *eine* Frage: werden alle Ländereien der Enteignung unterliegen oder nicht alle? und im letzteren Falle: *wer* wird bestimmen, *„welche nicht"*? (Ich spreche schon gar nicht davon, *wer* die Höhe der Loskaufzahlung bestimmen wird, denn die Ablösung der mittelalterlichen Privilegien selbst ist eine zwar bürgerlich-liberale, in ihrem Kern, in ihrer Grundlage aber absolut undemokratische, antidemokratische Sache.)

All die bis ins einzelne geprüften, beamtenmäßig ausgefeilten Paragraphen der kadettischen Agrarentwürfe sind leerer Formelkram. Ernst zu nehmen ist nur eine Frage: *wer* wird bestimmen, *welche* Ländereien *unter welchen Bedingungen* der Enteignung unterliegen? Ein noch so idealer Gesetzentwurf ist, wenn er diese Frage umgeht, bloße Scharlatanerie, nichts weiter.

Wie löst nun Herr Beresowski diese einzige ernsthafte Frage? Es ist doch klar, daß es bei einer Gleichheit zwischen Bauern und „Nicht-Bauern" in den meisten Fällen zu keiner Vereinbarung kommen wird – und über eine gütliche Vereinbarung der Fronherren mit den gestrigen Leibeigenen braucht man keine Gesetze zu schreiben. Zu einer *„gütlichen* Vereinbarung" mit ihnen sind die Fronherren auch ohne alle Gesetze immer bereit.

Herr Beresowski hat den Erzreaktionären der III. Reichsduma auf diese brennende Frage eine klare Antwort gegeben. Hören Sie weiter seine Rede:

„Dadurch hätte man natürlich in gemeinsamer konkreter Arbeit an den einzelnen Orten sowohl den Umfang des für die Enteignung *‚in Frage kommenden'* Bodens" (hört!) „als auch die Menge des für die Bauern notwendigen Bodens feststellen können" (notwendig wozu? zur Leistung der Abgaben? damit waren die Fronherren schon immer einverstanden!), „und letztlich würden sich auch die Bauern davon überzeugt haben, in welchem Maße ihren gerechten" (hm! hm! Gott bewahre uns vor der Herrschaft Liebe, der Herrschaft

Zorn und vor der „Gerechtigkeit der Gutsbesitzer") „Forderungen entsprochen werden kann. Dann hätte dieses ganze Material durch die Reichsduma und" (hört! hört!) „den Reichsrat seinen Weg genommen und nach Überarbeitung" (hm! hm!) „endgültige Sanktion erhalten" (d. h. Gesetzeskraft). „Das Resultat dieser planmäßigen Arbeit" (wahrlich, was könnte „planmäßiger" sein!) „wäre zweifellos eine wirkliche Befriedigung der tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, eine damit verbundene Beruhigung und die Erhaltung der hochentwickelten Wirtschaften, *deren Zerstörung ohne zwingende Notwendigkeit die Partei der Volksfreiheit niemals beabsichtigt hat.*"

So sprach der Vertreter der „Partei der Volksfreiheit", die man von Rechts wegen Partei zur Beruhigung der Gutsbesitzer nennen sollte.

Hier ist deutlich genug zu erkennen, daß die kadettische „Zwangsenteignung" *Zwang der Gutsbesitzer gegen die Bauern* bedeutet. Wer das leugnen wollte, der müßte beweisen, daß im Reichsrat die Bauern die Gutsbesitzer überwiegen! „Gleichheit" der Gutsbesitzer mit den Bauern zu Anfang, und am Schluß – wenn eine gütliche Vereinbarung nicht erfolgt ist – *„Überarbeitung"* des Entwurfs durch den Reichsrat.

„Eine Zerstörung der hochentwickelten Wirtschaften ohne zwingende Notwendigkeit hat die Partei der Volksfreiheit niemals beabsichtigt", erklärte der Herr Gutsbesitzer A. J. Beresowski, der sicherlich seine Wirtschaft für „hochentwickelt" hält. Wir aber fragen: *Wer* wird bestimmen, *wessen* Wirtschaft in welchen Teilen „hochentwickelt" ist und wo die „zwingende Notwendigkeit" beginnt? Die Antwort: Das werden zunächst die *paritätisch* aus Gutsbesitzern und Bauern zusammengesetzten Kommissionen bestimmen und dann der Reichsrat ...

Wie nun? Sind die Kadetten eine demokratische Partei oder eine konterrevolutionäre Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie? Sind sie eine Partei der „Volksfreiheit" oder eine Partei zur Beruhigung der Gutsbesitzer?

Die russische bürgerliche Demokratie, d. h. die Trudowiki und die Volkstümler aller Schattierungen, beging einen großen Fehler, als sie vom Übergang der Gutsbesitzerländereien an die Bauern die „Ausgleichung", die Verbreitung der „Arbeitsprinzipien" usw. erwartete, ein Fehler war auch, daß sie durch leeres Gerede über verschiedene „Normen" des Grundbesitzes die Frage verwischte, ob es einen mittelalterlichen Grundbesitz geben soll oder nicht, aber diese Demokratie half dem Neuen, das

Alte zu verdrängen, und sie fabrizierte nicht Entwürfe zur *Erhaltung* einer Reihe von Privilegien für das Alte.

Nein, zu leugnen, daß die Kadetten keine demokratische Partei, sondern eine konterrevolutionäre Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie sind, heißt geradezu, allgemein bekannte Tatsachen verhöhnen.

Abschließend wollen wir kurz eine Frage erörtern, die vielleicht manche naive Kadetten stellen könnten. Wenn die kadettische „Zwangsenteignung" Zwang der Gutsbesitzer gegen die Bauern bedeutete, warum hat dann die Mehrheit der Gutsbesitzer sie abgelehnt?

Die Antwort auf diese Frage gab, ohne es selbst zu wollen, Herr Miljukow in seiner Rede am 31. Oktober 1908 in der III. Reichsduma, in der er *als Historiker* sprach. Der *Historiker* Miljukow mußte zugeben, daß bis Ende 1905 sowohl die Staatsmacht als auch die *Gutsbesitzer* die Bauernschaft für eine *konservative Kraft* gehalten haben. In der Peterhofer Beratung vom 19. bis 26. Juli 1905 – diese Beratung bereitete die Bulyginsche Duma vor – waren die Säulen des künftigen Rates des vereinigten Adels, A. A. Bobrinski, Naryschkin usw., *dafür, in der Duma das Übergewicht den Bauern zu geben.* Witte stellte sich damals auf den Standpunkt, daß die Stütze der Selbstherrschaft *nicht* der Adel und *nicht* die Bourgeoisie sein soll (und sein kann), sondern die „bäuerliche Demokratie".*

„Meine Herren", sagte Herr Miljukow, „das ist eine interessante Situation, weil nämlich in diesem Augenblick die Regierung an die Zwangsenteignung denkt (Stimmen: Kutler). Ja, Kutler, meine Herren ... *Kutler hatte sich an die Ausarbeitung eines Entwurfs über die Zwangsenteignung gemacht.*

... Er hat gearbeitet, meine Herren: *die Arbeit dauerte*, ich weiß nicht, *einen oder zwei Monate – bis Ende 1905.* Sie wurde ungehindert fortgesetzt bis zu den bekannten Moskauer Ereignissen, nach denen sich die Stimmung spürbar änderte."

Am 4. Januar 1906 trat der Kongreß der Adelsmarschälle zusammen. Er lehnte Kutlers Entwurf, den er nur vom Hörensagen und auf Grund privater Mitteilungen kannte, ab. Der Kongreß nahm sein eigenes Agrar-

* Siehe den „Bericht der Fraktion der Volksfreiheit" über die 2. Sitzungsperiode der III. Reichsduma (St. Petersburg 1909), S. 43. Zu unserem Bedauern, zu unserem großen Bedauern, haben die Kadetten die Reden Beresowskis *nicht* nachgedruckt ...

programm an (das künftige „Stolypinsche"). Im Februar 1906 demissioniert Minister Kutler. Am 30. März 1906 wird das Kabinett Witte (mit dem „Bauern"programm) durch das Kabinett Gurko-Goremykin (mit dem „Stolypinschen", adlig-bürgerlichen Programm) abgelöst.

So sehen die Tatsachen aus, die der *Historiker* Miljukow zugeben mußte.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich eine klare Schlußfolgerung. Der „kadettische" Entwurf über die Zwangsenteignung war ein Entwurf des *Ministers* Kutler im Kabinett Witte, der von einer sich auf die Bauern stützenden Selbstherrschaft träumte! Als die Bauerndemokratie im Aufschwung begriffen war, suchte man sie, diese Demokratie, mit dem Entwurf über die „friedliche" Enteignung, die „Zwangsenteignung", die „zweite Befreiung" – mit dem Entwurf des bürokratischen „Zwangs der Gutsbesitzer gegen die Bauern" zu kaufen, zu korrumpieren, zu betrügen.

Das also sagen uns die historischen Tatsachen. Der kadettische Agrarentwurf ist das Projekt eines Ministers unter Witte, in Bauerncäsarismus zu „machen".

Die Bauerndemokratie hat die Hoffnungen nicht gerechtfertigt. Sie hat gezeigt – in der I. Reichsduma wohl noch klarer als im Jahre 1905 –, daß sie seit 1861 *Bewußtsein* erlangt hat. Bei einer *solchen* Bauernschaft wurde der Kutlerisch-kadettische Entwurf unsinnig: die Bauern würden sich nicht nur nicht auf alte Weise betrügen lassen, sondern würden sogar die kadettischen örtlichen Bodenkommissionen benutzen, um einen neuen Vorstoß zu organisieren.

Die Adelsmarschälle entschieden am 4. Januar 1906 richtig, daß die Vorlage der liberalen Gutsbesitzer (Kutler und Co.) eine hoffnungslose Sache ist, und verwarfen sie. Der Bürgerkrieg ist über die liberal-bürokratische Projektemacherei *hinausgewachsen*. Der Klassenkampf hat die Träumereien von einem „sozialen Frieden" hinweggefegt und die Frage in aller Schärfe gestellt: „Entweder nach Stolypinscher Art – oder nach trudowikischer Art".

„Newskaja Swesda" Nr. 22,
19. August 1912.
Unterschrift: W. Frey.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

EINE SCHLECHTE VERTEIDIGUNG

In Nummer 86 der „Prawda" vom 9. August haben wir in dem Artikel „Streikkampf und Arbeitslohn"* die Angaben unserer offiziellen Statistik über den durchschnittlichen Arbeitslohn der russischen Fabrikarbeiter im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts angeführt.

Es ergab sich, daß die Arbeiter durch den berühmten Streikkampf des Jahres 1905 eine Erhöhung ihres Arbeitslohns von 206 Rubel (im Jahresdurchschnitt pro Arbeiter) auf 238, das heißt um 32 Rubel oder um 15,5%, erreichten.

Unsere Schlußfolgerung gefiel der amtlichen Zeitung „Rossija" nicht. In der Nummer vom 15. August widmet sie ihren Leitartikel der ausführlichen Wiedergabe der von uns angeführten Daten (wobei sie die Zeitung, der diese Daten entnommen wurden, aus irgendeinem Grunde nicht genau bezeichnet) und versucht, unsere Schlußfolgerungen zu widerlegen.

„Daß der Arbeitslohn im Jahre 1906 einen entschiedenen Sprung nach oben gemacht hat, ist natürlich wahr", schreibt die „Rossija", „aber wahr ist auch, daß im Zusammenhang damit und zur selben Zeit auch alle Waren und Lebensmittel sofort im Preise stiegen ..." Und die „Rossija" bringt weiter ihre Berechnung, wonach der Arbeitslohn um 20% stieg, während sich die Steigerung der Lebenshaltungskosten auf 24% belief. Die Berechnung der „Rossija" ist in jeder Beziehung sehr falsch. In Wirklichkeit ist das Ansteigen des Arbeitslohns weniger groß, die Steigerung der Lebenshaltungskosten aber größer.

Doch wir wollen jetzt nicht die Fehler der „Rossija" korrigieren. Nehmen wir ihre Zahlen.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 247/248. *Die Red.*

„Sie sprechen durchaus nicht dafür", schreibt die „Rossija", „daß die Arbeiter etwas gewonnen haben. Und wenn man nach ihren häufigen Klagen über die schweren Zeiten urteilt, kann man sogar eher zu der umgekehrten Schlußfolgerung kommen: nämlich, daß sie kaum etwas gewonnen haben."

Sonderbare Überlegungen, die die „Rossija" da anstellt, nicht wahr? Wenn der Arbeitslohn weniger bedeutend stieg als die Preise für Lebensmittel, so ist also eine *noch bedeutendere* Erhöhung des Arbeitlohns notwendig! Ist dies denn nicht offensichtlich?

Auf welche Weise können die Arbeiter denn eine Erhöhung des Arbeitslohns erreichen, wenn nicht durch wirtschaftlichen Kampf und durch Streiks? Hat die „Rossija" je Kapitalisten gesehen, die bei einem Ansteigen der Lebensmittelpreise *von sich aus* den Arbeitern eine Erhöhung ihres Lohns angeboten hätten?

Die „Rossija" erkennt an, daß der Arbeitslohn im Jahre 1906 einen entschiedenen Sprung nach oben gemacht hat, d. h. dank dem ausgedehnten, mit beispielloser Hartnäckigkeit geführten Streikkampf der Massen. Die Preise für Lebensmittel aber begannen schon *vor 1905* zu steigen. Die Getreidepreise zum Beispiel sind in Rußland *seit 1903* nicht gefallen, sondern nur gestiegen. Die Preise für tierische Produkte sind seit 1901 nicht gefallen, sondern nur gestiegen.

Demnach haben die Arbeiter ausschließlich durch den Streikkampf erreicht, daß der Arbeitslohn nach dem Ansteigen der Preise für Brot und andere Produkte *ebenfalls* zu steigen begann. Wenn die Erhöhung des Arbeitslohns ungenügend ist – und dies gibt *sogar* die „Rossija" zu –, so ist notwendig, ihn weiter zu erhöhen.

„Prawda" Nr. 96,
21. August 1912.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE LIQUIDATOREN UND DIE „EINHEIT"[74]

Die in diesen Tagen erschienene siebente Nummer des „Newski Golos" kann man nicht anders als hysterisch nennen. Fast zwei Seiten der Zeitung enthalten statt einer Chronik des Arbeiterlebens gemeinstes Geschimpfe über die „Prawda" und die „Newskaja Swesda". Und das Kuriose ist, daß dieses Geschimpfe unter der Losung der „Einheit" der Arbeiterklasse, der „Einheit" der Wahlkampagne steht.

Meine Herren – antworten wir den Liquidatoren –, die Einheit der Arbeiterklasse ist ein hohes Prinzip. Aber es ist wirklich lächerlich, wenn ihr der Arbeiterklasse mit eurem Geschrei nach „Einheit" die Plattform und die Kandidaten der Gruppe liberaler liquidatorischer Intellektueller aufzwingen wollt.

Die „Prawda" hat an Hand *exakter* Zahlen nachgewiesen: „Das Liquidatorentum ist in der Arbeiterbewegung ein Nichts; stark ist es nur unter der liberalen Intelligenz" („Prawda" Nr. 80 vom 1. August 1912*). Jetzt schimpft der „Newski Golos" Nr. 7 vom 17. August über diese Artikel der „Prawda" und nennt sie „feuilletonistische", „Chlestakowsche"** usw. Artikel. Die einfache Tatsache jedoch, daß die „Prawda" in einem halben Jahr 504 Sammlungen von Arbeitergruppen für sich verbuchen kann, die Liquidatorenzeitungen aber nur ganze 15, versucht der „Newski Golos" gar nicht erst zu bestreiten.

Welche andere Schlußfolgerung aber kann man daraus ziehen als die, daß das Geschrei, der Lärm, das Geschimpfe und die Rufe nach Einheit, daß all das nur die absolute und endgültige Ohnmacht der Liquidatoren in der Arbeiterklasse verdecken soll?

* Siehe den vorliegenden Band, S. 184–188. *Die Red.*

** Chlestakow – Hauptgestalt in Gogols „Revisor". *Der Übers.*

Wie sehr uns der „Newski Golos" auch beschimpfen mag, wir werden die Arbeiter ruhig auf unwiderlegbare Tatsachen verweisen. Man sehe sich die Sammlungen an, die in Nr. 7 des „Newski Golos" angeführt sind und im Juli und August „zur materiellen Unterstützung der Zeitung" aufgebracht wurden (d. h. – geradezu gesagt – für die Neuherausgabe der Liquidatorenzeitung, die infolge mangelnder Unterstützung durch die Arbeitermassen eingegangen war). Der Bericht über diese Sammlungen weist 52 Beiträge mit einer Gesamtsumme von 827 Rbl. 11 Kop. aus. Davon sind nur zwei Gruppensammlungen: die eine von einer *„Moskauer Initiativgruppe"* – 35 Rbl., die andere von einer *„Gruppe von Freunden aus Paris"* – 8 Rbl. 54 Kop. Von den übrigen 50 Einzelbeiträgen haben 35 eine Summe von 708 Rbl. erbracht, das heißt, *im Durchschnitt kommen über 20 Rubel auf jeden Beitrag.*

Soviel auch der „Newski Golos" zürnen und schimpfen mag, Tatsachen bleiben Tatsachen. Daß die „Initiativgruppen" Liquidatorengruppen sind, die sich von der Partei der Arbeiterklasse abgespalten haben, ist allgemein bekannt. Das hat sogar Plechanow schon im April 1912 offen und unumwunden zugegeben.

Die Gruppe der *abgespaltenen* Liquidatoren hat mit Hilfe von Spenden bürgerlich-liberaler Intellektueller ihre Zeitung für den Kampf gegen die Arbeiterpresse wieder herausgeben können!! Und diese Gruppe schreit nach „Einheit". Wie soll man da nicht lachen!

„Prawda" Nr. 99,
24. August 1912.

Nach dem Text der „Prawda".

LEKTION ÜBER DIE „KADETTENFRESSEREI"

Die „Prawda" und die „Newskaja Swesda" haben den Herrschaften Blank, Korobka, Kuskowa und Co. im Zusammenhang mit ihren schmutzigen liberalen Ausfällen gegen die Arbeiterpresse eine harte, aber durchaus verdiente Abfuhr erteilt.

Mögen jedoch die Antworten an die „Herrschaften, die die Arbeiter boykottieren", noch so gut gewesen sein, übriggeblieben ist noch eine äußerst wichtige prinzipielle Frage, die einer Untersuchung bedarf. Die Herrschaften Blank und Kuskowa suchten sie mit ihren groben Lügen zu übergehen, zu verschleiern. Aber wir dürfen es nicht zulassen, daß prinzipielle Fragen vertuscht werden, wir müssen ihre ganze Bedeutung aufdecken und unter dem Haufen der von den Blank und Kuskowa besorgten Entstellungen, Verleumdungen und Beschimpfungen die Wurzeln der einen jeden klassenbewußten Arbeiter interessierenden Meinungsverschiedenheiten hervorholen.

Eine dieser Wurzeln kann man mit dem Wort „Kadettenfresserei" ausdrücken. Man höre sich die einsamen, aber beharrlichen Stimmen der Liquidatoren an, die Bemerkungen der Öffentlichkeit, die in parteilicher Hinsicht noch nicht endgültig Stellung bezogen hat – und man wird häufig, wenn nicht einen Vorwurf gegenüber der „Prawda" und der „Newskaja Swesda", so doch ein Kopfschütteln über ihre „Kadettenfresserei" finden.

Untersuchen wir also die prinzipielle Frage der „Kadettenfresserei".

Zwei Umstände erklären vor allem und in erster Linie das Auftauchen eines solchen Vorwurfs gegenüber der „Prawda": 1. das mangelnde Verständnis für das Wesen der Frage der „zwei bzw. drei Lager" in der Wahlkampagne und in der gegenwärtigen Politik schlechthin und 2. das

Außerachtlassen jener besonderen Bedingungen, die heute für die marxistische Presse, für die Zeitungen der Arbeiterdemokratie, bestehen.

Beginnen wir bei der ersten Frage.

Alle Liberalen stehen auf dem Boden der Theorie der zwei Lager, von denen das eine *für* die Verfassung und das andere *gegen* die Verfassung ist. Von Miljukow bis Isgojew, von Prokopowitsch bis M. M. Kowalewski stimmen alle darin überein. Und man darf nicht vergessen, daß die Theorie der zwei Lager zwangsläufig dem *Klassenwesen* unseres ganzen Liberalismus entspringt.

Worin besteht dieses Wesen vom ökonomischen Standpunkt aus gesehen? Darin, daß der Liberalismus eine Partei der Bourgeoisie ist, die die Bewegung der bäuerlichen Massen und noch mehr die Bewegung der Arbeiter fürchtet, denn diese Bewegung ist imstande (schon jetzt, in nächster Zukunft, ohne Änderung der ganzen kapitalistischen Ordnung), den Umfang und die Formen der *ökonomischen* Privilegien der Bourgeoisie *einzuschränken*. Ein ökonomisches Privileg der Bourgeoisie aber ist das Eigentum am Kapital, das in Rußland zwei- bis dreimal mehr Profit abwirft als in Westeuropa.

Will man diesen „russischen" Extraprofit aufrechterhalten, so darf man die Selbständigkeit des dritten Lagers nicht zulassen.

Die Bourgeoisie vermag zum Beispiel durchaus auch beim Achtstundentag zu herrschen. Ihre Herrschaft wäre dann sogar vollständiger, reiner, ausgedehnter, freier als beim Zehn- bzw. Elfstundentag. Aber die Dialektik des Klassenkampfes läßt die Bourgeoisie niemals ohne äußerste Notwendigkeit, ohne die letzte Notwendigkeit den ruhigen, zur Gewohnheit gewordenen, einträglichen (in Oblomowscher* Weise einträglichen) Zehnstundentag durch den Achtstundentag ersetzen.

Das vom Achtstundentag Gesagte gilt ebenso auch für die obere Kammer, für den gutsherrlichen Grundbesitz und vieles andere.

Die Bourgeoisie wird auf die altrussischen ruhigen, bequemen, einträglichen Ausbeutungsformen nicht verzichten, um sie durch *ausschließlich* europäische, *ausschließlich* demokratische zu ersetzen (denn die Demokratie ist – die hitzigen Helden von den „Sawety" mögen es mir nicht übelnehmen – *ebenfalls* eine Form der bürgerlichen Herrschaft), sie wird nicht verzichten, sagen wir, ohne die äußerste, die letzte Notwendigkeit.

* Oblomow – Titelheld eines Romans von I. A. Gontscharow. Der Übers.

Diese Notwendigkeit kann nur geschaffen werden durch die Bewegung der Massen, die ein gewisses System angenommen und eine gewisse Kraft erreicht hat. Und die Bourgeoisie, die ihre ökonomischen Interessen verteidigt, kämpft gegen diese Bewegung, *das heißt* gegen die Selbständigkeit des dritten Lagers.

Worin besteht das Klassenwesen des Liberalismus vom politischen Standpunkt aus gesehen? In der Furcht vor der Bewegung eben dieser sozialen Elemente, denn diese Bewegung ist imstande, die von der Bourgeoisie so geschätzten politischen Privilegien zu untergraben. Der Liberalismus fürchtet die Demokratie mehr als die Reaktion. Das haben die Jahre 1905, 1906 und 1907 bewiesen.

Will man die politischen Privilegien *in diesem oder jenem ihrer Teile* aufrechterhalten, so darf man die Selbständigkeit des dritten Lagers nicht zulassen, muß man die *ganze* Opposition in *der* und nur in der Position halten, die durch die Formel *für* oder *gegen* die Verfassung ausgedrückt wird.

Diese Formel drückt eine *ausschließlich* konstitutionelle Position aus. Sie *sprengt nicht* den Rahmen konstitutioneller Reformen. Das Wesen dieser Formel brachte Herr Gredeskul – der versehentlich ins Schwatzen geriet – ausgezeichnet und richtig in den Erklärungen zum Ausdruck, die die „Retsch" ohne jeden Vorbehalt wiedergab und die die „Prawda" vor kurzem zitiert hat.*

Das Wesen dieser Formel ist ganz und gar „wechistisch", denn mehr brauchen die „Wechi" ja auch nicht, etwas anderes haben sie eigentlich auch nicht gepredigt. Die „Wechi" sind keineswegs gegen die Verfassung, gegen konstitutionelle Reformen. Sie sind *„nur"* gegen die Demokratie mit ihrer Kritik an konstitutionellen Illusionen jeglicher Art.

Der russische Liberalismus erwies sich als genügend „gewiegter" Politikaster, um sich „demokratisch" zu nennen und so die Demokratie zu bekämpfen und ihre Selbständigkeit zu unterdrücken. Das ist die übliche und normale Handlungsweise jeder liberalen Bourgeoisie in allen kapitalistischen Ländern: mit dem Aushängeschild des Demokratismus die Massen täuschen, um ihnen die wirklich demokratische Theorie und die wirklich demokratische Praxis *abzugewöhnen.*

Die Erfahrungen aller Länder, darunter auch Rußlands, haben unwider-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 243/244. *Die Red.*

legbar gezeigt, daß nur eine solche Praxis eine wirkliche Vorwärtsbewegung zustande bringen kann, während der Liberalismus durch seine Furcht vor der Demokratie, durch seine wechistisch-Gredeskulschen Theorien unvermeidlich zur Ohnmacht verurteilt ist: zur Ohnmacht des russischen Liberalismus in den Jahren 1861–1904, des deutschen Liberalismus in den Jahren 1849–1912.

Das dritte Lager, das Lager der Demokratie, die die Beschränktheit des Liberalismus begreift und frei ist von seiner Unentschlossenheit und Kraftlosigkeit, von seinen Schwankungen und seinem ängstlichen Zurückblicken, dieses Lager kann nicht Gestalt annehmen, kann nicht bestehen ohne systematische, unablässige, tagtägliche Kritik am Liberalismus.

Schimpft man diese Kritik verächtlich oder feindselig „Kadettenfresserei", so vertritt man damit bewußt oder unbewußt gerade *liberale* Auffassungen. Denn in Wirklichkeit ist die *ganze* Kritik am Kadettismus *an sich*, allein schon durch die Fragestellung, Kritik an der Reaktion, Kritik an den Rechten. Unsere Polemik gegen die Liberalen, sagte die „Newskaja Swesda" (Nr. 12)* völlig richtig, *„geht mehr in die Tiefe, ist inhaltsreicher* als der Kampf gegen die Rechten".**

In Wirklichkeit kommt auf hundert liberale Zeitungen in Rußland kaum eine marxistische, so daß es einfach lächerlich ist, von einer „Übertreibung" unserer Kritik an den Kadetten zu sprechen. Wir tun noch nicht einmal den hundertsten Teil dessen, was nötig wäre, damit die in der Gesellschaft und im Volke herrschende „allgemein oppositionelle" Stimmung von einer antiliberalen, definitiv und bewußt demokratischen Stimmung abgelöst wird.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 114–116. *Die Red.*

** Die „Retsch" erwidert darauf: Wenn dem so ist, warum *zitieren* dann die Rechten wohlwollend die „Prawda" gegen die „Retsch"? Die „Retsch" begeht hier eine Fälschung: Gäben die Rechten der „Prawda" mehr *Freiheit* als der „Retsch", so wäre das ein ernstes Argument gegen die Sozialdemokraten. Aber jedermann weiß, daß sich die Sache gerade umgekehrt verhält. Freiheit hat unsere Presse hundertmal weniger als die „Retsch", Stabilität tausendmal weniger, „konstitutionellen" Schutz zehntausendmal weniger. Jeder, der lesen kann, begreift, daß die „Rossija" und das „Nowoje Wremja" die „Retsch" mit der „Prawda" *reizen* wollen, wobei sie die *„Prawda"* unterdrücken und die „Retsch" ankläffen und beschimpfen. Das aber sind „zwei ganz verschiedene Dinge".

Ohne eine solche „Ablösung" hat es in Rußland nichts Vernünftiges und Brauchbares gegeben und kann es nichts Vernünftiges und Brauchbares geben.

Wenn man uns der „Kadettenfresserei" beschuldigt oder geringschätzig über „Kadettenfresserei" spottet, so ist das nichts anderes als eine façon de parler*, eine bestimmte Art und Weise, liberale Auffassungen zu vertreten, und zwar, wenn man vor Arbeitern oder über die Arbeiter spricht, eben Auffassungen der liberalen Arbeiterpolitik.

Vom Standpunkt eines einigermaßen konsequenten und durchdachten Liquidatorentums sind die Beschuldigungen der „Kadettenfresserei" begreiflich und *notwendig*. Sie bringen gerade das Wesen des Liquidatorentums zum Ausdruck.

Man werfe einen Blick auf die Auffassungen der Liquidatoren in ihrer Gesamtheit, auf die innere Logik dieser Auffassungen, auf ihren Zusammenhang und die wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen Thesen: „Koalitionsfreiheit", das ist eine konstitutionelle Reform; zu den wirtschaftlichen Streiks kommt die „politische *Belebung*" hinzu, weiter nichts; eine weitreichende Wahlplattform wird für „Verrücktheit" erklärt; als Aufgabe wird der Kampf für die legale Existenz der *Partei* – d. h. wiederum als konstitutionelle Reform – formuliert; die Macht in Rußland wird für *schon* bürgerlich erklärt (Larin), die Handels- und Industriebourgeoisie wird zur bereits herrschenden Klasse erklärt; den Arbeitern wird gesagt, daß es „genüge", bei dem Widerspruch zwischen Absolutismus und Konstitutionalismus anzusetzen (Martow).

Im ganzen ist das eben *Reformismus*, ist das eben das System der Auffassungen der liberalen Arbeiterpolitik. Die Sache ändert sich keineswegs dadurch, daß Hans oder Peter, wenn sie diese Auffassungen verfechten (*in diesem oder jenem ihrer Teile* – denn das Liquidatorentum befindet sich im „Prozeß des Wachstums der immer größer werdenden Aufgaben"), sich *selbst* für Marxisten halten.

Es geht nicht um ihre guten Vorsätze (wer solche hat), sondern um die objektive Bedeutung ihrer Politik, d. h. darum, was sich aus ihr ergibt, *cui prodest*, wem sie nützt, welche Mühle in Wirklichkeit von diesem Wasser getrieben wird.

Das ist die Verteidigung der Arbeiterinteressen *auf einer Grundlage*,

* Ausdrucksweise. *Die Red.*

die durch den „Kampf" (oder den Zank?) der *Liberalen* mit den Rechten entsteht, nicht aber ein Kampf *um* die demokratische, antiliberale *Grundlage* zur Entmachtung der Rechten. Die Liquidatoren sind Anhänger der Arbeiter, das steht außer Zweifel. Aber sie *verstehen* die Interessen der Arbeiter so, daß sie diese Interessen *im Rahmen des* Rußlands vertreten, das aufzubauen die Liberalen versprechen, nicht aber des Rußlands, das die *Demokraten entgegen* den Liberalen gestern bauten und morgen bauen werden (in unsichtbarer Weise auch heute bauen).

Das ist der Kern der ganzen Frage. Das neue Rußland ist noch nicht da. Es ist noch nicht errichtet. Sollen sich die Arbeiter ein „Klassen"- (in Wirklichkeit zünftlerisches) Nestchen in dem Rußland, in einem solchen Rußland bauen, das die Miljukow und die Purischkewitsch errichten, oder sollen die Arbeiter *selbst*, auf eigene Art, ein neues Rußland ganz ohne die Purischkewitsch und entgegen den Miljukow errichten?

Dieses neue Rußland wird auf jeden Fall bürgerlich sein, aber zwischen der bürgerlichen (Agrar- und Nicht-Agrar-) Politik Stolypins und der *bürgerlichen* Politik Sun Yat-sens besteht ein beträchtlicher Unterschied.

Das ganze Wesen der gegenwärtigen Epoche in Rußland besteht in der Bestimmung des Umfangs dieses Unterschieds.

„Entgegen den Miljukow", sagten wir. Dieses „entgegen" ist eben die „Kadettenfresserei". Deshalb bleiben wir *prinzipiell „Kadettenfresser"*, werden wir es bleiben, ohne uns vor Worten zu fürchten, ohne auch nur eine Minute lang die besonderen Aufgaben der Arbeiterklasse **sowohl** gegenüber Miljukow **als auch** gegenüber den Sun Yat-sen zu vergessen.

Die Beschuldigung der „Kadettenfresserei" bringt lediglich den (ganz gleich ob bewußten oder unbewußten) Wunsch zum Ausdruck, daß die Arbeiter bei der Errichtung eines neuen Rußlands hinter den Miljukow einhertrotten, nicht aber entgegen den Miljukow an der Spitze unserer kleinen Sun Yat-sen marschieren mögen ...

Wir müssen noch einige Worte über den zweiten Umstand sagen, den die von „Kadettenfresserei" Sprechenden unbeachtet lassen.

Man sagt: Warum seine Auffassungen nicht *positiv* entwickeln? Wozu die übertriebene *Polemik*? Wer so spricht, denkt gleichsam folgendermaßen: Wir sind nicht gegen eine besondere, von der kadettischen völlig verschiedene Linie, wir sind nicht gegen die drei Lager, wir sind nur gegen

die „Ersetzung der Politik durch die Polemik", um ein treffendes Wort eines Freundes der Liquidatoren zu gebrauchen.

Denen, die so reden, zu antworten ist nicht schwer: Erstens kann man neue Auffassungen nicht anders als polemisch entwickeln (die marxistischen Auffassungen aber sind im Vergleich zu den liberalen neu sowohl in bezug auf die Zeit ihrer Entstehung als auch nach dem Ausmaß ihrer Verbreitung). Zweitens ist die Arena, in der die „Newskaja Swesda" und die „Prawda" wirken, die Arena der *ausschließlich theoretischen* marxistischen Propaganda. Irrig wäre die Annahme, diese Arena sei irgend etwas mehr: sie ist *nur* das theoretische „A b c ...", das Alphabet, der theoretische Anfang, der Wegweiser für die Arbeit, aber noch nicht die Arbeit selbst.

Die Marxisten sind kraft „höherer Gewalt" nicht in der Lage, in der genannten Arena ihre praktischen Schlußfolgerungen in „positiver" Form darzulegen. Die Bedeutung dieser Arena zu übertreiben, wäre daher ein *liquidatorischer* Fehler. Das Höchste, was hier möglich ist, das ist die Angabe der *Richtung*, und dabei *nur* in der Form der Kritik an den Kadetten.

Das „Nowoje Wremja" und die „Semschtschina"[75] wollen die Kadetten *reizen* und stellen die Sache so dar, als würden sie, die Kadetten, *gefressen*, und weiter nichts. Die „Retsch" gibt sich, aus sehr begreiflichen Gründen, *den Anschein*, als erkenne sie eine solche „Auslegung" an. Die Korobka und Kuskowa, die einen auf Grund äußersten Stumpfsinns, die anderen auf Grund äußerster „Kadettenliebedienerei", tun ebenfalls so.

Jeder politisch Kundige sieht jedoch ganz klar, daß die marxistische „Kadettenfresserei" entschieden in *jedem* Punkt der Kritik an den Kadetten in die *Richtung* einer **anderen** „Opposition" weist, wenn mir der Gebrauch dieses unpassenden Wortes erlaubt ist.

Wenn der Marxist den Kadetten „frißt" wegen der „frommen" Reden Karaulows, dann ist der Marxist nicht imstande, seinen positiven Standpunkt zu entwickeln. Aber jeder des Lesens und Schreibens Kundige versteht: Die Demokratie kann nicht Demokratie sein, wenn sie fromm ist.

Wenn der Marxist den Kadetten „frißt" wegen der Reden Gredeskuls, dann ist der Marxist nicht imstande, seinen positiven Standpunkt zu entwickeln. Aber jeder des Lesens und Schreibens Kundige versteht: Die Demokratie kann nicht Demokratie sein, wenn sie die Ansichten Gredeskuls teilt.

Wenn der Marxist ... aber wir würden überhaupt kein Ende finden, wenn wir auf diese Weise alle Fragen und Punkte unserer „Kadettenfresserei" durchnehmen wollten. Es genügen auch zwei Beispiele, um unsere These in bezug auf den *zweiten* Umstand ganz klar darzulegen: *Die Beschuldigung der Kadettenfresserei ist eine Ausdrucksform* jenes *spießbürgerlichen, schädlichen, schlimmen Vorurteils, die bekannte Arena sei eine hinlängliche Arena.*

Wir werden unter anderem gerade deshalb „Kadettenfresser" bleiben, um dieses schädliche Vorurteil zu bekämpfen.

„Newskaja Swesda" Nr. 23,
26. August 1912.
Unterschrift: K. S – i.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

DIE ARBEITER UND DIE „PRAWDA"

Die „Prawda" hat bereits einige Ergebnisse der Arbeit eines halben Jahres untersucht.

Diese Ergebnisse haben vor allem und in erster Linie gezeigt: *Nur* die Anstrengungen der Arbeiter selbst, *nur* der gewaltige Aufschwung ihres Enthusiasmus, ihrer Entschlossenheit und Beharrlichkeit im Kampf konnten die Petersburger Arbeiterzeitung „Prawda" hervorbringen, und zwar *nur* nach der April-Mai-Bewegung.

In ihrer Untersuchung hat sich die „Prawda" zunächst auf Angaben über Beiträge von Arbeitergruppen für die Arbeitertageszeitung beschränkt. Diese Angaben offenbaren uns nur einen *geringen Teil* der Unterstützung durch die Arbeiter, sie lassen nicht unmittelbar die viel wertvollere und viel schwierigere Unterstützung erkennen: die moralische Unterstützung, die Unterstützung durch persönliche Mitwirkung, die Unterstützung der Richtung der Zeitung, die Unterstützung durch Materialien, durch Diskussion, durch Verbreitung usw.

Aber auch die begrenzten Angaben, die der „Prawda" zur Verfügung standen, zeigten eine sehr eindrucksvolle Anzahl von Arbeitergruppen, die mit ihr *direkt* Verbindung aufgenommen haben. Werfen wir einen Blick auf die allgemeinen Ergebnisse:

Zahl der Beiträge von Arbeitergruppen für die „Prawda"

Im Januar	1912	14
„ Februar	1912	18
„ März	1912	76
„ April	1912	227
„ Mai	1912	135
„ Juni	1912	34
„ Juli	1912	26
„ August (bis zum 19. Aug.)	1912	21
	Insgesamt	551

Also haben insgesamt *fünfhunderteinundfünfzig* Arbeitergruppen die „Prawda" durch ihre Beiträge unterstützt.

Es wäre interessant, die Ergebnisse einer ganzen Reihe anderer Sammlungen und Beiträge der Arbeiter festzustellen. In der „Prawda" haben wir ständig Berichte über Spenden zur Unterstützung dieses oder jenes Streiks gelesen. Wir haben Berichte gelesen über Sammlungen für die „Verfolgten", für die „Lena-Opfer", für einzelne „Prawda"-Redakteure, über Sammlungen für die Wahlkampagne, zur Unterstützung der von der Hungersnot Betroffenen usw. usf.

Angesichts der Mannigfaltigkeit dieser Sammlungen ist es hier weitaus schwieriger, die Ergebnisse festzustellen, und wir können noch nicht sagen, ob eine statistische Berechnung ein befriedigendes Bild zu vermitteln vermag. Aber auf jeden Fall ist es offensichtlich, daß diese mannigfaltigen Sammlungen einen sehr bedeutenden Teil des *Arbeiterlebens* ausmachen.

Wenn die Leser der „Prawda" die Berichte über die Arbeitersammlungen *in Verbindung* mit den Briefen von Arbeitern und Angestellten aus allen Ecken und Enden Rußlands durchsehen, dann erhalten sie, die auf Grund der schweren äußeren Lebensbedingungen in Rußland größtenteils voneinander getrennt und isoliert sind, eine *gewisse* Vorstellung davon, wie die Proletarier dieses oder jenes Berufes, dieser oder jener Gegend kämpfen, wie sie darangehen, die Interessen der Arbeiterdemokratie zu verteidigen.

Die Chronik des Arbeiterlebens in der „Prawda" *beginnt* sich erst zu entwickeln und festen Fuß zu fassen. Von nun an wird die Arbeiterzeitung zweifellos neben Mitteilungen über Mißstände in den Fabriken, über das Erwachen einer neuen proletarischen Schicht, über Sammlungen für diesen oder jenen Zweig der Arbeitersache auch Mitteilungen über die Ansichten und Stimmungen der Arbeiter, über die Wahlkampagne, über die Wahl von Arbeiterbevollmächtigten, über das, was die Arbeiter lesen, was sie besonders interessiert usw., erhalten.

Die Arbeiterzeitung ist eine Tribüne der Arbeiter. Vor ganz Rußland muß hier Frage für Frage des Arbeiterlebens im allgemeinen und der Arbeiterdemokratie im besondern aufgeworfen werden. Die Arbeiter von Petersburg haben den Anfang gemacht. Ihrer Energie verdankt das Proletariat Rußlands die erste Arbeitertageszeitung nach den schweren, bösen Jahren. Laßt uns ihr Werk fortsetzen, indem wir die Arbeiterzeitung der

Hauptstadt einträchtig unterstützen und entwickeln – diese erste Schwalbe jenes Frühlings, da sich ganz Rußland mit einem Netz von Arbeiterorganisationen, die über Arbeiterzeitungen verfügen, überziehen wird.

Dieses Rußland zu errichten, *steht* uns Arbeitern noch *bevor*, und wir *werden es errichten.*

„Prawda" Nr. 103,
29. August 1912.
Unterschrift: S t.

Nach dem Text der „Prawda".

EINST UND JETZT

Vor achtzehn Jahren, im Jahre 1894, war die Arbeiterbewegung in Petersburg in ihrer neuesten, die Massen ergreifenden und von der marxistischen Lehre erhellten Form gerade eben erst im Entstehen begriffen.

Die siebziger Jahre hatten nur eine ganz winzige Oberschicht der Arbeiterklasse erfaßt. Ihre Vorkämpfer erwiesen sich schon damals als große Persönlichkeiten der Arbeiterdemokratie, aber die Masse schlief noch. Erst zu Anfang der neunziger Jahre begann *ihr* Erwachen und setzte zugleich eine neue und ruhmvollere Periode in der Geschichte der gesamten russischen Demokratie ein.

Leider müssen wir uns hier, in unserer kleinen Parallele, auf nur eine Seite, eine der Erscheinungsformen der Arbeiterbewegung beschränken: auf den wirtschaftlichen Kampf und die wirtschaftlichen „Enthüllungen".

Damals, im Jahre 1894, erörterten ganz wenige Zirkel fortgeschrittener Arbeiter eifrig, wie man Enthüllungen aus dem Fabrikleben organisieren könne. Ein gewichtiges Wort, von den Arbeitern selber an ihre Kollegen gerichtet, das aufgezeigt hätte, in welch unerhörter Weise das Kapital seine Macht mißbraucht, war damals eine große Seltenheit. An die Möglichkeit, über solche Dinge offen zu sprechen, war nicht einmal zu denken.

Aber ungeachtet aller Schwierigkeiten und trotz aller Hemmnisse drangen die für die Arbeiter bestimmten Enthüllungen aus dem Fabrikleben in die erwachende Arbeitermasse. Der Streikkampf nahm zu, unaufhaltsam entwickelte sich die *Verbindung* zwischen dem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse und den anderen, höheren Kampfformen. Die Vorhut der Demokratie Rußlands war im Erwachen begriffen – und *zehn* Jahre später zeigte sie ihre ganze Größe. Nur dieser Kraft verdankt Rußland, daß die alte Hülle gesprengt wurde.

Für den, der sich an die ersten Enthüllungen aus dem Fabrikleben erinnert, mit denen sich die fortgeschrittensten Petersburger Arbeiter im Jahre 1894 an die Massen wandten, ist es höchst interessant und lehrreich, sie mit denen der „Prawda" zu vergleichen. Dieser kleine Vergleich, angestellt in bezug auf eine der Erscheinungsformen des Arbeiterkampfes, zeigt anschaulich, wie sehr sein *ganzes* Ausmaß, seine Breite, Tiefe, Stärke usw. zugenommen haben.

Damals – ganze fünf, sechs Enthüllungen aus dem Fabrikleben, die von den Arbeitern heimlich in einigen Dutzend Flugblättern verbreitet wurden.

Heute – Zehntausende von Exemplaren der täglich erscheinenden „Prawda", die immer mehrere Enthüllungen aus den verschiedensten Berufszweigen bringt.

Damals – ganze fünf, sechs sogenannte „Zirkel", die, natürlich im geheimen, unter Mitwirkung des einen oder anderen marxistischen Intellektuellen über die Zustände in der Fabrik diskutierten und festlegten, was „publiziert" werden sollte.

Heute – Hunderte und Tausende spontan entstehender Arbeitergruppen, die über ihre brennenden Nöte diskutieren und ihre Briefe, ihre Enthüllungen, ihre Aufrufe zum Widerstand und zur Vereinigung selbständig der „Prawda" zuleiten.

Nur achtzehn Jahre – und vom ersten Lichtschimmer, von den ersten schüchternen Anfängen haben die Arbeiter den Schritt zu einer *Massen*bewegung in der exaktesten Bedeutung dieses Wortes getan.

Leider müssen wir uns *ausschließlich* auf die Parallelen der Enthüllungen aus dem Fabrikleben beschränken. Aber auch sie zeigen uns, wie groß der zurückgelegte Weg ist und wohin er führt.

Achtzehn Jahre sind ein kurzer Zeitraum in der Geschichte einer ganzen Klasse, die die große welthistorische Aufgabe hat, die Menschheit zu befreien.

Ein großes Stück dieses Weges ist im Dunkeln zurückgelegt worden. Jetzt ist die Richtung klar. – Kühner und einmütiger vorwärts!

„Prawda" Nr. 104,
30. August 1912.

Nach dem Text der „Prawda".

DER INTERNATIONALE RICHTERTAG

In Wien tagt gegenwärtig der erste internationale Richtertag sowie der 31. Deutsche Juristentag.

In den Reden der würdevollen Delegierten herrscht ein überaus reaktionärer Geist vor. Die Herren bürgerlichen Juristen und Richter proklamierten den Feldzug gegen die Teilnahme des Volkes an der Rechtsprechung.

Zwei Hauptformen einer solchen Teilnahme sind in den modernen Staaten gebräuchlich: 1. das Geschworenengericht, bei dem die Geschworenen nur die Schuldfrage entscheiden; die Kronrichter allein setzen das Urteil fest und leiten den Prozeß; 2. das Schöffengericht, bei dem die Schöffen ähnlich unseren „Ständevertretern" auf gleicher Grundlage wie die Kronrichter an der Entscheidung *aller* Fragen teilnehmen.

Und die „aufgeklärten" Richter der konstitutionellen Staaten halten donnernde Reden gegen jegliche Teilnahme von Volksvertretern an der Rechtsprechung. Einer der Delegierten, Elsner, wetterte gegen das Geschworenen- und Schöffengericht, das angeblich zur „Gesetzesanarchie" führe, und verfocht statt dessen die *Unabsetzbarkeit* der Richter.

Wir bemerken dazu, daß hier eine liberale Forderung an die Stelle einer demokratischen gesetzt wird, um das völlige Abgehen vom Demokratismus zu tarnen. Die Teilnahme von Volksvertretern am Gericht ist zweifellos ein demokratisches Prinzip. Die konsequente Anwendung dieses Prinzips besteht erstens darin, daß es für die Wahl der Geschworenen keinen *Zensus* gibt, d. h. keine Einschränkung des Wahlrechts durch eine Bildungsklausel, Eigentumsklausel, Ansässigkeitsklausel usw.

Unter den Geschworenen ist gegenwärtig, infolge des Ausschlusses der

Arbeiter, das reaktionäre Spießbürgertum ganz besonders stark vertreten. Die Arznei gegen dieses Übel muß in der Entwicklung des Demokratismus bis zu seiner konsequenten und uneingeschränkten Form bestehen, keineswegs aber in niederträchtiger Lossagung vom Demokratismus. Bekanntlich wird in allen zivilisierten Ländern als zweite Vorbedingung für einen konsequenten Demokratismus in der Gerichtsverfassung die Wählbarkeit der Richter durch das Volk angesehen.

Die Unabsetzbarkeit der Richter aber, von der die liberalen Bourgeois im allgemeinen und unsere russischen im besonderen so viel Aufhebens machen, ist nur eine *Aufteilung* der Privilegien des Mittelalters zwischen den Purischkewitsch und den Miljukow, zwischen den Fronherren und der Bourgeoisie. In *Wirklichkeit* kann man die Unabsetzbarkeit in vollem Umfang nicht durchführen, und es ist überhaupt unsinnig, sie in bezug auf untaugliche, unzuverlässige und schlechte Richter zu verteidigen. Im Mittelalter lag die Einsetzung der Richter ausschließlich in den Händen der Feudalherren und des Absolutismus. Die Bourgeoisie, die jetzt breiten Zugang zu den Kreisen der Richter erhalten hat, *verteidigt sich* gegen die Feudalherren mit Hilfe des „Prinzips der Unabsetzbarkeit" (denn die ernannten Richter werden, da die meisten „gebildeten Richter" zur Bourgeoisie gehören, in ihrer Mehrheit unvermeidlich aus der Bourgeoisie stammen). Die Bourgeoisie, die sich so *gegen die Feudalherren* verteidigt, schützt sich gleichzeitig *vor der Demokratie*, wenn sie die Einsetzbarkeit der Richter verteidigt.

Es ist weiterhin interessant, folgende Stellen aus der Rede eines Dr. Ginsberg, eines Richters aus Dresden, zu vermerken. Er hatte es übernommen, über die *Klassenjustiz* zu sprechen, d. h. über die Erscheinungsformen der Klassenunterdrückung und des Klassenkampfes in der modernen Rechtsprechung.

„Wer aber glaubt", ruft Dr. Ginsberg aus, „daß durch die Beteiligung der Laien die Klassenjustiz beseitigt wird, der ist in einem großen Irrtum."

Ganz recht, Herr Richter! Die Demokratie beseitigt den Klassenkampf überhaupt nicht, sondern macht ihn nur bewußt, frei, offen. Aber das ist kein Argument gegen die Demokratie. Das ist ein Argument für ihre konsequente Weiterentwicklung.

„Es existiert gewiß eine Klassenjustiz", fuhr der Richter aus Sachsen fort (und die sächsischen Richter haben sich in Deutschland durch brutale Urteile

gegen die Arbeiter traurigen Ruhm erworben), „aber nicht in dem Sinne der Sozialdemokraten, im Sinne einer Bevorzugung der Reichen zuungunsten der Armen; vielmehr eine Klassenjustiz nach entgegengesetzter Seite. Ich hatte einen Schöffen neben mir sitzen, der ein ausgesprochener Sozialdemokrat war, und der andre war beinahe einer. Ein Streikender hatte einen Streikbrecher verprügelt" („einen Arbeitswilligen", sagte der sächsische Herr Richter wörtlich), „an der Gurgel gepackt und ihm zugerufen: ‚Verfluchte Kanaille, jetzt haben wir dich!'

Darauf setzt es regelmäßig bei uns 4 bis 6 Wochen Gefängnis, und das ist nicht zuwenig für eine derartige Roheit. Ich hatte in diesem Fall meine große Not, eine Freisprechung des Streikenden zu hintertreiben. Der sozialdemokratische Schöffe sagte mir, ich verstünde die Leute nicht. Ich erwiderte, ich könnte mich sehr wohl in die Lage des Verprügelten hineindenken ..."

Die deutschen Zeitungen, die den Wortlaut der Rede des Richters Ginsberg bringen, bemerken an dieser Stelle *„Heiterkeit"*. Die Herren Juristen und Herren Richter haben gelacht. Zugegeben, wenn wir diesen sächsischen Richter gehört hätten, hätten wir auch aus vollem Halse gelacht.

Die Lehre vom Klassenkampf – das ist eine Sache, bei der man noch versteht, daß es Anstrengungen erfordert, gegen sie auf Gelehrtenart (auf angebliche Gelehrtenart) zu streiten. Aber man braucht nur die Frage praktisch zu nehmen, die alltäglichen Erscheinungen des Lebens zu betrachten und – siehe da! – der wütendste Gegner dieser Lehre kann sich als ein ebenso begabter Propagandist des Klassenkampfes erweisen wie der sächsische Herr Richter Ginsberg.

„Prawda" Nr. 104,
30. August 1912.
Unterschrift: J. W.

Nach dem Text der „Prawda".

IN DER SCHWEIZ

In der „Prawda" Nr. 63 vom 12. Juli* berichteten wir unseren Lesern von dem Generalstreik in Zürich am 29. Juni (12. Juli n. St.). Erinnern wir uns, daß der Streik *gegen* den Willen der Führer der politischen Organisationen beschlossen worden war. Die Versammlung der 425 Vertreter aller Arbeiterorganisationen von Zürich, die sich für den Streik ausgesprochen hatte, quittierte die Erklärung der Buchdrucker, die gegen den Streik waren, mit „Pfui!"-Rufen.

Jetzt sind in der Presse Materialien erschienen, die diesen Opportunismus entlarven.

Es stellt sich heraus, daß die politischen Führer der schweizerischen Arbeiter in ihrem Opportunismus bis zu direktem *Verrat an der Partei* gegangen sind. Mit eben diesen scharfen, aber zutreffenden Worten kennzeichnen die besten Organe der schweizerischen und der deutschen Arbeiterpresse das Verhalten der Sozialdemokraten im Züricher Magistrat (Stadtrat). Der Züricher Stadtrat hatte, *im Interesse der Kapitalisten*, Streikposten verboten (woraufhin die Arbeiter beschlossen hatten, mit einem vierundzwanzigstündigen Generalstreik zu protestieren).

Der Magistrat von Zürich besteht aus neun Mitgliedern, von ihnen sind vier Sozialdemokraten: Erismann, Pflüger, Vogelsanger und Klöti.

Und jetzt wird bekannt, daß das Streikpostenverbot vom Stadtrat *einstimmig* angenommen worden war, daß also Erismann und seine drei sozialdemokratischen Kollegen *dafür* gestimmt haben!!! Der Regierungsrat des Kantons Zürich hatte vom Stadtrat das Verbot von Streikposten

* Siehe den vorliegenden Band, S. 149–151. *Die Red.*

überhaupt verlangt, und die vier neunmalweisen Gründlinge*, ich meine die Züricher Sozialdemokraten, stellten den *„Vermittlungs*antrag", die Streikposten nur in der Umgebung der zwei bestreikten Schlossereien zu verbieten.

Natürlich war ein solches partielles Streikpostenverbot in der Praxis gerade das, was die Bourgeoisie gewollt hatte, und der Vorschlag der „Sozialdemokraten" (?!) wurde von der bürgerlichen Mehrheit des Stadtrats angenommen!

Mehr noch. Vor kurzem veröffentlichte der Stadtrat von Zürich einen Bericht über die mit dem Generalstreik in Zusammenhang stehenden Ereignisse. Die Kapitalisten verfügten, um sich für den Streik zu rächen, eine dreitägige Aussperrung. Der Stadtrat von Zürich beschloß *einstimmig*, also auch mit den Stimmen *aller* seiner *vier* sozialdemokratischen Mitglieder, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung die Polizeikräfte durch den *Einsatz von Militär* zu verstärken.

Aber auch das ist noch nicht alles. Rachedürstend beschloß der bürgerliche Stadtrat von Zürich die Maßregelung einer Reihe von Angestellten und Arbeitern städtischer Unternehmungen, die am Streik teilgenommen hatten. 13 Arbeiter wurden entlassen, gegen 116 Disziplinarstrafen verhängt (Rückversetzung, Lohnabzug). Diese Beschlüsse faßte der Stadtrat ebenfalls *einstimmig*, mit den Stimmen Erismanns und von zwei seiner Kollegen.

Anders als Verrat an der Partei kann das Verhalten von Erismann und Co. nicht genannt werden.

Man braucht sich nicht zu wundern, daß die Anarchosyndikalisten in der Schweiz gewissen Erfolg haben, wenn sie vor den Arbeitern eine sozialistische Partei kritisieren müssen, die in ihren Reihen solche opportunistischen Verräter duldet. Der Verrat von Erismann und Co. ist gerade deshalb von großer internationaler Bedeutung, weil er uns *veranschaulicht, woher* und *auf welche Weise* der Arbeiterbewegung die Gefahr *innerer* Zersetzung droht.

Erismann und Co. sind keineswegs gewöhnliche Überläufer in das Lager des Feindes, sie sind einfach friedliche Spießer, Opportunisten, die sich an den parlamentarischen „Kleinkram" gewöhnt haben und mit konsti-

* „Der neunmalweise Gründling" – Titel eines Märchens des Satirikers M. J. Saltykow-Schtschedrin. *Der Übers.*

tutionell-demokratischen Illusionen belastet sind. Als sich der Klassenkampf jäh zuspitzte, zerstoben mit einem Schlage die Illusionen von einer konstitutionellen „Ordnung" und einer „demokratischen Republik", gerieten unsere Spießer im Amte sozialdemokratischer Magistratsmitglieder in Verwirrung und glitten in den Sumpf ab.

Die klassenbewußten Arbeiter können an diesem traurigen Beispiel sehen, wohin die Verbreitung des Opportunismus in der Arbeiterpartei führen *muß*.

„Prawda" Nr. 105,
31. August 1912.
Unterschrift: P. P.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE GEISTLICHKEIT UND DIE POLITIK

Bekanntlich macht man gegenwärtig verzweifelte Anstrengungen mit dem Ziel, die gesamte Geistlichkeit für die Wahlen zur IV. Reichsduma zu *mobilisieren* und zu einer in sich geschlossenen Kraft der Schwarzhunderter zu organisieren.

Höchst lehrreich ist es zu sehen, daß die *gesamte* russische Bourgeoisie, die regierungstreue, oktobristische wie auch die oppositionelle, kadettische, gleichermaßen eifrig und beunruhigt diese Pläne der Regierung entlarvt und sie verurteilt.

Der russische Kaufmann und der russische liberale (richtiger wohl: liberalisierende) Gutsbesitzer fürchten eine Stärkung der nicht rechenschaftspflichtigen Regierung, die die Stimmen folgsamer Geistlicher „sammeln" möchte. Selbstverständlich steht die Demokratie in diesem Punkt noch viel entschiedener als der Liberalismus in Opposition (drückt man sich gelinde und ungenau aus).

Wir haben schon in der „Prawda" darauf hingewiesen, daß die Liberalen in der Frage der Geistlichkeit einen undemokratischen Standpunkt einnehmen, daß sie die erzreaktionäre Theorie der „Nichteinmischung" der Geistlichkeit in die Politik entweder direkt verfechten oder aber sich mit dieser Theorie abfinden.*

Der Demokrat ist unbedingt gegen die geringste *Verfälschung* des Wahlrechts und der Wahlen, aber er ist unbedingt *für* die direkte und offene Einbeziehung der breitesten Massen der Geistlichkeit jeder Kategorie in die Politik. Die Nichtteilnahme der Geistlichkeit am politischen Kampf ist eine äußerst schädliche Heuchelei. In Wirklichkeit hat die Geistlichkeit *stets*

* Siehe den vorliegenden Band, S. 216/217. *Die Red.*

versteckt an der Politik teilgenommen, und das Volk wird nur Nutzen davon haben, wenn die Geistlichkeit zu einer offenen Politik übergeht.

Von besonderem Interesse in dieser Frage ist der kürzlich in der „Retsch" erschienene Artikel des altgläubigen Bischofs Michail. Die Ansichten dieses Schreibers sind sehr naiv: er glaubt zum Beispiel, daß „der Klerikalismus uns (Rußland) unbekannt" ist, daß vor der Revolution ihre (der Geistlichkeit) Sache nur auf das Jenseitige gerichtet war usw.

Aufschlußreich ist jedoch, wie dieser sichtlich gut informierte Mann die Geschehnisse faktisch einschätzt.

„Daß ein Triumph der Wahlen nicht ein Triumph des Klerikalismus sein wird", schreibt Bischof Michail, „scheint mir unbestreitbar. Die, wenn auch künstlich, vereinigte, zugleich natürlich wegen dieses willkürlichen Umgangs mit ihren Stimmen und ihrem Gewissen beleidigte Geistlichkeit wird sich mitten zwischen zwei Kräfte gestellt sehen ... Und daher die notwendige Wende, die Krisis, die Rückkehr zu dem natürlichen Bündnis mit dem Volk. Gelänge es der klerikalen und reaktionären Strömung ... zu erstarken und selbständig auszureifen, so würde es vielleicht auch anders sein. Jetzt, wo die Geistlichkeit, noch mit den Resten früherer Verwirrung belastet, aus der Ruhe gerissen ist, wird sie ihren geschichtlichen Weg fortsetzen. Und der Demokratismus der Geistlichkeit ist die notwendige und letzte Etappe dieses geschichtlichen Weges, die mit dem Kampf der Geistlichkeit für sich selbst verbunden sein wird."

In Wirklichkeit kann nicht von einer „Rückkehr zu dem natürlichen Bündnis" die Rede sein, wie der Verfasser naiv glaubt, sondern nur von einer Aufteilung unter die kämpfenden Klassen. Die Klarheit, Breite und Bewußtheit einer solchen Aufteilung würde von der Einbeziehung der Geistlichkeit in die Politik sicherlich gewinnen.

Der Umstand aber, daß informierte Beobachter das Vorhandensein, die Wirksamkeit und die Kraft der „Reste früherer Verwirrung" sogar in einer solchen sozialen Schicht Rußlands wie der Geistlichkeit zugeben, ist sehr beachtenswert.

„Prawda" Nr. 106,
1. September 1912.
Unterschrift: J. W.

Nach dem Text der „Prawda".

NOCH EIN FELDZUG GEGEN DIE DEMOKRATIE

Der unrühmlich bekannte Sammelband „Wechi", der riesigen Erfolg unter der ganz und gar von Renegatentum erfüllten bürgerlich-liberalen Gesellschaft gehabt hat, ist im Lager der Demokratie auf ungenügenden Widerstand gestoßen und nicht genügend gründlich eingeschätzt worden.

Teilweise erklärt sich das daraus, daß die Erfolge der „Wechi" in eine Zeit fielen, da die „legale" Presse der Demokratie fast völlig unterdrückt war.

Jetzt tritt Herr Schtschepetew in der „Russkaja Mysl"[76] (August) mit einer Neuauflage der „Wechiade" an die Öffentlichkeit. Das ist ganz natürlich bei einem Organ der „Wechi"-Leute, das von dem Anführer der Renegaten, Herrn P. B. Struve, redigiert wird. Aber ebenso natürlich wird es sein, wenn die Demokratie, besonders die Arbeiterdemokratie, jetzt wenigstens etwas von dem aufholt, was sie den „Wechi"-Leuten schuldig geblieben ist.

I

Herr Schtschepetew wählt für sein Auftreten die Form eines bescheidenen „Briefes aus Frankreich" – *über die Russen in Paris*. Aber hinter dieser bescheidenen Form verbirgt sich in Wirklichkeit eine sehr bestimmte „Beurteilung" der russischen Revolution von 1905 und der russischen Demokratie.

„Alle erinnern sich noch", schreibt der „Wechi"-Mann, „dieses beängstigenden" (sieh einer an! *für wen* beängstigend, hochverehrter Herr Liberaler?), „unruhigen und von Anfang bis zu Ende verworrenen Jahres 1905 . . ."

„Unruhig und von Anfang bis zu Ende verworren"! Wieviel Schmutz

und Morast muß in der Seele eines Menschen sein, der es fertigbringt, solche Worte zu schreiben. Die deutschen Gegner der Revolution von 1848 nannten dieses Jahr das „tolle" Jahr. Den gleichen Gedanken oder richtiger, die gleiche stumpfsinnige, niederträchtige Angst bringt der russische Kadett von der „Russkaja Mysl" zum Ausdruck.

Wir stellen ihm nur einige wenige, nur die objektivsten und „bescheidensten" Fakten entgegen. Die Löhne der Arbeiter stiegen in diesem Jahr wie nie zuvor. Der Pachtzins fiel. Immer mehr Arbeiter – bis zu den Dienstboten – schlossen sich in allen möglichen Formen und mit bisher nicht dagewesenem Erfolg zusammen. Millionen billiger Schriften über politische Themen wurden vom Volk, von der Masse, von der Menge, von den „unteren" Schichten so begierig gelesen, wie man noch nie zuvor in Rußland gelesen hatte.

Nekrassow hatte in längst vergangenen Zeiten ausgerufen:

Wann endlich kommt die Zeit,
Wann? (Komme, du erwünschte, komm!),
Da unser Volk nicht Blücher mehr
Und nicht den albernen Mylord,
Da Gogol und Belinski es
Vom Jahrmarkt heimwärts trägt?[77]

Die von einem der alten russischen Demokraten ersehnte „große Zeit" war gekommen. Die Kaufleute hörten auf, mit Hafer zu handeln, und begannen einen einträglicheren Handel – den mit der billigen demokratischen Broschüre. Das demokratische Buch war zu einem Produkt geworden, *das man auf dem Jahrmarkt kaufen konnte.* Und die Ideen Belinskis und Gogols, um derentwillen diese Schriftsteller Nekrassow – wie jedem anständigen Menschen in Rußland – teuer waren, bestimmten den Inhalt dieser neuen Jahrmarktsliteratur . . .

. . . Welche „Beunruhigung"! rief das sich gebildet dünkende, in Wahrheit aber dreckige, widerliche, verfettete, selbstzufriedene liberale Schwein, als es *in der Wirklichkeit* dieses „Volk" erblickte, wie es . . . den Brief Belinskis an Gogol vom Jahrmarkt heimwärts trägt.

Im Grunde genommen übrigens ist das doch ein „intelligenzlerischer" Brief, verkündeten die „Wechi" unter dem donnernden Applaus des „Nowoje-Wremja"-Mannes Rosanow und Antonius' von Wolhynien.

Welch schmähliches Schauspiel! wird der Demokrat aus den Kreisen der

besten Volkstümler sagen. Welch lehrreiches Schauspiel! fügen wir hinzu. Wie ernüchtert es diejenigen, die an die Fragen der Demokratie *sentimental* herangingen, wie *stählt* es alles Lebendige und Starke innerhalb der Demokratie, indem es schonungslos die faulen, herrschaftlich-Oblomowschen Illusionen hinwegfegt!

Vom Liberalismus enttäuscht sein ist außerordentlich nützlich für den, der irgendwann einmal von ihm begeistert war. Und wer sich der älteren Geschichte des russischen Liberalismus erinnern will, wird schon in der Stellung des Liberalen Kawelin zu dem Demokraten Tschernyschewski das genaue Musterbeispiel für die Stellung der Kadetten*partei* der liberalen Bourgeois zur russischen demokratischen *Massenbewegung* sehen. Die liberale Bourgeoisie in Rußland „hat sich gefunden" oder, richtiger, sie hat ihren Schwanz gefunden. Sollte es da nicht an der Zeit sein, daß die Demokratie in Rußland ihren Kopf findet?

Besonders widerlich ist der Anblick, wenn solche Subjekte wie Schtschepetew, Struve, Gredeskul, Isgojew und die übrige Kadettenkumpanei sich an die Rockschöße Nekrassows, Schtschedrins usw. hängen. Nekrassow schwankte aus persönlicher Schwäche zwischen Tschernyschewski und den Liberalen, aber seine ganzen Sympathien waren bei Tschernyschewski Nekrassow zeigte aus der gleichen persönlichen Schwäche heraus Anflüge von liberaler Liebedienerei, er hat seine „Sünden" jedoch bitterlich beweint und sie *öffentlich bereut:*

> Nicht Handel trieb ich mit der Leier, doch zuweilen,
> Wenn mich bedrohte unerbittliches Geschick,
> Kam es wohl vor, daß meine Hand der Leier
> Den *falschen Ton* entlockt ...

Ein *„falscher Ton"* – so nannte Nekrassow selbst seine liberal-liebedienerischen Sünden. Und Schtschedrin verspottete schonungslos die Liberalen, er brandmarkte sie für immer mit der Formel: „der Niedertracht angepaßt"[78].

Wie veraltet ist doch diese Formel, angewandt auf die Schtschepetew, Gredeskul. und sonstigen* „Wechi"-Leute! Jetzt geht es ganz und gar

* Da wird es wohl Protest geben – Gredeskul wie auch Miljukow und Co. haben sich mit den „Wechi" *gestritten.* Gewiß, aber sie sind dabei „Wechi"-Leute *geblieben.* Siehe unter anderm Nr. 85 der „Prawda". (Siehe den vorliegenden Band, S. 243/244. *Die Red.*)

nicht darum, daß diese Herrschaften sich der Niedertracht *anpassen*. Woher auch! Sie haben selbst, auf der Grundlage des Neukantianertums und anderer modischer „europäischer" Theorien, aus eigener Initiative, auf eigene Art eine *eigene Theorie* der „Niedertracht" begründet.

II

„Das von Anfang bis zu Ende verworrene Jahr 1905", schreibt Herr Schtschepetew. „Alles vermischte und verwirrte sich in allgemeinem Wirrwarr und sinnlosem Durcheinander."

Auch zu diesem Punkt können wir nur einige wenige theoretische Einwände bringen. Wir sind der Meinung, daß man historische Ereignisse nach den Bewegungen der *Massen* und der Klassen in ihrer Gesamtheit beurteilen muß, nicht aber nach den Stimmungen einzelner Personen und Grüppchen.

Die große Masse der Bevölkerung Rußlands bilden die Bauern und Arbeiter. Worin könnte man, was diese Masse der Bevölkerung betrifft, „völlige Verwirrung und sinnloses Durcheinander" erblicken? Ganz im Gegenteil, die objektiven Tatsachen beweisen unwiderleglich, daß gerade in den Massen der Bevölkerung eine unerhört breite und erfolgreiche Orientierung sich durchsetzte, die „Verwirrung und Durcheinander" *für immer* beendete.

Bis dahin waren im „einfachen Volk" tatsächlich Elemente patriarchalischer Geducktheit und Elemente des Demokratismus „in dem allgemeinen Durcheinander" „verwirrt und vermischt". Davon zeugen solch objektive Tatsachen wie die, daß es zur Subatowiade und zur „Gaponiade" kommen konnte.

Gerade das Jahr 1905 machte mit diesem „sinnlosen Durcheinander" ein für allemal Schluß. In der Geschichte Rußlands gab es noch keine Epoche, die mit so erschöpfender Klarheit, nicht mit Worten, sondern mit Taten, die durch jahrhundertelange Stagnation und jahrhundertealte Überreste der Leibeigenschaft verwirrten Verhältnisse *entwirrte*; gab es keine Epoche, wo so deutlich und „sinnvoll" die Klassen sich voneinander abgrenzten, die *Massen* der Bevölkerung ihren Platz fanden, die Theorien und Programme der „Intelligenz" durch *Aktionen* der Millionen überprüft wurden.

Wie konnten nun die unbestreitbaren geschichtlichen Tatsachen im Kopfe eines gebildeten und liberalen Publizisten von der „Russkaja Mysl" eine derart verzerrte Gestalt annehmen? Die Sache ist sehr einfach zu erklären: Dieser „Wechi"-Mann überträgt seine subjektiven Stimmungen auf das ganze Volk. Er persönlich und seine ganze Gruppe – die bürgerlich-liberale Intelligenz – befanden sich zu jener Zeit in einer besonders „sinnlosen", „von Anfang bis zu Ende verworrenen" Lage. Und von sich auf andere schließend, überträgt der Liberale seine eigene Unzufriedenheit, die ganz natürlich aus dieser Verworrenheit und daraus entstanden ist, daß die ganze Armseligkeit des Liberalismus von den Massen entlarvt wurde, auf die *Massen*.

Und in der Tat, war die Lage der Liberalen im Juni 1905 nicht wirklich sinnlos verworren? oder nach dem 6. August, als sie zum Eintritt in die Bulyginsche Duma aufriefen, das Volk aber *in der Praxis* an der Duma vorbei- und über die Duma hinausging? oder im Oktober 1905, als die Liberalen „hinterhertrippeln" und den Streik für „glorreich" erklären mußten, obwohl sie ihn gestern noch bekämpft hatten? oder im November 1905, als die ganze klägliche Ohnmacht des Liberalismus, demonstriert an einer so markanten Tatsache wie dem Besuch Struves bei Witte, ans Tageslicht kam?

Wenn der „Wechi"-Mann Schtschepetew einmal das Büchlein des „Wechi"-Mannes Isgojew über Stolypin lesen wollte, so könnte er feststellen, wie Isgojew diese „Verworrenheit" in der Lage der „zwischen zwei Feuern" stehenden Kadetten in der I. und II. Reichsduma zugeben *mußte*. Und diese „Verworrenheit" und Ohnmacht des Liberalismus war unvermeidlich, denn er hatte keine *Massen*basis, weder in der Bourgeoisie oben noch in der Bauernschaft unten.

Die Betrachtungen des Herrn Schtschepetew über die Geschichte der Revolution in Rußland schließen mit folgender Perle:

„Übrigens dauerte dieses ganze Durcheinander sehr kurze Zeit. Die führenden Kreise machten sich nach und nach von dem geradezu panischen Schrecken frei, der sie befallen hatte, und nachdem sie zu der einfachen Schlußfolgerung gekommen waren, daß eine gute Kompanie Soldaten wirkungsvoller sei als das ganze revolutionäre Gerede zusammengenommen, rüsteten sie ‚Strafexpeditionen' aus und setzten die Schnelljustiz in Gang. Die Resultate übertrafen alle Erwartungen. In kaum zwei, drei Jahren war die Revolution in einem

Maße liquidiert und ausgemerzt, daß einige Institutionen der Ochrana stellenweise gezwungen waren, sie zu inszenieren . . ."

Wenn wir die vorangegangenen Betrachtungen des Verfassers wenigstens mit einigen theoretischen Kommentaren versehen konnten, so fehlt uns jetzt auch diese Möglichkeit. Wir müssen uns darauf beschränken, diese ruhmwürdigen Äußerungen fester und höher an den Schandpfahl zu nageln, auf daß sie länger und weiter sichtbar seien . . .

Übrigens, wir können den Leser noch fragen: Ist es verwunderlich, daß der oktobristische „Golos Moskwy" wie auch das niederträchtige nationalistische „Nowoje Wremja" Schtschepetew zitierten und sich dabei vor Begeisterung geradezu überschlugen? In der Tat, wodurch unterscheidet sich die „historische" Einschätzung der „konstitutionell-demokratischen" Zeitschrift von der Einschätzung durch die zwei genannten Zeitungen?

III

Den meisten Raum nehmen bei Herrn Schtschepetew Skizzen über das Emigrantenleben ein. Um etwas diesen Skizzen Analoges zu finden, müßte man den „Russki Westnik"[79] aus der Zeit Katkows ausgraben und sich dort die Romane ansehen, in denen hochwohllöbliche Adelsmarschälle, gutherzige und zufriedene Bauern, unzufriedene Scheusale, Taugenichtse und Ungeheuer von Revolutionären geschildert werden.

Herr Schtschepetew sah Paris (wenn er es überhaupt sah) mit den Augen des über die Demokratie erbosten Spießbürgers, der im ersten Erscheinen von demokratischer Massenliteratur in Rußland einzig und allein „Beunruhigung" erblicken konnte.

Bekanntlich sieht jeder im Ausland das, was er sehen will. Oder mit anderen Worten: Jeder sieht in den neuen Verhältnissen *sich selbst*. Der Schwarzhunderter sieht im Ausland hervorragende Gutsbesitzer, Generale und Diplomaten. Der Polizeispitzel sieht dort die edelmütigsten Polizisten. Der liberale russische Renegat sieht in Paris wohlmeinende Concierges und „tüchtige"* Krämer, die den russischen Revolutionären beibringen, daß bei ihnen „humanitäre und altruistische Gefühle schon gar zu sehr die Belange der Persönlichkeit erdrückt haben, und dies oft zum Schaden des

* S. 139 des Artikels von Herrn Schtschepetew („Russkaja Mysl" 1912, Nr. 8).

allgemeinen Fortschritts und der kulturellen Entwicklung unseres ganzen Landes"*.

Eine Lakaienseele interessiert sich natürlich vor allem für den in den Gesindestuben herrschenden Klatsch und für Skandale. Die ideologischen Fragen, die in Paris in Referaten und in den in russischer Sprache erscheinenden Zeitungen behandelt werden, bemerkt der Krämer und der liebedienernde Concierge selbstverständlich nicht. Wie sollte er auch sehen, daß in dieser Presse zum Beispiel schon 1908 die gleichen Fragen nach dem sozialen Charakter des Regimes des 3. Juni, nach den klassenmäßigen Wurzeln der neuen Strömungen im Demokratismus usw. aufgeworfen wurden**, die viel später, enger gefaßt, verzerrter (gestutzt) Eingang in die von einer verstärkten Ochrana „geschützte" Presse gefunden haben?

Krämer und Lakai sind, wie sehr sich auch Leute mit einer solchen Seele ein „intellektuelles" Mäntelchen umhängen mögen, nicht imstande, diese Fragen zu sehen und zu verstehen. Wenn dieser Lakai sich „Publizist" einer liberalen Zeitschrift nennt, so übergeht dieser „Publizist" die großen ideologischen Fragen, die nirgendwo anders als in Paris offen und unumwunden gestellt worden sind, mit völligem Stillschweigen. Dafür aber wird ein solcher „Publizist" ausführlich über das berichten, worüber man in den Gesindestuben ausgezeichnet informiert ist.

Er, dieser wohllöbliche Kadett von der Zeitschrift des hochwohllöblichen Herrn Struve, wird berichten, daß man aus der „Wohnung einer in Paris sehr bekannten Revolutionärin" „nicht ohne Hilfe der Polizei" eine unglückliche Prostituierte aus Emigrantenkreisen hinausbefördert hat; daß „Arbeitslose" auf einem Wohltätigkeitsball wiederum einen Skandal inszeniert haben; daß ein Schreiber in einem Herrn Schtschepetew bekannten Hause „eine recht beträchtliche Geldsumme im voraus eingesteckt hat und dann die Arbeit vernachlässigte" – daß die Emigranten „um 12 Uhr aufstehen, um 2–3 Uhr nachts schlafen gehen, den ganzen Tag Gäste, Lärm, Streit, Unordnung".

Über all dies wird die Lakaienzeitschrift des Kadetten Herrn Struve ausführlich berichten, mit Illustrationen, genießerisch, mit Würze – um nichts schlechter als Menschikow und Rosanow vom „Nowoje Wremja".

* S. 153 ebenda.

** Siehe Werke, Bd. 15, S. 264–277. *Die Red.*

„Geld her, oder ich hau dir in die Schnauze, diese unzweideutig feindselige Form haben die Beziehungen zwischen den oberen und den unteren Schichten der Emigration angenommen. Zwar hat diese Formel keine weite Verbreitung gefunden, und die ‚extremste Strömung unten' stellt sich dar" (so schreibt der gebildete Kadett in der Zeitschrift des Herrn Struve!) „alles in allem nur in ein, zwei Dutzend äußerst zweifelhafter Elemente, die vielleicht sogar von geschickter Hand von außen gelenkt werden ..."

Verweilen Sie bei diesen Betrachtungen, lieber Leser, und denken Sie nach über den Unterschied zwischen einem gewöhnlichen Lakaien und einem als Publizist tätigen Lakaien. Der einfache Lakai ist – natürlich in der Masse, abgesehen von den bewußten Elementen, die bereits den Klassenstandpunkt bezogen haben und einen Ausweg aus ihrer Lage als Lakaien suchen – naiv, ungebildet, häufig primitiv und oft nicht des Lesens und Schreibens kundig; ihm ist die naive Sucht, alles weiterzuschwätzen, was ihm am leichtesten eingeht, was ihm am verständlichsten und vertrautesten ist, zu verzeihen. Der als Publizist tätige Lakai ist ein „gebildeter" Mensch, der in den besten Salons Aufnahme findet. Er erkennt, daß der kriminellen Hochstapler in der Emigration verschwindend wenige sind („ein, zwei Dutzend" auf *Tausende* von Emigranten). Er erkennt sogar, daß diese Hochstapler „vielleicht *von geschickter Hand*" – aus einer Teestube des Bundes des russischen Volkes – *„gelenkt werden"*.

All das erkennt der als Publizist tätige Lakai und handelt „auf gebildete Art". Oh, er versteht es, Spuren zu verwischen und alles von der besten Seite zu zeigen! Er ist kein käuflicher Schreiberling der Schwarzhunderter, keineswegs. Er hat sogar *„selbst"* darauf hingewiesen, daß *vielleicht* irgend jemand die ein, zwei Dutzend Hochstapler lenkt, aber gleichzeitig berichtet er über *nichts anderes als eben* über diese Hochstapler, diese Skandale und das Bummeln von Schreibern!

Die Schule des „Nowoje Wremja" ist für die *„Publizisten"* der „Russkaja Mysl" nicht umsonst gewesen. Der „Nowoje-Wremja"-Mann Suworin rühmte sich, niemals Subsidien erhalten zu haben – er habe *nur* „selbst vermocht", den richtigen Ton zu finden.

Die „Russkaja Mysl" erhält keine Subsidien – gottbewahre! *Nur* „vermag sie selbst" den richtigen Ton zu finden, der den „Nowoje-Wremja"-Leuten und Gutschkows „Mordskerlen" genehm ist.

IV

Ja, es gibt viel Schweres in den Emigrantenkreisen. Hier, und nur hier, wurden in den düsteren Jahren, in den Jahren der Stagnation, die wichtigsten prinzipiellen Fragen der gesamten russischen Demokratie gestellt. In diesen Kreisen gibt es mehr Elend und Not als irgendwo anders. Hier ist der Prozentsatz der Selbstmorde besonders groß, hier ist der Prozentsatz der Menschen, die nur ein einziges Bündel kranker Nerven sind, unwahrscheinlich, grauenhaft hoch. Kann es anders sein inmitten solch gepeinigter Menschen?

Verschiedene Menschen interessieren sich für verschiedene Dinge, wenn sie in Emigrantenkreise geraten. Die einen interessiert die offene Behandlung der wichtigsten prinzipiellen Fragen der Politik. Andere interessieren sich für Berichte über einen Ballskandal, über einen pflichtvergessenen Schreiber, über die Unzufriedenheit der Concierges und Krämer mit der Lebensweise der Emigranten ... Jedem das Seine.

Und doch, wenn man die ganze Schwere des aufreibenden, verhaßten, krankhaft nervösen Emigrantenlebens durchmacht, und wenn man dann an das Leben der Herren Schtschepetew, Struve, Golowin, Isgojew und Co. denkt, dann kann man nur sagen: Welch unermeßliches Glück, daß wir nicht zu dieser Gesellschaft der „anständigen Leute" gehören, zu einer Gesellschaft, wo diese Herrschaften verkehren, wo man ihnen die Hand reicht!

In dieser „anständigen Gesellschaft" gibt es sicherlich keine Skandale. Die Prostituierten geraten nicht, fast als wären sie ihresgleichen, in die Wohnungen dieser Herrschaften. Nein. Sie bleiben in anderen Wohnungen.

Die Arbeitslosen inszenieren keine Skandale auf den Bällen dieser Gesellschaft. Auf ihren Bällen geht es manierlich zu. Bei ihnen ist das getrennt: die Prostituierten (aus den Reihen der Arbeitslosen) in der einen Wohnung, die Bälle in der anderen. Und wenn sie Schreiber engagieren, so lassen sie niemals eine solche Liederlichkeit zu, daß der Schreiber Geld im voraus einsteckt und es dann noch wagt, zu bummeln.

Skandale um Geld sind bei ihnen unmöglich. In ihrer Umgebung befinden sich keine hungrigen, gequälten, zum Selbstmord bereiten Leute mit zerrütteten Nerven. Wenn aber „die Millionen sich verbrüdern" –

heute mit der „Wissenschaft" in der Person der Herren Struve und Co., morgen mit dem Abgeordnetenmandat in der Person der Herren Golowin und Co., übermorgen mit dem Abgeordneten- und Advokatentitel in der Person der Herren Maklakow und Co.[80] –, was ist daran schon Skandalöses??

Hier ist alles purer Edelmut. Wenn die Schriften der Herren Struve, Gredeskul, Schtschepetew und Co. gegen die Demokratie den Rjabuschinski usw. Vergnügen bereiten, was ist daran Schlimmes? Struve erhält ja keine Subsidien, er findet „selbst" den richtigen Ton! Niemand kann sagen, daß die „Russkaja Mysl" eine Mätresse der Herren Rjabuschinski ist. Niemand kommt auf den Gedanken, das Vergnügen, das den Herren Rjabuschinski gewisse „Publizisten" bereiten, mit dem Vergnügen zu vergleichen, das in alten Zeiten die Gutsherren empfanden, wenn ihnen leibeigene Mädchen die Fußsohlen kitzelten.

In der Tat, was können denn die Herren Struve oder Gredeskul, Schtschepetew usw. dafür, wenn ihre Schriften und Reden, in denen sie ihre Überzeugungen darstellen, für den über die Revolution erbosten russischen Kaufmann und Gutsbesitzer eine Art Fußsohlenkitzel sind?

Was ist daran skandalös, daß der frühere Abgeordnete Herr Golowin sich eine einträgliche Konzession gesichert hat? Er hat ja sein Abgeordnetenmandat niedergelegt!! Das heißt, als er Abgeordneter war, hatte er noch keine Konzession, sie wurde erst vorbereitet. Als er aber die Konzession hatte, war er kein Abgeordneter mehr. Ist es nicht klar, daß die Sache sauber ist?

Ist es nicht offenkundig, daß nur Verleumder mit Fingern auf Maklakow zeigen können? Er hat Tagijew doch – wie er selbst in einem Brief in der „Retsch" erklärte – „im Einklang mit seinen Überzeugungen" verteidigt! Es steht ohne jeden Zweifel fest, daß eine Pariser Concierge oder ein Pariser Krämer rein nichts, aber auch absolut gar nichts Anstößiges, Peinliches, Skandalöses in der Lebensweise und in den Handlungen dieser ganzen ehrenwerten Kadettengesellschaft finden wird.

V

Die allgemeinen prinzipiellen Betrachtungen des Herrn Schtschepetew verdienen vollständig wiedergegeben zu werden:

„Bis jetzt haben, besonders in den Kreisen, die an der Revolution teilgenommen haben, humanitäre und altruistische Gefühle schon gar zu sehr die Belange der Persönlichkeit erdrückt, und dies oft zum Schaden des allgemeinen Fortschritts und der kulturellen Entwicklung unseres ganzen Landes. Das Streben nach ‚gesellschaftlichem Nutzen' und nach dem ‚Wohlergehen des ganzen Volkes' hat die Menschen gar zu sehr sich selbst, ihre persönlichen Bedürfnisse und Belange vergessen lassen, so sehr, daß die gesellschaftlichen Gefühle und Bestrebungen als solche nicht in Gestalt positiver (!!) schöpferischer und vollauf bewußter Arbeit realisiert werden konnten, sondern verhängnisvoll zu passiven Formen der Selbstaufopferung führten. Und nicht nur speziell auf diesem Gebiet, sondern auch in der Sphäre der alltäglichsten Beziehungen wurden die Belange der Persönlichkeit ständig und auf jede nur mögliche Art erdrückt, einerseits durch das ‚kranke Gewissen', das diesen Drang nach Heldentaten und Selbstaufopferung häufig zu gigantischen Ausmaßen anwachsen ließ, anderseits durch ungenügende Achtung vor dem Leben selbst, die durch unser niedriges Kulturniveau bedingt ist. Und das Ergebnis: ein ständiger Zwiespalt, das ständige Bewußtsein der Unzulänglichkeit und sogar ‚Sündhaftigkeit' des eigenen Lebens, das ständige Bestreben, sich zu opfern, den Besitzlosen und Elenden Hilfe zu bringen, schließlich ‚ins Lager der dem Tode Geweihten' zu gehen – eine Tatsache, die in unserer Literatur so vollkommene und so deutliche Widerspiegelung gefunden hat.

Nichts dergleichen findet sich in den Anschauungen und Sitten des französischen Volkes ..."

Das ist ... der Kommentar zu den politischen und programmatischen Erklärungen des Herrn Gredeskul, die die „Retsch" ohne einen einzigen Vorbehalt abgedruckt hat und an die die „Prawda" (Nr. 85) erinnerte, als die „Retsch" sie zu vergessen wünschte.

Das ist ... die Fortsetzung und Wiederholung der „Wechi". Wieder und wieder kann und muß man sich am Beispiel dieser Betrachtungen davon überzeugen, daß die „Wechi" nur scheinbar gegen die „Intelligenz" kämpfen, daß sie in Wirklichkeit *gegen die Demokratie kämpfen*, sich vollständig von der Demokratie lossagen.

Die Einheit der „Wechi", Gredeskuls und der „Retsch" muß besonders jetzt, in den Tagen der Wahlen unterstrichen werden, wo die Kadetten durch ein falsches Spiel mit dem Demokratismus mit aller Kraft versuchen, alle wirklich wichtigen und grundlegenden prinzipiellen Fragen der Politik zu vertuschen und zu verwischen. Eine der dringendsten praktischen Aufgaben der Demokratie ist es, diese Fragen in den Wahlversammlungen

aufzuwerfen, einem möglichst breiten Publikum Sinn und Bedeutung der Reden der Herren Schtschepetew und aller „Wechi"-Leute zu erklären, die Heuchelei der „Retsch" und der Miljukow aufzudecken, wenn sie versuchen, die Verantwortung für die „Russkaja Mysl" von sich abzuwälzen, obgleich in ihr *Mitglieder* der *Partei* der Kadetten schreiben.

Der „Streit" mit den „Wechi"-Leuten, die „Polemik" der Herren Gredeskul, Miljukow und anderer gegen sie sind nur Täuschungsmanöver, nur heuchlerische Maskierung der tiefreichenden prinzipiellen Solidarität der ganzen Kadettenpartei mit den „Wechi". Kann man sich denn in der Tat um die grundsätzlichen Behauptungen aus dem angeführten Zitat „streiten"? Kann man denn mit Menschen, die solche Anschauungen vertreten, in einer Partei bleiben, ohne die *volle* Verantwortung für diese Propaganda des entschiedenen Bruchs mit den elementarsten Prinzipien jeglicher Demokratie zu tragen?

Die Frage wird von denen verdunkelt, die sich darauf einlassen, sie à la „Wechi" zu stellen, indem sie Begriffe wie „Individualismus", „Altruismus" usw. einander entgegensetzen. Der politische Sinn dieser Phrasen ist sonnenklar: das ist die Wendung *gegen* die Demokratie, das ist die Wendung zum *konterrevolutionären* Liberalismus.

Es gilt zu begreifen, daß diese Wendung kein Zufall ist, sondern Resultat der Klassenlage der Bourgeoisie. Es gilt, hieraus die notwendigen politischen Schlußfolgerungen hinsichtlich einer klaren Abgrenzung der Demokratie vom Liberalismus zu ziehen. Ohne Erkenntnis dieser Wahrheiten, ohne ihre weite Verbreitung unter der Masse der Bevölkerung kann von einem ernsthaften Schritt nach vorn nicht die Rede sein.

„Newskaja Swesda" Nr. 24 und 25, 2. und 9. September 1912. Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

EINTRACHT ZWISCHEN DEN KADETTEN UND DEN LEUTEN VOM „NOWOJE WREMJA"

Bei uns ist man allzu häufig geneigt, in der Wahlkampagne einen Kampf um Mandate, d. h. um Abgeordnetensitze in der Duma, zu sehen.

Für die klassenbewußten Arbeiter ist diese Kampagne vor allem und in erster Linie ein Kampf um Prinzipien, d. h. um grundlegende Auffassungen, politische Überzeugungen. Ein solcher Kampf, der vor den Augen der Massen geführt wird und der die Massen in die Politik einbezieht, bildet einen der wichtigsten Vorzüge des Repräsentativsystems.

Unsere Kadetten aber weichen, was die von uns aufgeworfenen prinzipiellen Fragen des Liberalismus und des Demokratismus, der Politik des „Friedens" und der Politik des Klassenkampfes angeht, einer grundsätzlichen Polemik aus und fauchen nur nach rechts und nach links wegen unserer angeblichen „Kadettenfresserei".

Indessen springen die Tatsachen ins Auge, die auf eine rührende prinzipielle Eintracht zwischen den Kadetten und den Leuten vom „Nowoje Wremja" bei der Beurteilung erstrangiger Fragen des russischen Lebens schließen lassen.

Erschienen ist Heft 8 der „Russkaja Mysl". Diese Zeitschrift wird von dem Kadetten Struve redigiert, und es schreiben für sie die Kadetten Isgojew, Sewerjanin, Galitsch und viele andere.

Herr A. Schtschepetew bringt hier unter dem Titel „Die Russen in Paris" ein schmutziges, im Geiste der Schwarzhunderter gehaltenes Pasquill auf die Revolution und die Revolutionäre. Das „Nowoje Wremja" nimmt das von der „Russkaja Mysl" angestimmte Lied *sofort* auf, zitiert daraus eine ganze Reihe von „Perlen" und ruft außer sich vor Begeisterung: „Man bedenke nur, daß diese armseligen Menschheitsvertreter (d. h.

die Revolutionäre in der Darstellung der „Russkaja Mysl") „Anspruch auf die Rolle der Erneuerer des russischen Lebens erheben."

Was wird uns wohl die offiziell-kadettische „Retsch" sagen? Das „betrifft nicht" die Wahlen, d. h. den Kampf um die Abgeordnetensitze? Oder sie sei „nicht verantwortlich" für die „Russkaja Mysl", d. h., die Partei sei nicht verantwortlich für ihre Mitglieder, die von *keiner einzigen* Kadettenkonferenz auch nur ein einziges Mal verurteilt worden sind?

Mag sich die „Retsch" drehen und wenden, mögen prinzipien- und charakterlose Leute über unsere „Kadettenfresserei" die Achseln zucken, wir werden nicht müde werden, den Bürgern Rußlands zu sagen: Befaßt euch mit den *Prinzipien* der Kadetten und bleibt nicht schimpflich gleichgültig, wenn die „konstitutionellen Demokraten" die Demokratie mit Schmutz bewerfen.

Hier einige wenige, aber sehr plastische und dabei prinzipielle, sich nicht auf Klatscherei beschränkende, Stellen aus dem Artikel des Schwarzhunderter-Kadetten Herrn Schtschepetew:

„Bis jetzt haben, besonders in den Kreisen, die an der Revolution teilgenommen haben, humanitäre" (d.h. menschenfreundliche) „und altruistische" (uneigennützige, nicht der Sorge um die eigene Haut entspringende) „Gefühle schon *gar zu sehr* die Belange der Persönlichkeit erdrückt, und dies oft zum Schaden des allgemeinen Fortschritts und der kulturellen Entwicklung unseres ganzen Landes. Das Streben nach ‚gesellschaftlichem Nutzen' und nach dem ‚Wohlergehen des ganzen Volkes'" (die ironischen Anführungszeichen stammen von der „Russkaja Mysl") „hat die Menschen gar zu sehr sich selbst, ihre persönlichen Bedürfnisse und Belange vergessen lassen ... Und das Ergebnis: ein ständiger Zwiespalt, das ständige Bewußtsein der Unzulänglichkeit und sogar ‚Sündhaftigkeit' des eigenen Lebens, das ständige Bestreben, sich zu opfern, *den Besitzlosen und Elenden Hilfe zu bringen*, schließlich ‚ins Lager der dem Tode Geweihten' zu gehen – eine Tatsache, die in unserer Literatur so vollkommene und so deutliche Widerspiegelung gefunden hat". („Russkaja Mysl" Nr. 8, S. 152/153.)

Welche Verachtung verdient eine demokratisch sein wollende Partei, die in ihren Reihen diese Herrschaften duldet, die die grundlegendsten, elementarsten Prämissen, Überzeugungen, Prinzipien *der ganzen Demokratie* mit Schmutz bewerfen.

Die liberale Bourgeoisie haßt die Demokratie – das bewies der Sammelband „Wechi", das beweist allmonatlich die „Russkaja Mysl", das haben die Karaulow und Gredeskul bewiesen.

Die Liberalen selbst errichten eine Trennwand zwischen sich und der Demokratie.

„Prawda" Nr. 109,
5. September 1912.
Unterschrift: J. W.

Nach dem Text der „Prawda".

ZU DEM BRIEF VON N. S. POLJANSKI

Der in der vorliegenden Nummer der „Prawda" veröffentlichte Brief aus dem Dorfe von N. S. Poljanski wirft eine sehr interessante Frage auf. Es wäre zu wünschen, daß sich die Bauern selbst häufiger zu dieser Frage äußerten.

Wir unserseits halten es für notwendig, folgendes zu bemerken.

N. S. Poljanski hat durchaus recht, wenn er sagt, daß nur ein „Müßiggänger" annehmen könne, daß in der Amtsbezirksversammlung nur Narren säßen. Nur die Bauern *selber* können entscheiden, welche Form der Bodennutzung und des Bodenbesitzes in dieser oder jener Gegend geeigneter ist. Jegliche Einmischung des Gesetzes oder der Verwaltung in die freie Verfügung der Bauern über den Boden ist ein Überrest der Leibeigenschaft. Etwas anderes als Schaden für die Sache, als Erniedrigung und Beleidigung des Bauern kann bei einer solchen Einmischung nicht herauskommen.

Ein Landarbeiter hat in seinem Brief in Nr. 38 der „Prawda" sehr schön dargelegt, welch sinnloser Bürokratismus durch eine solche Einmischung entsteht.

Untersuchen wir nun, wie die Frage: Einzelhof oder Dorfgemeinde? von den Millionen und aber Millionen Menschen gesehen werden muß, die sich ewig mühen und die ewig ausgebeutet werden.

Aufgabe dieser Menschen kann es keineswegs sein, darüber nachzudenken, was sie wählen sollen: Einzelhof oder Dorfgemeinde. Sie müssen darüber nachdenken, wer sie ausbeutet und wie man diese Ausbeutung mildern und abschaffen kann.

Im Europäischen Rußland zum Beispiel haben 30 000 Großgrund-

besitzer 70 000 000 Desjatinen Land, und ebensoviel Land haben 10 000 000 arme Bauern. Ob diese Bauern auf Einzelhöfen oder in der Dorfgemeinde sitzen, ihr elendes Dasein wird sich dadurch um keinen Deut verändern. Habe ich mit meiner Familie sieben Desjatinen schlechten Bodens und der Gutsbesitzer nebenan 2000 Desjatinen ausgezeichnete Ländereien, so wird es, gleich ob auf dem Einzelhof oder in der Dorfgemeinde, fast so sein wie unter der Leibeigenschaft.

Die Hungernden täuscht man mit der Frage: Einzelhof oder Dorfgemeinde, Grützepastete oder Kohlpastete. Aber wir essen Melde, leben auf sumpfigem Boden oder auf Sandboden, und für die Tränke, die Weide und den Acker leisten wir Frondienste.

Mit Hilfe der Einzelhöfe will man „kleine Gutsbesitzer" schaffen – um die großen Gutsbesitzer zu schützen. Aber Millionen und aber Millionen Bauern werden dadurch nur noch mehr Hunger leiden.

In Westeuropa hat sich die Landwirtschaft wirklich rasch und erfolgreich *nur dort* entwickelt, wo jegliche Überreste des Leibeigenschaftsjochs gänzlich beseitigt waren.

In den wirklich freien Ländern, in denen die Landwirtschaft gute Bedingungen hat, gibt es nur noch eine Macht, die den Bauern und den Arbeiter unterdrückt – die Macht des Kapitals. Gegen diese Macht kann nur eins helfen: das freie Bündnis der Lohnarbeiter und der ruinierten Bauern. Aus solchen Bündnissen erwächst eine neue gesellschaftliche Ordnung, in der hochkultivierte Ländereien, kunstvolle Maschinen, Dampf und Elektrizität dazu dienen werden, das Leben der Werktätigen selbst zu verbessern, nicht aber eine Handvoll Millionäre zu bereichern.

„Prawda" Nr. 118,
15. September 1912.
Unterschrift: Fr.

Nach dem Text der „Prawda".

ÜBER DIE POLITISCHE LINIE

Die „Newskaja Swesda" und die „Prawda" haben zweifellos eine klar ausgeprägte Physiognomie, die nicht nur den Arbeitern, sondern auch allen politischen Parteien Rußlands bekannt ist – dank den Angriffen auf die „Prawda" und die „Newskaja Swesda" von seiten sowohl der Schwarzhunderter und Oktobristen („Rossija", „Nowoje Wremja", „Golos Moskwy" usw.) als auch der Liberalen („Retsch", „Saprossy Shisni" u. a.).

Die Beurteilung der politischen Linie, die die genannten Zeitungen verfolgen, ist vom Standpunkt der Wahlkampagne von besonderem Interesse, denn eine solche Beurteilung ist unausbleiblich mit einer Überprüfung der Ansichten über die grundsätzlichen, prinzipiellen Fragen verbunden. Aus diesem Grunde wollen wir auf den Artikel von N. Nikolin im „Newski Golos" Nr. 9 über die Linie der „Prawda" und der „Newskaja Swesda" eingehen. Der Artikel enthält, wie der Leser sehen wird, nicht wenige ausnehmend böse Worte, aber darüber kann man (und muß man) hinwegsehen, weil der Verfasser versucht, auf den Kern überaus wichtiger Fragen einzugehen.

„Ich muß zugeben", schreibt N. Nikolin, „daß die ‚Prawda' in vieler Hinsicht ziemlich zufriedenstellend die Aufgabe löst, den Wünschen, Nöten, Bedürfnissen und Interessen des russischen Proletariats Ausdruck zu geben. Leider entwertet sie diese ihre nützliche Arbeit stark durch eine völlig törichte, von der Wahrheit weit entfernte und im Hinblick auf die sich daraus ergebenden Folgen äußerst schädliche Darstellung der politischen Wirklichkeit."

Lassen wir die bösen Worte beiseite und nehmen wir die Hauptsache: die Darstellung der politischen Wirklichkeit. Für diese direkte, wirklich grundsätzliche Fragestellung wollen wir dem Verfasser gern seine Gereiztheit verzeihen. Streiten wir um das Wesentliche. In der Tat kann man in

der praktischen Arbeit keinen Schritt tun ohne feste Ansichten darüber, *wie denn* unsere „politische Wirklichkeit" beschaffen ist.

Nachdem N. Nikolin die Frage direkt gestellt hat, beantwortet er sie so:

„Die ‚Prawda' bemüht sich, in diesem Falle dem Beispiel der ‚Newskaja Swesda' folgend, ihren Lesern zu versichern, daß die Arbeiterklasse das neue Rußland entgegen den Liberalen errichten müsse. Das klingt natürlich stolz, enthält aber nichts weiter als Unsinn. Das neue Rußland errichtet niemand, es *wird errichtet* (hervorgehoben von N. Nikolin selbst) in dem komplizierten Prozeß des Kampfes der verschiedenen Interessen, und die Aufgabe der Arbeiterklasse besteht nicht darin, trügerische Pläne zur Errichtung eines neuen Rußlands *für andere und entgegen all diesen anderen* zu schmieden, sondern darin, im Rahmen dieses letzteren die günstigsten Bedingungen für die eigene weitere Entwicklung zu schaffen."

Auch hier verzeihen wir dem Verfasser gern seinen „Überschwang", seine äußerste Gereiztheit, weil er versucht, den Stier bei den Hörnern zu packen. N. Nikolin geht hier offener, aufrichtiger und überlegter als viele Liquidatoren an eine der tiefsten Quellen unserer grundlegenden Meinungsverschiedenheiten heran.

„Das neue Rußland errichtet niemand, es *wird errichtet* in dem Prozeß..." – wer erkennt in dieser vortrefflichen Betrachtung nicht das grundlegende und immer wiederkehrende Leitmotiv der ganzen liquidatorischen (ja noch breiter: der ganzen opportunistischen) Musik?

Nehmen wir diese Betrachtung unter die Lupe.

Wird das neue Rußland in dem Prozeß des Kampfes der verschiedenen Interessen errichtet, so heißt das, daß die *Klassen*, die *verschiedene* Interessen haben, das neue Rußland auf verschiedene Weise *errichten*. Das ist so klar wie der lichte Tag. Welchen Sinn hat dann N. Nikolins *Gegenüberstellung*: „Das neue Rußland errichtet niemand, es *wird errichtet* usw."?

Sie hat überhaupt keinen Sinn. Sie ist Unsinn vom Standpunkt der elementarsten Logik.

Aber dieser Unsinn hat *seine eigene Logik*: die Logik des Opportunismus, der notwendig, nicht zufällig, in Nikolinsche Fehler verfällt, wenn er versucht, seine Position „marxistisch" zu verteidigen. Bei dieser „Logik des Opportunismus" gilt es denn auch zu verweilen.

Wer sagt: das neue Rußland *errichten* die und die Klassen, der steht so

fest auf dem Boden des Marxismus, daß nicht nur die bösen Worte N. Nikolins, sondern sogar ... sogar die liquidatorischen „Vereinigungs"konferenzen samt ihrem noch so heftigen Wort„gedonner" außerstande sind, ihn zu erschüttern.

Wer sagt: „Das neue Rußland errichtet niemand, es *wird errichtet* usw.", der gleitet von der Objektivität des *Klassenkampfes* (d. h. vom Marxismus) zur „Objektivität" bürgerlicher Rechtfertigung der Wirklichkeit ab. Eben hier liegt die Quelle des Sündenfalls aus dem Marxismus in den Opportunismus, den Herr Nikolin (ohne es selbst zu bemerken) vollzieht.

Sage ich: das neue Rußland *muß man so und so*, vom Standpunkt, sagen wir, der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der ausgleichenden Verteilung nach dem Arbeitsprinzip u. dgl. m. errichten, so ist das Subjektivismus, der mich in das Gebiet von Hirngespinsten führt. In Wirklichkeit werden die Kämpfe der Klassen, und nicht meine guten Wünsche, die Errichtung eines neuen Rußlands bestimmen. Meine Ideale von der Errichtung eines neuen Rußlands werden nur dann keine Hirngespinste sein, wenn sie wirklich die Interessen einer existierenden Klasse ausdrücken, deren Lebensbedingungen dazu zwingen, in einer bestimmten Richtung tätig zu sein. Stelle ich mich auf diesen Standpunkt der Objektivität des Klassenkampfes, so rechtfertige ich keineswegs die Wirklichkeit, sondern zeige im Gegenteil in dieser Wirklichkeit *selbst* die tiefsten (wenn auch auf den ersten Blick nicht sichtbaren) Quellen und Kräfte ihrer Umgestaltung.

Sage ich aber: „Das neue Rußland errichtet niemand, es *wird errichtet* im Kampf der Interessen", so werfe ich sofort einen gewissen Schleier über das klare Bild des Kampfes *bestimmter* Klassen, mache ich denjenigen Zugeständnisse, die nur die an der Oberfläche sichtbaren Handlungen der herrschenden Klassen, d. h. besonders der Bourgeoisie, sehen. Ich verfalle unwillkürlich in eine Rechtfertigung der Bourgeoisie, statt der Objektivität des Klassenkampfes nehme ich die auffälligste oder die zeitweilig erfolgreiche bürgerliche Richtung zum Kriterium.

Erläutern wir das durch ein Beispiel aus der Geschichte. Das neue Deutschland (das Deutschland der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts) wurde „errichtet" im Prozeß des Kampfes der verschiedenen Interessen. Kein einziger gebildeter Bourgeois wird das bestreiten – und er wird auch nicht darüber hinausgehen.

Hier Marx' Urteil in der „kritischsten" Periode der Errichtung des *neuen* Deutschlands:

„Die hohe Bourgeoisie", schrieb Marx im Jahre 1848, „von jeher antirevolutionär, schloß aus Furcht vor dem Volk, d. h. vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion." „Die französische Bourgeoisie von 1789 ließ ihre Bundesgenossen, die Bauern, keinen Augenblick im Stich. Sie wußte, die Grundlage ihrer Herrschaft war Zertrümmerung des Feudalismus auf dem Lande, Herstellung der freien, grundbesitzenden Bauernklasse. Die deutsche Bourgeoisie von 1848 verrät ohne allen Anstand diese Bauern, die ihre natürlichsten Bundesgenossen, die Fleisch von ihrem Fleisch sind, und ohne die sie machtlos ist gegenüber dem Adel. Die Fortdauer ... der Feudalrechte ..., das ist also das Resultat der deutschen Revolution von 1848. Das ist die wenige Wolle von dem vielen Geschrei!"[81]

Bei Marx treten sofort und lebensvoll die *Klassen* hervor, die das neue Deutschland *errichteten*.

Der bürgerliche Gelehrte, der im Namen der „Objektivität" die Wirklichkeit zu rechtfertigen sucht, sagt: Bismarck hat Marx besiegt, Bismarck hat in Rechnung gestellt, wie „das neue Deutschland in dem komplizierten Prozeß des Kampfes der verschiedenen Interessen *errichtet wurde*". Marx aber schmiedete „trügerische Pläne zur Errichtung" einer großdeutschen demokratischen Republik, entgegen den Liberalen, mit den Kräften der Arbeiter und der demokratischen (kein Bündnis mit der Reaktion eingehenden) Bourgeoisie.

Eben das behaupten in tausend Zungen die bürgerlichen Gelehrten. Betrachten wir diese Frage rein theoretisch, so fragen wir uns: Worin besteht ihr Fehler? In der Verschleierung und Vertuschung des Klassenkampfes. Darin, daß sie (vermittels der scheinbar tiefsinnigen Redeweise: Deutschland wurde in dem Prozeß usw. *errichtet*) die Wahrheit vertuschen, daß das Bismarcksche Deutschland von der Bourgeoisie errichtet wurde, die durch ihren „Verrat und Treubruch" „machtlos gegenüber dem Adel" war.

Marx dagegen erlaubte die Objektivität des Klassenkampfes, *die politische Wirklichkeit* hundertmal tiefer und genauer zu verstehen, wobei er sie keineswegs zu rechtfertigen suchte, sondern umgekehrt gerade die Klassen in ihr aufzeigte und hervorhob, die das demokratische Deutschland errichteten, die es vermochten, selbst angesichts der ausschließlich für

Bismarck vorteilhaften Wende der Ereignisse zum Bollwerk des Demokratismus und des Sozialismus zu werden.

Marx verstand die politische Wirklichkeit so richtig und so tief, daß er im Jahre 1848 für ein halbes Jahrhundert im voraus das *Wesen* des Bismarckschen Deutschlands einschätzen konnte: es ist das ein Deutschland der Bourgeoisie, die „machtlos ist gegenüber dem Adel". 64 Jahre später bei den Wahlen im Jahre 1912, erfuhr diese Marxsche Einschätzung ihre völlige Bestätigung in dem Verhalten der Liberalen.

In ihrem schonungslosen, unerhört scharfen und ein allgemeines Geheul der Liberalen (entschuldigen Sie die scharfe Ausdrucksweise, verehrter Nikolin!) hervorrufenden Kampf gegen die Liberalen seit 1848 gaben sich Marx und die Marxisten keineswegs „Trugbildern" hin, wenn sie für den „Plan" eines großdeutschen demokratischen Staates eintraten.

Im Gegenteil, indem sie für diesen „Plan" eintraten und ihn unentwegt propagierten, indem sie die Liberalen und die Demokraten geißelten, die ihn verrieten, erzogen Marx und die Marxisten eben jene Klasse, in der die *lebendigen* Kräfte des „neuen Deutschlands" liegen und die jetzt – dank der konsequenten, aufopferungsvollen und entschlossenen Propaganda von Marx – für ihre historische Rolle des Totengräbers nicht nur der Bismarckschen Bourgeoisie, sondern der Bourgeoisie überhaupt wohlgerüstet und geschult ist.

*

Das Beispiel aus der Geschichte Deutschlands zeigt uns die *Logik des Opportunismus* in den Ansichten Nikolins, der uns *gerade deshalb* so aufgebracht wegen „ausgesprochner Kadettenfresserei" tadelt, weil er *nicht sieht*, wie er selber zu den liquidatorischen Ideen der liberalen Arbeiterpolitik hinabgleitet.

Je mehr sich N. Nikolin (und er ist nicht allein!) ärgert und um die Sache herumdrückt, um so nachdrücklicher und eingehender werden wir ihm in unserer Eigenschaft als Publizisten immer wieder klarmachen, daß unser Kampf gegen die Kadetten und gegen die Liquidatoren in Erwägungen wurzelt, die gründlich durchdacht und im Laufe von mehr als fünf Jahren (eigentlich vor mehr als zehn Jahren) viele Male in den offiziellen Beschlüssen aller Marxisten verankert worden sind. N. Nikolin hat ebenso wie die Liquidatoren, die er in Schutz nimmt, das Pech, daß sie diesen alten, zahlreichen, exakten, in aller Form gefaßten taktischen Beschlüssen

nichts gegenüberstellen können, was auch nur annähernd so präzis, bestimmt und klar wäre.

Daß „die Arbeiter das neue Rußland entgegen den Liberalen errichten müssen", ist keineswegs eine „stolze" Phrase. N. Nikolin weiß sehr gut, daß dieser Gedanke in einer Reihe taktischer Beschlüsse ausgesprochen wird, die von der Mehrheit der Marxisten anerkannt werden. An und für sich ist das nichts anderes als eine *Zusammenfassung* der in Rußland während der letzten, sagen wir, zehn Jahre gesammelten politischen Erfahrungen. Es ist eine ganz unbestreitbare historische Tatsache, daß die Arbeiterklasse Rußlands in den letzten zehn Jahren daranging, das neue Rußland „entgegen den Liberalen" zu *errichten*. Ein solches „Errichten" bleibt *niemals* ohne Konsequenzen, mögen die zeitweiligen „Erfolge" der russischen Bismarck-Anwärter noch so groß sein.

Der russische Opportunismus, der schwammig ist und schlüpfrig wie eine Natter, ist ebenso wie der Opportunismus der anderen Länder außerstande, seine Auffassungen bestimmt und klar auszudrücken, in aller Form zu sagen, daß die Arbeiterklasse das neue Rußland *nicht* entgegen den Liberalen errichten dürfe, sondern das und das tun müsse. Der Opportunismus wäre kein Opportunismus, wenn er imstande wäre, klare und direkte Antworten zu geben. Aber seine Unzufriedenheit mit der Politik der Arbeiter, sein Tendieren zur Bourgeoisie drückt der Opportunismus mit dem Satz aus: „Das neue Rußland errichtet niemand, es *wird errichtet* im Prozeß des Kampfes der Interessen."

Und von dem, was *errichtet wird*, ist am ehesten sichtbar, springt am meisten in die Augen, hat den größten Augenblickserfolg und die Verehrung der „Menge" das, was vom Adel und von der Bourgeoisie „errichtet" und von den Liberalen *korrigiert* wird. „Was soll man da noch untersuchen, welche Klassen etwas und wie sie es errichten, das sind Hirngespinste; man muß das nehmen, was *errichtet wird*" – das ist die wirkliche Bedeutung der Betrachtungen Nikolins, das ist die wirkliche „Logik des Opportunismus".

Das eben heißt den Klassenkampf vergessen. Das eben ist die prinzipielle Basis der liberalen Arbeiterpolitik. Eben eine solche „Logik" führt dazu, daß die Arbeiterklasse statt der Rolle des Hegemons, d. h. des Führers der echten, konsequenten, selbstlosen Demokratie, die Rolle eines Hilfsarbeiters der Liberalen ausübt.

Daher die uns Russen wohlbekannte Tatsache, daß die Opportunisten *in Worten* zugeben, daß auch die Partei des Proletariats eine „selbständige" Linie verfolgen müsse, was natürlich auch Nikolin anerkennt. *In Wirklichkeit* aber verficht er eben *keine selbständige* Linie, sondern die Linie der liberalen Arbeiterpolitik.

Nikolin macht uns klar, zeigt uns, von wie geringer Bedeutung die *Verkündigung* der Selbständigkeit der Arbeiterklasse ist. Auch die im „Newski Golos" Nr. 8 veröffentlichte Plattform der Liquidatoren hat sie verkündigt, auch Nikolin selbst hat sie verkündigt, aber in demselben Augenblick, wo er die „Selbständigkeit" *verkündigt*, predigt er eine *unselbständige* Politik.

Mit dem Verzicht darauf, daß die Arbeiterklasse in der heutigen Politik, in allen Fragen des Demokratismus ihre eigene Linie – entgegen den Liberalen – verfolgt (oder, *was dasselbe ist*, „das neue Rußland errichtet"), fordert Nikolin faktisch die Arbeiterklasse auf, hinter den Liberalen einherzutrotten.

Das ist der Kern der Sache. So sieht die „Logik des Opportunismus" aus. Und Argumente wie die, daß man die Arbeiterklasse nicht „isolieren" solle, daß „die Last des Kampfes für die politische Freiheit nicht auf den Schultern der Arbeiter liegen darf", daß „eine Koordinierung, und nicht eine Zersplitterung der Kräfte" nötig sei usw., all das ist doch nur leere Deklamation. In Wirklichkeit ist all das eine Umschreibung und Paraphrasierung ein und desselben: isoliert euch nicht *(von den Liberalen)*, „koordiniert eure Kräfte" *(mit der Politik der Liberalen)*, erblickt in der liberalen Politik den wirklichen Kampf für die politische Freiheit, nicht aber einen Kuhhandel mit den Purischkewitsch, usw. usf.

Wir sind nicht auf diese Deklamationen eingegangen, weil man, will man um das Wesen der Sache streiten, die wirklichen Ausgangspunkte, die Wurzeln der Meinungsverschiedenheiten nehmen muß, nicht aber die deklamatorischen Verzierungen einer grundsätzlich falschen Linie.

„Newskaja Swesda" Nr. 26, 16. September 1912.
Unterschrift: M. M.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

ERFOLGE DER AMERIKANISCHEN ARBEITER

Die letzte in Europa eingetroffene Nummer der amerikanischen Arbeiterwochenzeitung „Appeal to Reason" teilt mit, daß die Auflage dieser Zeitung 984 000 Exemplare erreicht hat. Briefe und Anforderungen von überallher – schreibt die Redaktion (Nr. 875 vom 7. September) – lassen keinen Zweifel daran, daß wir in den nächsten Wochen die Million überschreiten werden.

Diese Ziffer – eine Million Exemplare einer sozialistischen Zeitung, die von den amerikanischen Gerichten schamlos verleumdet und verfolgt wird und die bei allen Verfolgungen wächst und stärker wird – veranschaulicht besser als lange Abhandlungen, welche Umwälzung in Amerika heranreift.

Kürzlich schrieb die liebedienernde Zeitung „Nowoje Wremja", dieses Organ käuflicher Schmierfinken, über die „Macht des Geldes" in Amerika, sie berichtete schadenfroh von der außerordentlichen Bestechlichkeit Tafts, Roosevelts, Wilsons, *aller* Kandidaten der bürgerlichen Parteien für den Posten des Präsidenten der Republik. Hier habt ihr die freie, demokratische Republik – zischte die russische käufliche Zeitung.

Die klassenbewußten Arbeiter antworten darauf ruhig und stolz: Was die Bedeutung einer breiten Demokratie anbelangt, so irren wir uns nicht im geringsten. Keinerlei Demokratie in der Welt beseitigt den Klassenkampf und die Allmacht des Geldes. Durchaus nicht darin bestehen die Bedeutung und der Nutzen der Demokratie. Ihre Bedeutung besteht darin, daß sie den Klassenkampf zu einem breiten, offenen und bewußten Kampf macht. Und das ist keine Mutmaßung, kein Wunsch, sondern eine Tatsache.

Wenn in Deutschland die Zahl der Mitglieder der sozialdemokratischen

Partei 970 000 erreicht hat, wenn in Amerika eine sozialistische Wochenzeitung eine Auflage von 984 000 Exemplaren erreicht hat – dann muß jeder, der Augen hat zu sehen, zugeben: Ein einzelner Proletarier ist machtlos; die proletarischen Millionen sind allmächtig.

„Prawda" Nr. 120, 18. September 1912.
Unterschrift: M. N.

Nach dem Text der „Prawda".

DAS ENDE DES KRIEGES ZWISCHEN ITALIEN UND DER TÜRKEI

Telegrafischen Meldungen zufolge haben die Bevollmächtigten Italiens und der Türkei die vorläufigen Friedensbedingungen unterzeichnet.

Italien „hat gesiegt". Vor einem Jahr ist es wie ein Räuber in die türkischen Gebiete in Afrika eingefallen, und von nun an wird Tripolis zu Italien gehören. Es wird nicht unangebracht sein, diesen typischen Kolonialkrieg eines „zivilisierten" Staates des 20. Jahrhunderts einmal näher zu betrachten.

Wodurch war dieser Krieg hervorgerufen worden? Durch die Habgier der italienischen Finanzmagnaten und Kapitalisten, die einen neuen Markt, die Erfolge des italienischen Imperialismus brauchen.

Was war das für ein Krieg? Ein vervollkommnetes, zivilisiertes Massaker, ein Abschlachten der Araber mit „neuzeitlichsten" Waffen.

Die Araber setzten sich verzweifelt zur Wehr. Als die italienischen Admirale zu Beginn des Krieges unvorsichtigerweise 1200 Matrosen landeten, haben die Araber sie überfallen und etwa 600 Mann niedergemacht. „Zur Strafe" wurden etwa 3000 Araber getötet, ganze Familien ausgerottet, Frauen und Kinder hingemetzelt. Die Italiener sind eine zivilisierte, konstitutionelle Nation.

Nahezu 1000 Araber wurden gehängt.

Die Verluste der Italiener beliefen sich auf mehr als 20000 Mann; darunter 17429 Kranke, 600 Vermißte und 1405 Tote.

Dieser Krieg hat die Italiener über 800 Millionen Lire, d. h. über 320 Millionen Rubel, gekostet. Furchtbare Arbeitslosigkeit, Stagnation der Industrie, das sind die Folgen des Krieges.

Die Araber haben etwa 14800 Tote. Trotz des „Friedens" wird der

Krieg in Wirklichkeit weiter fortdauern, denn die Araberstämme im Innern des afrikanischen Kontinents, weitab von der Küste, werden sich nicht unterwerfen. Man wird sie noch lange „zivilisieren" – mit dem Bajonett, mit der Kugel, mit dem Strick, mit Feuer, durch die Vergewaltigung ihrer Frauen.

Italien ist natürlich nicht besser und nicht schlechter als die übrigen kapitalistischen Länder. Sie alle werden gleichermaßen von der Bourgeoisie regiert, die vor keinem Gemetzel zurückschreckt, wenn es gilt, eine neue Profitquelle zu erschließen.

„Prawda" Nr. 129,
28. September 1912.
Unterschrift: T.

Nach dem Text der „Prawda".

EIN HASARDSPIEL

Das „Nowoje Wremja" gibt einen genauen Einblick in die Pläne der russischen Nationalisten. Liest man dieses in den genannten Kreisen und auch unter den Oktobristen „einflußreiche" Blatt, so erkennt man ganz klar ihren konsequent betriebenen Plan zur Ausplünderung der Türkei.

Wie es einmal üblich ist, wird die Politik des Chauvinismus und der Eroberung fremder Gebiete vor allem betrieben, indem man die Öffentlichkeit gegen Österreich aufhetzt. „Die Balkanvölker", schreibt das „Nowoje Wremja", „haben sich zum heiligen Kampf für ihre Unabhängigkeit erhoben. Der österreichische Diplomat lauert auf den Augenblick, da man sie wird ausplündern können."

Österreich hat einen Happen geschnappt (Bosnien und die Herzegowina), Italien hat einen Happen geschnappt (Tripolis), jetzt ist es an uns, unser Schäflein ins trockne zu bringen – das ist die Politik des „Nowoje Wremja". Der „heilige Kampf für die Unabhängigkeit" ist lediglich eine Phrase, durch die sich nur Dummköpfe täuschen lassen, denn niemand hat hier bei uns in Rußland die wirklich demokratischen Prinzipien einer wahren Unabhängigkeit *aller* Völker so mit Füßen getreten wie die Nationalisten und Oktobristen.

Warum aber meinen die Nationalisten, der Zeitpunkt für eine Raubpolitik sei günstig? Auch dies ist aus dem „Nowoje Wremja" klar ersichtlich. Italien, meint man, wird nicht Krieg führen, für Österreich ist es riskant, die Balkanslawen mit Krieg zu überziehen, da es selber eine mehrere Millionen zählende ihnen verwandte Bevölkerung hat, Deutschland aber wird sich wegen der Niederwerfung der Türkei nicht in einen europäischen Krieg einlassen.

Die Rechnung der Nationalisten ist in höchstem Maße unverblümt und schamlos. Sie halten hochtrabende Reden über den „heiligen Unabhängigkeitskampf" der Völker und spielen selbst auf kaltblütigste Weise mit dem Leben von Millionen, führen die Völker um der Profite einiger weniger Geschäftsleute und Industrieller willen zur Schlachtbank.

Der Dreibund (Deutschland, Österreich, Italien) ist augenblicklich geschwächt, denn der Krieg gegen die Türken hat Italien 800 Millionen Francs gekostet, und auf dem Balkan gehen die „Interessen" Italiens und Österreichs auseinander. Italien möchte noch einen Happen schnappen, nämlich Albanien, Österreich aber will das nicht zulassen. Dies in Rechnung stellend treiben unsere Nationalisten ein verzweifeltes Hasardspiel, sie setzen auf die Stärke und den Reichtum zweier Mächte der Triple-Entente (England und Frankreich) und darauf, daß „Europa" nicht gewillt sein wird, wegen der Meerengen oder der „Abrundung" „unserer" Gebiete auf Kosten der asiatischen Türkei einen allgemeinen Krieg auszulösen.

In der Gesellschaft der Lohnsklaverei spielt jeder Geschäftsmann, jeder Eigentümer ein Hasardspiel: „Entweder ich gehe zugrunde, oder ich mache mich gesund und richte andere zugrunde." Von Jahr zu Jahr gehen Hunderte Kapitalisten bankrott, werden Millionen Bauern, Kleingewerbetreibende und Handwerker ruiniert. Das gleiche Hasardspiel treiben die kapitalistischen Staaten, ein Spiel mit dem Blut von Millionen, die bald hier, bald da um der Eroberung fremder Gebiete und der Ausplünderung schwacher Nachbarn willen zur Schlachtbank getrieben werden.

„Prawda" Nr. 134,
4. Oktober 1912.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE GEISTLICHKEIT BEI DEN WAHLEN UND DIE WAHLEN MIT DER GEISTLICHKEIT

Pressemeldungen zufolge wurden auf den Kongressen der kleinen Grundbesitzer und der Kirchendekane in 46 Gouvernements des Europäischen Rußlands 7990 Bevollmächtigte gewählt, von denen 6516 Geistliche sind. Letztere bilden 82 Prozent.

Das vollständige Ergebnis aus den 50 Gouvernements kann dieses Resultat nur wenig verändern.

Betrachten wir die Bedeutung solcher Wahlen.

Von den kleinen Grundbesitzern und den Kirchspielen wird laut Gesetz ein Bevollmächtigter auf der Grundlage des *vollen Wahlzensus*, der für die Teilnahme am Kongreß der Grundbesitzer festgelegt ist, gewählt. Die Zahl der Bevollmächtigten muß also der Menge des Grund und Bodens entsprechen, den die Wähler besitzen.

Laut Statistik von 1905 stehen uns für die 50 Gouvernements des Europäischen Rußlands die folgenden Angaben zur Verfügung:

Kirchenländereien	1,9	Mill. Desjatinen
Ländereien in Privateigentum von Geistlichen	0,3	„ „
Insgesamt im Besitz der Geistlichkeit	2,2	Mill. Desjatinen
Ländereien in Privateigentum von Kleinbürgern	3,7	„ „
„ „ „ von Bauern	13,2	„ „
„ „ „ von übrigen	2,2	„ „
„Weltlicher" kleiner Grundbesitz insgesamt	19,1	Mill. Desjatinen

Hierbei ist der kleine Grundbesitz wahrscheinlich weniger vollständig erfaßt als die Ländereien der Geistlichkeit. Und trotzdem ergibt sich, daß

der private kleine Grundbesitz insgesamt 21,3 Mill. Desjatinen umfaßt, wovon die Geistlichkeit 2,2 Mill. Desjatinen besitzt, d. h. *wenig mehr als* $^1/_{10}$! Bevollmächtigte aber hat die Geistlichkeit über *acht Zehntel* gewählt!!

Wie konnte das geschehen? Sehr einfach. Die kleinen Grundbesitzer fahren höchst selten zu den Wahlen: sie haben weder die Mittel dazu noch auch großes Interesse daran, und Tausende polizeilicher Behinderungen beschränken die Freiheit der Wahlen. Den Popen aber ist „nahegelegt" worden, vollzählig zu erscheinen.

Die Popen werden für die der Regierung genehmen Kandidaten stimmen. Aus diesem Grunde murren *sogar die Gutsbesitzer*, ganz zu schweigen von der Bourgeoisie. Auch die Oktobristen und die Nationalisten murren. Alle beschuldigen die Regierung, daß sie die Wahlen *„mache"*. Die Gutsbesitzer und die Großbourgeoisie indessen möchten *die Wahlen selber machen.*

Aneinandergeraten sind also der Absolutismus auf der einen Seite und die Gutsbesitzer und großen Bourgeois auf der andern. Die Regierung wollte sich auf die Gutsbesitzer und die Spitzen der Bourgeoisie stützen; darauf basiert bekanntlich das ganze Gesetz vom 3. Juni 1907.

Es stellt sich heraus, daß die Regierung *nicht einmal* mit den Oktobristen auskommen kann. *Es ist nicht einmal gelungen*, eine feudal-bürgerliche Monarchie von einer für diese Klassen „befriedigenden" Qualität zustande zu bringen.

Diesen Mißerfolg hat die Regierung zweifellos faktisch zugegeben: sie hat begonnen, in Gestalt der untergeordneten, der Obrigkeit unterstellten Geistlichkeit *ihre eigenen Beamten* zu organisieren!

In der Geschichtswissenschaft bezeichnet man diese Methode einer Regierung, die wesentliche Merkmale des Absolutismus beibehalten hat, als Bonapartismus. Stütze sind in diesem Falle nicht bestimmte Klassen oder nicht sie allein, nicht hauptsächlich sie, sondern künstlich ausgewählte, vornehmlich aus verschiedenen abhängigen Schichten angeworbene Elemente.

Wodurch erklärt sich die Möglichkeit einer solchen Erscheinung in „soziologischem" Sinne, d. h. vom Standpunkt des Klassenkampfes?

– Durch die Herausbildung eines Gleichgewichts der Kräfte einander feindlicher oder miteinander konkurrierender Klassen. Konkurrieren zum Beispiel die Purischkewitsch mit den Gutschkow und den Rjabuschinski, so kann die Regierung, bei einem gewissen Ausgleich der Kräfte dieser

Konkurrenten, *mehr* Selbständigkeit erhalten (natürlich in einem gewissen, ziemlich engen Rahmen) als bei entschiedenem Übergewicht einer dieser Klassen. Ist aber diese Regierung historisch durch Erbfolge u. dgl. m. an besonders „klare" Formen des Absolutismus gebunden, sind im Lande die Traditionen des Militarismus und des Bürokratismus im Sinne der Nichtwählbarkeit der Richter und Beamten stark ausgeprägt, so sind die Grenzen dieser Selbständigkeit noch weiter, ihre Erscheinungsformen noch ... offener, die Methoden der „Auswahl" der Wähler und der auf Befehl abstimmenden Wahlmänner noch gröber, die Willkür noch spürbarer.

Etwas Ähnliches macht auch das heutige Rußland durch. Der „Schritt voran auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie"* wird durch die Übernahme bonapartistischer Methoden kompliziert. Wenn sich in Frankreich bürgerliche Monarchie und bonapartistisches Kaiserreich klar und scharf voneinander unterschieden, so gab in Deutschland bereits Bismarck Musterbeispiele für die „Vereinigung" des einen und des anderen Typs, bei klarem Überwiegen der Züge, die Marx als „Militärdespotismus" bezeichnete[82] – schon ganz abgesehen vom Bonapartismus.

Die Karausche, sagt man, läßt sich gern in saurer Sahne braten. Wir wissen nicht, ob sich der Spießbürger gern in bürgerlicher Monarchie, altem feudalem Absolutismus, in „modernem" Bonapartismus oder in Militärdespotismus oder schließlich in einer gewissen Mischung all dieser „Methoden" „braten" läßt. Erscheint aber möglicherweise der Unterschied vom Standpunkt des Spießbürgers und vom Standpunkt der sogenannten „Rechtsordnung", d. h. vom *rein* juristischen, formal konstitutionellen Standpunkt sehr gering, so gibt es hier vom Standpunkt des Klassenkampfes einen wesentlichen Unterschied.

Der Spießbürger hat es nicht leichter, wenn er erfährt, daß er nicht nur auf alte, sondern auch auf neue Weise geprügelt wird. Aber die *Festigkeit* des die Spießer knechtenden Regimes, die *Bedingungen der Entwicklung* und der Auflösung dieses Regimes, die Fähigkeit dieses Regimes zu schnellem ... Fiasko – all das hängt in hohem Grade davon ab, ob wir mehr oder weniger ausgeprägte, offene, beständige, direkte Formen der Herrschaft bestimmter Klassen oder verschiedene mittelbare, unbeständige *Formen* einer solchen Herrschaft vor uns haben.

Die Herrschaft von *Klassen* ist schwieriger zu beseitigen als die vom

* Siehe Werke, Bd. 15, S. 348/349. *Die Red.*

abgelebten Geist des Alten durchdrungenen, unbeständigen, von ausgesuchten „Wählern" unterstützten Formen des Überbaus.

Das Experiment Sablers und Makarows mit der „Organisierung" der Geistlichkeit bei den Wahlen zur IV. Duma ist für jeden von nicht geringem Interesse sowohl in „soziologischer" als auch in praktisch-politischer Hinsicht.

„Newskaja Swesda" Nr. 27,
5. Oktober 1912.

Nach dem Text der „Newskaja Swesda".

DIE „POSITION" DES HERRN MILJUKOW

Der Führer der Kadettenpartei hat sich völlig verrannt. Er schreibt Artikel von Menschikowscher Länge über die „drei Positionen", über die „eine Position", und je mehr er schreibt, desto klarer wird, daß er den Leser *in die Irre führt*, daß er das Wesen der Sache durch langweiliges und leeres Geschwätz *vertuscht*.

Armer gelehrter Historiker! Er muß *so tun*, als verstehe er nicht den Unterschied zwischen Liberalismus und Demokratie. Das ganze Wesen der Sache liegt in diesem Unterschied, meine Herren! Sowohl in den Abstimmungen in der Duma schlechthin als auch in der Stellung zu den „Reformen", sowohl in der Stimmabgabe für das Budget als auch in der Frage der „außerparlamentarischen Taktik" zeigt sich in verschiedenen *Formen* ein und dasselbe *Wesen* der Sache, der große Unterschied zwischen der liberal-monarchistischen Bourgeoisie und der Demokratie.

Zum tausendundersten Male wollen wir den „nicht verstehenden" Herren Miljukow kurz wiederholen, worin dieser Unterschied besteht.

Die Liberalen verteidigen eine Anzahl feudal-absolutistischer Privilegien (die zweite Kammer usw.). Die Demokratie kämpft unversöhnlich gegen alle Privilegien.

Die Liberalen paktieren mit den Kräften des Alten im gesellschaftlichen Leben, die Demokratie verfolgt eine Taktik der Beseitigung dieser Kräfte.

Die Liberalen fürchten die Selbsttätigkeit der Massen, glauben nicht an sie, leugnen sie; die Demokratie sympathisiert mit dieser Selbsttätigkeit, glaubt an sie, unterstützt und entwickelt sie.

Das mag vorläufig genügen.

Sollte Herr Miljukow diesen Unterschied, der sogar aus den Geschichtsbüchern bekannt ist, tatsächlich „nicht verstehen"?

Sollte er „nicht verstehen", daß schon das *Programm* der Kadetten kein Programm von Demokraten, sondern ein Programm der liberal-monarchistischen Bourgeoisie ist, daß nur die Liberalen (und zwar die schlechten Liberalen) in der III. Duma für das Budget stimmen konnten, sich als loyale Opposition bezeichnen konnten? usw.

Herr Miljukow versteht das ausgezeichnet, und er macht uns „ein X für ein U" vor, wenn er so tut, als habe er den elementarsten Unterschied zwischen Liberalismus und Demokratie vergessen.

Um diese erbärmlichen Ausflüchte der Kadetten schwarz auf weiß festzuhalten, wollen wir Herrn Miljukow sagen, daß wir in der gesamten *offiziellen* Presse der Sozialdemokraten (nicht mitgezählt natürlich die Liquidatoren, die wir gern an Herrn Miljukow abtreten), in *allen* Resolutionen der führenden Instanzen der Sozialdemokratie, in der gesamten Linie der Sozialdemokraten in der III. Duma stets und ständig in tausenderlei Formen ein Eintreten für die alte Taktik feststellen können, von der sich die Sozialdemokraten, nach den Worten Herrn Miljukows, angeblich abgekehrt haben.

Das ist eine unbestreitbare historische Tatsache, gelehrter Herr Historiker!

Wir müssen schwarz auf weiß festhalten, wie tief die Kadetten gesunken sind, wenn sie die Öffentlichkeit in so elementaren und durch die Geschichte der politischen Parteien in Rußland so eindeutig bestimmten Fragen zu täuschen suchen.

Zum Schluß eine kleine Frage an Herrn Miljukow, um das Gesagte zusammenzufassen und kurz zu wiederholen: Handelten Sie, meine Herren Kadetten, als Sie zustimmten, Woiloschnikow für fünf Sitzungen auszuschließen[83], wie Liberale oder wie Demokraten?

„Prawda" Nr. 136,
6. Oktober 1912.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Prawda".

DER ABGEORDNETE DER PETERSBURGER ARBEITER

Das Proletariat der Hauptstadt entsendet einen seiner Auserwählten in die Duma der Schwarzhunderter, der Gutsbesitzer und der Popen. Auf einem verantwortungsvollen Posten wird dieser Auserwählte stehen. Er muß im Namen von Millionen auftreten und handeln, er muß ein ruhmvolles Banner entrollen, er muß den Auffassungen Ausdruck verleihen, die Jahre hindurch von den verantwortlichen Vertretern des Marxismus und der Arbeiterdemokratie in aller Form, mit aller Bestimmtheit und Klarheit geäußert wurden.

Die Wahl eines einzigen Menschen für diesen Posten ist eine Sache von so großer Bedeutung, daß es kleinlich, feige und schändlich wäre, hätte man Angst, darüber offen und ohne Umschweife zu sprechen, hätte man Angst, die eine oder andere Person, den einen oder anderen Kreis usw. zu „kränken".

Die Wahl muß dem Willen der Mehrheit der klassenbewußten, marxistischen Arbeiter entsprechen. Das liegt auf der Hand. Das wird niemand *offen* zu leugnen wagen.

Jedermann weiß, daß sich von 1908 bis 1912 in Hunderten und Tausenden von Versammlungen, Diskussionen, Gesprächen, in den Spalten verschiedener Presseorgane unter den Petersburger Arbeitern die Gegner des Liquidatorentums und die Liquidatoren bekämpften. Es ist würdelos, den Kopf in den Sand zu stecken, wie es dumme Vögel tun, und diese Tatsache „vergessen" zu wollen.

Wer jetzt, da es um die Wahl *eines* Abgeordneten geht, nach „Einheit" schreit, verwirrt die Sache, denn er verschiebt die Fragestellung und *vertuscht* mit dem Geschrei das Wesen der Sache.

Was hat das mit „Einheit" zu tun, wenn *einer* zu wählen ist und alle zustimmen, daß er den Willen der Mehrheit der klassenbewußten, marxistischen Arbeiter zum Ausdruck bringen muß??

Die Liquidatoren haben Angst, offen zu sagen, daß sie die Wahl eines Liquidators oder eines „Fraktionslosen" (d. h. eines Schwankenden) möchten – und aus Angst, ihre Ansichten *offen* zu vertreten, wollen sie sie mit Hilfe des *Betrugs*, des Geschreis nach „Einheit" an den Mann bringen.

Wir haben die Pflicht, dieses Durcheinander aufzudecken. Wenn unter den klassenbewußten Arbeitern die Liquidatoren die Mehrheit ausmachen, wird sie niemand in der Welt daran hindern, einen Liquidator zu wählen. Man muß so exakt, ruhig, eindeutig, umsichtig, richtig wie möglich feststellen, auf wessen Seite die Mehrheit ist, ohne sich von dem Lärm der Leute verwirren zu lassen, die, um ihre Ansichten zu verbergen, die „Einheit" predigen (wenige Tage vor den Wahlen!), *nachdem fünf Jahre des Kampfes hinter uns liegen.*

Die Arbeiter sind keine Kinder, die ein solches Märchen glauben. Möglich ist nur eine Entscheidung von dreien: 1. die Wahl eines Liquidators; 2. die Wahl eines Gegners des Liquidatorentums; 3. die Wahl eines Schwankenden. In fünf Jahren, von 1908 bis 1912, gab es unter den Sozialdemokraten niemand anderen, und es gibt auch jetzt niemand anderen!

Die Arbeiter, die erwachsene und selbständige Menschen sein wollen, dürfen keine politischen Streikbrecher unter sich dulden. Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß der Wille der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter geachtet und erfüllt wird.

Die Arbeiter brauchen einen Abgeordneten, der den Willen der Mehrheit zum Ausdruck bringt und genau weiß, *was für eine* Arbeit er innerhalb und außerhalb der Duma leisten wird.

Die Mehrheit hat ihren Willen erklärt, und der Abgeordnete von Petersburg muß ein entschiedener Gegner des Liquidatorentums, ein Anhänger der konsequenten Arbeiterdemokratie sein.

„Prawda" Nr. 144, 16. Oktober 1912. Unterschrift: J.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE BALKANVÖLKER UND DIE EUROPÄISCHE DIPLOMATIE

Das allgemeine Interesse ist jetzt auf den Balkan gerichtet. Und das ist verständlich. Für ganz Osteuropa schlägt jetzt vielleicht die Stunde, in der die Völker selbst frei und energisch ihr Wort sprechen werden. Für das Spiel der bürgerlichen „Mächte" und ihrer Diplomaten, die einander in der Wissenschaft der Intrigen, des Ränkeschmiedens und des eigennützigen gegenseitigen Übervorteilens überbieten, ist jetzt kein Platz.

Die Balkanvölker könnten jetzt sagen, was unsere Leibeigenen in alten Zeiten gesagt haben: „Mehr als den Satan muß man meiden der Herrschaft Liebe und der Herrschaft Zorn."[84] Sowohl eine feindselige als auch eine angeblich freundschaftliche Einmischung der „Mächte" Europas bedeutet für die Bauern und Arbeiter des Balkans nichts als eine Vermehrung aller möglichen Fesseln und Hindernisse für die freie Entwicklung zu den allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung hin.

Deshalb muß man, unter anderem, sowohl gegen die regierungsamtliche als auch gegen die liberale „Diplomatie" kämpfen. Durch und durch verlogen sind zum Beispiel die Betrachtungen der „Retsch", die in diesen Tagen die „russische Gesellschaft" (d. h. die Bourgeoisie) aufgerufen hat, sich der Worte des englischen Regierungsorgans zu erinnern, wonach Europa, so heißt es dort, eine „schlechte Verwaltung" auf dem Balkan nicht zulassen wird! „Möge unsere Diplomatie die Hände nicht in den Schoß legen" – ereifert sich die „Retsch".

Selbst das „liberalste" bürgerliche Europa bringt dem Balkan nichts als Unterstützung der Fäulnis und der Stagnation, als bürokratische Hindernisse für die Freiheit, antworten wir. Gerade „Europa" verhindert die Errichtung einer föderativen Balkanrepublik.

Die fortgeschrittenen Arbeiter auf dem Balkan und die gesamte Balkandemokratie setzen ihre Hoffnungen ausschließlich auf die Entwicklung der Bewußtheit, des Demokratismus und der Selbsttätigkeit der *Massen* und nicht auf die Intrigen der bürgerlichen Diplomaten, mögen sie noch so schöne liberale Phrasen im Munde führen!

„Prawda" Nr. 144,
16. Oktober 1912.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

DER FUCHS UND DER HÜHNERSTALL

Der Balkankrieg und die Stellung „Europas" zu ihm ist heute die aktuellste politische Frage. Für die gesamte Demokratie überhaupt und für die Arbeiterklasse im besonderen ist es wichtig zu *begreifen*, von welchen Klasseninteressen sich dabei diese oder jene Partei leiten läßt.

Die Politik der Oktobristen, der Nationalisten, der parteilosen „Patrioten", vom „Nowoje Wremja" bis zum „Russkoje Slowo", ist klar und eindeutig. Die Hetze gegen Österreich, das Anstacheln zum Krieg gegen Österreich, das Geschrei von den „slawischen Aufgaben" Rußlands – das alles ist nichts anderes als das durchsichtige Bestreben, die Aufmerksamkeit von den inneren Angelegenheiten Rußlands abzulenken und der Türkei „ein Stückchen abzuzwacken". Unterstützung der Reaktion im Innern und des imperialistischen, kolonialen Raubs nach außen – das ist der Kern dieser plumpen „patriotischen" „slawischen" Politik.

Die Politik der Kadetten ist raffinierter, ist diplomatisch verbrämt – aber im Grunde genommen ist sie *gleichfalls eine reaktionäre imperialistische Großmacht*politik. Das muß man sich besonders einschärfen, denn die Liberalen verstecken ihre Ansichten geschickt hinter demokratisch klingenden Phrasen.

Da ist zum Beispiel die „Retsch". Anfangs – bis zum „Rendezvous" Miljukows mit Sasonow[85] – wurde Sasonow „Nachgiebigkeit" vorgeworfen; den Nationalisten wurde vorgeworfen, sie hätten der „großen Idee" der Eroberung Konstantinopels Abbruch getan. Jetzt, nach dem Rendezvous, erklärt sich die „Retsch" mit der „Rossija" solidarisch und zieht nach Kräften über den „blinden Eifer" des „Nowoje Wremja" her.

Aber welches ist jetzt die Politik der „Retsch"?

Man dürfe nicht mit weitgespannten Forderungen anfangen, sonst verlieren wir die Unterstützung (Frankreichs und Englands) und „werden schließlich, ohne es zu wollen, *sogar bescheidener als not tut*" (Nr. 278)!!

Also die „Retsch" ist *deshalb* gegen die Chauvinisten, weil sie „schließlich bescheidener werden als not tut". Das heißt, ihr, ihr Chauvinisten, prahlt nur und erreicht nichts; wir jedoch sind dafür, still und friedlich, mit Unterstützung der französischen und der englischen Bourgeoisie, unser Schäflein ins trockne zu bringen!

Die Unterstützung (der Triple-Entente) „brauchen wir im Interesse eben unseres Proteges auf dem Balkan", schreibt die „Retsch". Man beachte: Die „Retsch" ist *ebenfalls für die „Protegierung"* (den Schutz) der Slawen durch Rußland, für den Schutz des Hühnerstalls durch den Fuchs, aber für einen schlaueren Schutz!

„Alles, was man erreichen kann, ist nur auf diesem einen Wege zu erreichen – durch die Zusammenarbeit der europäischen Diplomatie", erklärt die „Retsch".

Die Sache ist klar: Die Politik der Kadetten läuft auf den gleichen Chauvinismus und Imperialismus hinaus wie die des „Nowoje Wremja", nur ist sie schlauer und gerissener. Das „Nowoje Wremja" droht plump und grob mit Krieg im Namen Rußlands allein. Die „Retsch" droht „geschickt und diplomatisch" *ebenfalls mit Krieg* – doch im Namen der Triple-Entente; denn wenn man sagt: „Man soll nicht bescheidener sein als not tut", so ist das eben eine Kriegsdrohung. Das „Nowoje Wremja" ist für die Protegierung der Slawen *durch Rußland*, die „Retsch" für die Protegierung der Slawen durch die Triple-Entente, d. h., das „Nowoje Wremja" ist für den einen, für unseren Fuchs im Hühnerstall, die „Retsch" aber für eine Entente von drei Füchsen.

Die Demokratie im allgemeinen und die Arbeiter im besonderen sind gegen jede „Protegierung" der Slawen durch Füchse und Wölfe, sie sind für die volle Selbstbestimmung der Völker, für volle Demokratie, für die Befreiung der Slawen von *jeder* Protegierung durch die „Großmächte".

Die Liberalen und die Nationalisten streiten über *verschiedene Methoden* zur Ausplünderung und Unterwerfung der Balkanvölker durch die Bourgeoisie Europas. Allein die Arbeiter betreiben eine Politik der wahren Demokratie – für Freiheit und Demokratie überall und bis zuletzt, gegen jegliche „Protegierung", Ausplünderung und Einmischung!

„Prawda" Nr. 146,
18. Oktober 1912.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

EINE SCHÄNDLICHE RESOLUTION

Die Resolution der Petersburger Stadtduma vom 10. Oktober hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen.

Die Resolution betrifft den Balkankrieg, das wichtigste weltpolitische Ereignis. Die Resolution geht von einer einflußreichen, in der Bourgeoisie einflußreichen, öffentlichen Institution aus. Sie ist *einstimmig* von erklärten Reaktionären und Liberalen angenommen worden.

Falbork, ein Liberaler, ein Kadett und fast ein „Demokrat" (!?), wies in einer „flammenden Rede" nach, daß es notwendig sei, eine solche Resolution abzufassen, er wirkte in der Kommission mit, die die Resolution ausarbeitete, und gab ihr seine Stimme.

Dabei ist diese Resolution ein Musterbeispiel bürgerlichen Chauvinismus, ein Musterbeispiel würdeloser Liebedienerei der Bourgeoisie vor den „Machthabern", ein Musterbeispiel dafür, wie die Bourgeoisie jene Politik unterstützt, die die Völker zu Kanonenfutter macht.

„Petersburg", so heißt es in der an die Hauptstädte der kriegführenden Balkanmächte gerichteten Resolution, „hofft gemeinsam mit euch auf jene lichte Zukunft der unterdrückten Völker in Unabhängigkeit und Freiheit, für die ihr euer Blut vergießt."

Da sieht man, hinter welchen Phrasen sich der Chauvinismus verbirgt! Nie und nirgends haben unterjochte Völker durch den *Krieg* des einen Volkes gegen ein anderes ihre „Freiheit" errungen. Die Völkerkriege verstärken lediglich die Knechtung der Völker. Die wahre *Freiheit* des slawischen Bauern auf dem Balkan wie auch des türkischen Bauern kann *nur* durch die völlige Freiheit innerhalb eines *jeden* Landes und durch die Föderation völlig und uneingeschränkt demokratischer Staaten gesichert werden.

Der slawische und der türkische Bauer auf dem Balkan sind Brüder, gleichermaßen „unterdrückt" durch ihre Gutsbesitzer und ihre Regierungen.

Hier ist die wirkliche Unterdrückung, das wirkliche Hindernis für „Unabhängigkeit" und „Freiheit" zu suchen.

Die reaktionären und die liberalen Chauvinisten, die sich in der Petersburger Stadtduma offen vereinigt haben (wie sie in der Presse getarnt vereinigt sind, stimmt doch das Urteil der „Retsch" und des „Nowoje Wremja" in dieser Frage *im Wesen* überein, unterscheidet es sich doch nur im Ton und in Details), diese Chauvinisten propagieren die Verwandlung der Völker in Kanonenfutter!

„Prawda" Nr. 146,
18. Oktober 1912.
Unterschrift: T.

Nach dem Text der „Prawda".

ZWEI UTOPIEN

Utopie ist ein griechisches Wort: „u" bedeutet griechisch nirgends, „topos" – Land. Utopie ist also Nirgendland, eine Phantasie, etwas Erdichtetes, ein Märchen.

Eine Utopie in der Politik ist eine Art Wunschtraum, der auf keinen Fall, weder jetzt noch später, verwirklicht werden kann, ein Wunschtraum, der sich nicht auf die gesellschaftlichen Kräfte stützt und der nicht durch das Wachstum, die Entwicklung der politischen Kräfte, der Klassenkräfte, gestützt wird.

Je geringer die Freiheit in einem Lande ist, je dürftiger die Äußerungen des offenen Kampfes der Klassen, je niedriger das Niveau der *Massen*aufklärung, desto leichter entstehen gewöhnlich politische Utopien, und desto länger halten sie sich.

Im gegenwärtigen Rußland halten sich zwei Arten von politischen Utopien am zähesten und üben durch ihre Anziehungskraft einen gewissen Einfluß auf die Massen aus. Das sind die liberale und die volkstümlerische Utopie.

Die liberale Utopie besteht darin, daß es angeblich möglich wäre, schiedlich und friedlich, ohne jemanden zu kränken, ohne die Purischkewitsch zu stören, ohne erbitterten und konsequent geführten Klassenkampf irgendwelche ernsten Verbesserungen in Rußland, hinsichtlich seiner politischen Freiheit, in der Lage der werktätigen Volksmassen, zu erreichen. Es ist das die Utopie des *Friedens* zwischen einem freien Rußland und den Purischkewitsch.

Die volkstümlerische Utopie ist das Träumen des volkstümlerischen Intellektuellen und des trudowikischen Bauern davon, daß es möglich wäre,

durch eine neue und gerechte Verteilung des gesamten Grund und Bodens die Macht und die Herrschaft des Kapitals zu *beseitigen*, die Lohnsklaverei zu beseitigen, oder daß es möglich wäre, unter der Herrschaft des Kapitals, angesichts der Macht des Geldes, angesichts der Warenproduktion eine „gerechte", „ausgleichende" Verteilung des Grund und Bodens *aufrechtzuerhalten*.

Wodurch sind diese Utopien hervorgebracht worden? warum halten sie sich so zäh im heutigen Rußland?

Sie sind hervorgebracht worden durch die Interessen der Klassen, die gegen die alte Ordnung, die Leibeigenschaft, die Rechtlosigkeit, mit einem Wort „gegen die Purischkewitsch" kämpfen und die in diesem Kampf keine selbständige Position einnehmen. Die Utopie, das Träumen ist hervorgebracht worden durch diese Unselbständigkeit, durch diese *Schwäche*. Träumerei ist das Los der *Schwachen*.

Die liberale Bourgeoisie im allgemeinen und die bürgerlich-liberale Intelligenz im besonderen kann nicht anders als nach Freiheit und Gesetzlichkeit streben, denn sonst ist die Herrschaft der Bourgeoisie nicht vollständig, nicht ungeteilt, nicht gesichert. Aber die Bourgeoisie fürchtet die Bewegung der Massen *mehr* als die Reaktion. Daher die erstaunliche, unglaubliche *Schwäche* des Liberalismus in der Politik, seine vollständige Machtlosigkeit. Daher die unendliche Reihe von Zweideutigkeiten, Lügen, Heuchelei, feigen Ausflüchten in der ganzen Politik der Liberalen, die in Demokratismus machen *müssen*, um die Massen auf ihre Seite zu ziehen, und die zugleich zutiefst antidemokratisch sind, zutiefst feindlich der Bewegung der Massen gegenüberstehen, ihrem Beginnen, ihrer Initiative, ihrer Manier, „den Himmel zu stürmen", wie sich einst Marx im Hinblick auf eine der europäischen Massenbewegungen des vergangenen Jahrhunderts ausdrückte.[86]

Die Utopie des Liberalismus ist die Utopie der Machtlosigkeit in der Sache der politischen Befreiung Rußlands, die Utopie des selbstsüchtigen Geldsacks, der da wünscht, „friedlich" die Privilegien mit den Purischkewitsch zu teilen, und dabei diesen edlen Wunsch als Theorie des „friedlichen" Sieges der russischen Demokratie ausgibt. Die liberale Utopie ist ein Träumen davon, wie die Purischkewitsch zu besiegen wären, ohne ihnen eine Niederlage zu bereiten, wie sie zu zerschlagen wären, ohne ihnen weh zu tun. Es ist klar, daß *diese* Utopie nicht nur deshalb schädlich ist,

weil sie eine Utopie ist, sondern auch weil sie das demokratische Bewußtsein der Massen *demoralisiert*. Die Massen, die an *diese* Utopie glauben, werden niemals die Freiheit erlangen; solche Massen sind der Freiheit nicht würdig; solche Massen haben es durchaus verdient, von den Purischkewitsch verhöhnt zu werden.

Die Utopie der Volkstümler und Trudowiki ist das Träumen des Kleinbesitzers, der in der Mitte zwischen dem Kapitalisten und dem Lohnarbeiter steht, von der Vernichtung der Lohnsklaverei ohne Klassenkampf. Wenn die Frage der ökonomischen Befreiung für Rußland zu einer ebenso aktuellen, unmittelbaren, *brennenden* Frage geworden sein wird, wie das augenblicklich die Frage der politischen Befreiung ist, dann wird die Utopie der Volkstümler *nicht weniger* schädlich sein als die Utopie der Liberalen.

Heute aber macht Rußland erst die Epoche seiner bürgerlichen und nicht seiner proletarischen Umgestaltung durch; nicht die Frage der ökonomischen Befreiung des Proletariats ist restlos ausgereift, sondern die Frage der politischen Freiheit, das heißt (dem Wesen der Sache nach) der vollen bürgerlichen Freiheit.

Und in dieser letzten Frage spielt die Utopie der Volkstümler eine eigentümliche historische Rolle. Sie, die utopisch ist in bezug darauf, welches die ökonomischen Folgen einer Neuaufteilung des Grund und Bodens sein müssen (und werden), ist Begleiterin *und Symptom* des großen *demokratischen* Aufschwungs der Bauernmassen, d. h. der Massen, die in dem gegenwärtigen, dem bürgerlich-feudalen Rußland die *Mehrheit* der Bevölkerung bilden. (In einem rein bürgerlichen Rußland wird ebenso wie im rein bürgerlichen Westeuropa die Bauernschaft nicht die Mehrheit der Bevölkerung bilden.)

Die Utopie der Liberalen zersetzt das demokratische Bewußtsein der Massen. Die Utopie der Volkstümler, die ihr *sozialistisches* Bewußtsein zersetzt, ist Begleiterin, Symptom, zum Teil sogar Ausdruck ihres demokratischen Aufschwungs.

Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß die Volkstümler und Trudowiki als ein antikapitalistisches Mittel eine maximal konsequente und entschiedene kapitalistische Maßnahme auf dem Gebiet der Agrarfrage in Rußland vorschlagen und durchzuführen suchen. Die „Ausgleichung" durch eine Neuaufteilung des Grund und Bodens ist eine Utopie, aber

der für eine *Neu*aufteilung notwendige vollständige Bruch mit allen alten Formen des Grundbesitzes, dem gutsherrlichen Grundbesitz, dem Besitz von Anteilland, dem „fiskalischen" Grundbesitz, ist die allernotwendigste, ökonomisch fortschrittlichste, für einen solchen Staat wie Rußland dringendste Maßnahme in bürgerlich-demokratischer Richtung.

Man muß sich der bemerkenswerten Worte von Engels erinnern:

„Was aber ökonomisch formell falsch, kann darum doch weltgeschichtlich richtig sein."[87]

Engels sprach diesen tiefschürfenden Satz aus im Hinblick auf den utopischen Sozialismus: Dieser Sozialismus war „falsch" in formell ökonomischem Sinn. Dieser Sozialismus war „falsch", da er den Mehrwert als *Ungerechtigkeit* vom Standpunkt der Gesetze des Warenaustauschs erklärte. Gegen *diesen* Sozialismus hatten die Theoretiker der bürgerlichen politischen Ökonomie in formell ökonomischem Sinn recht, denn aus den Gesetzen des Austauschs ergibt sich der Mehrwert ganz „natürlich", ganz „gerecht".

Aber der utopische Sozialismus hatte *recht* im weltgeschichtlichen Sinn, denn er war Symptom, Dolmetsch, Herold der Klasse, die, hervorgebracht vom Kapitalismus, heute, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, zu einer Massenkraft herangewachsen ist, die befähigt ist, mit dem Kapitalismus Schluß zu machen, und die unaufhaltsam diesem Ziel entgegenschreitet.

Des tiefschürfenden Satzes von Engels muß man eingedenk sein bei der Einschätzung der gegenwärtigen volkstümlerischen oder trudowikischen Utopie in Rußland (vielleicht nicht allein in Rußland, sondern in einer ganzen Reihe asiatischer Staaten, die im 20. Jahrhundert die bürgerliche Revolution durchmachen).

Falsch in formell ökonomischem Sinn, ist der volkstümlerische *Demokratismus* eine Wahrheit im *geschichtlichen* Sinn; falsch als sozialistische Utopie, ist *dieser* Demokratismus die *Wahrheit* jenes eigentümlichen geschichtlich bedingten demokratischen Kampfes der Bauernmassen, der ein untrennbares Element der bürgerlichen Umbildung und die Voraussetzung ihres vollen Sieges darstellt.

Die liberale Utopie entwöhnt die Bauernmassen des Kämpfens. Die volkstümlerische Utopie ist Ausdruck ihres Strebens zu kämpfen, wobei sie ihnen für den Fall des Sieges Millionen Güter der Welt verspricht, während in der Tat dieser Sieg nur hundert Güter geben wird. Aber ist es

nicht natürlich, daß die in den Kampf ziehenden Millionen, die Jahrhunderte in unerhörter Unwissenheit, in Not, Elend, Schmutz gelebt haben, die zersplittert und verschüchtert waren, die Früchte des möglichen Sieges zehnfach übertreiben?

Die liberale Utopie ist eine Bemäntelung der selbstsüchtigen Wünsche der neuen Ausbeuter, die Privilegien mit den alten Ausbeutern zu teilen. Die volkstümlerische Utopie ist Ausdruck des Bestrebens der werktätigen Millionen des Kleinbürgertums, *völlig* Schluß zu machen mit den alten, feudalen Ausbeutern, wie auch der trügerischen Hoffnung, „zugleich" die neuen, kapitalistischen Ausbeuter beseitigen zu können.

Es ist klar, daß die Marxisten, die *allen* Utopien feindlich gegenüberstehen, die Selbständigkeit der Klasse verteidigen müssen, die *rückhaltlos* gegen den Feudalismus zu kämpfen vermag, eben weil sie auch nicht zu einem hundertsten Teil durch jene Teilhaberschaft am Eigentum gebunden ist, die aus der Bourgeoisie einen halben Gegner, oftmals aber auch einen Bundesgenossen der Feudalen macht. Die Bauern „stecken in den Fängen" der kleinen Warenproduktion; sie *können* bei einer günstigen Verquikkung der historischen Umstände die vollständigste Beseitigung des Feudalismus erreichen, aber sie werden nicht zufällig, sondern unvermeidlich *immer* ein gewisses Schwanken zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Liberalismus und Marxismus erkennen lassen.

Es ist klar, daß die Marxisten aus der Schale der volkstümlerischen Utopien sorgfältig den gesunden und wertvollen Kern des ehrlichen, entschiedenen, kämpferischen Demokratismus der Bauernmassen herauslösen müssen.

In der alten marxistischen Literatur der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts kann man das systematisch verfolgte Bestreben finden, diesen wertvollen demokratischen Kern herauszuschälen. Irgendwann werden die Historiker systematisch dieses Bestreben studieren und seinen Zusammenhang mit dem verfolgen, was im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die Bezeichnung „Bolschewismus" erhalten hat.

Geschrieben vor dem 5. (18.) Oktober 1912.
Zuerst veröffentlicht 1924 in der Zeitschrift „Shisn" (Das Leben) Nr. 1.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Manuskript.

ENGLISCHE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN ÜBER LIBERALE ARBEITERPOLITIK

Bekanntlich gibt es in England zwei Arbeiterparteien: die Sozialdemokraten, die jetzt den Namen „Britische Sozialistische Partei" tragen, und die sogenannte „Unabhängige Arbeiterpartei".

Diese Spaltung in der sozialistischen Arbeiterbewegung Englands ist kein Zufall. Ihr Ursprung geht weit zurück. Sie wurde durch die Besonderheiten der Geschichte Englands hervorgebracht. In England hat sich der Kapitalismus am frühesten entwickelt, und es war für eine lange Zeit die „Werkstätte" der Welt. Diese besondere Monopolstellung schuf in England verhältnismäßig erträgliche Lebensbedingungen für die *Arbeiteraristokratie*, d. h. für eine Minderheit geschulter, gut bezahlter Arbeiter.

Daher der kleinbürgerliche Kastengeist in dieser Arbeiteraristokratie, die sich von ihrer Klasse losgelöst hat, sich ins Schlepptau der Liberalen begeben hat und den Sozialismus spöttisch als „Utopie" betrachtet. Die „Unabhängige Arbeiterpartei" ist eben eine Partei der liberalen Arbeiterpolitik. Man sagt mit Recht, daß diese Partei „unabhängig" nur vom Sozialismus, aber vom Liberalismus sehr abhängig ist.

In der letzten Zeit wurde das Monopol Englands endgültig erschüttert. Die früheren, verhältnismäßig erträglichen Lebensbedingungen wurden infolge der Verteuerung der Lebenshaltung durch bitterste Not abgelöst. Der Klassenkampf verschärft sich in gewaltigem Ausmaß, und zugleich mit dieser Verschärfung wird der Boden für den Opportunismus untergraben, gerät die frühere Grundlage für die Verbreitung der Ideen der liberalen Arbeiterpolitik in der Arbeiterklasse ins Wanken.

Solange diese Ideen in einem bedeutenden Teil der Arbeiter Englands im Schwange waren, konnte von einer Beseitigung der Spaltung unter den

Arbeitern nicht die Rede sein. Mit Phrasen und Wünschen kann man keine Einheit *schaffen*, solange der Kampf der Sozialdemokratie gegen die liberale Arbeiterpolitik noch nicht ausgefochten ist. Aber *jetzt* beginnt diese Einheit tatsächlich möglich zu werden, denn in der „Unabhängigen Arbeiterpartei" *selbst wächst der Protest* gegen die liberale Arbeiterpolitik.

Wir haben den offiziellen Bericht dieser Partei über ihren letzten Kongreß, die „20. Jahreskonferenz", die am 27. und 28. Mai 1912 in Merthyr stattfand, vorliegen. Überaus interessant sind in diesem Bericht die Diskussionen zur Frage der „parlamentarischen Taktik": im Grunde genommen waren das Diskussionen über eine wesentlichere Frage, über die sozialdemokratische und die liberale Arbeiterpolitik, obgleich die Sprecher diese Ausdrücke nicht gebrauchten.

Die Diskussion auf dem Kongreß eröffnete das Parlamentsmitglied Jowett. Er brachte eine Resolution gegen die Unterstützung der Liberalen ein, über die wir gleich ausführlicher berichten werden, und einer seiner Gesinnungsgenossen, Conway, der diese Resolution unterstützte, erklärte direkt: „Der einfache Arbeiter stellt stets die Frage, ob die Arbeiterpartei im Parlament eine selbständige Linie vertritt." Unter den Arbeitern verstärkt sich der Verdacht, daß die Arbeiterpartei von den Liberalen „am Gängelband geführt" wird. „Im Lande verbreitet sich immer mehr die Ansicht, daß die Arbeiterpartei einfach ein Flügel der Liberalen Partei ist." Man muß bemerken, daß sich die „Arbeiterpartei" im Parlament *nicht nur* aus Abgeordneten zusammensetzt, die der „Unabhängigen Arbeiterpartei" angehören, sondern auch aus Abgeordneten, die von den Gewerkschaften aufgestellt wurden. Solche Abgeordnete nennen sich Arbeiterabgeordnete und Mitglieder der „Arbeiterpartei", obgleich sie der „Unabhängigen Arbeiterpartei" *nicht angehören*. Die englischen Opportunisten haben das verwirklicht, wozu die Opportunisten der anderen Länder so oft tendieren: die Vereinigung der opportunistischen „sozialistischen" Abgeordneten mit den Abgeordneten der „parteilosen" Gewerkschaftsverbände. Die berüchtigte „breite Arbeiterpartei", von der bei uns in den Jahren 1906/1907 manche Menschewiki sprachen, wurde in England und nur in England realisiert.

Um seinen Anschauungen praktischen Ausdruck zu verleihen, brachte Jowett eine Resolution ein. Sie ist typisch „englisch" abgefaßt: keinerlei allgemeine Prinzipien (die Engländer rühmen sich ihres „Praktizismus"

und ihrer Abneigung gegenüber allgemeinen Prinzipien; das ist ein Ausdruck desselben Kastengeistes in der Arbeiterbewegung). Die Resolution forderte die Arbeitergruppe im Unterhaus auf, *jegliche Drohungen zu ignorieren* (unbeachtet zu lassen), daß sich das liberale Kabinett in der Minderheit befinden und folglich zum Rücktritt gezwungen sein könne, *und zu jeder Frage standhaft* (steadfastly) *abzustimmen, wie es die Sache verdient* (on the merits of the questions).

Jowett hat mit seiner Resolution „den Stier bei den Hörnern gepackt". Das liberale Kabinett in England, wie die ganze Liberale Partei, flößt den Arbeitern mit allen Mitteln ein: man muß die Kräfte gegen die Reaktion (d. h. gegen die Konservative Partei) vereinigen; man muß die liberale Mehrheit erhalten, die verlorengehen kann, wenn die Arbeiter nicht mit den Liberalen stimmen; die Arbeiter dürfen sich nicht isolieren, sie müssen die Liberalen unterstützen. Und Jowett stellt die Frage ganz klar: Stimmt „standhaft", beachtet nicht die Drohungen, daß das liberale Kabinett fallen könnte, stimmt nicht so, wie es das Interesse der Liberalen Partei verlangt, sondern so, wie es die Sache verdient, d. h. – in der Sprache des Marxismus – betreibt eine selbständige proletarische Klassenpolitik und nicht eine liberale Arbeiterpolitik.

(Innerhalb der „Unabhängigen Arbeiterpartei" wird der Marxismus *prinzipiell* abgelehnt, die Sprache des Marxismus ist deshalb überhaupt nicht in Gebrauch.)

Über Jowett fielen sofort die in der Partei herrschenden Opportunisten her. Sie fielen über ihn her – und das ist charakteristisch! – eben wie Opportunisten, mit Schlichen und Ausflüchten. Sie wollten nicht *direkt* sagen, daß sie *für* die Unterstützung der Liberalen sind. Sie kleideten ihre Gedanken in die Form *allgemeiner Phrasen*, drapierten sie mit dem obligatorischen Hinweis auf die „Selbständigkeit" der Arbeiterklasse. Sie handeln ganz ebenso wie unsere Liquidatoren, die stets gerade dann besonders laut von der „Selbständigkeit" der Arbeiterklasse schreien, wenn sie sich *in Wirklichkeit* darauf vorbereiten, diese Selbständigkeit durch die liberale Arbeiterpolitik zu ersetzen.

Der Vertreter der opportunistischen Mehrheit, Murray, brachte einen „Abänderungsantrag" ein, d. h. eine Gegenresolution folgenden Inhalts:

„Die Konferenz stellt fest, daß die Arbeiterpartei zwecks besserer Erlangung ihrer Ziele nach wie vor alle eventuellen Ergebnisse und Folgen ihrer

Taktik, sowohl die unmittelbaren als auch die mittelbaren, in Rechnung stellen muß, wobei sie keinen Augenblick vergessen darf, daß ihre Entschlüsse ausschließlich von ihren eigenen Interessen als Partei und von dem Bestreben bestimmt sein müssen, die Gelegenheiten zur Erlangung ihrer Ziele zu vermehren."

Man vergleiche beide Resolutionen. Bei Jowett die eindeutige Forderung, mit der Politik der Unterstützung der Liberalen zu brechen, bei Murray – nichtssagende Gemeinplätze, die sehr schön aussehen und auf den ersten Blick unangreifbar scheinen, aber *in Wirklichkeit gerade* die Politik der Unterstützung der Liberalen bemänteln. Würde Murray Marx kennen und vor Leuten sprechen, die den Marxismus schätzen, so hätte es ihm nichts ausgemacht, seinen Opportunismus in marxistische Redewendungen zu kleiden und zu sagen, daß der Marxismus die Berücksichtigung aller konkreten Umstände eines jeden Falls fordere, daß wir uns nicht die Hände binden, daß wir, unter Wahrung unserer Selbständigkeit, „Konflikte ausnutzen", uns „an die Achillesferse der Widersprüche" eines gegebenen Regimes „klammern" usw. usf.

Den Opportunismus kann man in den Termini *jeder beliebigen* Doktrin ausdrücken, so *auch in denen des Marxismus*. Die ganze Eigenart der „Schicksale des Marxismus" in Rußland besteht eben darin, daß nicht nur der Opportunismus der Arbeiterpartei, sondern auch der Opportunismus der liberalen Partei (Isgojew und Co.) sich gern in die *„Termini"* des Marxismus kleidet! Aber das nebenbei. Kehren wir nach Merthyr zurück.

Nach Jowett sprach McLachlan.

„Worin bestehen die Interessen einer politischen Partei?" fragte er. „Etwa nur darin, sich die Abgeordnetenplätze im Unterhaus zu wahren? Wenn man tatsächlich die Interessen der Partei im Auge hat, so muß man mit den Arbeitern und Arbeiterinnen außerhalb des Parlaments ebenso rechnen wie mit den Abgeordneten im Parlament. Wir sind eine sozialistische Organisation. Wir müssen in unserer politischen Tätigkeit unsere Prinzipien vertreten."

McLachlan bezog sich ferner auf die Abstimmung anläßlich eines Vorfalls in der Besserungsanstalt von Haswell. Ein Junge, der dort festgesetzt war, wurde zu Tode gequält. Es erfolgte eine Interpellation im Parlament. Dem liberalen Kabinett drohte eine Niederlage: England ist nicht Preußen, und ein Kabinett, das in der Minderheit bleibt, tritt zurück. Die Ar-

beiterabgeordneten aber stimmten für die Rechtfertigung des Folterknechts und retteten das Kabinett.

Die Arbeiterpartei, sagte McLachlan, stellt immer in Rechnung, welche Konsequenzen ihre Stimmabgabe für das Schicksal der Regierung hat. Man sagt, fällt das Kabinett, so wird das Parlament aufgelöst und werden Neuwahlen angesetzt. Aber davor braucht man sich nicht zu fürchten. Das Ergebnis des Falls des Kabinetts und der Ansetzung von Neuwahlen wäre die *Vereinigung der beiden bürgerlichen Parteien.* (McLachlan sagte einfach „der beiden Parteien" ohne das Wort „bürgerlichen": Die Engländer lieben keine marxistischen Termini!) Aber *je schneller sich diese beiden Parteien vereinigen würden, um so besser wäre es für unsere Bewegung.* Das, was unsere Propagandisten sagen, das muß auch von unseren Abgeordneten im Parlament in die Tat umgesetzt werden. Solange das nicht der Fall ist, wird der Arbeiter-Tory (d. h. der Konservative) *niemals glauben, daß es irgendeinen Unterschied zwischen der Liberalen Partei und der Arbeiterpartei gibt.* Selbst wenn wir alle Sitze im Parlament verlören – wenn wir unsere Prinzipien verteidigen, so haben wir davon mehr Nutzen als von den Bemühungen, die liberale Regierung zu umschmeicheln, um von ihr Zugeständnisse zu erhalten!

Keir Hardie, Mitglied des Parlaments, Parteiführer. Er dreht und wendet sich . . .

„Eigentlich gibt es in unserem Parlament keine ausbalancierte Stellung: die Liberalen sind zusammen mit den Iren stärker als ein Bündnis der Tories und der Arbeiterabgeordneten . . . In der Angelegenheit der Folterung in Haswell habe ich für die Regierung gestimmt, weil ich von der Richtigkeit eines solchen Votums der Sache nach überzeugt war und nicht, um die Regierung zu unterstützen. Eine Mißhandlung hatte es ohne Zweifel gegeben, und wir sind alle mit dem festen Entschluß ins Parlament gegangen, gegen die Regierung zu stimmen. Aber im Parlament haben wir die Gegenseite gehört, und es hat sich gezeigt, daß, obgleich sich der Anstaltsleiter Ausschreitungen hat zuschulden kommen lassen, die Anstalt doch im allgemeinen die beste im Königreich ist. Unter solchen Bedingungen wäre es falsch gewesen, gegen die Regierung zu stimmen . . . (Hier sieht man, wie weit die englischen Opportunisten die Arbeiterpartei gebracht haben: ihr Führer ist für eine solche Rede nicht ausgepfiffen worden, man hat ihn ruhig angehört!)

Die Schuld liegt nicht bei den Mitgliedern der ‚Unabhängigen Arbeiterpartei'. Der Arbeiterpartei ist die Föderation der Grubenarbeiter beigetreten,

und als die Abgeordneten der Grubenarbeiter in die Arbeitergruppe eingetreten waren, *erwiesen sie sich als Liberale.* Sie haben auch ihre Ansichten nicht geändert. Sie haben sich der Arbeiterpartei *nur nominell* angeschlossen ...

Die Resolution von Jowett führt das ganze System des Parlamentarismus ad absurdum. Die Konsequenzen einer jeden Abstimmung müssen in Rechnung gestellt werden.

... Ich würde empfehlen, sowohl die Resolution als auch den Abänderungsantrag zurückzustellen." (!!!)

Lansbury unterstützt die Resolution Jowetts:

„Keir Hardie bemühte sich vergeblich, die Resolution lächerlich zu machen mit der Behauptung, sie würde vorschlagen, zu einzelnen Fragen abzustimmen, ohne alle Umstände zu erwägen. Die Resolution schlägt vor, nicht *allein* von der Erwägung auszugehen, wie sich das Ergebnis einer Abstimmung auf die Stabilität der Regierung auswirkt. Ich bin zum Sozialismus gekommen, nachdem ich von Widerwillen gegen die Methoden der politischen Geschäftemacher erfaßt worden war, die das Unterhaus mit Hilfe privater Versammlungen und durch die ‚Lenkung' der Abgeordneten in ihren Händen haben. Und meine Erfahrung hat mir gezeigt, daß jede aufgeworfene Frage eben von dem Standpunkt erörtert wurde, welchen Einfluß diese oder jene Abstimmung auf das Schicksal der Regierung hat.

Der Arbeiterpartei ist es fast unmöglich, sich von der Liberalen Partei zu differenzieren. Mir ist keine gesetzgeberische Frage bekannt, in der es der Arbeiterpartei gelungen wäre, sich von den Liberalen zu differenzieren. Als Partei waren wir in der Frage der Arbeiterversicherung ein untrennbarer Bestandteil der Regierung. Die Arbeiterpartei stimmte stets für die Regierung und für ihren Entwurf.

Die Abstimmung zur Frage der Besserungsanstalt in Haswell läßt in mir ein Gefühl der Scham aufkommen. Ein Junge ist mißhandelt worden, der Junge ist an den Mißhandlungen gestorben, und wir stimmen für die Regierung und rechtfertigen damit den Büttel. Unsere ‚whips' (Ordner oder Bevollmächtigte, die die Abstimmung ihrer Fraktion beaufsichtigen) liefen im ganzen Unterhaus umher, um die Arbeiterabgeordneten zu sammeln und zu verhindern, daß die Regierung eine Niederlage erleidet ... Wenn man die Menschen dazu anhält, gegen ihr Gewissen abzustimmen, so heißt das, daß man der Zukunft der Demokratie in diesem Lande den Todesstoß versetzt ..."

Philip Snowden, Mitglied des Parlaments, einer der eifrigsten Opportunisten, windet sich wie eine Schlange.

„Mein Kampfinstinkt läßt mich geneigt sein, für die Resolution zu stimmen, aber mein gesunder Verstand, meine Vernunft, meine Erfahrung veranlassen mich, dagegen zu stimmen. Ich bin damit einverstanden, daß das gegenwärtige parlamentarische System eine demoralisierende Wirkung auf diejenigen ausübt, die voller Idealismus und politischen Enthusiasmus ins Parlament gekommen sind, aber ich bin nicht der Meinung, daß die Annahme der Resolution von Jowett eine wesentliche Änderung herbeiführen würde. Wenn man das Wesen einer Sache erörtert, darf man sich nicht allein auf die Umstände des gegebenen Falls beschränken. Es gibt Fragen, die für die Arbeiterpartei wichtiger sind als die Frage, welche eventuellen Folgen eine Abstimmung für die Regierung haben kann (so z. B. die Frage des Wahlrechts der Frauen), aber kann man diese Folgen bei der Abstimmung über irgendeine kleine Frage ignorieren? Eine solche Politik würde es notwendig machen, oft allgemeine Wahlen durchzuführen, aber für die Öffentlichkeit gibt es nichts Unangenehmeres ... Politik ist ein Kompromiß."

Bei der Abstimmung wurden für die Resolution 73 Stimmen, *gegen* die Resolution 195 Stimmen abgegeben.

Die Opportunisten haben einen Sieg errungen. Das ist nicht verwunderlich in einer solchen opportunistischen Partei, wie es die englische „Unabhängige Arbeiterpartei" ist. Aber daß der Opportunismus Opposition in den Reihen dieser Partei selbst hervorruft, das ist jetzt eine unumstößliche Tatsache.

Die Gegner des Opportunismus haben viel richtiger gehandelt, als es oftmals ihre Gesinnungsgenossen in Deutschland tun, die faule Kompromisse mit den Opportunisten verteidigen. Das offene Auftreten mit einer eigenen Resolution führte zu überaus wichtigen prinzipiellen Diskussionen, und auf die Arbeiterklasse Englands werden diese Diskussionen eine tiefe Wirkung ausüben. Die liberale Arbeiterpolitik hält sich durch die Tradition, die Routine und die Geschicklichkeit der opportunistischen Führer, aber ihr Fiasko in der Masse des Proletariats ist unausbleiblich.

Geschrieben vor dem 5. (18.) Oktober 1912.
Zuerst veröffentlicht im April 1913 in der Zeitschrift „Prosweschtschenije" Nr. 4.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der Zeitschrift.

DER KADETTENPROFESSOR

Herr Professor Tugan-Baranowski, ein Kandidat der Kadettenpartei, zählt zu den Ökonomen Rußlands, die in ihrer Jugend Beinahe-Marxisten waren, dann aber rasch „gescheiter wurden", Marx durch Bruchstücke bürgerlicher Theorien „verbesserten" und sich durch große Renegatenverdienste Lehrstühle an den Universitäten erwarben zur gelehrten Verdummung der Studenten.

Kürzlich servierte Herr Tugan, der sich vom Marxisten zum Liberalen entwickelt hat, in der „Retsch" zu der aktuellen Frage der steigenden Lebenshaltungskosten folgende Betrachtung:

„Von meinem (?) Standpunkt aus ist die wichtigste (so, so!) Ursache der Verteuerung der Lebenshaltung völlig klar. Es ist das ungeheure Anwachsen der Bevölkerung, und zwar vor allem der städtischen. Der Bevölkerungszuwachs bewirkt den Übergang zu intensiveren Methoden der Bodenbearbeitung, was *nach dem bekannten Gesetz der sinkenden Produktivität* der landwirtschaftlichen Arbeit ein Ansteigen des Arbeitswerts der Einheit des erzeugten Produkts nach sich zieht."

Herr Tugan liebt es auszurufen: „ich", „mein". In Wirklichkeit wiederholt er Bruchstücke der von Marx längst widerlegten bürgerlichen Lehren.

Das „bekannte Gesetz der sinkenden Produktivität" ist ein alter bürgerlicher Plunder, der Unwissenden und gedungenen Gelehrten der Bourgeoisie dazu dienen soll, *den Kapitalismus zu rechtfertigen.* Marx hat dieses „Gesetz", das die Schuld auf die *Natur* abwälzt (wenn die Arbeitsproduktivität sinkt, kann man eben nichts machen!), während in Wirklichkeit die *kapitalistische Gesellschaft*sordnung die Schuld trägt, längst widerlegt.

Das „Gesetz der sinkenden Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit" ist eine bürgerliche Lüge. Das Gesetz der wachsenden *Rente*, das heißt des Gewinns der *Eigentümer* des Grund und Bodens, im Kapitalismus ist die Wahrheit.

Eine der Ursachen für die Verteuerung der Lebenshaltung ist das Monopol am Grund und Boden, d. h. die Tatsache, daß er sich in Privateigentum befindet. Die Grundbesitzer nehmen daher einen immer größeren Tribut von der *steigenden* Arbeitsproduktivität. Nur die Organisierung der Arbeiter zur Wahrnehmung ihrer Interessen, nur die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise werden der Teuerung ein Ende setzen.

Nur Diener der Bourgeoisie, wie der Kadett Herr Tugan, können noch das Märchen vom „Gesetz" der sinkenden Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit nachplappern.

„Prawda" Nr. 147,
19. Oktober 1912.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

EIN NEUES KAPITEL DER WELTGESCHICHTE

Selbst die bürgerliche Presse von ganz Europa, die aus reaktionären und eigennützigen Beweggründen heraus für den berüchtigten Status quo (den früheren, unveränderten Zustand) auf dem Balkan eintrat, gibt jetzt einhellig zu, daß ein neues Kapitel der Weltgeschichte begonnen hat.

Die Niederlage der Türkei steht außer Zweifel. Die Siege der im Viererbund vereinigten Balkanstaaten (Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland) sind gewaltig. Das Bündnis dieser vier Staaten ist Tatsache geworden. „Der Balkan den Balkanvölkern": das ist *schon* erreicht.

Was für eine Bedeutung aber hat das neue Kapitel der Weltgeschichte?

In Osteuropa (Österreich, Balkan und Rußland) sind bis heute die starken Überreste des Mittelalters, die die gesellschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Proletariats so sehr aufhalten, noch nicht beseitigt. Diese Überreste sind: Absolutismus (unumschränkte selbstherrliche Macht), Feudalismus (Grundbesitz und Privilegien der feudalen Gutsbesitzer) und Unterdrückung der Nationalitäten.

Die klassenbewußten Arbeiter der Balkanländer haben als erste die Losung der konsequenten demokratischen Lösung der nationalen Frage auf dem Balkan aufgestellt. Diese Losung lautet: föderative Balkanrepublik. Die Schwäche der demokratischen Klassen in den heutigen Balkanstaaten (das Proletariat ist zahlenmäßig schwach, die Bauern sind unterdrückt, zersplittert und ungebildet) führte dazu, daß das ökonomisch und politisch notwendige Bündnis zu einem Bündnis der Balkanmonarchien wurde.

Die nationale Frage auf dem Balkan ist ihrer Lösung um einen großen Schritt näher gekommen. Von ganz Osteuropa bleibt jetzt *einzig und allein Rußland* ein ganz und gar rückständiger Staat.

Obwohl auf dem Balkan ein Bündnis der Monarchien und nicht ein Bündnis der Republiken entstanden ist, obwohl dieses Bündnis durch den Krieg und nicht durch die Revolution hergestellt wurde, ist dennoch ein großer Schritt vorwärts zur Vernichtung der Überreste des Mittelalters in ganz Osteuropa getan. Und ihr frohlockt zu früh, ihr Herren Nationalisten! Dieser Schritt ist *gegen* euch gerichtet, denn in Rußland gibt es *die meisten* Überreste des Mittelalters!

In Westeuropa aber verkündet das Proletariat noch nachdrücklicher die Losung: Keinerlei Einmischung! Der Balkan den Balkanvölkern!

„Prawda" Nr. 149,
21. Oktober 1912.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE KADETTEN UND DIE NATIONALISTEN

Als wir darauf verwiesen, daß die Kadetten im Grunde ihrer Seele Nationalliberale sind, daß sie die nationale Frage keineswegs *in demokratischer Weise* stellen, antwortete uns die „Retsch" aufgebracht und hochmütig, uns der Unkenntnis und der Entstellung bezichtigend.

Hier ein Dokument, eines von vielen. Mögen die Leser und Wähler urteilen.

Am 18. Oktober tagte bei Herrn M. M. Kowalewski die zweite Versammlung des „Kreises von Personen, die sich für die slawische Frage interessieren". Es wurde eine Adresse an die Öffentlichkeit verlesen, unterzeichnet von J. Anitschkow, Karejew, L. Pantelejew (er war Kandidat der Kadetten), G. Falbork, ferner natürlich von Herrn M. M. Kowalewski u. a.

Wird sich wohl die „Retsch" der Verantwortung für Karejew, Pantelejew und Co. entziehen wollen?

Die Adresse der Liberalen an die Öffentlichkeit läuft darauf hinaus, daß

„**das russische Herz im allgemeinen Hochflug der Gefühle...** voller Sympathie für die Slawen **und in der Hoffnung** schlägt, **daß das russische nationale Selbstbewußtsein dazu beitragen wird,** ihnen die Früchte ihrer Siege zu sichern".

Wodurch unterscheidet sich das vom Nationalismus und Chauvinismus des „Nowoje Wremja" und Co? Nur durch die weißen Handschuhe und die diplomatisch vorsichtigeren Wendungen. Aber der Chauvinismus ist auch in weißen Handschuhen und trotz der gewähltesten Redewendungen abscheulich.

Die Demokratie wird niemals von „allgemeinem Hochflug der Gefühle" sprechen, wenn daneben (und obenan!) die russischen Nationalisten stehen, die eine Reihe von Völkern auf jede Weise unterdrücken.

Die Demokratie wird es niemals dulden, daß einfach der Slawe dem Türken entgegengestellt wird, wenn man den slawischen und den türkischen Bauern *gemeinsam* den slawischen und den türkischen Gutsbesitzern und Halsabschneidern entgegenstellen muß.

Die Demokratie wird es niemals zulassen, daß das *Selbstbewußtsein* der Freunde der Freiheit und der Feinde der Unterdrückung in *allen* Nationalitäten durch das „russische nationale Selbstbewußtsein" vertauscht wird – bei gleichzeitiger Unterdrückung und Verfolgung der Polen, der Juden, der „Fremdstämmigen" überhaupt.

Kein einziger ehrlicher Demokrat, kein einziger aufrichtiger Freund der unterdrückten Nationalitäten darf für die Kadetten stimmen!

„Prawda" Nr. 151,
24. Oktober 1912.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE SCHRECKEN DES KRIEGES

Die kriegführenden Parteien verbergen vor „Außenstehenden", d. h. vor der ganzen Welt, nach Kräften, was auf dem Balkan vor sich geht. Die Korrespondenten werden getäuscht, hingehalten, und erst lange Zeit nach Beendigung der jeweiligen Kampfhandlungen dürfen sie das Schlachtfeld betreten.

Nur außergewöhnliche Umstände ermöglichen es daher, ab und zu die Wahrheit über den Krieg zu erfahren. Solche außergewöhnlichen Umstände waren es offenbar, die Herrn Donohoe, einem Korrespondenten der englischen Zeitung „The Daily Chronicle", zu Hilfe kamen. Ihm ist es gelungen, auf türkischer Seite die Schlacht bei Lüle-Burgas mitzuerleben, danach fuhr er in einem Automobil bis Konstantinopel und von dort per Schiff nach Konstanza (Rumänien). Aus Konstanza konnte er frei nach London telegrafieren.

Die Niederlage der Türken war schrecklich. Auf ihrer Seite fielen nahezu 40 000 (!) Mann. Die Katastrophe ist nicht geringer als die bei Mukden, schreibt der Engländer. Drei Viertel der türkischen Geschütze fielen den Bulgaren in die Hände. Die Bulgaren ließen die Türken ganz nahe herankommen und den Nahkampf eröffnen, zogen sich dann rasch zurück und ... *Maschinengewehre* mähten die Türken zu Hunderten, zu Tausenden nieder.

Der Rückzug der Türken verwandelte sich in eine ungeordnete Flucht kopfloser, hungriger, erschöpfter, wahnsinnig gewordener Haufen. Das Automobil des Korrespondenten blieb in einem Haufen Fliehender stekken. Die hungrigen Türken baten ihn um Brot. Er mußte selbst Verbände anlegen. Ärzte sind rar. Verbandstoff fehlt. Proviant fehlt. Ich war Zeuge vieler Feldzüge, schreibt der Engländer, aber so fürchterliches Elend, solche Massenvernichtung hungriger, erschöpfter, abgekämpfter, hilfloser Bauern aus Anatolien (Kleinasien) habe ich mir niemals auch nur vorgestellt.

„Prawda" Nr. 155, 28. Oktober 1912. *Nach dem Text der „Prawda".*
Unterschrift: W. Fr.

DIE KADETTEN UND DIE GROSSBOURGEOISIE

Die Siege der Kadetten in der ersten städtischen Kurie von Moskau und Petersburg, dann bei der Wahl der Industrievertreter im Reichsrat, schließlich die eindeutig erwiesene Tatsache, daß die *Reaktionäre* die Kadetten gegen die Sozialdemokraten unterstützt haben – alles das sind Anzeichen einer sehr interessanten politischen Entwicklung *aller* Klassen unserer Gesellschaft.

Erinnern wir uns an den wichtigen Beschluß der Sozialdemokraten über das Wesen der Kadettenpartei vom Jahre 1907: „Die Parteien der liberalmonarchistischen Bourgeoisie und die wichtigste dieser Parteien, die Kadetten, haben sich schon jetzt entschieden von der Revolution abgewandt und verfolgen das Ziel, der Revolution durch einen Kompromiß mit der Konterrevolution ein Ende zu machen; die soziale Grundlage solcher Parteien bilden die ökonomisch fortgeschritteneren Schichten der Bourgeoisie, besonders aber die bürgerliche Intelligenz, während ein Teil des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums diesen Parteien nur noch aus Tradition (aus blinder Gewohnheit) folgt und weil er von den Liberalen direkt betrogen wird."[88]

Die Ereignisse haben die Richtigkeit dieser Charakteristik vollauf bestätigt. Aus der zweiten städtischen Kurie (wo es *viele* demokratische Wähler gibt) werden die Kadetten von der Demokratie *verdrängt*. Aus der ersten städtischen Kurie verdrängen die Kadetten ihrerseits die Oktobristen.

Je stärker die Reaktion wütet, je offener die Wahlen verfälscht werden, um so mehr geht das Großkapital auf die Seite des Liberalismus über. Das Klassenwesen der Kadettenpartei, wie es von den Marxisten in den Jahren

1906 und 1907 gekennzeichnet wurde, *enthüllt sich* jetzt anschaulich vor den Massen.

Deutlich wird der Irrtum derer, die die Kadetten für eine Partei der städtischen *Demokratie* hielten. Das Bündnis der Kadetten mit den Reaktionären verwandelt sich nach und nach aus einem geheimen in ein *offenes* Bündnis: die Reaktionäre bringen den Kadetten Mansyrew gegen den Sozialdemokraten Predkaln, den Kadetten Nikolajew gegen den Sozialdemokraten Pokrowski durch.

Die sozialdemokratische Politik ist gerade deshalb so stark und so unbesiegbar, weil ihre Richtigkeit durch die *ganze* Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft immer mehr bestätigt wird. Die Kadetten schließen sich mit der Großbourgeoisie zusammen, die, bei all ihrem konterrevolutionären Charakter, *nicht* zufrieden sein *kann*. Die Demokratie rückt von den Kadetten *nach links* ab.

„Prawda" Nr. 157,
1. November 1912.

Nach dem Text der „Prawda".

ECHT RUSSISCHE SITTEN

Die Zeitung „Semschtschina" brachte kürzlich, neben Versen von Purischkewitsch, einen Artikel über den „berühmten" (von nun an auch ohne Anführungszeichen berühmten) offiziösen Publizisten Gurjew von der „Rossija". Die „Semschtschina" versichert, er sei „ein Publizist mit jüdisch-liberalem Einschlag". Sonderbar! Sollte auch die offizielle „Rossija" ein jüdisch-liberales Organ sein?

Aber worum geht es? Darum, daß die Generalversammlung der Aktionäre der Petersburger Zwirnmanufaktur Gurjew einstimmig seines Postens als Vorstandsmitglied enthoben hat. Außerdem hat man beschlossen, sich an den Staatsanwalt zu wenden mit dem Ersuchen, Gurjew wegen unrechtmäßiger Handlungen vor Gericht zu stellen.

Es stellt sich heraus, daß Gurjew 1000 Rubel eingebracht hat und das Recht auf *ein Drittel* der Profite erwarb, obwohl die beiden Fabrikanten und Kompagnons 100 000 Rubel eingebracht haben! Wofür legen die Kapitalisten gegenüber Gurjew eine solche Freigebigkeit an den Tag?

Dafür, daß dieser Mann Wirklicher Staatsrat, Mitarbeiter der offiziellen Zeitung „Rossija" usw. usf. ist. Er war persönlicher Sekretär Wittes. Er hat „außergewöhnliche Beziehungen". Er versprach . . . *staatliche Subventionen!*

Die Herren Kapitalisten „bewerteten" also die „Beziehungen" zur Regierung ziemlich hoch: mit genau 49 000 Rubeln. Ihre Ware gegen unser Geld. Sie haben „Beziehungen zur Regierung", die Möglichkeit, Subventionen zu beschaffen, und wir das liebe Geld. Es ist Kauf und Verkauf. Für soundso viel Tausende „Beziehungen zur Regierung", für soundso viel – Subventionsversprechungen, für soundso viel – Mitarbeit an der offiziellen „Rossija". Bitte, Herr Gurjew!

Gurjew hat genommen – und betrogen. Er hat die Versprechungen nicht erfüllt, dafür aber angefangen, mehr als ein Drittel der Profite zu fordern, ja sogar Erpressungsversuche zu machen, d. h. Gelder herauszupressen, indem er drohte, den Kredit des Unternehmens zu untergraben.

Eine charakteristische Angelegenheit. Eine typische Angelegenheit. Eine alltägliche Erscheinung. Eine Illustration zu dem Thema: Die Beziehungen zur Regierung und die Subventionen in ihrem Verhältnis zum Kapital.

Nur, was hat das mit „jüdisch-liberalem Einschlag" zu tun, meine Herren von der „Semschtschina"? Das ist ein echt russischer, ein echt konservativer Einschlag! Seien Sie nicht so bescheiden, verehrte Freunde Purischkewitschs!

„Prawda" Nr. 160,
4. November 1912.
Unterschrift: T.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE PLATTFORM DER REFORMISTEN UND DIE PLATTFORM DER REVOLUTIONÄREN SOZIALDEMOKRATEN

Der revolutionäre Aufschwung in Rußland trat in der ersten Hälfte des Jahres 1912 unverkennbar zutage. Die Zahl der Teilnehmer an politischen Streiks erreichte nach den Berechnungen der Fabrikanten in fünf Monaten 515 000. Welches die Losungen dieser Streikenden, welches ihre Forderungen waren, welchen politischen Inhalt ihre Demonstrationen, Meetings usw. hatten, davon zeugt ein besonders wichtiges Dokument, das in Nr. 27 des Zentralorgans in vollem Wortlaut abgedruckt wurde, der Maiaufruf der Petersburger Arbeiter.

Nicht mit reformistischen Losungen traten die Petersburger Arbeiter in diesen denkwürdigen Tagen auf, sondern mit den Losungen der revolutionären Sozialdemokratie: Konstituierende Versammlung, Achtstundentag, Konfiskation der Gutsbesitzerländereien, Sturz der zaristischen Regierung, demokratische Republik.

Die Aufstände und Aufstandsversuche der Soldaten und Matrosen in Turkestan, in der Baltischen Flotte und am Schwarzen Meer erbrachten erneut die *objektive* Bestätigung dafür, daß in Rußland nach langen Jahren des Wütens der Konterrevolution und des Stillstands in der Arbeiterbewegung ein neuer revolutionärer Aufschwung eingesetzt hat.

Dieser Aufschwung fiel in die Zeit der Wahlen zur IV. Reichsduma, als alle Parteien, alle politischen Richtungen in der einen oder anderen Weise mit einer *allgemeinen* Einschätzung der politischen Lage hervortreten *mußten*. Wenn wir also unsere politischen Aufgaben als Aufgaben der Arbeiterklasse, und nicht als fromme Wünsche von Gruppen, ernsthaft analysieren wollen, wenn wir die Programme und Plattformen in marxistischer Weise prüfen wollen, indem wir sie den Tatsachen des Massenkampfes und den Aktionen *sämtlicher* Klassen der gegebenen Gesellschaft gegenüberstellen, so müssen wir eben an dem Prüfstein *dieses revolutionä-*

ren Aufschwungs der Massen auch die verschiedenen Wahlplattformen erproben. Denn für die Sozialdemokratie sind die Wahlen nicht eine besondere politische Operation, eine Jagd nach Mandaten vermittels irgendwelcher Versprechungen oder Erklärungen, sondern lediglich eine besondere Gelegenheit zur Agitation für die Hauptforderungen und für die Grundlagen der politischen Weltanschauung des klassenbewußten Proletariats.

Die Programme und Plattformen aller Regierungsparteien, von den Schwarzhundertern bis zu Gutschkow, erwecken keinerlei Zweifel. Ihr konterrevolutionärer Charakter springt in die Augen, tritt offen zutage. Das Fehlen jedweden irgendwie ernsthaften Rückhalts dieser Parteien nicht nur in der Arbeiterklasse und in der Bauernschaft, sondern *sogar* in breiten Schichten der Bourgeoisie ist allgemein bekannt. Den Oktobristen haben diese Schichten fast gänzlich den Rücken gekehrt.

Die Programme und Plattformen der bürgerlich-liberalen Parteien sind zum Teil beinahe offiziell veröffentlicht worden (die Plattform der mohammedanischen Gruppe), zum Teil sind sie aus der „großen" politischen Presse genauestens bekannt (die Plattformen der „Progressisten", der Kadetten). Das *Wesen* aller dieser Programme und Plattformen hat der geschwätzige Kadett Gredeskul in Erklärungen, die in der „Retsch" nachgedruckt wurden und von da aus in die marxistische Presse gelangt sind, ganz vorzüglich zum Ausdruck gebracht.

„Die öffentliche *Leugnung der Notwendigkeit* einer neuen Revolution in Rußland", so hat Herr Gredeskul selbst seine Anschauungen formuliert (vgl. „Sozial-Demokrat" Nr. 27, S. 3), und er hat auch den Revolutionären die *wirkliche* Plattform des Liberalismus (mit den Kadetten an der Spitze) entgegengehalten: „Vonnöten ist *lediglich* eine ruhige, beharrliche und zielbewußte *konstitutionelle* Arbeit."

Wir betonen die Worte: wirkliche Plattform, da sowohl in Rußland wie in allen bürgerlichen Ländern die meisten Plattformen nur *zur Schau gestellte* Plattformen sind.

Das Wesen der Sache besteht nun gerade in dem, was Herr Gredeskul (in einem seltenen Anfall von Wahrheitsliebe) gestanden hat. Die liberalmonarchistische Bourgeoisie ist *gegen* eine neue Revolution, sie tritt *lediglich* für konstitutionelle Reformen ein.

Die Sozialdemokratie tritt konsequent, die bürgerliche Demokratie (die

Volkstümler) mit Schwankungen für die „Notwendigkeit" einer neuen Revolution ein und propagiert sie. Der Aufschwung des *Massen*kampfes *hat eingesetzt*. Die revolutionären Sozialdemokraten sind bestrebt, ihn zu erweitern und zu konsolidieren, indem sie mithelfen, ihn weiter, bis zum Stadium der *Revolution*, voranzutreiben. Die Reformisten dagegen betrachten den Aufschwung lediglich „als Belebung", ihre Politik ist auf die Erringung konstitutioneller Zugeständnisse, konstitutioneller Reformen gerichtet. Bourgeoisie und Proletariat sind infolgedessen auch in dieser „Etappe" der russischen Geschichte in den Kampf um den Einfluß auf das „Volk", auf die Massen eingetreten. Niemand vermag den Ausgang des Kampfes vorauszusagen, aber niemand auch vermag Zweifel daran zu hegen, welchen Platz die SDAPR in *diesem* Kampf einnehmen muß.

So und nur so kann man an die Beurteilung der Wahlplattform der *Partei* und auch jener Wahlplattform herangehen, die dieser Tage durch das von der Liquidatorenkonferenz gewählte „Organisationskomitee" herausgegeben wurde.

Die vom Zentralkomitee nach der Januarkonferenz veröffentlichte Wahlplattform der Partei ist noch *vor* den Ereignissen vom April und Mai verfaßt worden. Diese Ereignisse haben ihre Richtigkeit *bestätigt*. Durch die ganze Plattform zieht sich ein Gedanke hindurch: die Kritik an der Aussichtslosigkeit, an der utopischen Natur konstitutioneller Reformen im *heutigen* Rußland und die Propagierung der Revolution. Die Losungen der Plattform sind eben *mit der Zielsetzung* gewählt, mit vollster Klarheit die revolutionären Aufgaben zum Ausdruck zu bringen und ihre Vermengung mit Versprechungen von konstitutionellen Reformen ganz unmöglich zu machen. Die Plattform der Partei ist so beschaffen, daß sie einen direkten *Aufruf* der revolutionären Sozialdemokraten an die *Hunderttausende* Teilnehmer der politischen Streiks, an die fortgeschrittensten Elemente der Millionen Bauern im Waffenrock darstellt, denen die Aufgaben des Aufstandes *erläutert* werden. Die revolutionäre Partei kann sich einen besseren Prüfstein für ihre Plattform, eine bessere Bestätigung dieser Plattform durch das Leben selbst nicht einmal träumen lassen, als dieses unmittelbare Echo auf ihre Erläuterungen in Gestalt der Maistreiks und der militärischen Aufstandsversuche vom Juni und Juli.

Man werfe einen Blick auf die Plattform der Liquidatoren. Ihr liquidatorischer Charakter wird durch die revolutionären Phrasen Trotzkis

geschickt verschleiert. Naive und gänzlich unerfahrene Leute kann diese Verschleierung manchmal täuschen, ja, sie kann ihnen als „Versöhnung" der Liquidatoren mit der Partei erscheinen. Aber schon die geringste Aufmerksamkeit wird diesen Selbstbetrug rasch zerstreuen.

Die Plattform der Liquidatoren ist *nach* den Maistreiks und den Aufstandsversuchen vom Sommer geschrieben worden. Und wenn wir eine sachliche, reale Antwort auf die Frage nach dem Wesen dieser Plattform suchen, fragen wir vor allen Dingen: *Wie* hat sie diese Streiks und diese Aufstandsversuche beurteilt?

„Wirtschaftlicher Aufschwung..." „Durch das Anwachsen seiner Streikbewegung hat das Proletariat den herannahenden Eintritt eines neuen gesellschaftlichen Aufschwungs angezeigt..." „Die machtvolle Aprilbewegung des Proletariats mit der Forderung nach Koalitionsfreiheit" – das ist *alles*, was die Liquidatoren in der Plattform über die Streiks vom April und Mai zu sagen haben.

Aber das ist ja doch eine Unwahrheit! Das ist eine schreiende Verzerrung der Dinge! Hier ist die *Hauptsache* übergangen: der *revolutionäre* Charakter des politischen Streiks, der *eben nicht* auf die Durchsetzung irgendeiner konstitutionellen Reform, sondern auf den *Sturz* der Regierung, d. h. auf die Revolution gerichtet ist.

Wie konnte es geschehen, daß in einer illegalen, revolutionären Proklamation voller „schöner" Phrasen eine derartige Unwahrheit gesagt wurde? Das *mußte* so sein, denn *so betrachten* die Liberalen und die Liquidatoren die Dinge. Sie sehen in den Streiks das, was sie in ihnen sehen wollen: einen Kampf für konstitutionelle Reformen. Sie sehen nicht, was sie nicht sehen wollen: den revolutionären Aufschwung. Für Reformen wollen wir Liberalen kämpfen, für die Revolution dagegen nicht – das ist die *Wahrheit* über ihre Klassenstellung, die ihren Ausdruck in der *Unwahrheit* der Liquidatoren gefunden hat.

Über die Aufstandsversuche lesen wir: „Die Soldaten in der Kaserne werden durch Gewalt, Erniedrigungen und Hunger zu *verzweifelten Protestausbrüchen* getrieben, dann aber werden sie mit der Kugel, mit dem Strick usw. wieder zur Ruhe gebracht..."

Das ist die Einschätzung der Liberalen. Wir revolutionären Sozialdemokraten erblicken in den Aufstandsversuchen den *Beginn des Aufstands der Massen*, einen mißglückten, verfrühten, unrichtigen Beginn, aber wir wis-

sen, daß die *Massen* den erfolgreichen Aufstand nur an Hand der Erfahrung mißglückter Aufstände *erlernen*, wie die russischen Arbeiter durch eine Reihe mißglückter und manchmal sogar besonders unglücklicher politischer Streiks in den Jahren 1901–1904 den erfolgreichen Streik des Oktobers 1905 erlernt haben. Die durch die Kaserne am ärgsten eingeschüchterten Arbeiter und Bauern *haben begonnen*, sich zu erheben – so sagen wir. Daraus ergibt sich die klare und direkte Schlußfolgerung: man muß ihnen *erläutern*, um welcher Ziele willen und wie der *erfolgreiche* Aufstand vorzubereiten ist.

Die Liberalen urteilen anders: Die Soldaten werden zu *„verzweifelten* Protestausbrüchen" „getrieben", sagen sie. Für die Liberalen ist der aufständische Soldat nicht Subjekt der Revolution, nicht der erste Vorbote der sich erhebenden Massen, sondern ein *Objekt* der Regierungswillkür („man treibt ihn zur Verzweiflung"), das zur Demonstrierung dieser Willkür dient.

Seht, wie schlecht unsere Regierung ist, daß sie die Soldaten zur *Verzweiflung treibt* und sie dann mit der Kugel zur Ruhe bringt – sagt der Liberale. (Schlußfolgerung: Seht ihr, wenn wir Liberalen an der Macht wären, so gäbe es bei uns keine Soldatenaufstände.)

Seht, wie die revolutionäre Energie im Schoße der breiten Massen heranreift – sagt der Sozialdemokrat –, wenn sogar die durch den Kasernenhofdrill niedergedrückten Soldaten und Matrosen sich zu erheben beginnen und dadurch, daß sie ihren Aufstand schlecht machen, lernen, wie man einen erfolgreichen Aufstand macht.

Seht: die Liquidatoren haben den im Frühjahr und Sommer eingetretenen revolutionären Aufschwung in Rußland *„erläutert"* (in der Bedeutung, die dieses Wort im Senat besitzt).

Sie „erläutern" im Anschluß daran das Programm unserer Partei.

Im Programm der SDAPR heißt es:

„Die SDAPR ... stellt sich als *nächste* politische Aufgabe den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft und ihre Ersetzung durch die demokratische Republik, deren Verfassung *gewährleisten würde*: 1. die Selbstherrschaft des Volkes ..." usw. – folgt die Aufzählung der „Freiheiten" und „Rechte".

Man möchte glauben, daß das nicht mißzuverstehen ist. Die „nächste" Aufgabe ist der Sturz der Selbstherrschaft und ihre Ersetzung durch die Republik, die die Freiheiten *gewährleistet*.

Die Liquidatoren haben das alles umgemodelt:

„Die Sozialdemokratie", lesen wir in ihrer Plattform, „ruft das Volk zum Kampfe für die demokratische Republik auf ...

Im Streben nach diesem Ziel, das das Volk *lediglich im Gefolge der Revolution* zu erreichen vermag, ruft die Sozialdemokratie *in der gegenwärtigen Wahlkampagne*" (Hört!) „die werktätigen Massen auf, sich auf der Basis der folgenden *Tages*forderungen zusammenzuschließen: 1. allgemeines usw. Stimmrecht ... *bei den Wahlen zur Reichsduma*" usw.

Der sozialrevolutionäre Liquidator Herr Peschechonow schrieb im Herbst 1906, als er an der Gründung der „legalen Partei" arbeitete (die er um ein Haar gegründet hätte ... nur die Polizei hat ihn gestört und ins Kittchen gesteckt!), daß die Republik eine *„weit in die Zukunft* reichende Perspektive" sei, daß „die Frage der Republik äußerste Vorsicht erfordert", daß *auf der Tagesordnung* als Forderung jetzt – Reformen stehen.

Aber der sozialrevolutionäre Liquidator war naiv, simpel, plump und sprach ohne Umschweife. Handeln etwa die „europäischen" Opportunisten so? Nein, sie sind schlauer, gerissener, diplomatischer ...

Sie geben die Losung der Republik nicht preis – welch eine Verleumdung! Sie „erläutern" sie lediglich in gebührender Weise, wobei sie sich von Erwägungen leiten lassen, wie sie für jeden Spießbürger auf der Hand liegen. Ob es zur Revolution kommen wird oder nicht, das ist noch eine Frage – sagt der Spießbürger in seiner simplen Art und wiederholt Trotzki in gelehrter Art in der „Nascha Sarja" (Nr. 5, S. 21). Die Republik *„lediglich* im Gefolge der Revolution", „in der gegenwärtigen Wahlkampagne" aber sind die *„Tages"*forderungen konstitutionelle Reformen!

Alles ging so schön glatt: die Republik war sowohl anerkannt – als auch in die Ferne gerückt. An rrrevolutionären Worten hat man nicht gespart – in Wirklichkeit aber sind „in der gegenwärtigen Wahlkampagne" (die ganze Plattform wird nur für diese *gegenwärtige Kampagne* geschrieben!) als „Tages"forderungen Reformforderungen aufgestellt worden.

Ja, ja, große „Meister der diplomatischen Kunst" saßen in der Liquidatorenkonferenz ... Und wie erbärmlich sind doch diese Meister! Aber wenn sie auch die Winkeldiplomaten in Entzücken zu versetzen, wenn sie auch einen simplen „Versöhnler" irre zu machen vermögen – ein Marxist wird ihnen anders begegnen.

Der Spießbürger begnügt sich mit der unbestreitbaren, unanfechtbaren und *nichtssagenden* Wahrheit, daß man nicht vorher wissen kann, ob es zur Revolution kommen wird oder nicht. Der Marxist begnügt sich nicht damit; er sagt: Unsere Propaganda und die Propaganda aller sozialdemokratischen Arbeiter ist *einer der Faktoren, die bestimmen*, ob es zur Revolution kommen wird oder nicht. Hunderttausende Teilnehmer an politischen Streiks, die fortgeschrittensten Elemente der verschiedenen Truppenteile fragen uns, unsere Partei, welchen Weg sie einschlagen, im Namen welcher Sache sie sich erheben, was sie anstreben sollen, ob der beginnende Aufschwung bis zur Revolution vorangetrieben oder ob er auf den Kampf für Reformen hingelenkt werden soll.

Die revolutionäre Sozialdemokratie hat Antwort auf diese Fragen gegeben, die um einiges interessanter und wichtiger sind als das spießbürgerlich-trotzkistische „Nasenbohren": Wird es zur Revolution kommen oder nicht, wer kann das wissen?

Unsere Antwort ist die: Kritik an der utopischen Natur konstitutioneller Reformen, Aufklärung über die Aussichtslosigkeit der auf sie gesetzten Hoffnungen, allseitige und größtmögliche Förderung des *revolutionären* Aufschwungs, *hierzu* Ausnützung der Wahlkampagne. Ob es zur Revolution kommt oder nicht, das hängt *nicht nur* von uns ab. Wir aber werden *das Unsere* tun, und das wird niemals mehr ungeschehen gemacht werden können. Das wird dazu beitragen, tief in die Massen hinein die Saat des Demokratismus und der proletarischen Selbständigkeit zu streuen, und diese Saat wird *unbedingt* aufgehen, ob nun morgen in der demokratischen oder übermorgen in der sozialistischen Revolution.

Jene dagegen, die den *Massen* ihren abgeschmackten, intellektuellen, bundistisch-trotzkistischen Skeptizismus predigen: „ob es zur Revolution kommt oder nicht, weiß man nicht, auf der ‚*Tagesordnung*' stehen Reformen" – diese Leute demoralisieren *schon heute* die Massen, predigen den Massen liberale Utopien.

Anstatt die Wahlkampagne mit dem Geiste der gegebenen, realen *„gegenwärtigen"* politischen Situation zu *erfüllen*, wo eine halbe Million Arbeiter in revolutionäre Streiks tritt, wo die fortgeschrittensten Elemente der im Waffenrock steckenden Bauern auf die adligen Offiziere schießen – statt dessen *streichen* sie aus ihren angeblich „europäischen" (sie sind ja doch solche Europäer, ach, so gute Europäer, diese Liquidatoren!) „par-

lamentarischen" Erwägungen diese reale Situation (in der es sehr wenig „Europäisches" und sehr viel „Chinesisches", *das heißt* Revolutionär-Demokratisches gibt). Und während sie sich über diese Situation mit einigen zu nichts verpflichtenden Phrasen hinwegsetzen, erklären sie die reformistische zur einzig *wirklichen* Wahlkampagne!

Die sozialdemokratische Partei braucht die Wahlplattform zur IV. Duma, um noch einmal *sowohl* aus Anlaß *als auch* gelegentlich der Wahlen, *als auch* im Meinungsstreit über die Wahlen die Massen über die *Notwendigkeit*, die *Dringlichkeit* und die *Unvermeidlichkeit* der Revolution aufzuklären.

Sie, die Liquidatoren, brauchen die Plattform *„für"* die Wahlen, d. h., um Erwägungen über eine Revolution als unbestimmte Möglichkeit höflich beiseite zu schieben, eine Wahlkampagne zwecks Aufführung konstitutioneller Reformen aber zur einzig „wirklichen" zu erklären.

Die sozialdemokratische Partei will die Wahlen dazu ausnützen, um die Massen immer und immer wieder auf den Gedanken der Notwendigkeit der Revolution, des bereits beginnenden, eben revolutionären Aufschwungs *hinzulenken*. Darum sagt die sozialdemokratische Partei mit ihrer Plattform den Wählern zur IV. Duma klipp und klar: *Nicht* konstitutionelle Reformen, sondern die Republik, *nicht* Reformismus, sondern die Revolution.

Die Liquidatoren benutzen die Wahlen zur IV. Duma zur Propagierung konstitutioneller Reformen und zur *Abschwächung* des Gedankens der Revolution. *Zu diesem Zweck*, deshalb, werden die Soldatenaufstände als „verzweifelte Protestausbrüche" hingestellt, zu denen man die Soldaten „getrieben" habe, und nicht als der *Beginn* des Massenaufstands, der anwachsen oder abebben wird, unter anderem auch in Abhängigkeit davon, ob *alle* sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands sofort darangehen werden, ihn mit allen Kräften, mit aller Energie, mit allem Enthusiasmus zu unterstützen.

Zu diesem Zweck hat man die Maistreiks nicht als revolutionäre, sondern als reformistische „erläutert".

Zu diesem Zweck hat man das Parteiprogramm „erläutert", hat man vorgeschrieben, an Stelle der „nächsten" Aufgabe, der Schaffung der Republik, die die Freiheit *gewährleistet*, „in der gegenwärtigen Wahlkampagne" – und zwar für die IV. Reichsduma, Spaß beiseite! – die

Forderung nach verschiedenen Freiheiten als *auf der Tagesordnung stehend* zu betrachten.

Wieviel Altchinesisches weist doch das russische Leben auf! Wieviel Altchinesisches weist doch unser Zarismus und wieviel davon weisen unsere Liquidatoren auf, die die „Zeremonie" des parlamentarischen Kampfes und des Reformismus angesichts der Purischkewitsch und Treschtschenkow oben und der revolutionären Versuche der Massen unten aufführen möchten! Wieviel Altchinesisches weisen doch die Anstrengungen der Intellektuellen auf, sich vor den Chwostow und Makarow durch die Vorweisung eines Empfehlungsbriefes von MacDonald und Jaurès, von Bissolati und Bernstein, von Kolb und Frank zu schützen! ...

Die diplomatische „Aussöhnung" der liquidatorischen Anschauungen mit denjenigen der Partei, die Trotzki auf der Liquidatorenkonferenz vorgeführt hat, „versöhnt" in Wirklichkeit absolut nichts. Sie wird jene entscheidende politische Tatsache nicht aus der Welt schaffen, die die ganze soziale und politische Situation des heutigen Rußlands bestimmt. Diese Tatsache ist der Kampf zwischen der reformistischen und der revolutionär-sozialdemokratischen Plattform, ist das Auftreten der Bourgeoisie in der Person ihrer liberalen Parteiführer gegen die Notwendigkeit einer neuen Revolution in Rußland und für den Weg der ausschließlich konstitutionellen „Arbeit" – als Gegengewicht gegen das Auftreten der Hunderttausende von Proletariern im revolutionären Streik, der die Massen zum wirklichen Kampf für die Freiheit ruft.

Wenn man einen Kratzfuß vor den Reformisten und einen zweiten vor der revolutionären Sozialdemokratie macht, so wird damit diese objektive politische Tatsache nicht aus der Welt geschafft, wird dadurch ihre Kraft und ihr Gewicht in keiner Weise abgeschwächt. Die guten Absichten, die auf dieser Tatsache beruhenden Meinungsverschiedenheiten zu glätten, vermögen nicht – selbst wenn sie wirklich absolut „gut gemeint" und aufrichtig sind –, die durch die ganzen Verhältnisse der Konterrevolution bedingten und einander unversöhnlich feindlichen politischen Tendenzen zu ändern.

Das Proletariat hat sich unter seinem revolutionär-sozialdemokratischen Banner erhoben, und es wird dieses Banner am Vorabend der IV. Duma, der Schwarzhunderterduma, nicht vor den Liberalen einrollen, wird es nicht den Reformisten zuliebe einrollen; es wird sich nicht bereit finden, seine

Plattform den Erwägungen der Winkeldiplomatie zuliebe abzuschwächen oder zu vertuschen.

Die Plattform der revolutionären Sozialdemokratie gegen die Plattform des Reformismus – in diesem Zeichen sind die Maistreiks verlaufen, in diesem Zeichen geht die SDAPR auch in die Wahlen zur Duma der Gutsbesitzer und Pfaffen, in diesem Zeichen wird die ganze Arbeit der Partei in dieser Duma und unter den breiten Volksmassen stehen.

„Sozial-Demokrat" Nr. 28/29,
5. (18.) November 1912.

Nach dem Text des „Sozial-Demokrat".

ILLEGALE PARTEI UND LEGALE ARBEIT

Die Frage der illegalen Partei und der legalen Arbeit der Sozialdemokraten in Rußland ist eine der Hauptfragen, vor denen die Partei steht; sie beschäftigt die SDAPR in der *ganzen* Periode nach der Revolution, sie hat den heftigsten inneren Kampf in ihren Reihen ausgelöst.

Um diese Frage ging vor allem der Kampf der Liquidatoren gegen die Antiliquidatoren, und die Heftigkeit dieses Kampfes erklärt sich ganz und gar dadurch, daß er auf die Frage *hinauslief*, ob es unsere alte, illegale Partei geben soll oder nicht. Die Konferenz der SDAPR im Dezember 1908 verurteilte entschieden das Liquidatorentum und legte in einer besonderen Resolution klar den Standpunkt der Partei in der Organisationsfrage fest: Die Partei setzt sich aus illegalen sozialdemokratischen Zellen zusammen, die sich „Stützpunkte für die Massenarbeit" in Gestalt eines möglichst breiten und weitverzweigten Netzes verschiedenartiger legaler Arbeitervereinigungen schaffen müssen.

Die Beschlüsse des Plenums des ZK vom Januar 1910 wie auch die Gesamtrussische Konferenz vom Januar 1912 haben diese Auffassung der Partei in vollem Maße bestätigt. Die völlige Bestimmtheit und Beständigkeit dieser Auffassung wird wohl am anschaulichsten durch den letzten „Dnewnik" des Gen. Plechanow (Nr. 16, April 1912) charakterisiert. Wir sagen: am anschaulichsten, weil gerade Plechanow damals eine neutrale Stellung (hinsichtlich der Bedeutung der Januarkonferenz) einnahm. Und von seinem neutralen Standpunkt aus bestätigt er vollauf diesen fest umrissenen Standpunkt der Partei, wenn er sagt, daß man die sog. „Initiativgruppen" – die sich von der Parteiorganisation abgespalten haben, sie verlassen haben oder neben ihr entstanden sind – ohne beson-

deren Beschluß eines Parteitags oder einer Konferenz der illegalen Zellen nicht als zur Partei gehörig betrachten dürfe. Es wäre Anarchismus in prinzipieller Hinsicht, Unterstützung und Legalisierung des Liquidatorentums in praktischer Hinsicht, schreibt Gen. Plechanow, wenn es den „Initiativgruppen" überlassen bliebe, über ihre Zugehörigkeit zur Partei *selbst* zu bestimmen.

Es scheint, durch diese letzte Erläuterung des neutralen Plechanow müßte die Frage, die von der Partei so viele Male mit aller Bestimmtheit entschieden worden ist, als erledigt gelten. Aber die Resolution der letzten Liquidatorenkonferenz zwingt uns, noch einmal darauf zurückzukommen, da es neue Versuche gibt, Entwirrtes zu verwirren und Klares zu verschleiern. Der „Newski Golos" (Nr. 9) hat mit zügellosen Beschimpfungen an die Adresse der Antiliquidatoren erklärt, die neue Konferenz sei keine Liquidatorenkonferenz. Indessen beweist ihre Resolution zu einer der wichtigsten Fragen, der Frage der illegalen Partei und der legalen Arbeit, ganz eindeutig, daß die Konferenz durch und durch liquidatorisch ist.

Wir müssen also diese Resolution eingehend untersuchen und zu diesem Zweck in vollem Wortlaut zitieren.

I

Die Resolution der Liquidatorenkonferenz trägt die Überschrift: „Über die Organisations*formen* des Partei*aufbaus*", in Wirklichkeit aber zeigt schon ihr erster Punkt, daß es nicht um die „Formen" des Aufbaus geht, sondern darum, *welche* Partei man hier „aufbauen" will, die alte oder eine neue. Hier der erste Punkt:

„Die Konferenz erörterte die Frage nach den Formen und Methoden des Parteiaufbaus und kam zu folgendem Schluß:

1. Die Umwandlung der Sozialdemokratie in eine sich selbst verwaltende Organisation des sozialdemokratischen Proletariats kann nur insofern erfolgen, als die sozialdemokratische Organisation im Prozeß der Einbeziehung der Arbeitermassen in das offene gesellschaftlich-politische Leben in all seinen Erscheinungsformen entsteht."

Das erste Wort der Resolution über den *Aufbau* der **Partei** ist also die kategorische Anerkennung der Notwendigkeit einer *Umwandlung* der Sozialdemokratie. Das ist zumindest sonderbar. Natürlich hat jedes Mit-

glied der Partei das Recht, ihre „Umwandlung" anzustreben, es ist doch aber *offenkundig* schon vier Jahre lang die Rede von der Anerkennung oder Nichtanerkennung der *alten* Partei! Wer wüßte das nicht?

Die Resolution der Partei (vom Dezember 1908) spricht eindeutig genug die Verurteilung der Liquidatoren aus, die die alte Partei durch eine neue *„ersetzen"* wollen. Plechanow fragt im April 1912 die Verteidiger der „Initiativgruppen", die eine Liquidatorenkonferenz einberufen wollten (und auch einberufen haben), Plechanow fragt sie geradeheraus: „Existiert unsere alte Partei oder nicht?" („Dnewnik Sozialdemokrata" Nr. 16, April 1912, S. 8.)

Dieser Frage kann man nicht ausweichen. Der vier Jahre währende Kampf hat sie gestellt. In ihr liegt die ganze Zuspitzung der sog. Partei-„krise" beschlossen.

Antwortet man uns auf eine *solche* Frage: „Die *Umwandlung* der Sozialdemokratie ... kann nur insofern erfolgen ...", so sehen wir sofort, daß das keine Antwort, sondern eine leere Ausflucht ist.

Von einer Umwandlung der *Partei* können die Mitglieder der *alten* Partei reden. Wenn ihr, meine Herren, der Frage, ob es die alte Partei gibt, *ausweicht* und schlankweg (mit Beteiligung der *nicht* zur Partei gehörigen „Initiativgruppen") ihre „Umwandlung" dekretiert, so bestätigt ihr dadurch nur vollends, daß ihr auf dem Standpunkt des Liquidatorentums steht! Noch offenkundiger wird dieser Umstand, wenn die Resolution – nach völlig inhaltslosen, deklamatorischen Phrasen über eine „sich selbst verwaltende Organisation des sozialdemokratischen Proletariats" – darauf hinausläuft, daß die „Umwandlung" *„nur* insofern erfolgen *kann*, als die sozialdemokratische Organisation" (wir halten uns nicht mehr bei der lächerlichen, aufgebauschten und dummen Phraseologie auf) „im Prozeß der Einbeziehung der Arbeitermassen in das *offene gesellschaftlich-politische* Leben entsteht"!!

Was heißt das? Nennen die Verfasser dieser erstaunlichen Resolution einen Streik und eine Demonstration „Einbeziehung der Massen in das offene" usw. Leben? Nach den Gesetzen der Logik, *ja!* In diesem Falle ist die Resolution völliger Unsinn, denn jedermann weiß sehr wohl, daß die „Organisation" auch ohne Streiks und Demonstrationen *„entsteht"*. Eine Organisation, meine neunmalweisen Herren, existiert ständig, während die Massen nur von Zeit zu Zeit *offen* auftreten.

Die Herren Liquidatoren verstehen unter „offenem gesellschaftlich-politischem Leben" (was wählen doch diese Leute für einen offiziös-liberalen Stil – wie in den „Russkije Wedomosti" vor 30 Jahren!) die *legalen* Formen der Arbeiterbewegung, keineswegs aber Streiks, Demonstrationen u. dgl. m. Vortrefflich. Auch in diesem Fall ist die Resolution Unsinn, denn unsere Organisation „entsteht" und ist entstanden keineswegs „nur" im Prozeß der Einbeziehung der Massen in die legale Bewegung. Wir *haben* eine Organisation an vielen Orten, wo *keinerlei* Formen legaler Bewegung geduldet werden.

Der Hauptpunkt der Resolution (die Organisation entstehe *„nur insofern . . ."*) taugt also überhaupt nichts. Das ist ein völliges Durcheinander.

Aber in diesem Durcheinander ist deutlich der liquidatorische *Inhalt* zu erkennen. Die Umwandlung sei *nur* im Prozeß der Einbeziehung der Massen in die *legale* Bewegung möglich – darauf läuft in Wirklichkeit das Kauderwelsch des 1. Punktes hinaus. Und das eben ist reinstes Liquidatorentum.

Die Partei sagt seit vier Jahren: Unsere Organisation besteht aus illegalen Zellen, die von einem möglichst weitverzweigten Netz legaler Vereinigungen umgeben sind.

Die Liquidatoren leugnen seit vier Jahren, daß sie Liquidatoren sind, und wiederholen seit vier Jahren: Die Umwandlung *ist nur möglich* im Prozeß der Einbeziehung der Massen in die legale Bewegung. Die Frage, woraus unsere Partei *besteht, wie* diese *alte* Partei *beschaffen ist*, umgeht man, und zwar gerade so, wie es den Legalisten paßt. Das ganze Gerede steht unter dem Motto: Und wenn man nicht mehr weiter kann, dann fängt man wieder von vorne an. Plechanow fragt im April 1912: Existiert unsere alte Partei oder nicht? Die Liquidatorenkonferenz antwortet: „Die Umwandlung ist *nur insofern* möglich, als die Massen in die legale Bewegung einbezogen werden!"

Das ist die Antwort von Legalisten, die sich von der Partei abgespalten haben, die gestern stark waren und die Partei reizten, heute aber (nach erlittener Niederlage) schüchtern geworden sind und sich durch schöne Reden verteidigen.

II

Punkt 2 der Resolution besagt:

„2. Angesichts der Veränderung der gesellschaftlich-politischen Verhältnisse im Vergleich zur vorrevolutionären Epoche müssen sich die bestehenden und die neu entstehenden illegalen Parteiorganisationen den neuen Formen und Methoden der legalen Arbeiterbewegung anpassen."

Wiederum eine herrliche Logik. Aus einer *Veränderung* der gesellschaftlichen Verhältnisse folgt nur eine *Veränderung* der Organisationsform, aber die *Richtung* dieser Veränderung wird in der Resolution durch nichts begründet.

Wozu beruft sich die Resolution auf die „Veränderung der gesellschaftlich-politischen Verhältnisse"? Offenbar, um ihren praktischen Schluß zu beweisen, zu begründen, zu ziehen: die illegale Organisation müsse sich der legalen Bewegung anpassen. Aber aus der Prämisse folgt keineswegs ein solcher Schluß. „Angesichts der Veränderung der Verhältnisse" muß sich das Legale dem Illegalen anpassen – ein solcher Schluß wäre ebenso berechtigt!

Woher dieses Durcheinander bei den Liquidatoren?

Daher, daß sie Angst haben, die Wahrheit zu sagen, und sich die größte Mühe geben, zwischen zwei Stühlen zu sitzen.

Die Wahrheit ist die, daß die Liquidatoren auf dem Standpunkt der *liquidatorischen* (von Lewizki, Larin, Jeshow und anderen gegebenen) Einschätzung der „gegenwärtigen Lage" stehen, denn die Erklärung, *wie* sich „die gesellschaftlich-politischen Verhältnisse verändert" haben, ist eben eine Einschätzung der Lage.

Sie fürchten sich jedoch, diese Einschätzung unumwunden darzulegen. Ihre Konferenz wagte es nicht einmal, diese Frage aufzuwerfen. Stillschweigend und insgeheim schmuggelt sie die Auffassung durch, daß *(irgendwelche)* Veränderungen vor sich gegangen seien, die eine „Anpassung" des Illegalen an das Legale erfordern.

Das ist eine Auffassung, die sich durch nichts von der der Kadetten unterscheidet, wie die sozialdemokratische Parteipresse bereits wiederholt nachgewiesen hat. Die Kadetten erkennen durchaus an, daß ihre Partei „insgesamt gezwungen ist, illegal zu bleiben" (siehe Punkt 3 der Resolution der Liquidatoren), und daß, angesichts der veränderten Verhältnisse, die illegale Partei sich der legalen Bewegung anpassen müsse. Für

die Kadetten genügt das. Für sie ist das Verbot ihrer Partei, ihr Übergang in die Illegalität ein Zufall, eine „Abnormität", ein Überbleibsel, und die Hauptsache, das Wesentliche, Grundlegende – ihre legale Arbeit. Diese ihre Auffassung ergibt sich *logisch* aus der „Einschätzung der Lage", wie sie Herr Gredeskul mit den Worten zum Ausdruck brachte: vonnöten sei keine neue Revolution, sondern lediglich eine „konstitutionelle Arbeit".

Die Illegalität der Kadettenpartei ist ein Zufall, ist eine Ausnahme in dem Gesamtsystem der „konstitutionellen Arbeit". Hieraus folgt logischerweise, daß sich die illegale Organisation „der legalen Bewegung anpassen" muß. So eben steht es um die Kadetten.

Die sozialdemokratische Partei aber hat einen anderen Standpunkt. Die grundlegende Schlußfolgerung aus unserer, aus der von der Partei gegebenen Einschätzung der Lage besteht darin, daß *die Revolution nötig ist und kommen wird*. Verändert haben sich die *Formen* der zur Revolution hinführenden Entwicklung, geblieben sind die *alten Aufgaben* der Revolution. Daher die Schlußfolgerung: Die Organisationsformen müssen sich ändern, die Formen der „Zellen" müssen elastisch sein, ihre Erweiterung wird häufig dadurch erfolgen, daß nicht die Zellen selbst erweitert werden, sondern **ihre** legale „Peripherie" usw. Alles das ist in den Resolutionen der Partei viele Male gesagt worden.

Aber diese Veränderung der *Formen* der illegalen Organisation deckt sich keineswegs mit der Formel: „Anpassung" an die legale Bewegung. Das ist etwas ganz anderes! Die legalen Organisationen sind *Stützpunkte* für die Verbreitung der Ideen der *illegalen Zellen* unter den Massen. Wir verändern also die Form der Beeinflussung, um der bisherigen Beeinflussung eine *illegale* Richtung zu geben.

Der *Form* der Organisationen nach erfolgt eine „Anpassung" des Illegalen an das Legale. Dem *Inhalt* der Arbeit unserer Partei nach erfolgt eine „*Anpassung*" der legalen Tätigkeit an die illegalen Ideen. (Daher rührt, in Parenthese gesagt, der ganze Krieg des „revolutionären Menschewismus" gegen die Liquidatoren.)

Man bedenke, wie tiefsinnig unsere Liquidatoren sind, wenn sie die *erste* Prämisse (über die Form der Arbeit) annehmen, die zweite aber (über den *Inhalt* der Arbeit) vergessen!! Und sie betitelten ihre kadettische Weisheit als Betrachtung über die Organisationsformen des Parteiaufbaus, so daß eine solche Betrachtung herauskam:

„Man muß die Partei aufbauen, indem man sich die Aufgabe stellt, (sie) durch die Einbeziehung der Massen in die legale Bewegung umzuwandeln und die illegale Organisation dieser Bewegung anzupassen."

Es fragt sich, sieht das der Antwort der Partei ähnlich? – (die Partei aufbauen heißt die illegalen Zellen festigen und vermehren und mit einem Netz legaler Stützpunkte umgeben).

– Oder gleicht das nicht, als Wiederholung der Gedanken der Kadetten und der Volkssozialisten, der Legalisierung eines Hintertürchens für die Liquidatoren? – Der Volkssozialist Herr Peschechonow vertrat im August 1906, als er die „legale Partei" begründen wollte, *eben* diese Gedanken; siehe „Russkoje Bogatstwo" 1906, Nr. 8, und den Artikel „Sozialrevolutionäre Menschewiki"* im „Proletari" Nr. 4.

III

Punkt 3 der Resolution lautet:

„3. Die sozialdemokratische Partei muß schon heute, wo ihre Organisation insgesamt gezwungen ist, illegal zu bleiben, danach streben, einzelne Bereiche ihrer Parteiarbeit offen zu betreiben und dafür die entsprechenden Einrichtungen zu schaffen."

Wir zeigten schon, daß dies ein völlig exaktes, vom ersten bis zum letzten Wort richtiges Konterfei der *Kadetten*partei ist. Das Wort „sozialdemokratische" aber ist hier fehl am Platze.

Die Partei der Kadetten ist tatsächlich „insgesamt" „gezwungen", illegal zu bleiben – ihr Streben richtet sich tatsächlich „schon" heute (wo wir, Gott sei Dank, eine Verfassung haben . . .) darauf, einen Teil ihrer Parteiarbeit offen zu betreiben.

Die stillschweigende Prämisse, die in jeder Zeile dieser liquidatorischen Resolution steckt, besteht gerade in der Anerkennung der „konstitutionellen Arbeit" als ausschließliche, zumindest als wichtigste, beständige, grundlegende Arbeit.

Das ist grundfalsch. Das sind eben die Ansichten der liberalen Arbeiterpolitik.

Die sozialdemokratische Partei ist illegal sowohl „insgesamt" als auch in jeder Zelle und – was *das Wesentlichste* ist – im ganzen Inhalt ihrer Arbeit,

* Siehe Werke, Bd. 11, S. 184–194. *Die Red.*

die die Revolution propagiert und vorbereitet. Deshalb kann eine *noch so* offene Arbeit einer noch so offenen Zelle der sozialdemokratischen Partei *nicht* als „offen betriebene Parteiarbeit" bezeichnet werden.

In den Jahren 1907–1912 zum Beispiel war die am weitesten „offene" Zelle der SDAPR die sozialdemokratische Dumafraktion. Sie konnte am „offensten" sprechen. Sie *allein* war legal und konnte legal *über sehr vieles* sprechen.

Aber nicht über alles! Und zwar nicht nur schlechthin „nicht über alles", sondern sogar im besonderen in bezug auf die eigene Partei, die eigene Parteiarbeit „nicht über alles" und nicht über das Wichtigste. Deshalb können wir *nicht einmal* in bezug auf die sozialdemokratische Dumafraktion den Punkt 3 der liquidatorischen Resolution annehmen, ganz zu schweigen von den übrigen „einzelnen Bereichen" der Partei.

Die Liquidatoren sind Anhänger einer „offenen", einer legalen Partei. Sie haben jetzt Angst (Angst flößten ihnen die Arbeiter ein, Angst zu haben rät ihnen Trotzki), das direkt zu sagen. Sie sagen jetzt *dasselbe*, nur sind sie bemüht, das *ein wenig zu bemänteln*. Sie schweigen von der Legalisierung der Partei. Sie propagieren die *ratenweise* Legalisierung der Partei!

Die „Initiativgruppen" der abgespaltenen Legalisten sind parteiwidrig, sagte der neutrale Plechanow den Liquidatoren im April 1912. – Die „Initiativgruppen" der abgespaltenen Legalisten – das heißt eben, die „Parteiarbeit" in einzelnen Bereichen offen betreiben, antwortet die Liquidatorenkonferenz; das ist eben jene „legale Bewegung", *der* sich die illegale Partei „anpassen" muß; das ist eben jenes „offene Leben", in das „einbezogen" zu werden Kriterium und Unterpfand für die notwendige „Umwandlung" der Partei ist.

Welche Tröpfe müssen die Liquidatoren gefunden haben, wenn ihre Erzählungen stimmen, daß diese Ansichten von den von Trotzki mitgebrachten „Antiliquidatoren" gebilligt worden seien!

IV

Der letzte Punkt der Resolution lautet:

„4. Da die sozialdemokratische Organisation infolge ihrer Illegalität nicht die Möglichkeit hat, die breiten Kreise der Arbeiter, auf die sich ihr Einfluß

erstreckt, organisatorisch zu erfassen, muß sie sich mit den politisch aktiven Schichten des Proletariats und durch diese auch mit den Massen verbinden, indem sie verschiedenartige in mehr oder minder feste Formen gebrachte legale bzw. illegale politische Organisationen und verschiedenartige legale Tarnorgane (Wahlkomitees, politische Vereinigungen, gegründet auf der Basis des Gesetzes vom 4. März, kommunale Gesellschaften, Vereinigungen zum Kampf gegen die Teuerung u. dgl. m.) bildet und zugleich ihre Aktionen mit den unpolitischen Arbeiterorganisationen koordiniert."

Auch hier *verbergen* unangreifbare Betrachtungen über legale Tarnorgane nicht nur Strittiges, sondern auch direkt Liquidatorisches.

Die Bildung *legaler politischer Organisationen* – das eben ist es, was Lewizki und N. R-kow predigten, das eben ist die ratenweise Legalisierung der Partei.

Wir sagen den Liquidatoren schon über ein Jahr lang: Genug der Worte, gründet doch eure „legalen *politischen* Vereinigungen" wie die „Vereinigung zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse" u. dgl. m. Genug der Phrasen, macht euch an die Arbeit!

Aber sie können sich nicht an die Arbeit machen, denn im *heutigen* Rußland kann man keine liberale Utopie verwirklichen. Sie können auf diese versteckte Weise nur ihre „Initiativgruppen" *verteidigen*, die mit nützlichen Gesprächen und wechselseitigen Ermunterungen, Vorschlägen und Betrachtungen über „legale politische Organisationen" beschäftigt sind.

Sie verteidigen ihre „Initiativgruppen", indem sie in der Resolution offiziell erklären, die illegalen Organisationen *müßten* „sich mit den *politisch aktiven Schichten des Proletariats* und durch diese auch mit den Massen verbinden"!!! Die „politisch aktiven" stehen also gerade *außerhalb* der Zellen! – ist das nicht eine bloße Wiederholung der bekannten Phrasen und Deklamationen, daß aus der „abgestorbenen Partei" alles Aktive in die „Initiativgruppen" *geflüchtet* sei?

Das, was die „Nascha Sarja" und das „Delo Shisni" [Sache des Lebens] direkt sagten, wenn sie die illegale Partei *beschimpften*, das sagen Trotzki und die aus der Partei ausgeschlossenen Liquidatoren „konzilianter": gerade außerhalb der engen illegalen Partei stehe das angeblich am meisten „*Aktive*", mit ihm eben müsse man „sich verbinden". Wir, die abgespaltenen Liquidatoren, sind das aktive Element; durch uns muß sich die „Partei" mit den Massen verbinden.

Die Partei sagte es mit aller Klarheit: Bei der Leitung des wirtschaftlichen Kampfes bedarf es der Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteizellen mit den Gewerkschaften, mit den sozialdemokratischen Zellen in ihnen, mit den einzelnen Funktionären der Gewerkschaftsbewegung. Oder: In der Wahlkampagne zu den Dumawahlen müssen die Gewerkschaften mit der Partei zusammengehen. Das ist klar, exakt und verständlich. *Statt dessen* predigen die Liquidatoren eine nebelhafte „Koordinierung" der Arbeit der Partei schlechthin mit „unpolitischen", d. h. parteilosen Verbänden.

P. B. Axelrod gab Trotzki die Ideen des Liquidatorentums. Trotzki riet Axelrod, nach dessen bitteren Mißerfolgen in der „Nascha Sarja", diese Ideen durch Phrasen, die sie verwirren, zu tarnen.

Diese Gesellschaft wird niemanden täuschen. Die Liquidatorenkonferenz wird die Arbeiter lehren, den Sinn ausweichender Phrasen besser zu erkennen. Außer dieser bitteren, wenig interessanten, aber in der bürgerlichen Gesellschaft nicht unnützen „Lehre" wird diese Konferenz den Arbeitern nichts bringen.

Die Ideen der liberalen Arbeiterpolitik haben wir in Lewizkis Hausanzug studiert, sie sind auch in dem eleganten und bunten Gewand Trotzkis unschwer zu erkennen.

Die Ideen der Partei von der illegalen Organisation und ihrer legalen Arbeit treten gegenüber all diesen heuchlerischen Maskeraden immer eindringlicher hervor.

„Sozial-Demokrat" Nr. 28/29,
5. (18.) November 1912.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

DIE SOZIALE BEDEUTUNG DER SERBISCH-BULGARISCHEN SIEGE

„Die Eroberung Mazedoniens durch Bulgarien und Serbien bedeutet für dieses Land die bürgerliche Revolution – sein 1789 oder 1848" – diese Worte des österreichischen Marxisten Otto Bauer lassen sofort das eigentliche Wesen der jetzigen Ereignisse auf dem Balkan erkennen.

Die Revolutionen von 1789 in Frankreich, von 1848 in Deutschland und in anderen Ländern waren bürgerliche Revolutionen, weil die Befreiung der Länder vom Absolutismus und von den Privilegien der Feudalherren tatsächlich freie Bahn für die Entwicklung des Kapitals schuf. Aber selbstverständlich entsprachen diese Revolutionen ganz und gar den Interessen der Arbeiterklasse, und sogar die „parteilosen", nicht als Klasse organisierten Arbeiter waren 1789 und 1848 Vorkämpfer der französischen und der deutschen Revolution.

Wie alle Balkanländer ist Mazedonien ökonomisch sehr rückständig. Dort sind noch außerordentlich starke Überreste der Leibeigenschaft, der mittelalterlichen Abhängigkeit der Bauern von den feudalen Grundherren erhalten geblieben. Zu diesen Überresten gehört der bäuerliche Fronzins an den Grundherrn (in Geld- oder Naturalform), ferner die Teilpacht (gewöhnlich führt der Bauer in Mazedonien bei Teilpacht ein Drittel der Ernte, d. h. weniger als in Rußland, an den Grundherrn ab) usw.

Die Grundherren in Mazedonien (die sogenannten *Spahi*) sind Türken und Mohammedaner, die Bauern jedoch Slawen und Christen. Die Klassengegensätze werden deshalb noch durch religiöse und nationale Gegensätze verschärft.

Somit bedeuten die Siege der Serben und Bulgaren, daß der Feudalismus in Mazedonien untergraben und eine mehr oder minder freie Klasse

bäuerlicher Grundbesitzer geschaffen wird; sie sichern die gesamte gesellschaftliche Entwicklung der Balkanländer, die durch Absolutismus und Feudalverhältnisse gehemmt war.

Die bürgerlichen Zeitungen vom „Nowoje Wremja" bis zur „Retsch" reden von der *nationalen* Befreiung auf dem Balkan und lassen die *ökonomische* Befreiung im Hintergrund. In Wirklichkeit aber ist eben diese die Hauptsache.

Eine völlige Befreiung von den Grundherren und vom Absolutismus würde unausbleiblich zur nationalen Befreiung und zum vollen Selbstbestimmungsrecht der Völker führen. Und umgekehrt, bleibt die Unterdrückung der Völker durch die Grundherren und die Balkanmonarchien bestehen, so bleibt unbedingt auch in diesem oder jenem Maße die nationale Unterdrückung bestehen.

Würde sich die Befreiung Mazedoniens auf dem Wege der Revolution vollziehen, d. h. durch den Kampf sowohl der serbischen und bulgarischen als auch der *türkischen* Bauern gegen die Grundherren *aller* Nationalitäten (und gegen die Grundherrenregierungen des Balkans), so würde die Befreiung die Balkanvölker sicherlich hundertmal weniger Menschenleben kosten als der jetzige Krieg. Die Befreiung würde um einen unvergleichlich niedrigeren Preis erreicht werden und wäre unvergleichlich vollkommener.

Es fragt sich, welche historischen Ursachen dazu geführt haben, daß diese Frage durch einen Krieg und nicht durch eine Revolution gelöst wird. Die wichtigste historische Ursache dafür ist die Schwäche, die Zersplitterung, die Rückständigkeit, die Unwissenheit der Bauernmassen in allen Balkanländern sowie die geringe Zahl der Arbeiter, die die Lage richtig einschätzten und die Forderung nach einer föderativen Balkanrepublik (einer Bundesrepublik) erhoben.

Das erklärt den wesentlichen Unterschied in der Haltung der europäischen Bourgeoisie und der europäischen Arbeiter zur Balkanfrage. Die Bourgeoisie, sogar die liberale Bourgeoisie vom Typ unserer Kadetten, erhebt ein Geschrei über die „nationale" Befreiung der „Slawen". Damit werden der Sinn und die historische Bedeutung der gegenwärtigen Ereignisse auf dem Balkan geradezu verfälscht, damit wird die wirkliche Befreiung der Balkanvölker *erschwert*. Damit wird die Aufrechterhaltung der Privilegien der Grundherren, der politischen Entrechtung und der nationalen Unterdrückung in dem einen oder anderen Maße *gefördert*.

Umgekehrt tritt allein die Arbeiterdemokratie für eine wirkliche und vollständige Befreiung der Balkanvölker ein. Allein die bis zu Ende geführte ökonomische und politische Befreiung der *Bauern* aller Balkanvölkerschaften vermag jede Möglichkeit einer wie immer gearteten nationalen Unterdrückung auszuschließen.

„Prawda" Nr. 162,
7. November 1912.
Unterschrift: T.

Nach dem Text der „Prawda"

DAS ERNEUERTE CHINA

Das fortgeschrittene und zivilisierte Europa interessiert sich nicht für die Erneuerung Chinas. Vierhundert Millionen zurückgebliebener Asiaten haben sich die Freiheit errungen, sind zum politischen Leben erwacht. Der *vierte* Teil der Bevölkerung des Erdballs ist sozusagen vom schläfrigen Dasein zum Licht, zur Bewegung, zum Kampf übergegangen.

Dem zivilisierten Europa liegt nichts daran. Bis jetzt hat sogar die französische Republik die Republik China noch nicht offiziell anerkannt! Hierüber wird demnächst eine Interpellation in der französischen Deputiertenkammer eingebracht werden.

Wodurch nun erklärt sich diese Gleichgültigkeit Europas? Dadurch, daß überall im Westen die imperialistische Bourgeoisie herrscht, die zu drei Vierteln schon verfault ist, die bereit ist, jedem beliebigen Abenteurer ihre ganze „Zivilisation" gegen „strenge" Maßnahmen gegen die Arbeiter oder gegen fünf Prozent mehr Profit zu verkaufen. China interessiert diese Bourgeoisie *nur* als ein Beutestück, aus dem sich jetzt – nach der „zärtlichen Umarmung" der Mongolei durch Rußland – die Japaner, Engländer, Deutschen usw. wohl die besten Bissen herausreißen werden.

Aber die Erneuerung Chinas geht dennoch voran. Gegenwärtig beginnen die Wahlen zum Parlament – dem *ersten* Parlament der ehemaligen Despotie. Das Unterhaus wird aus 600 Mitgliedern, der „Senat" aus 274 bestehen.

Das Wahlrecht ist *nicht* allgemein und *nicht* direkt. Das Wahlrecht haben nur über 21 Jahre alte Personen, wenn sie mindestens 2 Jahre im Wahlbezirk ansässig sind, wenn sie direkte Steuern in Höhe von etwa 2 Rubel zahlen oder Vermögen im Wert von etwa 500 Rubel besitzen. Gewählt werden zunächst Wahlmänner, die ihrerseits die Abgeordneten wählen.

Schon ein solches Wahlrecht weist auf ein Bündnis der wohlhabenden Bauernschaft mit der Bourgeoisie hin, bei einem Fehlen oder bei völliger Ohnmacht des Proletariats.

Auf denselben Umstand weist auch der Charakter der politischen Parteien Chinas hin. Es gibt drei Hauptparteien:

1. Die „radikalsozialistische" – in der es in Wirklichkeit genau wie bei unseren „Volkssozialisten" (und bei neun Zehnteln der „Sozialrevolutionäre") *absolut gar keinen* Sozialismus gibt. Es ist das eine Partei der kleinbürgerlichen *Demokratie*. Ihre Hauptforderungen sind: politische Einheit Chinas, Entwicklung des Handels und der Industrie „im sozialen Sinne" (eine ebenso nebelhafte Phrase wie das „Prinzip der Arbeit" und die „Ausgleichung" bei unseren Volkstümlern und Sozialrevolutionären), Erhaltung des Friedens.

2. Die zweite Partei sind die Liberalen. Sie sind im Bunde mit der „radikalsozialistischen" Partei und bilden mit ihr zusammen die *„Nationalpartei"*. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Partei die Mehrheit im ersten chinesischen Parlament haben. Der Führer dieser Partei ist der bekannte Dr. Sun Yat-sen. Jetzt ist er besonders beschäftigt mit der Ausarbeitung des Planes eines ausgedehnten Eisenbahnnetzes (den russischen Volkstümlern zur Kenntnis: Sun Yat-sen tut das *deshalb*, damit China dem Schicksal des Kapitalismus „entgehe"!).

3. Die dritte Partei nennt sich „Bund der Republikaner" – ein Musterbeispiel dafür, wie trügerisch Aushängeschilder in der Politik sind! In Wirklichkeit ist das die *konservative* Partei, die sich hauptsächlich auf die Beamten, die Gutsbesitzer und die Bourgeois *Nord*chinas, d. h. des rückständigsten Landesteils, stützt. Die „National"partei ist vorwiegend die Partei des mehr industriellen, fortgeschritteneren, entwickelteren *Südens* von China.

Die Hauptstütze der „Nationalpartei" ist die breite Bauernmasse. Ihre Führer sind im Ausland erzogene Intellektuelle.

Die chinesische Freiheit ist erobert worden durch das Bündnis der bäuerlichen Demokratie und der liberalen Bourgeoisie. Ob die Bauern, die nicht von einer Partei des Proletariats geführt werden, imstande sein werden, ihre demokratische Position *gegen* die Liberalen zu behaupten, die nur auf den geeigneten Moment warten, um nach rechts umzufallen – das wird die nahe Zukunft zeigen.

„Prawda" Nr. 163,
8. November 1912.
Unterschrift: J.

Nach dem Text der „Prawda".

ERGEBNIS UND BEDEUTUNG DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN AMERIKA

Zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde der „Demokrat" Wilson gewählt. Er erhielt über 6 Millionen Stimmen, Roosevelt (neue „Nationale Progressive Partei") über vier Millionen, Taft („Republikanische Partei") über drei Millionen. Der Sozialist Eugene Debs erhielt 800 000 Stimmen.

Die internationale Bedeutung der Wahlen in Amerika besteht nicht so sehr in der starken Zunahme der sozialistischen Stimmen; die Bedeutung der amerikanischen Wahlen besteht in der tiefen *Krise der bürgerlichen* Parteien, in der erstaunlichen Klarheit, mit der ihre Zersetzung zutage trat. Schließlich liegt die Bedeutung der Wahlen in dem ungewöhnlich klaren und deutlichen Hervortreten des *bürgerlichen Reformertums* als eines Mittels zur Bekämpfung des Sozialismus.

In *allen* bürgerlichen Ländern haben sich die auf dem Standpunkt des Kapitalismus stehenden, d. h. bürgerlichen Parteien vor sehr langer Zeit herausgebildet, und sie waren um so stabiler, je größer die politische Freiheit war.

In Amerika herrscht die größte Freiheit. Die *zwei* bürgerlichen Parteien zeichneten sich hier ganze *fünf Jahrzehnte* lang – nach dem 1860–1865 wegen der Sklaverei geführten Bürgerkrieg – durch bemerkenswerte Festigkeit und Stärke aus. Die Partei der ehemaligen Sklavenhalter ist die sogenannte „Demokratische Partei". Die Partei der Kapitalisten, die für die Befreiung der Neger eingetreten war, entwickelte sich zur „Republikanischen Partei".

Nach der Befreiung der Neger wurde der Unterschied zwischen den beiden Parteien immer geringer. Der Kampf dieser Parteien ging vor-

nehmlich um die Frage höherer oder niedrigerer Zölle. Für die Masse des Volkes *hatte* dieser Kampf *keinerlei ernst zu nehmende* Bedeutung. Das Volk wurde hintergangen und von seinen wesentlichsten Interessen durch effekthaschende und inhaltsleere *Duelle* zwischen den beiden bürgerlichen Parteien abgelenkt.

Dieses sogenannte „Zweiparteiensystem", das in Amerika und England herrschte, war eines der wirksamsten Mittel, um das Entstehen einer selbständigen Arbeiterpartei, d. h. einer wirklich sozialistischen Partei, zu verhindern.

Und nun hat in Amerika, dem Land des fortgeschrittensten Kapitalismus, das Zweiparteiensystem ein Fiasko erlitten! Was war die Ursache dieses Fiaskos?

Die Stärke der Arbeiterbewegung, das Anwachsen des Sozialismus.

Die alten bürgerlichen Parteien (die „Demokratische" und die „Republikanische") waren der Vergangenheit, der Zeit der Negerbefreiung, zugewandt. Die neue bürgerliche Partei, die „Nationale Progressive Partei", ist der *Zukunft* zugewandt. Ihr ganzes Programm dreht sich um die Frage des Seins oder Nichtseins des Kapitalismus, nämlich um den Arbeiterschutz und um die „Trusts", wie in Amerika die Kapitalistenverbände heißen.

Die alten Parteien waren das Produkt einer Zeit, die die schnellste Entwicklung des Kapitalismus zur Aufgabe hatte. Der Kampf der Parteien lief darauf hinaus, *wie* man diese Entwicklung am besten beschleunigen und fördern konnte.

Die neue Partei ist ein Produkt der Gegenwart, die die Frage der Existenz des Kapitalismus überhaupt aufwirft. In Amerika, dem freiesten und fortgeschrittensten Land, rückt diese Frage immer klarer, in immer größerem Ausmaß auf die Tagesordnung.

Das ganze Programm, die ganze Agitation Roosevelts und der „Progressisten" geht darum, wie man *den Kapitalismus retten* könne vermittels ... *bürgerlicher Reformen.*

Das bürgerliche Reformertum, das sich im alten Europa als Geschwätz liberaler Professoren äußert – dieses bürgerliche Reformertum trat in der freien amerikanischen Republik mit einem Schlage als eine Vier-Millionen-Partei in Erscheinung. Das ist echt amerikanisch.

Diese Partei sagt: Wir werden den Kapitalismus durch Reformen ret-

ten. Wir werden die fortschrittlichsten Fabrikgesetze erlassen. Wir werden die staatliche Kontrolle über *alle* Trusts (in Amerika heißt das: über die *gesamte* Industrie!) einführen. Wir werden die staatliche Kontrolle über sie einführen, damit es kein Elend gebe, damit alle einen „anständigen" Lohn erhalten. Wir werden die „soziale und industrielle Gerechtigkeit" herstellen. Wir geloben und schwören bei *allen* Reformen ... wir wollen nur *eine „Reform"* nicht: *die Enteignung der Kapitalisten!*

Der gesamte Nationalreichtum Amerikas beläuft sich jetzt auf 120 Milliarden Dollar, d. h. etwa 240 Milliarden Rubel. Davon gehört *ungefähr ein Drittel*, etwa 80 Milliarden Rubel, *zwei* Trusts, Rockefeller und Morgan, oder wird von ihnen kontrolliert! Nicht mehr als 40 000 Familien, die diese zwei Trusts bilden, sind die Herren von 80 Millionen Lohnsklaven.

Angesichts dieser modernen Sklavenhalter sind alle „Reformen" naturgemäß bloßer Betrug. Roosevelt ist von den gerissenen Milliardären *wissentlich* gedungen, um diesen Betrug zu propagieren. Die „staatliche Kontrolle", die er verspricht, wird sich, wenn die Kapitalisten das Kapital behalten, in ein Mittel zur Bekämpfung und Abwürgung von Streiks verwandeln.

Aber der amerikanische Proletarier ist bereits erwacht und steht auf seinem Posten. Mit frischer Ironie quittiert er Roosevelts Erfolge: Sie haben mit ihren Reformversprechungen 4 Millionen Menschen mit sich fortgerissen, verehrter Scharlatan Roosevelt? Vortrefflich! Morgen werden diese vier Millionen erkennen, daß Ihre Versprechungen Betrug sind, folgen doch diese Millionen Ihnen *nur* deshalb, weil sie fühlen: auf die alte Weise zu leben *ist unmöglich*.

„Prawda" Nr. 164,
9. November 1912.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Prawda".

„BRENNENDE FRAGEN" UNSERER PARTEI

Die Frage der „Liquidatoren" und die „nationale" Frage

Im August 1912 berief der Hauptvorstand der SDPuL eine „Landeskonferenz" der Polnischen Sozialdemokratie ein. Bekanntlich ist dieser Hauptvorstand der Polnischen Sozialdemokratie gegenwärtig ein Vorstand *ohne* Partei. In Warschau, der Hauptstadt Polens, verurteilte die örtliche sozialdemokratische Organisation entschieden die desorganisierende Politik des Hauptvorstands, der als Antwort darauf zu gemeinen anonymen Anschuldigungen der Provokation griff, sich eine fiktive Warschauer Organisation schuf und schleunigst „seine", entsprechend zusammengeschobene, Landeskonferenz einberief.

In der Folgezeit haben die Wahlen in der Warschauer Arbeiterkurie zur Reichsduma endgültig bewiesen, welch fiktive Größe die Anhänger des Hauptvorstands sind: von den 66 Bevollmächtigten waren 34 Sozialdemokraten, unter ihnen nur 3 (und die zweifelhafte) Anhänger des Hauptvorstands.

Diese Vorbemerkung war nötig, damit der Leser die Resolution der Landeskonferenz der SDPuL, von der wir sprechen wollen, *nur* als Resolution des *Tyszkaschen* Hauptvorstands betrachtet, keineswegs aber als Beschluß der polnischen sozialdemokratischen Arbeiter.

I

Die Frage der Stellung der Polnischen Sozialdemokratie zur SDAPR ist außerordentlich wichtig und aktuell. Daher verdient der *Beschluß* der Tyszkaschen Konferenz zu dieser Frage, wie schwer es auch fallen mag, ihn *ernst* zu nehmen, ein aufmerksameres Studium.

Wenn es schwerfällt, die von Geschimpfe strotzende Tyszkasche Resolution ernst zu nehmen, so allein schon wegen ihrer Einstellung zu der *grundlegenden* Frage des Liquidatorentums.

Es ist das die Grundfrage der SDAPR in den Jahren 1908–1912. Die Partei ist durch die Konterrevolution böse zerschlagen. Sie spannt alle Kräfte an, um ihre Organisation wiederherzustellen. Und *während der ganzen vier Jahre* der Konterrevolution führt die Partei einen *ununterbrochenen* Kampf gegen jene Grüppchen unter den Sozialdemokraten, die die Partei liquidieren wollen.

Folgt hieraus nicht klar, daß sich *zu Unrecht* Mitglied der Partei nennt, wer die Frage des Liquidatorentums nicht eindeutig entschieden hat?

Auch die Tyszkasche Konferenz räumt in ihrer Resolution über die Stellung zur SDAPR den meisten Platz dem Liquidatorentum ein. Wie die Konferenz zugibt, ist das Liquidatorentum „ein großes Hindernis für die Entwicklung der SDAPR und eine ernste Gefahr für ihre Existenz überhaupt".

„Offenes und konsequentes Liquidatorentum und revolutionäre Sozialdemokratie schließen einander aus", heißt es in der Resolution.

Wie man sieht, packen Tyszka und Co. das Problem kühn und mit sicherer Hand an – und weichen einer Antwort aus!

Wer ist denn ein „offener und konsequenter" Liquidator? Und zu welcher praktischen Schlußfolgerung haben die *Erfahrungen des vierjährigen Kampfes* gegen das Liquidatorentum geführt?

Diese natürlichen und notwendig auftauchenden Fragen beantwortete die Januarkonferenz der SDAPR von 1912 klar, exakt und überzeugend: Die Liquidatoren, das ist die Gruppe der Organe „Nascha Sarja" und „Shiwoje Delo". Diese Gruppe hat sich außerhalb der Partei gestellt.

Man kann diese Antwort für richtig oder für falsch halten, aber man kann ihr nicht die Klarheit absprechen, man kann nicht einer klaren Bestimmung der eigenen Position ausweichen!

Die Tyszkasche Konferenz sucht eben dem auszuweichen, sie dreht und wendet sich wie ein kleiner Dieb. Wenn es nicht stimmt, daß die Anhänger der „Nascha Sarja" offene und konsequente Liquidatoren sind, wie wir im Januar 1912 deutlich erklärt haben, warum haben dann Tyszka und Co. im August 1912 vor den polnischen sozialdemokratischen Arbeitern unseren Irrtum nicht aufgedeckt? Wenn es nicht stimmt, daß sich die „Nascha

Sarja" *außerhalb* der Partei gestellt hat, wenn ihr, meine Herrschaften Tyszka, Rosa Luxemburg, Warski, der Meinung seid, daß sie *sich in der Partei befinde*, warum habt ihr das dann nicht offen gesagt? Das war eure direkte Schuldigkeit gegenüber den polnischen sozialdemokratischen Arbeitern!

Und mag man noch so viel über die „Leninsche" Januarkonferenz von 1912 schimpfen, fluchen, lärmen, es wird nicht gelingen, mit diesem Lärm irgend jemanden zu betrügen außer denen, die betrogen sein wollen. Denn nach der Januarkonferenz kann man kein bewußter und ehrlicher Sozialdemokrat sein, kann man nicht von der Lage der Dinge in der SDAPR sprechen, ohne klipp und klar die Frage zu beantworten, ob die „Nascha Sarja" liquidatorisch ist und wo diese Gruppe steht – innerhalb oder außerhalb der Partei.

II

Das maßlose, mannigfache, wortreiche Gekeif, mit dem die Tyszkasche Konferenz die „Leninisten" überschüttet, läuft auf eins hinaus – auf die Beschuldigung der *Spaltung*.

Die Januarkonferenz der SDAPR hat nur im Hinblick auf die Gruppe der „Nascha Sarja" erklärt, daß sie außerhalb der Partei steht. Das ist eine allbekannte Tatsache. Daraus könnten sogar Tyszka und seine Freunde den einfachen und offenkundigen Schluß ziehen, daß die Beschuldigung der Spaltung gleichbedeutend ist mit der Anerkennung der *Parteizugehörigkeit* der Gruppe der „Nascha Sarja".

Selbst ein Kind würde die Zwangsläufigkeit dieser Schlußfolgerung begreifen. Und Tyszka und Co. sind längst den Kinderschuhen entwachsen ...

Wer uns der Spaltung beschuldigt, muß wenigstens so viel elementaren Mut, elementare Ehrlichkeit besitzen, um offen zu erklären: „Die Gruppe der *‚Nascha Sarja'* ist keine Liquidatorengruppe", „sie *darf nicht* außerhalb der Partei stehen, ihr Platz ist *innerhalb* der Partei", „sie ist eine *legitime Schattierung* in der Partei" usw.

Das ist gerade der Kern der Sache, daß die Herrschaften vom Schlage Tyszkas, die uns der Spaltung beschuldigen, das *heimlich*, verschämt, durch die Blume sagen (denn das steckt *natürlich* in dem Geheul über die Spaltung), *aus Angst*, es offen auszusprechen!

Zu sagen und zu *beweisen*, daß die „Nascha Sarja" der Partei angehören müsse, *ist nicht leicht*. Wer das sagt, der nimmt eine bestimmte Verantwortung auf sich, der entscheidet eine bestimmte prinzipielle Frage, der *verteidigt* direkt die Anführer des Liquidatorentums. Man kann (und muß) einen solchen Menschen für einen Anhänger der Liquidatoren halten, aber man muß zugeben, daß er Überzeugungen hat, man kann ihm nicht politische Ehrlichkeit absprechen, und sei es in der engen Frage der Parteizugehörigkeit oder Nichtparteizugehörigkeit einer bestimmten Liquidatorengruppe.

Tritt aber eine ganze, mit Verlaub zu sagen, Organisation oder eine Summe von Organisationen eines ganzen Landes mit allen möglichen Ausflüchten, heimlich, verschämt und ohne alles auszusprechen für die Liquidatoren ein, wobei sie diejenigen, die die Liquidatoren aus der Partei ausgeschlossen haben, der Spaltung beschuldigt, es aber nicht wagt, direkt zu sagen: „diese Liquidatorengruppe muß der Partei angehören", so drängt sich unausbleiblich die Schlußfolgerung auf: Wir haben keine Organisation von Sozialdemokraten vor uns, die die und die Auffassungen teilen, sondern eine *Gruppe von Intriganten*, die aus der „Ausnutzung" des Kampfes der Liquidatoren gegen die Antiliquidatoren politisches Kapital zu schlagen suchen.

Und für den, der die innere Lage in der SDAPR seit 1907 kennt, ist es schon längst kein Geheimnis mehr, daß Tyszka und Co. ebenso wie die Bundisten Musterbeispiele solcher Intriganten, „Marxisten nach Gewicht", „Tuschinoer Überläufer" sind, wie man solche Leute unter den Sozialdemokraten nennt. Tyszka gründet, wie auch manche Bundisten, seine ganze „Position" in der Partei auf das *Spiel* zwischen den Liquidatoren und den Antiliquidatoren, auf Vermittlerschaft, auf die Ausnutzung der Vorteile aus der Lage des „Züngleins an der Waage", ohne das weder die Liquidatoren noch die Antiliquidatoren die Mehrheit haben!

Im Herbst 1911, als dieses alte und allen überdrüssig gewordene „Spiel" Tyszkas ihn durchfallen ließ, nannten ihn die Organe *beider* entgegengesetzter Strömungen – die Liquidatoren wie die Antiliquidatoren – offen in der Presse einen Intriganten.

In der Tat, man stelle sich auf den Standpunkt des „Züngleins an der Waage", und sofort werden die unlogischen, kindlich naiven, lächerlich ohnmächtigen und hilflosen Resolutionen der Tyszkaschen Konferenz

völlig begreiflich. So, genau so muß ein Intrigant sprechen: Ich verurteile das Liquidatorentum ... aber ich sage nicht direkt, wer ein offener und konsequenter Liquidator ist! Ich gebe zu, daß das Liquidatorentum eine Gefahr für die Existenz der Partei überhaupt darstellt ..., aber ich sage nicht offen, ob eine solche Gruppe der Partei angehören soll oder nicht! Aus einer solchen „Position" kann ich *immer*, unter allen Umständen, für mich einen Vorteil ziehen, für mich „politisches Kapital" schlagen, da *ohne mich* der Antiliquidator den Liquidator nicht besiegen wird, *ohne mich* der Liquidator keinen gesicherten Platz in der Partei haben wird!!

Die „Tyszkasche" Politik ist keine zufällige, keine individuelle Erscheinung. Bei einer Spaltung und überhaupt in einem erbitterten Kampf der Richtungen ist das Aufkommen solcher Gruppen, die ihre Existenz auf dem unaufhörlichen Überlaufen von der einen Seite auf die andere, auf kleinliche Intrigen gründen, *unvermeidlich*. Das ist ein unschöner, unangenehmer Zug im Leben unserer Partei, der durch die Bedingungen der revolutionären Arbeit in der Emigration besonders verschärft wird. Intrigantengruppen, Züge des Intrigantentums in der Politik mancher Gruppen, besonders solcher mit schwach entwickelten Beziehungen zu Rußland, sind eine Erscheinung, die man kennen muß, um sich nicht täuschen zu lassen, um nicht Opfer verschiedener „Mißverständnisse" zu werden.

III

Die Losung der „Einheit" ist natürlich in breiten Schichten der Arbeiter „populär", die nicht wissen, *mit wem* man diese Einheit herstellen soll, *welche Zugeständnisse* an eine bestimmte Gruppe diese *Einheit* bedeutet, *auf welchen Prinzipien* die Politik der Einbeziehung der Liquidatoren in die Partei oder ihres Ausschlusses aus der Partei beruht.

Nichts ist natürlich leichter, als dieses *Nichtverstehen* des Wesens der Sache demagogisch auszunutzen, um ein Geheul über die „Spaltung" anzustimmen. Nichts ist leichter, als die Winkeldiplomatie dadurch zu tarnen, daß man die „Einheit" von Richtungen fordert, die sich unwiderruflich voneinander getrennt haben.

Mag aber die Losung der „Einheit" bei wenig klassenbewußten Leuten noch so „populär" sein, mag es gegenwärtig für verschiedene Demagogen, Intriganten, Winkeldiplomaten noch so bequem sein, sich hinter dieser

Losung zu verstecken, wir werden trotzdem nicht aufhören, von jedem bewußten Sozialdemokraten eine klare und eindeutige Antwort auf die von der Konferenz der SDAPR im Januar 1912 entschiedene Frage zu verlangen.

Die im August 1912 einberufene Liquidatorenkonferenz hat klar gezeigt, daß der Brennpunkt aller Streitigkeiten gerade die Frage des Liquidatorentums, die Frage der Parteilichkeit oder Nichtparteilichkeit (ja sogar Parteifeindlichkeit) der Liquidatorengruppen ist. Wer diesen Kern der Sache umgeht, der täuscht sich und andere.

Aber das Geschwätz vom „Fraktionscharakter" der Januarkonferenz u. dgl. m. ist gerade eine solche *Umgehung* des Kerns der Sache. Nun gut, meine Herren, kann man den Schwätzern antworten: Nehmen wir an, die Januarkonferenz sei erzfraktionär, spalterisch, inkompetent u. dgl. m. gewesen. Aber mit diesen „furchtbaren Worten" wollt ihr euch doch nur *vor euch selbst herausreden*. Ein Teil der Sozialdemokraten – ganz gleich welcher – erklärte im Januar, daß die Leute von der „Nascha Sarja" parteifeindliche, außerhalb der Partei stehende Liquidatoren sind. Diese Meinung wird in einer Resolution begründet, einer ausführlichen, gründlich motivierten Resolution, die auf vierjähriger Parteigeschichte basiert.

Wer den Irrtum dieser, sagen wir, „Januar"-Sozialdemokraten aufrichtig erläutern und widerlegen will, der muß diese Resolution untersuchen und widerlegen, der muß sagen und beweisen, daß die „Nascha Sarja" der Partei zugehören müsse, daß ihre Ideen für die Partei nicht verderblich seien, daß man dieser Gruppe die und die Zugeständnisse machen müsse, daß man von ihr die und die Verpflichtungen fordern müsse, daß die Garantien für die Erfüllung dieser Verpflichtungen in dem und dem bestehen sollen, daß das Maß des Einflusses dieser Gruppe in der Partei so und so bestimmt werden soll.

Die Frage *so* stellen heißt die Überzeugung der Januar-Sozialdemokraten aufrichtig und ehrlich widerlegen wollen, heißt den Arbeitern das *erläutern*, was man für falsch hält. Aber der springende Punkt ist ja eben, daß *kein einziger* derjenigen, die heute ein billiges Geschrei über die Spaltung erheben, auch nur einen Schritt zu einer solchen Fragestellung hin getan hat!!

Und deshalb gehen wir verächtlich über die Demagogen und Intriganten hinweg und wiederholen ruhig: Unsere Resolution über den Ausschluß der Liquidatoren ist nicht widerlegt worden und nicht widerlegbar.

Die neuen Tatsachen – wie der Austritt des liquidatorischen „Lutsch"[89], der sich mit der trotzkistischen Phrasendrescherei verschwägert hat – verhundertfachen nur noch die Beweiskraft unserer Resolution. Die Tatsachen – die Maiaktion, der Zusammenschluß von Hunderten von Arbeitergruppen um die antiliquidatorische Zeitung, die Wahlen zur IV. Reichsduma in der Arbeiterkurie – beweisen *endgültig* die Richtigkeit unserer Einstellung gegen die Liquidatoren.

Das Geheul über die „Spaltung" wird diese Überzeugung nicht erschüttern, denn dieses Geheul ist eine feige, versteckte, heuchlerische *Verteidigung* der Liquidatoren.

IV

Die Januarkonferenz der SDAPR von 1912 warf noch eine weitere ernste prinzipielle Frage auf – die Frage nach dem *Aufbau* unserer Partei in nationaler Beziehung. Wegen Platzmangels werde ich diese Frage nur kurz streifen.

Vollständige oder unvollständige Föderation, eine „Föderation schlimmsten Typs" oder völlige Einheit? So lautet die Fragestellung.

Die Tyszkasche Konferenz beantwortet auch dieses Problem nur mit Gekeif und Geschrei: „Fälschungen", „Entstellung der Tatsachen" usw. Welch hohle Schreihälse – dieser Tyszka und sein Gefolge!

Die völlige Isoliertheit der lettischen, polnischen, jüdischen („Bund") Sozialdemokraten ist eine Tatsache. Jeder polnische Sozialdemokrat weiß, daß es in Polen etwas, was einer Einheit mit dem „Bund" gleichkäme, *weder* gab *noch* gibt. Ebenso ist es auch bei den Russen im Hinblick auf den „Bund" usw. Die „Nationalen" haben ihre besonderen Organisationen, ihre zentralen Instanzen, Kongresse usw. Die Russen haben *das* nicht, und *ihr* ZK kann die russischen Fragen nicht lösen ohne die Teilnahme der einander bekämpfenden und mit den russischen Angelegenheiten nicht vertrauten Bundisten, Polen und Letten.

Das ist eine Tatsache. Kein Gekeif kann sie überschreien. Seit 1907 sehen das *alle* in unserer Partei. Alle fühlen das Unaufrichtige daran. Unsere Konferenz taufte es deshalb auch *„Föderation schlimmsten Typs"**.

Auf diese Fragestellung müssen die ehrlichen und aufrichtigen Sozialdemokraten antworten, indem sie auf das Wesen der Sache eingehen.

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 455/456. *Die Red.*

Die Richtigkeit dieser Fragestellung *bestätigte* aufs überzeugendste die Augustkonferenz, die, wie *sogar* Plechanow zugab, mit ihrer berüchtigten Resolution über die „national-kulturelle" Autonomie „den Sozialismus dem Nationalismus angepaßt" hat.

Der „Bund" wie der Tyszkasche Hauptvorstand schwören in gleicher Weise bei allen Heiligen, daß sie für die Einheit seien, aber in Warschau, Lodz usw. sind *ihre* Beziehungen durch die *vollständige Spaltung* bestimmt!!

Der Zusammenhang der „Liquidatorenfrage" mit der „nationalen Frage" ist nicht von uns erdacht, sondern vom Leben selbst aufgedeckt worden.

Mögen alle ernsthaft überlegenden Sozialdemokraten zugleich auch die „nationale Frage" stellen und erörtern. Föderation oder Einheit? Föderation für die „Nationalitäten" mit besonderen Zentren *ohne* besonderes Zentrum für die Russen oder völlige Einheit? Nominelle Einheit mit faktischer Spaltung (oder Abspaltung) des „Bund" allerorts oder faktische Einheit von unten bis oben?

Wer da meint, daß man diesen Fragen ausweichen könne, der irrt sich gewaltig. Wer auf die einfache Wiederherstellung der „Föderation schlimmsten Typs" aus der Zeit von 1907 bis 1911 rechnet, der *täuscht sich und andere.* Diese Föderation *kann man* schon *nicht* mehr wiederherstellen. Dieser Bastard wird nicht mehr auferstehen. Die Partei hat ihn für immer hinter sich gelassen.

Wohin sie sich begeben hat? Zur „österreichischen" Föderation?[90] Oder zur *völligen* Aufgabe der Föderation, zur faktischen Einheit? Wir sind für das zweite. Wir sind gegen die „Anpassung des Sozialismus an den Nationalismus".

Mögen alle über diese Frage gründlich nachdenken und sie endgültig entscheiden.

Geschrieben im November 1912.
Zuerst veröffentlicht im August 1913 in der Zeitschrift „Pismo Dyskusyjne" (Diskussionsblatt) Nr. 1.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der Zeitschrift.
Aus dem Polnischen.

ÜBER EINIGE REDEN DER ARBEITERDEPUTIERTEN[91]

Welche Hauptgedanken müßten der *ersten* Rede eines Arbeitersprechers in der Duma zugrunde gelegt werden?

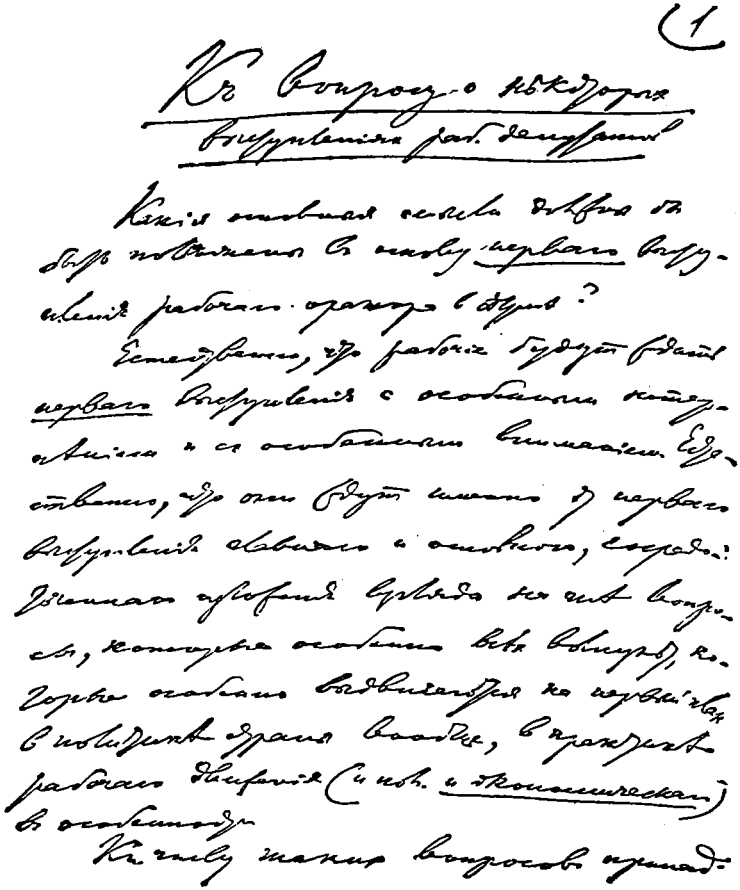
Natürlich werden die Arbeiter der *ersten* Rede mit besonderer Ungeduld und Aufmerksamkeit entgegensehen. Natürlich erwarten sie gerade von der ersten Rede das Hauptsächliche und Grundlegende, eine konzentrierte Darlegung der Auffassungen in den Fragen, die alle besonders bewegen und die in der Politik des Landes überhaupt und speziell in der Praxis der Arbeiterbewegung (der politischen *wie der ökonomischen*) besonders in den Vordergrund rücken.

Zu solchen Fragen zählen die folgenden:

1. Die *Kontinuität* der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion der IV. Duma. Unter Kontinuität ist die Wahrung des *unlösbaren Zusammenhangs* mit der Tätigkeit der früheren sozialdemokratischen Fraktionen aller vorangegangenen Dumas zu verstehen, wobei insbesondere die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma hervorzuheben ist, die den bekannten Angriffen der Konterrevolution ausgesetzt war.

Die Kontinuität hervorzuheben ist wichtig, denn die Arbeiterdemokratie erblickt, zum Unterschied von den bürgerlichen Parteien, in *ihrer* Arbeit in der I., II., III. und IV. Duma etwas *Einheitliches* und *Ganzes* und läßt sich durch keinerlei Wendungen der Ereignisse (und durch keinerlei Umwälzungen wie den Staatsstreich vom 3. Juni) von ihren Aufgaben, von der Verfolgung ihrer unabänderlichen Ziele ablenken.

2. Die zweite für die erste Rede eines Arbeiterdeputierten notwendige These ist der Sozialismus. Hier geht es im Grunde genommen um zwei Themen. Das eine besagt, daß die Sozialdemokratie Rußlands eine



Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Über einige Reden der Arbeiterdeputierten"
November 1912

Verkleinert

Abteilung der internationalen Armee des sozialistischen Proletariats ist. Wörtlich so sagte es auch Pokrowski in der III. Duma. (Siehe seine Erklärung in den stenografischen Berichten, S. 328 der offiziellen Ausgabe 7. Sitzung, 16. November 1907.) Dieser Hinweis ist natürlich absolut notwendig.

Es gibt aber noch einen anderen, in unseren Tagen höchst wichtigen Hinweis. Das ist der Hinweis auf die *gegenwärtige* Lage und die Aufgaben des Sozialismus in der *ganzen* Welt. Wodurch ist diese Lage gekennzeichnet? a) Durch die äußerste Verschärfung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie (steigende Lebenshaltungskosten – Massenstreiks – der *Imperialismus* der Großmächte, ihre scharfe Konkurrenz um die Märkte, ihre Kriegslüsternheit) und b) durch die näher gerückte Verwirklichung des Sozialismus. Die Arbeiterklasse der ganzen Welt kämpft nicht um die Anerkennung ihrer Rechte auf eine sozialistische Partei, sondern *um die Macht*, für eine neue Gesellschaftsordnung. Es ist höchst wichtig, das von der Dumatribüne herab zu sagen, den Arbeitern Rußlands vom Beginn der großen Schlachten für den Sozialismus in Europa und Amerika, von der *Nähe* des Triumphes (des unausbleiblichen Triumphes) des Sozialismus in der zivilisierten Welt zu künden.

3. Die dritte These – der Balkankrieg, die internationale Lage und die Außenpolitik Rußlands.

Dieses, das aktuellste Thema kann keinesfalls übergangen werden. Es gliedert sich in folgende Fragen:

a) Der Balkankrieg. Auch der russische Arbeiterdeputierte muß die Losung proklamieren: Föderative Balkanrepublik. Gegen die slawisch-türkische Feindschaft. *Für* Freiheit und Gleichberechtigung *aller* Balkanvölker.

b) Gegen die Einmischung anderer Mächte in den Balkankrieg. Es ist unbedingt erforderlich, sich der Friedensdemonstration auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Basel anzuschließen.[92] Krieg dem Kriege! Gegen jede Einmischung! Für den Frieden! Das sind die Losungen der Arbeiter.

c) Gegen die Außenpolitik der russischen Regierung überhaupt – unter besonderer Erwähnung der Eroberungs„gelüste" (und der bereits begonnenen Eroberungen): Bosporus, Türkisch-Armenien, Persien, Mongolei.

d) Gegen den Nationalismus der Regierungskreise, unter Hinweis auf die unterdrückten Völkerschaften: Finnland, Polen, Ukraine, die Juden usw. Es ist äußerst wichtig, die Losung der *politischen Selbstbestimmung* aller Nationalitäten exakt zu formulieren, entgegen allen möglichen Gemeinplätzen (wie z. B. *allein* „Gleichberechtigung").

e) Gegen den liberalen Nationalismus, der nicht so plump ist, aber schädlich besonders wegen seiner Heuchelei, wegen des „raffinierteren" Volksbetrugs. Worin zeigt sich dieser liberale (progressistisch-*kadettische*) Nationalismus? In den chauvinistischen Reden über die Aufgaben der „Slawen"; in den Reden über die Aufgaben der „Großmacht" Rußland; in den Reden über die Allianz zwischen Rußland, England und Frankreich zur *Ausplünderung* anderer Länder.

4. Die vierte These – die politische Lage Rußlands. Der Kern des Themas ist hier die Darstellung der Rechtlosigkeit und Willkür, die Klarstellung der *unbedingten* Notwendigkeit politischer Freiheit.

Besonders hervorzuheben ist hier:

(a) Die unbedingte Erwähnung der Zuchthäuser: Kutomara, Algatschi usw.[93]

(b) Der Hinweis auf die Verfälschung der Wahlen – die bonapartistischen Methoden, darauf, daß die Regierung **sogar** das Vertrauen derjenigen Klassen (der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie) verloren hat, auf die der Umsturz vom 3. Juni gesetzt hatte.

Die Geistlichen wurden gezwungen, wider ihr Gewissen abzustimmen.

Die Duma rückte nach rechts, das Land nach links.

(c) Insbesondere ist es wichtig, die Wechselbeziehung zwischen der berüchtigten liquidatorischen Losung der „Koalitionsfreiheit" und den Aufgaben der *politischen Freiheit* überhaupt richtig herauszuarbeiten. Höchst wichtig ist der Hinweis, daß die Arbeiter die Presse-, Vereins-, Versammlungs- und Streikfreiheit *unbedingt* brauchen, aber *gerade* zu ihrer Verwirklichung muß man ihren *unlösbaren Zusammenhang* mit den allgemeinen Grundpfeilern der politischen Freiheit, mit der *radikalen* Änderung des ganzen politischen Systems begreifen. Nicht die liberale Utopie der Koalitionsfreiheit *unter* dem Regime des 3. Juni, sondern Kampf *im Namen* der Freiheit im allgemeinen und der Koalitionsfreiheit im besonderen *gegen dieses Regime* auf der ganzen Linie, gegen die *Grundlagen* dieses Regimes.

5. Die fünfte These: die unerträgliche Lage der Bauernschaft. Die Hungersnot von 30 Millionen im Jahre 1911. Die Ruinierung und Verelendung des Dorfes. Die „Flurbereinigung" der Regierung *verschlimmert* die Sache nur. Die finanzielle Wohlfahrt ist Talmi, vorgetäuschte Wohlfahrt, begründet auf der Erpressung von Abgaben, auf der Verdummung des Volkes. Sogar der bescheidene Agrarentwurf der **rechten** Bauern (der „43 Bauern") der III. Duma[94] ist zu den Akten gelegt worden. Die Bauern bedürfen der Befreiung vom Joch der Gutsbesitzer und des gutsherrlichen Grundeigentums.

6. Die sechste These: die drei Lager bei den Wahlen zur IV. Duma und die drei Lager im Lande:

(a) Das Lager der Regierung. Ist ohnmächtig. Verfälschung der Wahlen.

(b) Das Lager des Liberalismus. Hier ist es höchst wichtig, wenn auch nur in zwei Worten den konterrevolutionären Charakter der Liberalen zu erwähnen: sie sind *gegen* eine neue Revolution. Man kann wörtlich die Worte Gredeskuls anführen, die in Nr. 85 der „Prawda" (vom 8. August) abgedruckt wurden*: „Vonnöten ist keine zweite Volksbewegung (nämlich die zweite Revolution), sondern lediglich eine ruhige, beharrliche und zielbewußte konstitutionelle Arbeit." Wörtlich so sagte es Gredeskul, und die „Retsch" druckte das ab.

Die Hoffnungen der Liberalen auf konstitutionelle *Reformen bei* Erhaltung der *Grundlagen* des jetzigen Systems, *ohne* eine breite Volksbewegung sind *utopisch*.

(c) Das dritte Lager ist die Demokratie. An ihrer Spitze steht die Arbeiterklasse. In der dritten Person, von der Vergangenheit, kann man sagen, was *sogar* der „Golos Moskwy" erklärt hat, nämlich daß die Arbeiterklasse unter *drei* Losungen zu den Wahlen gegangen ist: (1.) Demokratische Republik; (2.) Achtstundentag; (3.) Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien zugunsten der Bauern.

7. Die siebente These: Hinweis auf die politische Bewegung und die Streiks von 1912.

(a) Höchst wichtig ist zu vermerken, daß die Zahl der Teilnehmer an *politischen* Streiks eine Million erreicht hat. Belebung der gesamten Befreiungsbewegung.

(b) Sehr wichtig ist es, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiter sich mit

* Siehe den vorliegenden Band, S. 243/244. *Die Red.*

ihren politischen Streiks Ziele gesteckt haben, die *für das ganze Volk* lebenswichtig sind, daß sie nicht spezifische, sondern *für das ganze Volk* gültige Aufgaben gestellt haben.

(c) Notwendig ist zu erwähnen, daß gerade die *Verbindung* der politischen und der wirtschaftlichen Streiks der Bewegung Stärke und Lebenskraft verleiht.

(d) Zu erwähnen ist der Protest der Arbeiter gegen die Hinrichtung der Matrosen.

8. Die achte und wesentlichste These, eine These, die sich aus allem Vorhergehenden ergibt und eng damit verknüpft ist, ist die Hegemonie des Proletariats. Seine führende Rolle. Seine Rolle als Führer. Es steht an der Spitze des ganzen Volkes, der gesamten Demokratie. Es fordert die Freiheit und führt in den Kampf für die Freiheit. Es gibt das Beispiel, das Vorbild. Es spornt an. Es schafft eine neue Stimmung.

9. Die neunte und letzte These: kurze Wiederholung und Zusammenfassung. In der dritten Person muß man von den klassenbewußten Arbeitern sagen, daß sie *drei* Prinzipien „unerschütterlich treu" sind: erstens dem Sozialismus; zweitens den „Prinzipien der alten, kampferprobten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" – die Arbeiter sind ihr treu, diese *Tatsache* muß man vermitteln; drittens sind die Arbeiter „ihren republikanischen Überzeugungen" treu. Es handelt sich nicht um einen Appell, nicht um eine Losung, sondern um die Treue zu den Überzeugungen. (In einer Reihe monarchistischer Länder, in England, Schweden, Italien, Belgien u. a., existieren legale republikanische Parteien.)

PS. Es kann sich noch die Frage erheben, ob es notwendig sei, die „Koalitionsfreiheit" *besonders* hervorzuheben. Man muß in Betracht ziehen, daß die Liquidatoren unter dieser Flagge die liberale Forderung einer konstitutionellen Reform *bei* Unantastbarkeit der *Grundlagen* des Dritten-Juni –*

Geschrieben im November 1912, nach dem 11. (24.).
Zuerst veröffentlicht 1930 in der 2.–3. Ausgabe der Werke W. J. Lenins, Bd. XVI.

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

ZUR FRAGE DER ARBEITERDEPUTIERTEN IN DER DUMA UND IHRER DEKLARATION[95]

Von der Tribüne der IV. Reichsduma herab erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß ein unlösbarer kontinuierlicher Zusammenhang besteht zwischen ihrer Tätigkeit und der Tätigkeit der früheren sozialdemokratischen Fraktionen in den einzelnen Reichsdumas, insbesondere der sozialdemokratischen Fraktion in der II. Duma, gegen die von seiten der Konterrevolution ein unerhörter politischer Racheakt vollführt wurde. Die Sozialdemokratie Rußlands ist eine Abteilung der großen internationalen Befreiungsarmee des sozialistischen Proletariats. In der ganzen Welt wächst diese Armee jetzt besonders schnell; die allgemein steigenden Lebenshaltungskosten, der Druck des in Verbänden, Kartellen, Trusts und Syndikaten vereinigten Kapitals und die imperialistische Politik der Großmächte machen die Lage der Arbeitermassen unerträglich, verschärfen den Kampf des Kapitals gegen die Arbeit; rasch naht die Zeit, da dem Kapitalismus ein Ende bereitet wird, da die Millionen der vereinigten Proletarier eine Gesellschaftsordnung errichten werden, in der es kein Elend der Massen, keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geben wird.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt ein in die Forderung der Arbeiter aller Länder, die auf dem Internationalen Kongreß in Basel entschiedenen Protest gegen den Krieg erhoben haben. Die Arbeiter fordern den Frieden. Die Arbeiter protestieren gegen jede Einmischung in die Balkanangelegenheiten. Nur die völlige Freiheit und Selbständigkeit der Balkanvölker, nur die Föderative Balkanrepublik vermag den besten Ausweg aus der gegenwärtigen Krise zu weisen und die wirkliche Lösung der nationalen Frage durch die Anerkennung der völligen Gleichberechtigung

und des unbedingten Rechts auf politische Selbstbestimmung für ausnahmslos alle Nationalitäten herbeizuführen.

Die sozialdemokratische Fraktion der IV. Reichsduma protestiert insbesondere gegen die Außenpolitik der russischen Regierung. Sie brandmarkt die Versuche, das Territorium unseres Staates durch die Eroberung fremder Gebiete am Bosporus, in Türkisch-Armenien, in Persien, in China zu erweitern, sie brandmarkt die Eroberung der Mongolei, durch die die guten Beziehungen zur großen chinesischen Bruderrepublik gestört werden.

Jeder Chauvinismus und Nationalismus wird in der sozialdemokratischen Fraktion einen unerbittlichen Feind finden, sei es nun der plumpe, bestialische Nationalismus der Regierungskreise, der Finnland, Polen, die Ukraine, die Juden und alle Nationalitäten, die nicht zur großrussischen Nationalität gehören, unterdrückt und knechtet, oder sei es der heuchlerisch getarnte, raffiniertere Nationalismus der Liberalen und Kadetten, die gern von den Aufgaben der Großmacht Rußland und seiner Allianz mit den anderen Mächten zur Ausplünderung fremder Gebiete reden.

Mit dem Lärm nationalistischer Reden versuchen die herrschenden Klassen vergeblich, die Aufmerksamkeit des Volkes von der unerträglichen inneren Lage Rußlands abzulenken. Die unerhörte Verfälschung der Wahlen zur IV. Duma, die an die bonapartistischen Methoden des Abenteurers Napoleon III. erinnert, hat zum hundertsten und tausendsten Male gezeigt, daß sich die Regierung auf keine einzige Klasse der Bevölkerung stützen kann. Sie kann nicht einmal das Bündnis mit den Gutsbesitzern und der Großbourgeoisie aufrechterhalten, um dessentwillen der Staatsstreich vom 3. Juni 1907 vollzogen wurde. Die Duma rückte nach rechts, während das ganze Land nach links rückte.

Ganz Rußland erstickt unter dem Joch der Rechtlosigkeit und der Willkür. Die ganze zivilisierte Welt erfährt bebend vor Empörung von den Folterungen und Quälereien an den politischen Häftlingen in Kutomara, Algatschi und den anderen Kerkern, wo die Besten unseres Landes gepeinigt werden. Rußland braucht die politische Freiheit wie der Mensch die Luft zum Atmen. Rußland kann nicht leben und sich entfalten ohne die Presse-, Versammlungs-, Vereins- und Streikfreiheit, und vor allem, am meisten, bedarf dieser Freiheiten das Proletariat, das in dem Kampf, den es für die Erhöhung des Arbeitslohns, für die Verkürzung des Arbeitstages, für ein besseres Leben führen muß, durch die Rechtlosigkeit des

russischen Lebens an Händen und Füßen gefesselt ist. Das Joch des Kapitals, die steigenden Lebenshaltungskosten, die Arbeitslosigkeit in den Städten und die Verelendung des Dorfes erfordern insbesondere die Vereinigung der Arbeiter zu Verbänden und ihren Kampf um das Recht auf Leben, das Fehlen der politischen Freiheit aber zwingt den Arbeiter, Sklave oder Leibeigener zu bleiben. Die Arbeiter werden im Kampf für die Freiheit keine Opfer scheuen, denn sie wissen gut, daß nur eine radikale Änderung aller politischen Verhältnisse des russischen Lebens, nur die völlige Sicherung der Prinzipien und der Grundpfeiler der politischen Freiheit imstande ist, die Freiheit des Kampfes der Arbeiter gegen das Kapital zu garantieren.

Die Wahlen zur IV. Duma und die politischen Massenstreiks der Arbeiter von 1912, an denen sich fast eine Million Arbeiter beteiligten, haben gezeigt, daß die Zeit naht, da die Arbeiter erneut an der Spitze der ganzen Demokratie in Aktion treten werden, um die Freiheit zu erkämpfen. Drei Lager haben im Wahlkampf ihre Kräfte gemessen. Das Lager der von der Regierung geführten Konterrevolution erwies sich als so schwach, daß man selbst die nach dem Gesetz vom 3. Juni durchgeführten Wahlen verfälschen mußte, indem man die eingeschüchterten Landgeistlichen zwang, gegen ihr Gewissen, gegen ihre Überzeugung abzustimmen. Das Lager des Liberalismus ging immer mehr von der Demokratie zur Großbourgeoisie über. Die Kadetten bewiesen ihre konterrevolutionäre Haltung durch ihr Bündnis mit den Schwarzhundertern gegen die Sozialdemokraten in Riga und Jekaterinodar, in Kostroma und in der ersten Kurie von Petersburg. Die liberale Utopie konstitutioneller Reformen unter Beibehaltung der Grundlagen des jetzigen politischen Systems, ohne machtvolle Volksbewegung – diese Utopie verliert unter der Demokratie immer mehr an Boden. Die Liberalen verkünden die Losung: Vonnöten ist keine zweite Revolution, sondern lediglich eine konstitutionelle Arbeit. Und in der Erkenntnis, daß diese Losung eine Lüge ist, führte die Arbeiterklasse ihren Wahlkampf, wobei sie die Kräfte der ganzen Demokratie um sich vereinigte.

Jedermann weiß, und sogar die Regierungspresse hat erklärt, daß die Arbeiterklasse mit drei Losungen in die Wahlkampagne ging: Demokratische Republik, Achtstundentag und Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien zugunsten der Bauern.

Diese drei Forderungen sind nach der Überzeugung des sozialdemokratischen Proletariats der notwendige Abschluß solcher von jedem Demokraten geteilten Forderungen wie allgemeines Wahlrecht, Presse-, Versammlungs-, Vereins- und Streikfreiheit, Wählbarkeit der Richter und Beamten durch das Volk, Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung der Volksmiliz, Trennung von Kirche und Staat, von Schule und Kirche und so weiter.

Die Lage der Bauernmassen in Rußland wird immer unerträglicher. Die sog. „Flurbereinigung" der Regierung verschlimmert nur die Lage der Mehrheit: sie ruiniert das Dorf und hat im vergangenen Jahr 30 Millionen Menschen eine Hungersnot gebracht, ohne irgendwelche dauerhafte Verbesserung in der Landwirtschaft im allgemeinen zu bewirken. Die vorgetäuschte finanzielle Wohlfahrt beruht auf der Erpressung von Abgaben und der Verdummung der Bevölkerung, während die Regierung ihren Bankrott durch die Ausschreibung immer neuer Anleihen hinausschiebt. Sogar der bescheidene Agrarentwurf der 43 rechten Bauern in der III. Duma ist zu den Akten gelegt worden. Kein Wunder, daß der beste Teil der Bauernschaft seine Blicke immer mehr auf die Arbeiterklasse als den einzigen Führer des Volkes im Kampf für die Freiheit richtet. Kein Wunder, daß die ganze Demokratie in den mit der ökonomischen Bewegung der Arbeiterklasse unlösbar verbundenen politischen Streiks von 1912 die Morgenröte eines neuen Lebens, die Morgenröte einer neuen, mächtigeren Befreiungsbewegung erblickt.

Die sozialdemokratische Fraktion der IV. Duma wird sich für die Interessen und Erfordernisse dieser Bewegung einsetzen. Sie hält sich nicht für berechtigt, vor der Mehrheit der IV. Duma zu verheimlichen, was alle klassenbewußten Arbeiter Rußlands denken und fühlen. Die klassenbewußten Arbeiter bleiben dem Sozialismus unerschütterlich treu. Sie bleiben unerschütterlich den Prinzipien der alten, kampferprobten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands treu. Sie bleiben im Namen dieser Prinzipien unerschütterlich ihren republikanischen Überzeugungen treu.

Geschrieben im November 1912, nicht später als am 13. (26.).
Zum erstenmal veröffentlicht.

Nach einer von N. K. Krupskaja angefertigten Abschrift.

ZU DEM EREIGNIS VOM 15. NOVEMBER

(Eine nichtgehaltene Rede)

Am 15. November wurde die IV. Duma eröffnet. Am 15. November fand eine Demonstration der Petersburger Arbeiter statt.[96] In Verbindung mit den vorangegangenen politischen Streiks, auf dem Boden dieser Streiks, stellt diese Demonstration ein bedeutsames historisches Ereignis dar. Die Streiks sind in Demonstrationen übergegangen. Die Bewegung der Massen hat eine höhere Stufe erklommen: von den Streiks politischen Charakters zu Straßendemonstrationen. Das ist ein großer Schritt vorwärts, den alle klassenbewußten Führer des Proletariats gebührend hervorheben, vermerken und bewerten müssen.

Dieser Schritt vorwärts erlangt eine um so größere Bedeutung, als er mit der Eröffnung der IV. Duma, der Duma der Gutsbesitzer und Schwarzhunderter, der Duma des 3. Juni, zusammenfiel. Ein ausgezeichnet gewählter Zeitpunkt für eine Demonstration! Ein vortrefflicher proletarischer Instinkt, der es verstanden hat, die Eröffnung des Schwarzhunderter-„parlaments" den roten Fahnen auf den Straßen der Hauptstadt gegenüberzustellen, mit ihnen zu konfrontieren!

Ein vortrefflicher proletarischer Instinkt, der es verstanden hat, der liebedienerischen, sklavischen, kadettisch-oktobristischen „Demonstration" (anläßlich der erbärmlichen Phrasen Rodsjankos über die „Konstitution"[97]) im Palast eine Demonstration echten Typs, eine wirklich vom Volke getragene, wirklich demokratische, rein proletarische Demonstration gegenüberzustellen (die Intelligenz fehlte leider, wenn man den Zeitungen glauben darf).

Das liebedienerische Geschwätz von der „Konstitution" (oder von Stör mit Meerrettich à la Rodsjanko) in der Schwarzhunderterduma – und das Beispiel des beginnenden Kampfes für die Freiheit und die Volksvertretung

(ohne Anführungszeichen), für die Republik außerhalb der Duma: in dieser Gegenüberstellung zeigt sich der tiefe, der richtige Instinkt der revolutionären Massen.

Daß der „Lutsch" der Liberalen und Liquidatoren vor einer solchen Demonstration „gewarnt" hat, ist Verrätern an der Sache der Arbeiter würdig.

Aber wie konnte die sozialdemokratische Fraktion „warnen"? Wie konnte sie auf das Niveau der Kadetten herabsinken? – auf das Niveau von Sklaven? Wie konnten sich da ihre einzelnen Mitglieder unterordnen? – sich auf eine solche Schande einlassen??

Es erhebt sich die ab und zu „privat" geäußerte Vermutung: gab es nicht Befürchtungen, es handle sich um eine Provokation in irgendeiner der „aufrufenden" Gruppen?

Nehmen wir für einen Augenblick an, eine solche Vermutung habe bestanden. Rechtfertigt sie die sozialdemokratische Fraktion? Nein. Oder genauer gesagt: Sie rechtfertigt ihren Schritt *persönlich*, aber sie rechtfertigt ihren Schritt nicht *politisch*. Sie spricht die sozialdemokratische Dumafraktion von dem Verdacht frei, Verrat an der Sache der Arbeiter zu üben, sie spricht sie aber nicht frei von dem Vorwurf, einen politischen Fehler begangen zu haben.

In der Tat, wie hätte ein *Arbeiter*deputierter, ein wirklicher Arbeiterdeputierter gehandelt, wenn er drei Tage lang Nachrichten über die Vorbereitung einer solchen Demonstration erhalten und am letzten Tag das „Gerücht" (vielleicht auch ein provokatorisches?): „Ist das nicht vielleicht eine Provokation?" zu Ohren bekommen hätte?

Der Arbeiterdeputierte hätte den Weg zu einigen einflußreichen Arbeitern gefunden. Der Arbeiterdeputierte hätte begriffen, daß in *solchen* Augenblicken sein Platz an der Seite der führenden Arbeiter ist, daß es hundertmal wichtiger ist, hier bei den Arbeitern zu sein, als an den Sitzungen der Dumafraktion teilzunehmen. Der Arbeiterdeputierte hätte von den führenden Arbeitern, von zwei, drei (wenn nicht 4–5) *einflußreichen* Arbeitern der Hauptstadt erfahren, *wie es um die Sache steht*, wie die Arbeiter *denken*, *welche Stimmung* unter den Massen herrscht.

Der Arbeiterdeputierte hätte sich davon unterrichtet, hätte es *verstanden*, sich davon zu unterrichten, hätte es verstanden, in Erfahrung zu bringen, daß der Streik (von Fünfzehn- bis Fünfzig t *a u s e n d* ! ! nach den

Meldungen der bürgerlichen Presse) stattfinden wird, daß die Demonstration stattfinden wird, daß die Arbeiter nicht an Gewaltakte und Unruhen denken, daß *folglich* die Gerüchte, es handle sich um eine Provokation, unsinnige Gerüchte sind.

Der Arbeiterdeputierte hätte das in Erfahrung gebracht und sich nicht täuschen lassen von den eingeschüchterten liberalen Intelligenzlern der niederträchtigen „Initiativgruppe".

Gerüchte, es handle sich um eine Provokation. Nehmen wir an, daß es sie gab. Aber gab es solche Gerüchte etwa nicht bei der Gaponiade? Das wäre ein schöner Arbeiter oder Arbeiterführer, der nicht unterscheiden würde zwischen dem begonnenen eigenartigen Erwachen der Massen bei der Gaponiade und dem Provokateur Gapon, den Lockspitzeln der Polizei, die Gapon angespornt hatten!!

Nehmen wir an, daß auch bei der Vorbereitung der Demonstration vom 15. November die Polizei und Lockspitzel die Hand im Spiele hatten. Nehmen wir das an (obwohl es nicht bewiesen und unwahrscheinlich ist; wahrscheinlicher ist, daß die *Gerüchte* über eine Provokation *provokatorisch* waren).

Aber nehmen wir es an. Was folgt daraus? Man braucht sich nicht auf Gewaltakte einzulassen, wenn von ihnen gar keine Rede war. Man muß vor Gewaltakten warnen. Aber soll man vor einem friedlichen Streik warnen, wenn es in den Massen *brodelt*? Vor einer *Demonstration* warnen??

Einen traurigen, einen sehr traurigen Fehler hat die sozialdemokratische Dumafraktion als Ganzes begangen. Und es wäre angenehm zu erfahren, daß nicht alle diesen Fehler gemacht haben, daß viele, die ihn gemacht haben, ihn erkennen und nicht wiederholen werden.

Die Bewegung des Proletariats in Rußland hat (welches die Machenschaften der Polizei wo immer auch sein mögen) *eine höhere Stufe* erklommen.

Geschrieben in der zweiten Novemberhälfte 1912.
Zuerst veröffentlicht 1930 in der 2.–3. Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band XVI.
Nach dem Manuskript.
Unterschrift: Ein Nicht-Deputierter.

AN J. W. STALIN[98]

Lieber Freund! In polnischen Lokalzeitungen wird berichtet, daß Jagiello in die Fraktion aufgenommen worden sei, jedoch mit beratender Stimme.[99] Wenn das wahr ist, so ist das ein entscheidender Sieg des Parteiprinzips. Angesichts der Agitation des „Lutsch" muß man: 1. einen Artikel im „Den"[100] bringen (einen Entwurf schicke ich heute) ... im Kollegium[101] (man muß ihnen unbedingt beibringen, daß sie bei allen wichtigen Ereignissen Resolutionen abfassen und Abschriften davon unverzüglich hierherschicken müssen). Eine solche Resolution müßte etwa so lauten: „Nach Erörterung aller mit der Aufnahme Jagiellos in die sozialdemokratische Fraktion verbundenen Umstände, nach dem Studium der Artikel, die zu dieser Frage in dem marxistischen Organ ‚Prawda' und in dem Liquidatorenblatt ‚Lutsch' erschienen sind, und unter Berücksichtigung des Berichts von dem und dem über die in der sozialdemokratischen Dumafraktion hierüber geführten Debatten und über die Meinungen der verschiedenen sozialdemokratischen Organisationen in Rußland – beschließt das Kollegium: Die Ablehnung, Jagiello mit beschließender Stimme aufzunehmen, ist als der einzig richtige Ausweg vom Standpunkt des Parteiprinzips anzusehen, denn Jagiello ist Mitglied einer nichtsozialdemokratischen Partei und ist in die IV. Duma gegen den Willen der Mehrheit der Wahlmänner der Arbeiterkurie von Warschau gelangt. Das Kollegium verurteilt die gegen die Partei gerichtete Agitation des ‚Bund' und der Liquidatoren für die Aufnahme Jagiellos in die Fraktion und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Gewährung der beratenden Stimme für den Abgeordneten Jagiello dazu beitragen wird, daß sich alle klassenbewußten polnischen Arbeiter um die Polnische Sozialdemokratie scharen und sich vollends mit den Arbeitern aller Nationalitäten zu einheitlichen Organisationen der SDAPR zusammenschließen."

Sollten, wider Erwarten, die Liquidatoren gesiegt haben, und Jagiello ist aufgenommen, so ist dennoch eine Resolution obigen Charakters mit

dem Ausdruck des Bedauerns und mit einem Appell an die ganze Partei notwendig, ja doppelt notwendig.

Ferner ist es von größter Wichtigkeit, daß sich das Kollegium in bezug auf die bekannte Resolution vom 13. November „berichtigt" und eine neue annimmt. Etwa so: „Nach Erörterung aller mit dem Streik vom 15. November zusammenhängenden Umstände stellt das Kollegium fest, daß die Warnungen vor einem Streik sowohl seitens der sozialdemokratischen Fraktion als auch seitens des Petersburger Komitees ausschließlich darauf beruhten, daß ein Teil der Organisation auf eine Aktion an diesem Tage nicht vorbereitet war. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß die Bewegung des revolutionären Proletariats dennoch weit um sich gegriffen hat und zu Straßendemonstrationen für die Republik, den Achtstundentag und die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien übergegangen ist, womit die ganze Arbeiterbewegung Rußlands eine höhere Stufe erreichte. Das Kollegium verurteilt daher entschieden die von den Liquidatoren, ihrer . . . Gruppe und dem ‚Lutsch' gegen die revolutionären Streiks betriebene Propaganda und empfiehlt den Arbeitern, alle Anstrengungen auf die umfassendere und solidere, einmütige Vorbereitung von Straßendemonstrationen und von politischen Proteststreiks zu richten, wobei letztere möglichst kurz (eintägig) und einheitlich sein sollten. Das Kollegium wird sich bemühen, die Agitation in Gang zu bringen für einen Streik und eine Demonstration am 9. Januar 1913, verbunden mit einem besonderen Protest anläßlich der dreihundertjährigen Regierung des Hauses der Romanows, die Rußland versklaven und mit Blut überschwemmen."

Sodann ist es äußerst wichtig und notwendig, daß die fünf Abgeordneten (von der Kurie) eine begründete Resolution in der Angelegenheit Badajew aufsetzen. Etwa so: „In Anbetracht der Hetze der Liquidatoren im ‚Lutsch' und unter den Petersburger Arbeitern gegen den Gen. Badajew haben die fünf Abgeordneten der Arbeiterkurie beschlossen: 1. diese Frage nicht der Dumafraktion vorzulegen, denn diese hat Badajew aufgenommen, und innerhalb der Fraktion hat es keinen einzigen Protest gegen die Aufnahme Badajews gegeben; 2. die Umstände bei der Wahl Badajews zu untersuchen, wobei vorausgesetzt wird, daß er sich in dieser Frage der Stimme enthält; 3. angesichts der von den fünf Abgeordneten festgestellten und überprüften Tatsachen – a) der Wählerauftrag antiliquidatorischen Inhalts war vorher veröffentlicht und in der Versammlung

der Bevollmächtigten einstimmig angenommen worden, alle Wahlmänner und Bevollmächtigten, die für Badajew eintraten, haben einmütig, einhellig und als überzeugte Gesinnungsgenossen entsprechend dem Ersuchen des Petersburger Komitees der SDAPR gehandelt; b) in der Versammlung der sozialdemokratischen Bevollmächtigten waren 15 für die Liste des Petersburger Komitees und 9 für die Liquidatoren, unter den Bevollmächtigten und Wahlmännern des ‚Lutsch' haben nicht alle als Gesinnungsgenossen der Liquidatoren gehandelt, sondern ein Teil schwankte (Sudakow usw.); c) als 3 und 3 Wahlmänner durchkamen, taten die Anhänger Badajews ihre Pflicht, wenn sie vorschlugen, die Frage durch das Los zu entscheiden, um den Streit nicht vor der Bourgeoisie auszutragen; d) die Tatsache, daß die Anhänger Badajews diesen Vorschlag einbrachten, und die Tatsache, daß die Liquidatoren ihn ablehnten, ... die Frage von P. und M. (Liquidator)[102] – angesichts all dessen haben sie beschlossen: zu erklären, daß Badajew zweifellos von der Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter von St. Petersburg gewählt und Kandidat tatsächlich auf Ersuchen des Petersburger Komitees ist und daß die ganze Schuld für die Desorganisierung der Wahlen der sozialdemokratischen Partei in der Arbeiterkurie von St. Petersburg die Liquidatoren trifft, die in dem Bewußtsein, in der Minderheit zu sein, den Willen der Mehrheit hintertrieben. Sie stellen fest, daß die Weigerung der Liquidatoren, einer Entscheidung durch das Los zuzustimmen, eine empörende und in der Arbeiterbewegung unerhörte Verletzung der Pflicht eines jeden Sozialdemokraten ist.[103] Sie haben beschlossen, diese Resolution in der Presse zu veröffentlichen und unter den Arbeitern einhellig für Badajew und gegen die liquidatorische Agitation aufzutreten."

Diese Resolution ist notwendig. Die Frage Badajew ist bereits in die internationale Presse gedrungen. Steklow hat in der „Neuen Zeit" unbestimmte, aber hinterhältige Phrasen veröffentlicht. In einer deutschen Broschüre, die die Liquidatoren zum Internationalen Kongreß in deutscher Sprache herausgegeben haben, steht das tollste Zeug geschrieben. Man darf nicht schweigen. Gerade die Abgeordneten der Kurie müssen die Tatsachen prüfen und eine Rechtfertigung beschließen, natürlich bei Stimmenthaltung Badajews.

Geschrieben am 11. Dezember 1912. Zum erstenmal veröffentlicht. *Nach einer im Archiv des Polizeidepartements aufgefundenen Abschrift.*

AN J. W. STALIN[104]

Für Wassiljew

6. XII.

Lieber Freund, was den 9. Januar betrifft, so ist es sehr wichtig, daß man sich beizeiten Gedanken macht und Vorkehrungen trifft. Beizeiten fertig sein muß insbesondere ein Flugblatt mit dem Aufruf zu Kundgebungen, zu einem eintägigen Streik und zu Demonstrationen (das muß an Ort und Stelle entschieden werden, dort kann man es besser überblicken).[105] Der Fehler vom 15. November muß „korrigiert" werden, korrigiert gegen die Opportunisten natürlich. Die Losungen des Flugblatts müssen die drei revolutionären Hauptlosungen sein (Republik, Achtstundentag und Konfiskation der Gutsbesitzerländereien), wobei besonders zu betonen ist, daß die Schmach der Romanowdynastie nun 300 Jahre andauert. Falls nicht die völlige und restlose Gewißheit besteht, daß es möglich ist, das Flugblatt in Petersburg herzustellen, so muß es beizeiten, rechtzeitig hier hergestellt und hinbefördert werden. Die Frechheit der Liquidatoren im Falle Jagiello ist beispiellos. Wenn alle sechs der Arbeiterkurie unser sind, dürfen wir uns nicht stillschweigend irgendwelchen Sibiriern unterordnen. Die sechs müssen unbedingt schärfsten Protest erheben; wenn man sie majorisiert, müssen sie den Protest im „Den" veröffentlichen und erklären, daß sie an die unteren Organisationen, an die Arbeiterorganisationen appellieren. Die Liquidatoren wollen ihre Mehrheit aufbauschen und die Trennung von der Polnischen Sozialdemokratie durchsetzen. Wollen sich die Arbeitervertreter der sechs Arbeitergouvernements etwa den Skobelew und Co. oder dem ersten besten Sibirier[106] unterordnen? Schreiben Sie häufiger und mehr, ausführlicher.

Die Artikel des „Lutsch" gegen die Streiks sind der Gipfel der Niedertracht. Man muß ihnen in illegalen Publikationen scharf entgegentreten. Schreiben Sie möglichst rasch, für welchen der von Ihnen hierfür vorgesehenen Pläne Sie sich entscheiden.

Mit Gruß.

PS. Geben Sie den Paß zurück – es ist nicht ratsam, ihn zu benutzen, der Eigentümer könnte in Petersburg sein.

Geschrieben am 6. Dezember 1912.

Zuerst veröffentlicht 1923 in dem Buch „Aus der Epoche der ‚Swesda' und der ‚Prawda' 1911–1914", Lieferung III.

Nach einer von N. K. Krupskaja angefertigten Abschrift.

DIE KRANKHEIT DES REFORMISMUS

„Woran kranken wir?" fragte kürzlich im „Lutsch" der Verfasser eines aufschlußreichen, unter dem Eindruck des Streiks vom 15. November geschriebenen Feuilletons mit diesem Titel.

Die Antwort ergibt sich klar aus den beiden folgenden Zitaten:

„Denen, die auf die Führerrolle Anspruch erheben, müßte wohl klar sein, daß die Forderung nach Aufhebung der Ausnahmezustände und nach Koalitionsfreiheit eines, Sache des Kampfes in der heutigen Zeit und in der nächsten Zukunft ist, die Änderung des bestehenden Systems aber, von dem in dem Aufruf die Rede ist, etwas anderes. Sie kann erreicht werden nicht durch die Streikspielerei, wie wir sie heute sehen, sondern nur durch beharrliche planmäßige Arbeit, durch die Eroberung einer Position nach der andern, durch die Anspannung aller Kräfte, durch ausgezeichnete Organisiertheit und die Einbeziehung nicht allein der Arbeiterklasse, sondern der breiten Massen des Volkes in diesen Kampf ...

Wenn wir bewußt an unsere Aufgaben herangehen, planmäßig unsere Interessen wahrnehmen, ohne heute Feuer zu fangen, um morgen wieder abzukühlen, werden wir sowohl starke Gewerkschaftsorganisationen als auch eine legale politische Partei schaffen, an die niemand Hand anzulegen wagen wird."

Diese Zitate genügen, um dem Verfasser zu sagen: Verehrtester, fragen Sie lieber, woran Sie selbst „kranken". Und wir antworten Ihnen: Sie kranken an Reformismus, das ist offenkundig. Sie leiden an einer „fixen Idee", der Idee der Stolypinschen Arbeiterpartei. Die Krankheit ist gefährlich. Die Doktoren vom „Lutsch" werden Sie vollends zu Tode kurieren.

Der Verfasser propagiert ganz bestimmt und bewußt, entgegen den allgemeinen Forderungen nach politischer Freiheit, die „legale politische Par-

tei". Eine Gegenüberstellung der beiden angeführten Zitate läßt darüber keinen Zweifel. Ausflüchte wären hier vergeblich.

Wir fragen den Verfasser: Weshalb erwies sich denn die „legale Partei" der Opportunisten der kleinbürgerlichen Demokratie (die „Volkssozialisten" von 1906) und des großbürgerlichen Liberalismus (die Kadetten von 1906/1907 und der folgenden Jahre) als Utopie, während *Ihre* „legale" Arbeiterpartei nicht utopisch sein soll?

Sie geben zu (oder zumindest hat das „offene" Auftreten bei den Wahlen Sie *gezwungen*, zuzugeben), daß die Kadetten konterrevolutionär, daß sie überhaupt keine Demokraten, keine Partei der Massen sind, sondern eine Partei der wohlhabenden Bourgeoisie, eine Partei der „ersten Kurie". Und nun erheben Sie, ein „nüchterner Realpolitiker", ein Feind des „Feuerfangens" und des „Drohens mit den Fäusten", angeblich im Namen der Arbeiter eine „nächstliegende" Forderung, die sich als utopisch, als für die Kadetten unerreichbar erwiesen hat!! Als Utopist sind Sie groß, aber Ihre Utopie ist klein, nichtig, erbärmlich.

Ohne es selbst zu wissen, haben Sie sich mit der Modekrankheit – es herrscht jetzt eine solche Epidemie! – der Niedergeschlagenheit, des Kleinmuts, der Verzweiflung und des Unglaubens infiziert. Und diese Krankheit treibt Sie in den Abgrund des Opportunismus, der bereits den Volkssozialisten wie auch den Kadetten das allgemeine Gelächter eingebracht hat.

Sie halten die Forderung nach Aufhebung der Ausnahmezustände und nach Koalitionsfreiheit für zeitgemäß und sachlich, für „planmäßig" und „bewußt". Sie unterscheiden sich grundsätzlich von der Sozialdemokratie, denn sie *begreift* die allgemeinen Bedingungen für die Verwirklichung (und die Ernsthaftigkeit) solcher Reformen. Sie stimmen im wesentlichen mit den Progressisten und Oktobristen überein, denn eben diese Leute betrügen sich und andere mit dem Geschwätz ... von Reformen und „Freiheiten" auf der Basis der gegebenen Sachlage. Der italienische Reformist Bissolati verriet die Arbeiterklasse für Reformen, die der *liberale* Minister Giolitti bei „legaler" Existenz der Parteien *aller* Klassen versprochen hatte. Sie aber verraten die Arbeiterklasse für Reformen, die *nicht einmal* die Isgojew und Bulgakow von Makarow erwarten!

Sie sprechen verächtlich von „Streikspielerei". Ich habe nicht die Möglichkeit, Ihnen hier, was diesen Punkt anbelangt, so zu antworten, wie es

nötig wäre. Ich will nur kurz darauf hinweisen, daß es einfach unklug ist, eine tiefgreifende historische Bewegung „Spielerei" zu nennen. Sie *ärgern sich* über die Streiks, wie sich das „Nowoje Wremja" (siehe die Nummer vom 17. November, den Artikel von Nesnamow), die Isgojew und Bulgakow ärgern. Und Sie ärgern sich deshalb, weil das Leben Ihre liberalen Illusionen erbarmungslos zerschlägt. Die Arbeitermassen erkennen durchaus die Notwendigkeit der Organisation, eines Systems, der Vorbereitung, der Planmäßigkeit, aber Ihren Reden begegnen sie mit Verachtung und werden sie mit Verachtung begegnen.

Die schwere Krankheit, die Sie vergiftet hat, ist durch einen sehr verbreiteten Bazillus hervorgerufen worden. Es ist das der Bazillus der liberalen Arbeiterpolitik oder, anders ausgedrückt, des Liquidatorentums. Es liegt in der Luft. Wie sehr Sie sich aber auch über den Verlauf der Ereignisse überhaupt und über den 15. November im besonderen ärgern mögen, dieser Verlauf ist für einen solchen Bazillus tödlich.

„Prawda" Nr. 180
29. November 1912.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE VERELENDUNG IN DER KAPITALISTISCHEN GESELLSCHAFT

Die bürgerlichen Reformisten und in ihrem Gefolge manche Opportunisten aus den Reihen der Sozialdemokratie behaupten, daß es eine Verelendung der Massen in der kapitalistischen Gesellschaft nicht gebe. Die „Verelendungstheorie" stimme nicht, der Wohlstand der Massen wachse, wenn auch langsam, die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen werde nicht größer, sondern kleiner.

In letzter Zeit wird die ganze Heuchelei derartiger Behauptungen den Massen immer deutlicher klar. Die Lebenshaltungskosten steigen. Die Löhne der Arbeiter wachsen *selbst* bei hartnäckigsten und für die Arbeiter *maximal* erfolgreichen Streikkämpfen viel langsamer, als die für die Erhaltung der Arbeitskraft notwendigen Ausgaben steigen. Gleichzeitig aber wächst der Reichtum der Kapitalisten in schwindelerregendem Tempo.

Hier einige Angaben über Deutschland, wo die Lage der Arbeiter infolge des höheren Kulturniveaus, dank der *Streikfreiheit* und Koalitionsfreiheit, dank der politischen Freiheit, den Millionen Gewerkschaftsmitgliedern und den Millionen Lesern der Arbeiterzeitungen unvergleichlich besser ist als in Rußland.

Nach Angaben *bürgerlicher* Sozialpolitiker, die sich auf amtliche Quellen stützen, ist der Durchschnittslohn der Arbeiter in Deutschland in den letzten 30 Jahren um 25% gestiegen. Im gleichen Zeitabschnitt haben sich die Lebenshaltungskosten *mindestens* um 40% erhöht!!

Sowohl Nahrungsmittel als auch Kleidung, Heizmaterial und Wohnungen – alles ist im Preis gestiegen. Der Arbeiter verelendet *absolut*, das heißt, er wird geradezu ärmer als früher, er ist gezwungen, schlechter zu leben, sich kärglicher zu ernähren, sich immer weniger satt zu essen, in Kellerräumen und in Dachstuben zu hausen.

Noch offensichtlicher ist jedoch die *relative* Verelendung der Arbeiter, d. h. die Verringerung ihres *Anteils* am gesellschaftlichen Einkommen. Der *verhältnismäßige* Anteil der Arbeiter an dem rasch wachsenden Reichtum der kapitalistischen Gesellschaft wird immer geringer, denn die Millionäre werden immer schneller reich.

In Rußland gibt es keine Einkommensteuer, keine Angaben über das Anwachsen des Reichtums bei den wohlhabenden Klassen der Gesellschaft. Unsere noch traurigere Wirklichkeit ist hinter einem Vorhang verborgen – hinter einem Vorhang von Unwissenheit und Schweigen.

In Deutschland gibt es genaue Angaben über den Reichtum der besitzenden Klassen. In Preußen beispielsweise gehörten die *ersten* 10 Milliarden Mark (5 Milliarden Rubel) steuerpflichtigen Vermögens im Jahre 1902 1853 Personen, im Jahre 1908 hingegen 1108 Personen.

Die Anzahl der größten Krösusse hat sich verringert. Ihr Reichtum hat zugenommen: jeder von ihnen besaß im Jahre 1902 ein Vermögen von durchschnittlich 5 Millionen Mark (2,5 Millionen Rubel), im Jahre 1908 aber ein Vermögen von 9 Millionen Mark (4,5 Millionen Rubel)!

Man spricht von den „oberen 10 000". In Preußen hatten die „oberen 21 000" ein Vermögen von 13,5 Milliarden Mark, während die übrigen 1 300 000 Besitzer steuerpflichtiger Vermögen über ein Vermögen von 3 Milliarden Mark verfügten.

Die vier größten Millionäre Preußens (ein Fürst, ein Herzog und zwei Grafen) hatten 1907 ein Vermögen von 149 Millionen Mark, 1908 aber von 481 Millionen Mark.

Der Reichtum wächst in der kapitalistischen Gesellschaft mit unwahrscheinlicher Geschwindigkeit – zugleich mit der Verelendung der Arbeitermassen.

„Prawda" Nr. 181,
30. November 1912.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE ARBEITERKLASSE UND IHRE „PARLAMENTARISCHE" VERTRETUNG

Die klassenbewußten Arbeiter in Rußland haben es nicht zum erstenmal mit einer kollektiven Vertretung der Arbeiterklasse in der Reichsduma zu tun. Und jedesmal, wenn eine solche Vertretung in der II., III. und IV. Duma gebildet wurde (wir reden nicht von der I. Duma, die von der Mehrheit der Sozialdemokratie boykottiert wurde), jedesmal war eine *Nichtübereinstimmung* zu beobachten zwischen den Ansichten und Auffassungen, der Richtung der *Mehrheit* der Sozialdemokratie und ihrer Dumavertretung.

Genaues Material, das diese Nichtübereinstimmung zeigt, gibt es für die zweite Reichsduma. Im Frühjahr 1907 wurde offiziell und unbestritten festgestellt, welche Auffassungen, Richtungen, Strömungen oder Fraktionen in der Sozialdemokratie überwogen und welche – in der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Es ergab sich, daß bei je einem Delegierten von jeweils 500 sozialdemokratischen Arbeitern die Bolschewiki damals 105 Delegierte hatten, die Menschewiki 97, Fraktionslose gab es 4.[107]

Ein deutliches Übergewicht auf seiten des Bolschewismus.

Von den „nationalen" Sozialdemokraten hatten die Polen 44 Delegierte, die Bundisten 57 und die Letten 29. Da unter den Letten damals die Gegner des Opportunismus, der Menschewiki und des „Bund", ein starkes Übergewicht besaßen, entsprach auch unter den „Nationalisten" im ganzen das Verhältnis der „Strömungen" ihrem Verhältnis im „russischen" Teil der Sozialdemokratie.

Indessen gab es damals in der sozialdemokratischen Dumafraktion 36 Menschewiki und 18 Bolschewiki und unter den Abgeordneten der Ar-

beiterkurie 12 Menschewiki und 11 Bolschewiki.[108] Es ist also klar, daß die Menschewiki das Übergewicht hatten.

In der Sozialdemokratie und in der Dumafraktion waren demnach die Kräfte der „Strömungen" nicht gleichartig verteilt, sondern geradezu entgegengesetzt.

Ist das ein Zufall?

Nein. In allen Ländern der Welt beobachtet man in der Regel, daß die Zusammensetzung der parlamentarischen Vertretungen der Arbeiterparteien im Vergleich zur Zusammensetzung der Arbeiterparteien selbst *opportunistischer* ist. Die Ursache dieser Erscheinung ist nicht schwer zu erkennen: Erstens *beschränken* in Wirklichkeit alle Wahlsysteme der bürgerlichen Länder, selbst die demokratischsten, die Wahlrechte der Arbeiter durch Bestimmungen entweder in bezug auf das Alter (in Rußland sind 25 Jahre erforderlich) oder auf die Dauer der Ansässigkeit, die Stetigkeit des Arbeitsplatzes (in Rußland ein halbes Jahr) usw. Solche Beschränkungen treffen gewöhnlich am schwersten gerade die jungen, die bewußteren und entschlosseneren Schichten des Proletariats.

Zweitens haben es die nichtproletarischen Elemente der Arbeiterparteien – die Beamten der Arbeiterverbände, die kleinen Eigentümer, die Angestellten und insbesondere die „Intelligenz" – in der bürgerlichen Gesellschaft bei *jedem* Wahlrecht leichter, sich auf den „parlamentarischen" Beruf zu spezialisieren (kraft ihrer Berufe, ihrer Stellung in der „Gesellschaft", ihrer Vorbildung usw.).

Welche Schlüsse aus dieser Tatsache zu ziehen sind und wie die Lage, im Vergleich zur II. Duma, in der dritten und vierten war – diesen Fragen werden wir den nächsten Artikel widmen.

„Prawda" Nr. 191,
12. Dezember 1912.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE „VERSÖHNUNG" DER NATIONALISTEN MIT DEN KADETTEN

Das wichtigste politische Ergebnis der Dumadebatten über die Regierungserklärung ist die rührende Vereinigung der *Nationalisten*, Oktobristen und *Kadetten*. Unsere russische sogenannte „Gesellschaft" erliegt so sehr der lauten und billigen Phrase, daß man besonderen Nachdruck legen muß auf dieses *wirkliche* Ergebnis der Kritik *aller* Parteien an den prinzipiellen Fragen der Politik.

„Die Parteien sind verschwunden", schrieb das *nationalistische* „Nowoje Wremja" (Nr. 13 199). „Die ausgezeichnete Rede des Abgeordneten Maklakow (in der Sitzung vom 7. Dezember) vereinigte die ganze Reichsduma, die ihm, alle parteilichen Rücksichten und Meinungsverschiedenheiten vergessend, Beifall zollte."

Dieses Echo einer *nationalistischen* Zeitung, des Hauptorgans jeglicher Liebedienerei und der Hetze gegen die Juden und „Fremdstämmigen", muß jeder im Gedächtnis behalten und gründlich durchdenken, der sich ernsthaft für die Politik interessiert.

Die Oktobristen und Nationalisten, die Gutschkowleute und die Leute vom „Nowoje Wremja" zollten Maklakow nicht deshalb Beifall, weil sie die parteilichen Meinungsverschiedenheiten „vergessen" hatten, sondern weil sie die tiefe *Ideenharmonie* zwischen der liberalen Bourgeoisie und den nationalistischen Gutsbesitzern richtig erfaßt hatten.

Maklakow bewies diese Ideenharmonie in den Grundfragen der Innen- und Außenpolitik. „Will Rußland keinen Krieg, so fürchtet es ihn doch nicht", rief dieser Kadett unter dem lang anhaltenden Beifall der *Nationalisten* aus. Wie sollten sie nicht Beifall spenden? Für jeden politisch geschulten Menschen ist klar, daß die Kadetten mit diesen Worten ihre

Zustimmung zur Politik der Kriegsdrohung, zur Politik des Militarismus, der Aufrüstung zu Lande und zur See, die die Volksmassen versklavt und ruiniert, zum Ausdruck brachten.

Die Liberalen, die den Militarismus unterstützen, sind für die Reaktion keine Gefahr, denn die Reaktionäre urteilen völlig richtig: Die Unterstützung des Militarismus ist eine *Tat*, liberale Ausrufe aber sind *leere Worte*, die man unter der Herrschaft der Reaktion ohnehin nicht verwirklichen kann. „Gib uns Millionen für die Aufrüstung – und wir werden dir Beifall spenden für liberale Phrasen", das sagt und muß jeder gescheite feudale Gutsbesitzer den Balalaikins* in der Duma sagen.

Und Maklakows Standpunkt in der Innenpolitik? Ist es ein Zufall, daß der rechte Geistliche, wie die „Retsch" selbst bezeugt, „vollauf zufrieden" ist – oder daß das „Nowoje Wremja" begeistert Maklakows „Leitmotiv" abdruckt: „Möge Rußland nicht in zwei Lager gespalten sein – in das Land und die Regierung"?

Nein, das ist kein Zufall, denn mit seinem Geschrei von der wünschenswerten „Versöhnung" eifert Maklakow *in der Tat* Kokowzow nach. Kokowzow wünscht ebenfalls eine „Versöhnung"!

Kokowzow wünscht *keine* Änderung im Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte. Maklakow zeigte *nicht im geringsten*, daß er versteht, *welche* Änderung nötig ist und *wodurch* sie erreicht werden kann. „Versöhnung" ist gerade das Wort, das die einzig ernsthafte Frage, die Frage nach den Bedingungen und Mitteln einer solchen Änderung, *verwischt*, verwischt durch eine faule Phrase, die nichts aussagt, das staatsbürgerliche Bewußtsein der Massen abstumpft, sie einschläfert.

Verachtung verdient die „Gesellschaft" die den „Versöhnungs"reden der Maklakow Beifall spenden kann.

In der Rede des Arbeitervertreters Malinowski zur Ministererklärung aber übersahen die Nationalisten wie die Kadetten geflissentlich, *wie* die Demokratie die Fragen stellt. Doch hielt ja Malinowski seine Rede *durchaus nicht* für dieses Publikum.

„Prawda" Nr. 194,
15. Dezember 1912.

Nach dem Text der „Prawda".

* Balalaikin – Gestalt aus M. J. Saltykow-Schtschedrins Werk „Eine zeitgenössische Idylle". *Der Übers.*

DIE NATIONALLIBERALEN

In den letzten Jahren ist im russischen Liberalismus deutlich eine gewisse Differenzierung zu beobachten. Aus dem gesamtliberalen Lager beginnt sich die „echte" Bourgeoisie herauszulösen. Das liberale Kapital bildet *seine* besondere Partei, in die sich viele früher mit den Oktobristen liierte Elemente der Bourgeoisie begeben sollen (und begeben) und zu der anderseits die gemäßigtsten, großbürgerlichen, „soliden" Elemente der Kadettenpartei kommen.

Die Gruppe der „Progressisten" in der III. und IV. Duma sowie die „progressive" Gruppe im Reichsrat sind sehr nahe daran, die offizielle Parteivertretung dieser nationalliberalen Bourgeoisie in der Parlamentsarena zu werden. Der kürzlich durchgeführte Kongreß der „Progressisten" umriß im Grunde eben das nationalliberale Programm, das jetzt die „Russkaja Molwa" vertritt.[109]

Was wollen die sogenannten „Progressisten"? Weshalb nennen wir sie Nationalliberale?

Sie wollen *nicht* die völlige und ungeteilte Herrschaft der Gutsbesitzer und Bürokraten. Sie erstreben – und sagen das offen – eine gemäßigte enge Zensusverfassung, mit einem Zweikammersystem, mit einem antidemokratischen Wahlrecht. Sie wollen eine „starke Macht", deren „patriotische" Politik darauf ausgeht, der „vaterländischen Industrie" mit Feuer und Schwert neue Märkte zu erobern. Sie wollen, daß die Bürokraten mit ihnen ebenso rechnen wie mit den Purischkewitsch. Und dann sind sie bereit, die Begleichung der „alten Rechnungen" mit den Reaktionären zu vergessen und mit ihnen Hand in Hand an der Errichtung eines kapitalistischen „Groß"rußlands zu arbeiten.

Von der Oktobristenpartei trennt diese Leute die Tatsache, daß in dieser das Gutsbesitzerelement allzu stark ist und daß sie bis zur Ohnmacht willfährig ist. Von der Kadettenpartei trennt sie die Verurteilung des demagogischen Kokettierens der Kadetten mit der Demokratie. Das falsche Gerede der Kadetten vom allgemeinen Wahlrecht und von der Zwangsenteignung des Bodens (wenn auch mit Ablösung) erscheint diesen „seriösen" Konstitutionalisten ganz und gar überflüssig und unzulässig.

Die Nationalliberalen sagen es unverblümt: Keine Furcht vor Beschuldigungen, man würde „den reaktionären Kräften Vorschub leisten", notwendig ist der offene Kampf gegen die „Aufrufe zur Besitzergreifung der Gutsbesitzerländereien" und gegen die „Schürung des Hasses gegen die besitzenden Klassen"; in den Fragen der „militärischen Macht" darf es weder Rechte noch Linke geben:

„Wir haben wieder zur Heimat zurückgefunden ... Die russische Armee, das ist ... *unsere* Armee ... Das russische Gericht ist kein Schemjaka-Gericht*, sondern *unser* Gericht ... Die russische äußere Macht ist keine eitle Laune der Bürokratie, sondern *unsere* Kraft und *unsere* Freude." (Siehe die Programmerklärungen der „Russkaja Molwa".)

Die Nationalliberalen haben zweifellos in Rußland eine gewisse „Zukunft". Es wird das eine Partei der „echten" kapitalistischen Bourgeoisie werden, wie wir sie auch in Deutschland sehen. Die rein intellektuellen, wenig „bodenständigen" liberalen Elemente bleiben bei den Kadetten. Die Nationalliberalen gewinnen für sich solche Ideologen wie Struve, Maklakow, Protopopow, Kowalewski und andere, die schon längst mit einem Fuß im reaktionären Lager stehen. Ihnen werden sich zweifellos auch die gemäßigtsten „Schipowschen" Semstwogutsbesitzer anschließen, die ebenfalls für eine enge Zensusverfassung, eine „Konstitution" für die Reichen eintreten. (Nicht umsonst gedachte Herr Struve kürzlich mit soviel Liebe des Herrn Schipow ...)

Die Träume der „Progressisten" von einer „starken Macht", die eine liberale Politik betreibt, sind für die nächste Zeit natürlich nicht zu verwirklichen. Obenauf bleiben die Chwostow und Purischkewitsch. Vielleicht wird sich auch die nationalliberale Partei jetzt noch nicht endgültig for-

* Schemjaka – russischer Lehnsfürst im 15. Jahrhundert. Schemjaka-Gericht – in der russischen Volksüberlieferung ein ungerechtes, korruptes Gericht. *Der Übers.*

mieren, vielleicht wird ihre Zeitung eingehen, wie vor etwa drei Jahren die Zeitung „Slowo"[110] einging, die sich im großen und ganzen dieselben Ziele gesteckt hatte. (In der Duma jedoch sind die „Progressisten" gegenüber den Kadetten relativ stärker geworden.) Das offene Auftreten der nationalliberalen Bourgeoisie zeigt aber auf jeden Fall, daß die Klassenwidersprüche in Rußland bedeutend reifer geworden sind.

Der Selbstbestimmung der kapitalistischen Bourgeoisie müssen die Arbeiter die verzehnfachte Energie bei *ihrer* Organisierung und *ihrer* klassenmäßigen Selbstbestimmung entgegenstellen.

„Prawda" Nr. 200, 22. Dezember 1912.

Nach dem Text der „Prawda".

ÜBER DIE STELLUNG ZUM LIQUIDATORENTUM UND ÜBER DIE EINHEIT

Thesen

1. Vier Jahre Kampf gegen das Liquidatorentum.

   Definition des Liquidatorentums durch die Partei im *Dezember* 1908. Verurteilung des Liquidatorentums, nicht weil es die legale Arbeit propagiert, sondern weil es die Partei zerstört. Sieg des Antiliquidatorentums auf legaler Ebene 1912 (die **„Prawda"** und die **Wahlen**).
2. Vollzug der Spaltung durch die Liquidatoren. Die Liquidatoren haben sich von der Partei abgespalten. Ihre Initiativgruppen sind Produkt und Erscheinungsform der Spaltung.
3. Die Augustkonferenz 1912 ist ihrer Zusammensetzung nach parteifeindlich, wie das sogar die Versöhnler zugeben mußten.

   Ausländische Grüppchen, die keine direkte Vollmacht von irgendeiner sozialdemokratischen Organisation in Rußland haben und nicht im Einverständnis mit einer solchen handeln, dürfen nicht im Namen der sozialdemokratischen Partei auftreten.
4. Die Resolutionen der Augustkonferenz über die Grundfragen der Bewegung und vor allem über die grundlegende Frage der Anerkennung, der völligen und aufrichtigen Anerkennung der illegalen Partei zeichnen sich, sehr milde ausgedrückt, durch „Diplomatie" aus, d. h. durch das Ausweichen vor einer direkten Beantwortung der Frage. In Wirklichkeit sind sie liquidatorische Resolutionen.
5. Das politische Verhalten der Liquidatorengruppe in der „Nascha Sarja" und im „Lutsch" nach der Konferenz (vom August) hat die unbedingte Parteifeindlichkeit dieser Gruppe gezeigt, was zum Ausdruck kam (a) in der Propagierung einer legalen Partei; (b) in der Verhöhnung

der „Illegalität" in der legalen Presse; (c) im Kampf gegen die revolutionären Streiks und gegen den revolutionären Massenkampf überhaupt.

Die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen diese Gruppe als eine parteifeindliche Gruppe.

6. Die Propagierung der Einheit in der legalen Presse, die den Kern der Sache umgeht und verdunkelt, nämlich die Frage der *tatsächlichen Anerkennung* der illegalen Partei, ist Betrug an den Arbeitern.
7. Absolute Notwendigkeit der Einheit aller Strömungen und Schattierungen in der illegalen Organisation. Aufruf zu dieser Einheit.

Geschrieben im Dezember 1912.

Zuerst veröffentlicht 1939 in der Zeitschrift „Bolschewik" Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

MITTEILUNG UND RESOLUTIONEN EINER BERATUNG DES ZENTRALKOMITEES DER SDAPR MIT PARTEIFUNKTIONÄREN[111]

Veröffentlicht im Februar 1913 als Broschüre im Verlag des ZK der SDAPR.

Nach dem Text der Broschüre, verglichen: die „Mitteilung" mit dem Manuskript, die „Resolutionen" mit einer hektographierten Ausgabe.

MITTEILUNG

Im Februar dieses Jahres fand eine Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären statt. Zur Beratung konnten Mitglieder der illegalen Parteiorganisationen von Petersburg (fünf), des Moskauer Gebiets (zwei), des Südens (zwei), des Urals und des Kaukasus hinzugezogen werden. Da es nicht möglich gewesen war, Wahlen in den Lokalorganisationen durchzuführen, konstituierte sich die Beratung nicht als Konferenz. Einige Mitglieder des ZK konnten wegen polizeilicher Verfolgung nicht anwesend sein.

Fast alle Teilnehmer der Beratung haben führend an legalen Arbeitervereinigungen verschiedener Art und an sogenannten „legalen Möglichkeiten" teilgenommen. Dergestalt vermittelte die Zusammensetzung der Beratung ein zutreffendes Bild der gesamten Parteiarbeit in allen Hauptbezirken Rußlands.

Die Beratung führte 11 Sitzungen durch und arbeitete Resolutionen zu folgenden Punkten der Tagesordnung aus: 1. Der revolutionäre Aufschwung, die Streiks und die Aufgaben der Partei. 2. Der Aufbau der illegalen Organisation. 3. Die sozialdemokratische Dumafraktion. 4. Die Parteipresse. 5. Die Versicherungskampagne. 6. Das Verhältnis zum Liquidatorentum. Die Frage der Einheit. 7. Über die „nationalen" sozialdemokratischen Organisationen.

Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen; eine Ausnahme bildete nur die Stimmenthaltung eines Genossen zu zwei Punkten der „Versicherungs"resolution und eines anderen zu Einzelheiten der „nationalen" Resolution.

Die vom ZK bestätigten Resolutionen der Beratung fassen die Partei-

erfahrungen zusammen und geben die Richtlinie in allen wichtigen Fragen der sozialdemokratischen Arbeit im heutigen Rußland.

*

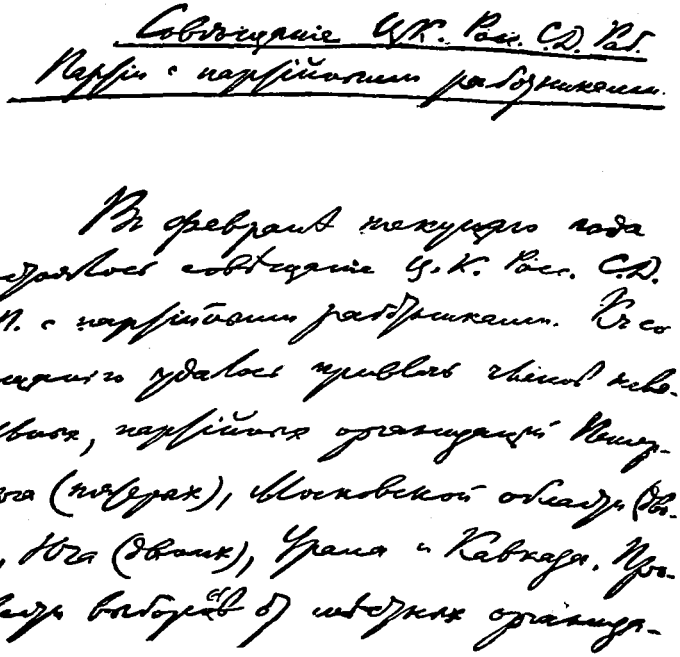
Die systematische Auswertung der Erfahrungen des Jahres 1912 ist eine überaus wichtige Aufgabe der Sozialdemokratie, weil dieses Jahr das Jahr eines großen, historischen Umschwungs in der Arbeiterbewegung Rußlands war. Nicht nur daß der Niedergang und der Zerfall von einer Belebung abgelöst wurden. Die Arbeiterklasse ging zur Massenoffensive gegen die Kapitalisten und gegen die Zarenmonarchie über. Die Woge der wirtschaftlichen und politischen Streiks stieg so hoch, daß Rußland in diesem Hinsicht wiederum *weiter vorn* steht als *alle*, selbst die entwickeltsten Länder der Welt.

Diese Tatsache wird natürlich keinen einzigen klassenbewußten Arbeiter vergessen lassen, wie weit uns die Proletarier der freien Länder in der Organisierung und klassenmäßigen Erziehung der Massen voraus sind. Aber diese Tatsache hat bewiesen, daß Rußland in die Periode des Heranreifens einer *neuen Revolution* eingetreten ist.

Der Arbeiterklasse fällt die große Aufgabe zu, alle demokratischen Massen zur Revolution aufzurütteln und im Kampf zu erziehen, sie anzuleiten für den machtvollen Ansturm, der die Romanowmonarchie stürzen und Rußland die Freiheit und die Republik bringen muß. Allseitige Unterstützung des offenen revolutionären Kampfes der Massen, seine Organisierung, seine Erweiterung, Vertiefung und Verstärkung – so lautet die grundlegende Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks. Wer diese Aufgabe nicht erkannt hat, wer nicht in dieser oder jener illegalen Organisation, Gruppe oder Zelle arbeitet, die der Entfaltung der Revolution dient, der ist kein Sozialdemokrat.

*

Der revolutionäre Aufschwung des Proletariats im Jahre 1912 war die Haupttriebkraft für die von allen zugegebene Wandlung in den Stimmungen der Demokratie. Sowohl bei den Wahlen zur IV. Duma als auch beim Aufbau einer legalen, wenigstens die elementaren Grundlagen der Theorie des Marxismus propagierenden Arbeiterpresse errang die Sozialdemokratie große Siege. Die Zarenregierung konnte diese Erfolge nur deshalb nicht verhindern, weil der offene revolutionäre Kampf der Massen



Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript der „Mitteilung"
über eine Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären
Januar 1913

Verkleinert

die ganze gesellschaftliche und politische Situation verändert hat. Während die SDAPR ihre unentwegte, beharrliche, systematische Arbeit zur Ausnutzung absolut aller und jeglicher „legalen Möglichkeiten", von der Tribüne der Schwarzhunderterduma bis zu jedem beliebigen Abstinenzlerverein, fortsetzt, vergißt sie keinen Augenblick, daß des Ehrentitels eines Parteimitglieds nur der würdig ist, der die gesamte Arbeit unter den Massen wirklich im Geiste der Parteibeschlüsse betreibt, die vom Standpunkt der heranreifenden Revolution und nicht vom Standpunkt der „Legalität" des 3. Juni erörtert und angenommen worden sind. Nicht jener Zerfahrenheit und Auflösung zu erliegen, die aus der Periode von 1908 bis 1911 zurückgeblieben ist, sondern sie zu bekämpfen, ist unsere Aufgabe. Nicht mit dem Strom des chaotischen und prinzipienlosen Legalismus zu schwimmen, sondern alles Legale für die allmähliche Gruppierung aller aktiven Elemente um die illegale Partei auszunutzen, ist unser Ziel. Kein Frieden mit denen, die den Legalismus dazu mißbrauchen, Skeptizismus und Gleichgültigkeit gegenüber dem revolutionären Kampf der Massen zu säen oder ihn gar direkt zu behindern, das ist unsere Losung.

Nicht in der Herabsetzung unserer Forderungen liegt das Unterpfand ihrer Durchführbarkeit, nicht in der Schmälerung unseres Programms, nicht in der Taktik der Gewinnung politisch wenig entwickelter Menschen mit der trügerischen Losung, daß diese oder jene konstitutionelle Reform unter dem russischen Zarismus leicht zu verwirklichen sei. Nein. Dieses Unterpfand ist die Erziehung der Massen im Geiste des konsequenten Demokratismus und der Erkenntnis der Verlogenheit der konstitutionellen Illusionen. Dieses Unterpfand sind die revolutionäre Organisation der fortgeschrittensten Klasse, des Proletariats, und der große revolutionäre Enthusiasmus der Massen.

Die Epoche des Wütens der Konterrevolution hinterließ uns das Erbe der ideologischen Zerfahrenheit und Auflösung, des organisatorischen Zerfalls in vielen Zentren der Arbeiterbewegung, der Handwerklerei und der erzwungenen Isolierung von der Partei bei den einen und der geringschätzigen oder gar bösartigen Einstellung zu den das Vermächtnis der Revolution bewahrenden und die revolutionäre Taktik ausarbeitenden „Illegalen" bei den anderen. Die Abspaltung der Liquidatoren von der sozialdemokratischen Partei, die faktische Absonderung und mancherorts das Vergessen der Prinzipien der Sozialdemokratie und der Zerfall der

„nationalen" sozialdemokratischen Organisationen – all das macht die Forderung nach *Einheit* bis zum äußersten dringlich.

Die Einheit des sozialdemokratischen Proletariats ist die notwendige Vorbedingung seiner Siege.

Die Einheit des sozialdemokratischen Proletariats ist unmöglich ohne die Einheit *seiner* Partei, der SDAPR.

Und hier sehen wir sofort, daß man die Frage dieser Einheit nicht lösen kann, ohne nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat die Frage der Notwendigkeit einer illegalen Partei entschieden zu haben. Wer von Einheit redet und gleichzeitig die „legale Arbeiterpartei" propagiert, der betrügt sich und die Arbeiter. Wer von Einheit redet und dabei so tut, als könnte man diese Frage im Rahmen der Legalität lösen, klären, zumindest stellen, der betrügt sich und die Arbeiter.

Nein. Keine leeren „Einheits"phrasen in der legalen Presse, keine Vereinbarungen mit den verschiedenen „getrennt marschierenden" Intellektuellengrüppchen, keine Diplomatie ausländischer Verhandlungen, sondern *einzig und allein die Vereinigung* an Ort und Stelle, die tatsächliche *Verschmelzung aller* zur SDAPR gehörigen Arbeiter zu einer einheitlichen illegalen Organisation – nur das allein entscheidet die Frage der Einheit.

Die Arbeiter haben sich schon selbst, von unten her, an diese einzig ernsthafte, einzig sachliche Lösung der Frage der Einheit gemacht. Die Beratung ruft alle Sozialdemokraten auf, diesen Weg zu beschreiten.

Die sozialdemokratischen Arbeiter stellen überall einheitliche illegale Organisationen der SDAPR in Gestalt von Betriebszellen, Betriebskomitees, Bezirksgruppen, Stadtzentren, von sozialdemokratischen Gruppen in *allen möglichen* legalen Institutionen usw. wieder her. Wer sich nicht selbst dazu verurteilen will, ohnmächtiger Einzelgänger zu sein, der trete diesen Organisationen bei. Die Anerkennung der illegalen Partei und die Unterstützung des revolutionären Kampfes der Massen realisieren sich hier unter der Kontrolle der Arbeiter selbst.

Die Periode des Zerfalls geht zu Ende. Angebrochen ist die Zeit der Sammlung der Kräfte. Schließen wir uns zu illegalen Organisationen der SDAPR zusammen. Sie weisen keinen einzigen Sozialdemokraten zurück, der in ihnen arbeiten will, der helfen will bei der Organisierung des Pro-

letariats, bei seinem Kampf gegen das Kapital, bei seinem begonnenen revolutionären Ansturm auf die Zarenmonarchie.

Die gesamtnationale politische Krise reift in Rußland langsam, aber unaufhaltsam heran. Das System des 3. Juni war der letzte Versuch, die Schwarzhundertermonarchie des Zaren zu retten, der Versuch, sie durch ein Bündnis mit den Spitzen der Bourgeoisie zu erneuern, und dieser Versuch ist gescheitert. Neue Kräfte der Demokratie wachsen und erstarken zusehends unter der Bauernschaft und der städtischen Bourgeoisie in Rußland. Rascher als früher wächst in Stadt und Land die Zahl der Proletarier, wächst ihre Organisiertheit, ihre Geschlossenheit, ihre durch die Erfahrungen der Massenstreiks gefestigte Gewißheit, daß sie unbesiegbar sind.

Die SDAPR, die die fortgeschrittensten Abteilungen dieses Proletariats zu einem einheitlichen Ganzen organisiert, muß es in die revolutionären Schlachten für unsere alten revolutionären Forderungen führen.

Zentralkomitee der SDAPR

Februar 1913

RESOLUTIONEN

Der revolutionäre Aufschwung, die Streiks und die Aufgaben der Partei

1. Das wichtigste Ereignis in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der russischen Revolution des Jahres 1912 ist die enorme Entwicklung sowohl des wirtschaftlichen als auch des politischen Streikkampfes des Proletariats. Die Zahl der an politischen Streiks Beteiligten erreichte die Million.

2. Besondere Beachtung verdient dabei der Charakter des Streikkampfes von 1912. Die Arbeiter erheben in einer Reihe von Fällen gleichzeitig wirtschaftliche und politische Forderungen, eine Welle wirtschaftlicher Streiks wird von einer Welle politischer Streiks abgelöst und umgekehrt. Der Kampf gegen die Kapitalisten um die von der Konterrevolution wieder rückgängig gemachten Errungenschaften des Jahres 1905 sowie die immer mehr steigenden Lebenshaltungskosten rütteln immer wieder neue Arbeiterschichten auf, stellen sie vor die politischen Fragen in ihrer schärfsten Form. Diese ganze verschiedenartige Vereinigung und Verflechtung des wirtschaftlichen und des politischen Kampfes ist Bedingung und Unterpfand für die Kraft der Bewegung, sie ruft den revolutionären Massenstreik hervor.

3. Die Ausbrüche von Unzufriedenheit und die Aufstände in Flotte und Heer, deren Beginn das Jahr 1912 kennzeichnet, stehen zweifellos in Zusammenhang mit den revolutionären Massenstreiks der Arbeiter, sie weisen auf die zunehmende Gärung und Empörung in breiten Kreisen der Demokratie und besonders unter der Bauernschaft hin, die das Hauptkontingent der Armee stellt.

4. Alle diese Tatsachen haben zusammen mit der allgemeinen Linksschwenkung des Landes, die auf die Wahlen zur IV. Duma, trotz der schamlosen Verfälschung dieser Wahlen durch die zaristische Schwarzhunderterregierung, ihre Auswirkungen zeitigte, endgültig bewiesen, daß Rußland erneut in eine Periode des offenen revolutionären Massenkampfes eingetreten ist. Die neue Revolution, deren Beginn wir erleben, ist das unvermeidliche Ergebnis des Bankrotts der zaristischen Politik des 3. Juni. Diese Politik konnte nicht einmal die besonders diensteifrige Großbourgeoisie befriedigen. Die Volksmassen aber sind noch mehr entrechtet worden, besonders die unterdrückten Nationalitäten; Millionen und aber Millionen von Bauern sind erneut einer Hungersnot preisgegeben.

5. Unter solchen Bedingungen sind die revolutionären Massenstreiks auch noch deshalb außerordentlich wichtig, weil sie eines der wirksamsten Mittel darstellen, um die Apathie, Verzweiflung und Zersplitterung des Landproletariats und der Bauernschaft zu überwinden, ihre politische Aktivität zu wecken und sie in möglichst einhellige, gleichzeitige und ausgedehnte revolutionäre Aktionen einzubeziehen.

6. Die Parteiorganisationen müssen bei Erweiterung und Verstärkung der Agitation für die unmittelbaren Forderungen der SDAPR – demokratische Republik, Achtstundentag und Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien zugunsten der Bauernschaft – in ihrer Tätigkeit die allseitige Unterstützung der revolutionären Massenstreiks sowie die Entwicklung und Organisierung von revolutionären Massenaktionen aller Art mit an erste Stelle rücken. Insbesondere ist es notwendig, als nächste Aufgabe die Organisierung von revolutionären Straßendemonstrationen sowohl im Zusammenhang mit politischen Streiks als auch als selbständige Aktionen in den Vordergrund zu stellen.

7. Die Anwendung von Lockouts (Massenentlassungen) seitens einiger Kapitalisten gegen die streikenden Arbeiter stellt die Arbeiterklasse vor neue Aufgaben. Die ökonomischen Bedingungen für einen Streik müssen in jedem Bezirk, in jedem Industriezweig, in jedem einzelnen Fall aufmerksam berücksichtigt werden, es gilt, neue Kampfformen zur Abwehr der Aussperrungen zu suchen (z. B. italienischer Streik) und eventuell politische Streiks durch revolutionäre Kundgebungen und revolutionäre Straßendemonstrationen zu ersetzen.

8. Einige Organe der legalen Presse betreiben völlig unabhängig davon,

wie sie diesen oder jenen Streik einschätzen, eine allgemeine Agitation gegen die revolutionären Massenstreiks. Eine solche Agitation wird außer von der liberalen Presse beispielsweise von einer Liquidatorengruppe in der Zeitung „Lutsch" betrieben, und zwar entgegen dem Willen eines bedeutenden Teils derjenigen Arbeiter, die diese Zeitung auf diese oder jene Weise unterstützen. Aufgabe aller parteitreuen sozialdemokratischen Arbeiter ist es angesichts dessen: 1. einen entschiedenen Kampf gegen diese Gruppe zu führen; 2. allen Arbeitern, ganz gleich welcher Richtung sie angehören, systematisch und beharrlich die ganze Schädlichkeit dieser Propaganda zu erklären und 3. alle proletarischen Kräfte für die weitere Entwicklung der revolutionären Agitation und der revolutionären Massenaktionen zusammenzuschließen.

Der Aufbau der illegalen Organisation

1. Die Ergebnisse der Arbeiterbewegung und der Arbeit der Partei im Jahre 1912 zusammenfassend, stellt die Beratung fest:

Die einsetzende neue Welle revolutionärer Massenaktionen hat voll und ganz die Richtigkeit der früheren Beschlüsse der SDAPR (und insbesondere der Januarkonferenz 1912) in der Frage des Parteiaufbaus bestätigt. Der Verlauf des Streikkampfes im Jahre 1912, die sozialdemokratische Wahlkampagne bei den Wahlen zur IV. Duma, der Verlauf der Versicherungskampagne usw. haben unzweifelhaft gezeigt, daß in der gegenwärtigen Epoche die illegale Partei als Summe von Parteizellen, die von einem Netz legaler und halblegaler Arbeitervereinigungen umgeben sind, der einzig richtige Typ des Organisationsaufbaus ist.

2. Unbedingt erforderlich ist die Anpassung der Organisationsformen des illegalen Aufbaus an die örtlichen Bedingungen. Vielfältige Formen zur Tarnung der illegalen Zellen und ein möglichst elastisches Vorgehen bei der Anpassung der Arbeitsformen an die örtlichen Bedingungen und Lebensverhältnisse sind das Unterpfand für die Lebensfähigkeit einer illegalen Organisation.

3. Die wichtigste unmittelbare Aufgabe auf dem Gebiet des Organisationsaufbaus besteht gegenwärtig darin, in allen Fabriken und Werken nur auf Parteibasis gebildete illegale Betriebskomitees zu schaffen, die sich

aus den aktivsten Arbeitern zusammensetzen. Der gewaltige Aufschwung der Arbeiterbewegung schafft die Bedingungen, unter denen es an den weitaus meisten Orten möglich wird, wieder Betriebsparteikomitees zu schaffen und die bestehenden Komitees auszubauen.

4. Die Beratung weist darauf hin, daß jetzt durchaus die Notwendigkeit herangereift ist, aus den verstreuten örtlichen Gruppen in jedem Zentrum eine leitende Organisation zu schaffen.

Als Typ einer Stadtorganisation hat sich zum Beispiel in Petersburg das leitende Stadtkomitee herausgebildet, das mittels einer Kombination des Prinzips der Wählbarkeit durch die Bezirkszellen und des Prinzips der Kooptation gebildet wurde.

Ein solcher Organisationstyp ermöglicht es, zwischen dem leitenden Organ und den unteren Zellen die engste und unmittelbarste Verbindung herzustellen und gestattet es zugleich, ein zahlenmäßig begrenztes, bewegliches und höchst konspiratives Exekutivorgan zu schaffen, das berechtigt ist, jederzeit im Namen der ganzen Organisation aufzutreten. Die Beratung empfiehlt diesen Typ, angepaßt an die örtlichen Bedingungen und Lebensverhältnisse, auch für die anderen Zentren der Arbeiterbewegung.

5. Um eine enge Verbindung zwischen den Lokalorganisationen und dem ZK herzustellen und um die Parteiarbeit anzuleiten und zu vereinigen, erachtet es die Beratung für dringend erforderlich, in den Hauptbezirken der Arbeiterbewegung regionale Zentren zu schaffen.

6. Als eine der wichtigsten praktischen Aufgaben zur Herstellung einer ständigen lebendigen Verbindung zwischen dem ZK und den lokalen sozialdemokratischen Gruppen sowie zur Schaffung elastischer Formen der Anleitung der örtlichen Arbeit in den großen Zentren der Arbeiterbewegung wird empfohlen, das System der Vertrauensleute einzuführen. Die Vertrauensleute sollen sich aus den örtlichen Arbeiterführern rekrutieren. Nur die fortgeschrittenen Arbeiter können mit ihren eigenen Kräften den zentralen Apparat der Partei in den einzelnen Orten wie auch in ganz Rußland festigen und stärken.

7. Die Beratung spricht den Wunsch aus, daß das ZK möglichst oft Beratungen mit den örtlichen Parteifunktionären organisiert, die auf den verschiedenen Gebieten der sozialdemokratischen Arbeit tätig sind.

8. Die Beratung erinnert an die wiederholten Beschlüsse der Partei, die darauf hinweisen daß eine Arbeiterpartei nur durch regelmäßige Mit-

gliedsbeiträge und Sammlungen der Arbeiter existieren kann. Ohne solche Sammlungen ist besonders unter den gegenwärtigen Bedingungen die Existenz auch nur der bescheidensten zentralen (örtlichen und gesamtrussischen) Parteiinstitution absolut unmöglich.

9. (Wird nicht veröffentlicht.)

Die sozialdemokratische Dumafraktion

1. Die Beratung stellt fest, daß die SDAPR trotz der unerhörten Verfolgungen und der Verfälschung der Wahlen seitens der Regierung und trotz des vielerorts ganz klar hervorgetretenen Blocks der Schwarzhunderter und Liberalen gegen die Sozialdemokraten bei den Wahlen zur IV. Duma große Siege errungen hat. Fast überall ist in der zweiten städtischen Kurie, die die Sozialdemokratie immer mehr den Händen der Liberalen entreißt, die Zahl der für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen angestiegen. Und in der Arbeiterkurie, der wichtigsten für unsere Partei, hat die SDAPR die ungeteilte Herrschaft behalten, wobei die Arbeiterklasse durch die Wahl aller bolschewistischen Abgeordneten der Kurie ihre unerschütterliche Treue zur alten SDAPR und ihrem revolutionären Vermächtnis besonders einmütig unterstrich.

2. Die Beratung begrüßt die energische Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten der IV. Duma, die in einer Reihe von Reden in der Duma, in der Einbringung von Anfragen und in der Verlesung einer Deklaration, die im ganzen die wichtigsten Grundsätze der Sozialdemokratie richtig wiedergab, zum Ausdruck gekommen ist.

3. Die Beratung erkennt die in unserer Partei entstandene Tradition, wonach die sozialdemokratische Dumafraktion ein der Partei als Ganzes in Gestalt ihrer zentralen Körperschaften untergeordnetes Organ ist, als einzig richtig an und ist der Ansicht, daß die Partei im Interesse der politischen Erziehung der Arbeiterklasse und der richtigen Durchführung der Dumaarbeit jeden Schritt der sozialdemokratischen Fraktion aufmerksam verfolgen und so die Kontrolle der Partei über die Fraktion ausüben muß.

4. Die Beratung kann nicht umhin, in der Resolution über Jagiello eine direkte Verletzung der Parteipflicht seitens der sozialdemokratischen Frak-

tion zu sehen. Diese Resolution unterstützt den der Spaltung dienenden Schritt des „Bund", der mit einer nichtsozialdemokratischen Partei (PPS) einen Pakt gegen die polnischen Sozialdemokraten einging und den Nichtsozialdemokraten Jagiello gegen alle sozialdemokratischen Wahlmänner nominierte, die im Kollegium der Arbeiterwahlmänner die Mehrheit bildeten. Die Fraktion vertiefte somit die Spaltung zwischen den Arbeitern in Polen und behinderte die Sache der Einheit in der ganzen Partei.

5. Die Tatsache, daß Genosse Tschchenkeli im Namen der Fraktion die national-kulturelle Autonomie unter dem Vorwand verteidigt, daß „die notwendigen Einrichtungen für die freie Entwicklung jeder Nationalität geschaffen werden müssen", ist schon an sich eine direkte Verletzung des Parteiprogramms.[112] Eine in ihrem Wesen völlig gleichartige Formulierung war durch eine spezielle Abstimmung auf dem II. Parteitag, der das Parteiprogramm bestätigte, abgelehnt worden.[113] Ein Zugeständnis an nationalistische Stimmungen ist selbst in dieser getarnten Form für eine proletarische Partei unzulässig.

6. Daß die sozialdemokratische Fraktion für den progressistischen (in Wirklichkeit aber oktobristischen) Antrag zur Regierungserklärung gestimmt und keinen selbständigen sozialdemokratischen Antrag eingebracht hat, ist ein Versäumnis, auf das die Partei angesichts der bösartigen Kommentare der liberalen Presse hinweisen muß.[114]

7., 8. und 9. (Werden nicht veröffentlicht.)[115]

Über die illegale Literatur

Nachdem die Beratung die Notwendigkeit einer allseitigen Entwicklung der illegalen Publikationstätigkeit erörtert und zu dieser Frage eine Reihe konkreter Anweisungen ausgearbeitet hat, ruft sie nachdrücklich alle örtlichen Parteiorganisationen, alle Arbeiterzellen und die einzelnen Arbeiter auf, hinsichtlich des Transports und der Verbindungen mit dem Büro des ZK größere Selbständigkeit und Initiative zur Verbreitung der illegalen Literatur zu entwickeln.

Über die Versicherungskampagne

Die Beratung stellt fest, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei, trotz aller Verfolgungen, bei der Vertretung der proletarischen Interessen im Zusammenhang mit der Einführung des Versicherungsgesetzes eine große Energie entwickelt haben und ist der Ansicht:

1. Die Versuche der Regierung und der Kapitalisten, die Arbeiter zu veranlassen, aufs Geratewohl, ohne Arbeiterversammlungen durchführen zu dürfen, ihre Bevollmächtigten für die Krankenkassen zu wählen, müssen aufs entschiedenste und in aller Einmütigkeit bekämpft werden.

2. Die Arbeiter müssen überall anstreben, auf eigene Faust Versammlungen zu organisieren, um die von ihnen gewünschten Kandidaten vorher zu bestimmen.

3. Die Arbeiter müssen gegen die Gewaltmaßnahmen und die Schikanen, von denen die Einführung der Versicherungsgesetze begleitet ist, revolutionäre Protestkundgebungen organisieren.

4. Auf jeden Fall muß im voraus eine Liste von Arbeiterkandidaten für die Funktion der Bevollmächtigten aufgestellt werden; in diese Liste müssen die einflußreichsten sozialdemokratischen Arbeiter aufgenommen werden, und sie muß auch dort, wo es nicht gelingt, Versammlungen zu organisieren, einmütig vertreten werden.

5. Einen Boykott der Bevollmächtigtenwahlen hält die Beratung für unzweckmäßig und schädlich. Die Hauptanstrengungen der Kapitalisten sind gegenwärtig darauf gerichtet, zu verhindern, daß sich die Arbeiter gewisser bestimmter proletarischer Betriebszellen bemächtigen, zu denen die Krankenkassen der Arbeiter werden müssen. Ein Boykott, der im jetzigen Augenblick die Arbeiter spaltet, würde diesem Bestreben der Kapitalisten nur entgegenkommen.

6. Der Kampf um die ordnungsgemäße Wahl der Krankenkassendelegierten darf keinen Augenblick ruhen. Es gilt, den Kampf der Arbeiter mit allen Mitteln, mit allen Kräften, unter Ausnutzung jeder sich bietenden Gelegenheit, ohne die Unternehmer auch nur für einen Augenblick in dem Glauben zu lassen, daß der normale Ablauf der Produktion gesichert sei, auszuweiten und zu entwickeln; zugleich aber darf man trotz aller Hindernisse nicht auf die Durchsetzung der sozialdemokratischen Liste verzichten. Die Wahlen schließen nicht die weitere Entwicklung des Kampfes

aus. Im Gegenteil – durch die Wahl prinzipienfester sozialdemokratischer Arbeiter zu Delegierten erleichtern wir den weiteren Kampf um ordnungsgemäße Wahlen, in dem die Delegierten den Arbeitern in jeder Weise helfen werden.

7. Überall, wo die Wahlen ohne Versammlungen durchgeführt werden, muß mit allen den Arbeitern zur Verfügung stehenden Mitteln für die Neuwahl der Bevollmächtigten auf der Grundlage wirklich freier Wahlen bei Abhaltung von Versammlungen agitiert werden.

8. Die sozialdemokratische Dumafraktion muß sofort eine neue Anfrage einbringen, warum den Arbeitern die Abhaltung von Wahlversammlungen verweigert wird.

9. Die gesamte Agitation anläßlich der Einführung der Versicherung muß in engem Zusammenhang mit der Beleuchtung der ganzen Lage der Dinge im zaristischen Rußland, bei gleichzeitiger Erläuterung unserer sozialistischen Prinzipien und revolutionären Forderungen betrieben werden.

Über das Verhältnis zum Liquidatorentum und über die Einheit

1. Der vier Jahre währende Kampf der Partei gegen das Liquidatorentum hat gezeigt, wie unbedingt richtig die Definition war, die die Parteikonferenz der SDAPR im Dezember 1908 mit den Worten gegeben hat:

„... der Versuch eines gewissen Teils der Parteiintellektuellen, die bestehende Organisation der SDAPR zu liquidieren und sie durch eine formlose Vereinigung im Rahmen einer Legalität um jeden Preis zu ersetzen, selbst um den Preis einer offenkundigen Absage an das Programm, die Taktik und die Traditionen der Partei."

Die Liquidatoren werden also durchaus nicht verurteilt, weil sie sich für die Notwendigkeit der legalen Arbeit einsetzen, sondern weil sie sich von der illegalen Partei lossagen und sie zerstören.

Die Herausgabe der ersten marxistischen Arbeitertageszeitung in Rußland und die Wahl aller bolschewistischen Abgeordneten in der Arbeiterkurie haben endgültig bewiesen, daß die Partei es verstanden hat, die Liquidatoren zurückzudrängen und zugleich die legale Tätigkeit zu meistern.

2. Durch ihr Ausscheiden aus der illegalen Partei und ihre Gruppierung außerhalb der örtlichen Organisationen führten die Liquidatoren eine Spaltung herbei, die sie organisatorisch untermauerten, indem sie an verschiedenen Orten, insbesondere in Petersburg, sogenannte Initiativgruppen bildeten. Die Januarkonferenz der SDAPR von 1912, die feststellte, daß die Liquidatorengruppe der Publizisten von der „Nascha Sarja" und vom „Delo Shisni" als Kern der Initiativgruppen „sich endgültig außerhalb der Partei gestellt hat"*, bestätigte damit nur die von den Liquidatoren vollzogene Spaltung.

3. Die Augustkonferenz von 1912, die sich „Konferenz der Organisationen der SDAPR" nannte, erwies sich in Wirklichkeit als Liquidatorenkonferenz, da ihren größten und führenden Teil die von der Partei abgespaltene und von den russischen Arbeitermassen losgelöste Publizistengruppe der Liquidatoren bildete.

4. Die Treue der überwiegenden Mehrheit der fortgeschrittensten Arbeiter zur illegalen Partei zwang die Augustkonferenz, scheinbare Zugeständnisse an das Parteiprinzip zu machen und die illegale Partei angeblich anzuerkennen. In Wirklichkeit sind alle Resolutionen dieser Konferenz durch und durch vom Liquidatorentum geprägt, und die „Nascha Sarja" und der „Lutsch", der erklärte, daß er sich den Augustbeschlüssen anschließe, führten sofort nach der Konferenz die liquidatorische Propaganda noch stärker fort

a) für eine legale Partei;
b) gegen die Illegalität;
c) gegen das Parteiprogramm (Verteidigung der national-kulturellen Autonomie, Revision der Agrargesetze der III. Duma, Zurückstellung der Losung „Republik" usw.);
d) gegen die revolutionären Massenstreiks;
e) für eine reformistische, ausschließlich legalistische Taktik.

Daher sind der entschiedene Kampf gegen die Gruppe der Liquidatoren von der „Nascha Sarja" und vom „Lutsch" und die Aufklärung der Arbeitermassen über die große Schädlichkeit der Propaganda dieser Gruppe nach wie vor eine der Aufgaben der Partei.

5. Die von den Liquidatoren in der legalen Presse entfaltete Kampagne für die „Einheit" umgeht und verschleiert die Hauptfrage, die Frage

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 473. *Die Red.*

der Zugehörigkeit zur illegalen Partei und der Arbeit in ihr, und verwirrt somit die Arbeiter, denn in der legalen Presse kann man diese Frage nicht einmal stellen. In Wirklichkeit führen sich die Liquidatoren weiterhin wie Spalter auf, was besonders anschaulich die Wahlen in Petersburg gezeigt haben: als die Wahlmänner in zwei gleiche Gruppen zerfielen, lehnten eben die Liquidatoren den Vorschlag ab, durch Auslosung zu entscheiden, obwohl nur so die Spaltung der Arbeiter angesichts der bürgerlichen Parteien überwunden werden konnte.

6. Unter Voraussetzung der Anerkennung der illegalen Organisation der SDAPR und der Zugehörigkeit zu dieser Organisation ist die Einheit der sozialdemokratischen Arbeiter aller Strömungen und Schattierungen eine unbedingte Notwendigkeit und wird gebieterisch von allen Interessen der Arbeiterbewegung diktiert.

Eine Vereinigung eben auf dieser Grundlage ist bereits in der Narwaer Stadtbezirksorganisation in Petersburg und in einer Reihe von Provinzorganisationen vollzogen worden.

7. Die Beratung unterstützt eine solche Vereinigung aufs energischste und empfiehlt, überall unverzüglich mit eben dieser Vereinigung von unten, von den Betriebskomitees, den Bezirksgruppen usw. her zu beginnen, wobei die Genossen in der Praxis überprüfen müssen, ob die Bedingung der Anerkennung der illegalen Organisation eingehalten wird und die Bereitschaft vorhanden ist, den revolutionären Massenkampf und die revolutionäre Taktik zu unterstützen. Nur in dem Maße, wie diese Einheit von unten her tatsächlich geschaffen wird, wird sich der endgültige Zusammenschluß der Partei und die völlige Stabilisierung der Einheit im gesamtrussischen Maßstab vollziehen.

Über die „nationalen" sozialdemokratischen Organisationen

1. Die Erfahrungen des Jahres 1912 haben vollauf die Richtigkeit des Beschlusses der Januarkonferenz der SDAPR (1912) zu dieser Frage bestätigt.* Die Unterstützung der Kandidatur des Nichtsozialdemokraten Jagiello gegen die polnischen Sozialdemokraten durch den „Bund" und die Verletzung des Parteiprogramms im nationalistischen Sinne durch die

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 455/456. *Die Red.*

Augustkonferenz (1912) der Liquidatoren, des „Bund" und der lettischen Sozialdemokraten zeigten besonders augenfällig den völligen Bankrott der föderalistischen Prinzipien im Aufbau der sozialdemokratischen Partei und den schweren Schaden, den die Isoliertheit der „nationalen" sozialdemokratischen Organisationen der Sache des Proletariats zufügt.

2. Die Beratung richtet daher an die Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands den nachdrücklichen Appell, dem aggressiven Nationalismus der Reaktion entschiedensten Widerstand zu leisten, alle und jegliche Erscheinungen des Nationalismus unter den werktätigen Massen zu bekämpfen, und fordert die sozialdemokratischen Arbeiter in den einzelnen Orten auf, sich aufs engste zu einheitlichen Organisationen der SDAPR zusammenzuschließen und zu vereinen, die sich in ihrer Arbeit jeder der Sprachen des örtlichen Proletariats bedienen und in der Praxis, wie das im Kaukasus seit langem der Fall ist, die Einheit von unten her verwirklichen.

3. Die Beratung gibt ihrem tiefen Bedauern über die Spaltung in den Reihen der Polnischen Sozialdemokratie Ausdruck, die den Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter Polens außerordentlich schwächt. Die Beratung sieht sich zu der Feststellung gezwungen, daß der Hauptvorstand der Polnischen Sozialdemokratie, der gegenwärtig nicht die Mehrheit der polnischen sozialdemokratischen Organisationen des polnischen Proletariats vertritt, sich im Kampf gegen diese Mehrheit unzulässiger M ttel bedient (z. B. die unmotivierte Verdächtigung der gesamten Warschauer Organisation, sie hätte eine Provokation beabsichtigt). Die Beratung appelliert an alle Parteiorganisationen, die mit den polnischen sozialdemokratischen Arbeitern in Berührung kommen, zur Herstellung einer wirklichen Einheit der Polnischen Sozialdemokratie beizutragen.

4. Die Beratung verweist insbesondere auf den extremen Opportunismus und das Liquidatorentum in den Beschlüssen der letzten (der IX.) Konferenz des „Bund", die die Losung der Republik gestrichen, die illegale Arbeit in den Hintergrund gedrängt und gezeigt hat, daß sie die revolutionären Aufgaben des Proletariats vergessen hat. Ebenso muß der Widerstand des „Bund" gegen eine Vereinigung aller sozialdemokratischen Arbeiter in den einzelnen Orten (in Warschau, Lodz, Wilna usw.) verurteilt werden – eine Vereinigung, für die sich seit 1906 die SDAPR in Gestalt ihrer Parteitage und Konferenzen immer wieder eingesetzt hat.

5. Die Beratung grüßt die revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter der lettischen Organisation, die eine energische Propaganda in antiliquidatorischem Geiste betreiben, und drückt ihr Bedauern darüber aus, daß das ZK der lettischen Sozialdemokratie dazu neigt, die parteifeindlichen Schritte der Liquidatoren zu unterstützen.

6. Die Beratung gibt der festen Überzeugung Ausdruck, daß der begonnene revolutionäre Aufschwung, die wirtschaftlichen und politischen Massenstreiks, die Straßendemonstrationen und die anderen Formen des offenen revolutionären Kampfes der Massen zur völligen Vereinigung und Verschmelzung der sozialdemokratischen Arbeiter in den einzelnen Orten, ohne Unterschied der Nationalität, beitragen und damit den Druck gegen den alle Völker Rußlands knechtenden Zarismus und gegen die sich vereinigende Bourgeoisie aller Nationen Rußlands verstärken werden.

DIE ENGLISCHE ARBEITERBEWEGUNG IM JAHRE 1912

Das hervorstechendste Ereignis des vergangenen Jahres war der Streik der Bergarbeiter. Zeigte schon der Streik der Eisenbahnarbeiter im Jahre 1911 den „neuen Geist" der britischen Arbeiter, so stellte der Streik der Bergarbeiter wirklich den Beginn einer neuen Etappe dar.

Wie sehr auch die herrschenden Klassen zum „Krieg" gerüstet hatten, wie eifrig die Bourgeoisie auch bemüht war, den Widerstand der aufsässigen Sklaven des Kapitals zu brechen, der Streik gelang dennoch. Die Bergarbeiter waren mustergültig organisiert. Von Streikbrechern gab es keine Spur. Von einer Kohleförderung mit Hilfe von Soldaten oder unerfahrenen Hilfsarbeitern konnte keine Rede sein. Und nach sechswöchigem Kampf sah Englands bürgerliche Regierung, daß das ganze industrielle Leben des Landes zum Stillstand kommt, daß wahr werden die Worte des Arbeiterliedes: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will . . ."[116]

Die Regierung ließ sich zu Zugeständnissen herbei.

„Der Premierminister des mächtigsten Weltreichs, das jemals existiert hat, erschien in einer Delegiertenversammlung der streikenden Sklaven der Kohlenbarone und beschwor sie, einen Kompromiß zu schließen." So stellt ein informierter Marxist das Ergebnis des Kampfes dar.

Die englische Regierung, die die Arbeiter gewöhnlich jahrelang mit ihren Reformversprechungen „abspeist", hatte es jetzt wirklich eilig. In *fünf Tagen* wurde im Parlament ein neues Gesetz durchgebracht! Dieses Gesetz führt den *Minimal*arbeitslohn ein, d. h., es setzt Richtlinien fest für die Bestimmung der Höhe, *unter* die der Lohn nicht sinken darf.

Wie alle bürgerlichen Reformen ist zwar auch dieses Gesetz eine er-

bärmliche halbe Maßnahme und zum Teil einfach ein Betrug an den Arbeitern, denn bei der Festsetzung des Mindestlohnes setzen die Unternehmer nichtsdestoweniger ihre Lohnsklaven unter Druck. Aber trotzdem bestätigen alle, die die englische Arbeiterbewegung kennen, daß das englische Proletariat nach dem Streik der Bergarbeiter *nicht mehr das alte* ist. Die Arbeiter haben gelernt zu kämpfen. Sie haben den *Weg* erkannt, der sie zum Siege führt. Sie haben die eigene Kraft verspürt. Sie sind nicht mehr jene folgsamen Schafe, die sie so lange zum Wohlgefallen all derer zu sein schienen, die die Lohnsklaverei verteidigen und loben.

Im Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte in England hat es eine Verschiebung gegeben, die nicht in Ziffern auszudrücken ist, die aber alle empfinden.

Leider ist in Parteiangelegenheiten der Fortschritt in England nicht groß. Die Spaltung zwischen der „Britischen Sozialistischen Partei" (vormals Sozialdemokratische Föderation) und der „Unabhängigen" (vom Sozialismus) „Arbeiterpartei" besteht weiter. Die opportunistische Haltung der Parlamentsmitglieder dieser zweiten Partei löst bei den Arbeitern, wie immer, *syndikalistische* Tendenzen aus. Zum Glück sind sie nicht stark.

Die Gewerkschaften Englands schwenken langsam, aber unaufhaltsam zum Sozialismus ein – entgegen vielen proletarischen Parlamentsmitgliedern, die hartnäckig die alte liberale Arbeiterpolitik vertreten. Aber diese letzten Mohikaner werden das Alte nicht am Leben erhalten können!

„Prawda" Nr. 1,
1. Januar 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

BESSER SPÄT ALS NIE

Das zu widerlegen, was L. Martow im „Lutsch" (Nr. 37 vom 28. Oktober 1912) geschrieben hat, finde ich erst sehr spät Gelegenheit. Was aber tun? Die Unwahrheit zu sagen ist leicht. Aber um die Wahrheit *herauszufinden*, braucht man manchmal viel Zeit.

L. Martow ließ über mich in Nr. 37 des „Lutsch" die kräftigsten Schimpfwörter mit den bei diesem Autor gewöhnlichen „dunklen" Anspielungen vom Stapel. In zehn Jahren an diese Kampfmethoden L. Martows gewöhnt, las ich seinen Artikel nicht einmal zu Ende. Aber Kollegen wiesen mich darauf hin, daß L. Martow dem Genossen Haase, einem Mitglied des deutschen sozialdemokratischen Parteivorstands, die Worte zuschreibt, Lenin würde die Internationale „irreführen".

Um die Wahrheit herauszufinden, mußte die *Quelle* der Worte Martows gesucht werden. Er berief sich auf irgendeine „Bergarbeiterzeitung" Nr. 225. Diese fand ich nicht. Im „Vorwärts" (dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands) stehen solche Worte nicht. Ich fand sie lediglich in der „Bremer Bürger-Zeitung" (dem sozialdemokratischen Organ von Bremen).

Man mußte Haase selbst fragen, wollte man nicht den Leichtsinn L. Martows nachahmen.

Es wurde eine schriftliche Anfrage an den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokraten gerichtet.

Hier die Antwort Haases*:

Vorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin, den 31. Dezember 1912

Werte Genossen! In Beantwortung Ihres Schreibens teile ich Ihnen mit, daß die Darstellung, die, nach Ihren Worten, der „Lutsch" über mein Auftreten im

* Rückübersetzung aus dem Russischen. *Der Übers.*

Internationalen Sozialistischen Büro gegeben hat, nicht der Wahrheit entspricht. In der Sitzung wurde die Frage erörtert, ob das Organisationskomitee auf Vertretung im Internationalen Sozialistischen Büro Anspruch erheben könne. Ich erklärte, das sei unzulässig, denn das Organisationskomitee ist, sogar nach seiner eigenen Erklärung, nicht eine Organisation, sondern will nur ein Verband von Gruppen zwecks Wiederherstellung der Einheit der Organisation sein. In diesem Zusammenhang warf ich die Frage auf, wer denn eigentlich das Recht habe, die russische Partei bei ihrem jetzigen Zustand zu vertreten, und bemerkte, wenn die Behauptung richtig sei, daß das Zentralkomitee in seinem Verkehr mit dem Internationalen Büro als „SDAPR" auftritt, könne diese Bezeichnung Mißverständnisse hervorrufen.

Hier war also keine Rede von einem Angriff auf Lenin, und überhaupt trug die Bemerkung keineswegs herabsetzenden Charakter. Ich wollte lediglich die Sachlage in Verbindung mit der obenerwähnten Behauptung klären und vor allem die Frage aufwerfen, ob nicht die Zeit gekommen sei, Schritte zur Vereinigung aller russisch-polnischen Gruppen zu unternehmen. Ich bedauerte sehr, daß Lenin nicht anwesend war.

Nur der Vollständigkeit halber erwähne ich, daß das Wort „Irreführung" nicht aus meinem Munde kam.

Mit Parteigruß *Haase*

Um also zum tausendsten Male Schimpfwörter über mich vom Stapel zu lassen, wiederholte L. Martow (irgend jemandem folgend) eine *Unwahrheit* über Haase.

Haase war *gegen* das Vertretungsrecht für das OK, er *bestritt nicht* das Vertretungsrecht des ZK.

Haase hält das ZK nicht für den Vertreter der *gesamten* SDAPR, einschließlich der „Nationalen" und der Liquidatoren, aber auch das ZK selbst hat, soweit mir bekannt, *niemals* Anspruch darauf erhoben, die einen oder die anderen zu vertreten.

Die „Nationalen" (die Polen, der „Bund", die Letten) haben ihre besonderen Vertreter.

Ich beschränke mich auf diese Widerlegung an Hand der Tatsachen ...

19. Januar (n. St.) 1913 *N. Lenin*

„Prawda" Nr. 8,
11. Januar 1913.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE ENTWICKLUNG DES REVOLUTIONÄREN STREIKS UND DER STRASSENDEMONSTRATIONEN

Es wurde schon seit langem darauf hingewiesen und ist allgemein anerkannt, daß das Jahr 1912 in der Entwicklung des Streikkampfes eine hervorragende Stellung einnimmt. Aber nicht alle haben diese Erscheinung verstanden und richtig bewertet.

Nehmen wir die Angaben über die politischen Streiks in den ersten 11 Monaten des Jahres. Es ergibt sich folgendes:

im Jahre 1905		1 052 000
„ „ 1906		642 000
„ „ 1907		540 000
im Jahre 1912	etwa	*900 000*

Die Zahl der an den politischen Streiks Beteiligten wurde für die ersten 9 Monate nach vorsichtigsten Berechnungen auf 700 000 geschätzt. Die Streiks anläßlich der Bevollmächtigtenbestimmungen in Petersburg erfaßten etwa 50 000 Arbeiter, der Proteststreik gegen die Sewastopoler Hinrichtungen und der Streik vom 15. November, dem Eröffnungstag der Duma, erfaßten nach Angaben des Moskauer *Unternehmerverbandes* 188 000 Arbeiter. Das sind die Daten bis zum 20. November. Es ist klar, daß 900 000 eine Mindestzahl ist. Selbst unter Abrechnung von 100 000 Streikenden, bei denen ein Vergleich mit der Zeit von 1905–1907 kaum möglich ist (Betriebe *außerhalb* der Kompetenz der Fabrikinspektion), kommen 800 000 heraus.

Auf jeden Fall ist die Bewegung unbedingt stärker als 1906 und 1907 und bleibt *nur wenig* hinter 1905 *zurück!*

Was bedeutet das?

Natürlich ist im gegenwärtigen Zeitpunkt die Beteiligung der Gesamt-

bevölkerung an der Bewegung weit schwächer als 1905. Folglich liegt der *Ausgangspunkt* des revolutionären Aufschwungs jetzt *unvergleichlich höher*, als es vor der ersten Revolution der Fall war. Folglich offenbart die kommende zweite Revolution schon jetzt einen *viel größeren* Vorrat an revolutionärer Energie im Proletariat. Das Proletariat ist zahlenmäßig gewachsen, um mindestens 20 Prozent. Die Konzentration des Proletariats ist gestiegen. Die rein proletarische Hauptstütze der Bewegung ist durch die beschleunigte Befreiung von der Bindung an den Boden stärker geworden. Die Masse der proletarischen und halbproletarischen Bevölkerung in der „Kustar"industrie, im Handwerk und in der Landwirtschaft ist in gewaltigem, nicht zu kontrollierendem Maße gewachsen.

Schließlich sind das Bewußtsein, die Erfahrung und die Entschlossenheit der führenden demokratischen Klasse größer geworden. Darin stimmen alle überein, aber nicht alle bringen es fertig, zu Ende zu denken, was sich hieraus ergibt. Nicht alle bringen es fertig, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen und zuzugeben, daß wir es mit *revolutionären* Massenstreiks, mit dem Beginn des *revolutionären* Aufschwungs zu tun haben.

Darauf weist vor allem die wichtigste und objektivste Tatsache hin, eine Tatsache, die am wenigsten subjektive Auslegungen zuläßt: das Ausmaß der Bewegung. In keinem Land der Welt könnte man – außer beim Vorhandensein einer revolutionären gesellschaftlichen Situation – Hunderttausende von Arbeitern mehrmals im Jahr aus den verschiedensten Anlässen zu politischen Aktionen mobilisieren. Bei uns aber vollzieht sich eine solche Erhebung spontan, und zwar deshalb, weil die Millionen und aber Millionen der halbproletarischen und bäuerlichen Bevölkerung auf ihren Vortrupp eine Stimmung konzentrierter Empörung, wenn man sich so ausdrücken darf, übertragen, die machtvoll anschwillt und über die Ufer tritt.

Der revolutionäre Streik der russischen Arbeiter im Jahre 1912 ist im vollen Sinne des Wortes eine Volksbewegung. Denn unter einer Volksbewegung ist keineswegs eine Bewegung zu verstehen, mit der – unter den Bedingungen der bürgerlich-demokratischen Revolution – die gesamte Bourgeoisie oder wenigstens die liberale Bourgeoisie solidarisch ist. So sehen es nur die Opportunisten an. Nein. Eine Volksbewegung ist eine Bewegung, die die objektiven Nöte des ganzen Landes zum Ausdruck bringt und ihre schweren Schläge gegen die zentralen Kräfte des Feindes richtet, der die Entwicklung des Landes behindert. Eine Volksbewegung

ist eine Bewegung, die von der Sympathie der großen Mehrheit der Bevölkerung getragen ist.

Eben solch eine Bewegung ist die politische Bewegung der Arbeiterschaft in diesem Jahr, die von der Sympathie aller Werktätigen und Ausgebeuteten, der ganzen Demokratie, so schwach und unterdrückt, zersplittert und hilflos sie auch immer sein mag, unterstützt wird. Die präzisere Abgrenzung zwischen Liberalismus und Demokratie (die nicht ohne Kampf gegen diejenigen erreicht wurde, die davon träumten, „die Duma den Händen der Reaktion zu entreißen") ist ein gewaltiges Plus der neuen Bewegung. Um Erfolg zu haben, muß eine Revolution möglichst genau wissen, mit wem man in den Kampf ziehen kann, wer ein unzuverlässiger Bundesgenosse ist und wo der wirkliche Feind steht.

Daher haben die direkten Aktionen der Liberalen (der Kadetten) gegen die neue Revolution so große Bedeutung. Daher ist gerade jetzt die Losung der Republik in Rußland (im Vergleich zu Europa) so außerordentlich wichtig; sie läutert das Bewußtsein der kampfbereiten Demokratie von den monarchistischen (und „konstitutionellen") Illusionen, die den Ansturm von 1905 so sehr beeinträchtigt haben. Im Wachstumsprozeß der neuen Revolution in Rußland sind zwei Momente von historischer Bedeutung: erstens die Streiks im April und Mai, bei denen die Petersburger Arbeiter – sogar trotz der Verhaftung ihres leitenden Organs, des Petersburger Komitees – die Losung der Republik, des Achtstundentags und der Konfiskation des Grund und Bodens aufstellten. Zweitens die Streiks und Demonstrationen im November (siehe die Briefe aus Riga und Moskau[117]; in Petersburg war es dasselbe, aber die Verhaftungen haben uns unsere Korrespondenten genommen). Die Losung dieser Demonstrationen war nicht nur „Fort mit der Todesstrafe! Nieder mit dem Krieg!", sondern auch „Es lebe die revolutionäre Arbeiterklasse und die revolutionäre Armee!".

Auf den Straßen von Petersburg, Riga und Moskau hat das Proletariat den Besten des Bauernheeres, die sich heldenhaft gegen die Monarchie erhoben, die Hand entgegengestreckt.

*

Die liberale Bourgeoisie ist gegen eine neue Revolution, gegen den revolutionären Massenstreik. Aber die Liberalen sind keinesfalls über-

haupt gegen politische Streiks, wenn sie lediglich von einer „Belebung" zeugen und allein die liberale Losung konstitutioneller Reformen unterstützen. Und objektiv, unabhängig von ihren „frommen" Wünschen, sind unsere Liquidatoren, die die beiden historischen Momente des Aufschwungs als „Manifestationen" – gegen die revolutionären Streiks bezeichneten (!!), einfache Lakaien der konterrevolutionären Bourgeoisie. In Nr. 1 des „Newski Golos" vom 20. Mai 1912 wandte sich der unvergeßliche und unvergleichliche W. Jeshow gegen die „Komplizierung" der wirtschaftlichen Streiks durch politische und umgekehrt, gegen ihre „schädliche Vermischung" (vgl. „Sozial-Demokrat" Nr. 27, S. 4*).

Im November 1912 zog der liquidatorische „Lutsch" ebenfalls gegen die Streiks zu Felde. Unachtsame Leser versuchte er dann „auf die falsche Fährte" zu bringen, indem er sich darauf berief, daß die sozialdemokratische Fraktion ebenfalls gegen den Streik vom 15. November war. Wer aber ein wenig in den Sinn der Ereignisse eindringt, wird leicht die Fälschung des „Lutsch" erkennen.

Jawohl, die sozialdemokratische Fraktion wie auch das Petersburger Komitee hielten den Streik am 15. November für unzeitgemäß. Vor besagtem Streik am besagten Tage hatten sie gewarnt. Pflicht der Arbeiterpresse war es, dies bekanntzugeben. Sowohl der „Lutsch" als auch die „Prawda" haben das getan.

Aber der „Lutsch" hat nicht nur das getan.

Nach den Ereignissen vom 15. November (als derselbe Wiborger Stadtbezirk, der bisher am stärksten mit den Menschewiki verbunden war, beherzter als die anderen streikte), nachdem sich die Bewegung zu einer Demonstration ausgewachsen hatte, erhob der überschlaue „Lutsch" in seinen Artikeln (einem Leitartikel und nach dem Leitartikel vom 17. November in einem Feuilleton vom 21. November) ein Geschrei gegen die „gefährliche Kraftvergeudung", er versicherte, daß man „wegen der häufigen Anwendung der Streiks aufhören werde, mit ihnen zu sympathisieren", er gab die Losung aus „Suchen wir nach einem anderen Weg", „Mit Feuerwerksgeprassel (!?!) läßt sich nichts erreichen" und wetterte gegen die „Streikspielerei".

Diese eure „Philosophie", ihr Herren Liquidatoren, die den Petersburger Arbeitern schon längst aus dem „Newski Golos" und aus den Re-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 106/107. *Die Red.*

den der Mitglieder eurer „Initiativgruppe" bekannt ist, hat bewirkt, daß die Petersburger Arbeiter euch mit berechtigtem Haß und Verachtung begegnen. Ein einzelner Streik kann unpassend sein oder zu einem unpassenden Augenblick ausgelöst werden. Aber angesichts einer der größten Bewegungen der Welt, die fast eine Million Proletarier auf die Beine gebracht hat, von „Streikspielerei" reden, das können nur Liberale und Konterrevolutionäre!

Häufige Streiks können die Arbeiter entkräften. Es ist durchaus möglich, daß man dann zu kürzeren Streiks, zu besser vorbereiteten Demonstrationen aufrufen muß. Aber die Ereignisse vom 15. November sind doch gerade darum so bemerkenswert, weil sie einen neuen Fortschritt in der Demonstrationsbewegung bedeuten!

Anstatt ehrlich euren Fehler zu bekennen (denn ihr habt euch in bezug auf die Bedeutung des 15. November offensichtlich geirrt), habt ihr Liquidatoren in der Art unverfrorenster Liberaler angefangen, vom „politischen Analphabetentum" des revolutionären Aufrufs zu reden, ihr, die ihr die Anfangsgründe der liberalen Politik wiederkäut!

Mögen die Arbeiter darüber urteilen, was die schmeichlerischen Reden der Liquidatoren über ihre „Einheit" mit der Partei wert sind, wenn sie in einer Zeit, in der die revolutionären Streiks und Demonstrationen beginnen und sich entwickeln, den Kampf gegen sie aufnehmen, wenn sie in der legalen Presse auf die illegalen Aufrufe schimpfen!!

*

Es gibt übrigens einen tieferen Grund für den Feldzug der Liquidatoren gegen die Streiks. Die Liquidatoren sind Sklaven der Liberalen. Den Liberalen aber geht die Hartnäckigkeit der revolutionären Streiks tatsächlich wider den Strich. Der „progressistische" Fabrikant hat angefangen zu knurren, ja, er gerät sogar in Rage. Den Miljukow wurde es Angst um die Ungestörtheit ihres „Blocks" mit Rodsjanko.

Die Politik der Liquidatoren dient der Unterordnung der Arbeiter unter die Liberalen. Die marxistische Politik erhebt die Arbeiter zu Führern der *Bauernschaft*. Darüber kann man nicht legal sprechen, ihr Herren Liquidatoren, aber darüber nachdenken und davon sprechen muß, wer revolutionärer Sozialdemokrat sein will.

Im freien, konstitutionellen Europa dient der politische Streik bislang

(solange die *sozialistische* Revolution noch nicht begonnen hat) dem Kampf um einzelne Reformen. Im versklavten, asiatischen, zaristischen Rußland, das der nächsten *bürgerlich-demokratischen* Revolution entgegengeht, ist der politische Streik das einzige ernsthafte Mittel, die Bauernschaft und den besten Teil der bäuerlichen Armee in Bewegung zu bringen, aufzurütteln, in Aufruhr zu bringen und zum revolutionären Kampf zu mobilisieren! Zum Glück für Rußland ist die Zeit schon vorbei, da es außer heldenhaften Einzelgängern, Volkstümlern, niemanden gab, der „ins Volk ging". Es vergeht die Zeit, da auf sich gestellte Terroristen sagen konnten, sie würden das Volk durch den Terror „erwecken". Rußland ist schon aus diesen traurigen Zeiten heraus. Das revolutionäre Proletariat hat 1905 einen anderen „Weg ins Volk", ein anderes Mittel gefunden, die Massen in die Bewegung einzubeziehen.

Dieses Mittel ist der revolutionäre Streik, der beharrliche Streik, der von Ort zu Ort, von einem Ende des Landes aufs andere übergreift, der wiederholte Streik, der Streik, der die Zurückgebliebenen durch den Kampf um wirtschaftliche Verbesserungen zu neuem Leben emporhebt, der Streik, der jeden herausragenden Gewalt- und Willkürakt und jedes Verbrechen des Zarismus brandmarkt und geißelt, die Streikdemonstration, die in den Straßen der Hauptstadt das rote Banner entfaltet, die die revolutionären Reden und die revolutionären Losungen in die *Menge*, in die Volksmassen trägt.

Einen solchen Streik kann man nicht künstlich hervorrufen, aber man kann ihn auch nicht aufhalten, wenn er Hunderttausende erfaßt hat.

Mag der Liberale, dadurch gerührt, daß man ihn auf einen Sessel neben Rodsjanko „persönlich" gesetzt hat, den Arbeitern sagen: „Brüder! Nur keine revolutionären Ausbrüche, sucht einen anderen Weg, widmet euch der friedlichen Gewerkschaftsbewegung, bereitet euch ernsthaft auf eine legale europäische Partei vor, wiegelt nicht die Bauern auf, vergeudet nicht eure Energie auf Streiks, sonst werden ‚wir' aufhören, mit euch zu sympathisieren!"

Die Arbeiter werden solche Reden einzuschätzen und sie selbst im Gewand „beinahe marxistischer" Formulierungen eines beliebigen Skribenten vom „Lutsch" zu erkennen wissen.

Die Arbeiter werden ihr ganzes Augenmerk darauf richten, den spontan wachsenden revolutionären Streik zu unterstützen, zu verstärken, zu

entwickeln, ihn *bewußt* voranzutreiben, um die Bauern und die Truppen auf den Aufstand vorzubereiten. Wenn die Streiks die Arbeiter entkräften, muß man sie abwechselnd durchführen, indem man die einen ausruhen läßt und die, die sich erholt haben, oder „frische" Kräfte in den Kampf führt. Man muß kürzere Streiks organisieren. Manchmal muß man Streiks durch Demonstrationen ersetzen. Aber das wichtigste ist, daß die Streiks, die Kundgebungen, die Demonstrationen nicht abreißen, daß die ganze Bauernschaft und die ganze Armee von dem beharrlichen Kampf der Arbeiter erfahren, daß das Dorf, selbst das entlegenste, sieht, daß in den Städten Unruhe herrscht, daß sich *„ihre Leute"* erhoben haben, daß sie auf Leben und Tod kämpfen, daß sie für ein besseres Leben kämpfen, für höheren Lohn, für die Beendigung der Ausschreitungen und der Willkür der Behörden, für die Übergabe der Gutsbesitzerländereien an die Bauern, für den Sturz der Gutsherrenmonarchie des Zaren und für die Republik. Die dumpfe Erbitterung und das verhaltene Murren des Dorfes zusammen mit der Empörung der Kaserne müssen im revolutionären Streik der Arbeiter ein Anziehungszentrum finden. Daran muß unermüdlich gearbeitet werden, und wir werden den Tag erleben, an dem das Proletariat gemeinsam mit der Bauernschaft und den Truppen die Gutsbesitzer zu Boden wirft und die Zarenmonarchie durch den Volksaufstand stürzt.

PS. Der „Lutsch" macht Fortschritte: nach dem freimütigen W. A. (Nr. 56) der Diplomat Th. D.[118] (Nr. 65). Aber trotz aller „Diplomatie" ist der Sinn der Reden Th. D.s derselbe: *gegen* den revolutionären Streik! Wir haben es mit einem reinrassigen Liberalen zu tun, dem nicht einmal der *Gedanke kommt*, daß die Streiks die Bauern aufrütteln, sie zum Aufstand führen, die *revolutionäre* Agitation unter den Massen entwickeln und die Armee aufrütteln, daß man von den Streiks (insofern sie entkräften) zu Straßendemonstrationen usw. übergehen muß.

Die platten liberalen Phrasen Th. D.s vom „Kampf um das Organisationsrecht" als „nächste Aufgabe" – eine konstitutionelle Reform „auf der Tagesordnung" unter Treschtschenkow! – das ist die einzige Tarnung des Kampfes des „Lutsch" gegen die revolutionären Streiks. Das ist wenig, ihr Herren Liquidatoren!

„Sozial-Demokrat" Nr. 30, 12. (25.) Januar 1913.

Nach dem Text des „Sozial-Demokrat".

URSPRÜNGLICHES POSTSKRIPTUM ZU DEM ARTIKEL „DIE ENTWICKLUNG DES REVOLUTIONÄREN STREIKS UND DER STRASSENDEMONSTRATIONEN“[119]

Wir lenken die besondere Aufmerksamkeit der Sozialdemokraten auf die „Taktischen Notizen“ von Th. D. im „Lutsch“. Wie rasch hat sich der Anflug des zur Schau getragenen Versöhnlertums und der „Vereinigungs“phrasen im Geiste Trotzkis verflüchtigt! Wie deutlich zeigt sich die *reale* Richtung des „Lutsch“ – das nackte Liquidatorentum!

In dem legalen Organ bekämpft Th. D. systematisch nicht nur die revolutionären Massenstreiks (von einem Aufstand ganz zu schweigen), sondern auch jede revolutionäre Agitation unter den Massen. Im Grunde genommen geht Th. D. viel weiter als W. A. (im „Lutsch“ Nr. 56), wobei er seine nahe ideologische Verwandtschaft mit dem bundistischen „Streichen“ der Revolution verrät. Dahin also führt der liquidatorische Verzicht auf die direkte, klare, förmliche „Einschätzung der Lage“: in der Tat hält sich Th. D. gerade an die Larinsche Einschätzung, wenn er die *objektiven* Bedingungen leugnet, die von den Arbeitern die Organisation *für die Revolution*, für die Einbeziehung der Massen im allgemeinen und der Bauernschaft im besonderen in die *revolutionäre* Bewegung *verlangen*.

Auf die Artikel von Th. D. werden wir noch zurückkommen.

Geschrieben im Januar 1913, vor dem 12. (25.).
Zum erstenmal veröffentlicht. *Nach dem Manuskript.*

DIE SPALTUNG IN DER POLNISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Die gegenwärtige Spaltung in der Polnischen Sozialdemokratie ist die Frucht eines Konflikts, der schon einige Jahre herrührt. Schon auf dem VI. Parteitag im Jahre 1908 zeigte sich zwischen dem Hauptvorstand einerseits und den Organisationen von Warschau und des Bezirks Dombrowa anderseits ein so schroffer Gegensatz, daß der Parteitag den Antrag ablehnte, dem Hauptvorstand das Vertrauen auszusprechen. Der Konflikt war organisatorischer Natur, hatte aber große politische Bedeutung. Die Peripherie forderte, auf die politische Position der Partei einwirken zu können, erstrebte die breite Erörterung aller ihrer Schritte durch die Organisationen.

Der Hauptvorstand blieb dennoch in den Händen derselben Leute. Und seine Mehrheit mit dem nicht unbekannten Tyszka an der Spitze, änderte nicht ihre Taktik, wobei sie sich die Schwächung der Partei, die Verhaftungen und die Bedingungen der Konterrevolution zunutze machte. In der SDAPR wirtschaftete und intrigierte Tyszka im Namen der SDPuL, ohne nach deren Willen auch nur zu fragen. In der Politik der Partei begann eine Ära der Prinzipienlosigkeit und der Schwankungen, zum Beispiel in der Frage der Gewerkschaften, der Stellung zur PPS, der Taktik der PSD innerhalb der SDAPR. Die Genossen, die die Widersprüche in der Politik des Hauptvorstands aufdeckten und eine konsequente prinzipielle Linie forderten, brachte der Hauptvorstand zum Schweigen, wobei er eine Diskussion in der Presse nicht zuließ und, was noch schlimmer ist, *ständig* versprach, die Diskussion „in nächster Zeit" zu eröffnen und dann auch gleichzeitig die Proteste der Genossen gegen diese Taktik zu veröffentlichen. Die Gegner Tyszkas im Hauptvorstand selbst, alles alte, der ganzen Partei gut bekannte Funktionäre, wurden einer nach dem andern hinausgedrängt. Der eine erklärte eine Zusammenarbeit mit Tyszka für

unmöglich und verzichtete daher auf seine Wiederwahl schon auf dem VI. Parteitag, der andere wurde 1909 hinausgedrängt, der dritte verzichtete auf die Mitarbeit im Hauptvorstand im Jahre 1911.

Aber mit dem Aufschwung der Bewegung und der Belebung seit Anfang 1911 begann sich die Unzufriedenheit auch in den unteren Organisationen bemerkbar zu machen. An die Spitze der „Revolte" trat die Warschauer Organisation, die wichtigste und stärkste und, was die Hauptsache ist, die in revolutionärer Hinsicht standhafteste Organisation, die von 1905 bis heute den linken Flügel der Polnischen Sozialdemokratie einnimmt.

Der Hauptvorstand wurde natürlich unruhig und traf Vorbereitungen, um eine Opposition zu „unterbinden". Das Signal zur Attacke bildete die Konferenz der Warschauer Bezirke im Dezember 1911. Sie wagte es, für die bevorstehende *Partei*konferenz eine stärkere Vertretung des „Landes" zu fordern, d. h. also – welch frevelhafter Gedanke! – die Schwächung des Einflusses des Hauptvorstands auf der Konferenz. Aber das wäre noch wenig: eine solche Resolution hatte auch die Konferenz von Lodz angenommen. Die Warschauer Konferenz handelte frevelhafter: sie zeigte, daß sie das nicht von ungefähr forderte, sondern dabei einen *politischen Zweck* verfolgte. Sie nahm einige Tyszka nicht genehme politische Resolutionen an: sie brachte unter anderem ihre Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß der Hauptvorstand ihr keinen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit erstattet hatte, forderte, daß der Hauptvorstand die Partei über seine Tätigkeit innerhalb der SDAPR unterrichte, daß er seine „russische" Politik nicht vor den polnischen Arbeitern verheimliche, usw.

Ein offener Kampf brach aus. Tyszka ließ eine Reihe von „Zirkularen" und „Erklärungen" vom Stapel. Er „erklärte", daß 1. die Warschauer Organisation das Parteistatut mit Füßen trete und die Spaltung anstrebe, 2. daß ihre Resolutionen Zeugnis seien von Boykottismus, Otsowismus und Anarchismus, 3. daß sie keinerlei ideologische Meinungsverschiedenheiten mit dem Hauptvorstand habe, die Spaltung also jeglicher politischen Grundlage entbehre, 4. daß eine Warschauer Organisation nicht existiere, die Konferenz fiktiv gewesen sei, es also eine Spaltung weder gebe noch gegeben habe, 5. daß die Warschauer Organisation es nicht fertiggebracht habe, auch nur ein einziges Flugblatt selbständig herauszugeben, und die ganze publizistische Arbeit dem Hauptvorstand überlasse; daß sie sich

illegitim einen eigenen spalterischen technischen Apparat geschaffen habe und eigene Flugblätter herausgebe. Tyszka charakterisierte auch persönlich, mit familiären Details, ein paar Warschauer „intellektuelle Intriganten" und erklärte, daß sie die Spaltung bewirkt hätten, in der Organisation aber weder arbeiteten noch arbeiten.

Als Tyszka schließlich sah, daß die Warschauer Organisation nicht nachgibt, beschloß er, ... „heroische" Mittel ins Spiel zu bringen. Er beschloß, eine *fiktive* Konferenz einzuberufen und auf ihr die Opposition nicht zuzulassen – d. h. die große Mehrzahl der im Lande arbeitenden Genossen. Zu diesem Zweck erklärte Tyszka die stärkste, die Warschauer Organisation für ... „aufgelöst", und mit Hilfe von zwei, drei Agenten Tyszkas wurde eine gesonderte spalterische „Warschauer Organisation" gebildet.

Aber das Empörendste ist die „Motivierung", mit der Tyszka die Warschauer Organisation „aufgelöst" hat. Tyszka erklärte, diese ihm nicht willfährige Organisation sei nichts anderes als das Werkzeug einer Polizeiprovokation. Nicht eine, auch nicht die geringste, ernst zu nehmende Tatsache, die das bestätigen würde, hat Tyszka bisher anführen können. *Nicht einen einzigen Namen* auch nur *einer* verdächtigen Person hat er veröffentlicht. Mehr noch: um sich den Weg für einen Rückzug frei zu halten, schrieb Tyszka feige in einer Erklärung an das Internationale Büro, es sei sehr leicht möglich, daß sich in Warschau, *wie auch in jeder anderen*, unter den jetzigen Bedingungen arbeitenden Organisation, die Provokation eingenistet habe.

Aber Tyszka erachtete es für richtig, die Warschauer Organisation „aufzulösen" und sogar zu erklären, sie stehe außerhalb der SDAPR. Wie der Leser sieht, ist das schon kein Fraktionskampf mehr, sondern geradezu kriminell.

Begreiflich, daß der außer Rand und Band geratene Tyszka mit diesem Schritt eine noch zehnmal größere Empörung auslöste. Die von Tyszka selbst eingesetzte Kommission, die untersuchen sollte, ob es sich um eine Provokation handle, wandte sich gegen ihn. Tyszka antwortete mit dem Ausschluß dreier ihrer Mitglieder, langjähriger und allgemeines Vertrauen genießender Funktionäre der PSD, aus der Partei. 44 alte Funktionäre veröffentlichten einen flammenden Protest gegen die jeden Revolutionär beleidigenden Handlungen des „Hauptvorstands". Im Inland wie im Ausland fordert man überall, daß sich der „Hauptvorstand" verantworten

solle. Die Warschauer Organisation hat sich natürlich nicht Tyszka zuliebe aufgelöst, sondern setzt ihre unter den jetzigen Bedingungen so schwierige Arbeit fort. Die Wahlen in der Arbeiterkurie von Warschau wurden gerade von der „Opposition" glänzend durchgeführt. Die Wahlen brachten der Sozialdemokratie die absolute Mehrheit über alle übrigen Parteien. Von den 34 sozialdemokratischen Bevollmächtigten sind 31 Anhänger der Opposition, 2 Schwankende, und nur einer ist Tyszka-Anhänger. Dafür wurde in der Provinz, wo der Hauptvorstand und seine Anhänger „arbeiten", die Wahlkampagne *allenthalben* verloren.

Es ist zu hoffen, daß das kleinliche, unwürdige Gezänk, das Tyszka mit seiner Haltung ausgelöst hat, bald der Vergangenheit angehören wird und die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten klarer hervortreten werden. Konkreteren Ausdruck finden wird auch der Wunsch der polnischen sozialdemokratischen Arbeiter, engere organisatorische Verbindungen mit den russischen Genossen herzustellen. Tyszkas Haltung in der SDAPR hat dazu geführt, daß der Hauptvorstand sich vom Leben der Gesamtpartei völlig isoliert hat, daß er keinen einzigen Bundesgenossen in der SDAPR hat, wobei beide Seiten (die Liquidatoren wie die Antiliquidatoren) gleichermaßen die Achseln zucken über die sonderbare und prinzipienlose „Taktik" Tyszkas und seines „Hauptvorstands".

Die Polnische Sozialdemokratie macht eine schwere Zeit durch. Aber der Ausgang zeichnet sich bereits ab. Alle gesunden Elemente der PSD schließen sich zusammen. Und nicht mehr fern ist die Zeit, da die PSD eine Organisation von parteitreuen sozialdemokratischen Arbeitern sein wird, die ihre eigenen Prinzipien und ihre eigene Taktik haben, nicht aber ein Spielzeug in den Händen eines prinzipienlosen Intriganten.

Wir halten es für notwendig, die Mitteilung über die Spaltung in der PSD durch einige Meldungen über die weitere Geschichte der „Provokations"beschuldigung zu ergänzen. Darüber teilt man uns folgendes mit:

Rosa Luxemburg (Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros, Vertreterin der PSD) richtete an das ISB ein Schreiben, wonach das Warschauer Komitee aus Spaltern bestehe und sich *in den Händen der Ochrana* befinde, mit der Mitteilung, daß das nicht zu veröffentlichen sei!

Zugleich aber veröffentlichte Tyszka *selbst* diese Niedertracht in der polnischen sozialdemokratischen Literatur!!

Lenin, der vom Sekretär des ISB, Huysmans, eine Abschrift des Schreibens Tyszkas erhielt, schickte natürlich einen Brief an Huysmans, in dem er erklärte, daß dies ein „wortbrüchiger" Racheakt sei, daß Malecki und Hanecki, ehemalige Mitglieder des ZK, allen in der Partei bekannt seien, daß die von Tyszka selbst eingesetzte Untersuchungskommission *keine* Provokation festgestellt habe, daß es die schmutzigste und gemeinste Sache sei, von einer Provokation im Kreise politischer Gegner zu schreiben, ohne Namen zu nennen.*

Der Hauptvorstand antwortete mit bloßem Geschimpfe.

Es kam der Basler Kongreß. Die Delegation des Warschauer Komitees wurde *einstimmig* von *allen* Delegierten der SDAPR anerkannt, von den Liquidatoren, den Letten, den „Wperjod"-Leuten, den Bundisten und den Trotzkisten!

Die Wahlen in Warschau haben ergeben, daß *beide* Arbeiterwahlmänner sozialdemokratische *Anhänger des Warschauer Komitees*, Gegner Tyszkas und Co., sind.

Der fiktive Charakter der Parallelorganisation Tyszkas ist vor aller Augen erwiesen. Der ehrliche Weg – die Provokationsbeschuldigung zurückzunehmen – ist nicht Tyszkas und seines Hauptvorstands Sache.

Aber am besten sind unsere Liquidatoren und ihr OK, die die „Einheit" lieben. Der „Lutsch", der sich offiziell der Augustkonferenz **anschließt**, hat Tyszkas niederträchtige Lüge **zweimal abgedruckt!!**

Das erstemal tat es ein Herr, der sich hinter Initialen versteckte. Das zweitemal – Herr *Augustowski*[120].

Schöne Helden! Sie verbreiten eine Niedertracht und – verstecken sich hinter dem Rücken des Hauptvorstands. Wir haben damit nichts zu tun, wir tragen keine Verantwortung, wir verbreiten keine Niedertracht, wir berichten **„nur"** über die *Tatsache der Veröffentlichung* (der Niedertracht) im Namen des Hauptvorstands!!

Martow, Trotzki, Liber, die Letten und Co. verbreiten die Tyszkasche Niedertracht *anonym* und verstecken sich hinter dem Rücken Tyszkas – in der legalen Presse, wo man keine Dokumente zitieren darf!!

„Sozial-Demokrat" Nr. 30, 12. (25.) Januar 1913.

Nach dem Text des „Sozial-Demokrat"

* Siehe den vorliegenden Band, S. 266/267. *Die Red.*

ÜBER DEN BOLSCHEWISMUS[121]

Die Entstehung des Bolschewismus hängt untrennbar mit dem Kampf des sogenannten „Ökonomismus" (Opportunismus, der den politischen Kampf der Arbeiterklasse und ihre führende Rolle negierte) gegen die revolutionäre Sozialdemokratie in den Jahren 1897–1902 zusammen. Der Ökonomismus, den der „Bund" unterstützte, wurde besiegt und verdrängt durch die bekannte Kampagne der alten „Iskra" (München, London und Genf, 1900–1903), die auf den Grundlagen des Marxismus und der revolutionären sozialdemokratischen Prinzipien die sozialdemokratische Partei (gegründet 1898, dann aber durch Verhaftungen zerschlagen) wiederherstellte. Auf dem II. Parteitag der SDAPR (August 1903) spalteten sich die Iskristen: ihre *Mehrheit* stand zu den Prinzipien und der Taktik der alten „Iskra", die *Minderheit* jedoch schwenkte zum Opportunismus ein, wobei sie von den früheren Feinden der „Iskra", den Ökonomisten und Bundisten, unterstützt wurde. Daher die Bezeichnungen: Bolschewismus und Menschewismus (Bolschewiki und Menschewiki)*. In den Jahren 1903 und 1904 war der Opportunismus der Menschewiki in Organisationsfragen Hauptgegenstand des Kampfes. Von Ende 1904 an wurden die Differenzen in der Taktik zur Hauptfrage. Der „Plan der Semstwokampagne" (Herbst 1904) der *neuen*, an die Menschewiki übergegangenen „Iskra" vertrat die Taktik, „die Liberalen nicht einzuschüchtern". Das Jahr 1905 ließ die taktischen Meinungsverschiedenheiten sich endgültig herausbilden (der Parteitag der Bolschewiki, der III. Parteitag der SDAPR im Mai 1905 in London, und zu gleicher Zeit die „Konferenz" der Menschewiki in Genf). Die Menschewiki paßten die Taktik der Arbeiterklasse dem Liberalismus an. Die Bolschewiki bezeichneten als Ziel der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution: sie zu

* Abgeleitet von russ. bolschinstwo – die Mehrheit, menschinstwo – die Minderheit. *Der Übers.*

Ende zu führen, die demokratische Bauernschaft mit sich zu reißen, entgegen den Verrätereien des Liberalismus. Die Hauptdifferenzen beider Strömungen in der Praxis im Herbst 1905: die Bolschewiki sind für den Boykott der Bulyginschen Duma, die Menschewiki für die Beteiligung. Im Frühjahr 1906 – dasselbe hinsichtlich der Witteschen Duma. In der Zeit der I. Duma: die Menschewiki sind für die Unterstützung der Losung: Duma-(Kadetten-)Kabinett, die Bolschewiki für die Losung: Exekutivkomitee der Linken (Sozialdemokraten und Trudowiki) zur Organisierung des unmittelbaren Kampfes der Massen usw. Eine ausführlichere Darlegung ist nur in der ausländischen Presse möglich. Auf dem Stockholmer Parteitag (1906) siegten die Menschewiki, auf dem Londoner (1907) die Bolschewiki. 1908/1909 spalteten sich von den Bolschewiki die „Wperjod"-Leute ab (Machismus in der Philosophie und „Otsowismus" oder Boykott der III. Duma in der Politik: Bogdanow, Alexinski, Lunatscharski u. a.). In den Jahren 1909–1911, im Kampf gegen sie (vergleiche W. Iljin, „Materialismus und Empiriokritizismus", Moskau 1909*), und auch gegen die Liquidatoren (die illegale Partei negierende Menschewiki) näherten sich der Bolschewismus und die *parteitreuen Menschewiki* (Plechanow u. a.), die dem Liquidatorentum entschlossenen Kampf angesagt hatten, einander an. Die Organe der Bolschewiki: „Wperjod" und „Proletari" (Genf 1905), „Nowaja Shisn" (St. Petersburg 1905), „Wolna", „Echo" u. a. (St. Petersburg 1906), „Proletari" in Finnland (1906/1907), in Genf (1908) und Paris (1909), „Sozial-Demokrat" in Paris (1909–1912). Eine Zusammenstellung einiger Hauptwerke des Bolschewismus findet sich bei W. Iljin „12 Jahre", St. Petersburg 1908; ebenda detailliertere Literaturangaben. Die wichtigsten Publizisten der Bolschewiki: G. Sinowjew, W. Iljin, J. Kamenew, P. Orlowski u. a. In den letzten Jahren waren Bolschewiki die Hauptmitarbeiter der Zeitungen: „Swesda" (1910–1912), „Prawda" (1912) in St. Petersburg und der Zeitschriften „Mysl" (1910) in Moskau, „Prosweschtschenije" (1911–1913) in St. Petersburg.

Geschrieben im Januar 1913, vor dem 12. (25.).
Zuerst veröffentlicht 1913 in dem Buch: N. A. Rubakin, „Unter Büchern", Bd. II, 2. Auflage, Moskau.

Nach dem Text des Buches.

* Siehe Werke, Bd. 14. *Die Red.*

DIE BEDEUTUNG DER WAHL POINCARÉS

Der neue Präsident der französischen Republik wird eifrig beglückwünscht. Man blicke nur in das pogromistische Schwarzhunderterblatt „Nowoje Wremja" und in die liberale „Retsch", was für eine rührende Einmütigkeit in den Glückwünschen für den Präsidenten Poincaré, in den Ausdrücken ihrer Befriedigung!

Die Einschätzung der Fragen der Außenpolitik und der Lage der Dinge in den westlichen Ländern zeigt besonders anschaulich die tiefe innere Verwandtschaft unserer Schwarzhunderter und unserer Liberalen. Wenn die einen wie die anderen den „nationalen" Präsidenten Poincaré begrüßen, der durch den Bund der Großbourgeoisie und der klerikal-feudalen Reaktion in Frankreich gewählt worden ist, so wird jedem klar, daß die Schwarzhunderter und die Liberalen nur in den Auffassungen über die *Methoden* des Kampfes gegen den Sozialismus auseinandergehen.

Aber die Wahl Poincarés ist von erheblich größerem Interesse als die eifrigen „Gratulanten" annehmen. Die klassenbewußten Arbeiter, die über die Bedeutung dieser Wahl nachdenken, stellen drei Umstände fest.

Erstens bedeutet die Wahl Poincarés noch einen Schritt vorwärts in der Verschärfung des Klassenkampfes, der Frankreich bevorsteht. Poincaré war Premierminister in einer Kammer, die eine *radikale* Mehrheit hatte. Aber zum Präsidenten wurde er *gegen* den radikalen Kandidaten Pams gewählt, wurde er mit Hilfe der *klerikal-feudalen* Reaktion gewählt, wurde er vom *rechten Block* gewählt.

Was bedeutet das? In Frankreich ist die *letzte* bürgerliche Partei, die Radikalen, an der Macht. Sie unterscheidet sich immer weniger von der „Reaktion". Gegen das sozialistische Proletariat schließt sich die *gesamte*

Bourgeoisie, von der radikalen bis zur reaktionären, immer enger zusammen, und die Grenzen zwischen der einen und der anderen verwischen sich immer mehr. Besonders deutlich zeigte sich das bei der Wahl Poincarés. Dieser Zusammenschluß aber ist ein untrügliches Merkmal für die äußerste Verschärfung der Klassenwidersprüche.

Bezeichnend ist zweitens die Karriere Poincarés – die typische Karriere eines bürgerlichen Geschäftsmannes, der sich der Reihe nach in der Politik an alle Parteien und „außerhalb" der Politik an alle Reichen verkauft. Von Beruf war Poincaré mit 20 Jahren Advokat. Mit 26 Jahren war er Kabinettchef, mit 33 Jahren Minister. Die Reichen und Finanzmagnaten in allen Ländern schätzen die politischen Verbindungen solch geriebener Karrieristen sehr hoch. „Glänzender" Advokat und Abgeordneter – geriebener Politiker, das sind in den „zivilisierten" Ländern *Synonyme*.

Bezeichnend ist drittens die Demonstration der französischen Sozialisten bei der Wahl Poincarés. Die Stimmabgabe für Vaillant war eine Demonstration zu Ehren der Kommune. Vaillant ist die Verkörperung des Andenkens an sie. Man braucht nur einmal zu sehen, wie die Pariser Arbeiter den weißhaarigen Vaillant begrüßen, wenn er auf der Tribüne erscheint, um das zu verstehen.

Und in dem gleichen Versailles, wo im Jahre 1871 das bürgerliche Frankreich das Vaterland an Bismarck verkauft hat, um den Aufstand des Proletariats zu unterdrücken – in demselben Saal, in dem vor 42 Jahren die Schwarzhunderter-Gutsbesitzer Frankreichs laut nach dem König schrien, stimmten die Deputierten der Arbeiterklasse für den alten Kommunarden.

„Prawda" Nr. 11,
15. Januar 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

OFFEN GESAGT

Unsere Zeitung berichtete bereits, daß der Reichsrat die Gesetzesvorlage der Duma über die Einführung des Semstwos im Gouvernement Archangelsk zu Fall brachte. Aber auf die Bedeutung dieser Tatsache, die bei all ihrer Geringfügigkeit dennoch außergewöhnlich charakteristisch ist, muß man noch näher eingehen.

Fast ein halbes Jahrhundert existiert das vom Adel beherrschte Semstwo, das unbedingt dem *Gutsbesitzer* feudalen (fronherrlichen) Typs die Vorherrschaft sichert. Und nur in einigen Gouvernements, z. B. im Gouvernement Wjatka, wo es fast keinen Grundbesitz des Adels gibt, trägt das Semstwo einen mehr bäuerlichen Charakter; dafür ist es hier aber noch stärker als sonst in ein Netz aller möglichen bürokratischen Verbote, Behinderungen, Beschränkungen und Erläuterungen verstrickt. Ein solches, wie es scheint unschädliches und beschnittenes Semstwo wird schon über ein halbes Jahrhundert lang auch im Gouvernement Archangelsk angestrebt.

Und nun wurde der Beschluß der III. Duma, der Duma der Schwarzhunderter, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie über die Einführung des Archangelsker Semstwos vom Reichsrat *zurückgewiesen*. Welch überaus grelles Licht wirft diese „Kleinigkeit" auf das *Wesen* unseres „erneuerten" Systems! Welch ausgezeichnete Lektion über die Klassenwurzeln der Politik!

Die Semstwogegner im Reichsrat argumentieren offen: Sehen Sie, dort gibt es keine Adligen. Im ganzen Gouvernement sind nur 2660 Desjatinen „privater" Grundbesitz – rief Herr Stischinski, der Referent im Reichsrat, aus.

Wenn es also keine adligen Gutsbesitzer gibt, so ist das „Volk" noch nicht einmal reif für die Ausbesserung der Straßen und die Errichtung von Krankenhäusern. Sind aber keine Gutsbesitzer da, so muß man sie auf direktem oder indirektem Wege ansiedeln.

Ansiedeln – woher? Aus dem Zentrum Rußlands, wo es ihrer zur Genüge gibt. Die Gutsbesitzer des zentralen Schwarzerdegebiets, wo die Spuren der Leibeigenschaft am frischesten sind, wo noch am stärksten die „Fron" (das auf der Abarbeit basierende Wirtschaftssystem) erhalten ist, wo Erzreaktionäre vom Schlage der Kursker ungeteilt herrschen, regieren und lenken – sie sind es, auf die man sich in staatlichen und öffentlichen Dingen stützen kann. In diesem Sinne ist die Stellung des Reichsrats zur Frage des Archangelsker Semstwos eine sehr aufschlußreiche und anschauliche Lektion über unser Staatswesen.

„Prawda" Nr. 13,
17. Januar 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

DAS KABINETT BRIAND

Der bekannte Renegat Briand, einstmals Ultrarevolutionär und Herold des „Generalstreiks", steht wiederum an der Spitze eines Ministeriums in Frankreich. Wie John Burns in England verriet er die Arbeiterklasse und verkaufte sich an die Bourgeoisie.

Interessant ist die Zusammensetzung seines neuen Kabinetts. In ihm herrschen drei Mann: Jonnart – Étienne – Baudin. Was sind das für Figuren?

Man werfe einen Blick in die liberalen Zeitungen, z. B. in die „Retsch" Nr. 11. Man wird einen höchst ausführlichen Bericht darüber finden, wo die Minister studiert haben und tätig gewesen sind. Man wird schamlose Reklame finden und das Bestreben zu schmeicheln: Jonnart – der Freund von König Eduard! Baudin – der Neffe eines Kommunarden!

„Viel Gerede und Geschrei, aber kein Wort vom Wodka."[122] Über das *Wesen* der Sache schweigt die „Retsch". Aber dieses Wesen ist sehr einfach: Alle drei sind eine ganz und gar durchtriebene und schamlose Gesellschaft von Finanzleuten und Abenteurern. Étienne war an allen schmutzigen Millionenskandalen beteiligt, *angefangen mit Panama.* Er ist Fachmann in Finanzoperationen in den Kolonien – in der Art unserer baschkirischen Gebiete ... Jonnart beteiligte sich an dem nicht weniger „sauberen" Erwerb von Konzession für die überaus reichen Eisenerze in Ouenza (Afrika). Seine Sippschaft sitzt in den Aufsichtsräten der größten Aktiengesellschaften. Baudin ist Helfershelfer der Kapitalisten, der Unternehmer und Werftbesitzer. Er paßt gerade ins Marineministerium ..., möglichst nahe den Aufträgen und Lieferungen für die Flotte!

Nirgends bestätigen sich so deutlich wie in Frankreich die Worte von

Marx: Die bürgerlichen Regierungen sind die Kommis der Kapitalistenklasse[123]. Und der große Fortschritt Frankreichs besteht darin, daß die Arbeiterklasse alle Lügenschleier weggerissen hat, daß sie das Unklare geklärt hat, daß sie „die imaginären Blumen an der Kette zerpflückt hat, nicht damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche"[124].

„Prawda" Nr. 14, 18. Januar 1913.
Unterschrift: J.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE ERGEBNISSE DER WAHLEN

Die Wahlkampagne zur IV. Duma hat die Einschätzung der historischen Situation bestätigt, die die Marxisten seit 1911 gegeben haben. Diese Einschätzung lief darauf hinaus, daß die erste Etappe in der Geschichte der russischen Konterrevolution beendet war. Angefangen hatte die zweite Etappe, die gekennzeichnet ist durch das Erwachen der „leichten Abteilungen" der bürgerlichen Demokratie (Studentenbewegung), durch eine offensive ökonomische und mehr noch nichtökonomische Arbeiterbewegung usw.

Ökonomische Depression, entschiedener Vorstoß der Konterrevolution, Zurückweichen und Zerfall der Kräfte der Demokratie, Entfesselung renegatenhafter, „wechistischer", liquidatorischer Ideen im „progressiven Lager" – das kennzeichnet die erste Etappe (1907–1911). Die zweite Etappe (1911–1912) hingegen ist in ökonomischer, politischer wie ideologischer Hinsicht durch entgegengesetzte Merkmale gekennzeichnet: Aufschwung der Industrie, Unfähigkeit der Konterrevolution zu weiterem Vorstoß mit der früheren Kraft oder Energie usw., Erwachen der Demokratie, das die Stimmungen des Wechismus, des Renegatentums, des Liquidatorentums *sich zu verstecken* zwang.

So sieht der allgemeine Hintergrund des Bildes aus, den man im Auge behalten muß, wenn man die Wahlkampagne des Jahres 1912 richtig einschätzen will.

I. DIE WAHL„MACHEREI"

Das am meisten in die Augen springende Merkmal der Wahlen zur IV. Duma ist die systematische Verfälschung dieser Wahlen durch die

Regierung. Wir verfolgen hier nicht das Ziel, eine Bilanz dieser „Wahlmacherei" zu ziehen; das hat völlig zur Genüge die *gesamte* liberale und demokratische Presse getan; davon spricht auch die ausführliche Anfrage der Kadetten in der IV. Duma; dieser Frage werden wir wahrscheinlich einen besonderen Artikel widmen können, sobald die umfangreichen und immer zahlreicher werdenden Belegmaterialien zusammengefaßt sein werden.

Heute wollen wir lediglich die wichtigsten Ergebnisse der Wahl-„macherei" und ihre hauptsächliche politische Bedeutung festhalten.

Mobilisierung der Geistlichkeit gegen die liberalen und oktobristischen Gutsbesitzer; Verzehnfachung der Repressalien und skrupelloseste Gesetzesverletzung, gerichtet gegen die bürgerliche Demokratie in Stadt und Land; Versuche, der Sozialdemokratie mit denselben Mitteln die Arbeiterkurie zu entreißen – das sind die Hauptmethoden der Wahlmacherei im Jahre 1912. Das Ziel dieser ganzen Politik, die an die Politik des Bonapartismus erinnert, war die Bildung einer rechts-nationalistischen Mehrheit in der Duma, und dieses Ziel wurde bekanntlich nicht erreicht. Wir werden aber weiter unten sehen, daß es der Regierung gelungen ist, die alte Lage, wie sie in der III. Duma bestand, in unserem, man verzeihe den Ausdruck, Parlament zu „behaupten": in der IV. Duma gibt es weiterhin zwei Mehrheiten, die rechts-oktobristische und die oktobristisch-kadettische.

Das Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 „errichtete" das staatliche System der Verwaltung – und nicht nur der Verwaltung – auf dem Block der feudalen Gutsbesitzer mit den Spitzen der Bourgeoisie, wobei das erste soziale Element in diesem Block sein großes Übergewicht behielt, während über *beiden* Elementen die faktisch ungeschmälerte alte Macht stand. Darüber zu sprechen, welcherart die von der jahrhundertealten Geschichte der Leibeigenschaft usw. hervorgebrachte spezifische Natur dieser Macht war und bleibt, ist jetzt nicht die Gelegenheit. Jedenfalls zwangen die Umwälzung von 1905, das Fiasko des Alten und die offenen und machtvollen Aktionen der Massen und Klassen dazu, ein *Bündnis* mit diesen oder jenen sozialen Kräften zu suchen.

Die Hoffnungen auf die „kleinen Leute", den Bauern, in den Jahren 1905 und 1906 (Bulyginsches und Wittesches Wahlgesetz) waren zerstört. Das System des 3. Juni „setzte auf die Starken", auf die Gutsbesitzer und

die Großen der Bourgeoisie. Und schon nach ganzen fünf Jahren haben die Erfahrungen der III. Duma auch diesen „Einsatz" erschüttert! Man kann sich keine größere Liebedienerei vorstellen als die der Oktobristen in den Jahren 1907–1912, und trotzdem konnten es auch die Oktobristen „nicht recht tun". Nicht einmal mit ihnen konnte die ihrer Natur nach ihnen so nahverwandte alte Macht (die sog. „Bürokratie") auskommen. Die bürgerliche Politik auf dem Lande (das Gesetz vom 9. November) und jede Förderung des Kapitalismus – alles das wurde von eben denselben Purischkewitsch gelenkt, und die Ergebnisse waren kläglich. Das Purischkewitschregime, erneuert, repariert, aufgefrischt durch eine neue Agrarpolitik, durch ein neues System von Vertretungskörperschaften, fuhr fort, alle und jeden zu unterdrücken und die Entwicklung zu hemmen.

Im System des 3. Juni hat sich ein Riß gezeigt. Die Wahl„macherei" wurde unvermeidlich, wie die Methoden des Bonapartismus historisch unvermeidlich sind, wenn eine feste, stabile, erprobte einheitliche soziale Stütze fehlt, wenn man zwischen ungleichartigen Elementen lavieren muß. Sind die demokratischen Klassen ohnmächtig oder durch zeitweilige Ursachen besonders geschwächt, so können solche Methoden einige Jahre lang von „Erfolgen" begleitet sein. Aber selbst das „klassische" Beispiel Bismarcks in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts oder Napoleons III. zeugt davon, daß es ohne die schroffsten Umwälzungen (in Preußen waren es die „Revolution von oben" und einige ausnehmend erfolgreiche Kriege) nicht abgeht.

II. DIE NEUE DUMA

Um die Ergebnisse der Wahlen festzustellen, wollen wir die offiziellen Angaben über die parteimäßige Zusammensetzung der IV. Duma nehmen und sie mit der III. Duma nicht nur am Ende ihres Bestehens (1912), sondern auch zu ihrem Beginn (1908) vergleichen. Wir erhalten das folgende aufschlußreiche Bild*:

* Die Angaben sind folgenden Dumapublikationen entnommen: „Register" für das Jahr 1908, „Handbuch" für das Jahr 1912 und „Mitteilungsblatt der (IV.) Reichsduma", 1912, Nr. 14, vom 2. Dezember 1912, berichtigte Daten bis zum 1. Dezember 1912. – Die drei nationalen Gruppen sind: Polen, Belorussen und Mohammedaner.

	Dritte Duma		Vierte Duma
	1908	1912	
Rechte	49	46	65
Nationalisten und gemäßigte Rechte	95	102	120
Oktobristen	148	120	98
Progressisten	25	36	48
Kadetten	53	52	59
Drei nationale Gruppen	26	27	21
Trudowiki	14	14	10
Sozialdemokraten	19	13	14
Parteilose	–	27	7
Insgesamt	429	437	442

Die erste Schlußfolgerung aus diesen Angaben ist die, daß in der IV. Duma die früheren zwei Mehrheiten geblieben sind: die rechts-oktobristische mit 283 Stimmen (65 + 120 + 98) und die oktobristisch-kadettische mit 226 Stimmen (98 + 48 + 59 + 21).

Für die autokratische Regierung ist „ihre" Mehrheit in der Duma praktisch das Wichtigste. Der Unterschied zwischen der III. und der IV. Duma ist in dieser Hinsicht geringfügig. In der III. Duma bestand die rechts-oktobristische Mehrheit aus 292 Stimmen zu Beginn und aus 268 Stimmen am Ende. Jetzt liegt die Zahl in der Mitte zwischen beiden: 283.

Doch ist der Rückgang der rechten Mehrheit vom Beginn bis zum Ende der III. Duma so bedeutend, daß die Regierung, wollte sie eine autokratische Regierung bleiben, zu den außerordentlichen Maßnahmen der Wahlmacherei greifen mußte. Diese Wahlmacherei ist kein Zufall und kein Abweichen vom System, wie es die Meiendorf, Maklakow und Co. gern darstellen, sondern eine Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des „Systems".

Ihr Herren Liberalen mit Maklakow an der Spitze, ihr redet von „Versöhnung der Macht mit dem Lande" (d. h. mit der Bourgeoisie)? Aber wenn das so ist, dann eins von beiden. Entweder sind eure *Versöhnungsreden* keine leeren Worte – dann müßt ihr auch die „Wahlmacherei" hinnehmen, denn das ist die reale Bedingung für eine Versöhnung mit der realen Macht. Ihr seid doch so große Liebhaber einer „Realpolitik"! Oder *eure Proteste* gegen die „Wahlmacherei" sind keine leeren Worte – dann

solltet ihr nicht von Versöhnung reden, sondern von etwas ganz, ganz anderem ...

Die zweite Mehrheit des Systems des 3. Juni, die oktobristisch-liberale, bestand aus 252 Stimmen zu Beginn und aus 235 am Ende der III. Duma und ist auf 226 in der IV. Duma gesunken. Im Grunde genommen ist also die „Wahlkampagne" der Regierung gelungen; die Regierung hat ihr Ziel erreicht, sie hat ihre Selbstherrschaft in der Praxis abermals bekräftigt. Denn das Geschrei über die rechts-nationalistische Mehrheit war nur Ausdruck des vor sich gehenden Schachers. In Wirklichkeit aber braucht die Regierung beide Mehrheiten, die *beide* auf konterrevolutionärem Boden stehen.

Man kann nicht genügend Nachdruck legen auf diesen letzten Umstand, den die Liberalen vertuschen, um die Demokratie zu nasführen, und die liberalen Arbeiterpolitiker (Liquidatoren), weil sie nicht begreifen, was sie tun. Der Block der Kadetten mit den Oktobristen, der sich so deutlich bei der Wahl Rodsjankos abgezeichnet hat (und wohl noch deutlicher zutage getreten ist in den einfach unanständigen, sklavischen Phrasen der „Retsch" aus Anlaß der Rede Rodsjankos) – dieser Block ist keineswegs nur eine „technische" Angelegenheit. Er ist der Ausdruck der Einheit der konterrevolutionären Stimmungen der Bourgeoisie schlechthin, von Gutschkow bis Miljukow; er ist nur möglich kraft dieser Stimmungen.

Anderseits braucht auch die Regierung die liberal-oktobristische Mehrheit vom Standpunkt des ganzen Systems des Regimes des 3. Juni. Denn die III. (und IV.) Duma ist keineswegs eine „Operettenduma", wie nicht selten die „linken" Volkstümler schwatzen, die hoffnungslos im Sumpf Ropschinscher Emotionen[125] und „otsowistischer" Phrasen stecken. Nein. Die III. und die IV. Duma, eine Etappe in der Entwicklung der Selbstherrschaft und in der Entwicklung der Bourgeoisie, ist ein nach den Siegen und Niederlagen von 1905 notwendiger Versuch der praktischen Annäherung beider. Und das Fiasko dieses Versuchs wird ein Fiasko nicht nur Stolypins und Makarows, nicht nur Markows 2 und Purischkewitschs sein, *sondern auch der „Versöhner" Maklakow und Co.!*

Die Regierung braucht die liberal-oktobristische Mehrheit, um zu versuchen, Rußland bei Aufrechterhaltung der Allmacht der Purischkewitsch vorwärts zu führen. Und Mittel zur Zügelung und Zähmung des ungewöhnlich raschen, allzu feurigen liberal-oktobristischen „Progressismus"

hat die Regierung zur Genüge: sowohl den Reichsrat als auch vieles andere mehr . . .

III. DIE VERÄNDERUNGEN INNERHALB DES SYSTEMS DES 3. JUNI

Die oben angeführten Daten bieten interessantes Material zur Frage der Evolution der politischen Parteien, Gruppierungen und Strömungen unter den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie in der Epoche der Konterrevolution. Über die Demokratie, die bürgerliche (bäuerliche) wie die proletarische, besagt die Zusammensetzung der III. und IV. Duma fast nichts aus dem einfachen Grunde, weil das System des 3. Juni vorsätzlich mit dem Ziel geschaffen wurde, die Demokratie auszuschließen. Gleichermaßen werden auch die „nationalen", d. h. nicht zur „herrschenden" Nationalität gehörigen Parteien durch das System des 3. Juni besonders unterdrückt und geknebelt.

Deshalb wollen wir nur die Rechten, die Oktobristen und die russischen Liberalen herausheben – Parteien, die sich innerhalb des Systems des 3. Juni fest etabliert haben und durch dieses System vor der Demokratie geschützt werden – und einen Blick auf die Veränderungen innerhalb dieser Parteien werfen.

	Dritte Duma		Vierte Duma	Vergleich der vierten Duma mit dem Beginn der dritten
	1908	1912		
Rechte	144	148	185	+ 41, d. h. + 28%
Oktobristen	148	120	98	— 50 „ — 34%
Liberale (Progr. und Kadetten)	78	88	107	+ 29 „ + 37%

Hieraus ist deutlich ersichtlich, wie das sog. „Zentrum" unter den privilegierten Schichten zusammenschmilzt und sich ihr rechter und ihr liberaler Flügel verstärken. Interessant ist, daß die Liberalen unter den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie *rascher* an Boden gewinnen als die Rechten, trotz der umfangreichen Sondermaßnahmen der Regierung zur Verfälschung der Wahlen zugunsten der Rechten.

Manche Leute verlieren angesichts dieser Tatsachen gern hochtrabende Worte über eine Verschärfung der Gegensätze im System des 3. Juni,

über einen künftigen Triumph des gemäßigt-bürgerlichen Progressismus u. dgl. m. Diese Leute vergessen erstens: wenn unter den Gutsbesitzern und besonders unter der Bourgeoisie die Zahl der Liberalen wächst, so wächst am schnellsten der rechte Flügel der Liberalen, der seine ganze Politik vollständig auf der „Versöhnung" mit den Rechten aufbaut. Darauf werden wir gleich näher zu sprechen kommen. Zweitens vergessen diese Leute, daß die berüchtigte „Linksschwenkung der Bourgeoisie" nur eine Begleiterscheinung der tatsächlichen Linksschwenkung der Demokratie ist, die *allein* die Triebkräfte für eine ernsthafte Veränderung des Regimes zu liefern vermag. Drittens vergessen diese Leute, daß das System des 3. Juni besonders abgestimmt ist auf die Ausnutzung – und zwar in sehr weiten Grenzen – des Antagonismus zwischen der liberalen Bourgeoisie und dem reaktionären Charakter der Gutsbesitzer bei ihrem weit tieferen *gemeinsamen* Antagonismus zur gesamten Demokratie und insbesondere zur Arbeiterklasse.

Weiter. Unsere Liberalen stellen die Sache gern dar, als sei die Zerschlagung der Oktobristen hervorgerufen durch die „Wahlmacherei", die dieser „Partei der letzten Regierungsverordnung" die Stütze geraubt habe usw. Die Liberalen selber spielen hierbei natürlich die Rolle der ehrlichen Opposition, die Rolle unabhängiger Leute, sogar von „Demokraten", während in Wirklichkeit der Unterschied zwischen einem Maklakow und den Oktobristen etwas ganz und gar Illusorisches ist.

Man betrachte die Veränderungen zwischen der III. und der IV. Duma und vergleiche sie mit den Veränderungen zwischen dem Beginn und dem Ende der III. Duma. Man wird feststellen, daß die Partei der Oktobristen in der III. Duma mehr Mitglieder verloren hat (28) als bei den Wahlen zur IV. Duma (22). Das heißt natürlich nicht, daß es keine „Wahlmacherei" gegeben habe; die gab es in den größten Ausmaßen, besonders gegenüber der Demokratie. Das heißt vielmehr, es vollzieht sich neben der verschiedensten Wahlmacherei, sogar neben der Einwirkung der Regierung und der „Politik" überhaupt ein Prozeß der parteimäßigen Differenzierung unter den besitzenden Klassen Rußlands, ein Prozeß der Abgrenzung des rechten, fronherrlich-reaktionären Flügels der Konterrevolution von dem bürgerlich-liberalen Flügel *derselben* Konterrevolution.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen und Fraktionen der rechts-oktobristischen Dumamehrheit (Rechte, Nationalisten, ge-

mäßigte Rechte, „Zentrum", rechte Oktobristen usw.) sind ebenso unbeständig, unbestimmt, zufällig, nicht selten künstlich fabriziert wie auch die Unterschiede innerhalb der oktobristisch-liberalen Mehrheit (linke Oktobristen, Progressisten, Kadetten). Kennzeichnend für unsere heutige Zeit ist keineswegs, daß der „unabhängige" (Maklakow!!) konstitutionelle Demokrat die von der Regierung abhängigen Oktobristen verdrängt. Das ist ein dummes liberales Märchen.

Charakteristisch ist, daß sich ein Prozeß der Bildung wirklicher Klassenparteien vollzieht und insbesondere, getarnt durch krasses oppositionelles Geschrei und honigsüßes Gerede von der „Versöhnung der Macht mit dem Lande", der Zusammenschluß der Partei des konterrevolutionären Liberalismus.

Die liberale, in Rußland am meisten verbreitete Presse macht alle Anstrengungen, um diesen Prozeß *zu vertuschen*. Deshalb wollen wir uns noch einmal den exakten Angaben der Dumastatistik zuwenden. Denken wir daran, daß man Parteien ebenso wie einzelne Personen nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen muß. *In der Tat* gehen Kadetten und Progressisten in allem Wichtigen zusammen, und die einen wie die anderen sind in der III. und in der IV. Duma wie bei den kürzlich beendeten Wahlen (Gouvernement Jekaterinoslaw: der Block Rodsjankos mit den Kadetten!) in einer ganzen Reihe von Fragen mit den Oktobristen zusammengegangen.

Sehen wir uns die Angaben über diese drei Parteien an:

	Dritte Duma		Vierte Duma	Vergleich der vierten Duma mit dem Beginn der dritten
	1908	1912		
Oktobristen	148	120	98	— 50, d. h. — 34%
Progressisten	25	36	48	+ 23 „ + 92%
Kadetten	53	52	59	+ 6 „ + 11%

Wir sehen einen starken und stetigen Rückgang bei den Oktobristen, einen geringfügigen Rückgang mit anschließendem kleinem Anstieg bei den Kadetten und einen *starken und stetigen Anstieg bei den Progressisten*, deren Zahl sich in fünf Jahren *fast verdoppelt* hat.

Nähmen wir für 1908 die Daten, die Herr Miljukow im „Jeshegodnik Retschi" [Jahrbuch der „Retsch"], 1912, S. 77, mitteilt, so ergäbe das ein noch viel plastischeres Bild. Herr Miljukow meint, daß es 1908 in der

III. Duma 154 Oktobristen, 23 Progressisten und 56 Kadetten gegeben habe. Im Vergleich zur IV. Duma ergäbe das eine ganz geringfügige Erhöhung der Zahl der Kadetten und *mehr als eine Verdoppelung* der Zahl der Progressisten.

Die Zahl der Progressisten betrug 1908 weniger als die Hälfte der Kadetten. Heute erreicht die Zahl der Progressisten mehr als 80 Prozent der Zahl der Kadetten.

Es ergibt sich also die unbestreitbare Tatsache, daß im russischen Liberalismus in der Periode der Konterrevolution (1908–1912) *das Hauptcharakteristikum* das starke Anwachsen des Progressismus ist.

Was aber sind die Progressisten?

Ihrer Zusammensetzung wie ihrer Ideologie nach sind sie ein *Gemisch von Oktobristen und Kadetten.*

Die Progressisten in der III. Duma nannten sich noch friedliche Erneuerer, und einer ihrer Führer, der konterrevolutionäre Kleinadlige Lwow, war in der I. Duma Kadett. In der III. Duma stieg die Zahl der Progressisten, wie wir gesehen haben, von 25 auf 36, d. h. um 11; von diesen 11 Abgeordneten kamen zu den Progressisten 9 von anderen Parteien, und zwar: einer von den Kadetten, zwei von den gemäßigten Rechten, einer von den Nationalisten und fünf von den Oktobristen.

Das rasche Anwachsen der Progressisten unter den politischen Vertretern des russischen Liberalismus und der Erfolg der „Wechi" in der „Gesellschaft", das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Progressisten verwirklichten in der praktischen Politik das, was die „Wechi" in der Theorie gepredigt hatten, als sie die Revolution besudelten, sich von der Demokratie lossagten, die schmutzige Bereicherung der Bourgeoisie als Gottes Sache auf Erden priesen usw. usf.

Wenn sich der Kadett Maklakow über eine Versöhnung der Macht mit dem Lande verbreitet, so besingt er nur das, was die Progressisten tun.

Je weiter wir uns von den Jahren 1905 und 1906 entfernen, um so klarer wird, wie recht die Bolschewiki damals hatten, als sie die Kadetten während ihres größten „Sieges"rausches entlarvten, als sie das wirkliche Wesen dieser Partei enthüllten*, das der ganze Gang der Ereignisse jetzt immer deutlicher werden läßt.

Die russische Demokratie wird keinen einzigen Sieg erringen können,

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 193–276. *Die Red.*

wenn sie nicht entschieden das „Prestige" der Kadetten unter den Massen erschüttert. Und umgekehrt, die faktische Verschmelzung der Kadetten mit den „Wechi"-Leuten und Progressisten ist eine der Bedingungen und eines der Symptome für den Zusammenschluß und die Festigung der Demokratie unter der Führung des Proletariats.

IV. WORUM GING DER KAMPF BEI DEN WAHLEN?

Diese Frage vor allem wird in den meisten Betrachtungen und Artikeln über die Wahlen in den Hintergrund gedrängt oder sogar völlig vertuscht. Indessen ist das die Frage nach dem ideologisch-politischen Inhalt der Wahlkampagne, die wichtigste Frage, ohne deren Klärung alle übrigen Fragen, alle die üblichen Angaben über die „Prozente der Opposition" usw. jede Bedeutung verlieren.

Die verbreitetste Antwort auf diese Frage besteht darin, daß der Kampf darum ging, ob es eine Verfassung geben solle oder nicht. Diese Auffassung vertreten die Rechten. Diese Auffassung vertreten die Liberalen. Die ganze rechte und die ganze liberale Presse ist von der Auffassung durchdrungen, daß im Grunde genommen zwei Lager gekämpft haben, das eine für die Verfassung, das andere dagegen. Herr Miljukow, der Führer der Kadettenpartei, und die „Retsch", das offizielle Organ dieser Partei, stellten unverblümt diese Theorie der zwei Lager auf, und zwar im Namen der Konferenz der Kadettenpartei.

Man betrachte jedoch diese „Theorie" vom Standpunkt des Wahlergebnisses. Wie hat sie die Prüfung durch die Wirklichkeit bestanden?

Der erste Schritt der neuen Duma war gekennzeichnet durch den Block der Kadetten mit den Oktobristen (und sogar mit einem Teil der Rechten) bei der „konstitutionellen" Kandidatur Rodsjankos, dessen Rede mit einem angeblich konstitutionellen Programm die Kadetten begeistert begrüßten.*

* Siehe außer den damaligen Artikeln der „Retsch" die Erklärung Herrn Miljukows in der Duma am 13. Dezember 1912: „Der Präsident (Rodsjanko) hielt eine Rede ... gab seine Deklaration ab, *der wir uns vollauf anschlossen*" („Retsch" Nr. 343 vom 14. Dezember)!! So sieht die konstitutionelle (Scherz beiseite!) Deklaration der Kadetten aus!

Der Führer der Oktobristen, Rodsjanko, der bekanntlich zu den rechten Oktobristen gezählt wird, hält sich für einen Konstitutionalisten, wie auch Krupenski, der Führer der „Zentrumsfraktion" oder der konservativen Konstitutionalisten.

Zu sagen, daß der Kampf um die Verfassung ging, heißt gar nichts zu sagen, denn sofort erhebt sich die Frage: Um *was für eine* Verfassung geht es? um eine Verfassung im Geiste Krupenskis? oder Rodsjankos? oder Jefremow-Lwows? oder Maklakow-Miljukows? Und dann kommt eine noch wichtigere Frage, die Frage nicht nach den Wünschen, Erklärungen, Programmen – die auf dem Papier bleiben –, sondern nach den wirklichen *Mitteln*, um das Gewünschte zu erreichen.

In diesem zentralen (und einzig ernst zu nehmenden) Punkt bleibt unwiderlegt und unwiderlegbar die 1912 in der „Retsch" (Nr. 117) abgedruckte Erklärung des Herrn Gredeskul, wonach es keiner neuen Revolution bedürfe, wonach „lediglich eine konstitutionelle Arbeit" vonnöten sei. Diese Erklärung vereinigt die Kadetten mit den Oktobristen *ideologisch-politisch* viel fester und dauerhafter, als die tausendfachen Beteuerungen der Ergebenheit für die Verfassung oder gar ... für die Demokratie sie angeblich trennen.

Von allen in Rußland gelesenen Zeitungen sind wohl etwa 90 Prozent oktobristische und liberale Organe. Diese ganze Presse suggeriert den Lesern die Idee der zwei Lager, von denen das eine für die Verfassung sei, und demoralisiert dergestalt weitgehend das politische Bewußtsein der Massen. Man denke nur daran, daß am Ende dieser ganzen Kampagne Rodsjankos „konstitutionelle" Deklaration steht, der Miljukow beipflichtet!

Angesichts einer solchen Sachlage kann man nicht genügend Nachdruck legen auf die Wiederholung der alten – und von vielen vergessenen – Wahrheiten der politischen Wissenschaft. Was ist eine Verfassung? – so lautet die *aktuelle* Frage in Rußland.

Eine Verfassung ist eine Abmachung zwischen den historischen Kräften der alten (adligen, fronherrlichen, feudalen, absolutistischen) Gesellschaft und der liberalen Bourgeoisie. Die realen Bedingungen dieser Abmachung, der Umfang der Zugeständnisse des Alten oder der Siege der liberalen Bourgeoisie, werden bestimmt durch die Erfolge und Siege der Demokratie, der breiten Volksmassen (und der Arbeiter in erster Linie) über die Kräfte des Alten.

Unsere Wahlkampagne konnte nur deshalb darin gipfeln, daß Miljukow Rodsjankos „Deklaration" beipflichtete, weil der Liberalismus in der *Praxis* nicht die Beseitigung der (ökonomischen, politischen usw.) *Privilegien* des Alten, sondern *ihre Aufteilung* unter die (kurz gesagt) Gutsbesitzer und die Bourgeoisie anstrebt. Der Liberalismus fürchtet die Volksbewegung, die Massenbewegung der Demokratie mehr als die Reaktion: daher die vom Standpunkt der ökonomischen Stärke des Kapitals überraschende *Ohnmacht* des Liberalismus in der Politik.

Im System des 3. Juni hat der Liberalismus das Monopol einer geduldeten, halblegalen Opposition, und der Beginn einer neuen politischen Belebung (wir verwenden ein allzu schwaches und ungenaues Wort) unterwirft breite Schichten der neuen, der heranwachsenden Demokratie dem Einfluß dieser Monopolisten. Deshalb reduziert sich jetzt der ganze *Kern* der Frage nach der politischen Freiheit in Rußland gerade auf die Klarstellung, daß nicht zwei Lager im Kampfe stehen, sondern drei, denn nur dieses letzte Lager, das von den Liberalen verschwiegen wird, *hat* tatsächlich die *Kraft*, die politische Freiheit zu verwirklichen.

Bei den Wahlen von 1912 ging der Kampf keineswegs „um die Verfassung", denn die Kadetten, die führende liberale Partei, die hauptsächlich die Oktobristen angriff und ihre Schläge gegen sie richtete, stellten sich hinter Rodsjankos Deklaration. Der Kampf ging, unter dem Druck der polizeilichen Repressalien des Systems des 3. Juni, um die Erweckung, die Festigung, den Zusammenschluß einer *selbständigen*, von den Schwankungen und „oktobristischen Sympathien" des Liberalismus unabhängigen *Demokratie*.

Deshalb ist es grundfalsch, den gegenwärtigen ideologisch-politischen Inhalt der Wahlkampagne von einem *ausschließlich* „parlamentarischen" Standpunkt aus zu betrachten. Hundertmal realer als alle „konstitutionellen" Programme und Plattformen ist die Frage, welche Stellung die verschiedenen Parteien und Gruppen zu der politischen Streikbewegung einnahmen, die das Jahr 1912 kennzeichnete.

Für die Unterscheidung der bürgerlichen Parteien eines beliebigen Landes von den proletarischen ist einer der besten Prüfsteine die Stellung zu den wirtschaftlichen Streiks. Kämpft eine bestimmte Partei in ihrer Presse, in ihren Organisationen, in ihren Parlamentsreden bei wirtschaftlichen Streiks *nicht* zusammen mit den Arbeitern, so ist sie eine bürgerliche Par-

tei, mag sie ihre „Volksverbundenheit", ihren „radikalen Sozialismus" usw. noch so sehr beteuern. In Rußland muß man mutatis mutandis (mit entsprechenden Änderungen) dasselbe sagen in bezug auf Parteien, die als demokratisch gelten möchten: Schwöre nicht, daß du die Verfassung, das allgemeine Wahlrecht, die Koalitionsfreiheit, die Gleichberechtigung der Nationalitäten usw. auf irgendeinem Papier niedergelegt hast, diese *Worte* sind keinen *Pfifferling* wert, sondern zeige mir deine *Taten* in bezug auf die politische Streikbewegung von 1912! Auch dieses Kriterium ist *noch nicht* erschöpfend, es ist aber immerhin ein sachliches Kriterium und nicht eine leere Versprechung.

V. DIE ÜBERPRÜFUNG DER WAHLLOSUNGEN DURCH DAS LEBEN

Die Wahlkampagne ist deshalb von hervorragendem Interesse für jeden bewußten Politiker, weil sie *objektives* Material über die Auffassungen, Stimmungen und also auch über die Interessen der verschiedenen *Klassen* der Gesellschaft liefert. Man kann die Wahlen zu einer Vertretungskörperschaft in dieser Hinsicht mit einer Volkszählung vergleichen: die Wahlen bieten eine politische Statistik. Natürlich kann diese Statistik gut sein (bei allgemeinem usw. Wahlrecht) und schlecht sein (die Wahlen zu unserem, man verzeihe den Ausdruck, Parlament); natürlich muß man es lernen, diese Statistik – wie jede andere – zu kritisieren und kritisch zu verwenden. Natürlich muß man schließlich diese Statistik in Verbindung mit der gesamten sozialen Statistik schlechthin sehen, und für denjenigen, der nicht von der Krankheit des parlamentarischen Kretinismus befallen ist, wird zum Beispiel eine Streikstatistik oftmals hundertfach ernster und interessanter sein als eine Wahlstatistik.

Doch trotz all dieser Vorbehalte bleibt außer Zweifel, daß die Wahlen *objektives* Material liefern. Die Überprüfung der subjektiven Wünsche, Stimmungen und Auffassungen durch die Auswertung einer Abstimmung der Bevölkerungs*massen*, die verschiedenen Klassen angehören, muß ein Politiker, der einigermaßen ernsthaft als solcher gelten will, immer zu schätzen wissen. Der Kampf der Parteien in der Praxis, vor den Wählern, mit zählbaren Ergebnissen liefert stets Material, das unsere Auffassung

vom Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte im Lande sowie von der Bedeutung dieser oder jener „Losungen" *überprüft.*

Von diesem Standpunkt aus wollen wir den Versuch machen, einen Blick auf die Ergebnisse der Wahlen zu werfen.

Was die politische Statistik betrifft, ist das Wichtigste, was hier gesagt werden muß, daß sie infolge schamlosester Anwendung administrativer „Maßnahmen" („Erläuterungen", Druck, Verhaftungen, Verbannungen usw. usf. ohne Ende) zum größten Teil offensichtlich unbrauchbar ist. Herr Tscherewanin zum Beispiel, der in der „Nascha Sarja" Nr. 9/10 auf Grund der Angaben über einige hundert Wahlmänner verschiedener Kurien eine Bilanz zieht, muß zugeben, daß *„es lächerlich wäre"*, wenn man in dem sinkenden Prozentsatz der oppositionellen Wahlmänner (verglichen mit den Wahlen zur III. Duma) in der zweiten städtischen Kurie und in der bäuerlichen Kurie den Beweis für eine Rechtsschwenkung sehen wollte. Die einzige Kurie, bei der die Mymrezow, Chwostow, Tolmatschow, Muratow und Co. *keine* Fälschung vornehmen *konnten*, ist die erste städtische Kurie. Und diese zeigte ein Anwachsen der Zahl der „oppositionellen" Wahlmänner von 56% auf 67%, bei gleichzeitigem Rückgang der Oktobristen von 20% auf 12% und der Rechten von 24% auf 21%.

Machten aber die „Erläuterungen" die Bedeutung der Wahlstatistik hinsichtlich der Wahlmänner zunichte, bekamen auch die demokratischen Klassen, die aus dem Kreis der Privilegierten des 3. Juni überhaupt ausgeschlossen sind, die ganze Pracht dieser Erläuterungen zu spüren, *so* zeigte sich bei den Wahlen dennoch die *Stellung* des Liberalismus zur Demokratie. In diesem Punkt ist dennoch objektives Material zusammengekommen, das es erlaubt, auf Grund der praktischen Erfahrungen das zu überprüfen, was die verschiedenen „Strömungen" *vor* den Wahlen dachten und sagten.

Die Frage der Stellung des Liberalismus zur Demokratie ist keineswegs eine „nur die Parteien betreffende" Frage, d. h. eine Frage, die *nur* vom Standpunkt einer streng parteilichen Linie von Belang ist. Nein. Diese Frage ist die wesentlichste Frage für *jeden*, der die politische Freiheit in Rußland erstrebt. Es ist namentlich die Frage, *wie* das zu erreichen ist, was alle anständigen und ehrlichen Menschen in Rußland gemeinsam erstreben.

Bei Eröffnung der Wahlkampagne im Jahre 1912 stellten die Marxisten

gerade die Losungen des *konsequenten* Demokratismus im Gegensatz zur liberalen Arbeiterpolitik in den Vordergrund. Eine Überprüfung dieser Losungen ist in doppelter Hinsicht möglich: erstens auf Grund des Urteils und der Erfahrungen anderer Länder, zweitens auf Grund der *Erfahrungen aus der Kampagne* von 1912. Ob die Losungen der Marxisten richtig waren oder nicht, das muß jetzt daraus ersichtlich sein, welches Verhältnis *in der Tat* zwischen den Liberalen und den Demokraten entstanden ist. Der objektive Charakter dieser Überprüfung der Losungen besteht eben darin, daß nicht wir selber sie geprüft haben, sondern die *Massen*, und nicht nur die Massen schlechthin, sondern insbesondere *unsere Gegner*.

Haben sich die Beziehungen zwischen den Liberalen und der Demokratie bei den Wahlen und im Ergebnis der Wahlen so gestaltet, wie es die Marxisten erwartet hatten? oder so, wie es die Liberalen erwartet hatten? oder so, wie es die Liquidatoren erwartet hatten?

Um über diese Frage Klarheit zu gewinnen, wollen wir uns zunächst dieser „Erwartungen" erinnern. Ganz zu Beginn des Jahres 1912, als die Frage der Wahlen eben erst aufgeworfen worden war und die Kadetten (auf ihrer Konferenz) das Banner der einheitlichen Opposition (d. h. der *zwei Lager*) und der Zulässigkeit von Blocks mit den linken Oktobristen entfalteten, stellte die Arbeiterpresse die Frage der Losungen in den Artikeln Martows und Dans im „Shiwoje Delo", F. L-kos[126] und anderer in der „Swesda" (Nr. 11 [47] und 24 [60] und „Shiwoje Delo" Nr. 2, 3 und 8).

Martow stellte die Losung auf: „Verdrängt die Reaktion aus ihren Positionen in der Duma"; Dan: „Entreißt die Duma den Händen der Reaktion." Martow und Dan warfen der „Swesda" vor, sie *bedrohe* die Liberalen und suche ihnen Dumasitze *abzunötigen*.

Drei Positionen zeichneten sich deutlich ab:

1. Die Kadetten sind für eine einheitliche Opposition (d. h. für die 2 Lager) und für die Zulassung von Blocks mit den linken Oktobristen.

2. Die Liquidatoren sind für die Losung: „Entreißt die Duma den Händen der Reaktion", erleichtert den Kadetten und Progressisten das „An-die-Macht-Gelangen" (Martow in Nr. 2 des „Shiwoje Delo"). Den Liberalen sind keine Sitze für die Demokraten *abzunötigen*.

3. Die Marxisten sind gegen die Losung „Entreißt die Duma den Händen der Reaktion", denn das heißt den *Gutsbesitzer* den Händen der

Reaktion zu entreißen. „Die praktische Aufgabe bei den Wahlen besteht für uns durchaus nicht darin, ‚die Reaktion aus ihren Positionen in der Duma zu verdrängen', sondern vielmehr darin, die Demokratie im allgemeinen und die Arbeiterdemokratie im besonderen zu stärken." (F. L-ko in Nr. 11 [47] der „Swesda".)* Den Liberalen muß man *drohen*, ihnen die Sitze *abnötigen*, den Kampf gegen sie aufnehmen, ohne sich durch das Geschrei von einer Schwarzhundertergefahr einschüchtern zu lassen (derselbe in Nr. 24 [60]**). Die Liberalen „gelangen zur Macht" *nur dann*, wenn die Demokratie *trotz* der Schwankungen des Liberalismus siegt.

Die Divergenz zwischen den Marxisten und den Liquidatoren ist überaus tief und unüberbrückbar, mag manch einem gutmütigen Menschen eine Versöhnung des Unversöhnlichen in Worten noch so leicht erscheinen. „Entreißt die Duma den Händen der Reaktion" – das ist ein ganzer Ideenkreis, ein ganzes politisches System, das *objektiv* die Übergabe der Hegemonie an die Liberalen bedeutet. „Entreißt die Demokratie den Händen der Liberalen" ist das entgegengesetzte politische System, das darauf basiert, daß nur die Demokratie, die sich von den Liberalen unabhängig gemacht hat, *fähig ist*, die Reaktion *tatsächlich* zu erschüttern.

Man sehe nur, was in der Tat bei der Schlacht herausgekommen ist, über die *vor* ihrem Beginn so viel gerätselt wurde.

Nehmen wir als Zeugen für die Ergebnisse der Schlacht Herrn W. Lewizki aus der „Nascha Sarja" (Nr. 9/10) – *diesen* Zeugen wird wohl niemand der Parteinahme für die Linie der „Swesda" und der „Prawda" verdächtigen.

Hören wir, was dieser Zeuge über die Ergebnisse der Schlacht in der zweiten städtischen Kurie aussagt – bekanntlich der einzigen Kurie, in der es eine wenn auch nur entfernte Ähnlichkeit mit „europäischen" Wahlen gab und die es, wenn auch nur in ganz geringem Maße, ermöglicht, ein Fazit hinsichtlich der „Begegnungen" zwischen Liberalismus und Demokratie zu ziehen.

Der Zeuge zählte 63 sozialdemokratische Kandidaturen, bei denen es in 5 Fällen einen *erzwungenen* Verzicht auf die Kandidatur gab, in 5 Fällen eine Vereinbarung mit anderen Parteien, während 53 Kandidaturen

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 482. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 17, S. 553. *Die Red.*

selbständig waren. Von diesen 53 Fällen kommen 4 auf 4 Großstädte, 49 betreffen die Wahl der Wahlmänner.

Von diesen 49 Fällen war in 9 nicht klar, gegen wen die Sozialdemokraten kämpften; in 3 Fällen gegen die Rechten (in allen drei Fällen Sieg der Sozialdemokraten); in einem Fall gegen die Trudowiki (Sieg der Sozialdemokraten); *in den übrigen 36 Fällen – gegen die Liberalen* (21 Siege der Sozialdemokraten; 15 Niederlagen).

Greifen wir die *russischen* Liberalen heraus, so erhalten wir 21 Fälle des Kampfes der Sozialdemokraten gegen sie. Hier die Ergebnisse:

	Es siegten		*Summe*
	Sozial-demokr.	*Gegner der Sozialdem.*	*der Fälle*
Sozialdem. gegen Kadetten	7	8	15
„ „ andere Liberale*	4	2	6
Insgesamt	11	10	21

Der Hauptgegner der Sozialdemokraten waren also die *Liberalen* (36 Fälle gegenüber 3); die *Haupt*niederlagen brachten den Sozialdemokraten die *Kadetten* bei.

Ferner gab es von 5 Fällen der Vereinbarung in zwei Fällen eine allgemeine Verständigung der Opposition gegen die Rechten; *in drei* Fällen „kann man von einem linken Block gegen die Kadetten sprechen" (hervorgehoben von mir; „Nascha Sarja" Nr. 9/10, S. 98). Die Vereinbarungen machen also weniger als $^1/_{10}$ der Kandidaturen überhaupt aus. Von den Vereinbarungen waren 60% gegen die Kadetten gerichtet.

Schließlich die Ergebnisse in den 4 Großstädten:

	Abgegebene Stimmen (Höchstzahlen)			
			Riga	
	St. Petersburg	Moskau	1. Wahl	2. Wahlgang
Für die Kadetten	19 376	20 310	3754	5517
„ „ Sozialdemokraten	7 686	9 035	4583	4570
„ „ Oktobristen	4 547	2 030	3674	—
„ „ Rechten	1 990	1 073	272	—
„ „ Trudowiki	1 075	—	—	—

In allen vier Großstädten kämpfen also die Sozialdemokraten *gegen die Kadetten*, wobei in einem Fall die Kadetten im zweiten Wahlgang *mit*

* Progressisten und Kadetten *zusammen* mit Progressisten oder Trudowiki.

Hilfe der Oktobristen siegen (indem sie den Kandidaten der „Baltischen Konstitutionellen Partei" zu den Oktobristen rechnen).

Die Schlußfolgerungen des Zeugen selbst:

„Das Monopol der Kadetten auf die Vertretung der städtischen Demokratie geht zu Ende. Die nächste Aufgabe der Sozialdemokraten auf diesem Gebiet ist es, dem Liberalismus die Vertretung in allen 5 Städten mit selbständiger Vertretung abzunehmen. Die psychologischen" (??) „und historischen" (und die ökonomischen?) „Voraussetzungen hierzu – die ‚Linksschwenkung' des demokratischen Wählers, die Schwäche der Kadettenpolitik und das neue Erwachen der proletarischen Selbsttätigkeit – sind bereits vorhanden." („Nascha Sarja", zit. Heft, S. 97.)

VI. DAS „ENDE" DER ILLUSIONEN ÜBER DIE KADETTENPARTEI

1. Die Tatsachen haben bewiesen, daß die wirkliche Bedeutung der kadettischen Losung von der „einheitlichen Opposition" oder den „zwei Lagern" in der Hintergehung der Demokratie bestand, darin, daß die Liberalen sich die Früchte des demokratischen Erwachens betrügerisch aneignen, daß sie dieses Erwachen der einzigen Kraft, die Rußland voranzubringen vermag, *einengen, abstumpfen, schwächen.*

2. Die Tatsachen haben bewiesen, daß der einzige Wahlkampf, der einigermaßen einem „offenen", einem „europäischen" glich, *gerade* darin bestand, die Demokratie den Händen der Liberalen zu entreißen. Diese Losung war *lebendiges Leben*, diese Losung war der reale Ausdruck des vor sich gehenden Erwachens der neuen Demokratie zu einer neuen Bewegung. Die Losung der Liquidatoren „Entreißt die Duma den Händen der Reaktion" aber war eine faule Erfindung eines liberalen Intellektuellenzirkels.

3. Die Tatsachen haben bewiesen, daß nur der „wütende" Kampf gegen die Kadetten, nur die „Kadettenfresserei", die uns die charakterlosen Diener der Liberalen, die Liquidatoren, zum Vorwurf machten, das wirkliche Erfordernis einer echten Massenkampagne ausdrückte, denn die Kadetten erwiesen sich in Wirklichkeit als *noch schlechter*, als wir sie dargestellt haben. Die Kadetten erwiesen sich als direkte Verbündete der

Schwarzhunderter gegen den Sozialdemokraten Predkaln, gegen den Sozialdemokraten Pokrowski![127]

Das aber ist eine historische Wende in Rußland: die Schwarzhunderter, die in ihrem Kadettenhaß bis zur Verblendung gingen, den Hauptfeind in den Kadetten sahen, wurden durch den Verlauf der Ereignisse dazu gebracht, Kadetten gegen die Sozialdemokraten zu wählen. In dieser scheinbar geringfügigen Tatsache tritt eine große Verschiebung im System der Parteien zutage, die davon zeugt, wie oberflächlich im Grunde genommen die Angriffe der Schwarzhunderter auf die Kadetten waren und *umgekehrt*, wie leicht eigentlich Purischkewitsch und Miljukow *sich fanden*, sich einig sahen gegen die Sozialdemokraten.

Das Leben hat gezeigt, daß wir Bolschewiki die Möglichkeit von Blocks mit den Kadetten (im zweiten Stadium der Wahlen usw.) nicht nur nicht unterschätzten, sondern eher immer noch *überschätzten*, denn *in der Tat* gingen die Kadetten in einigen Fällen Blocks mit den Oktobristen gegen uns ein! Das heißt natürlich nicht, daß wir darauf *verzichten* sollten (wie einige unvernünftig eifrige gestrige Otsowisten und ihre Freunde es wollten), in einer Reihe von Fällen, in den Gouvernements-Wahlversammlungen zum Beispiel, unsere Blocks mit den Kadetten gegen die Rechten auszunutzen. Das bedeutet, daß unsere *allgemeine Linie* (3 Lager; die Demokratie gegen die Kadetten) vom Leben bestätigt und noch mehr bekräftigt worden ist.

Übrigens, die Herren Lewizki, Tscherewanin und andere Mitarbeiter der „Nascha Sarja" haben mit lobenswertem Eifer und Fleiß wertvolles Material für unsere Wahlstatistik zusammengetragen. Schade, daß sie die Materialien – über die sie offenbar verfügten – über die Zahl der Fälle, in denen die Kadetten *gegen* die Sozialdemokraten direkte und indirekte Blocks mit den Oktobristen und den Rechten eingingen, nicht zusammengefaßt haben.

Predkaln und Pokrowski stehen nicht allein da; in den Gouvernements-Wahlversammlungen gab es noch viele analoge Fälle. Man darf sie nicht vergessen. Ihnen muß man mehr Aufmerksamkeit widmen.

Weiter. Unser „Zeuge", der die oben angeführten Schlußfolgerungen über die Kadetten ziehen mußte, hat überhaupt nicht bedacht, welche Einschätzung der Kadettenpartei denn durch diese Schlußfolgerungen *bestätigt* wird. Wer nannte die Kadetten eine Partei der städtischen Demo-

kratie? Und wer wies *seit März 1906* oder noch früher nach, daß sich diese liberale Partei durch Hintergehung des demokratischen Wählers hält?

Jetzt singen die Liquidatoren wie Hans Weißnichtmehr: „Das Monopol der Kadetten geht zu Ende" ... Also gab es ein „Monopol"? Was heißt das? Monopol heißt Aufhebung der Konkurrenz. War die Konkurrenz der Sozialdemokraten gegen die Kadetten in den Jahren 1906 und 1907 in stärkerem Maße aufgehoben als im Jahre 1912??

Herr W. Lewizki wiederholt eine vulgäre Phrase, *ohne* über den Sinn dessen *nachzudenken*, was er sagt. Unter Monopol versteht er „einfach", daß die Kadetten vorgeherrscht haben und daß das jetzt vorbei sei. Aber wenn ihr, ihr Herren, Marxisten sein wollt, dann müßt ihr doch wenigstens ein bißchen über die Frage des Klassencharakters der Parteien nachdenken, dann dürft ihr nicht so sorglos mit euren gestrigen Erklärungen umgehen.

Sind die Kadetten eine Partei der städtischen Demokratie, dann ist ihr Vorherrschen kein „Monopol", sondern das Ergebnis der Klassen*interessen* der städtischen Demokratie! Hat sich aber ihr Vorherrschen – in einigen Jahren – als „Monopol" erwiesen, d. h. als irgend etwas vom Standpunkt der allgemeinen und grundlegenden Gesetze des Kapitalismus und des Wechselverhältnisses der Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft Zufälliges und Anormales, dann waren also diejenigen, die die Kadetten für eine Partei der städtischen Demokratie hielten, Opportunisten, erlagen sie einem Augenblickserfolg, beugten sie sich vor dem modischen Glanz des Kadettismus, wechselten sie von der marxistischen Kritik an den Kadetten zur liberalen Liebedienerei hinüber.

Die Schlußfolgerung des Herrn W. Lewizki bestätigt *völlig, Wort für Wort*, den 1907 gefaßten Londoner Beschluß der Bolschewiki über die Klassennatur der Kadettenpartei, den die Menschewiki fanatisch bestritten. Wenn die städtische Demokratie den Kadetten gefolgt ist *„aus Tradition und weil sie von den Liberalen direkt betrogen wird"*, wie es in diesem Beschluß heißt, dann ist völlig begreiflich, daß die schweren Lehren der Jahre 1908–1911 die „konstitutionellen Illusionen" zerstreut, die „Tradition" erschüttert, den „Betrug" enthüllt und dadurch das „Monopol" gebrochen haben.

Heutzutage vergißt man allzuoft gewollt und ungewollt die Vergangenheit, ist man im höchsten Grade leichtfertig gegenüber den exakten, direk-

ten, klaren Antworten auf alle wichtigen Fragen der Politik und gegenüber der Überprüfung dieser Antworten durch die reichen Erfahrungen der Jahre 1905–1907 und 1908–1912. Nichts ist für die erwachende Demokratie so verderblich wie ein solches Vergessen und eine solche Leichtfertigkeit.

VII. ÜBER DIE „RIESIGE GEFAHR FÜR DEN GRUNDBESITZ DES ADELS"

Das Fazit des Wahlkampfes ziehend, errechnet Herr Tscherewanin, daß die Opposition „rein künstlich, nur durch ganz und gar außerordentliche Maßnahmen um 49 Sitze gebracht worden ist". Fügt man diese Sitze den tatsächlich eroberten hinzu, so ergibt das, nach seiner Meinung, die Zahl 207, d. h. insgesamt 15 weniger als die absolute Mehrheit. Die Schlußfolgerung des Autors: „Auf der Basis des Systems des 3. Juni, ohne künstliche außerordentliche Maßnahmen, hätte die adlig-fronherrliche Reaktion bei den Wahlen eine vollständige und entscheidende (??!) Niederlage erlitten."

„Angesichts dieser riesigen Gefahr für den Grundbesitz des Adels", fährt der Autor fort, seien die Zusammenstöße der Popen mit den Gutsbesitzern belanglos (S. 85. des zit. Hefts).

Da haben wir die Folgen der Losung: „Entreißt die Duma den Händen der Reaktion"! Tscherewanin hat Martow empfindlich gestraft, indem er dessen Losung ad absurdum führt und sozusagen zusammen mit den „Ergebnissen des Wahlkampfes" die Ergebnisse der liquidatorischen Illusionen fixiert.

Eine progressistisch-kadettische Mehrheit in der IV. Duma würde eine *„riesige Gefahr für den Grundbesitz des Adels"* darstellen! Das ist geradezu eine Perle!

Aber das ist kein Schnitzer, sondern das unausbleibliche Ergebnis des ganzen ideologischen Inhalts, den die Liberalen und die Liquidatoren der Wahlkampagne geben wollten.

Gewaltige Erhöhung der Rolle der Progressisten im Vergleich zu den Kadetten, Verkörperung des ganzen Renegatentums (Wechismus) der Kadetten in der Politik durch diese Progressisten, faktischer Übergang der Kadetten selber, in aller Stille, auf die Positionen des Progressismus –

alles das *wollten* die Liquidatoren *nicht* sehen, und alles das brachte sie zu der „Tscherewaninschen" Perle. „Man soll nicht zuviel von dem konterrevolutionären Charakter der Kadetten sprechen", so oder annähernd so schrieb einst der Trudowik (Volkstümler und Liquidator) Herr Wodowosow. Ganz dieselbe Auffassung vertraten auch unsere Liquidatoren.

Sie haben sogar die Lehre der III. Duma vergessen, wo der Kadett Beresowski in einer offiziellen Rede das Agrarprogramm der Kadetten „erläuterte" und nachwies, daß es für die adligen Gutsbesitzer *vorteilhaft* sei. Und jetzt, im Jahre 1912, von der „oppositionellen" Gutsbesitzerduma, von den Progressisten, diesen lediglich etwas verkleideten Oktobristen, eine „riesige Gefahr für den Grundbesitz des Adels" zu erwarten ...

Hören Sie, Herr Tscherewanin ... phantasieren Sie, aber halten Sie Maß!

Es gibt eine vortreffliche Illustration der Wahlergebnisse in Verbindung mit dem Tscherewaninschen Ergebnis der Liquidatorentaktik. Die IV. Duma hat mit 132 Stimmen bei 78 Gegenstimmen den von den Progressisten eingebrachten Antrag auf Übergang zur Tagesordnung angenommen.

Kein anderer als der Oktobrist Antonow äußerte offiziell seine völlige Befriedigung über die höchst banale, leere Formulierung dieses Antrags, den die Oktobristen nicht anders hätten formulieren können! Natürlich hat Herr Antonow recht. Die Progressisten brachten einen rein oktobristischen Antrag ein. Die Progressisten spielten wiederum die Rolle der Versöhner zwischen Oktobristen und Kadetten.

Der Oktobrismus ist zerschlagen, es lebe der Oktobrismus! „Zerschlagen" ist der Oktobrismus Gutschkows, es lebe der Oktobrismus Jefremows und Lwows*.

VIII. DIE TARNUNG DER NIEDERLAGE

Uns ist noch die Aufgabe verblieben, die Ergebnisse der Wahlen in der wichtigsten Kurie, der Arbeiterkurie, zu untersuchen.

* Die „Retsch" vom 16. Dezember versichert, daß auch die Sozialdemokraten für die niederträchtige Formulierung der Progressisten gestimmt haben. Das ist kaum glaublich. Die „Prawda" bringt nichts darüber. Möglicherweise hat man die sitzengebliebenen (oder zum Weggehen aufgestandenen?) Sozialdemokraten als *Ja*-Stimmen „gezählt".

Daß diese Kurie auf seiten der Sozialdemokraten steht, daran zweifelte und zweifelt niemand. Hier wurde schon nicht mehr gegen die Volkstümler gekämpft: sie leisteten dem volkstümlerischen Liquidatorentum (dem „Potschin"[128] in Paris und den Volkssozialisten in Petersburg) und dem volkstümlerischen Otsowismus *keinen* Widerstand, und dieser mangelnde Widerstand gegenüber den Zerfallstendenzen machte die linken Volkstümler zu einer *Null*.

Der Kampf in der Arbeiterkurie spielte sich ausschließlich zwischen den Marxisten und den liberalen Arbeiterpolitikern, den Liquidatoren, ab. Die Marxisten proklamierten im Januar 1912 klar und deutlich, offen und ohne schmähliche Ausflüchte die Unzulässigkeit von Abkommen in der *Arbeiter*kurie (und nur in ihr) mit den *Zerstörern* der Arbeiterpartei.*

Das ist eine allbekannte Tatsache. Allbekannt ist auch, daß sogar der Versöhner Plechanow die Augustkonferenz der Liquidatoren als „jämmerlich", als liquidatorisch (entgegen den Beteuerungen der „Nascha Sarja") und ihre Resolutionen als „*Diplomatie*", d. h. offener gesagt, als Betrug bezeichnet hat.

Was zeigten nun die Ergebnisse der Wahlen?

Haben sie *objektives* Material zu der Frage, in welchem Verhältnis zur Wirklichkeit die Januar- und die Augusterklärungen standen, geliefert oder nicht? Auf wessen Seite standen die Gewählten der Arbeiterklasse?

Darüber liegt ganz exaktes statistisches Material vor, das die Liquidatoren (vergebens!) zu vertuschen, zu verdecken, hinter Geschrei und Geschimpfe zu verbergen suchen.

Beginnend mit der zweiten Duma (die erste wurde von der Mehrheit der Sozialdemokraten boykottiert), gibt es eine genaue Aufstellung der auf die verschiedenen „Strömungen" in der sozialdemokratischen Partei verteilten Dumaabgeordneten aus der Arbeiterkurie. Hier die entsprechenden Daten:

Abgeordnete der Reichsduma, hervorgegangen aus der Arbeiterkurie:

	Menschewiki	Bolschewiki	Prozentsatz der letzteren
II. Duma (1907)	12	11	47
III. „ (1908–1912)	4	4	50
IV. „ (1912)	3	6	67

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 460. *Die Red.*

Diese Zahlen sprechen für sich selbst!

1907 hatten, nach offizieller Zählung, die Bolschewiki die Mehrheit in der Partei (105 bolschewistische Delegierte und 97 menschewistische Delegierte). Also, 47% in der Arbeiterkurie (die ganze Fraktion bestand aus 18 Bolschewiki + 36 Menschewiki = 54) entsprachen etwa 52% in der Arbeiterpartei.

Im Jahre 1912 sind zum erstenmal *alle* sechs Abgeordneten *der Kurien* Bolschewiki. Bekanntlich sind diese 6 Gouvernements die wichtigsten Industriegouvernements. Bekanntlich ist in ihnen ein ungleich größerer Teil des Proletariats konzentriert als in den anderen Gouvernements. Daher ist zu verstehen – und durch einen Vergleich mit 1907 völlig erwiesen –, daß 67% in der Arbeiterkurie mehr als 70% in der Arbeiterpartei bedeuten.

In der Zeit der dritten Duma, als die Intelligenz der Arbeiterpartei den Rücken kehrte und die Liquidatoren das rechtfertigten, wandten sich die Arbeiter von den Liquidatoren ab. Das Ausscheiden des Liquidators Beloussow aus der sozialdemokratischen Fraktion der III. Duma und das Einschwenken dieser ganzen (zu $^3/_4$ menschewistischen) Fraktion vom Menschewismus zum Antiliquidatorentum* waren Symptome und sichere Merkmale dafür, daß sich *derselbe* Prozeß in der Arbeiterschaft vollzieht. Und die Wahlen zur IV. Duma haben das bewiesen.

In der „Nascha Sarja" ärgern sich deshalb Oskarow, Martow, Tscherewanin, Lewizki usw. unglaublich, und sie geben Hunderte von „Komplimenten" à la Purischkewitsch an die Adresse des „sektiererischen", „Leninschen" „Zirkels" von sich.

Ein schöner Zirkel und ein schönes Sektierertum, deren Anteil an der Arbeiterkurie in den Jahren 1908–1912 unentwegt wächst, bis zu 67% dieser Kurie in der IV. Duma! Ungeschickte Polemiker, diese Liquidato-

* Der Liquidator Oskarow gibt diese unbestreitbare Tatsache in einer erheiternden Form zu: die Bolschewiki *„haben erreicht, was sie wollten:* im verantwortungsvollsten Augenblick spalteten sie faktisch, wenn nicht formell, die Fraktion" („Nascha Sarja", zit. Heft, S. 3) – die Fraktion in der III. Duma. Als „Spaltung" wird hier entweder das Ausscheiden des Liquidators Beloussow bezeichnet oder die Tatsache, daß von den Mitgliedern der Fraktion 2 in einer Liquidatorenzeitung, 8 in einer antiliquidatorischen Zeitung und die übrigen neutral waren.

ren. Sie beschimpfen* uns, was das Zeug hält, heraus aber kommt das beste Kompliment für uns.

Strittige Fragen durch vieles Geschrei, Geschimpfe und durch leere Beteuerungen lösen zu wollen ist die gewöhnliche Manier eben von Intellektuellenzirkeln. Die Arbeiter ziehen etwas anderes vor: *objektive* Daten. In Rußland aber, bei seiner jetzigen politischen Lage, gibt es keinen anderen *objektiven* Maßstab für die Stärke und den Einfluß der einen oder der anderen Strömung in den Arbeitermassen als die Arbeiterpresse und die Arbeiterkurie der Duma, kann es keinen anderen geben.

Deshalb, ihr Herren Liquidatoren, je mehr ihr in der „Nascha Sarja" und im „Lutsch" lärmen und schimpfen werdet, um so ruhiger werden wir den Arbeitern die Frage stellen: Nennt ein anderes objektives Kriterium für die Verbindung mit den Massen als die Arbeiterpresse und die Arbeiterkurie in der Duma.

Mögen die Leser, die man mit Geschrei über den „sektiererischen" „Zirkel Lenins" u. dgl. m. betäuben will, in aller Ruhe über diese objektiven Daten über die Arbeiterpresse und die Arbeiterkurie in der Duma nachdenken. Diese objektiven Daten zeigen, daß die Liquidatoren lärmen, um ihre völlige Niederlage zu verbergen.

Besonders lehrreich aber ist es, die Entstehung des „Lutsch", der auf Grund privater Initiative erstmals *am Tage der Wahlen* erschien, und die Entstehung der „Prawda" miteinander zu vergleichen. Die Aprilwelle der Arbeiterbewegung zählt zu den größten, den historischen Wellen der proletarischen Massenbewegung in Rußland. Hunderttausende von Arbeitern haben sich, nach Berechnungen sogar der Fabrikanten, an dieser Bewegung beteiligt. Und *diese Bewegung selbst hat*, als ihr Nebenprodukt, *die*

---

* Die Liquidatoren umgehen die Wahlergebnisse in der Arbeiterkurie und machen lieber Lärm um Petersburg: es sei eine Schande! Natürlich ist es eine Schande, ihr Herren! Schande über die, gegen die der vorher *veröffentlichte*, d. h. von der Organisation vertretene *Wählerauftrag* angenommen wurde. Eine *Person* entgegen dem *Wählerauftrag* durchzubringen ist schändlich. Noch schändlicher war es, die Entscheidung durch das Los abzulehnen, als das Ergebnis drei zu drei stand. Der in Petersburg bekannte „Prawdist" P. forderte den Liquidator M. direkt auf, das Los entscheiden zu lassen, jener aber lehnte ab!! Schande über die Liquidatoren wegen ihres Verhaltens bei den Petersburger Wahlen!

„Prawda" geschaffen: sie stärkte zunächst die „Swesda" und machte aus dieser Wochenzeitung eine alle zwei Tage erscheinende Zeitung, dann steigerte sie die Zahl der Arbeitersammlungen für die „Prawda" auf 76 im März und 227 im April (wobei nur die Sammlungen von Arbeitergruppen gerechnet sind).

Wir haben ein klassisches Beispiel dafür vor uns, wie eine Bewegung, der ein reformistischer Charakter völlig fremd ist, als Nebenprodukt Reformen oder Zugeständnisse oder eine Erweiterung des Rahmens usw. ergibt.

Die Reformisten begehen Verrat an der Arbeiterbewegung, wenn sie den großen Aufschwung unter reformistische Losungen stellen (wie es unsere Liquidatoren tun). Die Gegner des Reformismus aber sind nicht nur den uneingeschränkten Losungen des Proletariats treu, sie erweisen sich auch als die besten „Praktiker": gerade der allgemeine Aufschwung, gerade die uneingeschränkten Losungen gewährleisten jene Kraft, die als Nebenprodukt ein Zugeständnis, eine Reform, eine Erweiterung des Rahmens ergibt, die die oberen Schichten wenigstens zeitweilig zwingt, die unangenehme Belebung der unteren Schichten zu dulden.

Als die Liquidatoren in den Jahren 1908–1912 die „Illegalität" beschimpften, die „Abkehr" von ihr zu rechtfertigen suchten, von einer „legalen Partei" faselten, kehrte ihnen die *ganze* Arbeiterkurie den Rükken, und sie konnten das erste und große Anschwellen der April- und Maiwelle nicht nutzen!

Herr Martow gibt in der „Nascha Sarja" diesen für ihn traurigen Umstand zu, wobei er dieses Eingeständnis in eine besonders spaßige Form kleidet. Er beschimpft die Gruppen der Plechanow- und „Wperjod"-Leute, bezeichnet sie als Nullen, diese Gruppen, die noch gestern von den *Liquidatoren selbst* entgegen unserer Forderung, nur mit den russischen Organisationen zu rechnen, „Zentren" und Strömungen genannt wurden. Und Martow gibt mit Bitterkeit, mit Ingrimm, mit einer Fülle giftiger (auf Bureninsche Art giftiger) Worte zu, daß der „Leninsche" „sektiererische Zirkel" „standgehalten" habe, „sogar zum Angriff übergeht", „auf Schauplätzen erstarkt ist, die mit Illegalität nichts zu tun haben" („Nascha Sarja", zit. Heft, S. 74).

Aber dieses ganze Eingeständnis Martows zwingt uns ein Lächeln ab. Die menschliche Natur ist so beschaffen, daß wir schadenfroh lachen, wenn

der Feind einen Fehler macht, wir uns aber manchmal wie Kinder ärgern, wenn er einen richtigen Schritt tut.

Wir danken für das Kompliment, das Sie, ein liberaler Liquidator, uns machen *mußten!* Seit Ende 1908 bestehen wir auf der Ausnutzung der legalen Formen der Bewegung, im Frühjahr 1909 haben wir deshalb mit einer Reihe von Freunden gebrochen.[129] Und wenn wir auf diesen „Schauplätzen" stark waren, so nur deshalb, weil wir nicht der Form halber den Geist opferten. Um die Form rechtzeitig auszunutzen, um den Aufschwung vom April zu erfassen, um die für einen Marxisten wichtige Sympathie der Arbeiterkurie zu gewinnen, durfte man das Alte nicht zurückweisen, durfte man nicht zum Renegaten gegenüber dem Alten werden, mußte man seine Traditionen, seine materiellen Substrate unerschütterlich verteidigen. Gerade *diese* Ideen durchdrangen den Aufschwung vom April, gerade sie herrschten in der Arbeiterkurie von 1912 vor, und nur wer ihnen auf allen Schauplätzen und in allen Formen treu war, konnte mit diesem Aufschwung und mit dieser Kurie Schritt halten.

„Prosweschtschenije" Nr. 1, Januar 1913.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der Zeitschrift.

DAS LEBEN LEHRT

Wer sich ernsthaft für die Geschicke der Befreiungsbewegung in unserem Land interessiert, muß sich in erster Linie für unsere *Arbeiter*bewegung interessieren. Die Jahre des Aufschwungs wie auch die Jahre der Konterrevolution haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Arbeiterklasse *an der Spitze aller* Kräfte der Befreiungsbewegung marschiert und daß deshalb das Schicksal der Arbeiterbewegung aufs engste mit dem Schicksal der russischen gesellschaftlichen Bewegung überhaupt verflochten ist.

Man nehme die Kurve der *Streikbewegung* der Arbeiter während der letzten acht Jahre! Und man versuche, eine ebensolche Kurve zu zeichnen, die das Ansteigen und den Rückgang der gesamten russischen Befreiungsbewegung überhaupt in diesen Jahren darstellt. Beide Kurven werden völlig übereinstimmen. Die Befreiungsbewegung in ihrer Gesamtheit einerseits und die Arbeiterbewegung anderseits stehen in engstem, unlösbarem Zusammenhang.

Schauen wir uns die Angaben über die Streikbewegung in Rußland, beginnend mit dem Jahre 1905, näher an:

Jahr	Anzahl der Streiks	Zahl der Teilnehmer (in 1000)
1905	13 995	2 863
1906	6 114	1 108
1907	3 573	740
1908	892	176
1909	340	64
1910	222	47
1911	466	105
1912	annähernd 1,5 Millionen Teilnehmer (wirtschaftliche und politische Streiks).	

Zeigen diese Zahlen nicht auf das anschaulichste, daß die Streikbewegung der russischen Arbeiter das beste Barometer für den Befreiungskampf des ganzen Volkes in Rußland ist?

Der höchste Aufschwung (1905) weist nahezu 3 Millionen Streikende auf. 1906 und 1907 geht die Bewegung zurück, bleibt aber noch auf einem sehr hohen Stand mit durchschnittlich 1 Million Streikender. Dann beginnt die Bewegung schnell abzusinken, und sie geht zurück bis 1910 einschließlich. Das Jahr 1911 ist das Jahr des Umschwungs. Die Kurve beginnt – wenn auch noch zaghaft – zu steigen. 1912 ist das Jahr eines neuen gewaltigen Aufschwungs. Die Kurve steigt unentwegt bis zum Stand von 1906 und hält offensichtlich Kurs auf jenes Jahr, da die Zahl von 3 Millionen den *Welt*rekord brach.

Eine neue Epoche ist angebrochen. Daran kann jetzt keinerlei Zweifel bestehen. Der Beginn des Jahres 1913 ist die beste Bürgschaft hierfür. Von einzelnen *Teil*fragen geht die *Masse* der Arbeiter dazu über, die *allgemeine* Frage zu stellen. Die Aufmerksamkeit der breitesten Massen konzentriert sich schon nicht mehr nur auf einzelne Mißstände unseres russischen Lebens. Es wird die Frage nach der *Gesamtheit* dieser Mißstände gestellt, es geht nicht um Reformen, sondern um die Reform.

Das Leben lehrt. Der lebendige Kampf löst am besten jene Fragen, die noch vor kurzem so umstritten waren. Man betrachte jetzt, nach 1912, beispielsweise unsere Streitigkeiten über die „Petitionskampagne" und über die Losung „Koalitionsfreiheit". Was hat die Erfahrung gezeigt?

Auch nur einige zehntausend Unterschriften der Arbeiter für eine sehr gemäßigte Petition zu sammeln erwies sich als unmöglich. Aber eine *Million* Teilnehmer allein an *politischen* Streiks wurde zur Tatsache. Das Gerede, man dürfe nicht über die Losung „Koalitionsfreiheit" hinausgehen, weil uns die Massen sonst nicht verstünden, sie nicht zu mobilisieren seien, erwies sich als leeres und müßiges Gerede vom Leben losgelöster Menschen. Die lebendigen, wirklichen Millionenmassen ließen sich gerade unter den umfassendsten, den alten, uneingeschränkten Losungen mobilisieren. Allein diese Losungen entzündeten den Enthusiasmus der Massen. Wer tatsächlich mit den Massen zusammenging und wer ohne sie und gegen sie ging, das ist jetzt zur Genüge überzeugend bewiesen worden.

Die lebensvolle, energische, mächtige Bewegung der Massen selbst fegt die am Schreibtisch ausgeheckten künstlichen Rezepte als untauglichen Plunder hinweg und schreitet vorwärts, immer vorwärts.

Darin liegt der historische Sinn der sich vor unseren Augen abspielenden grandiosen Bewegung.

„Prawda" Nr. 15,
19. Januar 1913.

Nach dem Text der „Prawda".

EINE NEUE DEMOKRATIE

In den „Bunten Betrachtungen" der Neujahrsnummer der „Retsch" berührte Herr Tan eine wichtige Frage, der die Arbeiter ernste Aufmerksamkeit schenken sollten. Es ist die Frage des Heranwachsens einer neuen Demokratie.

„Seit etwa einem Jahr schon oder wohl noch länger", schreibt Herr Tan, „beginnt das Flußbett des Lebens sich wieder zu wandeln und aufzutauen. Statt zu sinken, steigt das Wasser, weiß Gott woher, aus unterirdischen Adern und fernen Quellen. Drei Jahre lang war alles ruhig und leer. Jetzt tauchen Leute auf, kriechen einer nach dem anderen aus verschiedenen Spalten und Krähwinkeln hervor ...

Am interessantesten sind die Leute bäuerlichen Standes, die von unten her gekommen sind. Ihre Zahl ist Legion. Sie haben die mittleren Bereiche des Lebens erobert und greifen sogar nach den höheren, besonders in der Provinz. Techniker, Rechnungsführer, Agronomen, Lehrer, allerlei Semstwoangestellte. Alle gleichen einander. Grau im Gesicht, von breitem Knochenbau, ungeschlachtem Äußeren; zu Reflexionen nicht geneigt, im Gegenteil, zählebig wie Katzen ... Das Leben hat offenbar eine neue Stufe erklommen, denn wir Rasnotschinzen nehmen zu ihnen eine Stellung ein wie einstmals die Adligen zu uns."

Treffend und richtig gesagt, obwohl man nicht vergessen sollte, daß die alten Rasnotschinzen wie die neuen, die Rasnotschinzen „bäuerlichen Standes", die demokratische Intelligenz und Halbintelligenz, der Bourgeoisie zugehören zum Unterschied von den adligen Fronherren.

Die Bourgeoisie besteht aber aus verschiedenen Schichten, für die verschiedene historische Möglichkeiten charakteristisch sind. Die Spitzen der Bourgeoisie und die reiche bürgerliche Intelligenz, Advokaten, Professoren,

Journalisten, Abgeordnete usw., tendieren fast immer zu einem Bündnis mit den Purischkewitsch. Mit ihnen ist *diese* Bourgeoisie durch tausend ökonomische Fäden verbunden.

Umgekehrt sind die bäuerliche Bourgeoisie und die neue Intelligenz, die Intelligenz „bäuerlichen Standes", durch tausend Fäden mit den *Massen* der rechtlosen, unterdrückten, unwissenden, Hunger leidenden Bauernschaft verbunden und auf Grund aller ihrer Lebensbedingungen gegen *jegliches* Purischkewitschregime, gegen jegliches Bündnis mit ihm.

Diese neue, zahlreichere, dem Leben der Millionen näherstehende Demokratie lernt, erstarkt und wächst rasch. Sie ist meistenteils von unbestimmten oppositionellen Stimmungen erfüllt, nährt sich von liberalem Plunder. Den klassenbewußten Arbeitern fällt die große und verantwortungsvolle Aufgabe zu, dieser Demokratie behilflich zu sein, sich von dem Einfluß der liberalen Vorurteile zu befreien. Nur in dem Maße, wie sie diese Vorurteile überwinden, die jämmerlichen liberalen Illusionen abwerfen, mit den Liberalen brechen und die Hand den Arbeitern reichen wird, ist es ihr, der neuen Demokratie in Rußland, beschieden, für die Sache der Freiheit etwas Ernstes zu tun.

„Prawda" Nr. 15, 19. Januar 1913.
Unterschrift: T.

Nach dem Text der „Prawda".

ÜBER DIE VOLKSTÜMLERIDEOLOGIE

Herr A. W. P.[130] hat in Nr. 12 des „Russkoje Bogatstwo" einen „Leit"-artikel über ein „aktuelles" Thema unter der Überschrift „Volkssozialismus oder proletarischer Sozialismus?" geschrieben.

Dieser Artikel ist an sich äußerst unseriös und inhaltslos. Solch leeres Gerede, ein solches Schwelgen in ausweichenden, hohlen Phrasen, einen solchen Mischmasch von Ansichten (Eklektizismus) haben wir schon lange nicht mehr in den „Leit"artikeln der als seriös geltenden Volkstümlerzeitschrift gesehen.

Der Artikel ist jedoch dadurch charakteristisch, daß er die überaus ernste und aktuelle Frage des Zerfalls der Volkstümlerrichtung berührt. Die Volkstümlerideologie ist die Ideologie (das System der Anschauungen) der bäuerlichen Demokratie in Rußland. Deshalb muß jeder klassenbewußte Arbeiter aufmerksam verfolgen, wie sich diese Ideologie verändert.

I

Die Volkstümlerideologie ist sehr alt. Als ihre Stammväter gelten Herzen und Tschernyschewski. Ihre Blütezeit hatte die aktive Volkstümlerrichtung, als die Revolutionäre der siebziger Jahre „ins Volk" (in die Bauernschaft) gingen. Die ökonomische Theorie der Volkstümler entwickelten am geschlossensten W. W. (Woronzow) und Nikolai-on[131] in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Anfang des 20. Jahrhunderts wurden die Anschauungen der linken Volkstümler am eindeutigsten von den Sozialrevolutionären zum Ausdruck gebracht.

Die Revolution von 1905, die *alle* gesellschaftlichen Kräfte Rußlands

in der offenen, von den Massen getragenen Aktion der Klassen zeigte, ergab eine generelle Überprüfung der Volkstümlerideologie und bestimmte ihren Platz. Die bäuerliche Demokratie – das ist der einzige reale Inhalt und die einzige gesellschaftliche Bedeutung der Volkstümlerrichtung.

Die russische liberale Bourgeoisie ist ihrer ökonomischen Lage nach gezwungen, nicht die *Beseitigung* der Privilegien von Purischkewitsch und Co., sondern deren *Aufteilung* unter die Fronherren und die Kapitalisten anzustreben. Umgekehrt muß die bürgerliche Demokratie in Rußland – die Bauernschaft – die *Beseitigung* aller dieser Privilegien erstreben.

Phrasen über „Sozialismus" im Munde der Volkstümler, über „Sozialisierung des Grund und Bodens", Ausgleichung u. dgl. m. sind bloße Worte, die die reale Tatsache verhüllen, daß die Bauern die völlige Gleichheit in der Politik und die völlige Beseitigung des fronherrlichen Grundbesitzes erstreben.

Die Revolution von 1905 enthüllte vollends diesen sozialen Kern der Volkstümlerrichtung, diese ihre Klassennatur. Die Bewegung der Massen – in der Form der Bauernverbände von 1905, in der Form des Kampfes der Bauern in den Dörfern in den Jahren 1905 und 1906, in der Form der Wahlen zu den beiden ersten Dumas (Bildung der „Trudowiki"gruppen) – alle diese großen sozialen Tatsachen, die uns Millionen Bauern *in Aktion* zeigten, fegten die volkstümlerische, scheinsozialistische Phrase wie Staub hinweg und enthüllten den Kern: die bäuerliche (bürgerliche) Demokratie mit einer ungeheuren, noch nicht ausgeschöpften Kräftereserve.

Wen die *Erfahrungen* der großen Epoche in dem neuen, modernen Rußland nicht gelehrt haben, den realen Inhalt der Volkstümlerideologie von ihrer Worthülle zu unterscheiden, dem ist nicht zu helfen, den kann man nicht ernst nehmen, der kann ein mit Worten spielender Publizist sein (wie A. W. P. vom „Russkoje Bogatstwo"), aber kein Politiker.

Im nächsten Artikel werden wir den Zerfall der Volkstümlerrichtung und diesen Publizisten näher betrachten.

II

Die Erfahrungen des Jahres 1905 sind gerade deshalb von so großer Bedeutung, weil sie zu einer Überprüfung der Theorie der Volkstümler an Hand der *Bewegung* der Massen *gezwungen* haben. Und diese Überprü-

fung leitete sofort den Zerfall der Volkstümlerrichtung, das Fiasko ihrer Theorien ein.

Schon auf dem ersten Parteitag der Sozialrevolutionäre, im Dezember 1905, begannen sich von ihnen die „Volkssozialisten" abzuspalten, die sich etwa im Herbst 1906 endgültig absonderten.

Diese „Volkssozialisten" waren eine Vorwegnahme unserer Liquidatoren. Ganz ebenso besangen sie die „legale Partei", ganz ebenso liquidierten sie die Losungen der konsequenten Demokratie, hielten sie renegatenhafte Reden (siehe zum Beispiel die Artikel des Herrn Peschechonow in Nr. 8 des „Russkoje Bogatstwo" von 1906). Es waren das bäuerliche Kadetten, und die zweite Duma (die die Volkstümler *nicht* boykottierten, ja nicht einmal die Sozialrevolutionäre) *bewies*, daß die Mehrheit der Bauerndeputierten den Opportunisten vom „Russkoje Bogatstwo" folgte, die Minderheit aber den Sozialrevolutionären. Die zweite Duma bestätigte endgültig, was schon aus den Volkstümlerzeitungen der „Tage der Freiheit" (Herbst 1905 und Frühjahr 1906) zu erkennen war, nämlich: die Sozialrevolutionäre können nichts anderes sein als der linke Flügel der bäuerlichen Demokratie in Rußland, anders sind sie ein Nichts.

Der Zerfall der Volkstümlerrichtung bestätigt das immer deutlicher. Zur Zeit des Wütens der Konterrevolution ging dieser Zerfall rasch vonstatten: die linken Volkstümler haben sich selber aus dem Kreis der trudowikischen Dumaabgeordneten „abberufen". Die alte Partei wurde faktisch liquidiert, eine neue nicht geschaffen. Das Renegatentum (bis hin zu den Ropschinschen schändlichen Werken „Das fahle Roß" und „Was es nicht gab") fand sogar bei den „linken" Volkstümlern leichten Zugang. Einige von ihnen (die „Potschin"-Leute) verkünden den Boykott. Andere tendieren zum Marxismus (N. Suchanow, obwohl in seinem Kopf noch ein ungeheures Durcheinander herrscht). Wieder andere zum Anarchismus. Der Zerfall ist überhaupt ungleich stärker als bei den Sozialdemokraten, denn es gibt zwar offizielle Zentren, aber *keine* klare, konsequente, prinzipielle Linie, die die Zerfallstendenzen zu *bekämpfen* imstande wäre.

Und nun gibt uns Herr A. W. P. ein Musterbeispiel dieses ideologischen Zerfalls. Die Volkstümler hatten einst eine Theorie. Geblieben sind jetzt nur da und dort aufgeschnappte „Vorbehalte" gegenüber dem Marxismus. Jeder prinzipienlose Feuilletonist eines findigen Bourgeoisblättchens wird, ohne irgend etwas zu riskieren, ohne sich irgendwie zu binden, *ohne sich zu*

irgend etwas zu bekennen, den Artikel des Herrn A. W. P. zur Verteidigung des „Volks"sozialismus unterschreiben können. Ist doch der „Volks"-sozialismus eine hohle Phrase, die dazu dient, die Frage zu *umgehen*, *welche* Klasse oder soziale Schicht überall in der Welt für den Sozialismus kämpft.

Zwei Beispiele für das Geschwätz des Herrn A. W. P. genügen.

„Wie sich zeigt", schreibt er, „ist die Partei, die sich die Doktrin des proletarischen Sozialismus zu eigen gemacht hat, in Wirklichkeit bereit, ihre Kräfte auch mit Hilfe anderer, ‚halbproletarischer' und sogar ‚bürgerlicher' Schichten zu entfalten."

Nicht wahr, ein Einwand, würdig eines Gymnasiasten der vierten Klasse! In den sozialistischen Parteien der ganzen Welt gibt es sowohl Halbproletarier als auch Bourgeois ... *also*? Also, folgert Herr A. W. P., kann man die Tatsache umgehen, daß *nur* das Proletariat in der ganzen Welt 1. einen systematischen Kampf gegen die Klasse der Kapitalisten führt und 2. die *Massen*basis der sozialdemokratischen Parteien ist.

Das zweite Beispiel:

„Man nehme auch nur die Studentenschaft", schreibt der findige Herr A. W. P., „sie ist doch echteste Bourgeoisie, und die Sozialisten unter den Studenten, ich weiß nicht, wie es jetzt steht, aber noch kürzlich bildeten sie fast die Mehrheit."

Nun, ist das nicht einzigartig? Ist dieses Argument nicht einer naiven sozialrevolutionären Gymnasiastin würdig? Nach den Jahren 1905–1907 nicht zu bemerken, wie auf dem Schauplatz aller politischen Aktionen eine Differenzierung von Dutzenden Millionen Bauern und Millionen von Arbeitern vor sich gegangen ist, und Bedeutung (*als Argument gegen* den „proletarischen Sozialismus"!) der Tatsache beizumessen, daß die liberale und die demokratische studierende Jugend in Rußland mit den Sozialrevolutionären und den Sozialdemokraten sympathisiert! Hören Sie, Herr A. W. P., halten Sie Maß ...

Die klassenbewußten Arbeiter müssen in bezug auf die Volkstümler eine unverhüllte und klare Politik betreiben. Sie müssen die scheinsozialistischen Phrasen rücksichtslos verspotten und dürfen *nicht zulassen*, daß die einzig ernste Frage, die Frage des konsequenten *Demokratismus*, *in ihnen untergeht*.

„Volks"sozialismus, Ausgleichung, Sozialisierung des Grund und

Bodens, Genossenschaften, Arbeitsprinzip? Es lohnt nicht einmal, das zu widerlegen. Das Leben und die Revolution haben das schon längst aus dem Bereich ernster politischer Fragen *gestrichen*. Mit diesem Geschwätz umgehen Sie nur die *ernste* Frage des *Demokratismus*. Sie müssen klipp und klar sagen, ob Sie den Losungen der *konsequenten* Demokratie treu sind. Wollen Sie und können Sie diese Losungen in eine *systematische* Arbeit unter den *Massen* einer fest umrissenen sozialen Schicht umwandeln? Wenn ja, dann ist der Arbeiterdemokrat Ihr Verbündeter und Freund gegen alle Feinde der Demokratie. Wenn nicht, dann treten Sie ab, dann sind Sie nichts anderes als ein Schwätzer.

„Prawda" Nr. 16 und 17, 20. und 22. Januar 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

AN DIE SOZIALDEMOKRATEN[122]

Hier die vollständige Wiedergabe des Leitartikels der letzten Nummer der Petersburger Zeitung „Lutsch" (vom 19. Januar 1913, Nr. 15–101):

DIE ARBEITERMASSEN UND DIE ILLEGALITÄT

„Der Antrag der Metallarbeiter auf Registrierung ihres Verbandes ist wiederum abgelehnt worden. Trotz aller Zugeständnisse, zu denen die Arbeiter bereit waren, fand die Fabrikkammer entschieden alle Paragraphen unannehmbar. Ob hier die Gesellschaft der Fabrikanten und Werkbesitzer die Hand im Spiele hatte, die, wie die Zeitungen eine Zeitlang meldeten, darauf bestand, den Metallarbeitern keinen neuen Gewerkschaftsverband zu erlauben, oder die Fabrikkammer von sich aus beschlossen hatte, die Existenz eines solchen Verbandes nicht zu gestatten, ändert nichts am Wesen der Sache. Der fortgeschrittenste und kulturvollste Teil der Petersburger Arbeiter ist sogar des armseligen Rechts beraubt, das ihnen auf Grund der provisorischen Richtlinien über die Verbände und Gesellschaften zusteht! Wieviel Kräfte wurden verausgabt, wieviel Leben hingegeben im Kampf für dieses Stückchen Recht, das jetzt mit einer Handbewegung hinweggewischt wird!

Und was am sonderbarsten ist – die breiten Arbeitermassen antworten überhaupt nicht auf diesen Rechtsraub. Unter dem Einfluß der Verfolgungen der legalen Organisationen in letzter Zeit werden sogar hier und da unter der Arbeiterschaft die Sympathien für die ‚Illegalität' wieder lebendiger und stärker. Wir verschließen keineswegs die Augen vor dieser unseres Erachtens betrüblichen Tatsache. Da wir aber nicht gewohnt sind, der Spontaneität zu huldigen, suchen wir uns über die Bedeutung dieser Tatsache Rechenschaft zu geben.

Das jetzige Gerede über die ‚Illegalität' erinnert in hohem Maße an den

alten, jetzt wohl gründlich in Vergessenheit geratenen Streit um den Terror. Dem Terror ‚huldigten' ebenfalls viele, um ihre eigene Untauglichkeit zu verbergen. Es ist schön und gut, daß es Helden gibt, wir aber werden schon irgendwie hinterhertraben. So auch jetzt. Wir sind zu faul, zu denken und neue Wege zu suchen, wir warten darauf, daß die Illegalität an unserer Statt entscheide, und dann werden wir handeln, ohne verantwortlich zu sein. Gelingt die Sache – schön und gut, gelingt sie nicht, so haben wir etwas, worauf wir die Schuld schieben können.

Diese Einstellung, die, wir leugnen es nicht, in unserer heutigen politischen Situation wurzelt und sich hinreichend durch die schweren Opfer erklärt, die auf dem Altar der offenen Bewegung bereits gebracht worden sind – dieses Nicht-verantwortlich-sein-Wollen, der unbewußte Wunsch, ‚nicht dabei gewesen zu sein' im Falle eines Mißerfolgs, das eben ist es, was einigen Schichten der Arbeitermasse die wiedererwachende Hochachtung vor der Illegalität diktiert. Wir sagen Hochachtung vor der Illegalität, nicht Flucht in die Illegalität, weil es faktisch in der Illegalität immer nur einzelne gab – die Masse kann in der Illegalität nichts ausrichten –, diese niemandem verantwortlichen einzelnen aber die Massenaktionen befehligten.

Die ‚legalen Möglichkeiten' jedoch, sagt man, seien alle erschöpft, so daß wir jetzt vor einer fast vollständigen Vernichtung der legalen Organisationen stehen. Gerade das stimmt nicht,, daß *alle* Möglichkeiten erschöpft seien. In Wirklichkeit ist die *grundlegende* Möglichkeit, ohne die kein einziger Sieg der Arbeiterklasse denkbar ist, nur sehr wenig genutzt. Wir sprachen von der planmäßigen Mitwirkung der Massen an der Verteidigung ihrer Organisationen. Alles, was bisher getan wurde, geschah sowohl nicht genügend *planmäßig* als auch ohne genügende Mitwirkung der *Massen*. Tausende von Unterschriften unter einer Petition für die Koalitionsfreiheit sind nichts im Vergleich zu den Hunderttausenden Fabrikarbeitern. Die Dutzende und selten Hunderte zählenden Mitglieder unserer Gewerkschafts-, Bildungs- und aller möglichen anderen Vereinigungen sind ein kleiner Tropfen, verglichen mit der riesigen Zahl der Arbeiter, die in dem betreffenden Berufszweig beschäftigt sind, in dem betreffenden Viertel wohnen usw. Und dabei sind faktisch Leute, die sich für die Verbände wirklich interessieren und in ihnen arbeiten, noch seltener.

Die Masse, die die gefährlichsten Posten in den legalen Organisationen mit den Besten aus der Arbeiterintelligenz besetzt, läßt leicht den Mut sinken und ist bereit, die Sache selbst aufzugeben, wenn diese Vorkämpfer aus ihren Reihen gerissen werden. Gerade hierin wurzelt die Schwäche der zeitgenössischen Arbeiterbewegung, und gerade hier liegt ein noch unberührtes Feld beharrlicher und zielstrebiger sozialdemokratischer Arbeit."

Man kann sich schwerlich ein vollständigeres, exakteres und beredteres Dokument zur Beleuchtung der brennenden Fragen unserer sozialdemokratischen Partei vorstellen als diesen Artikel. Der Leitartikel des „Lutsch" Nr. 101 zieht ein bemerkenswert richtiges Fazit aus allen hundert Nummern des „Lutsch" und aus der ganzen fünfjährigen Propaganda der Liquidatoren, P. B. Axelrods, Th. Dans, W. Jeshows, Lewizkis, Potressows, Martows, Martynows usw.

Um diesen Leitartikel ausführlich zu kommentieren, müßte man einen Band schreiben und wiederholen, was die Marxisten *aller* Strömungen in der Presse der Jahre 1909–1912 gegen die Liquidatoren gesagt haben.

Wir wollen nur auf einiges eingehen. In der Arbeitermasse werden die Sympathien für die Illegalität wieder lebendiger und stärker, erwacht von neuem die Hochachtung vor ihr. Diese Tatsache als betrüblich anzusehen heißt ein Liberaler zu sein und kein Sozialdemokrat, ein Konterrevolutionär und kein Demokrat. Die Illegalität mit dem Terror zu vergleichen ist eine unerhörte Verhöhnung der revolutionären Arbeit unter den Massen. Nur die Illegalität stellt und löst die Fragen der heranreifenden Revolution, bestimmt die Richtung der revolutionären sozialdemokratischen Arbeit, gewinnt die Arbeitermassen eben durch diese Arbeit.

In die Illegalität gingen und gehen immer die bewußtesten, die besten, die bei der Masse beliebtesten Arbeiterkämpfer. Die Verbindung zwischen der Illegalität und den Massen kann jetzt noch umfassender und enger sein als früher und ist es gewöhnlich auch, hauptsächlich infolge der größeren Bewußtheit der Massen, zum Teil aber auch gerade dank der „legalen Möglichkeiten". Dumm und niederträchtig ist das Gerede von einer legalen Partei, aber für unsere sozialdemokratischen Parteizellen, für *ihre* Arbeit unter den Massen sind die „legalen Möglichkeiten" keineswegs erschöpft, *können* sie *nicht* „erschöpft" sein.

Wird der Leitartikel der Nr. 101 des „Lutsch" nicht *alle* Sozialdemokraten aufrütteln? Wird sich auch nur eine „Strömung" unter den Sozialdemokraten finden, die eine solche Propaganda hinnimmt?

Wird dieser resümierende Leitartikel nicht zur Lösung der *brennenden* Frage der *Einheit* der sozialdemokratischen Partei beitragen?

Die Diplomaten des Liquidatorentums sind in Nr. 101 des „Lutsch" vollends entlarvt. Ihnen ist die Maske vom Gesicht gerissen. Von einer

Einheit mit der Liquidatorengruppe des „Lutsch" und der „Nascha Sarja" können jetzt nur noch Heuchler reden.

Es ist an der Zeit für diejenigen Sozialdemokraten, die bisher aus verschiedenen Gründen schwankten, auf eine Frage keine bestimmte Antwort gaben, in ausweichender Form eine „Vereinbarung" mit dem „Lutsch" zuließen, mit Worten über die „Einheit" die Vereinigung mit dem „Lutsch" tarnten – es ist für sie an der Zeit, endlich aufzuhören zu schwanken und offen Stellung zu beziehen.

Unmöglich ist eine Einheit mit dem „Lutsch", durchaus möglich und dringend notwendig ist die Einheit *gegen* den „Lutsch". Denn es geht um die Einheit der *„Illegalität"*, um die Einheit der illegalen sozialdemokratischen Partei, der SDAPR, und um die Einheit ihrer revolutionären Arbeit unter den Massen.

Geschrieben am 22. Januar (4. Februar) 1913.

Als Flugschrift hektographisch vervielfältigt.

Nach dem Text der Flugschrift.

IN DER WELT DER ASEF

Die nationalistische Presse macht einen schrecklichen Lärm um den „Fall" Aljochin. Man bedenke nur! Die Österreicher haben Rußland beleidigt, sie haben einen russischen Ingenieur wegen Spionageverdachts schuldlos verhaftet, haben den Gefangenen verhöhnt! Die „patriotischen" Ausfälle gegen Österreich fanden kein Ende.

Und nun zeigt sich der ganze Mechanismus, der einfache, alte, längst bekannte Mechanismus dieser Angelegenheit. Herr Aljochin wurde das Opfer des österreichischen Polizei„mitarbeiters" Weisman, der für 2000 Kronen (800 Rubel) im Monat russische Spione in Österreich aufspürte.

Der russische Ingenieur, der kein Deutsch versteht und zudem offenbar noch wenig gewitzt ist, ging dem Lockspitzel, der ihn zur Besichtigung von Arsenalen mitnahm, naiv auf den Leim.

Das „Nowoje Wremja" und unsere anderen Zeitungen von der Richtung der Schwarzhunderter und der Regierung stehen für die *russischen* Asef mit Leib und Seele ein. Als sich aber herausstellte, daß dieser Asef in Österreichs Diensten steht, entflammten die loyalen Russen in „ehrlicher" Entrüstung.

Es stellte sich aber außerdem heraus, daß Weisman einst *russischer* Spion und Lockspitzel war. Die Karriere dieses Weisman ist sehr aufschlußreich.

Sein Vater unterhielt ein Bordell. Das Söhnchen wurde nach dieser Vorbildung russischer Spion in Österreich, in Wien, wobei er außerdem die russischen politischen Emigranten bespitzelte. Von 1901 bis 1905 diente Weisman also der russischen Polizei, trieb er gleichzeitig militärische und politische Spionage.

Dann entzweite er sich mit der russischen Polizei und trat in den Dienst der österreichischen Polizei über.

Sehr einfach.

Der arme Aljochin fiel einem ehemaligen russischen Spion zum Opfer. Wie sollten sich da die russischen Lakaienzeitungen nicht über diese „Heimtücke" Österreichs entrüsten?

„Prawda" Nr. 20,
25. Januar 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

BOURGEOISIE UND REFORMERTUM

Die Betrachtungen der „Retsch" über die aktuelle Frage der Streiks verdienen die besondere Beachtung der Arbeiter.

Die liberale Zeitung führt die offiziellen Daten über die Streikbewegung an:

Jahr	Streiks	Arbeiter (in 1000)
1905	13 995	2 863
1906	6 114	1 108
1907	3 573	740
1908	892	176
1909	340	64
1910	222	47
1911	466	105
1912	1 918	683

Wir bemerken nebenbei, daß die Zahlen für 1912 eindeutig zu niedrig angegeben sind: Teilnehmer an politischen Streiks werden insgesamt 511 000 gezählt. Ihre Anzahl belief sich auf etwa das Doppelte. Erinnern wir auch daran, daß die „Retsch" noch im Mai 1912 den politischen Charakter unserer Arbeiterbewegung leugnete und beteuerte, die ganze Bewegung trage ausschließlich ökonomischen Charakter. Doch wollen wir uns jetzt mit einer anderen Seite der Sache befassen.

Wie bewertet unsere liberale Bourgeoisie diese Erscheinung?

„Nicht erfüllt sind die Grundforderungen des politischen Bewußtseins" (warum nur des *Bewußtseins*??) „der russischen Bürger", schreibt die „Retsch".

„Die Arbeiterklasse ist überall die beweglichste und empfänglichste Schicht der städtischen Demokratie ... die aktivste Schicht des Volkes ... Unter konstitutionellen Bedingungen ... bei normalen politischen Verhältnissen ... wären nicht (durch den Putilow-Streik) Zehntausende Arbeitstage in einem Produktionszweig verlorengegangen, der jetzt, angesichts der außenpolitischen Komplikationen, so große Bedeutung erlangt." (Nr. 19.)

Der Standpunkt der Bourgeoisie ist klar. „Wir" wollen eine Politik des Imperialismus, der Eroberung fremder Gebiete. „Uns" behindern die Streiks. „Wir" verlieren Mehrwert infolge der „verlorengegangenen" Arbeitstage. „Wir" wollen eine ebensolche „normale" Ausbeutung der Arbeiter wie in Europa.

Vortrefflich, ihr Herren Liberale! Euer Wunsch ist berechtigt, euer Bestreben wollen wir unterstützen ... wenn ... *wenn* es nicht etwas Totes, etwas Leeres ist!

Die „Retsch" fährt fort: „Die preußischen Staatsmänner" (man hätte sagen müssen: die preußischen Gutsbesitzer) „haben nicht aus Sympathie für die Freiheiten die ‚*Legalisierung der sozialdemokratischen Partei*' eingeräumt. Reformen bringen entsprechende Früchte, wenn sie zur rechten Zeit gewährt werden."

So sieht das vollendete Reformertum unserer Bourgeoisie aus. Sie beschränkt sich auf Seufzer, sie möchte die Purischkewitsch überzeugen, ohne sie zu verletzen, sich mit ihnen versöhnen, ohne sie zu beseitigen. Jedem denkenden Menschen muß klar sein, daß die Losung der „Legalisierung der sozialdemokratischen Partei" *ihrer objektiven* Bedeutung nach (d. h. unabhängig von den guten Absichten einzelner Grüppchen) ein untrennbarer Bestandteil dieses jämmerlichen und ohnmächtigen bürgerlichen Reformertums ist.

Wir wollen nur eins bemerken. Bismarck konnte Reformen nur deshalb erfolgreich durchführen, weil er über den Rahmen des Reformertums hinausging: er vollzog bekanntlich eine Reihe von „Revolutionen von oben", er raubte einem der reichsten Länder der Welt fünf Milliarden Francs, er *konnte* dem durch den Goldstrom und die unerhörten militärischen Erfolge berauschten Volk das allgemeine Wahlrecht und eine wirkliche Gesetzlichkeit geben.

Glaubt ihr nicht, ihr Herren Liberale, daß etwas Ähnliches in Rußland möglich ist?? Weshalb habt ihr sogar bei der Frage des Archangelsker Semstwos (das wäre doch eine „Reform"!) erklärt, daß Reformen in Rußland aussichtslos seien??

„Prawda" Nr. 23,
29. Januar 1913.
Unterschrift: T.

Nach dem Text der „Prawda".

ÜBER DIE LEGALE PARTEI

Die Zeitung „Lutsch", die in intellektuellen Kreisen um so mehr „Lärm" zu machen versteht, je weniger sie von den Arbeitern gelesen wird, setzt ihre Propaganda für eine *legale Arbeiterpartei* mit einem Eifer fort, der einer besseren Sache wert wäre.

Im Neujahrsleitartikel dieser Zeitung lesen wir die alte Unwahrheit, das Jahr 1912 habe „als aktuelle Losung und Banner des proletarischen Rußlands den Kampf für die Koalitionsfreiheit und den Kampf für die legale Existenz der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf die Tagesordnung gesetzt".

Jeder, der mit der Massenbewegung der Arbeiter im Jahre 1912 wirklich Fühlung gehabt und ihr politisches Gesicht aufmerksam beobachtet hat, weiß sehr wohl, daß die Liquidatoren vom „Lutsch" hier die Unwahrheit sagen. Als aktuelle Losung und Banner des Kampfes proklamierten die Arbeiter etwas *anderes*. Das veranschaulichten besonders deutlich z. B. die Maitage, wo die fortgeschrittensten Arbeiter verschiedener Strömungen (und sogar unter Beteiligung einer Minderheit von Volkstümlern inmitten der Mehrheit von Sozialdemokraten) *selbst* eine *andere* Losung aufstellten, ein anderes „Banner" entfalteten.

Die Intellektuellen vom „Lutsch" wissen das, aber sie wollen *ihre* Kleingläubigkeit, *ihre* Begriffsstutzigkeit, *ihren* Opportunismus den Arbeitern aufzwingen. Ein bekanntes und nicht neues Bild! In Rußland aber fällt den Autoren eine solche Verzerrung um so leichter, als sie das Monopol haben, auf bestimmten Schauplätzen „legal" in Erscheinung zu treten.

Doch bleibt die Unwahrheit des „Lutsch" eine Unwahrheit. Und sie wird noch schlimmer, wenn der „Lutsch" fortfährt:

„Im Mittelpunkt der politischen Mobilisierung der Arbeitermassen des Jahres 1913 wird eben diese Losung stehen ..."

Mit anderen Worten: *Entgegen* dem Willen der Arbeitermassen, die bereits eine *andere* Losung ausgegeben haben, werden die Intellektuellen vom „Lutsch" sie stutzen und beschneiden! Des Menschen Wille ... nur daß ihr, ihr Herren, keineswegs eine sozialdemokratische, sondern eine liberale Sache betreibt.

Möge sich der Leser den kürzlichen Streit des „Lutsch" mit der „Prawda" über die legale Partei ins Gedächtnis rufen. Weshalb gelang es nicht einmal den Kadetten, die legale Partei zu schaffen? fragte die „Prawda"*. Und im „Lutsch" antwortete Th. D.:

„Die Kadetten gaben zu, daß ihr Wunsch utopisch ist", als ihr Statut nicht bestätigt wurde, die Liquidatoren aber betrieben „eine beharrliche planmäßige Arbeit, die Eroberung einer Position nach der andern" (siehe Nr. 73 des „Lutsch").

Man sieht: Th. D. hat sich um die Antwort gedrückt! Auch die Kadetten leisteten eine beharrliche Arbeit, auch sie „eroberten Positionen" in der legalen Literatur und in den legalen Verbänden. Aber selbst die Kadetten haben *keine* legale *Partei*.

Weshalb hören denn die Kadetten nicht auf, von einer legalen Partei zu träumen und zu reden? Weil sie eine Partei der konterrevolutionären liberalen Bourgeoisie sind, die für gewisse kleine Zugeständnisse an die Liberalen, für ein kleines Zugeständnis an die „friedfertige" legale Kadettenpartei bereit ist, sich mit den Purischkewitsch *auszusöhnen*.

Das ist die objektive, d. h. von frommen Wünschen und schönen Worten unabhängige, Bedeutung des Geredes über eine legale Partei in der Epoche des Regimes des 3. Juni. Diese Reden sind der Ausdruck für die *Abkehr* von der konsequenten Demokratie, für die Propagierung des *Friedens* mit den Purischkewitsch.

Wichtig ist nicht, welche *Ziele* die Liquidatoren mit ihrer Propaganda für eine legale Partei verfolgen, welches ihre Vorsätze und Absichten sind. Das ist eine subjektive Frage; bekanntlich ist der Weg zur Hölle mit „guten" Vorsätzen gepflastert. Wichtig ist, was die Propagierung einer legalen Arbeiterpartei unter dem Regime des 3. Juni, angesichts der nicht legalen liberalen Partei usw. objektiv bedeutet.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 425–427. *Die Red.*

Diese objektive Bedeutung des liquidatorischen Geredes über eine legale Partei besteht in der Abkehr von den gesamtnationalen und grundlegenden Bedingungen und Forderungen der Demokratie.

Daher eben lehnt jeder klassenbewußte Arbeiter die Propaganda der Liquidatoren ab, denn die Frage der „legalen Partei" ist eine *Kern*frage, ist eine Frage der *Existenz* der Partei der Arbeiterklasse überhaupt. Die liquidatorische Propaganda untergräbt von Grund auf gerade die Existenz einer wirklichen Arbeiterpartei.

„Prawda" Nr. 24,
30. Januar 1913.
Unterschrift: J.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE MOBILISIERUNG DER BÄUERLICHEN LÄNDEREIEN

Mobilisierung des Bodens nennt man die Übereignung von Grundeigentum. Was unsere Bauern betrifft, so herrscht bisher im Gesetz wie in der „öffentlichen" Meinung (selbst der liberalen, unter den Kadetten) die *fronherrliche* Auffassung, daß die Mobilisierung der bäuerlichen Ländereien schädlich sei und daß man sie verbieten oder beschränken müsse.

Vom Standpunkt der Demokratie ist allein schon der Gedanke, daß man den Bauern – erwachsenen Menschen und vollberechtigten Bürgern – den Verkauf ihres Grund und Bodens verbieten oder erschweren dürfe, die schamloseste Verhöhnung der Bauernschaft. Nur in einem Land wie Rußland, wo die Beamten und die Masse der Liberalen in alter Fronherrenart noch heute im Bauern nur den bevormundeten, begriffsstutzigen, nicht vollberechtigten „Mushik" sehen, kann eine solche Einstellung zur Mobilisierung fortbestehen.

Vom wirtschaftlichen Standpunkt ist der Schaden, den jedes Verbot und jede Beschränkung der Mobilisierung anrichtet, ungeheuer groß. Bei einigermaßen erträglichen Lebensbedingungen wird der Bauer *niemals* seinen Boden verkaufen. *Zwingen* aber Not oder andere Umstände (Umsiedlung, Tod einer Arbeitskraft usw.) zum Verkauf, so wird das *kein Gesetz* verhindern können. Das Gesetz wird man *immer* umgehen, und Verbote werden die Bedingungen des Bodenverkaufs nur verschlechtern.

Im Januarheft der „Russkaja Mysl", des Organs der am weitesten rechts stehenden Kadetten, eines Gemischs von Liberalen und Schwarzhundertern, mußte ein gewisser Fürst W. Obolenski, der offenbar die übliche Auffassung der Schwarzhunderter und der Liberalen über die Mobilisierung teilt, *Tatsachen* anführen, die die Unsinnigkeit und Schäd-

lichkeit ihrer Beschränkung beweisen. Man verbietet Nicht-Bauern den Kauf von Anteilland. Der Käufer läßt sich als Bauer registrieren! Man verbietet dem einzelnen, mehr als sechs persönliche Bodenanteile zu kaufen. Der Käufer trifft fiktive, vorgetäuschte Abmachungen auf den Namen von Verwandten usw.! Man verbietet die Verpfändung von Anteilländereien. Das erleichtert gerade die Machenschaften der Bodenspekulanten und erschwert den Bodenerwerb für die Mittelbauern!

Nur Anhänger der Fronherrschaft und Heuchler können von einer Beschränkung der Mobilisierung eine „Hilfe" für die Bauern erwarten. Die Bauern, die Bewußtsein haben, suchen den Ausweg ganz woanders.

„Prawda" Nr. 26,
1. Februar 1913.
Unterschrift: T.

Nach dem Text der „Prawda".

EINIGES ÜBER STREIKS

Die Zeitung „Lutsch" wandte sich in einer Reihe von Artikeln gegen die Massenstreiks.

Natürlich können wir dem „Lutsch" hier nicht so antworten, wie er es verdiente.

Wir beschränken uns daher auf einige wenige rein theoretische Bemerkungen über den *Charakter* der Propaganda des „Lutsch". Die Schreiber vom „Lutsch", die fleißig Beispiele aus westlichen Ländern bringen und auf tausenderlei Weise Wörtchen wie „Anarchosyndikalismus" usw. wiederholen, dokumentieren damit, daß sie von der historischen Eigenart der Streiks in Rußland im Jahre 1912 absolut nichts begriffen haben.

Nirgends in Europa hatten und haben die Streiks des 20. Jahrhunderts eine solche Bedeutung wie im Rußland unserer Tage, nirgends können sie eine solche Bedeutung haben. Warum?

Weil eben in ganz Europa die Periode der tiefgreifenden demokratischen Umgestaltungen längst völlig abgeschlossen ist, in Rußland aber gerade solche Umgestaltungen auf der Tagesordnung stehen – in der historischen Bedeutung dieses Wortes.

Daher der gesamtnationale Charakter der wirtschaftlichen und noch mehr der nichtwirtschaftlichen Streiks in Rußland. Einen solchen gesamtnationalen Charakter (vom Standpunkt der demokratischen Umgestaltungen des Landes) haben die europäischen Streiks, die Vorboten ganz anderer Umwälzungen sind, *nicht*. Zudem ist das Verhältnis zwischen den Streiks in Rußland und der Lage der landwirtschaftlichen Kleinproduzenten (der Bauern) wiederum ein ganz anderes als in den westlichen Ländern.

Fassen wir das alles zusammen, so verstehen wir, daß die Propaganda des „Lutsch" gerade die gesamtnationale, die demokratische Bedeutung der wirtschaftlichen und der nichtwirtschaftlichen Streiks im Rußland des Jahres 1912 im dunkeln läßt. Das Auftreten des Proletariats als des Hegemons (Führers) *entgegen* den antidemokratischen Stimmungen der Liberalen – das ist das Wichtigste und historisch Besondere an unseren Streiks. Und gerade das begreifen die Schreiber vom „Lutsch" nicht, und sie können es von ihrem liquidatorischen Standpunkt aus auch nicht begreifen.

Es geht natürlich keineswegs um die Beurteilung der Zweckmäßigkeit dieses oder jenes einzelnen Streiks. Es geht keineswegs darum, daß eine möglichst planmäßige Vorbereitung und manchmal sogar die Ersetzung eines Streiks durch eine *gleichartige* Aktion nötig ist. Es geht um das *allgemeine* Unverständnis der Liquidatoren für *jene* Bedeutung der Streiks überhaupt, die die Losung der „Koalitionsfreiheit" oder der „legalen Partei" zu einer untauglichen, der gegebenen Sachlage nicht entsprechenden Losung macht.

Nicht im Hinblick auf Einzelfälle, sondern im Hinblick auf den ganzen Charakter der Bewegung setzen die Liquidatoren dort ein Minus, wo die Marxisten und klassenbewußten Arbeiter ein Plus setzen. Aus diesem Grunde eben empörten und empören sich die Arbeiter mit Recht über die Propaganda des „Lutsch".

„Prawda" Nr. 27,
2. Februar 1913.
Unterschrift: J.

Nach dem Text der „Prawda".

RUSSEN UND NEGER

Welch sonderbare Gegenüberstellung! – wird der Leser denken. – Wie kann man eine bestimmte Rasse einer bestimmten Nation gegenüberstellen?

Eine solche Gegenüberstellung ist möglich. Die Neger haben sich am spätesten von der Sklaverei befreit, und noch heute lasten die Spuren der Sklaverei auf ihnen am schwersten – selbst in den fortgeschrittenen Ländern, denn der Kapitalismus kann keine andere Befreiung „einräumen" als die rechtliche, und auch diese engt er in jeder Weise ein.

Von den Russen sagt die Geschichte, daß sie sich von der Sklaverei der *Leibeigenschaft* im Jahre 1861 „fast" befreit haben. Annähernd zur gleichen Zeit, nach dem Bürgerkrieg gegen die amerikanischen Sklavenhalter, befreiten sich die Neger in Nordamerika von der Sklaverei.

Die Befreiung der amerikanischen Sklaven vollzog sich auf weniger „reformatorischem" Wege als die Befreiung der russischen Sklaven.

Deshalb sind jetzt, nach einem halben Jahrhundert, die Spuren der Sklaverei bei den Russen *weit stärker* erhalten als bei den Negern. Und es wäre sogar exakter, sprächen wir nicht nur von Spuren der Sklaverei, sondern auch von Institutionen ... Doch wollen wir uns in dem vorliegenden kurzen Artikel auf eine kleine Illustration des Gesagten beschränken – auf die Frage der Elementarbildung. Eine der von der Sklaverei hinterlassenen Spuren ist bekanntlich das Analphabetentum. In einem Lande, das von Paschas, den Purischkewitsch und anderen unterdrückt wird, kann die Mehrheit der Bevölkerung nicht lese- und schreibkundig sein.

– In Rußland gibt es 73% *Analphabeten*, nicht mitgerechnet die Kinder bis zum Alter von 9 Jahren.

Bei den Negern in den Vereinigten Staaten von Nordamerika machen die Analphabeten (1900) – 44½% aus.

Ein so unerhört hoher Prozentsatz an Analphabeten ist eine Schande für ein zivilisiertes, fortgeschrittenes Land, für die nordamerikanische Republik. Und dabei weiß jedermann, daß die Lage der Neger in Amerika *überhaupt* eines zivilisierten Landes unwürdig ist: der Kapitalismus *kann weder* die *völlige* Befreiung *noch* gar völlige Gleichheit bringen.

Aufschlußreich ist, daß der Prozentsatz der Analphabeten bei den Weißen in Amerika bei nur 6% liegt. Unterteilen wir jedoch Amerika in ehemalige Sklavenhaltergebiete (das amerikanische „Rußland") und in Nicht-Sklavenhaltergebiete (das amerikanische Nicht-Rußland), so erhalten wir *bei den Weißen* einen Prozentsatz an Analphabeten von 11 bis 12% in den ersten Gebieten und von 4–6% in den zweiten!

In den ehemaligen Sklavenhaltergebieten ist der Prozentsatz an Analphabeten *bei den Weißen doppelt so hoch*. Die Spuren der Sklaverei lasten nicht nur auf den Negern!

Eine Schande für Amerika ist die Lage der Neger! . . .

Geschrieben Ende Januar–Anfang Februar 1913.
Zuerst veröffentlicht 1925 in der Zeitschrift „Krasnaja Niwa" (Die rote Flur) Nr. 3. Unterschrift: W.

Nach dem Manuskript.

ÜBER EINE ENTDECKUNG

Die bürgerliche Gesellschaft lebt und erhält sich ausschließlich durch die Lohnarbeit von Millionen. Ohne sie wären die Einnahmen der Gutsbesitzer, die Profite der Kapitalisten, die verschiedenen „abgeleiteten" Quellen für ein üppiges Leben wie Honorare, Gehälter usw. unmöglich. Die Macht aber, die die Millionen in die Reihen der Tagelöhner preßt, ist der Hunger.

Eine alte, allbekannte, abgedroschene Tatsache. Das bürgerliche Publikum gewöhnt sich daran und „bemerkt es nicht". Von Zeit zu Zeit jedoch – besonders wenn Gesundheit und Wohlergehen der Herren Bourgeois bedroht sind! – geben himmelschreiende Fälle von Not und Elend neben gleichzeitigem Luxus Veranlassung, „Entdeckungen" zu machen. In jeder großen Stadt und in jedem beliebigen dörflichen Krähwinkel „entdeckt" man ab und an schreckliche, abscheuliche, menschenunwürdige Unsauberkeit, Armut, Verwahrlosung. Man „entdeckt" das, setzt durch die „großen" Zeitungen die Leserschaft davon in Kenntnis, spricht darüber ein, zwei Tage und vergißt es wieder. Der Satte weiß nicht, wie dem Hungrigen zumute ist . . .

Die Petersburger Leserschaft erfuhr kürzlich von einer solchen „Entdeckung" durch einen gewissen Dr. Koslowski, der 251 Nachtasyle des Roshdestwenski-Stadtteils besichtigt hatte.

„Dunkle, feuchte Räume, stickige Luft, Schmutz, Schlafstätten auf Kisten, auf dem Fußboden, schreckliche Enge (3578 Mieter in 251 Wohnungen), an den Wänden zerdrückte Wanzen, ein entsetzliches Bild." („Nowoje Wremja" Nr. 13 236.)

Die Gesellschaft für Volksgesundheit beschloß nach Entgegennahme

dieses Berichts, sich mit dieser Frage zu befassen ... die Behörden zu bemühen ... eine Untersuchung zu erwirken ... unternahm also alles, was in ihren Kräften stand.

Hier einige Angaben aus der Statistik der Stadt St. Petersburg für das Jahr 1911. Der „Sonderbehörde zur Kontrolle und Unterbringung der Bettler" wurden 16 960 Bettler vorgeführt. Von ihnen wurden 1761 *dem Gericht übergeben* – belästige nicht die sauberen Herrschaften! –, 1371 in ihre Heimatorte zurückgeschafft (das Dorf ist es „gewohnt", sich mit den Armen herumzuschlagen), 1892 in Einrichtungen der Behörde untergebracht und 9694 – *freigelassen*.

In der Behörde ist immerhin gearbeitet worden, eine „Kontrolle" wurde gemacht, die Gehälter sind nicht umsonst gezahlt worden.

Im gleichen Jahr (1911) wandten sich an die städtische Arbeitsbörse (hinter der Moskauer Sastawa) 43 156 arbeitsuchende ungelernte Arbeiter. Arbeit erhalten haben 6076 Personen.

Die „Freigelassenen" (die Bettler von der „Unterbringung" und die ungelernten Arbeiter von der Arbeit) übernachten auf der Straße, in Nachtasylen, in Herbergen ... Hier sind Entdeckungen zu machen.

„Prawda" Nr. 29,
5. Februar 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

DER PARTEITAG DER ENGLISCHEN ARBEITERPARTEI

Vom 29. bis 31. Januar tagte in London der XIII. Parteitag der britischen Arbeiterpartei. Anwesend waren 500 Delegierte.

Der Parteitag nahm eine Resolution gegen den Krieg an und, mit großer Mehrheit, eine Resolution, die den Parlamentsvertretern der Partei empfiehlt, gegen jede Vorlage einer Wahlreform zu stimmen, die das Wahlrecht nicht auch auf die Frauen ausdehnt.

Die englische „Arbeiterpartei", die *neben* der opportunistischen „Unabhängigen Arbeiterpartei" und der sozialdemokratischen „Britischen Sozialistischen Partei" existiert, ist so etwas wie eine *breite Arbeiterpartei*. Es ist das ein Kompromiß zwischen einer sozialistischen Partei und nichtsozialistischen Gewerkschaften.

Die Ursachen dieses Kompromisses liegen in den Besonderheiten der englischen Geschichte, der Absonderung der *Aristokratie* der Arbeiterklasse in nichtsozialistischen, liberalen Gewerkschaftsverbänden. Die begonnene Wendung dieser Verbände zum Sozialismus hin hat eine Menge verworrener Zwischenstadien zur Folge.

In der Frage der Parteidisziplin z. B. wurde eine Resolution angenommen, die den Parteiausschluß für Verletzung der Beschlüsse der Partei und der *Parlamentsfraktion* androht.

Es kam zu Debatten, wie sie in keinem anderen Lande möglich sind: Gegen wen richtet sich diese Resolution, gegen die Liberalen oder gegen die Sozialisten?

Die Sache ist die, daß von den 40 Arbeiterabgeordneten im Parlament 27 *Nichtsozialisten* sind!! Die dreizehn Sozialisten, sagte Will Thorne, Sozialist, in seiner Stellungnahme gegen die Resolution, wolle man *binden*

durch eine Unterordnung unter die *Nichtsozialisten*. Sogar Bruce Glasier, Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei, der für die Resolution eintrat, gab zu, daß es *etwa ein halbes Dutzend* von Arbeiterabgeordneten gibt, die man zu den Konservativen zählen kann.

Die Resolution wurde angenommen.

Eine Resolution, wonach in Parteiräumen nicht allein Plakate der opportunistischen Tageszeitung „The Daily Herald" ausgehängt werden sollten, wurde mit einer Mehrheit von 643 000 Stimmen bei 398 000 Gegenstimmen abgelehnt. Bei Abstimmungen zählt man hier die durch die Delegierten vertretenen Mitglieder.

Die Mehrheit auf dem Parteitag hatten Nichtsozialisten und äußerst schlechte Sozialisten. Doch waren bestimmte Stimmen zu hören, daß die Masse der Arbeiter mit einer solchen Partei unzufrieden ist, daß sie von den Abgeordneten weniger legislatorische Spielereien und mehr sozialistische Propaganda fordert.

„Prawda" Nr. 30, 6. Februar 1913.

Nach dem Text der „Prawda".

DER ZUSAMMENBRUCH DER KONSTITUTIONELLEN ILLUSIONEN

„Gott sei Dank, wir haben eine Verfassung", rief nach dem 3. Juni 1907 Herr Miljukow aus. Mit solchen ergötzlichen Beteuerungen tröstete sich der Führer der liberalen Bourgeoisie, und dahinter verbarg er ihren Unglauben an das Volk, ihre Unlust, ihre Furcht, vom „konstitutionellen" Weg abzuweichen.

Es ist höchst charakteristisch, daß gerade jetzt, wo derselbe Herr Miljukow oder seine prüde, offiziös-liberale „Retsch" den „Beginn eines gesellschaftlichen Aufschwungs" zugeben (Nr. 26), das Fiasko dieser konstitutionellen Illusionen deutlich wird. Der Wunsch, die unangenehme Wirklichkeit (und die unangenehme Notwendigkeit eines Weges, der wenig dem „konstitutionellen" gleicht) wegzudiskutieren, der Wunsch, sich und andere mit „konstitutionellen" Wörtchen einzuschläfern, das liegt diesen Illusionen zugrunde.

Man schaue sich die Äußerungen der Liberalen über die gegenwärtige Lage an!

„In der Duma ist es langweilig, weil es keinen Kampf gibt." (Nr. 25.)

Niemand hat euch gezwungen, ihr Herren, zu erklären, daß wir eine Verfassung haben!

„Alle Worte sind gesagt. Jetzt sind Taten nötig, *doch der Glaube an sie fehlt*. Daher auch die Apathie." (Ebenda.)

Ihr habt euch mit dem Glauben an *Worte* getröstet, die vornehmlich den Oktobristen galten. Ihr gebt jetzt zu, daß ihr mit diesen Worten den fehlenden *Glauben an Taten* verbergen wolltet.

Ihr selbst, ihr Herren Liberale, habt euch euer Urteil gesprochen.

Die Demokratie im allgemeinen – die Arbeiter im besonderen – hatten den Glauben an Worte (über die Verfassung) nicht*

Geschrieben Ende Januar–Anfang Februar 1913.
Zum erstenmal veröffentlicht. *Nach dem Manuskript.*

* Das Manuskript des Artikels ist nicht vollständig erhalten. *Die Red.*

WIR DANKEN FÜR DIE OFFENHEIT

Wir danken der Schwarzhunderterzeitung „Nowoje Wremja" für den Abdruck der offenen Worte Kobylinskis, des Führers der Rechten im Reichsrat. Wir danken auch dem „Führer" selbst.

„Immer wieder zeigt sich", rief Herr Kobylinski aus, „die Unkenntnis und das Unvermögen der Mitglieder der Reichsduma in der Gesetzgebung ... *So verfassen nur Krämer Gesetze.*

Wir werden angegriffen, weil wir die Gesetzesvorlage über die Einführung des Semstwos im Gouvernement Archangelsk abgelehnt haben ... Die Reichsduma hat überhaupt nicht daran gedacht, daß wegen des Fehlens kulturell entwickelter Elemente und der schwachen Besiedlung des Gouvernements Archangelsk in die dortigen Semstwoverwaltungen, wie man bei uns scherzte, jeweils *ein Mushik*, ein Renntier und ein Bär gewählt werden müßten.

Auf jeden Fall *werden wir* die Bildung eines Semstwos *der Mushiks*, wie es die III. Reichsduma plante, *nicht zulassen.*"

Wie sollte man dem Führer der Rechten im Reichsrat, d. h. dem Führer des Reichsrats, für eine solche Offenheit nicht dankbar sein?

Statt abgedroschener, nichtssagender, liberaler Phrasen *gegen* den Reichsrat empfehlen wir den Lesern wärmstens diese klare, wahrheitsgetreue Stellungnahme *für* den Reichsrat.

Krämer in der Reichsduma ... Mushiks und Bären im Semstwo ... Krämer und Mushiks werden wir nicht zulassen. Das ist die offene Sprache eines Fronherrn und Gutsbesitzers.

Und man beachte: Er hat recht, dieser Fronherr, wenn er sagt, daß es in der Reichsduma *keine* Mehrheit ohne „Krämer" gibt, d. h., in der Sprache eines klassenbewußten Arbeiters (und nicht eines ungeschlach-

ten Gutsbesitzers) ausgedrückt, ohne die *Bourgeoisie*. Er hat recht, dieser Gutsbesitzer: eine Selbstverwaltung wäre in der Tat eine *bäuerliche* Selbstverwaltung (die klassenbewußten Arbeiter ziehen den Ausdruck „bäuerlich" dem bei den ungeschlachten Gutsbesitzern üblichen „der Mushiks" vor). Die Bauern bilden die Mehrheit.

Der Reichsrat ist keineswegs eine zufällige politische Einrichtung, er ist das Organ einer *Klasse* – das eben besagt die wahrheitsgetreue Rede Kobylinskis. Diese Klasse sind die Großgrundbesitzer. Sie *werden* die „Krämer und Mushiks" *nicht zulassen*.

Lernt doch, ihr Herren russische liberale „Krämer", ihr Herren Oktobristen und Kadetten, bei Kobylinski, wie man politische Fragen ernsthaft stellt!

„Prawda" Nr. 35,
12. Februar 1913.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE FRAGE DER EINHEIT

Der Brief des Deputierten der Arbeiter von Kostroma, Schagow, an die „Prawda" (Nr. 22/226) hat sehr deutlich gezeigt, unter welchen Bedingungen die Arbeiter die Einheit der Sozialdemokratie für realisierbar halten. Die Briefe einer ganzen Reihe anderer Abgeordneter der Arbeiterkurie („Prawda" Nr. 21–28) haben diese Auffassung bestätigt. Die Arbeiter selber müssen die Einheit „von unten" herstellen. Die Liquidatoren sollten nicht gegen die Illegalität auftreten, sondern selber illegal arbeiten.

Man kann sich nach einer so klaren und direkten Fragestellung nur wundern, im „Lutsch" Nr. 27 (113) wieder die alten, hochtrabenden, aber völlig inhaltslosen Phrasen Trotzkis vorzufinden. Kein Wort *zum Kern* der Frage! Nicht der geringste Versuch, *exakte Fakten* anzuführen und sie allseitig zu untersuchen! Keine Andeutung der *realen Bedingungen* der Einheit! Bloße Deklamationen, hochtrabende Worte, überhebliche Ausfälle an die Adresse von Gegnern, die der Verfasser nicht nennt, imposant-wichtige Beteuerungen – das ist Trotzkis ganzes Gepäck.

Das taugt zu nichts, Herrschaften. Ihr redet „mit den Arbeitern" *wie mit Kindern*, bald sucht ihr sie mit schrecklichen Worten einzuschüchtern („die Fesseln des Zirkelwesens", „ungeheuerliche Polemik", „feudalfronherrliche Periode unserer Parteigeschichte"), bald wollt ihr sie „überreden", wie man kleine Kinder überredet, ohne zu überzeugen und die Sache zu erklären.

Die Arbeiter werden sich weder einschüchtern noch überreden lassen. Sie werden *selber* den „Lutsch" mit der „Prawda" vergleichen, werden z. B. den Leitartikel in Nr. 101 des „Lutsch" („Die Arbeitermassen und die Illegalität") lesen – und bei Trotzkis Deklamationen einfach abwinken.

„In der Praxis wird die nur scheinbar prinzipielle Frage der Illegalität von allen Teilen der Sozialdemokratie in völlig gleicher Weise gelöst . . .", schreibt Trotzki kursiv. Die Arbeiter von Petersburg wissen aus Erfahrung, daß das nicht stimmt. Die Arbeiter in jeder beliebigen Ecke Rußlands werden, wenn sie den genannten Leitartikel des „Lutsch" lesen, sofort erkennen, daß Trotzki der Wahrheit ausweicht.

„Es ist lächerlich und töricht zu behaupten", lesen wir bei ihm, „daß zwischen den politischen Tendenzen des ‚Lutsch' und der ‚Prawda' ein unversöhnlicher Gegensatz bestehe." Glauben Sie mir, verehrter Autor, die Arbeiter werden sich weder durch das Wort „töricht" noch durch das Wort „lächerlich" einschüchtern lassen, sondern Sie bitten, mit ihnen *wie mit Erwachsenen sachlich* zu reden: Legen Sie doch diese Tendenzen dar! Beweisen Sie doch die „Versöhnbarkeit" des Leitartikels in Nr. 101 des „Lutsch" mit der Sozialdemokratie!

Nein. Mit Phrasen, mögen sie noch so „versöhnlerisch", noch so honigsüß sein, werden Sie die Arbeiter nicht abspeisen.

„Unsere historischen Fraktionen, der Bolschewismus und der Menschewismus", schreibt Trotzki, „sind ihrem Ursprung nach rein intelligenzlerische Gebilde."

Das ist die Wiederholung eines liberalen Märchens. In der Tat aber hat die ganze russische Wirklichkeit die Arbeiter vor die Frage der Stellung zu den Liberalen und zur Bauernschaft gestellt. Gäbe es gar keine Intelligenz, so *könnten* die Arbeiter *nicht* die Frage umgehen, ob sie die Führung der Bauern *im Gefolge* der Liberalen oder *gegen* die Liberalen übernehmen sollen.

Für die Liberalen ist es *von Vorteil*, diese Grundlage der Meinungsverschiedenheiten so darzustellen, als sei sie von den „Intellektuellen" hereingetragen worden. Doch blamiert sich Trotzki nur selbst, wenn er ein liberales Märchen nacherzählt.

„Prawda" Nr. 39,
16. Februar 1913.

Nach dem Text der „Prawda".

WAS TUT SICH IN DER VOLKSTÜMLERRICHTUNG, UND WAS TUT SICH AUF DEM LANDE?

Die Zeitschrift „Russkoje Bogatstwo" zeigt uns eben jene beiden Tendenzen in der Volkstümler- oder Trudowiki-Strömung bzw. -Richtung des russischen Lebens, die man auch an Hand anderer, direkterer, unmittelbarerer Quellen des politischen Wissens verfolgen kann.

Erinnern wir uns zum Beispiel der Debatten in der I. und II. Duma. Leider sind die stenografischen Berichte der einen wie der anderen jetzt aus dem Handel gezogen worden. Aber wie dem auch sei, mit dem in diesen Berichten enthaltenen umfangreichen politischen Material zum Studium der Auffassungen und Bestrebungen der russischen Bauern und der russischen Trudowiki ist entweder schon jetzt jeder gebildete Mensch vertraut, oder er wird es in Zukunft sein. Die wichtigste Schlußfolgerung aus diesem Material besteht darin, daß die *intellektuellen* Trudowiki (einschließlich der intellektuellen Sozialrevolutionäre) und die *bäuerlichen* Trudowiki zwei wesentlich verschiedene politische Strömungen darstellen.

Die intellektuellen Volkstümler tendieren zur versöhnenden oder „allgemein-menschlichen" Phrase. In ihnen ist immer der Liberale zu spüren. Der Standpunkt des Klassenkampfes ist ihnen organisch fremd. Sie räsonieren nur. Sie zerren die demokratische Bauernschaft *zurück*, vom lebendigen und unmittelbaren Kampf gegen ihren Klassenfeind zur nebelhaften, gequälten, ohnmächtigen scheinsozialistischen Phrase.

Die bäuerlichen Volkstümler in den ersten beiden Dumas sind Feuer und Flamme. Sie sind erfüllt von dem Streben nach unmittelbarem und entschlossenem Handeln. Sie sind unwissend, ungebildet, naiv, erheben sich aber gegen ihren Klassenfeind mit einer solchen Offenheit, Unver-

söhnlichkeit, einem solchen Haß, daß man in ihnen eine sehr ernst zu nehmende gesellschaftliche Kraft *spürt*.

Anders ausgedrückt: Die intellektuellen Volkstümler sind ganz miserable Sozialisten und unsichere Demokraten. Die bäuerlichen Trudowiki spielen keineswegs Sozialismus, der ihnen absolut fremd ist, aber sie sind „innerliche", aufrichtige, glühende und starke Demokraten. Ob die bäuerliche Demokratie in Rußland siegen wird, das kann niemand vorhersagen, denn das hängt von allzu komplizierten objektiven Bedingungen ab. Doch steht völlig außer Zweifel, daß die trudowikische Bauernschaft nur *entgegen* den Tendenzen siegen *kann*, die die volkstümlerische Intelligenz in ihre Bewegung hineinträgt. Die lebensprühende, frische, aufrichtige Demokratie ist bei günstigen historischen Umständen *imstande* zu siegen, wohingegen die „sozialistische" *Phrase*, das volkstümlerische Räsonieren niemals siegen kann.

Diese Schlußfolgerung erscheint mir als eine der wichtigsten Lehren aus der russischen Revolution, und ich gebe nicht die Hoffnung auf, sie irgendwann einmal durch eine ausführliche Analyse der Reden der Volkstümler in den ersten beiden Dumas und durch anderes politisches Material aus den Jahren 1905–1907 begründen zu können. Heute jedoch möchte ich hinweisen auf die großartige Bestätigung dieser Schlußfolgerung durch das letzte Heft (1912, Nr. 12) des „Russkoje Bogatstwo", des wichtigsten und solidesten Organs der Volkstümler.

Zwei Artikel in diesem Heft vermitteln einen zweifellos typischen Eindruck. Der Artikel des Herrn A. W. P. („Volkssozialismus oder proletarischer Sozialismus?") ist ein Musterbeispiel für das intellektuelle Räsonieren der „Volkssozialisten" und Sozialrevolutionäre.

Wäre es unvermeidlich, daß die Massenkraft der russischen Bauernschaft eine Richtung einschlüge, wie sie sich aus den *Erwägungen* der Herren A. W. P. und Co. „ergibt", so wäre die Sache der russischen bürgerlichen Demokratie hoffnungslos verloren. Denn aus Phrasen und Räsonieren *kann* keine historische *Aktion* hervorgehen. Die Impotenz einer *solchen* Volkstümlerei steht fest.

In Herrn Krjukows Artikel „Ohne Feuer" erzählt irgendein liebreiches Pfäfflein von der Bauernschaft, dem bäuerlichen Leben und der bäuerlichen Psyche, wobei es die Bauern eben so darstellt, wie sie *selbst* aufgetreten sind und auftreten. Wenn diese Darstellung stimmt, so ist der

russischen bürgerlichen Demokratie – in Gestalt eben der Bauernschaft – eine große historische Aktion beschieden, die bei einigermaßen günstigen Begleitumständen alle Aussichten hat zu siegen.

Um das zu erläutern, wollen wir kurz die „Ideen" des Herrn A. W. P. charakterisieren und einige Stellen aus der Beschreibung der russischen Bauernschaft durch das liebreiche Pfäfflein zitieren.

Herr A. W. P. verteidigt die Grundlagen der Volkstümlerrichtung vor Suchanow, einem Mitarbeiter der „Sawety", der dem Marxismus eine ganze Reihe wichtiger theoretischer Prämissen der Volkstümlerideologie *opfert* und dabei so etwas wie eine Vereinigung der Marxisten mit den Volkstümlern propagiert.

Herr A. W. P. ist einer Vereinigung nicht abgeneigt, will aber die Prinzipien der Volkstümlerideologie nicht „aufgeben". Und gerade diese *Verteidigung* der prinzipiellen Reinheit und Festigkeit der Volkstümlerideologie durch einen so zweifellos kompetenten und namhaften Volkstümler wie Herrn A. W. P. zeigt in aller Klarheit die völlige *Hoffnungslosigkeit* seiner Position, die *absolute Lebensfremdheit einer solchen* Volkstümlerideologie.

Herr Suchanow kommt sogar zu der Feststellung, daß eine ihrer Natur nach sozialistische Klasse allein das Proletariat ist. Natürlich bedeutet das, wenn man nur einigermaßen konsequent weiterdenkt, den Marxismus anzuerkennen und den volkstümlerischen *Sozialismus* ganz zu begraben.

Herr A. W. P. opponiert gegen Herrn Suchanow, doch sind seine Argumente ein Jammer ohnegleichen. Lauter Vorbehalte, unbedeutende Korrekturen, Fragezeichen, eklektische Bemerkungen darüber, daß der Revisionismus die Korrekturen des Lebens an der Theorie „übermäßig breittritt", während die Orthodoxie sie vergebens bestreite. Der von Herrn A. W. P. dargebotene Brei gleicht, wie ein Wassertropfen dem anderen, den in allen europäischen Ländern üblichen Einwänden der „humanitären" Bourgeois gegen den Klassenkampf und den Klassensozialismus.

Die grundlegende und allbekannte Tatsache, daß in der ganzen Welt nur das Proletariat tagtäglich einen systematischen Kampf gegen das Kapital führt, daß gerade das Proletariat die Massenbasis der sozialistischen Parteien darstellt, wagt Herr A. W. P. nicht zu leugnen. Daß die Bauernschaft *um so weniger* sozialistische Züge, wenn auch nur schwach ausgeprägte, aufweist, *je freier* das Land politisch ist – das muß auch

Herr A. W. P. wissen. Und er *spielt* einfach mit Gedankensplittern europäischer bürgerlicher Professoren und Opportunisten, um die Sache zu *verwirren*, ohne auch nur den Versuch zu machen, gegen den Marxismus irgend etwas ins Feld zu führen, was einer geschlossenen, zielstrebigen, klaren sozialen Theorie auch nur ähnlich sähe.

Deswegen ist nichts langweiliger als der Artikel des Herrn A. W. P. Nichts ist bezeichnender für den völligen ideologischen Tod des volkstümlerischen *Sozialismus* in Rußland. Er ist tot. Die „Ideen" des Herrn A. W. P. findet man in jeder beliebigen bürgerlichen sozialreformistischen Publikation im Westen vollständig wieder. Es ist uninteressant, sie widerlegen zu wollen.

Ist aber der volkstümlerische *Sozialismus* in Rußland tot, ist er von der Revolution des Jahres 1905 getötet und von den Herren A. W. P. beerdigt worden, ist von ihm nur die faule Phrase übriggeblieben, so ist die bäuerliche Demokratie in Rußland, die keineswegs sozialistisch, sondern ebenso bürgerlich ist, wie es die Demokratie Amerikas in den sechziger Jahren, Frankreichs im ausgehenden 18. Jahrhundert, Deutschlands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts usw. usf. war, ist diese Demokratie *am Leben.*

Die von Herrn Krjukow wiedergegebene Erzählung des liebreichen Pfäffleins über das Dorf bestätigt das vollauf. Und dasselbe, was Krjukow mitteilt, ergibt sich – nebenbei bemerkt – wohl noch plastischer und exakter aus den Beobachtungen des Erzfeindes der Demokratie, des „Wechi"-Mannes Bulgakow in der „Russkaja Mysl" (1912, Nr. 11: „Bei den Wahlen").

„Liebedienerei und Feigheit", sagt das Pfäfflein bei Krjukow über die russische Geistlichkeit, „hat es immer gegeben! ... Der Unterschied ist jedoch der, daß es niemals einen solch *erschütternd stillen*, schweigenden Abfall von der Kirche gegeben hat wie jetzt. Als sei der Geist des Lebens in der Kirche erstorben. Ich wiederhole: Nicht allein die Intelligenz ist abgefallen – das Volk ist abgefallen ... das muß man zugeben – war ich doch zwei Jahre lang Dorfgeistlicher."

Das liebreiche Pfäfflein erinnert sich des Jahres *1905*. Das Pfäfflein erläuterte damals den Bauern das Manifest.

„Ich erwartete", klagt er, „Erkenntnis, enges Bündnis, *Liebe*, Nüchternheit, gesundes Bewußtsein, Erwachen, Energie ... Die Erkenntnis schien auch zu

kommen, aber statt Einigkeit und Bündnis gab es nur Gehässigkeit und inneren Zwist. Und zuallererst versetzte das Dorf gerade auch mir einen Schlag, und zwar einen kräftigen. Ich war wohl ganz, mit Leib und Seele, für das Dorf ... Ich erklärte eben diese Freiheiten und alles übrige. Und wie sie zuhörten! Ich dachte doch, daß man es ausführlicher, als ich es tat, nicht erklären könne, aber nein ... ins Dorf drangen auch andere Reden. Und die neuen Aufklärer machten einen viel dickeren Brei zurecht: von wegen des Landstückchens, des Ausgleichs und der Herrschaften. *Natürlich haben die Bauern das momentan begriffen und sich zu eigen gemacht.* Und schnurstracks kamen sie zu mir gelaufen und erklärten, daß sie mir an Kirchensteuern nicht zweihundert, sondern hundert zahlen würden ...

... Aber was mich besonders *betrübte*, war nicht diese Tatsache, waren nicht die hundert Rubel, sondern die Gesamtheit all dessen, was so rasch das neue Gesicht des Dorfes ausmachte. Wirklich von allen Seiten her war man bemüht, dem Dorf die Augen zu öffnen, es sehend zu machen, seine Dunkelheit zu erhellen! Und, um die Wahrheit zu sagen, man schaffte es. Der Blinde hat ein bißchen Licht zu sehen bekommen, und seit diesem Augenblick ist er nicht mehr blind ... wenn er auch noch nicht sehend geworden ist. Aber mit diesem halben Sehendwerden kam ihm eine nur sehr traurige Erkenntnis, wuchs in ihm eine Gehässigkeit, die ihm fast den Atem benimmt ... Und manchmal seufzt er wohl über seine große Unwissenheit. Eine solche Gehässigkeit hat sich im Dorfe breitgemacht, eine solche Gehässigkeit, daß jetzt die ganze Luft mit ihr gesättigt zu sein scheint ... Messer, Knüppel, roter Hahn. Augenfällige Ohnmacht, ätzende, nicht gerächte Beleidigungen, Zank untereinander, Haß ohne Unterschied, Neid auf alles Glücklichere, Behaglichere, Vermögendere. Auch früher gab es natürlich Neid und Gehässigkeit und Kummer und widerwärtige Sünde, doch glaubten die Menschen an den Willen Gottes und die Eitelkeit irdischer Güter, sie glaubten und *fanden die Kraft zu dulden* in der Hoffnung auf eine Belohnung im Jenseits. Heute gibt es diesen Glauben schon nicht mehr. Heute sieht der Glaube so aus: Wir sind die Unterdrücker, sie die Unterdrückten. Aus allem Freiheitsgerede sind auf dörflichem Boden Unkraut und Tollkirschen aufgegangen ... Und nun dieses neue Bodengesetz – der Bruder hat die Hand gegen den Bruder erhoben, der Sohn gegen den Vater, der Nachbar gegen den Nachbarn! Eine solche Gehässigkeit, ein solcher Zwist ist im Dorf eingekehrt, daß es daran ersticken wird, ganz sicher ersticken wird."

Wir haben in dieser charakteristischen Beschreibung des Dorfes durch das schönrednerische Pfäfflein (das ein intellektueller Volkstümler reinsten Wassers ist!) einige besonders charakteristische Wörtchen hervorgehoben.

Das Pfäfflein ist ein Anhänger der „Liebe" und ein Feind des „Hasses". In dieser Hinsicht teilt es ganz den tolstoianischen (man kann auch sagen: christlichen) zutiefst reaktionären Standpunkt, den ständig unsere Kadetten und ihresgleichen vertreten. Von irgendeiner „Sozialisierung des Grund und Bodens" zu träumen, von der „sozialistischen" Bedeutung der Genossenschaften und von „Normen des Bodenbesitzes" zu schwatzen ist ein solches Pfäfflein sicherlich nicht abgeneigt, sowie aber der Haß an die Stelle der „Liebe" tritt, streicht es gleich die Segel, macht schlapp und flennt.

Einen „Sozialismus" in Worten, in Phrasen („Volkssozialismus, aber nicht proletarischer Sozialismus") – bitte schön, den wird auch in Westeuropa jeder einigermaßen gebildete Spießer billigen. Tritt aber der „Haß" an die Stelle der „Liebe", so ist es aus. Geht es um einen Sozialismus der humanen Phrase, so sind wir dafür; geht es aber um die revolutionäre Demokratie, so sind wir dagegen.

Was das liebreiche Pfäfflein über das abgedroschene Thema des „Rowdytums" im Dorf sagt, ist vom Standpunkt der Tatsachen absolut nichts Neues. Doch ist aus seiner eigenen Erzählung klar ersichtlich, daß das „Rowdytum" ein von den *Fronherren* eingeführter Begriff ist. „Ätzende, nicht gerächte Beleidigungen" – das konstatiert das liebreiche Pfäfflein. Aber das ist zweifellos vom „Rowdytum" sehr, sehr weit entfernt.

Im Kampf gegen die Volkstümlerideologie hielten es die Marxisten seit eh und je für ihre Aufgabe, die Manilowerei, die süßlichen Phrasen, den sentimentalen, sich über die Klassen erhebenden Standpunkt, den banalen „Volks"sozialismus, würdig irgendeines in Geschäftsdingen und Schwindelgeschäften mit allen Wassern gewaschenen französischen „Radikalsozialisten", zu zerstören. Zugleich betrachteten es aber die Marxisten seit eh und je als ihre ebenso verbindliche Aufgabe, den *demokratischen* Kern der volkstümlerischen Ansichten herauszuschälen. Der volkstümlerische Sozialismus ist ein fauler und stinkender Leichnam. Die bäuerliche Demokratie in Rußland ist, wenn das liebreiche Pfäfflein bei Krjukow sie richtig darstellt, eine lebendige Kraft. Ja, sie muß eine lebendige Kraft sein, solange die Purischkewitsch wirtschaften, solange dreißig Millionen Hunger leiden.

„Haß ohne Unterschied" sagt man uns. Erstens ist das nicht ganz die Wahrheit. Den „Unterschied" sehen nicht die Purischkewitsch, sehen nicht die Beamten, sehen nicht die intellektuellen Schöngeister. Zweitens gab es doch sogar zu Beginn der Arbeiterbewegung in Rußland ein gewisses Element des „Hasses ohne Unterschied" beispielsweise in der Form der Maschinenstürmerei bei den Streiks der sechziger bis achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Das war bald vorbei. Nicht das ist wesentlich. Abgeschmackt wäre es, forderte man von denen, die in der gegebenen Lage die Geduld verlieren, „Glacéhandschuhe".

Wesentlich ist die gründliche Abkehr von der alten, hoffnungslos reaktionären Weltanschauung, die gründliche Aneignung gerade jener Lehre von den „Unterdrückten", die das Unterpfand nicht toten Schlafs, sondern lebendigen Lebens ist.

Verfault ist der volkstümlerische Sozialismus bis hin zu dem am weitesten links stehenden. Lebendig und aktuell ist die Aufgabe der Säuberung, Aufklärung, Erweckung und Festigung der Demokratie auf dem Boden der bewußten Abkehr von den Lehren der „Liebe", der „Geduld" usw. Das liebreiche Pfäfflein ist traurig. Wir aber haben allen Grund zur Freude über das reiche Betätigungsfeld für eine lebensvolle Arbeit.

„Prosweschtschenije" Nr. 2,
Februar 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der Zeitschrift
„Prosweschtschenije".

WACHSENDES MISSVERHÄLTNIS

Notizen eines Publizisten

I

Kürzlich fand die fällige Beratung der Abgeordneten der Kadetten mit den örtlichen Funktionären dieser Partei statt.

Wie zu erwarten war, wurden die Besonderheiten der gegenwärtigen politischen Lage erörtert. Die liberale Einschätzung dieser Lage sieht folgendermaßen aus:

„Besondere Aufmerksamkeit galt dem wachsenden Mißverhältnis zwischen den Bedürfnissen des Landes in der Grundgesetzgebung und der Unmöglichkeit ihrer Befriedigung bei der gegenwärtigen Struktur der gesetzgebenden Körperschaften und bei der jetzigen Einstellung der Staatsmacht zur Volksvertretung."

Die Sprache ist so verwirrt wie ein Knäuel, mit dem ein Kätzchen lange gespielt hat. Unsere armen Liberalen, nirgends können sie ihre Gedanken klar ausdrücken!

Man sehe aber näher hin: Schlimm ist nicht so sehr, daß die Liberalen *nirgends* etwas sagen können, als vielmehr, daß sie *nichts* zu sagen haben. Es wächst nicht nur das Mißverhältnis zwischen den Bedürfnissen des Landes und der Unbrauchbarkeit der „gegenwärtigen Struktur" usw., sondern auch zwischen den Bedürfnissen des Landes und der *Hilflosigkeit* des Liberalismus.

Weshalb kann man die Bedürfnisse des Landes nicht befriedigen, ihr Herren liberale Politiker? Die Antwort der Kadetten: Die gegenwärtige Struktur der gesetzgebenden Körperschaften und die jetzige Einstellung der Staatsmacht zur Volksvertretung stören.

Schlußfolgerung: Nötig ist eine andere Struktur und eine andere Einstellung der Staatsmacht. Welche im einzelnen, werden wir sehen, wenn wir in den folgenden Artikeln die „vier Thesen" der Kadettenberatung untersuchen.

Zuvor müssen wir jedoch die Hauptfrage stellen: Wodurch ist denn die „gegenwärtige" „Struktur und Einstellung" zu erklären? Woher kann man eine *andere* nehmen? Darüber haben die Kadetten nicht einmal nachgedacht! Ihr Schweigen in dieser *grundlegenden* Frage läuft auf das verknöcherte, asiatische Spießertum etwa von der Art hinaus: Die Ratgeber waren schlecht, und es kann gute Ratgeber geben ...

Besteht denn kein Zusammenhang, ihr Herren Kadetten, zwischen der „Gegenwart" und den *Interessen* irgendeiner *Klasse*, zum Beispiel der Klasse der Großgrundbesitzer? Oder der reichen Bourgeois? Besteht keine völlige *Übereinstimmung* zwischen der „Gegenwart" und den Interessen *bestimmter Klassen*? Ist es nicht klar, daß die Erörterung der politischen Lage ohne Berücksichtigung des Wechselverhältnisses zwischen allen Klassen leeres Geschwätz bedeutet?

O weh! Die Kadetten haben nichts außer Geschwätz, um das „wachsende Mißverhältnis" zwischen ihrer Politik und den Bedürfnissen des Landes zu verbergen.

II

Unsere Liberalen überhaupt – und ihnen folgend auch die liberalen Arbeiterpolitiker (Liquidatoren) – reden gern und immer wieder von der „Europäisierung" Rußlands. Eine winzig kleine Wahrheit dient hier zur Tarnung einer großen Unwahrheit.

Zweifelsohne wird Rußland, allgemein gesprochen, europäisiert, d. h. nach dem Vor- und Ebenbild Europas umgestaltet (wobei man zu „Europa", entgegen der Geographie, jetzt auch Japan und China rechnen muß). Diese Europäisierung jedoch vollzieht sich im allgemeinen seit Alexander II., wenn nicht seit Peter dem Großen, sie vollzieht sich sowohl in der Zeit des Aufschwungs (1905) als auch *in der Zeit der Reaktion* (1908–1911), sie vollzieht sich in der Polizei wie bei den Gutsbesitzern vom Schlage Markows, die ihre Methoden im Kampf gegen die Demokratie „europäisieren".

Das Wörtchen „Europäisierung" ist so allgemein, daß es zur Verwirrung der Sache, zur Verdunkelung der aktuellen Fragen der Politik dient.

Die Liberalen wollen die Europäisierung Rußlands. Aber auch der Rat des vereinigten Adels erstrebt mit *seinem* Gesetz vom 9. November 1906 (14. Juni 1910) die Europäisierung.

Die Liberalen wollen eine europäische Verfassung. Die Verfassungen in den verschiedenen Ländern Europas jedoch waren das Ergebnis eines langen und schweren Klassenkampfes zwischen Feudalismus und Absolutismus einerseits und der Bourgeoisie, den Bauern und den Arbeitern anderseits. Die geschriebenen und die ungeschriebenen Verfassungen, mit denen die Liberalen unsere Reaktionäre „beschämen", sind lediglich die Fixierung der *Ergebnisse* des Kampfes nach einer Reihe schwer errungener Siege des Neuen über das Alte und einer Reihe von Niederlagen, die das Alte dem Neuen beigebracht hat.

Die Liberalen wollen, daß wir die Ergebnisse erhalten *ohne* all die Plus und Minus, die sie erst ausmachen! Das liberale Programm und die liberale Taktik laufen auf folgendes hinaus: Möge die europäische Gesellschaftsordnung bei uns Eingang finden *ohne* den schweren Kampf, der sie in Europa hervorgebracht hat!

Begreiflicherweise quittieren unsere Kobylinski die Wünsche und Argumente der Liberalen mit verächtlichen Ausfällen gegen die „Krämer" und „Mushiks". „Sie, meine Herren Liberale", sagen die Kobylinski, „wollen auf dem Papier die Siege festhalten, die Sie im Leben noch nicht errungen haben."

III

Die Kadettenberatung hat zur Frage der Taktik vier Thesen angenommen. Die erste lautet:

„Die Taktik der vereinigten Tätigkeit der Opposition an der ganzen Front, die eine notwendige Voraussetzung für die Ausübung der laufenden sachlichen Tätigkeit der Reichsduma darstellt, garantiert jedoch weder die Erzielung einer stabilen und dauerhaften Mehrheit der Reichsduma für die Gesetzesvorlagen der Opposition noch eine wirkliche Realisierung derjenigen Gesetzesvorlagen, die die Opposition mit Hilfe des Dumazentrums in der Reichsduma durchbringen könnte."

Dieses Kauderwelsch bedeutet in eine verständliche Sprache übersetzt folgendes:

Die Liberalen können nur mit den Oktobristen eine Mehrheit in der Reichsduma bilden. Eine solche Mehrheit ist nicht beständig, und ihre Beschlüsse werden nicht realisiert.

Richtig. Doch hieraus folgt, daß man sich selbst und das Volk betrügt, wenn man diese Beschlüsse als „notwendige", „laufende" und „sachliche" (!??) Tätigkeit bezeichnet.

Wenn wir die Rechten durchfallen lassen durch eine Abstimmung mit den Oktobristen, so werden wir uns dennoch nicht auf den Standpunkt der Gesetzgebung im Rahmen der IV. Duma stellen, keine konstitutionellen Illusionen säen – das müßten die Kadetten dem Volk sagen, wenn sie nicht nur in Worten Demokraten sein wollten.

Die erste „These" der Kadettenberatung überrascht durch ihre Unlogik. Die Annahme in Wirklichkeit unrealisierbarer Gesetzesvorlagen durch eine unbeständige und labile Mehrheit der IV. Duma wird als „sachliche" Tätigkeit bezeichnet!! Die Kadetten selber nannten das Hunderte Male – und mit Recht – Kleinkram und Langeweile.

Doch wird die vom Standpunkt der Logik unerhört törichte Taktik der Kadetten begreiflich vom Standpunkt der Klasseninteressen. Erinnern wir uns, was die Sozialdemokraten seit 1907 über die III. und die IV. Duma sagten. – In der Duma gibt es zwei Mehrheiten, sagten sie: eine rechtsoktobristische und eine oktobristisch-kadettische. Beide stehen auf konterrevolutionärem Boden (vgl. „Prosweschtschenije", 1913, Nr. 1, S. 13).*

Die Beratung der Kadetten vom Februar 1913 hat bestätigt, was wir in unseren offiziellen Beschlüssen seit 1907 gesagt haben.

Die „Taktik der vereinigten Tätigkeit der Opposition an der ganzen Front ... mit Hilfe des Dumazentrums" *brauchen* die Kadetten eben deshalb, weil sie ebenso wie die Oktobristen auf konterrevolutionärem Boden stehen. Bei der inneren Verwandtschaft zwischen beiden ist begreiflich, daß sie zu gemeinsamer „sachlicher" Tätigkeit tendieren, ungeachtet ihrer gegenwärtigen Unzuverlässigkeit.

Die Oktobristen jammern ewig in ihrer Presse, schimpfen auf die Revolution, schimpfen auf die Regierung, die Rechten, den Reichsrat – in der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 487–489. *Die Red.*

Duma aber beschränken sie sich auf den Wunsch nach Reformen, folgen sie der Regierung.

Die Kadetten jammern in ihrer Presse noch mehr, schimpfen auf die Revolution, schimpfen auf die Regierung, die Rechten, den Reichsrat und die Oktobristen – in der Duma aber beschränken sie sich auf den Wunsch nach Reformen, sind sie bemüht, ihre oppositionelle Einstellung den Wünschen der Oktobristen anzupassen.

IV

Die zweite These der Kadettenberatung lautet:

„Eine wesentliche Stärkung der Reichsduma als eines gesetzgeberischen und politischen Faktors kann nur über die Verwirklichung von drei Grundbedingungen erreicht werden: Demokratisierung des Wahlgesetzes (allgemeines Wahlrecht), radikale Reform des Reichsrats und Verantwortlichkeit des Kabinetts."

Das Wesen der hier dargelegten Taktik kann man in einem Wort zusammenfassen: Reformertum.

Die Geschichtswissenschaft sagt uns, daß sich die reformerische Veränderung einer gegebenen politischen Ordnung von der nichtreformerischen, allgemein gesprochen, dadurch unterscheidet, daß die Macht bei der ersten in den Händen der bis dahin herrschenden Klasse verbleibt, bei der zweiten aber aus den Händen der alten Klasse in die Hände einer neuen übergeht. Die Kadetten begreifen nicht die Klassengrundlage historischer Umwälzungen. Darin liegt der Hauptfehler der Kadetten vom Standpunkt der Theorie.

Vom Standpunkt der Praxis läuft der genannte theoretische Unterschied darauf hinaus, ob sich das Besondere verändert bei gleichbleibendem Allgemeinen und Grundlegenden oder ob sich dieses letztere ändert.

In den verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten der Geschichte war die Bourgeoisie teils reformerisch, teils aber beschränkte sie sich nicht auf Reformertum. Anderseits lehnt es die Arbeiterklasse, die niemals anerkennen wird, daß Reformen wesentliche Veränderungen bringen können, unter gewissen Umständen keineswegs ab, nächstliegende Forderungen in Gestalt von Reformen zu vertreten.

Es geht also darum, daß nach Ansicht der Kadetten gegen die Aufrecht-

erhaltung der Herrschaft der jetzt herrschenden Klasse, d. h. der Großgrundbesitzer feudalen Typs, *nichts zu sagen ist.* Die Kadetten verharren weiterhin auf dem Standpunkt der Opposition mit dem Genitiv, vertreten weiterhin die Meinung: „Rußland hat, Gott sei Dank, eine Verfassung."

Anders ausgedrückt, die „drei Grundbedingungen" der Kadetten, das sind die von der liberalen Bourgeoisie vorgeschlagenen Bedingungen der *gütlichen* Aufteilung der ökonomischen und politischen Privilegien zwischen dem feudalen Grundbesitz und dem Kapital.

Die Oktobristen stehen auf demselben Standpunkt („Versöhnung der Macht mit dem Lande" – wie es in der Sprache Maklakows heißt, der halb Oktobrist, halb Kadett ist), wobei die Oktobristen Bedingungen für die Teilung stellen, die dem Grundeigentum mehr *„entgegenkommen"*.

Die große Dienstfertigkeit der Oktobristen hat Schiffbruch erlitten. Welchen Grund hat man, von der kleinen Dienstfertigkeit der Kadetten ein anderes Ergebnis zu erwarten? Vom Standpunkt des Reformertums sind die Oktobristen viel konsequenter, denn wer diesen Standpunkt bezieht, muß die *Annehmbarkeit* der Reformen in Rechnung stellen, und die oktobristischen „Reformen" sind weit „annehmbarer".

Die einzige Schlußfolgerung ist: Es wächst das Mißverhältnis zwischen dem liberalen Reformertum und den Bedürfnissen des Landes.

V

Die dritte These der Kadettenberatung lautet:

„Die Vorbereitung dieser Bedingungen muß zur Hauptaufgabe der Taktik der Kadetten gemacht werden, wobei die laufende gesetzgeberische Tätigkeit, zusammen mit den übrigen Gruppen der Opposition und mit dem Zentrum, ausgenutzt werden muß, sofern sie sich als durchführbar erweist, aber nicht in Widerspruch geraten darf zur Verwirklichung dieser Hauptaufgaben." („Retsch" Nr. 34, 4. Februar.)

Die vorhergehende „These" war ein Zugeständnis an die linken Kadetten oder, richtiger, ein Köder für die Demokratie: Unterstützt uns Kadetten, denn wir sind „Demokraten", wir sind für das allgemeine Wahlrecht!

Nach einer Verbeugung nach links eine ernsthafte Schwenkung nach rechts: Die dritte These lautet, übersetzt aus dem Kauderwelsch in eine

verständliche Sprache: Einer laufenden gesetzgeberischen Tätigkeit *gemeinsam mit den Progressisten und Oktobristen* stimmen wir Kadetten zu!

Aber diese „laufende" Gesetzgebung liefert doch *unrealisierbare* Gesetzesvorlagen, wie in der ersten These zugegeben wird? Die Kadetten machen den kleinen Vorbehalt: „sofern durchführbar". Das heißt, direkter gesagt, mit Kleinkram werden wir uns befassen, die Verantwortung dafür aber mag den Oktobristen zufallen! Spaßvögel sind unsere Kadetten, wirklich . . .

Weiter. Weder die Progressisten noch die Oktobristen, die konsequenter als die Kadetten auf dem Standpunkt des *Reformertums* stehen, stimmen solchen „übermäßig" liberalen Forderungen wie allgemeines Wahlrecht, radikale Reform des Reichsrats usw. zu. Wie nur können die Kadetten, die weiterhin auf den Demokratismus Anspruch erheben, eine *gemeinsame* laufende gesetzgeberische Tätigkeit mit diesen notorischen *Gegnern* der Demokratie proklamieren?

Auch hierfür haben die Kadetten einen kleinen Vorbehalt bei der Hand: Wir Kadetten sind mit der *Vorbereitung* des allgemeinen Wahlrechts beschäftigt, mit der *Vorbereitung* in einer mit den Oktobristen *gemeinsamen* Tätigkeit, und diese „darf nicht in Widerspruch geraten zur Verwirklichung" des allgemeinen Wahlrechts!

Ein einfaches Hintertürchen: Wir erklären die Rede Rodsjankos für „konstitutionell", wir stimmen (nicht irrtümlich wie die Sozialdemokraten, sondern aus Überzeugung) für die oktobristische Formulierung des Antrags auf Übergang zur Tagesordnung nach der Regierungserklärung, denn alles das *widerspricht nicht* der „Vorbereitung" des allgemeinen Wahlrechts!!

Hier kann man schon nicht mehr sagen, daß die Kadetten Spaßvögel sind. Hier wäre ein *anderes* Wort am Platz . . .

In allen Ländern Europas beteuert die konterrevolutionäre liberale Bourgeoisie, die sich von der Demokratie abgewandt hat, immer noch, daß sie mit der *Vorbereitung* (in Preußen – zusammen mit den Nationalliberalen, in Frankreich – zusammen mit allen Fortschrittlern) der „wichtigsten" demokratischen Reformen beschäftigt sei.

Die Bourgeoisie, die endgültig den Weg des Reformertums betreten hat, ist eine faulende Bourgeoisie, ohnmächtig in ihrem Liberalismus,

unzuverlässig in bezug auf demokratische Veränderungen, den Arbeitern feind, sie ist *vom* Volke *zu* den Rechten übergegangen.

VI

Die letzte, die vierte These der Kadettenberatung lautet:

„Die Beratung erachtet es für zeitgemäß, neben der Aufstellung der erwähnten drei Losungen die Frage der Anwendung aktiverer taktischer Maßnahmen des parlamentarischen Kampfes aufzuwerfen."

Nur des parlamentarischen? Und nur die Frage aufzuwerfen?

Was „aktivere taktische Maßnahmen des parlamentarischen Kampfes" bedeuten soll, weiß Allah. Es ist, als hätte die Kadettenberatung ihre Thesen vorsätzlich in der unverständlichsten Sprache abgefaßt.

Wenn die Kadetten von aktiveren Maßnahmen sprechen, so wollen sie offenbar ihre Linksschwenkung demonstrieren. Doch ist das eben nur eine *Demonstration*, denn etwas Konkretes läßt sich daraus nicht ableiten.

Welche „Maßnahmen" des parlamentarischen Kampfes können, allgemein gesprochen, als aktivere Maßnahmen bezeichnet werden?

Nicht für die oktobristischen und progressistischen Anträge auf Übergang zur Tagesordnung zu stimmen.

Keine Reden über die „Versöhnung der Macht mit dem Lande" zu halten.

Niemals zu schweigen, wenn die rechts-oktobristische Mehrheit antidemokratische Maßnahmen durchführt.

Der Schließung und Einengung allgemeiner, prinzipieller Debatten nicht zuzustimmen.

Wir raten allen und jedem, der mit Kadetten zusammentrifft, nicht zu vergessen, sie zu fragen, ob sie die Frage der aktiveren Maßnahmen „aufgeworfen" haben, wie sie sie gelöst haben, wenn sie darangegangen sind, sie aufzuwerfen, wie sie die „aktiveren Maßnahmen" in der Tat anwenden.

Das Land rückt nach links. Eine neue Demokratie erwacht zum Leben. Die zur Schau getragene kaum merkliche Linksschwenkung der Kadetten hat ein ganz bestimmtes politisches Ziel: diese neue Demokratie zu täuschen, sie für sich zu gewinnen, sich als ihr Vertreter auszugeben.

Eine dringliche Aufgabe der Demokratie ist es, diesen Betrug zu ver-

hindern. Wer aus den ernsten Lehren der Vergangenheit nicht die Schlußfolgerung gezogen hat, daß unausbleiblich Schwankungen, Verrat, unrühmliche kampflose Niederlagen die Folgen sind, wenn die Kadetten auch nur teilweise die Führung der demokratischen Elemente übernehmen, der hat nichts gelernt. Den muß man als Feind der Demokratie ansehen.

VII

Insgesamt genommen stellt die Kadettenberatung ein interessantes Dokument über das politische Leben unseres „Zentrums" dar. Gewöhnlich werden solche Dokumente, exakte und förmliche Beschlüsse organisierter Parteien, bei uns von der Presse wenig beachtet. Gegen „Resolutionen" hat man eine Abneigung. Interviews und Gerüchte zieht man vor.

Ein ernstes Herangehen an die Fragen der Politik jedoch erfordert die sorgfältigste Analyse der Parteibeschlüsse, und die Marxisten werden alles tun, was von ihnen abhängt, um eine solche Analyse zu fördern.

Wir nannten die Kadetten das „Zentrum". *Üblich ist*, so die Oktobristen zu nennen, die zwischen den Rechten und der Opposition stehen.

Jedoch darf man sich – sowohl vom Standpunkt der Klassenwurzeln der politischen Parteien wie auch vom Standpunkt des Wesens der *heutigen* Politik überhaupt – bei der Analyse der Parteien nicht auf die Duma beschränken, darf man nicht nur die Oktobristen für das „Zentrum" halten.

Man betrachte die Klassenwurzeln unserer Parteien: Die Rechten und die Nationalisten sind, im allgemeinen, feudale Gutsbesitzer. Sie sind *für* die Aufrechterhaltung und „Vertiefung" des jetzigen Regimes.

Bei den Oktobristen, Progressisten und Kadetten sehen wir den Gutsbesitzer von einem zweifellos mehr bürgerlichen Typus, dann aber auch eine Menge Großbourgeoisie. Alle diese Parteien wollen *Reformen*. Sie alle bilden das *wirkliche* Zentrum zwischen den feudalen Gutsbesitzern und der Demokratie (der bäuerlichen und der proletarischen).

Die Bourgeoisie fürchtet die Demokratie mehr als die Reaktion; das gilt für die Progressisten ebenso wie für die Kadetten. Die oppositionelle Einstellung der beiden letztgenannten Parteien muß man bei den praktischen Aufgaben der Tagespolitik natürlich in Rechnung stellen, doch darf uns diese oppositionelle Einstellung nicht die Klassenverwandtschaft dieser Parteien mit den Oktobristen vergessen lassen.

Die feudalen Gutsbesitzer herrschen sowohl allein als auch im Block mit den Spitzen der Bourgeoisie. Die Fronherren sind gegen Reformen. Die Bourgeoisie ist, allgemein gesprochen, für Reformen, wobei sie sich auf die Position des Reformertums beschränkt, was man weder von der bäuerlichen noch auch – insbesondere – von der proletarischen Demokratie sagen kann.

Die Kadettenberatung zeigt uns deutlich das *Reformertum* der Kadetten als ihre ausschließliche Taktik. Wichtig ist vor allem, sich den *Zusammenhang* dieser Taktik mit den Klasseninteressen der Bourgeoisie und die *Unzulänglichkeit* dieser Taktik, ihr „wachsendes Mißverhältnis" zu den Bedürfnissen des Landes vor Augen zu halten. Wichtig ist vor allem, die grundsätzliche Verwandtschaft der Kadetten mit den Oktobristen und die völlige Unmöglichkeit irgendwelcher Erfolge der Demokratie unter der Leitung der Kadetten klarzumachen.

VIII

Mein Artikel war bereits fertig, als ich die Nr. 30 der Zeitung „Golos Moskwy" mit dem der Kadettenberatung gewidmeten redaktionellen Artikel „Wie nun weiter?" erhielt.

Dieser Artikel ist, im Zusammenhang mit den Dumaabstimmungen vom 6. Februar (Annahme des Antrags auf Übergang zur Tagesordnung nach den Erklärungen von Kasso)[133], so wichtig und wirft ein so grelles Licht auf die Frage der Stellung der Kadetten zu den Oktobristen, daß man dazu unbedingt etwas sagen muß.

„Golos Moskwy", das offizielle Organ der Oktobristen, stellt die Kadettenberatung (die Zeitung nennt sie aus irgendeinem Grunde Konferenz) als einen Sieg der linken Kadetten mit Miljukow an der Spitze über die rechten Kadetten dar.

„Die gesetzgeberische Tätigkeit", so legt „Golos Moskwy" die Resolution der Kadetten dar, „kann nur insofern genutzt werden, als sie diesen Hauptaufgaben nicht widerspricht" (d. h. dem allgemeinen Wahlrecht, der Reform des Reichsrats und der Verantwortlichkeit des Kabinetts).

„Einfacher gesagt, die Annahme einer solchen Formel ist gleichbedeutend mit der Ablehnung jeglicher gesetzgeberischen Tätigkeit in den Grenzen der realen Möglichkeiten, und die kadettische Opposition nimmt nunmehr offen den Charakter einer nicht verantwortlichen Opposition an."

„Golos Moskwy" zieht hieraus den Schluß, daß lediglich die Auflösung der Duma übrigbleibe, da sich die Oktobristen niemals einer so „unversöhnlichen" (Scherz beiseite!) „Position" der Kadetten anschließen werden, da es in der Duma keinerlei Mehrheit gebe, „absolute Unzuverlässigkeit" herrsche ...

So wird Geschichte geschrieben!

Hier zeigt sich vortrefflich die überaus nahe Verwandtschaft der Kadetten mit den Oktobristen und der wirkliche Charakter ihrer „Zwiste": Pack schlägt sich, Pack verträgt sich ...

Am 6. Februar verkündet in Moskau, wie wir sahen, das offizielle Organ der Oktobristen die völlige Auflösung des oktobristisch-kadettischen Blocks nach der Kadettenberatung, die *vor dem 4. Februar* stattgefunden hatte (am 4. Februar berichtete die „Retsch" über die Beratung).

An *demselben* 6. Februar nehmen in St. Petersburg, in der IV. Reichsduma, die Oktobristen und die Kadetten *zusammen* mit 173 Stimmen bei 153 Gegenstimmen den *oktobristisch-kadettischen* Antrag zu den Erklärungen Kassos an – einen Antrag, der dann bei der Kontrollabstimmung zufällig abgelehnt wird!!

Hübsch, nicht wahr?

Wir haben ein direkt klassisches Beispiel vor uns, wie die Oktobristen und die *Kadetten* ihre politischen „Geschäftchen" abwickeln. Sie bilden keinerlei „Block", gottbewahre! Aber sie verteilen untereinander die Rollen zur Nasführung der Öffentlichkeit so „geschickt", daß kein formeller Block ihnen solche „Bequemlichkeiten" bieten würde. Die Kadetten sehen, daß das Land nach links rückt, daß eine neue Demokratie im Entstehen ist, und deshalb machen sie in Linksradikalismus, indem sie mit Hilfe ihrer Beratung einige absolut nichtssagende, völlig inhaltslose, aber *linksklingende* Phrasen in Umlauf bringen. Die Oktobristen *unterstützen* in der Öffentlichkeit diese Empfindung oder diesen Eindruck, daß die Kadetten nach links gerückt seien, dadurch, daß sie *offiziell*, in einem redaktionellen Artikel des „Golos Moskwy", die Position der Kadetten als unversöhnlich hinstellen, die Bildung einer Dumamehrheit durch die Vereinigung der Oktobristen mit den Kadetten für unmöglich erklären, gegen die Kadetten wegen ihres Linksradikalismus wettern, Geschrei erheben um eine Auflösung der Duma usw. usf.

In Wirklichkeit aber verhandeln sie insgeheim mit den Kadetten und

einigen sich mit ihnen auf einen gemeinsamen Antrag gerade während ihres schärfsten Ausfalls gegen den Linksradikalismus der Kadetten!!

„Die Wölfe sind satt, und die Schafe sind unversehrt." Die Demokratie ist genasführt, hintergangen, in die kadettische Herde gelockt (sind doch die Kadetten solche Linken ... seht nur, wie die Oktobristen sie wegen ihres Linksradikalismus beschimpfen!), und der oktobristisch-kadettische Block in der Schwarzhunderterduma ist unversehrt, hat sich gefestigt, entwickelt.

Da möchte man ausrufen: O Himmel! Wann endlich wird Rußlands Demokratie diesen einfachen Mechanismus der liberalen kadettischen Prellerei begreifen? Spielen doch in allen Ländern Europas die liberalen bürgerlichen Politiker, auf diese oder jene Weise, gerade dieses selbe Spiel: Vor dem Volk, für die Wahlen, in offiziellen Äußerungen schreien und schwören sie, sie seien Demokraten, Radikale (die deutschen „Freidenker", Lloyd George und Co. in England), ja sogar Sozialisten (die Radikalsozialisten in Frankreich). Und *in Wirklichkeit*, in ihrer *praktischen* Politik, gehen sie *zusammen* mit den unbedingt antidemokratischen Regierungen und Parteien, mit den Oktobristen der verschiedenen Schattierungen und verschiedenen Nationalitäten.

Wie alt ist doch diese Geschichte und wie endlos häufig wird sie von den Kadetten wiederholt!

IX

„Golos Moskwy" beteuert, die Kadetten hätten vor den Wahlen

„eine heftige Polemik gegen die Linken betrieben und dabei die Notwendigkeit der gesetzgeberischen Tätigkeit in den Grenzen der realen Bedingungen nachzuweisen gesucht. Das berechtigte auch zu der Hoffnung, daß eine Verständigung des Dumazentrums mit der Opposition möglich sein würde. Nach den Wahlen jedoch vollzog sich in den Ansichten der Führer der Kadettenpartei ein wesentlicher Wandel. Die von Miljukow vorgeschlagene und von der Konferenz angenommene Resolution zur Frage der Dumataktik unterscheidet sich grundlegend von allem, was während der Wahlen offenbar zur Gewinnung der Stimmen des städtischen Großbürgertums gesagt wurde. Das letztere wäre wohl kaum bereit gewesen, die Kadetten auf der Grundlage der jetzt von der Konferenz aufgestellten Plattform zu unterstützen."

Ein Musterbeispiel von Urteilen, bei denen man nicht weiß, worüber

man sich mehr wundern soll: über die naive Schlauheit oder über die naive Ignoranz.

Keinerlei Wandel hat sich in den Auffassungen der Kadetten vollzogen. Sie waren immer und bleiben eine liberale Partei, die die Demokratie durch Betrug für sich gewinnt. Auch bei den Wahlen von 1912 stellten die Kadetten gegenüber der Großbourgeoisie ihr „wirkliches" Gesicht, ihre „Solidarität" von Geschäftsleuten, ihre „Nüchternheit" als Diener der Kapitalistenklasse in den Vordergrund. Und dem demokratischen Wähler waren dieselben Kadetten gleichzeitig eifrig bemüht zu beweisen, daß sie – Demokraten seien, daß ihre Taktik in der Duma sich in nichts Wesentlichem von der Taktik der Sozialdemokratie unterscheide.

Diese beiden Seiten der Kadettenpolitik sind das notwendige „Beiwerk" jeder liberalen Partei in allen zivilisierten Ländern. Natürlich wählen nicht selten einzelne Mitglieder der Partei ihre Spezialität, die einen machen in Demokratismus, die anderen in Ernüchterung der „Begeisterten" und in „seriöser" bürgerlicher Politik. Aber das geschieht doch in allen Ländern. Englands bekannter liberaler Scharlatan Lloyd George zum Beispiel stellt sich in Volksreden geradezu als Revolutionär und beinah als Sozialisten hin, in Wirklichkeit aber folgt dieser Minister in der Politik seinem Führer Asquith, der einem Konservativen in nichts nachsteht.

Wenn der Artikel im „Golos Moskwy" Herrn Miljukow als Vertreter der linken Kadetten hinstellt, so können wir nur lächeln. Herr Miljukow vertritt in Wirklichkeit die offizielle kadettische Diplomatie, die das undemokratische Wesen der Partei mit der demokratischen Phrase vereinbaren will.

„Golos Moskwy" schreibt:

„Diese neue Position des Herrn Miljukow ‚nach den Wahlen' wurde von der Konferenz bei weitem nicht einstimmig gebilligt. Ein großer Teil ihrer Mitglieder bestand auf der Taktik der Verständigung mit dem Dumazentrum zwecks Durchbringung einzelner Vorlagen und Kulturreformen. Die Anhänger dieses Standpunkts suchten zu beweisen, daß bei der Erörterung verschiedener Gesetzesvorlagen die Fraktion auf Kompromisse eingehen müsse, um diese Vorlagen in liberalem Geiste durchzubringen und sie auf keinen Fall unannehmbar zu machen." Es folgt ein Ausfall gegen die „berühmte kadettische Disziplin" und die „unbedingte Unterordnung" der Kadetten „unter den autokratischen Willen" des Herrn Miljukow.

Ein deutliches Spiel. Eine durchsichtige Sache. Die Oktobristen „reizen" die rechten Kadetten, suchen sie als besiegt hinzustellen und zu einem entschlosseneren Kampf gegen die linken Kadetten herauszufordern. Dieses Spiel der Oktobristen (das unmöglich wäre, wären die Kadetten und die Oktobristen nicht Mitglieder ein und derselben Familie) schafft jedoch nicht die unbestrittene Tatsache aus der Welt, daß sich die linken und die rechten Kadetten, die Lloyd George und die Asquith unseres Liberalismus, in den Schattierungen unterscheiden.

Man werfe einen Blick auf die „Russkaja Molwa". Dieses Organ der Progressisten, das einen Kompromiß zwischen den Oktobristen und den Kadetten predigt, schart immer mehr *offizielle* Mitglieder der Kadettenpartei um sich. Nicht auf einmal, aber allmählich, erschienen dort, dem „wechistischen" Führer Struve folgend, Mansyrew, Maklakow, Obolenski, Gredeskul, Alexandrow. Daß eine solche Kumpanei zu einer stärkeren Annäherung an die Oktobristen tendierte, steht außer Zweifel. Das konnte nicht anders sein. Aber ebenso steht außer Zweifel, daß Miljukow sie auf einer Plattform mit demokratischem Aushängeschild und oktobristischem Wesen mit den „linken Kadetten" versöhnen will.

X

Die von den verschiedenen Parteien in der Duma zu den Erklärungen Kassos gestellten Anträge auf Übergang zur Tagesordnung sind von großem Interesse. Sie geben uns exaktes, von den Abgeordneten der verschiedenen Parteien offiziell bestätigtes Material für die politische Analyse. Gerade der Analyse bedarf dieses Material gewöhnlich am meisten. Es verliert sich in den Notizen der Tagespresse oder in der Unmenge stenografischer Berichte der Duma. Doch ist es äußerst lohnend, zur Aufhellung der wahren Natur der verschiedenen Parteien bei ihm zu verweilen.

Im redaktionellen Artikel der „Retsch" am Tage nach der Annahme des Mißtrauensvotums heißt es: „Somit hat die russische Gesellschaft von der Reichsduma erhalten, was sie zu erwarten ein Recht hatte" (Nr. 37, 7. Februar). Das heißt also, die „Gesellschaft" brauchte nur zu wissen: Vertraut die Duma Herrn Kasso oder nicht? Mehr ist nicht vonnöten!

Das ist nicht wahr. Das Volk und die Demokratie müssen die *Motive* des Mißtrauens kennen, um die Ursachen einer Erscheinung zu *verstehen*,

die in der Politik für anomal erklärt wird, und um in der Lage zu sein, den *Ausweg* zum Normalen zu finden. Die Einigung der Kadetten, der Oktobristen und der Sozialdemokraten allein auf die Formel „wir vertrauen nicht" gibt in diesen überaus ernsten Fragen allzuwenig.

Hier die Formulierung des Antrags auf Übergang zur Tagesordnung bei den Oktobristen:

„Die Reichsduma ... ist der Meinung: 1. daß jede Hereinziehung der Schüler der Mittelschulen in den politischen Kampf verderblich ist für die geistige Entwicklung der jungen Kräfte Rußlands und schädlich für den normalen Ablauf des gesellschaftlichen Lebens; 2. daß es notwendig ist, in Fällen rechtzeitiger Informierung der Behörden über unerwünschte Erscheinungen in der Mittelschule vorbeugende Maßnahmen zu treffen und nicht zu warten, bis die Erscheinungen einen anomalen Charakter annehmen*; 3. sie spricht sich entschieden gegen die Polizeimaßnahmen aus, die am 10. XII. 1912 ohne Kenntnis der Schulbehörde gegen die Schüler ergriffen wurden, anstatt sich auf die natürliche pädagogische Einwirkung zu beschränken; 4. sie konstatiert die den pädagogischen Prinzipien zuwiderlaufende Langsamkeit, mit der über das Schicksal der aus den Lehranstalten entfernten Schüler entschieden wird, und in der Erwartung der unverzüglichen Liquidierung dieses Falles in einem für die Schüler wohlwollenden Sinne geht sie zur Tagesordnung über."

Welche politischen Ideen liegen diesem Votum zugrunde?

Die Politik in der Schule ist schädlich. Die Schüler sind schuldig. Strafen aber sollen sie die Pädagogen und nicht die Polizisten. Mit der Regierung sind wir unzufrieden wegen des Mangels an „Wohlwollen" und wegen der Langsamkeit.

Das sind antidemokratische Ideen. Das ist eine liberale Opposition: Mag das System der alten Macht bleiben, nur soll man es milder anwenden. Prügle, aber mit Maß, und ohne daß es einen Skandal gibt.

Nehmen wir die Formulierung des Antrags auf Übergang zur Tagesordnung bei den Progressisten.

* Dieser Text wurde in der Sitzung vom 25. Januar eingebracht. In der Sitzung vom 1. Februar wurde Punkt 2 wie folgt geändert: „Sie vermerkt anläßlich des gegebenen Einzelfalls das in der Mittelschule herrschende formale und teilnahmslose Verhalten zu den Schülern und die Entfremdung des pädagogischen Personals von der Familie und erachtet für notwendig, daß auf die heranwachsende Generation die allgemeine wohlwollende Aufmerksamkeit gerichtet werde."

„Die Duma ... stellt fest: 1. Das über die Vorgänge, die sich in letzter Zeit in den mittleren Lehranstalten in St. Petersburg abgespielt haben, unterrichtete Ministerium für Volksbildung hat seine Pflichten vernachlässigt und die Mittelschule nicht vor dem Eindringen der Polizei geschützt; 2. die von den Polizeibeamten angewandten und vom Ministerium für Volksbildung ohne Protest hingenommenen Methoden, die Durchsuchung von Schulen, die Verhaftung und Festhaltung von Kindern in den Polizeirevieren, die unzulässigen Untersuchungsverfahren, sind in keiner Weise zu rechtfertigen, um so mehr, als es sich im gegebenen Fall nicht um den Schutz der Staatssicherheit handelte, sondern um die Wiederherstellung der Ordnung in der Mittelschule; 3. das ganze auf die Entfremdung zwischen Schule und Familie gerichtete System von Maßnahmen des Ministeriums für Volksbildung schafft durch den seelenlosen, die sittliche und geistige Entwicklung der jungen Generation unterdrückenden Formalismus Bedingungen, die der Herausbildung anomaler Erscheinungen im Leben der Schule günstig sind. Die Erklärungen des Ministeriums für Volksbildung für unbefriedigend erachtend, geht die Duma zur Tagesordnung über."

Dieser Antrag war am 30. Januar eingebracht worden, und die Progressisten erklärten schon damals, daß sie für die Oktobristen stimmen würden, falls diese das Mißtrauensvotum hinzufügten. Die Resultate dieses Kuhhandels haben wir weiter oben gesehen.

Auf welchem Boden war dieser Kuhhandel *möglich*? Auf dem Boden der Übereinstimmung im Grundlegenden.

Auch die Progressisten erachten die Politik in der Schule für anomal, auch sie fordern die „Wiederherstellung der Ordnung" (der Leibeigenschaftsordnung). Auch bei ihnen sehen wir die Opposition mit dem Genitiv, die Opposition nicht gegen das System der alten Macht, sondern gegen seine – „teilnahmslose, seelenlose" usw. – Anwendung. Pirogow war in den sechziger Jahren damit einverstanden, daß das Prügeln nötig sei, aber er forderte, daß *nicht* teilnahmslos, *nicht* seelenlos geprügelt werde. Die Progressisten sind nicht dagegen, daß die gegenwärtigen sozialen Elemente „die Ordnung wiederherstellen", nur finden sie es ratsamer, dies „mit mehr Teilnahme" zu tun. Welcher Fortschritt bei uns in einem halben Jahrhundert!

Die Formulierung des Antrags auf Übergang zur Tagesordnung bei den Kadetten:

„Nach Kenntnisnahme der Erklärungen des Ministers für Volksbildung stellt

die Duma fest: 1. daß in ihnen der pädagogische Standpunkt völlig mit dem polizeilichen Standpunkt vermengt wird; 2. daß diese Erklärungen absolut die normalen Grundlagen negieren, die die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen Schule und Familie ermöglichen; 3. daß die Politik des Ministeriums, die eine tiefgehende Unzufriedenheit unter den Schülern und eine berechtigte Gereiztheit in der Gesellschaft zur Folge hat, selbst zur Herausbildung jener Atmosphäre beiträgt, die die verfrühte Hereinziehung der lernenden Jugend in die Beschäftigung mit der Politik begünstigt und damit selbst die Bedingungen schafft, deren Entstehen verhindert werden sollte; 4. daß die Behandlung der Schüler, als wären es Staatsverbrecher, das Leben der Begabtesten unter der heranwachsenden Generation zerstört, aus ihren Reihen zahlreiche Opfer fordert und eine Gefahr für die Zukunft Rußlands darstellt – sie erachtet daher die Erklärung des Ministers für unbefriedigend und geht zur Tagesordnung über."

In viel milderer und mit Phrasen umhüllter Form wird hier *gleichfalls* die „verfrühte" Hereinziehung der Jugend in die Politik verurteilt. Das ist ein antidemokratischer Standpunkt. Sowohl die Oktobristen als auch die Kadetten verurteilen die Polizeimaßnahmen nur deshalb, weil sie statt ihrer *vorbeugende Maßnahmen* fordern. Das System soll die Versammlungen nicht auseinandertreiben, es soll ihnen vorbeugen. Es ist klar, daß das System selbst durch eine solche Reform nur überschminkt, nicht aber geändert wird. Wir sind unzufrieden mit der Politik des Ministeriums, sagen die Kadetten, und sie folgern ganz wie die Oktobristen, daß es *möglich* sei, eine Änderung dieser Politik zu *wünschen*, ohne sehr viel tiefer zu greifen.

Die Kadetten sprechen sich gegen die Regierung viel schärfer aus als die Oktobristen, und unentwickelte politische Elemente übersehen über dieser Schärfe der Worte die absolute Identität der liberalen, antidemokratischen *Fragestellung* bei den Kadetten wie bei den Oktobristen.

Die Duma soll das Volk Politik ernsthaft lehren. Wer bei den Kadetten Politik lernen will, der verdirbt sein Bewußtsein, anstatt es zu entwickeln.

Daß die Oktobristen, Progressisten und Kadetten miteinander feilschten und sich auf einen gemeinsamen Antrag einigten, ist kein Zufall, sondern das Resultat ihrer ideologisch-politischen Solidarität im Grundlegenden. Es gibt nichts Jämmerlicheres als die Politik der Kadetten: um die Anerkennung der Erklärungen als unbefriedigend zu erreichen, gehen sie auf die direkte Verurteilung der Politik in den Schulen ein! Doch die

Kadetten gingen darauf ein, weil sie selbst die „verfrühte" Hereinziehung der Jugend verurteilen.

Der Antrag der Trudowikigruppe:

„In Anbetracht dessen: 1. daß die am 9. XII. 1912 gegen die lernende Jugend einer Mittelschule ergriffenen groben Gewaltmaßnahmen, die infolge der schmachvollen Heranziehung einer Ochranaabteilung zur pädagogischen Beaufsichtigung der Schüler der Mittelschule in der Gesellschaft Bestürzung hervorriefen, in der Erklärung des Ministers für Volksbildung, Herrn Kassos, nur volle Billigung, begleitet von schadenfroher Verhöhnung der öffentlichen Meinung, gefunden haben; 2. daß das System der Durchsuchungen und der Ochrana, dieses Resultat der ganzen Politik des vereinigten Ministeriums und insbesondere des Ministers für Volksbildung Kasso, zum endgültigen Zusammenbruch führt und die heranwachsende Generation in der Zukunft schweren Erschütterungen auszusetzen droht – fordert die Reichsduma die unverzügliche Wiederaufnahme aller am 9. XII. Ausgeschlossenen; die Erklärungen des Ministers für Volksbildung Kasso für unbefriedigend erachtend, fordert sie seinen sofortigen Rücktritt und geht zur Tagesordnung über."

Diese Formulierung ist, strenggenommen, eine scharfe liberale Formulierung, doch das, was ein Demokrat sagen müßte, *zum Unterschied* vom Liberalen, ist in ihr nicht enthalten. Auch der Liberale kann die Heranziehung der Ochrana zur pädagogischen Aufsicht als schmachvoll bezeichnen, der Demokrat aber muß sagen (und er muß das dem Volk klarmachen), daß *keinerlei* „Aufsicht" berechtigt ist, die freie Organisierung von Zirkeln und von Gesprächen über politische Fragen zu verbieten. Auch der Liberale kann die „ganze Politik des vereinigten Ministeriums" verurteilen, der Demokrat in Rußland aber muß klarlegen, daß es gewisse allgemeine Bedingungen gibt, die auch jedes andere Ministerium zwingen würden, im wesentlichen dieselbe Politik zu betreiben.

Der Demokratismus der Trudowikiformulierung kommt *nur* in ihrem Ton, in der Stimmung der Verfasser zum Ausdruck. Die Stimmung ist ein politisches Symptom, das ist klar. Doch von einem Antrag auf Übergang zur Tagesordnung sollte man einen durchdachten Gedanken erwarten können und nicht nur eine „den Geist erhebende" Stimmung.

Die Formulierung des Antrags auf Übergang zur Tagesordnung bei den Sozialdemokraten:

„Die Reichsduma, die die Erklärungen des Ministers für Volksbildung zur Kenntnis genommen hat, erblickt in ihnen: 1. die Entschlossenheit, den Kampf

zu führen gegen das natürliche und erfreuliche Streben der lernenden Jugend, ihren Gesichtskreis auf dem Wege der Selbstbildung zu erweitern und kameradschaftlichen Verkehr zu pflegen; 2. die Rechtfertigung des in den Hoch-, Mittel- und Grundschulen verbreiteten Systems des bürokratischen Formalismus, des Spitzelwesens und der polizeilichen Durchsuchungen, das zur geistigen und moralischen Verkrüppelung der Jugend führt, die geringste Andeutung selbständigen Denkens und unabhängiger Charakterbildung brutal unterdrückt und eine Selbstmordepidemie unter der lernenden Jugend nach sich zieht. Sie erachtet daher diese Erklärungen für unbefriedigend. Die Reichsduma stellt zugleich fest, daß 1. die Herrschaft des polizeilichen Standpunkts auf dem Gebiet der Volksbildung untrennbar verbunden ist mit der Herrschaft der Ochrana über das ganze Leben in Rußland, mit der Unterdrückung aller Arten organisierter Selbsttätigkeit der Bürger und mit ihrer Rechtlosigkeit, daß 2. nur die radikale Umgestaltung der Staatsordnung und des Systems der Staatsverwaltung die Bürger und auch die Schule von den polizeilichen Fesseln zu befreien vermag – und geht zur Tagesordnung über."

Wir können auch diese Formulierung kaum als einwandfrei anerkennen. Wir würden sie uns populärer und ausführlicher wünschen. Wir bedauern es, daß in ihr ein Hinweis fehlt auf die Berechtigung der Beschäftigung mit der Politik usw. usf.

Doch bezieht sich unsere Kritik an *allen Anträgen* durchaus nicht auf Einzelheiten der redaktionellen Fassung, sondern ausschließlich auf die *grundlegenden politischen Ideen* der Verfasser. Der Demokrat mußte die Hauptsache sagen: Die Zirkel und Gespräche sind *natürlich und erfreulich*. Hierin liegt das Wesentliche. Jede Verurteilung einer wenn auch „verfrühten" Hereinziehung in die Politik ist Heuchelei und Obskurantismus. Der Demokrat mußte die Frage *vom* „vereinigten Ministerium" emporheben *zur* Frage der Staatsordnung. Der Demokrat mußte die „untrennbare Verbindung" vermerken 1. mit der „Herrschaft der Ochrana", 2. mit der Herrschaft der Klasse der Großgrundbesitzer von feudalem Typus im ökonomischen Leben.

Geschrieben 6.–9. (19.–22.) Februar 1913.
Veröffentlicht im März–April 1913 in der Zeitschrift „Prosweschtschenije" Nr. 3 und 4.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der Zeitschrift.

EINIGE ERGEBNISSE DER „FLURBEREINIGUNG"

Wie sehen die Ergebnisse der neuen Agrarpolitik aus? Diese Frage interessiert – und völlig zu Recht – alle Arbeiter. Die regierungsamtliche Statistik wird so schlecht und so einseitig geführt, daß man ihr nicht trauen kann. Zweifelsohne ist die neue Agrarpolitik eine *bürgerliche* Politik, doch sie steht ganz und gar unter der Leitung der Herren Purischkewitsch, Markow und Co., d. h. der Fronherren alten Schlages. Von einer solchen „Leitung" kann man schwerlich etwas anderes erwarten als ein Fiasko.

Erwähnen wir die Schlußfolgerungen des Herrn W. Obolenski im letzten Heft der „Russkaja Mysl" (1913, Nr. 2). Diese Zeitschrift ist eine kadettische Schwarzhunderter-Zeitschrift. Der Verfasser des Artikels ist ebenfalls konterrevolutionär, also ein Zeuge, der eher für die Gutsbesitzer Partei ergreift. Dieser Herr fand nun im Gouvernement Samara einen Kreis (Nowousensk) mit „gewaltigen" Erfolgen der „Flurbereinigung": mehr als die Hälfte der Hofbesitzer habe zusammenhängendes Land erhalten.

Und dennoch sieht die Schlußfolgerung, zu der der Verfasser gelangen *mußte*, so aus:

„Was die nächstliegenden Ergebnisse der neuen Agrarreform betrifft, so ... kann man sie wohl kaum als einigermaßen erfreulich bezeichnen ... Eine beträchtliche Menge von Anteilländereien ist für einen Spottpreis von den bäuerlichen Halbproletariern an die wohlhabenden Bauern und spekulierenden Aufkäufer übergegangen ... Gestiegen sind die Pachtzinsen ... Der Unterschied in der Ertragsfähigkeit zwischen dem Parzellenbesitz und dem gemeindlichen Gemengelagebesitz ist ganz geringfügig ... Das neue Gesetz ... begünstigte

die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Bedingungen des Wirtschaftslebens und seinem inneren Gehalt ... Vielleicht arbeitet das bäuerliche Denken jetzt energischer als während des Höhepunkts der vergangenen Revolution."

Danach, *worauf* sich das tätige Denken der Bauern richtet, braucht man den Liberalen von der „Russkaja Mysl" nicht erst zu fragen. Nicht umsonst hat er die Frage der fronherrlichen Wirtschaft auf den Gutsbesitzerländereien völlig im dunkeln gelassen.

Doch lohnt es sich, über die Schlußfolgerungen des liberalen Gutsbesitzers nachzudenken. Alle Gegensätze haben sich verschärft, die Ausbeutung ist gewachsen, gestiegen sind die Pachtzinsen, *ganz geringfügig* ist der Fortschritt der Wirtschaft. Nicht „vielleicht", sondern gewiß arbeitet das bäuerliche Denken.

„Prawda" Nr. 45,
23. Februar 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE HISTORISCHEN SCHICKSALE DER LEHRE VON KARL MARX

Das Wichtigste in der Marxschen Lehre ist die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft. Hat nun der weitere Verlauf der Ereignisse in der ganzen Welt diese Lehre, wie sie von Marx dargelegt wurde, bestätigt?

Zum erstenmal formulierte sie Marx im Jahre 1844. Das im Jahre 1848 erschienene „Kommunistische Manifest" von Marx und Engels gibt bereits eine geschlossene, systematische, bis heute unübertroffene Darlegung dieser Lehre. Die Weltgeschichte läßt sich von dieser Zeit an deutlich in drei Hauptperioden einteilen: 1. von der Revolution 1848 bis zur Pariser Kommune (1871); 2. von der Pariser Kommune bis zur russischen Revolution (1905); 3. von der russischen Revolution an.

Werfen wir einen Blick auf das Schicksal der Marxschen Lehre in jeder dieser Perioden.

I

Zu Beginn der ersten Periode ist die Marxsche Lehre keineswegs die herrschende Lehre. Sie ist lediglich eine der äußerst zahlreichen Fraktionen oder Strömungen des Sozialismus. Vorherrschend sind Formen des Sozialismus, die im wesentlichen mit unserer Volkstümlerrichtung verwandt sind: man erkennt nicht die materialistische Grundlage der geschichtlichen Bewegung, man versteht nicht, die Rolle und Bedeutung jeder Klasse der kapitalistischen Gesellschaft zu umreißen, man bemäntelt das bürgerliche Wesen der demokratischen Umgestaltungen mit verschiedenen scheinsozialistischen Phrasen über „Volk", „Gerechtigkeit", „Recht" u. dgl. m.

Die Revolution von 1848 versetzt allen diesen lärmenden, buntscheckigen, marktschreierischen Formen des *vor*marxschen Sozialismus den Todesstoß. Die Revolution zeigt in allen Ländern die verschiedenen Gesellschaftsklassen *in Aktion*. Die Niedermetzelung der Arbeiter durch die republikanische Bourgeoisie in den Junitagen 1848 in Paris zeigt endgültig, daß *nur* das Proletariat seiner Natur nach sozialistisch ist. Die liberale Bourgeoisie hat vor der Selbständigkeit dieser Klasse hundertmal mehr Angst als vor jeder beliebigen Reaktion. Der feige Liberalismus kriecht vor dieser auf dem Bauch. Die Bauernschaft begnügt sich mit der Beseitigung der Überreste des Feudalismus und schlägt sich auf die Seite der Ordnung, schwankt nur hin und wieder zwischen *Arbeiterdemokratie und bürgerlichem Liberalismus*. *Alle* Lehren von einem *nicht* klassengebundenen Sozialismus und einer *nicht* klassengebundenen Politik erweisen sich als purer Unsinn.

Die Pariser Kommune (1871) schließt diese Entwicklung der bürgerlichen Umgestaltungen ab; nur dem Heldenmut des Proletariats verdankt die Republik, d. h. diejenige Form der staatlichen Organisation, in der die Klassenverhältnisse am wenigsten verhüllt hervortreten, ihre Konsolidierung.

In allen anderen europäischen Ländern führt eine verworrenere und weniger abgeschlossene Entwicklung ebenfalls zur ausgebildeten bürgerlichen Gesellschaft. Gegen Ende der ersten Periode (1848-1871), der Periode der Stürme und Revolutionen, *stirbt* der vormarxsche Sozialismus. Es entstehen selbständige *proletarische* Parteien: die I. Internationale (1864–1872) und die deutsche Sozialdemokratie.

II

Die zweite Periode (1872–1904) unterscheidet sich von der ersten durch ihren „friedlichen" Charakter, durch das Fehlen von Revolutionen. Der Westen hat die bürgerlichen Revolutionen abgeschlossen. Der Osten ist noch nicht reif für sie.

Der Westen tritt in die Phase der „friedlichen" Vorbereitung auf die Epoche künftiger Umgestaltungen. Überall entstehen sozialistische, ihrer Grundlage nach proletarische Parteien, die es lernen, den bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen, eine eigene Tagespresse, eigene Bildungs-

institutionen, eigene Gewerkschaften, eigene Genossenschaften zu schaffen. Die Marxsche Lehre trägt den vollen Sieg davon und – *wächst in die Breite*. Langsam, aber beharrlich geht der Prozeß der Sammlung und Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats, seiner Vorbereitung auf die künftigen Schlachten vor sich.

Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten zu *verkleiden*. Der innerlich verfaulte Liberalismus versucht, sich als sozialistischer *Opportunismus* neu zu beleben. Die Periode der Vorbereitung der Kräfte auf die großen Schlachten deuten sie im Sinne des Verzichts auf diese Schlachten. Die Verbesserung der Lage der Sklaven für den Kampf gegen die Lohnsklaverei wird von ihnen so erklärt, als verkauften die Sklaven ihre Rechte auf Freiheit für ein Butterbrot. Feige predigen sie den „sozialen Frieden" (d. h. den Frieden mit den Sklavenhaltern), den Verzicht auf den Klassenkampf usw. Unter den sozialistischen Parlamentariern, den verschiedenen Bürokraten der Arbeiterbewegung und der „sympathisierenden" Intelligenz haben sie sehr viele Anhänger.

III

Die Opportunisten waren noch des Lobes voll darüber, daß unter der „Demokratie" „sozialer Frieden" herrsche und Stürme nicht notwendig seien, als in Asien ein neuer Herd der heftigsten Weltstürme entstand. Auf die russische Revolution folgten die türkische, die persische, die chinesische. Wir leben heute gerade in der Epoche dieser Stürme und ihrer „Rückwirkung" auf Europa. Welches immer die Schicksale der großen chinesischen Republik sein mögen, gegen die jetzt die verschiedenen „zivilisierten" Hyänen die Zähne fletschen, keine Kraft in der Welt wird die alte Fronherrschaft in Asien wiederherstellen, wird den heldenhaften demokratischen Geist der Volksmassen in den asiatischen und halbasiatischen Ländern vom Erdboden vertilgen können.

Manche Leute, die den Bedingungen der Vorbereitung und Entwicklung des Massenkampfes keine Aufmerksamkeit schenkten, wurden durch den langen Aufschub des entscheidenden Kampfes gegen den Kapitalismus in Europa zur Verzweiflung und zum Anarchismus getrieben. Wir sehen heute, wie kurzsichtig und kleinmütig die anarchistische Verzweiflung ist.

Nicht Verzweiflung, sondern Zuversicht müssen wir aus der Tatsache schöpfen, daß Asien mit seinen 800 Millionen in den Kampf um dieselben Ideale einbezogen wurde, um die in Europa gekämpft wird.

Die asiatischen Revolutionen haben uns die gleiche Charakterlosigkeit und Niedertracht des Liberalismus gezeigt, die gleiche außerordentliche Bedeutung der Selbständigkeit der demokratischen Massen, die gleiche deutliche Abgrenzung des Proletariats von jeglicher Bourgeoisie. Wer nach den Erfahrungen sowohl Europas als auch Asiens von einer *nicht* klassengebundenen Politik und einem *nicht* klassengebundenen Sozialismus spricht, der verdient, einfach in einen Käfig gesperrt und neben irgendeinem australischen Känguruh zur Schau gestellt zu werden.

Nach Asien begann sich auch Europa zu rühren – nur nicht auf asiatische Art. Die „friedliche" Periode 1872–1904 gehört unwiederbringlich der Vergangenheit an. Die Teuerung und der Druck der Trusts rufen eine unerhörte Verschärfung des ökonomischen Kampfes hervor, die sogar die durch den Liberalismus am stärksten demoralisierten englischen Arbeiter in Bewegung gebracht hat. Vor unseren Augen reift die politische Krise selbst in dem „hartgesottensten" bürgerlich-junkerlichen Land, in Deutschland, heran. Die wahnsinnigen Rüstungen und die Politik des Imperialismus schaffen im heutigen Europa einen „sozialen Frieden", der am ehesten einem Pulverfaß gleicht. Und die Zersetzung *aller* bürgerlichen Parteien und der Reifungsprozeß des Proletariats schreiten unaufhaltsam vorwärts.

Jede der drei großen Epochen der Weltgeschichte nach dem Aufkommen des Marxismus brachte ihm neue Bestätigungen und neue Triumphe. Einen noch größeren Triumph aber wird dem Marxismus als der Lehre des Proletariats die kommende geschichtliche Epoche bringen.

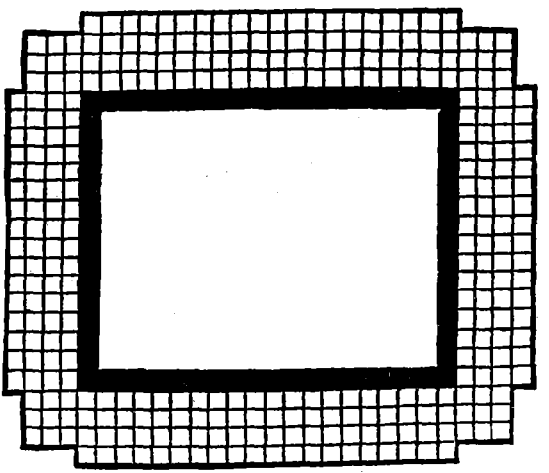
„Prawda" Nr. 50,
1. März 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

DER GROSSGRUNDBESITZ UND DER KLEINBÄUERLICHE LANDBESITZ IN RUSSLAND

Es wird nicht überflüssig sein, aus Anlaß des kürzlichen Jahrestags des 19. Februar 1861 an die gegenwärtige Bodenverteilung im Europäischen Rußland zu erinnern.

Die letzte offizielle Statistik der Bodenverteilung im Europäischen Rußland wurde vom Innenministerium herausgegeben und betrifft das Jahr 1905.



Nach den Angaben dieser Statistik gab es (abgerundet) etwa 30 000 Großgrundbesitzer mit über 500 Desjatinen Land, die zusammen etwa 70 000 000 Desjatinen Land besaßen.

Etwa 10 000 000 Höfe armer Bauern besitzen *ebensoviel* Land.

Im Durchschnitt entfallen also auf einen Großgrundbesitzer etwa 330 armer Bauernfamilien, wobei jede Bauernfamilie etwa 7 *(sieben)* Desjatinen Land besitzt, während jeder Großgrundbesitzer über etwa 2300 *(zweitausenddreihundert)* Desjatinen Land verfügt.

Um dies anschaulich vor Augen zu führen, wurde die oben abgedruckte Zeichnung angefertigt.

Das große weiße Viereck in der Mitte ist das Gut eines Großgrundbesitzers. Die es umgebenden kleinen Quadrate sind die kleinbäuerlichen Parzellen.

Im ganzen gibt es 324 Quadrate, während die Fläche des weißen Vierecks 320 Quadraten gleichkommt.

„Prawda" Nr. 51,
2. März 1913.

Nach dem Text der „Prawda".

FALSCHE TÖNE

Herrn Miljukows Rede in der Reichsduma zur Frage des allgemeinen Wahlrechts ist von außerordentlichem Interesse, weil der Redner eine ganze Reihe Themen berühren mußte, die für die Demokratie von erstrangiger Bedeutung sind.

Unsere Presse überhaupt – einschließlich der liberalen – macht sich immer mehr eine abscheulich prinzipienlose Gewohnheit zu eigen, nämlich die Reden in der Duma mit lobenden (Herr Litowzew in der „Retsch") oder schmähenden Notizen abzutun und *niemals* den *ideologischen* Gehalt der Reden zu untersuchen!

Die Arbeiter glauben nicht an bürgerliche Politikasterei. Die Arbeiter wollen die Politik *studieren*. Um diesem Wunsch zu entsprechen, wollen wir den Versuch machen, Herrn Miljukows Rede zu analysieren.

„Sie", sagt Herr Miljukow, *ständig* den Oktobristen zugewandt, „Sie sind mit der Staatsmacht nicht nur durch keine bestimmten Verpflichtungen verbunden, Sie sind mit der Staatsmacht nicht einmal durch Dankbarkeit verbunden" –

denn die Wahlen wurden ja zu Ihrem Schaden gefälscht.

Herr Miljukow, der einer der gebildetsten Kadetten, Professor, Redakteur usw. ist, entwickelte ganz ernsthaft dieses Argument und fügte sogar hinzu:

„... offenbar fehlt in Rußland jene gesellschaftliche Schicht, die die jetzige Regierungspolitik unterstützen würde ..." („Rossija" Nr. 2236.)

Die Unaufrichtigkeit dieser Betrachtungen ist empörend. Derselbe Herr Miljukow zitierte weiter den Franzosen Chasles, der richtig sagt, die *„zentrale Aufgabe" „ist die Agrarfrage"*.

„Um eine konservative III. Duma zu erhalten", sagt Chasles, „mußte die Mehrheit von den Bauern auf die Gutsbesitzer übertragen werden ... Der Grundbesitz und die Aristokratie des Reichtums können einen Block von $^5/_8$ der Stimmen bilden (bei der Wahl der Mitglieder der Reichsduma, nach unserem Wahlgesetz), während die Minderheit buchstäblich erdrückt wird: die Bauern, die Mittelklasse und die städtische Demokratie werden vom Gesetzgeber aufgefordert, keine Wahlen zu machen, sondern bei den Wahlen zuzuschauen, sich an ihnen nicht zu beteiligen, sondern anwesend zu sein."

Klug und richtig sind die Überlegungen des Reaktionärs Chasles. Wir danken Herrn Miljukow für die interessanten Zitate, ... die Herrn Miljukows Phrasen *zerschlagen!* Es ist offensichtlich, daß in Rußland eine gesellschaftliche „Schicht" *existiert* (die Klasse der Gutsbesitzer – der Feudal- oder Fronherren), die die Politik der Regierung unterstützt und *„mit der Staatsmacht"* durch die Bande der Klasseninteressen verbunden ist. Die Verbundenheit durch „Verpflichtungen" und „Dankbarkeit" aber ist überhaupt Unsinn, merken Sie sich das, gelehrter Herr Kadett!

Im folgenden Artikel* werden wir zeigen, wie dieser gelehrte Kadett – wie die Katze um den heißen Brei – um die *„zentrale Aufgabe"* (d. h. die Agrarfrage), auf die der Reaktionär Chasles richtig hingewiesen hat, herumgegangen ist.

„Prawda" Nr. 55,
7. März 1913.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Prawda".

* Siehe den vorliegenden Band, S. 584/585. *Die Red.*

DIE „ZENTRALE AUFGABE"

Wir haben gesehen, daß der von Herrn Miljukow zitierte französische Reaktionär Chasles richtig die Agrarfrage für die „zentrale Aufgabe" hält, vor der Rußland steht.*

Herr Miljukow zitierte die klugen Worte eines klugen Reaktionärs, hat aber rein gar nichts von ihnen begriffen!

„Den Bauern, den Sie" (d. h. die Oktobristen und die Regierung: Herr Miljukow unterhält sich *mit ihnen!*) „mit Ihren Händen hierhergeführt haben, kann man ihn abhängig machen? Spricht er doch über den Grund und Boden von diesem Pult herab, und sagt er doch dasselbe, was der unabhängige Bauer der I. und der II. Reichsduma gesagt hat. Nein, meine Herren, es gibt kein Element im russischen Leben, das unabhängiger und standhafter wäre als der russische Bauer." (Beifall von links und Stimmen: Richtig.)

Offensichtlich klatschten allein die heuchlerischen Kadetten, denn alle wissen, daß erstens in der III. und IV. Reichsduma die Bauern *nicht ganz* „dasselbe", sondern etwas Gemäßigteres als in der I. und II. Reichsduma sagen und daß es zweitens im russischen Leben ein unabhängigeres und standhafteres Element *gibt*. Herr Miljukow selber *mußte* in seiner Rede zugeben, daß für die politische Freiheit in Rußland „das meiste" die *Arbeiter* getan haben. Oder kann man die „Unabhängigkeit" mit einem anderen Maßstab messen?

Aber nicht das ist das Wesentliche. Wesentlich ist, ob *jetzt* die Interessen der 130 000 Gutsbesitzer und der Masse der Bauern miteinander zu vereinbaren sind. Herr Miljukow schwatzte um diese Frage herum, *um sich vor der Antwort zu drücken.*

* Siehe den vorliegenden Band, S. 582/583. *Die Red.*

Aber Herr S. Litowzew, den die „Retsch" zur Beweihräucherung P. Miljukows gedungen hat, schrieb: Seine Rede

„zerriß den Nebel um diese aktuelle und strittige Frage. Das allgemeine Wahlrecht ist bis heute für viele eine Art Schreckgespenst, der Gipfel revolutionärer Einstellung."

Da haben wir schon wieder ein Musterbeispiel der Phrasendrescherei!

Lernt von dem Reaktionär Chasles, ihr Herren liberalen Schwätzer! Die zentrale Aufgabe ist die Agrarfrage. Sind in dieser Frage *jetzt* die Interessen der 130000 Gutsbesitzerfamilien mit denen der 10000000 Bauernfamilien zu vereinbaren? Ja oder nein?

Hier ist der *„zentrale"* Punkt in der Frage des allgemeinen Wahlrechts, Herr Miljukow, und Sie *zersetzen* das politische Bewußtsein des Volkes, wenn Sie diesen für jeden verständigen Menschen augenfälligen Kern der Sache mit Phrasen *verunreinigen.*

Beantworten Sie die Frage mit *Ja*, so werde ich Sie mit *Ihrer* eigenen Feststellung widerlegen, daß in der III. und IV. Reichsduma die Bauern *„dasselbe"* (wenn auch gemäßigter) sagen wie in der I. und II. Reichsduma.

Beantworten Sie die Frage mit *Nein*, so wird Ihr *ganzes* Geschwätz vom versöhnenden, nicht *„einseitigen"* Charakter des allgemeinen Wahlrechts im heutigen Rußland hinfällig.

Und die gelehrten Verweise auf Bismarck sind pure Kinderei, denn Bismarck „gewährte" das allgemeine Wahlrecht dann, als infolge der bürgerlichen Entwicklung Deutschlands die Interessen der Gutsbesitzer und aller wohlhabenden, teilweise sogar der mittleren Bauern *bereits miteinander übereinstimmten.*

Vielleicht wird der scharfsinnige Leser fragen: Folgt nicht hieraus, daß in Rußland das allgemeine Wahlrecht unmöglich ist? Nein, werden wir dem scharfsinnigen Leser antworten, hieraus folgt nur, daß in Rußland ein reformerischer Standpunkt unmöglich ist.

„Prawda" Nr. 56,
8. März 1913.
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE LIBERALE BESCHÖNIGUNG DER LEIBEIGENSCHAFT

Der liberale Historiker Herr Miljukow, Führer der Kadettenpartei, schrieb kürzlich in einem Leitartikel der „Retsch":

„Die soziale Ungleichheit in Rußland (die Leibeigenschaft) erwies sich als brüchiger und zufälliger entstanden als sonstwo in der zivilisierten Welt. Sie wich ohne Widerstand (!!!) dem ersten Federstrich. Miljutin und Solowjow realisierten ohne Mühe das, was schon unter Alexander I. Graf Stroganow als möglich vorausgesagt hatte."

Wir haben uns daran gewöhnt, daß alle liberalen und einige volkstümlerische Historiker die Leibeigenschaft und die feudale Staatsmacht in Rußland beschönigen. Aber zu so schändlichen „Perlen" wie der von uns zitierten haben es nicht alle gebracht.

Nicht brüchig und nicht zufällig entstanden waren die Leibeigenschaft und der feudale Gutsbesitzerstand in Rußland, sondern weitaus „kräftiger", fester, machtvoller, allmächtiger „als sonstwo in der zivilisierten Welt". Nicht „ohne Widerstand", sondern mit größtem Widerstand traten diese Leute einen kleinen Teil ihrer Privilegien ab. Oder will uns vielleicht der Herr Liberale in der „zivilisierten Welt" Beispiele nachweisen wie das Schicksal Tschernyschewskis?

Miljutin und Solowjow *selber* verteidigten die Privilegien der Fronherren und die unerhört drückende *„Ablösung"* für diese Privilegien. Indem er hierüber schweigt, entstellt Herr Miljukow die Geschichte, die von einer fünfzigjährigen „Zähllebigkeit" der fronherrlichen Privilegien, der Allgewalt und Allmacht nach Miljutin und Co., nach *„ihrer"* Leibeigenschaftsreform zeugt.

Weshalb beschönigen die liberalen Historiker die Leibeigenschaft und

die Leibeigenschaftsreformen? Weil sie bei den Verfechtern solcher Reformen die ihnen angenehme Servilität vor den Fronherren, die für sie erfreuliche Furcht vor der Demokratie, das ihnen vertraute Streben nach einem Block mit der Reaktion, das ihnen bekannte Beschönigen des Klassenkampfes wahrnehmen.

Es geht um ferne Vergangenheit. Und doch ist die damalige und die jetzige Einstellung der Liberalen („im Äußern, im Herzen doch Beamte"[134]) zum Klassenkampf eine Erscheinung gleicher Ordnung.

Mit seiner Beschönigung der Leibeigenschaft hat Herr Miljukow ausgezeichnet sich selbst, seine Partei und den ganzen russischen bürgerlichen Liberalismus charakterisiert, der sich zur Demokratie zählt, um die Einfältigen zu nasführen.

„Prawda" Nr. 57,
9. März 1913.
Unterschrift: J.

Nach dem Text der „Prawda".

EIN „WISSENSCHAFTLICHES" SYSTEM ZUR SCHWEISSAUSPRESSUNG

Der amerikanische Kapitalismus ist allen voraus. Höchstentwickelte Technik, raschester Fortschritt – alles das zwingt das alte Europa, den Yankees nachzueifern. Aber nicht die demokratischen Einrichtungen übernimmt die europäische Bourgeoisie aus Amerika, nicht die politische Freiheit, nicht die republikanische Staatsform, sondern die neuesten Methoden zur Ausbeutung des Arbeiters.

Am meisten spricht man jetzt in Europa und zum Teil auch in Rußland von dem „System" des amerikanischen Ingenieurs Frederick Taylor. Erst vor kurzem hielt in der Aula des Instituts für Ingenieure des Verkehrswesens in Petersburg Herr Semjonow einen Vortrag über dieses System. Taylor selber bezeichnete es als „wissenschaftliches" System, und sein Buch wird in Europa eifrig übersetzt und propagiert.

Worin besteht dieses „wissenschaftliche System"? Darin, aus dem Arbeiter die dreifache Arbeit in derselben Arbeitszeit herauszupressen. Man läßt den stärksten und geschicktesten Arbeiter arbeiten; mit einer besonderen Uhr mißt man – nach Sekunden und Bruchteilen von Sekunden – die Menge der Zeit, die für jeden Arbeitsgang, für jede Bewegung gebraucht wird; man ermittelt die sparsamsten und produktivsten Arbeitsmethoden; die Arbeit des besten Arbeiters wird auf einem Filmstreifen festgehalten usw.

Im Ergebnis wird während der gleichen 9–10 Arbeitsstunden aus dem Arbeiter die dreifache Arbeit herausgepreßt, werden alle seine Kräfte erbarmungslos aufgebraucht, wird dem Lohnsklaven mit verdreifachter Geschwindigkeit jedes bißchen Nerven- und Muskelenergie ausgesogen. Er wird früher sterben? – Viele andere warten an den Toren! . . .

Fortschritt von Technik und Wissenschaft bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft Fortschritt in der Kunst der Schweißauspressung.

Hier ein Beispiel aus Taylors Buch.

Verglichen wird die Arbeit des Verladens von Gußeisen, das zur weiteren Bearbeitung geht, auf einen Karren, verglichen wird das alte und das neue, das „wissenschaftliche" System:

	Altes System	Neues
Zahl der mit Verladearbeiten beschäftigten Arbeiter	500	140
Ein Arbeiter verlädt im Durchschnitt Tonnen (je 61 Pud)	16	59
Durchschnittsverdienst eines Arbeiters	2,30 Rbl.	3,75 Rbl.
Unkosten des Fabrikanten für das Verladen einer Tonne	14,4 Kop.	6,4 Kop.

Das Kapital senkt seine Unkosten *um die Hälfte* und mehr. Der Profit steigt. Die Bourgeoisie ist begeistert und kann die Taylor nicht genug loben!

Der Arbeiter erhält zunächst einen Zuschlag. Aber Hunderte von Arbeitern sind entlassen. Wer geblieben ist, arbeitet viermal so intensiv, reibt sich bei der Arbeit auf. Alle Kräfte des Arbeiters werden ausgepreßt, und dann wird er davongejagt. Man nimmt nur die Jungen und Starken.

Eine Schweißauspressung nach allen Regeln der Wissenschaft . . .

„Prawda" Nr. 60,
13. März 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

UNSERE „ERFOLGE"

Der Finanzminister in seinen Erläuterungen zum Staatshaushalt wie auch alle Regierungsparteien versichern sich und den anderen, daß unser Haushalt stabil sei. Man beruft sich hierbei unter anderem auf die „Erfolge" der Industrie, in der es in den letzten Jahren zweifellos einen Aufschwung gegeben hat.

Unsere Industrie wie überhaupt die gesamte Volkswirtschaft Rußlands entwickelte und entwickelt sich kapitalistisch. Das ist unbestreitbar. Das braucht man nicht erst zu beweisen. Aber sich auf Angaben über die „Entwicklung" und auf selbstzufrieden-prahlerische Hinweise wie: „erhöht sich um soundsoviel Prozent" zu beschränken, heißt die *Augen zu verschließen* vor der *unglaublichen* Rückständigkeit und Armut Rußlands, die diese Angaben erkennen lassen.

Der Wert der Erzeugnisse unserer gesamten Fabrik- und Werkindustrie belief sich im Jahre 1908 auf 4307 Mill. Rbl. und im Jahre 1911 auf ca. 4895 Mill. Rbl., berichtet begeistert der Finanzminister.

Man betrachte aber, *welche Bedeutung* diese Zahlen haben. In Amerika wird alle zehn Jahre eine Zählung durchgeführt. Um eine Zahl zu finden, die der unseren *nahekommt*, muß man bis ins Jahr 1860 zurückgehen, als in Amerika noch die Negersklaverei herrschte.

Im Jahre 1860 betrug in Amerika der Wert der Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie 3771 Mill. Rbl. und im Jahre 1870 bereits 8464 Mill. Rbl. Im Jahre 1910 haben wir dort bereits eine Summe von 41 344 Mill. Rbl., d. h. fast das *Neunfache* der Summe Rußlands. Die Bevölkerung Rußlands beträgt 160 Mill., die Amerikas 92 Mill. im Jahre 1910 und 31 Mill. im Jahre 1860!

Der jährliche Durchschnittsverdienst eines russischen Fabrikarbeiters betrug im Jahre 1911 – 251 Rbl., 8,2% mehr (nach der Summe aller Arbeitslöhne) als im Jahre 1910, berichtet begeistert der Finanzminister.

In Amerika betrug im Jahre 1910 der durchschnittliche Verdienst eines Industriearbeiters – *1036 Rubel*, d. h. mehr als das *Vierfache* des russischen. Im Jahre 1860 machte dieser Verdienst *576 Rubel* aus, d. h. das Doppelte des *jetzigen* russischen.

Das Rußland des 20. Jahrhunderts, das Rußland der „Konstitution" vom 3. Juni *steht auf einem niedrigeren Niveau als das Amerika der Sklaverei.*

Die Jahresproduktivität eines Fabrikarbeiters in Rußland betrug im Jahre 1908 – 1810 Rbl., in Amerika im Jahre 1860 – 2860 Rbl., im Jahre 1910 – 6264 Rubel.

Schon diese wenigen Zahlen genügen, um kurz zu erläutern, was der *moderne* Kapitalismus ist und was das ihn erdrückende mittelalterliche Joch der Leibeigenschaft, das die elende Lage der breiten Massen der Bauernschaft bedingt.

Und aus der Lage der Bauern folgt unausbleiblich ein kläglicher Umfang des inneren Marktes, sie drückt den Arbeiter nieder, der im Jahre 1911 nur halb soviel verdient wie der amerikanische Arbeiter zur Zeit der Sklaverei. Außer allem übrigen aber stellt der Weltmarkt Rußland vor die Wahl: entweder erdrückt zu werden von den Konkurrenten, bei denen der Kapitalismus mit anderem Tempo und auf wirklich breiter Basis vorwärtsmarschiert, oder sich von allen Überresten der Leibeigenschaft zu befreien.

„Prawda" Nr. 61,
14. März 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

VERSTÄNDIGUNG ODER SPALTUNG?

(Zu den Meinungsverschiedenheiten in der sozialdemokratischen Dumafraktion)

Die öffentliche Meinung der Sozialdemokratie ist beunruhigt durch die aus dem Brief der sieben Abgeordneten sprechende Gefahr einer Spaltung der Fraktion. Mit Recht fand diese Frage bei den Arbeitern größtes Interesse. Es gilt, sich ein klares Bild über die Lage zu verschaffen.

Auf der einen Seite stehen alle sechs aus der Arbeiterkurie hervorgegangenen Abgeordneten, d. h., wie jeder versteht, die Vertreter der riesigen Mehrheit der Arbeiterklasse Rußlands. Auf der anderen – die sieben übrigen Abgeordneten, die in der Fraktion eine zufällige Mehrheit von einer Stimme haben.

Seinem Äußeren nach geht der Streit darum, daß die 7 Abgeordneten die übrigen 6 zwingen wollen, Mitarbeiter der Zeitung „Lutsch" zu werden, und für die Verschmelzung der „Prawda" mit dem „Lutsch" eintreten. Diese Forderungen der sieben Abgeordneten erscheinen uns – sagen wir es offen – einfach unernst. Kann man denn jemanden durch „Stimmenmehrheit" zwingen, an einer Zeitung mitzuarbeiten, deren Auffassungen er nicht teilt? (Ganz zu schweigen davon, daß jede Redaktion, die etwas auf sich hält, von selbst auf solche mit Gewalt herbeigeschafften, unfreiwilligen „Mitarbeiter" verzichten würde.) Kann man im Ernst von einer Verschmelzung der „Prawda" mit dem „Lutsch" reden?

Natürlich *nicht!* Und wir erklären geradeheraus, daß wir einen Verzicht der „Prawda" auf den Kampf gegen das Liquidatorentum und also auch einen Zusammenschluß der „Prawda" mit dem „Lutsch" für *Verrat* an der Sache des Proletariats ansehen würden, *solange der „Lutsch" nicht seinerseits auf die liquidatorische Propaganda gegen die „Illegalität", gegen die politischen Streiks* usw. *verzichtet.* Ernsthafte sozialdemokratische Funktionäre werden wohl kaum glauben, daß die „Prawda" und die

6 Arbeiterdeputierten sich zum Selbstmord entschließen würden, nur weil das der „Lutsch" möchte. Davon kann gar keine Rede sein, und die 7 Abgeordneten werden gut daran tun, auf ihren völlig unannehmbaren und undurchführbaren „Plan" nicht mehr zurückzukommen.

Damit ist jedoch die Frage der Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion nicht erschöpft. Jeder fühlt, daß sich hinter dem Äußeren des Streits über die unfreiwillige Mitarbeit im „Lutsch" noch ein anderer, ernsterer und wichtigerer Streit verbirgt. Er läuft darauf hinaus, *wie beide Teile der Fraktion zum Liquidatorentum stehen.*

Und man sollte meinen: Hier haben die Arbeiter vor allem das Recht, von den sieben Abgeordneten zu fordern, *daß sie geradeheraus, klipp und klar sagen, wie sie zum Liquidatorentum stehen.* Die sieben Abgeordneten sind verpflichtet, das ebenso offen zu tun, wie es die sechs Arbeiterdeputierten getan haben. In der Fraktion der III. Reichsduma waren die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten *Menschewiki.* Doch verhielten sie sich zum Liquidatorentum schroff *ablehnend.* Wie stellen sich jetzt die 7 Abgeordneten dazu? Sie selber haben die Frage des „Lutsch", d. h. des Liquidatorentums, aufgeworfen. Sie sind deshalb doppelt verpflichtet, offen und klar zu sagen, wie sie zur Propaganda des „Lutsch" gegen die Illegalität (siehe „Lutsch" Nr. 101 u. a.), gegen die politischen Streiks, gegen die Hegemonie der Arbeiterklasse in der Befreiungsbewegung usw. stehen. Ohne das kann man keinen Schritt tun, um aus der entstandenen Lage herauszukommen.

Wir sagen es offen: Gäbe es in der sozialdemokratischen Fraktion auch nur einen Abgeordneten, der von der Dumatribüne herab Reden hielte in der Art des Artikels in Nr. 101 des „Lutsch" (die zunehmenden Sympathien für die „Illegalität" seien eine „betrübliche" Tatsache usw.) – *mit einem solchen Abgeordneten wäre der Bruch unvermeidlich.* Und ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der nicht aufstünde und sagte, daß dieser Redner nicht die Meinung der Sozialdemokratie zum Ausdruck bringt, würde seine Pflicht vor der Arbeiterklasse verletzen.

Haben wir mit dieser unserer Meinung recht oder nicht? Wir überlassen diese Frage ruhig dem Urteil der Arbeiter . . .

Bei vorhandenen ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Hälften der Fraktion kann die Einheit nur dann erhalten bleiben, *wenn beide Seiten in gleicher Weise eine Verständigung anstreben.* Die

„Entscheidung" von Programmfragen durch eine zufällige Mehrheit von einer Stimme ist die *Herausforderung einer Spaltung*. Das begreift jeder. Wer ernsthaft die Einheit will, wird niemals den Weg einer solchen „Entscheidung" der Fragen einschlagen.

Ist eine solche Verständigung in der Fraktion, bei ihrer jetzigen Zusammensetzung, möglich? Bisher *war* sie möglich. Ein Beispiel: die Deklaration der Fraktion, die bei Beginn der Arbeiten der IV. Duma verlesen wurde. Die liquidatorischen Ansprüche hat die Fraktion zurückgewiesen; und das ermöglichte eine Verständigung beider Teile. Ist der gute Wille vorhanden, bereiten die sieben Abgeordneten keine Spaltung vor, so *wird* das auch künftig in allen wichtigen politischen Fragen möglich sein.

Das Beispiel der Deklaration veranschaulicht, *was man tun muß*, um eine Spaltung zu verhindern. Das Beispiel der „national-kulturellen Autonomie" wiederum veranschaulicht, *was man nicht tun darf*, wenn man die Spaltung verhindern will. Diese Forderung aufzustellen, wie es Gen. Tschchenkeli getan hat, bedeutet die *Annullierung* des Programms der Sozialdemokratie. Beteuerten die Liquidatoren bisher, diese Forderung „widerspreche nicht" dem Programm, so sind sie jetzt sogar durch die Bundisten selber entlarvt, die (siehe Nr. 9 der „Zait") Tschchenkeli gerade dazu beglückwünschen, daß er „den verknöcherten Standpunkt verlassen hat, auf dem die offizielle Theorie in der nationalen Frage steht". Ein Programm mit sieben gegen sechs Stimmen annullieren *heißt* die *Spaltung* vorbereiten. Das begreift jeder klassenbewußte Arbeiter.

Also – *Verständigung oder Spaltung!* So ist die Frage gestellt.

Was schlagen wir vor? – *Verständigung!*

Ist diese Verständigung möglich? – Ja!

Ist diese Verständigung wünschenswert? – Ja!

Was ist erforderlich für das Zustandekommen dieser Verständigung? – Daß man das Programm nicht annulliert, die „Illegalität" nicht verunglimpft, daß man dem alten Banner treu bleibt! Wie der Leser sieht, sind unsere Forderungen bescheiden.

Für die Verständigung der Sieben und der Sechs, gegen die Spaltung! Das müssen alle klassenbewußten Arbeiter fordern.

„Prawda" Nr. 62,
15. März 1913.
Unterschrift: B. B.

Nach dem Text der „Prawda".

DER „FREI VERFÜGBARE BESTAND" [135]

Die Regierungszeitungen, an ihrer Spitze das lobhudelnde „Nowoje Wremja", preisen unsere Regierung wegen der großartigen Ergebnisse der staatlichen Haushaltsführung. Man bedenke nur: „frei verfügbare" 450 Millionen Rubel! Nicht Defizite, sondern Überschüsse – bitte schön, so wirtschaften „wir".

Und das „Nowoje Wremja", die Zeitung der erzreaktionären Gutsbesitzer und oktobristischen Kaufleute, kommt zu dem Schluß, daß mit solch einer hübschen Reserve von 450 Mill. Rbl. nicht einmal Krieg zu führen schlimm sei.

Betrachten wir jedoch die Erläuterungen des Finanzministers zum Staatshaushalt des Jahres 1913; – kann man darin nicht, außer Eigenlob (davon enthalten die Erläuterungen mehr als genug!), *exakte Angaben* über den Ursprung des vielgerühmten „frei verfügbaren Bestandes" finden?

Wir schlagen die Erläuterungen des Herrn Ministers auf und lesen darin (S. 15, Teil I), daß in den fünf Jahren von 1908 bis 1912 der Staatskasse *durch Anleihen* 339½ Millionen Rubel zugeflossen sind. Eingelöst wurden in derselben Zeit Anleihen im Betrage von 252,1 Mill. Rbl.

Die Anleihen *haben sich* also im ganzen genommen *um 87,4 Mill. Rbl. erhöht*. Da haben wir die erste „Quelle" des „frei verfügbaren Bestandes". Wie man sieht, eine einfache Quelle.

Aber gehen wir weiter. Bekanntlich ist *ab 1. Oktober 1908* der Preis des Monopolbranntweins außerordentlich erhöht worden, nämlich von 8 Rbl. auf 8 Rbl. 40 Kop. das Wedro* (gewöhnlicher Branntwein, das Wedro Tischbranntwein von 11 Rbl. auf 12 Rbl.).

Nach dieser „Finanzmaßnahme" lag der Durchschnittspreis des Monopolbranntweins in den fünf Jahren von 1908 bis 1912 bei 8 Rbl. 48 Kop. das Wedro, d. h., er war genau *um 42 Kopeken* höher als in den vorangegangenen vier Jahren (1904–1907 – 8 Rbl. 06 Kop. das Wedro).

* 1 Wedro = 12,3 Liter. *Der Übers.*

Insgesamt verkaufte der Staat in den letzten fünf Jahren (1908 bis 1912) 440½ Millionen Wedro vierzigprozentigen Fusel. Die Erhöhung des Profits um 42 Kopeken je Wedro ergab *185 Millionen Rubel.*

Da haben wir die zweite Quelle des „frei verfügbaren Bestandes"!

Die dritte Quelle, die staatlichen Eisenbahnen, brachte an „Reingewinn" in vier Jahren (1908–1911) *53 Millionen Rubel, zählt man nicht mit* die Zinszahlungen und Tilgungsraten für die vom Staat aufgewendeten Kapitalien, die sich auf 2¼ Milliarden Rubel belaufen!! Nehmen wir für das Jahr 1912 einen ebenso hohen „Gewinn" an wie im Jahre 1911, d. h. 105 Mill. Rbl., so erhalten wir für das ganze Jahrfünft einen „Gewinn" von *158 Mill. Rbl.* Begreiflicherweise gleicht eine staatliche „Haushaltsführung", die bei den Milliardenausgaben die Zinsen und Tilgungsraten „nicht mitzählt", eher einer staatlichen Taschenspielerei. Wir bemerken dazu, daß nicht irgendein „linker Journalist" (Gott behüte!), sondern die *Staatskontrolle selbst* die Zinsen und Tilgungsraten für die vom Staat im Eisenbahnbau verwendeten Kapitalien *mit 397,6 Millionen Rubel für vier Jahre* (1908–1911) angegeben hat. Für das ganze Jahrfünft, 1908–1912, sind das *500 Millionen Rubel!* Ein hübsches Beispiel für *Raubwirtschaft.*

Fassen wir die Ergebnisse der drei Quellen des „frei verfügbaren Bestandes" zusammen:

1. aus den Anleihen	87,4 Mill. Rbl.
2. aus der Erhöhung des Preises des staatlichen Fusels	185 „ „
3. aus den staatlichen Eisenbahnen *(nicht mitgezählt 500 Mill. Rbl. Zinsen und Tilgungsraten für aufgewendete Kapitalien)*	158 „ „
Insgesamt	430,4 Mill. Rbl.

Das genügt wohl. Die kleineren „Quellen" anzuführen ist nicht nötig.

Ist es nicht klar, daß unsere feudalen Gutsbesitzer die größten Finanzgenies sind? Gelder zu leihen, den Preis des Fusels zu erhöhen, die Zinsen und Tilgungsraten für die (für die „Wirtschaft") aufgewendeten Milliarden „nicht mitzuzählen" – ist das nicht genial?

Ist das kein Beweis für die „Stabilität" unseres Budgets?

„Prawda" Nr. 62,
15. März 1913.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

ANMERKUNGEN

[1] *„Russkoje Bogatstwo"* (Russischer Reichtum) – Monatsschrift, die von 1876 bis 1918 in Petersburg erschien. Anfang der neunziger Jahre wurde die Zeitschrift zu einem Organ der liberalen Volkstümler. Von 1906 an war das „Russkoje Bogatstwo" faktisch Organ der halbkadettischen „Volkssozialistischen Arbeitspartei". *1*

[2] *„Sowremennik"* (Der Zeitgenosse) – Monatsschrift für Literatur und Politik; erschien von 1911 bis 1915 in Petersburg. Um die Zeitschrift gruppierten sich menschewistische Liquidatoren, Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten und linke Liberale. Die Zeitschrift hatte keinerlei Verbindung mit den Arbeitermassen. Lenin nannte 1914 die in ihr vertretenen Auffassungen ein „Gemisch von Volkstümlerideologie und Marxismus" (Werke, Bd. 20, S. 295). *1*

[3] *„Saprossy Shisni"* (Anforderungen des Lebens) – Wochenschrift, die von 1909 bis 1912 in Petersburg erschien. An der Zeitschrift arbeiteten Kadetten, Volkssozialisten und menschewistische Liquidatoren mit. Lenin nannte diese Zeitschrift „liquidatorisch-trudowikisch-wechistisch" (Werke, Bd. 35, S. 33). *2*

[4] Gemeint ist der Artikel 129 des Strafgesetzbuches des Russischen Reichs, der für öffentliches Auftreten gegen die zaristische Regierung und die Verbreitung dementsprechender Schriften harte Strafen bis zur Verschickung zu Zwangsarbeit vorsah. *3*

[5] *R-kow* – N. A. Roshkow, Historiker, Sozialdemokrat, den menschewistischen Liquidatoren nahestehend: *4*

[6] *„Shiwoje Delo"* (Lebendige Tat) – legale Wochenzeitung der menschewistischen Liquidatoren, die vom 20. Januar (2. Februar) bis 28. April (11. Mai) 1912 in Petersburg herausgegeben wurde. Es kamen 16 Nummern heraus. *4*

[7] Lenin meint die *„Initiativgruppen sozialdemokratischer Funktionäre der legalen Arbeiterbewegung"*, die die menschewistischen Liquidatoren seit Ende 1910 als Gegengewicht zu den illegalen Parteiorganisationen bildeten. Die Liquidatoren, die sich vom revolutionären Programm und der revolutionären Taktik lossagten, wollten die illegale revolutionäre Partei des Proletariats liquidieren. Sie betrachteten die „Initiativgruppen" als Zellen einer neuen umfassenden legalen Partei, die sich dem Stolypinschen Regime anpassen sollte. Es gelang den Liquidatoren, in Petersburg, Moskau, Jekaterinoslaw und Konstantinowka (Donezbecken) „Initiativgruppen" zu bilden. Es waren das kleine Intellektuellengruppen ohne Verbindung mit der Arbeiterklasse. Sie wandten sich gegen den Streikkampf und gegen revolutionäre Arbeiterdemonstrationen und kämpften bei den Wahlen zur IV. Duma gegen die Bolschewiki. Die Zentren der „Initiativgruppen" waren: der im Ausland herausgegebene „Golos Sozial-Demokrata" und die legalen Organe der Liquidatoren in Rußland: „Nascha Sarja" und „Delo Shisni". *4*

[8] *„Nascha Sarja"* (Unsere Morgenröte) – legale Monatsschrift der menschewistischen Liquidatoren; erschien von 1910 bis 1914 in Petersburg. Um die „Nascha Sarja" gruppierte sich der Kern der Liquidatoren in Rußland. *4*

[9] *Bulgarin, F. W.* – reaktionärer Journalist und Schriftsteller in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; bekannt durch seine Denunziationen und Verleumdungen fortschrittlicher Zeitschriften und führender Schriftsteller jener Zeit, insbesondere A. S. Puschkins.

Burenin, W. P. – Journalist, Mitarbeiter der reaktionären Zeitung „Nowoje Wremja"; er betrieb eine wüste Hetze gegen die Vertreter aller fortschrittlichen gesellschaftlichen und politischen Strömungen.

Lenin gebraucht diese Namen als Gattungsnamen zur Kennzeichnung unehrenhafter Methoden in der Polemik. *6*

[10] *„Vorwärts"* – Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Autor der im „Vorwärts" erschienenen verleumderischen Artikel gegen die Pariser Konferenz der SDAPR war Trotzki. *6*

[11] Gemeint ist das *Organisationskomitee*, das im Januar 1912 auf einer Beratung der Liquidatoren – der Vertreter des „Bund", des Kaukasischen Gebietskomitees und der Sozialdemokratie Lettlands – gebildet wurde. Das OK war das offizielle Organ zur Einberufung der Augustkonferenz der Liquidatoren. *6*

[12] *„Prawda"* (Die Wahrheit), sog. Wiener „Prawda" – Fraktionsorgan der Trotzkisten; wurde von 1908 bis 1912 in Wien herausgegeben. Unter der Maske der „Fraktionslosigkeit" nahm die Zeitung in allen grundlegenden

Fragen eine liquidatorische Haltung ein, unterstützte aber auch die Otsowisten und Ultimatisten. 1912 waren Trotzki und seine Zeitung die Organisatoren des parteifeindlichen Augustblocks. 7

[13] *„Sa Partiju"* (Für die Partei) – Blatt der Pariser Gruppen der parteitreuen Menschewiki und Versöhnler; erschien unregelmäßig von April 1912 bis Februar 1914 in Paris. 8

[14] Lenin zitiert aus der Arbeit A. I. Herzens „Ende und Anfänge". (Siehe A. I. Herzen, Ausgewählte Werke, 1937, S. 349, russ.) *10*

[15] Lenin zitiert aus den Briefen „An einen alten Freund" (vierter und zweiter Brief). (Siehe A. I. Herzen, Ausgewählte Philosophische Schriften, Moskau 1949, S. 618, 606.) *11*

[16] *„Kolokol"* (Die Glocke) – politische Zeitschrift, die unter der Devise „Vivos voco!" („Ich rufe die Lebenden!") erschien. Sie wurde von A. I. Herzen und N. P. Ogarjow in der von A. I. Herzen gegründeten Freien russischen Druckerei vom 1. Juli 1857 bis April 1865 in London und von Mai 1865 bis Juli 1867 in Genf monatlich oder 14täglich herausgegeben. 1868 erschien die Zeitschrift in französischer Sprache, gleichzeitig wurden Beilagen in russischer Sprache gedruckt. *12*

[17] *„Poljarnaja Swesda"* (Der Polarstern) – Sammelband für Literatur und Politik. Die ersten drei Hefte wurden von A. I. Herzen, die folgenden von A. I. Herzen und N. P. Ogarjow von 1855 bis 1862 in London in der Freien russischen Druckerei herausgegeben. Das letzte Heft erschien 1868 in Genf. Es kamen insgesamt acht Hefte heraus. *12*

[18] *„Swesda"* (Der Stern) – legale bolschewistische Zeitung, die vom 16. (29.) Dezember 1910 bis zum 22. April (5. Mai) 1912 (anfangs wöchentlich, ab Januar 1912 zweimal und ab März dreimal wöchentlich) in Petersburg erschien. N. N. Baturin, K. S. Jeremejew, M. S. Olminski, N. G. Poletajew und auch A. M. Gorki arbeiteten an der Zeitung mit. Bis zum Herbst 1911 waren auch die parteitreuen Menschewiki (Plechanowleute) an der Zeitung beteiligt. Ideologisch wurde die Zeitung vom Ausland her von W. I. Lenin geleitet. Lenin veröffentlichte in der „Swesda" etwa 30 Artikel.

Die von Lenin geleitete legale „Swesda" war ein bolschewistisches Kampforgan, das das Programm und die Taktik der illegalen Partei verfocht. Die „Swesda" räumte den Arbeiterkorrespondenten breiten Raum ein und stellte ständige feste Verbindungen mit den Arbeitern her. Die Auflage einzelner Nummern erreichte 50 000–60 000 Exemplare. Die Zeitung war ständigen Verfolgungen von seiten der Regierung ausgesetzt: von 69 Nummern wurden 30 beschlagnahmt, 8 mit Strafen belegt.

Die „Swesda" bereitete die Herausgabe der bolschewistischen Tageszeitung „Prawda" vor. Sie wurde von der Regierung an dem Tag verboten, an dem die „Prawda" erschien. 21

19 Die *Konferenz der Trudowiki* fand im März 1912 in Petersburg statt; sie befaßte sich hauptsächlich mit Fragen der Wahlkampagne zur IV. Reichsduma. Eine Einschätzung der Beschlüsse der Konferenz enthält Lenins Artikel „Liberalismus und Demokratie". (Siehe Werke, Bd. 17, S. 561–570.) 26

20 *„Wechi"* (Marksteine) – Sammelband der Kadetten; erschien im Frühjahr 1909 in Moskau mit Artikeln von N. Berdjajew, S. Bulgakow, P. Struve, M. Gerschenson und anderen Vertretern der konterrevolutionären liberalen Bourgeoisie. In ihren Artikeln über die russische Intelligenz versuchten die „Wechi"-Leute, die revolutionär-demokratischen Traditionen der besten Vertreter des russischen Volkes, darunter W. G. Belinskis und N. G. Tschernyschewskis, zu verunglimpfen; sie zogen die revolutionäre Bewegung von 1905 in den Schmutz und sprachen der zaristischen Regierung den Dank dafür aus, daß sie die Bourgeoisie „mit ihren Bajonetten und Gefängnissen" „vor der Volkswut" rettete. Der Sammelband appellierte an die Intelligenz, sich in den Dienst der Selbstherrschaft zu stellen. W. I. Lenin verglich das Programm der „Wechi" sowohl in der Philosophie wie auch in der Publizistik mit dem Programm der Schwarzhunderterzeitung „Moskowskije Wedomosti" (Moskauer Nachrichten) und bezeichnete den Sammelband als *„Enzyklopädie des liberalen Renegatentums"*, als eine „einzige Flut reaktionären Spülichts, das über die Demokratie ausgegossen wird". (Siehe Werke, Bd. 16, S. 117–125.) 27

21 Über die Zeitung *„Nowoje Wremja"* (Neue Zeit) siehe den vorliegenden Band, S. 264/265.

„Swet" (Das Licht) – bürgerlich-nationalistische Tageszeitung, die von 1882 bis 1917 in Petersburg erschien.

„Golos Moskwy" (Die Stimme Moskaus) – Tageszeitung, Organ der Oktobristen, der konterrevolutionären Partei der industriellen Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer; sie erschien von 1906 bis 1915 in Moskau. 32

22 Der Artikel *„Eine Enquete über die Organisationen des Großkapitals"* erschien in Nr. 5–7 der Zeitschrift „Prosweschtschenije".

„Prosweschtschenije" (Die Aufklärung) – theoretisches Organ der Bolschewiki; erschien monatlich von Dezember 1911 bis Juni 1914 legal in Petersburg. Die Zeitschrift, die auf Anregung Lenins gegründet worden war, trat an die Stelle der von der zaristischen Regierung verbotenen Mos-

kauer bolschewistischen Zeitschrift „Mysl" (Der Gedanke). Lenin leitete die Zeitschrift „Prosweschtschenije" vom Ausland her, er redigierte ihre Artikel und führte einen regelmäßigen Schriftwechsel mit den Mitgliedern des Redaktionskollegiums. In der Zeitschrift erschienen Lenins Arbeiten: „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus", „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage", „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" und andere. Den Teil Kunst und Literatur redigierte A. M. Gorki. Die Auflage der Zeitschrift betrug nahezu 5000 Exemplare.

Kurz vor dem ersten Weltkrieg wurde die Zeitschrift von der Regierung verboten. Im Herbst 1917 wurde das „Prosweschtschenije" erneut herausgegeben; es erschien nur eine Doppelnummer der Zeitschrift, in der die Arbeiten Lenins „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?" und „Zur Revision des Parteiprogramms" veröffentlicht wurden. *42*

[23] *Guschka, A. O.*, und weiter unten im Text des Artikels: *A. Jermanski* – literarische Pseudonyme des menschewistischen Liquidators O. A. Kogan. *42*

[24] Der *Artikel* 87 der staatlichen Grundgesetze gab dem Ministerrat das Recht, in der Zeit, in der die Reichsduma nicht arbeitete, Gesetzentwürfe direkt dem Zaren zur Bestätigung vorzulegen. *49*

[25] *„Retsch"* (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. *58*

[26] *„Newskaja Swesda"* (Der Newastern) – legale bolschewistische Zeitung, die vom 26. Februar (10. März) bis zum 5. (18.) Oktober 1912 in Petersburg erschien. Es erschienen 27 Nummern. Die „Newskaja Swesda" wurde anfangs gleichzeitig mit der Zeitung „Swesda" herausgegeben und mußte diese im Fall des Verbots oder der Konfiskation ersetzen. Nach dem 22. April (5. Mai) 1912 trat sie an die Stelle der verbotenen „Swesda". In der Zeitung erschienen 20 Artikel Lenins.

Zur Redaktion der Zeitung gehörten N. N. Baturin, M. S. Olminski und andere. *61*

[27] R. B. – R. M. Blank, Publizist, Kadett. *67*

[28] Lenin meint die Rede P. N. Miljukows, die dieser anläßlich eines Frühstücks beim Lord-Mayor von London am 19. Juni (2. Juli) 1909 während des Besuchs einer Delegation der III. Reichsduma und des Reichsrats in England hielt. Miljukow erklärte, daß die Kadetten der zaristischen Selbstherrschaft die Treue halten, und hob hervor, daß die russische Opposition,

solange es in Rußland eine Duma gibt, „eine Opposition Seiner Majestät und nicht gegen Seine Majestät bleiben wird". *68*

[29] *„Russkije Wedomosti"* (Russische Nachrichten) – Zeitung, die ab 1863 in Moskau erschien; sie vertrat die Anschauungen der gemäßigten liberalen Intelligenz. Anfang 1905 wurde sie zum Organ des rechten Flügels der Kadetten. Bald nach der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 wurde die Zeitung verboten. *75*

[30] *„Newski Golos"* (Die Newastimme) – legale Wochenzeitung der menschewistischen Liquidatoren, die von Mai bis August 1912 in Petersburg erschien. *75*

[31] Gemeint ist der Erlaß Stolypins vom 9. (22.) November 1906 über das Ausscheiden von Bauern aus der Dorfgemeinde. *79*

[32] Eine Charakteristik des revolutionären Aufschwungs gab Lenin, der zugleich die Aufgaben der bolschewistischen Partei unter den neuen Bedingungen umriß, vor dem Erscheinen des Artikels „Der revolutionäre Aufschwung" am 26. April (9. Mai) in der Sitzung der Pariser Sektion der Auslandsorganisation der SDAPR in einem Bericht über die Ereignisse in Rußland und die im Zusammenhang damit erforderliche Taktik der Partei und weiter am 31. Mai (13. Juni) in einem Referat mit dem Thema „Der revolutionäre Aufschwung des russischen Proletariats". In der von der Pariser Sektion der Auslandsorganisation der SDAPR herausgegebenen Ankündigung des Referats ist ein Plan zum Referat enthalten, der mit den Grundthesen des vorliegenden Artikels übereinstimmt. Siehe W. I. Lenin, Werke, Ergänzungsband, 1896–Oktober 1917, S. 253/254. *91*

[33] *„Sozial-Demokrat"* – Zentralorgan der SDAPR; wurde als illegale Zeitung von Februar 1908 bis Januar 1917 herausgegeben. Es erschienen 58 Nummern: die erste in Rußland, die übrigen im Ausland, zunächst in Paris und später in Genf. Die Redaktion des Zentralorgans bestand laut Beschluß des ZK der SDAPR aus Vertretern der Bolschewiki, der Menschewiki und der polnischen Sozialdemokraten.

Im „Sozial-Demokrat" wurden über achtzig Artikel und Notizen W. I. Lenins veröffentlicht. Innerhalb der Redaktion des „Sozial-Demokrat" kämpfte Lenin für die konsequente bolschewistische Linie. Die menschewistischen Redakteure, Martow und Dan, sabotierten die Arbeit in der Redaktion des Zentralorgans und verteidigten gleichzeitig im „Golos Sozial-Demokrata" offen das Liquidatorentum.

Der unversöhnliche Kampf Lenins gegen die Liquidatoren führte im

Juni 1911 zum Ausscheiden Martows und Dans aus der Redaktion. Ab Dezember 1911 wurde der „Sozial-Demokrat" von W. I. Lenin redigiert. *93*

[34] *„So war es und so wird es bleiben"* – Worte des Innenministers Makarow, mit denen dieser in der Sitzung der Reichsduma am 11. (24.) April 1912 auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion anläßlich des Blutbads an der Lena antwortete. *98*

[35] *„Buduschtscheje"* – *„L'Avenir"* (Die Zukunft) – bürgerlich-liberale Zeitung; erschien unter der Redaktion W. L. Burzews von Oktober 1911 bis Januar 1914 in Paris in russischer Sprache (einige Materialien wurden in französischer Sprache gedruckt). An der Zeitung arbeiteten Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit. *103*

[36] Lenin meint den Beschluß des Organisationskomitees der Liquidatoren über die Einladung der PPS-„Lewica" zur Augustkonferenz der Liquidatoren.

PPS (Polska Partia Socjalistyczna) – Polnische Sozialistische Partei – reformistische nationalistische Partei, die im Jahre 1892 gegründet wurde. Die PPS, deren Programm der Kampf für die Unabhängigkeit Polens zugrunde lag, betrieb eine separatistische, nationalistische Propaganda unter den polnischen Arbeitern und war bestrebt, sie vom gemeinsamen Kampf mit den russischen Arbeitern gegen die Selbstherrschaft und den Kapitalismus abzulenken. 1906 spaltete sich die PPS in zwei Fraktionen: die PPS-„Lewica" und die rechte, chauvinistische PPS-„Prawica" („Fracy").

Die PPS-„Lewica" nahm unter dem Einfluß der SDAPR(B) sowie der SDKPuL (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens) nach und nach eine konsequent revolutionäre Position ein.

Im ersten Weltkrieg bezog ein großer Teil der PPS-„Lewica" eine internationalistische Stellung und vereinigte sich im Dezember 1918 mit der SDKPuL. Die vereinigten Parteien gründeten die Kommunistische Arbeiterpartei Polens (die ab 1925 Kommunistische Partei Polens genannt wurde).

Die rechte PPS, an ihrer Spitze Pilsudski, nahm während des ersten Weltkriegs eine nationalchauvinistische Haltung ein. Nach der Bildung des polnischen bürgerlichen Staates betrieb sie eine antisowjetische Politik. Während des zweiten Weltkriegs spaltete sie sich erneut in zwei Gruppen. Der reaktionäre, chauvinistische Teil beteiligte sich an der reaktionären Londoner Exil„regierung".

Der linke Teil der PPS, der sich „Arbeiterpartei der Polnischen Sozialisten" nannte, schloß sich mit der 1942 gegründeten Polnischen Arbeiterpartei (Kommunisten) zur Volksfront zum Kampf gegen die Hitlerokkupan-

ten zusammen. Im Dezember 1948 vereinigten sich beide Parteien und bildeten die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP). *108*

[37] Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 203, russ. *109*

[38] *„Dnewnik Sozialdemokrata"* (Tagebuch eines Sozialdemokraten) – von G. W. Plechanow in zwangloser Folge herausgegebene Zeitschrift, die mit großen Unterbrechungen in Genf erschien. Von März 1905 bis April 1912 kamen insgesamt 16 Nummern heraus. 1916 wurde der „Dnewnik" in Petrograd neu herausgegeben; es erschien aber nur eine Nummer. *110*

[39] Im Februar 1912 trat der menschewistische Liquidator T. O. Beloussow, Abgeordneter des Irkutsker Gouvernements, aus der sozialdemokratischen Fraktion der III. Duma aus. Siehe W. I. Lenins Artikel „Über den Austritt des Abgeordneten T. O. Beloussow aus der sozialdemokratischen Dumafraktion" (Werke, Bd. 17, S. 513–518). *110*

[40] Unter *„politischen Säuglingen"* sind hier die bolschewistischen Versöhnler zu verstehen, die ihre Grüppchen in Rußland und im Ausland hatten; unter *„gewitzte Diplomaten"* – die liquidatorische Gruppe der Wiener „Prawda" Trotzkis und die Führer des „Bund". *123*

[41] Lenin meint das *Gesetz vom 11. (24.) Dezember 1905* über die Wahlen zur Reichsduma. Nach diesem Gesetz wurden die Wähler in vier Kurien geteilt: die Grundbesitzerkurie (die Gutsherren), die Städtekurie (die Bourgeoisie), die Bauernkurie und die Arbeiterkurie. Stimmrecht hatten Personen im Alter über 25 Jahren. Für die Gutsbesitzerkurie und die Städtekurie wurde ein Vermögenszensus festgelegt; in der Bauernkurie besaßen nur Hofbesitzer das Wahlrecht; in der Arbeiterkurie nur, wer mindestens 6 Monate in dem betreffenden Betrieb gearbeitet hatte. Es gab kein gleiches Wahlrecht: Die Stimme eines Gutsbesitzers entsprach den Stimmen von drei Kapitalisten, von 15 Bauern und von 45 Arbeitern. An den Wahlen konnten nicht teilnehmen: Frauen, Landarbeiter, ungelernte Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Studierende und Personen im Militärdienst. Wahlrecht in der Arbeiterkurie erhielten Arbeiter von Fabriken mit mindestens fünfzig männlichen Beschäftigten. Fabriken und Werke mit einer Beschäftigtenzahl von über 1000 Arbeitern wählten je einen Bevollmächtigten auf jedes volle Tausend. Die Wahlen waren mehrstufig: für die Gutsbesitzer und Kapitalisten zweistufig, für die Arbeiter dreistufig und für die Bauern vierstufig. *130*

[42] Am 3. (16.) Juni 1907 löste die Regierung die II. Reichsduma auf und erließ ein neues Gesetz für die Wahlen zur Duma. Durch das neue Gesetz wurde die Zahl der Vertreter der Gutsbesitzer und der Handels- und Industriebourgeoisie in der Duma um ein vielfaches erhöht, während die Zahl der Abgeordneten der Bauern, der Arbeiter und der nichtrussischen Nationalitäten stark verringert wurde. Die Städtekurie wurde in zwei Kurien geteilt: die Großbourgeoisie kam in die erste Städtekurie, die übrigen städtischen Wähler in die zweite. Nach dem neuen Gesetz entfiel ein Wahlmann: in der Grundbesitzerkurie (Gutsherren) auf 230 Wähler, in der ersten Städtekurie auf 1000 Wähler, in der zweiten Städtekurie auf 15 000 Wähler, in der Bauernkurie auf 60 000 Wähler und in der Arbeiterkurie auf 125 000 Wähler. In den 6 Industriegouvernements Petersburg, Moskau, Wladimir, Jekaterinoslaw, Kostroma und Charkow war die Wahl je eines Arbeiterabgeordneten der Arbeiterkurien obligatorisch. Das Wahlgesetz vom 3. Juni sicherte die uneingeschränkte Herrschaft des Schwarzhunderterblocks der Gutsbesitzer und der Großbourgeoisie in der III. und IV. Reichsduma. *130*

[43] Siehe Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", Teil 2, in Karl Marx Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 236/237. Eine Darlegung und Erläuterung dieser Marxschen Thesen gibt Lenin in der Arbeit „Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts". (Siehe Werke, Bd. 15, S. 132–134.) *135*

[44] *„Gazeta Robotnicza"* (Arbeiterzeitung) – illegales Organ des Warschauer Komitees der Sozialdemokratie Polens und Litauens; erschien von Mai bis Oktober 1906. Nach der Spaltung im Jahre 1912 entstanden in der Polnischen Sozialdemokratie zwei Warschauer Komitees, und es wurden zwei Organe unter dem Titel „Gazeta Robotnicza" herausgegeben: das eine von Anhängern des Hauptvorstands in Warschau (Juli 1911–Juli 1913), das andere vom oppositionellen Warschauer Komitee (Landesvorstand) in Krakau (Juli 1911–Februar 1915). W. I. Lenins Artikel „Die Lage in der SDAPR und die nächsten Aufgaben der Partei" erschien in Nr. 15/16 der Krakauer „Gazeta Robotnicza". Über die Spaltung in der SDKPuL siehe W. I. Lenins Artikel „Die Spaltung in der Polnischen Sozialdemokratie" (vorliegender Band, S. 472–476). *140*

[45] *„Golos Sozial-Demokrata"* (Die Stimme des Sozialdemokraten) – Auslandsorgan der Menschewiki; erschien von Februar 1908 bis Dezember 1911, zunächst in Genf, dann in Paris. Eine Charakteristik des „Golos Sozial-Demokrata" gab W. I. Lenin in seinem Artikel „Der ‚Golos' der Liquidatoren gegen die Partei". (Siehe Werke, Bd. 16, S. 151–159.) *142*

[46] Gemeint ist die im Januar 1912 in Rußland abgehaltene Beratung der Liquidatoren, auf der das Organisationskomitee zur Einberufung der Augustkonferenz der Liquidatoren gebildet wurde. *145*

[47] Die Notiz *„Antwort an die Liquidatoren"* schrieb Lenin für die „Prawda"; die Redaktion erhielt sie am 11. (24.) Juli 1912. *148*

[48] *„Prawda"* (Die Wahrheit) – legale bolschewistische Tageszeitung, die im April 1912 auf Initiative der Petersburger Arbeiter gegründet wurde und in Petersburg erschien.

Die „Prawda" war eine Massenzeitung; das Geld für ihre Finanzierung wurde von den Arbeitern selbst gesammelt. Um die Zeitung bildete sich ein großer Kreis von Arbeiterkorrespondenten und Arbeiterpublizisten. Im Laufe eines einzigen Jahres wurden in der „Prawda" mehr als elftausend Arbeiterkorrespondenzen veröffentlicht. Die Tagesauflage der „Prawda" betrug im Durchschnitt 40 000 Exemplare und erreichte in manchen Monaten 60 000 Exemplare.

W. I. Lenin leitete die „Prawda" vom Ausland aus. Er schrieb fast täglich für die Zeitung, gab der Redaktion Anweisungen und gewann für die Zeitung die besten publizistischen Kräfte der Partei.

An der Redaktion der Zeitung waren N. N. Baturin, K. S. Jeremejew, M. I. Kalinin, M. S. Olminski, N. G. Poletajew, K. N. Samoilowa, J. M. Swerdlow, A. I. Uljanowa-Jelisarowa u. a. aktiv beteiligt. Auch die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma A. J. Badajew, M. K. Muranow, G. I. Petrowski, F. N. Samoilow und N. R. Schagow arbeiteten an der „Prawda" tatkräftig mit.

Die „Prawda" war unablässigen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt. Im ersten Jahr ihres Bestehens wurde sie 41mal beschlagnahmt, 36 Gerichtsverfahren wurden gegen die Redakteure durchgeführt, die insgesamt 47½ Monate Gefängnishaft verbüßen mußten. Innerhalb von zwei Jahren und drei Monaten war die „Prawda" von der zaristischen Regierung achtmal verboten, wurde aber jedesmal unter einem anderen Namen neu herausgegeben: „Rabotschaja Prawda" (Arbeiterprawda), „Sewernaja Prawda" (Prawda des Nordens), „Prawda Truda" (Prawda der Arbeit), „Sa Prawdu" (Für die Prawda), „Proletarskaja Prawda" (Proletarische Prawda), „Put Prawdy" (Weg der Prawda), „Rabotschi" (Der Arbeiter), „Trudowaja Prawda" (Prawda der Werktätigen). Am 8. (21.) Juli 1914, kurz vor Beginn des ersten Weltkriegs, wurde die Zeitung wiederum verboten.

Die Herausgabe der „Prawda" konnte erst nach der Februarrevolution wiederaufgenommen werden. Vom 5. (18.) März 1917 an erschien die „Prawda" als das Zentralorgan der SDAPR. Am 5. (18.) April begann

Lenin, aus dem Ausland zurückgekehrt, in der Redaktion zu arbeiten und übernahm die Leitung der „Prawda". Am 5. (18.) Juli 1917 wurden die Redaktionsräume der „Prawda" von Offiziersschülern und Kosaken demoliert. Von Juli bis Oktober 1917 wechselte die „Prawda", den Verfolgungen seitens der Provisorischen Regierung ausgesetzt, mehrmals ihren Namen und erschien als „Listok ‚Prawdy'" (Blatt der „Prawda"), „Proletari" (Der Proletarier), „Rabotschi" (Der Arbeiter), „Rabotschi Put" (Weg des Arbeiters). Seit dem 27. Oktober (9. November) erscheint die Zeitung unter ihrem alten Namen „Prawda". *148*

[49] Gemeint ist: 1. Karl Marx, „Das Elend der Philosophie", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 165–175; 2. Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1968, S. 662–685; 3. „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 145–157. *157*

[50] Gemeint ist eine Resolution des Vorstands des Petersburger Verbandes der Brotbäcker, in der die Forderung aufgestellt wurde, eine antiliquidatorische Arbeitertageszeitung herauszugeben. Der Vorstand begrüßte das bevorstehende Erscheinen der „Prawda" und rief alle Verbandsmitglieder auf, Geldsammlungen für die „Prawda" zu organisieren. Eine Mitteilung über diese Resolution wurde in Nr. 27 der „Swesda" vom 8. (21.) April 1912 veröffentlicht. *163*

[51] *„Sawety"* (Das Vermächtnis) – legale sozialrevolutionäre Monatsschrift für Literatur und Politik; erschien von April 1912 bis Juli 1914 in Petersburg. *169*

[52] Gemeint ist der Versuch portugiesischer Monarchisten im Sommer 1912, einen Aufstand zu organisieren, um die Monarchie wiederherzustellen. Der Aufstand wurde niedergeschlagen. *171*

[53] Der Artikel *„Ergebnisse der Arbeit eines halben Jahres"* wurde in der ersten Julihälfte 1912 geschrieben. Der Briefwechsel Lenins mit der Redaktion der „Prawda" zur Veröffentlichung dieses Artikels ist erhalten geblieben. In einem Brief an die Redaktion vom 15. oder 16. (28. oder 29.) Juli 1912 bat Lenin, den Artikel „Einige Ergebnisse der Arbeit eines halben Jahres" in der „Prawda" in vier Nummern als Feuilletons zu veröffentlichen, er erklärte sich dabei nur mit Änderungen einverstanden, soweit sie aus Zensurgründen erforderlich waren. Der Artikel wurde in der „Prawda" entsprechend dem Hinweis Lenins veröffentlicht. *177*

[54] Lenin meint die Drohung der menschewistischen Liquidatoren, bei den

Wahlen zur IV. Duma in der Arbeiterkurie als Gegengewicht zu den bolschewistischen Kandidaten eigene Kandidaten aufzustellen. *186*

[55] *„Appeal to Reason"* (Appell an die Vernunft) – Zeitung amerikanischer Sozialisten; wurde im Jahre 1895 im Staat Kansas (USA) gegründet; verfocht während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 den Standpunkt der Internationalisten. *189*

[56] *„Gaseta-Kopejka"* (Kopekenzeitung) – bürgerliches Boulevardblatt; erschien ab 1908 täglich in Petersburg und wurde im Jahre 1918 verboten. *190*

[57] Die Broschüre *„Zur gegenwärtigen Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands"* schrieb Lenin in Krakau, im September 1912 wurde sie in deutscher Sprache in Leipzig zum erstenmal veröffentlicht. Den Hauptinhalt der Broschüre bildet ein Brief des ZK der SDAPR vom 17. (30.) Juli. Der Brief war die Antwort auf ein Schreiben des Parteivorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in dem dieser darum ersuchte, die im Ausland bestehenden Partei„zentren" und -„gruppen" zusammenzurufen. Diese Beratung sollte der „Herstellung der Einheit" und der Aufteilung der Gelder, die die Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Wahlkampagne zur IV. Duma zur Verfügung gestellt hatte, dienen. Das ZK der SDAPR lehnte es ab, an einer solchen Beratung teilzunehmen; die Beratung fand nicht statt. Einen Teil der Gelder stellte der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dem liquidatorischen Organisationskomitee und Kaukasischen Gebietskomitee, dem „Bund" und dem ZK der lettischen sozialdemokratischen Partei zur Verfügung, womit er die Liquidatoren gegen die Bolschewiki unterstützte. Die Broschüre „Zur gegenwärtigen Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" wurde von der Redaktion des „Sozial-Demokrat" an die Bezirks- und Landesvorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, an die Delegierten des Chemnitzer Parteitags, der im September 1912 stattfand, und an die Redaktionen der wichtigsten sozialdemokratischen Zeitungen Deutschlands verschickt. *191*

[58] *„Spilka"* (Verband) – ukrainische sozialdemokratische Organisation; entstand Ende 1904; sie gehörte mit den Rechten einer autonomen Gebietsorganisation zur SDAPR. Im innerparteilichen Kampf in der SDAPR schloß sie sich den Menschewiki an. In der Periode der Reaktion zerfiel die „Spilka". 1912 existierten nur noch kleine isolierte Grüppchen der „Spilka". Zu dieser Zeit wurden die meisten ihrer Mitglieder bürgerliche Nationalisten. Nur im Jahre 1908 erschien die liquidatorische Zeitung

Trotzkis, die „Prawda" (Wiener „Prawda"), als Organ der „Spilka" (die ersten beiden Nummern). *195*

[59] Die Einberufung des ordentlichen (IX.) Internationalen Sozialistenkongresses der II. Internationale war für Herbst 1913 in Wien vorgesehen. Im Zusammenhang mit dem 1912 ausgebrochenen Balkankrieg wurde jedoch für November 1912 ein außerordentlicher Kongreß nach Basel einberufen. *204*

[60] Gemeint ist die sogenannte Augustkonferenz der Liquidatoren im August 1912 in Wien, auf der sich der parteifeindliche, von Trotzki organisierte Augustblock formierte. An der Konferenz nahmen teil: Vertreter des „Bund", des Kaukasischen Gebietskomitees, der Sozialdemokratie Lettlands sowie liquidatorischer, trotzkistischer und otsowistischer Grüppchen im Ausland – der Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata", der Wiener „Prawda" Trotzkis und der Gruppe „Wperjod". Aus Rußland entsandten Delegierte: die Petersburger und die Moskauer „Initiativgruppe" der Liquidatoren, die Krasnojarsker Organisation, die „Sewastopoler sozialdemokratische Militärorganisation" sowie die Redaktionen der liquidatorischen Publikationen „Nascha Sarja" und „Newski Golos"; auch ein Vertreter des Auslandskomitees der ukrainischen Organisation „Spilka" war anwesend. Die übergroße Mehrheit der Delegierten bestand aus Personen, die im Ausland lebten und keine Verbindung mit der Arbeiterklasse Rußlands hatten.

Die Konferenz nahm zu allen Fragen der sozialdemokratischen Taktik parteifeindliche liquidatorische Beschlüsse an und sprach sich gegen das Bestehen einer illegalen Partei aus.

Der aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengezimmerte Augustblock begann bereits auf der Konferenz selbst auseinanderzufallen. Die Liquidatoren vermochten kein ZK zu wählen und beschränkten sich auf die Bildung eines Organisationskomitees. Unter den Schlägen der Bolschewiki fiel der parteifeindliche Augustblock bald endgültig auseinander. *206*

[61] Das Manuskript trägt keine Überschrift. Die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. *210*

[62] *„La Revue Scientifique"* (Wissenschaftliche Revue) – Zeitschrift; erscheint seit 1863 in Paris. *213*

[63] Lenin zitiert die Resolution des V. Parteitags der SDAPR „Über die Stellung zu den nichtproletarischen Parteien". (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 164, russ.) *218*

[64] Der Artikel *„Aufstände in Armee und Flotte"* wurde in der „Rabotschaja Gaseta" Nr. 9 vom 30. Juli (12. August) 1912 veröffentlicht.

„Rabotschaja Gaseta" (Arbeiterzeitung) – illegales populäres Organ der Bolschewiki; wurde in Paris vom 30. Oktober (12. November) 1910 bis 30. Juli (12. August) 1912 herausgegeben; es erschienen 9 Nummern. An der Zeitung arbeiteten auch parteitreue Menschewiki mit. Begründer und Leiter der „Rabotschaja Gaseta" war Lenin. Lenin veröffentlichte in der Zeitung 14 Artikel. Die Prager Konferenz der SDAPR (Januar 1912) stellte fest, daß die „Rabotschaja Gaseta" die Partei und das Parteiprinzip entschieden und konsequent verteidigte, und erklärte sie zum offiziellen Organ des ZK der SDAPR (Bolschewiki). 222

[65] In Nr. 9 der „Rabotschaja Gaseta" ist als Erscheinungsdatum irrtümlicherweise der 12. (30.) August angegeben; das richtige Datum ist der 30. Juli (12. August). 225

[66] *„Die Wahlplattform der SDAPR"* wurde von W. I. Lenin in Paris, kurz nach der Prager Konferenz, ausgearbeitet. In Rußland brachte das Zentralkomitee der Partei die Wahlplattform als besondere Flugschrift heraus. Sie wurde in 18 Orte versandt, darunter in die größten proletarischen Zentren. „Die Wahlplattform der SDAPR" wurde als Nachdruck der russischen Publikation in Form einer Beilage zu Nr. 26 des „Sozial-Demokrat" veröffentlicht. Auch viele örtliche bolschewistische Organisationen druckten sie nach. In Tiflis druckte das Russische Büro des ZK der SDAPR die Plattform nach. (Den Text der Plattform siehe Werke, Bd. 17, S. 498–504.) 226

[67] *S. W.* – Stanislaw Wolski – Pseudonym A. W. Sokolows; Otsowist, einer der Organisatoren der Gruppe „Wperjod". 229

[68] *L. M.* – L. Martow – einer der Führer der Menschewiki. 230

[69] Den *„Brief an die Schweizer Arbeiter"* schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit den folgenden Ereignissen. Im Juli 1912 sandte das menschewistisch-liquidatorische Büro der Vereinigten Organisation der SDAPR in Zürich einen Brief an den Vorstand der sozialdemokratischen Organisation „Die Eintracht" und den Schweizerischen Arbeiterbund. In dem Brief erklärte sich das Büro zum alleinigen Vertreter der Auslandsgruppen der SDAPR in Zürich. Am 27. Juli (9. August) fand in Zürich eine Beratung der bolschewistischen Schweizer Sektion der Auslandsorganisation der SDAPR statt. An der Beratung nahmen Vertreter der bolschewistischen Gruppen von Zürich, Davos, Bern, Lausanne und Genf teil. Die Beratung erörterte folgende Resolutionen und nahm sie an: 1. Über die Sachlage in der Partei; 2. Über die Sachlage im Ausland und 3. eine Protestresolution

gegen den Brief des liquidatorischen Büros. Die letztgenannte Resolution und der Brief W. I. Lenins, der die Kompetenz der Züricher Sektion der Bolschewiki bestätigt, wurden in deutscher Sprache verfaßt und als hektographierte Flugschrift veröffentlicht. *234*

[70] Gemeint ist eine Erhebung über die Fabriken und Werke Rußlands, die von der Abteilung Industrie des Finanzministeriums im Jahre 1908 durchgeführt wurde. Vorläufige Angaben über die Ergebnisse der Erhebung veröffentlichte W. J. Warsar in dem Artikel „Die verarbeitende Fabrik- und Werkindustrie des Reichs zu Beginn des Jahres 1909" im „Westnik Finansow, Promyschlennosti i Torgowli" (Finanz-, Industrie- und Handelsbote) Nr. 50, 11. (24.) Dezember 1911. Lenin benutzte die Daten der zusammenfassenden Tabelle des Artikels. *245*

[71] Gemeint ist die „Sammlung der Berichte der Fabrikinspektoren für das Jahr 1910", St. Petersburg 1911, S. XXXVII. *247*

[72] Die Zahlenangaben entnahm Lenin der „Sammlung der Berichte der Fabrikinspektoren für das Jahr 1910", St. Petersburg 1911, S. XV. *262*

[73] *„Rossija"* (Rußland) – Tageszeitung der Schwarzhunderter, die von 1905 bis 1914 in Petersburg herausgegeben wurde. Von 1906 an war sie das offizielle Organ des Innenministeriums. Lenin nannte die Zeitung „Rossija" ein „korruptes Polizeiblättchen". *271*

[74] Der Artikel *„Die Liquidatoren und die ‚Einheit'"* erschien in der „Prawda" zusammen mit einem besonderen Abschnitt, der sich mit den Beschuldigungen auseinandersetzte, die die Liquidatoren gegen die „Prawda" erhoben. Dieser Abschnitt des Artikels war von M. S. Olminski verfaßt. *280*

[75] *„Semschtschina"* (Der Bauernstand) – Tageszeitung der Schwarzhunderter; Organ der extrem rechten Abgeordneten der Reichsduma; erschien von 1909 bis 1917 in Petersburg. *288*

[76] *„Russkaja Mysl"* (Der russische Gedanke) – Monatsschrift für Literatur und Politik, die von 1880 bis 1918 in Moskau erschien. Bis zum Jahre 1905 vertrat sie die liberal-volkstümlerische Richtung. Dennoch veröffentlichte sie in den neunziger Jahren verschiedentlich auch Artikel von Marxisten. Nach der Revolution von 1905 wurde sie unter der Redaktion von P. B. Struve zum Organ des rechten Flügels der Kadettenpartei. *303*

[77] Lenin zitiert aus dem Poem Nekrassows „Wer lebt glücklich in Rußland?" (Vgl. N. A. Nekrassow, „Wer lebt glücklich in Rußland?", Reclam o. J., S. 38.)

Der weiter unten im Text zitierte Vierzeiler entstammt dem Gedicht

Nekrassows „An den unbekannten Freund, der mir das Gedicht ‚Es kann nicht sein' sandte". (Siehe N. A. Nekrassow, Ausgewählte Werke, 1947, S. 135/136, russ.) *304*

[78] Die Worte *„der Niedertracht angepaßt"* entnimmt Lenin dem satirischen Märchen Saltykow-Schtschedrins „Der Liberale". (Siehe M. J. Saltykow-Schtschedrin, Ausgewählte Werke, 1947, S. 554–557, russ.) *305*

[79] *„Russki Westnik"* (Russischer Bote) – Zeitschrift für Politik und Literatur, die von 1856 bis 1906 erschien. Von 1856 bis 1887 wurde die Zeitschrift in Moskau herausgegeben, Redakteur und Herausgeber war M. N. Katkow. Anfangs war die Richtung der Zeitschrift gemäßigt-liberal, beginnend mit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde sie zu einem Organ der feudalen Reaktion. Nach dem Tode Katkows wurde der „Russki Westnik" von 1888 bis 1896 in Petersburg herausgegeben, von 1896 bis 1902 in Moskau und von 1902 bis 1906 wiederum in Petersburg. *308*

[80] Gemeint sind folgende Fakten: Im November und Dezember 1908 fanden in Moskau „zu aktuellen Fragen" geschlossene Beratungen der Großindustriellen (Goujon, Krestownikow u. a.) mit Führern der Kadetten (Struve, Manuilow, Kiesewetter u. a.) statt.

Im Oktober 1910 erklärte F. A. Golowin, Mitglied der III. Reichsduma, daß er sein Abgeordnetenmandat niederlege, und bald darauf beteiligte er sich aktiv an einer Eisenbahnkonzession.

Im März 1912 fungierte W. A. Maklakow, Mitglied der III. Duma, ungeachtet seines Abgeordnetenmandats als Verteidiger in dem Prozeß gegen Tagijew, einen Erdöl-Großindustriellen aus Baku, der beschuldigt wurde, einen seiner Angestellten, den Ingenieur Bebutow, mißhandelt zu haben. *312*

[81] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 5, Berlin 1964, S. 65 und 283. *323*

[82] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 29. *335*

[83] Nach einer Rede des Mitglieds der sozialdemokratischen Fraktion in der III. Reichsduma A. A. Woiloschnikow über das Wehrpflichtstatut am 2. (15.) Dezember 1911 beantragte der Dumapräsident, Woiloschnikow für 5 Sitzungen auszuschließen. Nach einer nochmaligen Stellungnahme Woiloschnikows auf derselben Sitzung sollte die Dauer des Ausschlusses auf 15 Sitzungen erhöht werden. Die Kadetten stimmten für den ersten Antrag des Präsidenten. *338*

[84] Siehe A. S. Gribojedow, „Geist bringt Kummer", Berlin 1948, S. 12. *341*

[85] Das Treffen Miljukows mit dem Außenminister Sasonow, in dessen Verlauf die Politik der Zarenregierung auf dem Balkan erörtert wurde, fand Ende September oder Anfang Oktober 1912 statt. *343*

[86] Gemeint ist der Brief von Karl Marx an L. Kugelmann vom 12. April 1871, der eine Einschätzung der Pariser Kommune enthält. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 33, Berlin 1966, S. 205/206.) *348*

[87] Siehe das Vorwort von Friedrich Engels zur ersten deutschen Ausgabe von Karl Marx' Werk „Das Elend der Philosophie", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 561. *350*

[88] Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Moskau 1954, Teil I, S. 164, russ. *366*

[89] *„Lutsch"* (Der Strahl) – legale Tageszeitung der menschewistischen Liquidatoren; wurde vom 16. (29.) September 1912 bis 5. (18.) Juli 1913 in Petersburg herausgegeben. Es erschienen 237 Nummern. Die Zeitung existierte in der Hauptsache von Spenden Liberaler. Die ideologische Leitung der Zeitung lag in den Händen P. B. Axelrods, Th. Dans, L. Martows und A. S. Martynows. *404*

[90] Unter *„österreichischer" Föderation* ist der organisatorische Aufbau der Sozialdemokratie Österreichs nach Nationalitäten zu verstehen. Auf dem Wiener Parteitag 1897 wurde die einheitliche Partei liquidiert und an ihrer Stelle ein föderativer Bund von sechs nationalen „sozialdemokratischen Gruppen" geschaffen: der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslawischen Gruppe. Alle diese Gruppen wurden lediglich durch einen Gesamtparteitag und eine Gesamtleitung vereinigt. Auf dem Brünner Parteitag 1899 wurde die Gesamtleitung in ein föderatives Organ, bestehend aus den Exekutivkomitees der nationalen sozialdemokratischen Parteien, umgewandelt. Das Ergebnis des organisatorischen Föderalismus war, daß die einheitliche sozialdemokratische Partei Österreichs zerfiel. *405*

[91] Die Thesen *„Über einige Reden der Arbeiterdeputierten"* lagen der Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion der IV. Duma zugrunde. Das Manuskript der Thesen ist nur unvollständig erhalten. Der Annahme der Deklaration ging ein erbitterter Kampf der bolschewistischen Abgeordneten gegen die sieben menschewistischen Abgeordneten der Fraktion voraus. Die bolschewistischen Abgeordneten setzten die Aufnahme der Grundforderungen der bolschewistischen Plattform in die Deklaration durch, es gelang

jedoch den Menschewiki, den Punkt mit der Forderung nach nationalkultureller Autonomie hineinzubringen. Die Deklaration wurde im Namen der sozialdemokratischen Fraktion in der Sitzung der Duma am 7. (20.) November 1912 von dem Abgeordneten Malinowski (später als Spitzel entlarvt) verlesen. Beim Verlesen der Deklaration ließ Malinowski eine Reihe von Punkten aus, darunter den Punkt über das allgemeine Wahlrecht. Wegen der Veröffentlichung des Stenogramms der Dumasitzung mit dem Wortlaut der Deklaration wurde die Redaktion der „Prawda" gerichtlich zur Verantwortung gezogen, und die Zeitung wurde beschlagnahmt. *406*

92 Der *Außerordentliche Internationale Kongreß der II. Internationale* tagte am 24. und 25. November 1912 in Basel. Am Tage der Eröffnung des Kongresses fand eine große Antikriegsdemonstration und eine internationale Protestkundgebung gegen den Krieg statt. Auf der Sitzung des Kongresses am 25. November wurde einstimmig ein Manifest angenommen, das die Sozialisten aller Länder aufrief, einen energischen Kampf gegen die Kriegsgefahr zu führen. *409*

93 Lenin bezieht sich auf die Unruhen unter den politischen Gefangenen in den Zuchthäusern Kutomara und Algatschi. Anlaß für die Unruhen war eine Verfügung des Militärgouverneurs von Transbaikalien vom Ende des Sommers 1912 über die Einführung militärischer Regeln im Umgang mit den politischen Gefangenen im Nertschinsker Verbannungsgebiet. Die politischen Gefangenen des Zuchthauses Kutomara beantworteten diese Verfügung mit einem fünfzehntägigen Hungerstreik, viele begingen Selbstmord. Zu Ereignissen desselben Charakters kam es auch im Zuchthaus Algatschi. Das Echo auf diese Ereignisse waren Proteststreiks der Arbeiter von Petersburg, Moskau, Warschau und Riga. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion und der Trudowikigruppe wurde in der IV. Duma eine Interpellation über die Behandlung der politischen Gefangenen eingebracht. Die Erörterung der Interpellation wurde mit Stimmenmehrheit vertagt und später nicht wieder aufgenommen. *410*

94 Es handelt sich um den *Agrarentwurf der Bauerndeputierten* (der parteilosen und rechten), der am 10. (23.) Mai 1908 in der III. Duma zur Erörterung eingebracht wurde. Der Entwurf sah eine Zwangsenteignung des Gutsbesitzerlandes, das von den Besitzern nicht selbst bearbeitet wurde, zum durchschnittlichen Marktpreis vor. Zur Durchführung der Agrarreform wurde vorgeschlagen, örtliche Bodenkommissionen zu bilden, die durch allgemeine Abstimmung gewählt werden. Eine Einschätzung dieses Entwurfs

gab Lenin in dem Artikel „Die Agrardebatten in der III. Duma". (Siehe Werke, Bd. 15, S. 301–315.) 411

95 Das Dokument *„Zur Frage der Arbeiterdeputierten in der Duma und ihrer Deklaration"* ist der Entwurf der Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion. N. K. Krupskaja schrieb das Dokument ab und schickte es am 13. (26.) November 1912 aus Krakau an die bolschewistischen Dumaabgeordneten. Der Deklarationsentwurf wurde von der zaristischen Polizei abgefangen und im Jahre 1932 im Archiv des Polizeidepartements aufgefunden. *413*

96 Die Demonstration wurde auf Initiative bolschewistischer Vertreter einzelner Stadtbezirke und Betriebe von Petersburg organisiert. Wenige Tage vor der Eröffnung der Duma verteilten die Bolschewiki in den Betrieben ein Flugblatt, das die Arbeiter aufrief, am 15. (28.) November einen eintägigen politischen Streik und einen Demonstrationszug zum Taurischen Palast zu organisieren. Die Liquidatoren wandten sich in der Zeitung „Lutsch" gegen eine Demonstration. Am 13. (26.) November berief die sozialdemokratische Fraktion der IV. Duma eine Beratung unter Teilnahme der Vertreter des Petersburger Komitees, der Redaktion der „Prawda", des leitenden Zentrums der Liquidatoren – des Organisationskomitees – und der Liquidatorenzeitung „Lutsch" ein. Auf der Beratung unterstützten die Bolschewiki den Vorschlag, den Tag der Eröffnung der Schwarzhunderterduma mit einem Streik und einer Demonstration zu begehen; die Liquidatoren sprachen sich kategorisch dagegen aus. Nach der Beratung gab die sozialdemokratische Fraktion in der Presse die politisch falsche Erklärung ab, sie stehe dem Streik ablehnend gegenüber. Trotz des Widerstands der Liquidatoren und der politisch falschen Haltung der sozialdemokratischen Fraktion streikten am Tage der Eröffnung der Duma Zehntausende Arbeiter. In einer Reihe von Betrieben wurden Kurzversammlungen organisiert, auf denen die Arbeiter beschlossen, den „Lutsch" zu boykottieren. Nach der Demonstration nahmen die bolschewistischen Dumaabgeordneten in Arbeiterversammlungen zu ihrem Fehler Stellung und korrigierten sich. 417

97 Lenin meint Rodsjankos Rede nach seiner Wahl zum Präsidenten der IV. Duma. In seiner Rede sprach Rodsjanko von „unerschütterlicher Treue" zum Zaren und erklärte sich zum Anhänger eines konstitutionellen Repräsentativsystems. 417

98 Der Brief W. I. Lenins wurde am 28. November (11. Dezember) 1912 geschrieben und am selben Tag aus Krakau nach Petersburg an J. W. Stalin

gesandt. Er war von N. K. Krupskaja mit unsichtbarer Tinte abgeschrieben worden. Der Brief wurde vom Polizeidepartement abgefangen, dechiffriert und auf der Schreibmaschine übertragen. Eine Kopie des Briefes wurde im Archiv des Departements aufgefunden. Bei der Dechiffrierung wurden einige Worte nicht entziffert, der Brief weist Auslassungen auf. 420

99 *Jagiello, E. J.* – Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) – wurde von der Stadt Warschau als Abgeordneter in die IV. Duma gewählt. Die Bolschewiki lehnten kategorisch die Aufnahme Jagiellos in die sozialdemokratische Fraktion ab, da Jagiello durch die Unterstützung der Bourgeoisie sowie des Blocks der PPS und des „Bund" in die Duma gelangt war. Bei der ersten Abstimmung spaltete sich die sozialdemokratische Fraktion: 6 Abgeordnete (Menschewiki) stimmten für die Aufnahme Jagiellos und 6 (Bolschewiki) dagegen. Mit der Ankunft des Abgeordneten aus Irkutsk – des rechten Menschewiks Mankow – erhielten die Menschewiki das Übergewicht, und Jagiello wurde in die sozialdemokratische Fraktion aufgenommen. Unter dem Druck der bolschewistischen Abgeordneten jedoch wurden seine Rechte innerhalb der Fraktion eingeschränkt, in allen innerparteilichen Fragen hatte Jagiello nur beratendes Stimmrecht. 420

100 *„Den"* (Der Tag) – konspirative Bezeichnung für die „Prawda". 420

101 Der Text des Dokuments weist hier eine Auslassung auf. *Kollegium* – der bolschewistische Teil der sozialdemokratischen Fraktion der IV. Duma. 420

102 Im Brief sind einige Worte ausgelassen. *„P."* – N. G. Poletajew, Bolschewik, Mitglied der III. Reichsduma. Der Liquidator *„M."* ist anscheinend J. Majewski (Pseudonym W. A. Gutowskis), ein Mitarbeiter der Liquidatorenzeitung „Lutsch". 422

103 Am 5. (18.) Oktober 1912 trat der Kongreß der Bevollmächtigten der Arbeiterkurie zusammen; anwesend waren 50 Bevollmächtigte; von den sechs vom Kongreß gewählten Wahlmännern waren vier Bolschewiki.

Die zaristische Regierung, die einen Sieg der Sozialdemokraten in der Arbeiterkurie fürchtete, annullierte die Bevollmächtigtenwahlen in 21 Petersburger Betrieben. Als Antwort darauf rief das Petersburger Komitee die Arbeiter zu einem eintägigen politischen Streik auf. Der Streik erfaßte etwa 100 000 Arbeiter. Die Regierung war gezwungen nachzugeben und schrieb Ergänzungswahlen aus. Bei der abermaligen Wahl der Wahlmänner fand die Abstimmung nicht nach Plattformen statt. Das Ergebnis war, daß 3 Bolschewiki und 3 Liquidatoren gewählt wurden. Zur Bestimmung des Kandidaten der Arbeiterkurie für die Duma schlugen die Bolschewiki den Liquidatoren eine Entscheidung durch Auslosung vor. Die Liquidatoren

lehnten die Entscheidung durch das Los ab. Auf dem Gouvernementskongreß der Wahlmänner wurde als Deputierter der Arbeiterkurie des Gouvernements Petersburg der Bolschewik A. J. Badajew gewählt. *422*

104 Der Brief wurde von N. K. Krupskaja mit unsichtbarer Tinte zwischen die Zeilen eines anderen Briefes geschrieben. Das Dokument wurde in den Akten des Polizeidepartements zwischen perlustrierten Briefen gefunden.

Wassiljew – J. W. Stalin. *423*

105 Das *Flugblatt zum 9. Januar 1913* wurde auf der Grundlage der Hinweise in diesem Brief verfaßt und mit folgenden Unterschriften herausgegeben: Petersburger Komitee der SDAPR, Zentralbüro der Gewerkschaften und Komitee des Moskauer Bezirks der SDAPR. *423*

106 Gemeint ist der rechte Menschewik I. N. Mankow, Abgeordneter der IV. Duma. *423*

107 Lenin meint die Delegierten zum V. Parteitag der SDAPR. *430*

108 Lenin meint die sozialdemokratische Fraktion der II. Reichsduma. *431*

109 Der *Kongreß der „Progressisten"* fand vom 11. bis 13. (24. bis 26.) November 1912 statt. Auf dem Kongreß wurde die Taktik der Fraktion in der IV. Duma erörtert. Der Kongreß nahm einen Beschluß über die organisatorische Formierung der „Progressisten"gruppen zu einer Partei an. Dem Programm der neuen Partei wurde die Forderung nach einer konstitutionell-monarchistischen Ordnung zugrunde gelegt.

Organ der „Progressisten" wurde die Zeitung „Russkaja Molwa" (Russische Stimme), die von 1912 bis 1913 in Petersburg herausgegeben wurde. *434*

110 *„Slowo"* (Das Wort) – Tageszeitung; erschien von 1903 bis 1909 in Petersburg. Von November 1905 bis Juli 1906 war sie Organ der Oktobristen und danach Organ der konstitutionell-monarchistischen Partei der „friedlichen Erneuerer", die Lenin die „Partei der friedlichen Ausplünderung" nannte. *436*

111 Die *Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären*, die aus konspirativen Gründen als „Februar"beratung bezeichnet wurde, fand vom 26. Dezember 1912 bis 1. Januar 1913 (8. bis 14. Januar 1913) in Krakau statt. An der Beratung nahmen 14 Personen teil, darunter Mitglieder des ZK und bolschewistische Abgeordnete der IV. Reichsduma. Die Beratung wurde unter Lenins Vorsitz durchgeführt; er sprach zu einer Reihe von Fragen, schrieb die Resolutionen und die Mitteilung über die Beratung.

Die Beratung nahm Beschlüsse zu den wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung an, sie erörterte die Berichte der lokalen Vertreter über die Lage in den Parteiorganisationen und die Arbeit der Redaktion der „Prawda" und der Zeitschrift „Prosweschtschenije".

Die Resolutionen der Beratung wurden vom ZK bestätigt und hektographiert herausgegeben. In der ersten Februarhälfte wurden die Resolutionen zusammen mit der „Mitteilung" als Broschüre in Paris veröffentlicht. Im April 1913 empfahl das Auslandsbüro des ZK der Partei in einem Rundschreiben den Parteiorganisationen, den Bevollmächtigten des ZK und den einzelnen Parteifunktionären, die Beschlüsse der „Februar"beratung in den Komitees, in den Parteizellen und Zirkeln zu erörtern. In einem Brief an A. M. Gorki bemerkte W. I. Lenin, daß die Beratung „sehr gut gewesen ist und noch eine Rolle spielen wird". *439*

[112] Gemeint ist die Stellungnahme des menschewistischen Abgeordneten A. I. Tschchenkeli zur Regierungserklärung in der Dumasitzung vom 10. (23.) Dezember 1912. *453*

[113] Bei der vom II. Parteitag der SDAPR abgelehnten Formulierung handelt es sich um den Vorschlag des Bundisten Goldblatt, in den Paragraphen 8 des Parteiprogramms über das „Selbstbestimmungsrecht aller Nationen, die dem Staatsverband angehören" einen Zusatz aufzunehmen: „und die Gründung von Institutionen, die ihnen die volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren". *453*

[114] In der Sitzung der IV. Duma am 15. (28.) Dezember 1912, nach Abbruch der Debatte über die Regierungserklärung, wurden von den Kadetten, den „Progressisten", den Trudowiki und den Nationalisten Anträge auf Übergang zur Tagesordnung eingebracht. Mit Stimmenmehrheit wurde der Antrag der „Progressisten" angenommen, in dem die Überzeugung ausgesprochen wird, daß die Regierung das Manifest vom 17. Oktober 1905 verwirklichen wird. Für diesen Antrag stimmten auch die Sozialdemokraten. Später erkannten sie ihre Stimmabgabe als falsch an. *453*

[115] In den nicht veröffentlichten Punkten (7, 8 und 9) der Resolution über die Arbeit der sozialdemokratischen Dumafraktion forderte die Beratung die bolschewistischen Abgeordneten auf, die Gleichstellung mit den sieben menschewistischen Abgeordneten innerhalb der Fraktion anzustreben, ihre Namen aus der Mitarbeiterliste der Zeitung „Lutsch" zu streichen und sich zur Parteiarbeit zusammenzuschließen. Der Text dieser Punkte der Resolution ist nicht erhalten. *453*

[116] Lenin zitiert Worte aus dem Arbeiterlied des deutschen Dichters Georg

Herwegh, das dieser im Jahre 1864 für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein schrieb. *460*

[117] Gemeint sind Korrespondenzen aus Riga und Moskau, die am 12. (25.) Januar 1913 in Nr. 30 des „Sozial-Demokrat" veröffentlicht wurden. Sie berichten von Streiks und Demonstrationen der Arbeiter. Am 11. (24.) November 1912 organisierten die Arbeiter Rigas eine Protestdemonstration gegen die Todesurteile, die das Marinegericht von Sewastopol gegen zehn Matrosen des Panzerkreuzers „Joann Slatoust" ausgesprochen hatte, gegen die Mißhandlungen der politischen Gefangenen im Zuchthaus von Kutomara und gegen den ausgebrochenen Balkankrieg. Über 1500 Arbeiter zogen durch die Straßen von Riga, wobei sie die Sympathie der Bevölkerung fanden. Am 12. (25.) November begann in vielen Großbetrieben Rigas ein politischer Streik. Am 8. (21.) November streikten die Arbeiter einer Reihe von Fabriken in Moskau. Es wurde der Versuch unternommen, eine Demonstration zu organisieren, aber die Polizei jagte die sich versammelnden Arbeiter auseinander. *466*

[118] *W. A.* – W. M. Abrossimow, menschewistischer Liquidator, später als Spitzel entlarvt.

Th. D. – Th. I. Dan, einer der Führer der Liquidatoren. *470*

[119] Das Manuskript trägt keine Überschrift. Die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. *471*

[120] *Augustowski* – Pseudonym des menschewistischen Liquidators S. O. Zederbaum. *476*

[121] Der Artikel *„Über den Bolschewismus"* wurde für den zweiten Band des Sammelwerkes von N. A. Rubakin „Unter Büchern" verfaßt. Lenin schickte diesen Artikel am 12. (25.) Januar 1913 mit einem Begleitbrief ab, in dem er für die Veröffentlichung die Bedingung stellte, daß *„keinerlei* Änderungen *irgendwelcher Art* vorgenommen werden". Der Artikel wurde vollständig veröffentlicht. *477*

[122] Lenin zitiert Worte aus dem Gedicht D. W. Dawydows „Lied eines alten Husaren". (Siehe D. W. Dawydow, Sämtliche Gedichte, 1933, S. 106, russ.) *483*

[123] Lenin meint folgenden Satz aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei": „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet." (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 464.) *484*

[124] Lenin zitiert in eigener Übersetzung aus der Schrift von Karl Marx „Zur

Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung." (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1969, S. 379.) *484*

125 Unter *„Ropschinschen Emotionen"* versteht Lenin die reaktionären Ideen und dekadenten Stimmungen, die in den Jahren der Reaktion weite Verbreitung unter der sozialrevolutionären Intelligenz gefunden hatten und ihren klarsten Ausdruck in den literarischen Werken Ropschins (B. Sawinkows) fanden. *489*

126 *F. L-ko* – Pseudonym Lenins. *499*

127 Es handelt sich um die Wahlen zur IV. Reichsduma in Riga und Jekaterinodar, wo die Kadetten gemeinsam mit den Schwarzhunderterparteien gegen die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hatten. *503*

128 *„Potschin"* („L'Initiative") – Zeitschrift liquidatorisch-volkstümlerischer Richtung; wurde von einer Gruppe von Sozialrevolutionären herausgegeben. Es erschien nur eine Nummer im Juni 1912 in Paris. *507*

129 Lenin meint die Beschlüsse der Fünften Konferenz der SDAPR im Jahre 1908 und der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" im Juni 1909. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 195–205, 212–232, russ.) *511*

130 *A. W. P.* – Pseudonym A. W. Peschechonows, eines Führers der Partei der „Volkssozialisten". *517*

131 *Nikolai-on* – Pseudonym N. F. Danielsons, eines Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts. *517*

132 Der nur für Parteimitglieder bestimmte Artikel *„An die Sozialdemokraten"* wurde in Krakau als hektographierte Flugschrift herausgegeben. *522*

133 Die Erklärungen des Ministers für Volksbildung Kasso in der Duma waren durch eine Interpellation von 44 Dumaabgeordneten am 14. (27.) Dezember 1912 anläßlich der Verhaftung von 34 Schülern der Mittelschulen von Petersburg während einer Versammlung in dem privaten Gymnasium Witmer veranlaßt worden. Die Schüler wurden von der Ochranaabteilung verdächtigt, einem illegalen Zirkel anzugehören. Die Interpellation wurde in fünf Dumasitzungen erörtert. Am 6. (19.) Februar 1913 wurde mit Stimmenmehrheit ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung angenommen, der die Erklärungen des zaristischen Ministers als unbefriedigend bezeichnete. *564*

[134] Die von W. I. Lenin zitierten Worte sind eine Abwandlung eines Zweizeilers aus dem „Wiegenlied" von N. A. Nekrassow:

Wirst Beamter Du im Äußern,
im Herzen doch ein Schuft.

(Siehe N. A. Nekrassow, Ausgewählte Werke, 1947, S. 4, russ.) *587*

[135] In der vorliegenden Ausgabe ist in dem Artikel „Der ‚frei verfügbare Bestand'" nach den Worten „staatliche Taschenspielerei" bis zu dem Satz „Ein hübsches Beispiel für *Raubwirtschaft*" eine 1941 entdeckte Einfügung aufgenommen, die im Text des zum erstenmal in der „Prawda" Nr. 62 vom 15. März 1913 veröffentlichten Artikels und in der zweiten resp. dritten Ausgabe der Werke W. I. Lenins nicht enthalten ist. *595*

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN W. I. LENINS

(April 1912 bis März 1913)

1912

April bis letzte Junidekade (n. St.)	Lenin lebt in Paris.
22. April (5. Mai)	Es erscheint die erste Nummer der legalen bolschewistischen Tageszeitung „Prawda".
25. April (8. Mai)	Lenins Artikel „Die Wahlkampagne zur IV. Duma und die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie", „Die Liquidatoren gegen die Partei" und „Dem Gedächtnis Herzens" werden in Nr. 26 des „Sozial-Demokrat" veröffentlicht.
26. April (9. Mai)	Lenin spricht in der Sitzung der Pariser Sektion der Auslandsorganisation der SDAPR über das Blutbad an der Lena, die Streiks in Rußland und die auf Grund dieser Ereignisse erforderliche Taktik der Partei.
6. (19.) Mai	Lenins Artikel „Der Grundbesitz im Europäischen Rußland" erscheint in Nr. 3 der „Newskaja Swesda".
8. und 9. (21. und 22.) Mai	Lenins Artikel „Die Trudowiki und die Arbeiterdemokratie" erscheint in Nr. 13 und 14 der „Prawda".
10. (23.) Mai	Lenins Artikel „Die politischen Parteien in Rußland" erscheint in Nr. 5 der „Newskaja Swesda".
22. Mai (4. Juni)	Lenins Artikel „Das Wesen der ‚Agrarfrage in Rußland'" und „Einige Ergebnisse der Mobilisierung für die Wahlen" erscheinen in Nr. 6 der „Newskaja Swesda".

31. Mai (13. Juni) Lenin hält in der Salle de L'Alcazar auf einer von der Pariser Sektion der Auslandsorganisationen der SDAPR einberufenen Versammlung ein Referat über das Thema „Der revolutionäre Aufschwung des russischen Proletariats".

Lenins Artikel „Wirtschaftlicher und politischer Streik" erscheint in Nr. 10 der „Newskaja Swesda".

3. (16.) Juni Lenins Artikel „Die Frage der Umsiedlung" erscheint in Nr. 11 der „Newskaja Swesda".

4. (17.) Juni Lenins Artikel „Der revolutionäre Aufschwung", „Die Losungen der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR im Januar 1912 und die Maibewegung", „Die Liquidatoren gegen den revolutionären Massenstreik" und „‚Vereiniger'" erscheinen in Nr. 27 des „Sozial-Demokrat".

Lenin hält in Leipzig ein Referat „Über den revolutionären Aufschwung in Rußland".

10. (23.) Juni Lenin übersiedelt von Paris nach Krakau, um festere Verbindungen mit Rußland herzustellen und die Anleitung der bolschewistischen Dumafraktion und der Redaktion der „Prawda" zu verbessern.

Lenins Artikel „Über den Charakter und die Bedeutung unserer Polemik mit den Liberalen" erscheint in Nr. 12 der „Newskaja Swesda".

17. (30.) Juni Lenins Artikel „Kapitalismus und ‚Parlament'" erscheint in Nr. 13 der „Newskaja Swesda".

21. Juni (4. Juli) Lenin bezieht in Krakau in der Ulica Zwierzyniec Nr. 218 Quartier.

24. Juni (7. Juli) Lenins Artikel „Die Wahlen und die Opposition" erscheint in Nr. 14 der „Newskaja Swesda".

Ende Juni Lenin schreibt den Artikel „Die Lage in der SDAPR und die nächsten Aufgaben der Partei". Der Artikel erscheint am 3. (16.) Juli in Nr. 15/16 der „Gazeta Robotnicza" (Organ der Opposition der Sozialdemokratie Polens und Litauens, der „Rozłamowcy").

1. (14.) Juli Lenins Artikel „Die Bedeutung der Wahlen in Petersburg" und „Ein Vergleich des Stolypinschen Agrarprogramms mit dem der Volkstümler" erscheinen in Nr. 15 der „Newskaja Swesda".

6. (19.) Juli Lenin schreibt einen Brief an die Redaktion der „Prawda", in dem er Trotzki als niederträchtigen Lügner und Intriganten entlarvt.

Vor dem 11. (24.) Juli Lenin schreibt an die Redaktion der „Prawda" die Notiz „Antwort an die Liquidatoren", in der er fordert, bei den Wahlen zur IV. Duma einen entschiedeneren Kampf gegen die Liquidatoren zu führen.

11. (24.) Juli Lenin schreibt einen Brief an die Redaktion der „Newskaja Swesda", in dem er die Redaktion wegen ihrer Angst vor einer Polemik mit den Liquidatoren scharf verurteilt.

12. (25.) Juli Lenins Artikel „In der Schweiz" erscheint in Nr. 63 der „Prawda".

12.–14. (25.–27.) Juli Lenin schreibt den Artikel „Ergebnisse der Arbeit eines halben Jahres" und sendet ihn mit einem Hinweis über die Veröffentlichung des Artikels an die Redaktion der „Prawda". Der Artikel erscheint in den Nummern 78, 79, 80 und 81 der „Prawda" vom 29. und 31. Juli (11. und 13. August) und 1. und 2. (14. und 15.) August.

15. (28.) Juli Lenins Artikel „Demokratie und Volkstümlerideologie in China" erscheint in Nr. 17 der „Newskaja Swesda".

Lenins Artikel „Der Parteitag der italienischen Sozialisten" und „Russische ‚Redefreiheit'" erscheinen in Nr. 66 der „Prawda".

17. (30.) Juli Lenin verfaßt in Beantwortung eines Schreibens des Parteivorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Einberufung einer Beratung der im Ausland bestehenden Partei„zentren" und -„gruppen" zwecks Herstellung der Einheit und der Aufteilung der Gelder, die die Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Wahlkampagne zur IV. Duma zur Verfügung gestellt hatte, den Text eines Briefes des ZK der SDAPR. Der Brief bildet den Hauptinhalt der Broschüre „Zur gegenwärtigen Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands".

19. Juli (1. August)

Lenin schreibt einen Brief an die Redaktion der „Prawda", in dem er um Mitteilung ersucht, ob die Redaktion beabsichtigt, im Zusammenhang mit den Wahlen zur IV. Duma eine gegen die Liquidatoren gerichtete Rubrik einzuführen.

Lenin schreibt A. M. Gorki einen Brief, in dem er ihn über den revolutionären Aufschwung in Rußland und über das Erscheinen der Arbeitertageszeitung „Prawda" informiert.

20. Juli (2. August)

Lenin schreibt einen Brief an die Redaktion der „Prawda", in dem er darauf hinweist, daß es notwendig ist, vor den Wahlen zur IV. Duma gegen die kadettische Presse „den Kampf noch stärker zu entfachen".

Lenins Artikel „Kapitalismus und Volkskonsum" erscheint in Nr. 70 der „Prawda".

22. und 29. Juli (4. und 11. August)

Lenins Artikel „Wie P. B. Axelrod die Liquidatoren entlarvt" erscheint in Nr. 18 und 19 der „Newskaja Swesda".

25. Juli (7. August)

Lenins Artikel „Die Liberalen und die Klerikalen" erscheint in Nr. 74 der „Prawda".

26. Juli (8. August)

Lenins Artikel „Die Kadetten und die Demokratie" erscheint in Nr. 75 der „Prawda".

28. Juli (10. August)

Lenins Artikel „Der Feldzug der Liberalen" erscheint in Nr. 77 der „Prawda".

30. Juli (12. August)

Lenins Artikel „Aufstände in Armee und Flotte", „Am Vorabend der Wahlen zur IV. Duma", „Kann heute die Losung der ‚Koalitionsfreiheit' die Grundlage der Arbeiterbewegung bilden?" erscheinen in Nr. 9 der „Rabotschaja Gaseta".

31. Juli (13. August)

Lenins Artikel „Grundsatzfragen" erscheint in Nr. 79 der „Prawda".

Ende Juli bis Anfang August

Lenins „Brief an die Schweizer Arbeiter" erscheint als hektographierte Flugschrift in deutscher Sprache in Zürich.

5. (18.) August

Lenins Artikel „Das letzte Ventil" erscheint in Nr. 20 der „Newskaja Swesda".

8. (21.) August Lenins Artikel „Kleine Information" und „Die Löhne der Arbeiter und die Profite der Kapitalisten in Rußland" erscheinen in Nr. 85 der „Prawda".

9. (22.) August Lenins Artikel „Streikkampf und Arbeitslohn" erscheint in Nr. 86 der „Prawda".

11. und 12. (24. und 25.) August Lenins Artikel „Der Arbeitstag in den Fabriken des Gouvernements Moskau", „In England" und „Die Konzentration der Produktion in Rußland" erscheinen in Nr. 88 und 89 der „Prawda".

12. (25.) August Lenins Artikel „Arbeitstag und Arbeitsjahr im Gouvernement Moskau" erscheint in Nr. 21 der „Newskaja Swesda".

18. (31.) August Lenins Artikel „Karriere" erscheint in Nr. 94 der „Prawda".

Lenin schreibt einen Brief „An das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Büros", in dem er gegen das Schreiben des Hauptvorstands der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens protestiert, das das Internationale Sozialistische Büro von der Spaltung unter den polnischen Sozialdemokraten unterrichtet.

19. August (1. September) Lenins Artikel „Die Kadetten und die Agrarfrage" erscheint in Nr. 22 der „Newskaja Swesda".

21. August (3. September) Lenins Artikel „Eine schlechte Verteidigung" erscheint in Nr. 96 der „Prawda".

22. August (4. September) Lenin bezieht in Krakau in der Ulica Lubomirskiego Nr. 47 Quartier.

24. August (6. September) Lenins Artikel „Die Liquidatoren und die ‚Einheit'" erscheint in Nr. 99 der „Prawda".

26. August (8. September) Lenins Artikel „Lektion über die ‚Kadettenfresserei'" erscheint in Nr. 23 der „Newskaja Swesda".

29. August (11. September) Lenins Artikel „Die Arbeiter und die ‚Prawda'" erscheint in Nr. 103 der „Prawda".

30. August (12. September) Lenins Artikel „Einst und jetzt" und „Der internationale Richtertag" erscheinen in Nr. 104 der „Prawda".

31. August (13. September)	Lenins Artikel „In der Schweiz" erscheint in Nr. 105 der „Prawda".
1. (14.) September	Lenins Artikel „Die Geistlichkeit und die Politik" erscheint in Nr. 106 der „Prawda".
2. (15.) September	Lenin schreibt das Postskriptum zu der Broschüre „Zur gegenwärtigen Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands".
2. und 9. (15. und 22.) September	Lenins Artikel „Noch ein Feldzug gegen die Demokratie" erscheint in Nr. 24 und 25 der „Newskaja Swesda".
5. (18.) September	Lenins Artikel „Eintracht zwischen den Kadetten und den Leuten vom ‚Nowoje Wremja'" erscheint in Nr. 109 der „Prawda".
15. (28.) September	Lenins Artikel „Zu dem Brief von N. S. Poljanski" erscheint in Nr. 118 der „Prawda".
16. (29.) September	Lenins Artikel „Über die politische Linie" erscheint in Nr. 26 der „Newskaja Swesda".
18. September (1. Oktober)	Lenins Artikel „Erfolge der amerikanischen Arbeiter" erscheint in Nr. 120 der „Prawda".
28. September (11. Oktober)	Lenins Artikel „Das Ende des Krieges zwischen Italien und der Türkei" erscheint in Nr. 129 der „Prawda".
Zweite Septemberhälfte	Lenins Broschüre „Zur gegenwärtigen Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" erscheint in deutscher Sprache in Leipzig.
Anfang Oktober	Lenin schreibt einen Brief an A. M. Gorki, in dem er ihn über den Verlauf der Wahlen zur IV. Duma unterrichtet und ihn bittet, für die „Prawda" zu schreiben.
4. (17.) Oktober	Lenins Artikel „Ein Hasardspiel" erscheint in Nr. 134 der „Prawda". Lenin schreibt einen Brief an A. M. Gorki, in dem er ihn bittet, ständiger Mitarbeiter der „Prawda" zu werden.

5. (18.) Oktober	Lenins Artikel „Die Geistlichkeit bei den Wahlen und die Wahlen mit der Geistlichkeit" erscheint in Nr. 27 der „Newskaja Swesda".
6. (19.) Oktober	Lenins Artikel „Die ‚Position' des Herrn Miljukow" erscheint in Nr. 136 der „Prawda".
12. (25.) Oktober	Lenin schreibt einen Brief an N. G. Poletajew mit Hinweisen für die Redaktion der „Prawda": die Wahlplattform der Bolschewiki vor dem Kongreß der Bevollmächtigten der Arbeiterkurie Petersburgs entschiedener zu vertreten, die Listen der bolschewistischen Wahlmänner-Kandidaten vollständig zu veröffentlichen und den Wahlen zur Duma eine Sondernummer der „Prawda" zu widmen.
16. (29.) Oktober	Lenins Artikel „Der Abgeordnete der Petersburger Arbeiter" und „Die Balkanvölker und die europäische Diplomatie" erscheinen in Nr. 144 der „Prawda".
18. (31.) Oktober	Lenins Artikel „Der Fuchs und der Hühnerstall" und „Eine schändliche Resolution" erscheinen in Nr. 146 der „Prawda".
19. Oktober (1. November)	Lenins Artikel „Der Kadettenprofessor" erscheint in Nr. 147 der „Prawda".
21. Oktober (3. November)	Lenins Artikel „Ein neues Kapitel der Weltgeschichte" erscheint in Nr. 149 der „Prawda".
24. Oktober (6. November)	Lenins Artikel „Die Kadetten und die Nationalisten" erscheint in Nr. 151 der „Prawda".
28. Oktober (10. November)	Lenins Artikel „Die Schrecken des Krieges" erscheint in Nr. 155 der „Prawda".
Oktober	Lenin schreibt den Artikel „Englische Meinungsverschiedenheiten über liberale Arbeiterpolitik"; der Artikel erscheint 1913 in Nr. 4 der Zeitschrift „Prosweschtschenije". Lenin schreibt den Artikel „Zwei Utopien".
Anfang November	Lenin schreibt als Anleitung für die Ausarbeitung der Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion die Thesen „Über einige Reden der Arbeiterdeputierten".
1. (14.) November	Lenins Artikel „Die Kadetten und die Großbourgeoisie" erscheint in Nr. 157 der „Prawda".

4. (17.) November	Lenins Artikel „Echt russische Sitten" erscheint in Nr. 160 der „Prawda".
5. (18.) November	Lenins Artikel „Die Plattform der Reformisten und die Plattform der revolutionären Sozialdemokraten" und „Illegale Partei und legale Arbeit" erscheinen in Nr. 28/29 des „Sozial-Demokrat".
7. (20.) November	Lenins Artikel „Die soziale Bedeutung der serbisch-bulgarischen Siege" erscheint in Nr. 162 der „Prawda".
8. (21.) November	Lenins Artikel „Das erneuerte China" erscheint in Nr. 163 der „Prawda".
9. (22.) November	Lenins Artikel „Ergebnis und Bedeutung der Präsidentschaftswahlen in Amerika" erscheint in Nr. 164 der „Prawda".
12. oder 13. (25. oder 26.) November	Lenin führt eine Sitzung des ZK durch, auf der die finanzielle Krise in der Redaktion der „Prawda" beraten wird.
13. (26.) November	Lenin sendet den bolschewistischen Abgeordneten der IV. Duma den von ihm verfaßten Entwurf einer Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion.
Zweite Novemberhälfte	Lenin schreibt den Artikel „Zu dem Ereignis vom 15. November (Eine nichtgehaltene Rede)".
23. November (6. Dezember)	Lenin schreibt einen Brief über die Vorbereitung eines eintägigen Streiks und von Kundgebungen und Demonstrationen zum Jahrestag des 9. Januar sowie über die Aufgaben der bolschewistischen Abgeordneten der IV. Duma im Kampf gegen die Liquidatoren.
28. November (11. Dezember)	Lenin sendet über die Redaktion der Zeitschrift „Proswe-schtschenije" in Petersburg den bolschewistischen Abgeordneten einen Fragebogen zur Zusammenfassung der Wahlergebnisse in der Arbeiterkurie. Lenin schreibt einen Brief mit Resolutionsentwürfen für die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Duma zur Frage der Aufnahme des Abgeordneten Jagiello in die sozialdemokratische Fraktion und über die Stellung zum Streik am Tage der Eröffnung der Duma.

29. November (12. Dezember) Lenins Artikel „Die Krankheit des Reformismus" erscheint in Nr. 180 der „Prawda".

30. November (13. Dezember) Lenins Artikel „Die Verelendung in der kapitalistischen Gesellschaft" erscheint in Nr. 181 der „Prawda".

November Lenin schreibt den Artikel „‚Brennende Fragen' unserer Partei. Die Frage der ‚Liquidatoren' und die ‚nationale' Frage". Der Artikel wird zum erstenmal im August 1913 in Nr. 1 des vom Warschauer und Lodzer Komitee der sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens herausgegebenen „Pismo Dyskusyjne" veröffentlicht.

12. (25.) Dezember Lenins Artikel „Die Arbeiterklasse und ihre ‚parlamentarische' Vertretung" erscheint in Nr. 191 der „Prawda".

15. (28.) Dezember Lenins Artikel „Die ‚Versöhnung' der Nationalisten mit den Kadetten" erscheint in Nr. 194 der „Prawda".

22. Dezember (4. Januar 1913) Lenins Artikel „Die Nationalliberalen" erscheint in Nr. 200 der „Prawda".

Dezember Lenin schreibt für die „Februar"beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären die Thesen „Über die Stellung zum Liquidatorentum und über die Einheit".

26. Dezember bis 1. Januar (8.–14. Januar 1913) Lenin leitet die „Februar"beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären. Die Beratung nimmt die von Lenin verfaßten Resolutionen an: Der revolutionäre Aufschwung, die Streiks und die Aufgaben der Partei; der Aufbau der illegalen Organisation; die sozialdemokratische Dumafraktion; über die illegale Literatur; über die Versicherungskampagne; über das Verhältnis zum Liquidatorentum und über die Einheit; über die „nationalen" sozialdemokratischen Organisationen.

Auf der Beratung umreißt Lenin eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der „Prawda".

Lenin leitet eine Sitzung des ZK unter Teilnahme der bolschewistischen Abgeordneten, auf der Fragen der Tätigkeit der bolschewistischen Fraktion der IV. Duma erörtert werden.

1913

Anfang Januar Lenin redigiert die Resolutionen und schreibt die „Mitteilung" über die „Februar"beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären.

1. (14.) Januar Lenins Artikel „Die englische Arbeiterbewegung im Jahre 1912" erscheint in Nr. 1 der „Prawda".

6. (19.) Januar Lenin schreibt den Artikel „Besser spät als nie"; der Artikel erscheint am 11. (24.) Januar in Nr. 8 der „Prawda".

12. (25.) Januar Lenins Artikel „Die Entwicklung des revolutionären Streiks und der Straßendemonstrationen" und „Die Spaltung in der Polnischen Sozialdemokratie" erscheinen in Nr. 30 des „Sozial-Demokrat".

Lenin schreibt einen Brief an die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma, in dem er eine Reorganisation der Redaktion der „Prawda" verlangt.

Lenin schickt den Artikel „Über den Bolschewismus" für Band II des Sammelwerkes von N. A. Rubakin „Unter Büchern" ab.

Nach dem 12. (25.) Januar Lenin organisiert die Herausgabe der „Mitteilung" und der Resolutionen der „Februar"beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären.

Lenin schreibt an A. M. Gorki einen Brief über den Plan, in Moskau eine legale bolschewistische Zeitung herauszugeben und die Zeitschrift „Prosweschtschenije" zu erweitern; er schickt ihm die Resolutionen der „Februar"beratung.

15. (28.) Januar Lenins Artikel „Die Bedeutung der Wahl Poincarés" erscheint in Nr. 11 der „Prawda".

17. (30.) Januar Lenins Artikel „Offen gesagt" erscheint in Nr. 13 der „Prawda".

18. (31.) Januar Lenins Artikel „Das Kabinett Briand" erscheint in Nr. 14 der „Prawda".

19. Januar (1. Februar) Lenins Artikel „Das Leben lehrt" und „Eine neue Demokratie" erscheinen in Nr. 15 der „Prawda".

20. und 22. Januar (2. und 4. Februar)	Lenins Artikel „Über die Volkstümlerideologie" erscheint in Nr. 16 und 17 der „Prawda".
22. Januar (4. Februar)	Lenin verfaßt das gegen die Liquidatoren gerichtete Schreiben „An die Sozialdemokraten"; es wird im Januar 1913 in Krakau als hektographierte Flugschrift herausgegeben.
25. Januar (7. Februar)	Lenins Artikel „In der Welt der Asef" erscheint in Nr. 20 der „Prawda".
27. Januar (9. Februar)	Lenin unterstreicht in einem Brief an J. M. Swerdlow die Bedeutung der „Prawda", kritisiert die Mängel in der Arbeit der Redaktion und fordert die sofortige Reorganisation der Redaktion der Zeitung.
29. Januar (11. Februar)	Lenins Artikel „Bourgeoisie und Reformertum" erscheint in Nr. 23 der „Prawda".
30. Januar (12. Februar)	Lenins Artikel „Über die legale Partei" wird in Nr. 24 der „Prawda" veröffentlicht.
Januar	Lenins Artikel „Die Ergebnisse der Wahlen" erscheint in Nr. 1 der Zeitschrift „Prosweschtschenije".
Ende Januar	Lenin schreibt den Artikel „Russen und Neger".
Ende Januar/ Anfang Februar	Lenin schreibt den Artikel „Der Zusammenbruch der konstitutionellen Illusionen".
1. (14.) Februar	Lenin schreibt einen Brief an die Redaktion der „Prawda", in dem er sie scharf kritisiert, weil sie in Nr. 24 einen Brief A. Bogdanows veröffentlicht hatte. Lenins Artikel „Die Mobilisierung der bäuerlichen Ländereien" erscheint in Nr. 26 der „Prawda".
2. (15.) Februar	Lenins Artikel „Einiges über Streiks" erscheint in Nr. 27 der „Prawda".
5. (18.) Februar	Lenins Artikel „Über eine Entdeckung" erscheint in Nr. 29 der „Prawda".
6. (19.) Februar	Lenins Artikel „Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei" erscheint in Nr. 30 der „Prawda".

6.–9. (19.–22.) Februar Lenin schreibt den Artikel „Wachsendes Mißverhältnis. Notizen eines Publizisten", in dem er die Beschlüsse einer Beratung der Kadetten kritisiert; der Artikel erscheint in Nr. 3 und 4 der Zeitschrift „Prosweschtschenije".

8. (21.) Februar Lenin schreibt einen Brief an die Redaktion der „Prawda", in dem er sie zur Verbesserung der Zeitung beglückwünscht und vorschlägt, eine Sondernummer zum 30. Todestag von Karl Marx herauszugeben.

12. (25.) Februar Lenins Artikel „Wir danken für die Offenheit" wird in Nr. 35 der „Prawda" veröffentlicht.

16. Februar (1. März) Lenins Artikel „Die Frage der Einheit" erscheint in Nr. 39 der „Prawda".

23. Februar (8. März) Lenins Artikel „Einige Ergebnisse der ‚Flurbereinigung'" erscheint in Nr. 45 der „Prawda".

Februar Lenins Artikel „Was tut sich in der Volkstümlerrichtung, und was tut sich auf dem Lande?" erscheint in Nr. 2 der Zeitschrift „Prosweschtschenije".

1. (14.) März Lenins Artikel „Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx" erscheint in Nr. 50 der „Prawda".

2. (15.) März Lenins Artikel „Der Großgrundbesitz und der kleinbäuerliche Landbesitz in Rußland" erscheint in Nr. 51 der „Prawda".

7. (20.) März Lenins Artikel „Falsche Töne" erscheint in Nr. 55 der „Prawda".

8. (21.) März Lenins Artikel „Die ‚zentrale Aufgabe'" erscheint in Nr. 56 der „Prawda".

9. (22.) März Lenins Artikel „Die liberale Beschönigung der Leibeigenschaft" erscheint in Nr. 57 der „Prawda".

10.–13. (23.–26.) März Lenin leitet eine Beratung der Mitglieder des ZK der SDAPR in Krakau.

13. (26.) März Lenins Artikel „Ein ‚wissenschaftliches' System zur Schweißauspressung" erscheint in Nr. 60 der „Prawda".

14. (27.) März Lenins Artikel „Unsere ‚Erfolge'" erscheint in Nr. 61 der „Prawda".

15. (28.) März Lenins Artikel „Verständigung oder Spaltung? (Zu den Meinungsverschiedenheiten in der sozialdemokratischen Dumafraktion)" und „Der ‚frei verfügbare Bestand'" erscheinen in Nr. 62 der „Prawda".

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .. .. VII–VIII
Die Wahlkampagne zur IV. Duma und die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie 1–5
Die Liquidatoren gegen die Partei 6–8
Dem Gedächtnis Herzens 9–16
Der Grundbesitz im Europäischen Rußland 17–20
Die Trudowiki und die Arbeiterdemokratie 21–28
I 21
II 23
III 26
Die politischen Parteien in Rußland 29–41
Eine Enquete über die Organisationen des Großkapitals 42–59
I 42
II 45
III 47
IV 52
V 55
VI 58
Das Wesen der „Agrarfrage in Rußland" 60–64
Einige Ergebnisse der Mobilisierung für die Wahlen 65–70

Wirtschaftlicher und politischer Streik 71–78

Die Frage der Umsiedlung 79–90

Der revolutionäre Aufschwung 91–99

Die Losungen der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR im Januar 1912 und die Maibewegung 100–105

Die Liquidatoren gegen den revolutionären Massenstreik 106–107

„Vereiniger" 108–111

Über den Charakter und die Bedeutung unserer Polemik mit den Liberalen 112–118

Kapitalismus und „Parlament" 119–121

Die Wahlen und die Opposition 122–125

Die Bedeutung der Wahlen in Petersburg 126–132

Ein Vergleich des Stolypinschen Agrarprogramms mit dem der Volkstümler 133–139

Die Lage in der SDAPR und die nächsten Aufgaben der Partei .. 140–147

I 140

II 143

III 146

Antwort an die Liquidatoren 148

In der Schweiz 149–151

Demokratie und Volkstümlerideologie in China 152–158

Der Parteitag der italienischen Sozialisten 159–161

Russische „Redefreiheit" 162

Wie P. B. Axelrod die Liquidatoren entlarvt 163–174

I 163

II 168

Ergebnisse der Arbeit eines halben Jahres 177–190

I 177

II 181

III 184

IV 188

Zur gegenwärtigen Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands 191–209

An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 192

Die Lage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands seit Januar 1912.. 193

In welchen Beziehungen stehen zu dem sogenannten Organisationskomitee die bisher neutralen russischen Sozialdemokraten? 193

Die sozialdemokratische Fraktion der dritten Duma 196

Öffentlich kontrollierbare Tatsachen über den Einfluß der Liquidatoren im Vergleich mit demjenigen der Partei 198

Offene, der Prüfung zugängliche Daten über die Beziehungen der Liquidatoren und der Partei in Rußland mit den Arbeitermassen 200

Schlußfolgerungen 203

Postskriptum 207

Ursprüngliches Postskriptum zu der Schrift „Zur gegenwärtigen Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ .. 210–212

Kapitalismus und Volkskonsum 213–215

Die Liberalen und die Klerikalen.. 216–217

Die Kadetten und die Demokratie 218–219

Der Feldzug der Liberalen 220–221

Aufstände in Armee und Flotte 222–225

Am Vorabend der Wahlen zur IV. Duma 226–230

Kann heute die Losung der „Koalitionsfreiheit“ die Grundlage der Arbeiterbewegung bilden? 231–233

Brief an die Schweizer Arbeiter 234

Grundsatzfragen 235–236

Das letzte Ventil 237–242
Kleine Information 243–244
Die Löhne der Arbeiter und die Profite der Kapitalisten in Rußland 245–246
Streikkampf und Arbeitslohn 247–248
Der Arbeitstag in den Fabriken des Gouvernements Moskau 249–250
Arbeitstag und Arbeitsjahr im Gouvernement Moskau 251–259
In England 260–261
Die Konzentration der Produktion in Rußland 262–263
Karriere 264–265
An das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Büros 266–267
Die Kadetten und die Agrarfrage 268–277
Eine schlechte Verteidigung 278–279
Die Liquidatoren und die „Einheit" 280–281
Lektion über die „Kadettenfresserei" 282–289
Die Arbeiter und die „Prawda" 290–292
Einst und jetzt 293–294
Der internationale Richtertag 295–297
In der Schweiz 298–300
Die Geistlichkeit und die Politik 301–302
Noch ein Feldzug gegen die Demokratie 303–314
I 303
II 306
III 308
IV 311
V 312
Eintracht zwischen den Kadetten und den Leuten vom „Nowoje Wremja" 315–317
Zu dem Brief von N. S. Poljanski 318–319
Über die politische Linie 320–326

Erfolge der amerikanischen Arbeiter 327–328

Das Ende des Krieges zwischen Italien und der Türkei 329–330

Ein Hasardspiel 331–332

Die Geistlichkeit bei den Wahlen und die Wahlen mit der Geistlichkeit 333–336

Die „Position" des Herrn Miljukow 337–338

Der Abgeordnete der Petersburger Arbeiter 339–340

Die Balkanvölker und die europäische Diplomatie 341–342

Der Fuchs und der Hühnerstall 343–344

Eine schändliche Resolution 345–346

Zwei Utopien 347–351

Englische Meinungsverschiedenheiten über liberale Arbeiterpolitik .. 352–358

Der Kadettenprofessor 359–360

Ein neues Kapitel der Weltgeschichte 361–362

Die Kadetten und die Nationalisten 363–364

Die Schrecken des Krieges 365

Die Kadetten und die Großbourgeoisie 366–367

Echt russische Sitten 368–369

Die Plattform der Reformisten und die Plattform der revolutionären Sozialdemokraten 370–379

Illegale Partei und legale Arbeit 380–389

I 381

II 384

III 386

IV 387

Die soziale Bedeutung der serbisch-bulgarischen Siege 390–392

Das erneuerte China 393–394

Ergebnis und Bedeutung der Präsidentschaftswahlen in Amerika .. 395–397

„Brennende Fragen" unserer Partei. Die Frage der „Liquidatoren" und die „nationale" Frage 398–405

I 398

II 400

III 402

IV 404

Über einige Reden der Arbeiterdeputierten 406–412

Zur Frage der Arbeiterdeputierten in der Duma und ihrer Deklaration 413–416

Zu dem Ereignis vom 15. November (Eine nichtgehaltene Rede) .. 417–419

An J. W. Stalin. 11. Dezember 1912 420–422

An J. W. Stalin. 6. Dezember 1912 423–424

Die Krankheit des Reformismus 425–427

Die Verelendung in der kapitalistischen Gesellschaft 428–429

Die Arbeiterklasse und ihre „parlamentarische" Vertretung 430–431

Die „Versöhnung" der Nationalisten mit den Kadetten 432–433

Die Nationalliberalen 434–436

Über die Stellung zum Liquidatorentum und über die Einheit. Thesen 437–438

Mitteilung und Resolutionen einer Beratung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären 439–459

Mitteilung 441–447

Resolutionen 448–459

Der revolutionäre Aufschwung, die Streiks und die Aufgaben der Partei 448

Der Aufbau der illegalen Organisation 450

Die sozialdemokratische Dumafraktion 452

Über die illegale Literatur 453

Über die Versicherungskampagne 454

Über das Verhältnis zum Liquidatorentum und über die Einheit 455

Über die „nationalen" sozialdemokratischen Organisationen .. 457

Die englische Arbeiterbewegung im Jahre 1912 460–461
Besser spät als nie 462–463
Die Entwicklung des revolutionären Streiks und der Straßendemonstrationen 464–470
Ursprüngliches Postskriptum zu dem Artikel „Die Entwicklung des revolutionären Streiks und der Straßendemonstrationen" 471
Die Spaltung in der Polnischen Sozialdemokratie 472–476
Über den Bolschewismus 477–478
Die Bedeutung der Wahl Poincarés 479–480
Offen gesagt 481–482
Das Kabinett Briand 483–484
Die Ergebnisse der Wahlen 485–511
I. Die Wahl„macherei" 485
II. Die neue Duma 487
III. Die Veränderungen innerhalb des Systems des 3. Juni .. 490
IV. Worum ging der Kampf bei den Wahlen? 494
V. Die Überprüfung der Wahllosungen durch das Leben.. .. 497
VI. Das „Ende" der Illusionen über die Kadettenpartei 502
VII. Über die „riesige Gefahr für den Grundbesitz des Adels".. 505
VIII. Die Tarnung der Niederlage 506
Das Leben lehrt 512–514
Eine neue Demokratie 515–516
Über die Volkstümlerideologie 517–521
I 517
II 518
An die Sozialdemokraten 522–525
Die Arbeitermassen und die Illegalität 522
In der Welt der Asef 526–527
Bourgeoisie und Reformertum 528–529

Über die legale Partei 530–532

Die Mobilisierung der bäuerlichen Ländereien 533–534

Einiges über Streiks 535–536

Russen und Neger 537–538

Über eine Entdeckung 539–540

Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei 541–542

Der Zusammenbruch der konstitutionellen Illusionen 543

Wir danken für die Offenheit 544–545

Die Frage der Einheit 546–547

Was tut sich in der Volkstümlerrichtung, und was tut sich auf dem Lande? 548–554

Wachsendes Mißverhältnis. Notizen eines Publizisten 555–573

I 555

II 556

III 557

IV 559

V 560

VI 562

VII 563

VIII 564

IX 566

X 568

Einige Ergebnisse der „Flurbereinigung" 574–575

Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx 576–579

I 576

II 577

III 578

Der Großgrundbesitz und der kleinbäuerliche Landbesitz in Rußland 580–581

Falsche Töne 582–583

Die „zentrale Aufgabe" 584–585

Die liberale Beschönigung der Leibeigenschaft 586–587

Ein „wissenschaftliches" System zur Schweißauspressung.. 588–589

Unsere „Erfolge" 590–591

Verständigung oder Spaltung? (Zu den Meinungsverschiedenheiten in der sozialdemokratischen Dumafraktion) 592–594

Der „frei verfügbare Bestand" 595–596

Anmerkungen 597–623

Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins 625–639

ILLUSTRATIONEN

Erste Seite der „Newskaja Swesda" Nr. 15 vom 1. Juli 1912, in der W. I. Lenins Artikel „Die Bedeutung der Wahlen in Petersburg" und „Ein Vergleich des Stolypinschen Agrarprogramms mit dem der Volkstümler" erschienen 127

Erste Seite der „Prawda" Nr. 80 vom 1. August 1912 mit einer Fortsetzung von W. I. Lenins Artikel „Ergebnisse der Arbeit eines halben Jahres" 175

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Über einige Reden der Arbeiterdeputierten" – November 1912 407

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript der „Mitteilung" über eine Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären – Januar 1913 443